

Potsdamer Textbücher *PTB*

Hans-Jürgen Frieß

Castro und kein Ende

Zur politischen Stabilität auf Kuba

Universitätsverlag Potsdam

Castro und kein Ende
Zur politischen Stabilität auf Kuba

Potsdamer Textbücher Band 11

2009

Hans-Jürgen Frieß

Castro und kein Ende

Zur politischen Stabilität auf Kuba

Universitätsverlag Potsdam

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Potsdamer Textbücher PTB

Die Reihe wird herausgegeben von Erhard Crome, Jochen Franzke und Raimund Krämer im Auftrag des WeltTrends e.V. Potsdam.

Band 11: Castro und kein Ende – Zur politischen Stabilität auf Kuba

Potsdam: Universitätsverlag Potsdam, 2009
(Potsdamer Textbücher; 11)

Satz: Martin Anselm Meyerhoff
Druck: Poznańskie Zakłady Graficzne SA

© WeltTrends e.V.

ISBN 978-3-940793-71-3

Dem Andenken
meiner Großeltern

Inhalt

50 Jahre – Die Stabilität des Castro-Regimes auf Kuba	3
Tabellen.....	9
Vorwort	10
1. Einleitung	13
2. Entstehung des Castro-Regimes und seine Entwicklung bis 1990.....	23
2.1 Entstehung und Konsolidierung revolutionärer Herrschaft ..	23
2.2 Grundzüge der politischen Struktur	37
2.2.1 Die Strukturmuster der politischen Macht.....	41
2.2.2 Die Legitimationsmuster des Castro-Regimes	52
2.2.3 Das Beziehungsmuster zwischen Elite und Massen..	63
2.2.3.1 Hierarchische Steuerung politischer Partizipation	64
2.2.3.2 Repression.....	71
2.2.3.3 Überwachung	77
2.3 Die wirtschaftliche Entwicklungsstrategie.....	83
2.3.1 Karibischer Sozialismus	83
2.3.2 Realsozialismus und die Korrekturbewegung 1986 ..	90
3. Die Wirtschaftskrise ab 1990 und ihre politischen Folgen	96
3.1 Das Ende sozialistischer Solidarität	96
3.2 Die Verschärfung des US-Embargos.....	103
3.3 Steuerungs- und Legitimitätsprobleme des Regimes.....	108
3.3.1 Versorgungsengpässe	108
3.3.2 Wachsende Unzufriedenheit und Konfliktpotentiale	112

4. Strategien und Maßnahmen der Stabilisierung	123
4.1 Die strategische Ausrichtung	123
4.2 Wirtschaftspolitik zwischen „Apertura“ und „Cierre“	127
4.2.1 Marktwirtschaftsreformen in der Periodo Especial (1991-1995)	127
4.2.2 Ende und Umkehr des Reformprozesses 1996-2006.	140
4.3 Maßnahmen zur Sicherung politischer Loyalität und Kontrolle	150
4.3.1 Modifikationen innerhalb der politischen Führung .	151
4.3.2 Reproduktion und Verschiebungen der Legitimationsmuster	161
4.3.2.1 Charisma, Nationalismus und Konfrontation ...	161
4.3.2.2 Redistribution und Privilegierung	175
4.3.3 Politische Öffnungen und gegenläufige Tendenzen	181
4.3.4 Maßnahmen sozialer und politischer Disziplinierung	195
4.3.4.1 Selektive Gesetzesanwendung und die Erhöhung des Drohpotentials.....	196
4.3.4.2 Gezielte Repression der Opposition	203
 5. Ergebnisse der Herrschaftsstrategie nach 1990	 214
5.1 Wirtschaftliche Erfolge und bleibende Herausforderungen	214
5.2 Soziale Ungleichheit und anomische Tendenzen	229
5.3 Politische Stabilität	241
5.3.1 Autoritäre Kontrolle	241
5.3.2 Legitimität.....	246
5.3.3 Politische Einheit und politische Passivität	251
 Bibliographie	 258

Tabellen

Tabelle 1: Zentrale Wirtschaftsindikatoren Kubas 1989-1993 in Mrd. Pesos	100
Tabelle 2: Zentrale makroökonomische Indikatoren 1989-006..	214
Tabelle 3: Handelspartner Exportvolumen 2001-2005:.....	219
Tabelle 4: Handelspartner und Importvolumen 2001-2005:.....	220
Tabelle 5: Produktionsausstoß 1989-2006 (in 1.000 t).....	224
Tabelle 6: Indikatoren des Externen Sektors 1989-2006.....	225

Vorwort

Im Sommer 2006 erkrankte Fidel Castro plötzlich schwer und übertrug seinem Bruder Raúl seine zahlreichen politischen Ämter – vorübergehend, wie es hieß. Nach seiner baldigen Genesung werde Fidel wieder die Macht ausüben. Aus der vorübergehenden Machtübergabe wurde eineinhalb Jahre später eine endgültige. Anfang Februar 2008 ließ Fidel Castro verkünden, nicht mehr an die Macht zurückzukehren und fortan sein Leben als Privatmann zu genießen. Tatsächlich ist er bis heute politisch allenfalls mit Kommentaren in Zeitungen in Erscheinung getreten. Statt seiner hat nun sein Bruder das Ruder auf Kuba übernommen, am 24. Februar 2008 bestätigte ihn das neu gewählte Parlament als neuen Präsidenten Kubas.

Der Machtwechsel vollzog sich bislang reibungslos, erstaunlich reibungslos. Für zahlreiche internationale Beobachter des Landes war klar, dass nur Fidel Castro das herrschende Regime zusammenhalten könne; dass ohne seine Präsenz, seine politische Erfahrung und sein taktisches Geschick der kubanische Sozialismus endgültig dem Untergang geweiht sei und alle Nachfolger, inklusive Raúl, niemals die Kraft hätten, diesem vorbestimmten Schicksal etwas entgegen zu setzen. Zahlreiche Mitglieder der kubanischen Opposition dachten ähnlich; sie prophezeiten nach der Erkrankung Fidels die baldige politische Öffnung Kubas.

Die Vorhersagen vom politischen Wandel oder gar vom Zusammenbruch des kubanischen Sozialismus erwiesen sich allerdings – wieder einmal – als falsch. Raúl hat bislang einer politischen ebenso wie einer wirtschaftlichen Öffnung eine deutliche Absage erteilt. Seine Autorität wird nicht angezweifelt. Von politischer Unordnung ist auch 50 Jahre nach der Revolution nichts zu bemerken.

Dabei ist das Regime nach wie vor großen Herausforderungen ausgesetzt. Den Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 bezahlte Kuba mit einer schweren und langwierigen Wirtschaftskrise, deren gesellschaftliche Folgen bis heute deutlich zu spüren sind. Praktisch durch die Hintertür, in Form eines allgegenwärtigen Schwarzmarktes, aber auch durch die Zulassung von Auslandsinvestitionen und anderen Marktwirtschaftsreformen kehrte der Kapitalismus auf die Insel zurück – und mit ihm eine soziale Ungleichheit, ein Verlust an sozialistischen Werten und eine Zunahme abweichenden und kriminellen Verhaltens, die ohne Beispiel waren in der Geschichte der Kubanischen Revolution. Die Jugend identifiziert den vom Regime propagierten Kommunismus nicht mehr mit nationaler Befreiung und Gleichheit, sondern mit der Doppelmoral, die in der kubanischen

Gesellschaft heute um sich greift, mit Engpässen bei der Versorgung und mit mangelnden Zukunftsperspektiven.

Die Frage nach der Zukunft Kubas verweist zurück auf das Regime Fidel Castros: auf seine Entwicklung und Strukturen, auf die Unterstützung, die es mobilisieren konnte, auf die Herausforderungen und Widerstände, denen es ausgesetzt war, und auch auf die Lehren, die es aus seinen Fehlern und Erfolgen zog.

In der vorliegenden Arbeit wird das Regime Fidel Castros umfassend analysiert. Im Mittelpunkt steht die Frage nach seiner Stabilität und den dafür notwendigen politischen, historischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen. Der zeitliche Schwerpunkt liegt dabei auf den Jahren 1990 bis 2006, die in der revolutionären Entwicklung durch den Niedergang des sozialistischen Ostblocks und der Sowjetunion eine besondere Bedeutung einnahmen. Um die Phänomene und Probleme dieser Zeit besser zu verstehen, wird zuvor in einem gesonderten Kapitel die Entwicklung des Regimes bis 1990 betrachtet.

Ein Großteil des für die Analyse verwendeten Materials wurde während verschiedener mehrmonatiger Forschungsaufenthalte zwischen 1997 und 2001 auf Kuba und einem sechsmonatigen Forschungsaufenthalt am Lateinamerika-Institut 2000 in Salamanca (Spanien) gesammelt. Fehlende Daten wurden v.a. aus der Bibliothek des Ibero-Amerikanischen Instituts (IAI) in Berlin und aus der spanischen Nationalbibliothek in Madrid ergänzt. Das Manuskript wurde bis Mitte 2007 angefertigt, mehrfach überarbeitet und stark gekürzt im April 2008 der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg als Dissertationsschrift vorgelegt.

Die vorliegende Arbeit wäre ohne die Hilfe einer ganzen Reihe von Personen nicht möglich gewesen. Vor allem möchte ich Peter Waldmann danken, der die Arbeit als Doktorvater betreute, jederzeit mit seinem Rat zur Verfügung stand und ohne dessen beinahe väterliche Strenge die Arbeit kaum hätte vollendet werden können. Ich danke ebenfalls Theo Stamm von der Universität Augsburg, der als Zweitgutachter die Arbeit begleitete. Wertvolle Anregungen verdanke ich zahlreichen Gesprächen und Diskussionen mit meinen kubanischen Freunden und Bekannten sowie mit Sozialwissenschaftlern, Journalisten und Schriftstellern auf Kuba, allen voran Miriam Gras Mediaceja, mit der ein sehr fruchtbarer Gedankenaustausch stattfand. Diese Gespräche trugen zur Ausarbeitung der Arbeit weit mehr bei, als aus den Hinweisen im Text und den Fußnoten geschlossen werden kann.

Da ich während der Arbeit an diesem Buch die meiste Zeit nicht fest in eine Institution eingebunden war, entstand der Großteil dieser Arbeit in relativer wissenschaftlicher Abgeschlossenheit. Für ihre erfolgreichen Bemühungen, diese Isolierung mit Informationen, Vorschlägen und Kritik zu durchbrechen, möchte ich mich besonders bei Raimund Krämer von der Universität Potsdam und meinen Doktorandenkollegen und Leidensgenossen aus Augsburg, Berlin und anderen Städten bedanken, besonders bei Sabine Lederle, Julian Gebhardt, Christian Demuth, Peter Böxkes, Stefanie Geiger, Matias Dewey und Adrian Waldmann. Sie alle drängten nicht nur immer wieder auf die Fertigstellung der Arbeit, sondern ermutigten auch zur Revision und zur Verbesserung der Argumentation.

Ein besonderer Dank richtet sich an die Universität Augsburg und den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD); beide ermöglichten mir durch ein Doktorantenstipendium bzw. durch mehrere Forschungsstipendien die Finanzierung meiner Arbeit und meiner Forschungsreisen. Meiner Mutter und meinem Vater möchte ich ebenfalls herzlich dafür danken, dass sie mich immer wieder unterstützt und aufgemuntert haben. Auch Timo Müller und Anne Schuster, die das Manuskript sprachlich und stilistisch sorgfältig korrigierten, gilt mein Dank. Schließlich möchte ich einer ganz besonderen Person danken: meiner Lebensgefährtin und Freundin, Claudia Hofer. Sie diskutierte mit mir oft nächtelang einzelne Abschnitte der Arbeit, korrigierte Teile des Manuskripts und ermutigte mich vor allem immer wieder zum Durchhalten. Danke!

Berlin, im April 2008

Hans-Jürgen Friess



Hans-Jürgen Friess, geb. 1974, Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Literaturwissenschaft in Augsburg. 1999 Abschluss zum Magister Artium, ab 2000 Arbeit an der Doktorarbeit, dazu Studienaufenthalte an der Universität Salamanca, der Humboldt Universität Berlin und auf Kuba, geschrieben ab 2001 in Berlin am Ibero-Amerikanischen Institut.

Der vorliegende Text wurde im April 2008 an der Universität Augsburg als Dissertationschrift eingereicht und im Juli 2008 erfolgreich verteidigt.

1. Einleitung

Nachdem das Castro-Regime jahrzehntelang als ungefährdet gegolten hatte, verschlechterten sich seine Entwicklungsbedingungen plötzlich um das Jahr 1990. Die Machtübernahme Michael Gorbatschows im Kreml 1985 leitete einen Reformprozess in der Sowjetunion ein, aus dem nur 6 Jahre später das Ende des Kalten Kriegs, das Ende des sozialistischen Ostblocks und sogar der Sowjetunion selbst resultierten. Für das Castro-Regime waren die Folgen dieses geopolitischen Wandels verheerend. Es verlor in kurzer Zeit seine Alliierten, die es finanziell und wirtschaftlich gestützt und auch militärisch vor der aggressiven Politik der USA geschützt hatten. Nach Jahren sozialistischer Solidarität stand Kuba plötzlich allein da mit seiner ineffizienten Zentralverwaltungswirtschaft, einem zunehmend erstarrten kommunistischen Herrschaftssystem und einem Finanz- und Handelsembargo der USA, das schon seit 1960 die Entwicklungsfähigkeit des Landes stark behinderte.

Neue Verbündete waren nicht in Sicht. Stattdessen nahm der internationale Druck auf das Regime sogar noch zu. Sämtliche Industrienationen, die meisten Länder Lateinamerikas, beinahe alle neuen Regierungen der ehemaligen Verbündeten sowie zahlreiche transnationale Menschenrechtsgruppen forderten Kuba nachdrücklich zu mehr Demokratie und zu einer stärkeren Beachtung der Freiheitsrechte der Bürger auf. Darüber hinaus nahm die Konfrontation mit den USA einen neuen Aufschwung. Bereits die Regierung Ronald Reagan (1981-1989) verschärfte die Gangart gegenüber Kuba mit Ausweitungen des Embargos, verstärkter Propaganda und zahlreichen diplomatischen Offensiven, Kuba international zu isolieren. Seine Nachfolger George Bush Sr. (1989-1993) und Bill Clinton (1993-2001) führten diese Politik nicht nur fort, sondern radikalisierten sie sogar.

Nicht nur von außen geriet das Regime unter Druck. Hatte sich Kuba bis Mitte der 1980er Jahre durch eine vielbeachtete Verbesserung seines Bildungs-, Gesundheits- und Umverteilungssystems sowie durch ein immerhin mäßiges wirtschaftliches Wachstum ausgezeichnet, so standen diese sozioökonomischen Erfolge der Vergangenheit ohne die solidarische Hilfe aus dem Ostblock auf der Kippe. Allein zwischen 1990 und 1993 sank das BIP um knapp die Hälfte. Entgegen der Hoffnungen der Kubaner auf weiteren Wohlstand erlebte das Land einen wirtschaftlichen Absturz ohne Beispiel. Für die Kubaner bedeutete dies einen zunehmenden Mangel an allem, selbst an Nahrungsmitteln. Vor den Läden bildeten sich immer längere Schlangen, überall standen Produktionsanlagen still, der Verkehr kam fast zum Erliegen, und täglich gab es oft stundenlange Stromsperrungen. Anstelle einer

gesicherten Grundversorgung durch den Staat herrschte nun allorts der Schwarzmarkt; und mit diesem kamen die Inflation und damit die Entwertung der Ersparnisse, der Löhne und der Renten.

Hatte der Wohlstand bis dato die Unterstützungsbereitschaft der Bevölkerung gefördert, so drohte die Wirtschaftskrise diese Bereitschaft ins Gegenteil zu verkehren. Tatsächlich äußerte eine wachsende Zahl von Kubanern ihren Unmut über die Situation. In öffentlichen Diskussionsrunden forderten sie einschneidende Reformen und im Privaten war sogar Fidel Castro nicht mehr unantastbar und stand immer stärker in der Kritik. Andere kehrten den politischen Organisationen den Rücken oder nahmen nur noch mit Widerwillen an politischen Pflichtveranstaltungen teil. Immer mehr versuchten aus Kuba zu fliehen, und es kam sogar zu den ersten öffentlichen Protesten gegen die Regierung Castro seit Beginn der Revolution von 1959.

Das engmaschige Netz der ideologischen Kontrolle über Politik und Gesellschaft bekam immer größere Risse. Ähnlich den kommunistischen Staaten in Osteuropa seit den 1970er Jahren erlebte nun auch Kuba einen Niedergang der sozialistischen Werte und Normen. Offener denn je stellten Konkurrenzdenken, Individualismus und Religiosität die Prinzipien der sozialistischen Solidarität, der kollektiven Aufopferung und des Glaubens an den Sozialismus in Frage. Andererseits nahm die Korruption ebenso zu wie die Vetternwirtschaft und anderes abweichendes Verhalten. Dessen sichtbarstes Zeichen stellte die Ausbreitung der Prostitution dar; dabei hatte man jahrzehntlang ihre Abschaffung durch die Revolution gefeiert. Offiziell blieb die Fassade der politischen Einheit gewahrt, was durch den Anspruch der Kommunistischen Partei Kubas auf das Machtmonopol symbolisiert wurde; unter dieser monolithischen Oberfläche fand jedoch eine zunehmende Heterogenisierung und Pluralisierung Kubas statt: angefangen von einem wachsenden Schwarzmarkt, der teilweise sogar die staatssozialistischen Strukturen zu überlagern drohte, über die öffentliche Befürwortung von Reformen durch hohe Parteifunktionäre und die Entstehung staatsunabhängigen öffentlichen Lebens bis hin zu Ansätzen einer organisierten Opposition.

Diese und eine Reihe damit verbundener Aspekte ließen einen Zusammenbruch des Castro-Regimes als möglich, vielerorts sogar als unausweichlich erscheinen. Nach Jahren vergeblicher Hoffnung auf einen Sturz Castros prognostizierten etwa Oppositionelle im In- und Ausland und zahlreiche Regierungsvertreter der USA nun einen bevorstehenden Wandel des Landes.¹ Selbst eher neutrale Journalisten und Wissenschaftler sprachen von einer baldigen politischen und

¹ Vgl. hierzu v.a. Montaner 1996.

wirtschaftlichen Transformation Kubas.² Sie sahen zwar die Fähigkeit des Regimes, wie in der Vergangenheit flexibel und zäh auf Herausforderungen und neue Aufgaben zu reagieren. Andererseits hielten sie diese Aufgaben ohne eine politische Neuorientierung für nicht zu bewältigen. Anstelle des Sozialismus und des Marxismus-Leninismus müsse es zu tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Reformen kommen. Die Frage war oft nicht mehr, ob es überhaupt dazu kommen würde, sondern nur noch wann und wie.

Unterstützung erhielt ihre Argumentation nicht zuletzt aus der Vergleichenden Demokratisierungsforschung. Mit dem Kalten Krieg, so eine vielfach geteilte These, werde auch das Castro-Regime verschwinden und schließlich von der sog. „Dritten Welle“ der Demokratisierung erfasst werden, die schon die sozialistischen Regime zwischen Berlin und Wladiwostok hinweggespült hatte.³ Tatsächlich schienen die Bedingungen auf Kuba um 1990 vergleichbar mit denen in anderen autoritären Staaten, als dort die Demokratisierung einsetzte: nämlich eine schwere Wirtschaftskrise nach Jahren relativen Wohlstands,⁴ eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung und damit eine nachlassende Legitimität des Regimes,⁵ die Entstehung einer Zivilgesellschaft und eine nachlassende ideologische Kontrollfähigkeit

² Vgl. hierzu etwa den Journalisten und Pulitzerpreisträger Andres Oppenheimer 1992; die Kubanologin Susan Kaufman Purcel meinte 1991: „Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der kubanische Kommunismus kollabiert“ und sie prophezeite, dass Castro „eher früher als später“ abtreten würde, vgl. Kaufman Purcel 1991, S. 130.

³ So fassten etwa Hoffmann und Whitehead (2006, S. 2) den Grundtenor zahlreicher Analysen des Castro-Regimes in den 1990er Jahren zusammen.

⁴ Huntington schreibt z.B. in seinem berühmt gewordenen Buch über die „Dritte Demokratisierungswelle“ davon, dass Wirtschaftskrisen vor allem dann gefährlich für ein Regime werden, wenn sie einer Phase moderater sozioökonomischer Entwicklung folgen: „[This is] the economic formula most favorable to the transition from authoritarian to democratic government.“ (Huntington 1991, S. 71); in Ländern mit einem relativ hohen Entwicklungsstandard (Huntington denkt dabei an ein BIP pro Kopf von 1.000 bis 3.000 US-Dollar) und wo die Menschen eine Verbesserung ihres Lebensstandards erwarten, verursache eine wirtschaftliche Rezession die nötige politische Unruhe für einen Systemwandel. 1989 stand das BIP pro Kopf auf Kuba bei 1.641 US-Dollar, vgl. Eckstein 1994, S. 220.

⁵ In einem Review-Artikel über die Literatur zu den Ursachen von Demokratisierung schrieb z.B. Shin (1994, S. 151f.): „The most prominent domestic factor is the steady decline in the legitimacy of authoritarian rule“. Huntington (1991, S. 45) nannte wachsende Legitimitätsprobleme autoritärer Systeme als den ersten von fünf Faktoren der Dritten Welle der Demokratisierung. Auch Diamond, Linz und Lipset (1990, S. 10) meinten: „Regimes that lack deep legitimacy depend more precariously on current performance and are vulnerable to collapse in periods of economic and social distress.“

des Staates.⁶ Auch international waren die Bedingungen für eine Transformation eher günstig: die alte Hegemonialmacht existierte nicht mehr; von Seiten Europas und der USA wurde erheblicher Druck ausgeübt und schließlich gab es zahlreiche Beispiele von mehr oder weniger erfolgreichen Demokratisierungen in der Region.⁷

Doch mehr als anderthalb Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges behauptet sich das Castro-Regime noch immer. Anders als in Osteuropa oder in Lateinamerika gab es keine Demokratisierung oder tiefgreifende marktwirtschaftliche Reformen. Dabei ist Kuba auch nicht dem Entwicklungspfad der asiatischen kommunistischen Staaten China und Vietnam gefolgt. Zwar blieben hier wie dort größere Reformen im politischen Bereich aus. Aber im Gegensatz zu China und Vietnam gab es auf Kuba größere Marktwirtschaftsreformen nur in geringem Ausmaß; sie wurden zudem Mitte der 1990er Jahre wieder eingefroren.

Dennoch (oder gerade deshalb?) konnte sich der Castroismus in den vergangenen Jahren auf verschiedenen Gebieten wieder konsolidieren. Er widerstand nicht nur der Konfrontation mit den USA und dem Druck aus Europa, sondern konnte sogar neue Alliierte und Bewunderer für sein sozialistisches Entwicklungsmodell gewinnen. Mit China verbindet Kuba heute eine neue strategische Partnerschaft und mit Venezuela unter Hugo Chavez etablierte es sogar eine solidarische Freundschaft; zudem eröffnete der jüngste Linksruck in ganz Lateinamerika neue außenpolitische Perspektiven.

Kubas Wirtschaftsleistung wuchs ab 1994 wieder kontinuierlich und stabil an; die Wachstumsraten liegen seither über dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Auch wenn es fast bis heute dauerte, selbst der Wegfall seiner Märkte im Ostblock und der Hilfen der Sowjetunion konnte langsam, aber sukzessive ausgeglichen werden: Mit den

⁶ Shin (1994, S. 152) nannte die Entstehung zivilgesellschaftlicher Gruppen als zweite Ursache der Demokratisierung. Auch Diamond, Linz und Lipset (1990, S. 22) unterstrichen, dass staatsunabhängiges Verbandsleben autoritäre Herrschaft unterminieren und sie unter Druck setzen könne, eine Demokratisierung einzuleiten. Linz und Stepan (1996, S. 43f.) zufolge gilt zudem nachlassende staatliche Kontrolle, wie sie sich etwa in der Pluralisierung politischen und wirtschaftlichen Lebens zeigt, als eine Voraussetzung für eine Demokratisierung.

⁷ Ende der 1980er Jahre begannen verschiedene Forscher Regime-Transformationen auch unter regionalen Blickwinkeln zu betrachten und fanden heraus, dass einige internationale Faktoren Transformationen begünstigten, vgl. MacEwan 1990, S. 115ff.; Smith 1991, S. 608ff.; Hartmann 1999. Solche Faktoren waren z.B. der Kollaps von wichtigen und mächtigen Alliierten; der Demonstrationseffekt und der Zeitgeist; sowie Druck aus den USA und Europa und von Seiten transnationaler Menschenrechtsgruppen und Demokratiebewegungen, vgl. hierzu auch Hawkins 1998, S. 13.

europäischen Staaten und mit Kanada unterzeichnete Kuba zahlreiche Handelsvereinbarungen; außerdem gewann es neuen finanziellen Spielraum für soziale Maßnahmen durch wachsende Geldüberweisungen aus dem Ausland an Familienangehörige auf Kuba, wachsende Einnahmen aus dem Tourismus und neuerdings auch finanzielle und wirtschaftliche Hilfen aus Venezuela. Zwar förderte dieser Aufschwung eine neue soziale Ungleichheit zu Tage, die vor 1990 für den kubanischen Sozialismus undenkbar schien. Jedoch fanden bislang die daraus resultierenden Unzufriedenheitspotentiale ebenso nicht zusammen wie die bleibenden Wünsche einer Vielzahl kubanischer Bürger nach mehr persönlicher Freiheit, mehr wirtschaftlichen Möglichkeiten und nach Reise- und Informationsfreiheit.

Castro behielt stattdessen die politischen Zügel fest in der Hand. So sucht man vergeblich nach wichtigen Staatsfunktionären, die innerhalb oder gar außerhalb der Partei offen und bekanntermaßen für grundlegende Reformen eingetreten sind. International als potentielle Reformer und Softliner gehandelte Mitglieder der politischen Führung verloren ihre Macht oder führten pflichtschuldig Gegenreformmaßnahmen durch, als dies von ihnen gefordert wurde. Dabei blieb das Regime gegenüber systemimmanenter Kritik weitgehend tolerant und ließ sogar neue Spielräume für Kunst und Kultur, für privatwirtschaftliche Betätigung und auch für die Emigration aus Kuba zu. Andererseits unterband es erfolgreich oppositionelle Bewegungen und eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung – ohne dafür offene Gewalt anzuwenden oder gar Blut vergießen zu müssen. Die Zivilgesellschaft wirkt bis heute politisch ausgesprochen schwach, und auch die katholische Kirche spielt als oppositionelle Kraft praktisch keine Rolle.

Insgesamt herrscht der Eindruck vor, dass das Regime gerade über die Schlüsselbereiche der Politik seine Hegemonie über die Gesellschaft behalten hat. Die Gewaltkriminalität blieb gerade im Vergleich zu Lateinamerika äußerst gering; der Schwarzmarkt und andere privatwirtschaftliche Tätigkeit standen – auch wenn sie auf einem hohen Niveau verharrten – weiterhin im Schatten der Zentralverwaltungswirtschaft. Zudem findet man auf der Insel keine größere alternative Öffentlichkeit, welche die ideologischen Ansprüche des Regimes in Frage stellen könnte. Selbst das Internet durchbrach die Phalanx staatlicher Informationskontrolle nur am Rande. Immer noch scheint das Regime einen Grundstock an Popularität zu genießen: wegen der Unattraktivität der personellen und institutionellen Alternativen und der Anziehungskraft der nationalen Frage, v.a. der Vorstellung vom Kampf Davids gegen Goliath und des Widerstands Kubas gegen die nationale Bedrohung aus den USA.

Kurzum: trotz sehr schwieriger struktureller Voraussetzungen, wie einer zunächst bedrückenden internationalen Lage nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion, trotz einer schweren ökonomischen Krise und der auch daraus resultierenden nachlassenden Legitimität und Kontrollfähigkeit des Regimes, wuchs weder die offensive Gegenwehr nachhaltig an noch gab es eine Spaltung innerhalb der kubanischen Führung. Anders als vielfach vorhergesagt kam es nicht zu einer politischen und gesellschaftlichen Restrukturierung des Landes. Stattdessen überlebte das Regime und konnte in den letzten Jahren sogar wieder Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit zurückgewinnen.

Wie spätestens seit der Revolution von 1959 ist Kuba damit ein Sonderfall in Lateinamerika geblieben; umso mehr würde der interessierte Beobachter erwarten, dass die Vergleichende Demokratisierungsforschung das Thema bereits hinreichend behandelt und vor allem die Gründe der Abweichung Kubas auch in einen breiteren theoretischen Kontext gestellt hat. In den einschlägigen Sammelbänden wird der kubanische Fall allerdings meist missachtet.⁸ Was bleibt ist eine ganze Reihe von Einzelfallstudien zu Kuba. Dabei ist unverkennbar, dass die Kuba-Forschung gemessen an der Anzahl der Publikationen und Autoren seit den 1990er Jahren im Vergleich zu früher bedeutend gewachsen ist – vor allem in den USA.⁹ Betrachtet man den Inhalt der einschlägigen Aufsätze und Bücher, so überwiegen allerdings Studien über Teilbereiche der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, Beschreibungen und Analysen des wirtschaftlichen Wandels sowie Erörterungen der Chancen für eine baldige Demokratisierung auf und ihre Konsequenzen für Kuba.

Umfassendere Analysen des gegenwärtigen politischen Systems auf Kuba, seiner Besonderheiten und Merkmale, oder gar Studien, welche die Ursachen seiner eigenwilligen Entwicklung explizit zum Gegenstand machen, stellen eine Minderheit dar. Insbesondere gibt es bislang nur eine geringe Anzahl von Untersuchungen, die explizit den Gründen der relativen Stabilität des Castro-Regimes nach dem Kalten Krieg nachgehen. Die meisten dieser Analysen stammen noch aus den frühen 1990er Jahren und sind äußerst knapp gehalten.¹⁰ Neuere Studien beschäftigen sich vorwiegend mit Teilaspekten der Stabilität: mit Fidel Castro selbst und der relativen Geschlossenheit

⁸ Ausnahmen stellten hierbei die Bände von Hopfmann und Wolf (1998) und von Waldmann (2003) dar.

⁹ Maßgeblich dazu beigetragen hat insbesondere die Association for the Study of the Cuban Economy (ASCE), im Internet zu finden unter www.ascecuba.org.

¹⁰ Vgl. Domínguez 1993; 1998; Schultz 1993; Smith 1996.

der Eliten;¹¹ dem Fehlen einer breiten bzw. der Schwäche der Zivilgesellschaft und Opposition;¹² mit den für den Machterhalt günstigen Wirtschaftsstrukturen;¹³ der kontraproduktiven Politik der „Demokratieförderung“ seitens der USA und der auch dadurch weiterhin existierenden Mobilisierungskraft des Nationalismus;¹⁴ mit dem Zusammenhang zwischen *Exit* und *Voice*, also zwischen der Verlagerung von Unzufriedenheit und Opposition und dem dadurch gesunkenen Protestpotential auf Kuba;¹⁵ mit der Kontrolle der Öffentlichkeit,¹⁶ ja der besonderen Form staatlicher Kontrolle auf Kuba und der darauf aufbauenden Repressionsfähigkeit des Regimes insgesamt.¹⁷

Die daraus gewonnen Erkenntnisse und Thesen über die Gründe der relativen Stabilität auf Kuba sind keineswegs unzutreffend – so ist es z.B. mittlerweile ein Gemeinplatz, die Stabilität des Regimes zumindest zum Teil auf Fidel Castro selbst zurückzuführen. Insgesamt erfassen die Studien jedoch die Vielfalt und das Zusammenspiel einzelner Faktoren nicht, zumal Konstellationen sich über die Zeit verändert haben. So fehlen etwa Studien, die z.B. die Reaktionen des Regimes auf die Krise im Hinblick auf den Erhalt der Herrschaft systematisch analysieren. Auch damit verbundene Aspekte, wie z.B. Castros spezielle Herrschaftstechniken, werden zumeist gänzlich außen vor gelassen oder allenfalls am Rande berührt. Eine weitere Lücke besteht darin, dass der Zeitraum, auf den sich die oben genannten Analysen beziehen, die jüngsten Entwicklungen nicht umfasst.

Die vorliegende Arbeit versucht, diese Lücken zumindest teilweise zu schließen. Was die *theoretische Perspektive* betrifft, geht sie dabei von der Grundannahme aus, dass etablierte soziale Ordnungen in ihrer raum-zeitlichen Entwicklung ein Eigengewicht erlangen, das nicht ohne weiteres durch die Möglichkeit einer alternativen Ordnung – und sei sie objektiv besser als die bestehende – aufgewogen werden kann.¹⁸ Dabei schöpft die Studie auch aus Erkenntnissen einer Arbeit von Renate Mayntz zu den Ursachen von Systemzusammenbrüchen und den Möglichkeiten diesen vorzubeugen.¹⁹ Nach Mayntz folgen Zusammenbrüche auf Störungen eines Systems, die nicht verhindert, nicht innersystemisch kompensiert oder nicht durch partielle

¹¹ Vgl. hierzu statt vieler González 1996 und 2004; Krämer 1998; Del Aguila 1999.

¹² Vgl. Aguirre 1998a und 1999; López 2000 und 2003.

¹³ Vgl. Burchhardt 2002; Corrales 2002; 2004; Jatar-Hausmann 1999.

¹⁴ Vgl. hierzu insbesondere Gratius 2003; aber auch: Hoffmann 1998; Castañeda 2005; Rothkopf 2000.

¹⁵ Vgl. Hoffmann 2005; Pedraza 2002.

¹⁶ Vgl. Hoffmann 2004.

¹⁷ Vgl. Payne 1997; Aguirre 2002.

¹⁸ Vgl. hierzu insbesondere Berger/Luckmann 1997, S. 49ff. und 98ff.

¹⁹ Vgl. Mayntz 1997, S. 130ff.

Anpassung bewältigt werden und damit in ihrem Umfang und ihrer Reichweite zu gewaltig für die Aufrechterhaltung der Identität und Systemzusammenhänge sind. Dabei ist es unerheblich, welcher Art die Störfaktoren sind.

Aus diesen Annahmen kann geschlussfolgert werden, dass erst dann ein Wandel einer Ordnung erfolgt, wenn Störung(en) die Problemlösungs- und Handlungskapazitäten der für die Stabilisierung der Ordnung verantwortlichen Kräfte übersteigen; oder aber erst dann, wenn die Kapazitäten selbst zwar vorhanden sind, die daraus entstehenden Möglichkeiten und Mittel aber unzureichend oder gar falsch eingesetzt werden, d.h. Entscheidungen getroffen werden, die – unabhängig von der Absicht – letztlich den Untergang einer Ordnung herbeiführen.²⁰ Andererseits kann unter der Voraussetzung von ausreichenden Ressourcen und Spielräumen, auf die eine um Stabilität besorgte politische Führung zurückgreifen kann, durch politisches Geschick eine Ordnung aufrecht erhalten werden.

Überträgt man nun diese Schlussfolgerungen auf die Frage nach der Stabilität des Castro-Regimes, können folgende *Forschungshypothesen* entwickelt werden, die seine fortgesetzte Stabilität seit Ende der 1980er Jahre erklären sollen:

Die Herausforderungen, denen sich das Castro-Regime nach dem Ende des Kalten Kriegs ausgesetzt sah, waren in ihrem Umfang und ihrer Reichweite nicht hinreichend, um seine zentralen Pfeiler entscheidend zu schwächen und damit einen Zusammenbruch bzw. eine Transformation zu provozieren.

Das Regime verfügte also weiterhin über ausreichende Mittel, um eine grundlegende Veränderung seiner wichtigsten Merkmale zu verhindern und die Herausforderungen ohne weitreichende Anpassungen zu kompensieren.

Das Regime setzte diese Mittel zur Bewältigung der Herausforderungen so ein, dass es seine Handlungsfähigkeit und damit seine Stabilität bewahrte.

Auf diesen Hypothesen aufbauend stehen folgende *forschungsanleitende Fragen* im Mittelpunkt: Wodurch und in welchem Ausmaß wurde das Castro-Regime nach dem Ende des Kalten Kriegs gestört?

²⁰ Besonders deutlich scheint dies z.B. auf Gorbatschows Reformbemühungen zuzutreffen. Mit *Perestroika* und *Glasnost* wollte er das erstarrte kommunistische System erneuern und mit neuem Leben füllen. Letztlich lösten diese Reformbemühungen aber eine Eigendynamik aus, der seine Regierung nicht mehr gewachsen war. Anstelle einer Erneuerung erlebte die Sowjetunion den Zusammenbruch.

Welche Ressourcen und Stabilisierungsmechanismen hatte es entwickelt, mit denen es auf Krisen reagieren konnte? Und: mit welchen Maßnahmen versuchte die kubanische Führung einerseits die mit dem Zusammenbruch des Ostblocks einhergegangenen Herausforderungen zu bewältigen und andererseits seine zentralen Stützen zu reproduzieren?

Zur Behandlung dieser Fragen wird folgendes Gliederungsschema zugrunde gelegt: Zunächst werden die Entstehung sowie die Merkmale und Machtmechanismen des Regimes und seine Entwicklung bis Ende der 1980er Jahre analysiert (Kapitel 2). Darauf aufbauend wird der Frage nach den wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen des Regimes nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Sowjetunion nachgegangen (Kapitel 3). Anschließend werden in einem längeren Abschnitt die Antworten der Castro-Regierung auf diese Herausforderungen analysiert. Im Mittelpunkt stehen dabei ihre Strategien und Maßnahmen zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Basis sowie zur Sicherung politischer Loyalität und Kontrolle (Kapitel 4). Den Abschluss der Arbeit bildet ein Kapitel, das den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ergebnisse und Wirkungen dieser Strategien und Maßnahmen nachgeht und schließlich eine Synthese der Gründe der politischen Stabilität auf Kuba nach 1990 liefert (Kapitel 5).

Wenngleich der Arbeit grundsätzlich eine makrosoziologische Fragestellung zugrunde liegt, enthält sie eine Reihe von Detail- und Mikrostudien. Aus forschungsökonomischen Gründen mussten freilich Schwerpunkte gesetzt werden. Dieses Vorgehen impliziert, dass Aspekte, welche die Fragestellung nur am Rande betreffen, oft nur gestreift oder vernachlässigt wurden. Im Zweifel wurden jene Quellen und Daten gründlicher geprüft, aus denen sich Einwände gegen die Forschungshypothesen hätten ergeben können.

Die vorliegende Arbeit folgt der Methode der Fallstudie,²¹ wobei immer wieder Vergleiche mit anderen autoritären und kommunistischen Regimen in Lateinamerika, Europa und Asien unternommen werden. Diese Methode hat den entscheidenden Vorteil, die Singularität des kubanischen Entwicklungswegs nach 1990 präziser erfassen und damit auch bisherige Erklärungsmuster und Hypothesen bereichern zu können, etwa die Demokratisierungstheorie oder die Theorie autoritärer Regime. Um eine hinreichend breite Analyse des Castro-Regimes aus verschiedenen Blickwinkeln zu ermöglichen, werden dabei historische, politologische, rechtliche, wirtschaftliche, sozialpsychologische und soziologische Gedankengänge verfolgt und – falls sinnvoll und möglich – miteinander verbunden. Mit dieser

²¹ Vgl. hierzu Nohlen 1994, S. 128f.

multidisziplinären Vorgehensweise trägt die Arbeit insbesondere der Auffassung Rechnung, dass bei den meisten soziologischen Problemen und Phänomenen, die ein intensiveres Forschungsinteresse verdienen, wirtschaftliche, historische, politische und sozialpsychologische Gesichtspunkte untrennbar ineinander fließen. Von einer methodisch „reinen“, den Untersuchungsgegenstand jedoch nur teilweise erfassenden Vorgehensweise wurde deshalb abgesehen.



Kurz vor dem Zusammenbruch: Das Haus steht – auch wenn andere Häuser bereits zerfallen

2. Entstehung des Castro-Regimes und seine Entwicklung bis 1990

2.1 Entstehung und Konsolidierung revolutionärer Herrschaft

Als „lange Revolution“ bezeichnen Historiker gerne jene Phase der neueren kubanischen Geschichte, die mit den beiden Unabhängigkeitskriegen gegen Spanien 1868-1878 und 1895-1898 begann, sich über die „frustrierte Revolution“ 1933 fortsetzte und schließlich in der sozialistischen Revolution der Jahre nach 1959 kulminierte.²² Diese Betrachtungsweise der Umwälzung Kubas von einer Kolonial- zu einer sozialistischen Gesellschaft ist nicht unumstritten. Verschiedene Autoren kritisieren, dass sie eine Geradlinigkeit und Determiniertheit der kubanischen Geschichte suggeriere, die der Realität keineswegs gerecht würde.²³

Es wäre tatsächlich übertrieben, die Zeit vor 1959 einzig auf ihre Vorlauffunktion zu der danach erfolgten Revolution zu reduzieren; dafür hatten zu viele Entwicklungen ein zu starkes Eigengewicht und eine eigene Dynamik, deren Ergebnis nicht von vorneherein bestimmbar war. Dennoch sollte eine berechtigte Zurückhaltung bei der Anwendung des Begriffs von der „langen Revolution“ nicht den Blick für seine analytischen Vorteile verstellen. Er übt gerade für einen Sozialwissenschaftler einen besonderen Reiz aus. So verweist er in griffigen Worten auf die zentralen Umbrüche und Schübe, die dem Sieg Fidel Castros über Fulgencio Batista und der darauf folgenden Transformation Kubas vorausgingen, und hebt zudem auf zwei weitere Merkmale der kubanischen Geschichte ab: ein überaus radikales Streben nach nationaler Selbstbestimmung sowie zahlreiche gewaltsame Konflikte, die diesem Streben knapp hundert Jahre lang folgten.²⁴ Ohne diese Aspekte in die Analyse einzubeziehen, wären die kubanische Revolution und damit die Entwicklung des Castro-Regimes nur schwer nachvollziehbar.

Fünf Probleme lassen sich als Hauptwurzeln dieser „langen Revolution“ identifizieren:²⁵ erstens die weitgehende Unterbindung

²² Siehe hierzu z.B. Blackburn 1963; Ruiz 1968; Wood 1970; Aguilar 1972; Bonachea/San Martín 1974; Liss 1987; Mires 1978, S. 31ff.

²³ Vgl. Whitney 2001; Suter 1996.

²⁴ Vgl. Zeuske 2000; Kline 1979, S. 439; zur Gewalt auf Kuba siehe insbesondere Goetze 1978 und Wirth 1978.

²⁵ Vgl. zur Geschichte Kubas bis zur Revolution insbesondere Thomas 1971; Suchlicki 1997; Pérez Jr. 2006.

einer vollständigen nationalen Unabhängigkeit zunächst durch die spanische Kolonialherrschaft und später durch die USA, vor allem mit militärischen, aber auch mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln; zweitens die wirtschaftliche Abhängigkeit Kubas von einem Handelspartner, den USA, und einem landwirtschaftlichen Exportprodukt, dem Zucker; drittens die auch deshalb erfolgte einseitige wirtschaftliche Erschließung der Insel, was Kuba einerseits zu einem der modernsten und reichsten Länder Lateinamerikas machte, andererseits aber zu wirtschaftlicher Stagnation und einer stark polarisierten Sozialstruktur führte; viertens ein schwacher Staat, dem es niemals gelang, das Gewaltmonopol zu erringen oder eine unabhängige Führungsrolle bei der gesellschaftlichen Entwicklung einzunehmen, und der zudem ständig von den jeweiligen Regierungen und ihren Vertretern für private Interessen missbraucht wurde; und fünftens das Scheitern verschiedener Versuche, auf Kuba eine repräsentative Demokratie einzurichten. Ferner darf der Einfluss der kulturellen Nähe zu den USA nicht vergessen werden, die Kubas kulturelle Identität immer wieder brüchig werden ließ und das Land kulturell einzigartig machte: als das US-amerikanischste Land unter all den lateinamerikanischen Ländern.²⁶

Insgesamt entstand aus all diesen Problemen und Gegebenheiten eine Spannung, die zwar sehr fruchtbar für kulturelle und intellektuelle Höchstleistungen war, man denke hier nur an die kubanische Musik und Literatur, nur zu oft aber auch Gewalt und politische Instabilität förderte. Sie bildete die Grundlage für den revolutionären Impuls ganzer Generationen von Kubanern und vor allem aller nationaler Helden, angefangen bei den *Mambises*, der Helden der Unabhängigkeitskriege gegen Spanien, allen voran José Martí und Antonio Maceo, über die Generation von 1933, die als „gescheiterte Revolutionäre“ in die Geschichte eingingen, weil sie zwar den Diktator Machado vertrieben, sich aber nicht an der Macht halten konnten, bis hin zu Fidel Castro und seinen Mitstreitern, die sich als Vollender der Ziele der nationalen Helden betrachteten, erreichten doch nur sie eine „wirkliche Revolution“.

Dabei sah es gerade bei Fidel Castros revolutionärem Unternehmen zunächst gar nicht danach aus, dass sich an der gesellschaftlichen Situation etwas ändern könnte. Castros Widersacher, Fulgencio Batista, schien bis Ende 1958 fest im Sattel zu sitzen. Bereits seit 1933 hatte Batista die politischen Geschicke der Insel gelenkt, zunächst als Oberster Militär hinter den Kulissen, dann als demokratisch gewählter Präsident und mit einer Unterbrechung von 8 Jahren nach 1952 – nach einem Militärputsch – als unumschränkter Diktator.

²⁶ Vgl. hierzu etwa Ortiz 1947, S. 55ff.; Benítez Rojo 1986; Franqui 1985, S. 26f.; zur kubanischen Identität v.a. Pérez Jr. 1999

Castro spürte Batistas (Über-)Macht zunächst am eigenen Leib. 1953 misslang ein von ihm angeführter Umsturzversuch – er hatte vergeblich versucht, mit rund 150 Mitstreitern die größte Kaserne des Landes, die Moncada in Santiago de Cuba, zu stürmen und damit einen Volksaufstand gegen Batista zu provozieren.²⁷ Seine Gruppe wurde fast vollständig aufgerieben; Castro selbst wurde verhaftet und kam erst im Sommer 1955 im Zuge einer Generalamnestie wieder frei.

Auch sein zweiter Versuch, Batista zu beseitigen, schien unter keinem guten Stern zu stehen. Als er Ende 1956 mit 81 weiteren Rebellen mit der Yacht *Granma* im Südosten Kubas landete, geriet sein Trupp sofort in einen Hinterhalt. Kaum mehr als ein Dutzend Revolutionäre überlebte, und diese wenigen (unter ihnen Fidel, sein Bruder Raúl und nun auch Che Guevara) taten sich in den darauf folgenden Wochen schwer, sich in die Berge des Sierra Maestra Gebirges zurück zu ziehen und dort dann angesichts Hungers und militärischer Angriffe durch Batistas Truppen zu überleben. Castros Trupp war somit keine ernsthafte Bedrohung für Batista; sein Kriegsglück begann sich erst allmählich zu ändern.

Castro gelangen zwar ab Frühjahr 1957 die ersten Erfolge, vor allem hinsichtlich Propagandaaktionen und einzelner militärischer Operationen;²⁸ bis zum Sommer 1958 blieb seine Gruppe aber klein.²⁹ Dann kam die militärische und politische Wende. Eingeleitet wurde sie ausgerechnet durch eine Niederlage Castros. Im Frühjahr 1958 hatte Castro zu einem Generalstreik aufgerufen, der kläglich scheiterte. Dies trieb Batista zu der Auffassung, er sei im Aufwind und könne die revolutionären Kräfte nun ein für alle mal ausradieren. Er entschloss sich zu einer Großoffensive in der Sierra Maestra mit mehr als 10.000 Soldaten und großem Gerät. Diese Offensive endete jedoch in einem Desaster. Von den mehr als 10.000 Soldaten, die gegen die wenigen Hundert Mann Castros zogen, blieb nur ein kümmerlicher Rest übrig. Die anderen wurden getötet, gefangen genommen oder liefen zu den Rebellen über, sobald sie auf diese stießen – und mit ihnen das ganze militärische Gerät. Batista musste sich zwangsläufig wieder zurückziehen.³⁰

Durch diesen Erfolg konnte Castro nun seine politische und militärische Basis deutlich vergrößern. Im Juli 1958 schlossen sich sämtliche militanten Anti-Batista-Kräfte – unter ihnen nun auch die

²⁷ Vgl. Szulc 1986, S. 223ff.; Thomas 1971, S. 838.

²⁸ Vgl. Szulc 1986, S. 409; siehe hierzu auch Matthews 1975.

²⁹ In den nächsten zwei Jahren erreichte der Umfang der Guerillatruppen kaum mehr als 1.000 Mann, bis Sommer 1958 zählten sogar nur ca. 300 Mann zur Guerilla, vgl. Bonachea/Valdes 1972, S. 111.

³⁰ Vgl. Domínguez 1989, S. 12.

zunächst sehr zögerliche Sozialistische Partei *PSP* – im Pakt von Caracas zusammen. Durch den Pakt erreichte Castro aber noch mehr, etwas, das insbesondere seinem politischen Vorbild José Martí noch versagt geblieben war: die Einheit der militärischen *und* politischen Führerschaft, der *mando único*. Damit stärkte sich nicht nur seine Position innerhalb der Oppositionsbewegung; sondern auch deren Schlagkraft. Von nun an wurden alle militärischen und politischen Operationen des Widerstands zentral koordiniert und gesteuert. Im Sommer 1958 gingen die aufständischen Truppen schließlich selbst in die Offensive. Bis Ende des Jahres fielen zahlreiche Gebiete und Städte in den östlichen Provinzen in die Hände der Rebellen.

Im Dezember 1958 stand Batista dann mit dem Rücken zur Wand. Aus der US-Botschaft, der wichtigsten Machtstütze Batistas, kamen immer widersprüchlichere Signale; nicht unerhebliche Teile der kubanischen und amerikanischen Geschäftselite, die Batista lange unterstützt hatten, zogen sich zurück, und selbst Teile der Armeeführung begannen gegen ihren Befehlshaber aufzubegehren. Als die Rebellen am 31. Dezember die erste große Garnisonsstadt, Santa Clara, einnahmen und die Insel dadurch praktisch in der Mitte teilten, entschloss sich Batista zum Rücktritt. Noch in der Silvesternacht floh er in Begleitung seiner Familie sowie von 40 seiner treuesten Anhänger mit einem Flugzeug in die Dominikanische Republik. Castro rief zu einem nun erfolgreichen Generalstreik auf und verkündete schließlich am 1. Januar 1959 den Sieg der Revolution.³¹

Die Chancen für eine nachhaltige Veränderung von Politik und Gesellschaft standen Anfang 1959 nicht schlecht. So waren die alten Machtverhältnisse durch Batista selbst, seine illegale Machtübernahme und seine Repression delegitimiert worden; praktisch alle politischen Institutionen waren aufgrund von Korruption und Machtmissbrauch in Misskredit geraten. Zudem gelang es Castro, die breiten Massen zu mobilisieren und schließlich sogar schon kurz nach der Machtübernahme, am 7. Januar 1959, offiziell durch die US-Regierung anerkannt zu werden.

Castro war von Beginn an ein starker Führer, auch wenn er zunächst die neue Regierung offiziell nicht selbst führte.³² Als Oberkommandierender der Streitkräfte und politischer Führer der Aufständischen hatte er die Macht auf sich vereinigt. Zudem hatte er eine gewaltige Ausstrahlung und Überzeugungskraft, kurzum: Charisma. Trotz seiner jungen Jahre hatte er während seines Kampfes ganz unterschiedliche Gruppen und Interessen hinter sich vereinigen können. Er war jung

³¹ Vgl. Castro 1976, S. 23.

³² Castro war in der neuen Regierung zunächst nur Mitglied ohne Zuständigkeitsbereich und trat erst im März 1959 das Amt des Regierungschefs an.

und damit politisch unvorbelastet von den Ränkespielen der alten politischen Klasse. Durch sein Aussehen mit Vollbart und seiner bescheidenen Uniform symbolisierte er schon rein äußerlich den politischen Neuanfang.

Während seines Aufstands versprach Castro wiederholt, José Martí's Ideale eines freien Kubas zu verwirklichen. Konkret meinte er damit, die Unabhängigkeit Kubas gegenüber den USA zu verwirklichen; eine Politik der wirtschaftlichen Modernisierung und damit eine Politik der Industrialisierung und der Diversifizierung der Wirtschaft zu betreiben; soziale Gerechtigkeit herbeizuführen, dazu Ungleichheiten einzuebnen und die unterprivilegierten Schichten, die Mehrheit der Kubaner, am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozess stärker zu beteiligen und zu integrieren; für eine saubere Regierungsführung ohne Korruption und Selbstbereicherung zu sorgen und den Staat dadurch zu stärken, dass ihm eine stärkere Rolle bei der Führung und Planung der Wirtschaft übertragen würde; sowie die Demokratie auf Kuba wieder einzuführen.³³

Klar schien auch, wie er diese Ziele verwirklichen wollte, auch wenn er die dafür erforderlichen Maßnahmen eher vage formulierte.³⁴ Konkret kündigte er an, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA zugunsten Kubas durch Verhandlungen neu zu ordnen; den Zuckersektor neu zu strukturieren und eine Landreform zu vollziehen; die Löhne und Gehälter der Arbeiter zu erhöhen, den Schutz vor Arbeitslosigkeit durch neue Sozialgesetze zu verbessern sowie die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur auf dem Land durch neue Schulen, Krankenhäuser und Straßen auszubauen; die Kollaborateure und Profiteure des Batista-Regimes zu bestrafen, die Verfassung von 1940 wieder einzusetzen und sie zu achten; Nationalisierungen strategischer Wirtschaftsunternehmen durchzuführen, wie z.B. von Versorgungs- und Telefonunternehmen in ausländischem Besitz; und – nach einer kurzen Übergangsphase – freie Wahlen abzuhalten.³⁵ Dass Castro schon wenige Monate nach seinem Machtantritt beginnen würde, von diesen programmatischen Ankündigungen gravierend abzuweichen, die kubanische Gesellschaft durchgreifend umzugestalten und dafür

³³ Vgl. hierzu insbesondere die programmatische Schrift Fidel Castros „Die Geschichte wird mich freisprechen“ von 1953 (Castro 1998), aber auch Castro (1976, S. 23 und 1976b, S. 240ff.) sowie die Dokumentationen der Stellungnahmen Castros bei Bonachea/Valdes 1972; Franqui 1980.

³⁴ Vgl. Thomas 1971, S. 274; verschiedene Zeitzeugen machten z.B. darauf aufmerksam, dass Castro während seines gesamten Aufstands Ideologien und Theorien und auch dem Kommunismus äußerst indifferent gegenüberstand und ein detailliertes Programm wiederholt ablehnte, vgl. hierzu Liss 1994, S. 21, Matthews 1975.

³⁵ Vgl. Castro 1998; Bonachea/Valdes 1972; Franqui 1980.

auch die Konfrontation mit den USA zu suchen, konnten Anfang 1959 allenfalls seine engsten Mitarbeiter und Freunde ahnen.³⁶

Im historischen Kontext war sein Programm nicht besonders revolutionär. Es fußte weitgehend auf den Staatszielen, die bereits in der kubanischen Verfassung von 1940 festgeschrieben waren. Ideologisch setzte es sich aus einer ganzen Reihe von Konzepten teils nationalistischer und sozialreformerischer Provenienz zusammen und war entsprechend theoretisch keineswegs geschlossen und sehr unterschiedlich interpretierbar. In dieser Hinsicht wies es in Richtung des lateinamerikanischen Populismus;³⁷ ein Eindruck, der genährt wurde durch Castros bis ins Jahr 1959 vernehmbare Ablehnung explizit kommunistischer und marxistischer Ideen.³⁸ Castro sprach sich auch noch Monate nach seinem Amtsantritt wiederholt für einen dritten Entwicklungsweg aus, der zwischen Kapitalismus und Kommunismus liegen sollte; ein Weg, der die sozialen Übel des einen Systems abmildern, aber auch mehr Freiheit zulassen sollte als das andere.³⁹

Tatsächlich verfolgte Castro zunächst eine Politik, wie sie sich in seinem Programm abzeichnete. Eine der ersten Maßnahmen seiner Regierung war z.B. die Verabschiedung eines „Grundgesetzes der Republik“, mit der die von Batista 1952 suspendierte Verfassung teilweise wieder in Kraft gesetzt wurde; eine andere die exemplarische

³⁶ So schrieb Castro über seine politischen Vorstellungen am 15. April 1954 an einen politischen Weggefährten: „Mit welchem Vergnügen würde ich dieses Land von oben nach unten revolutionieren. [...] Ich würde es in Kauf nehmen, mir dabei den Hass und die Feindschaft von ein – oder zweitausend Leuten auf mich zu ziehen, darunter Verwandte, die Hälfte meiner Familie, zwei Drittel meiner Kollegen und vier Fünftel meiner alten Schuldkameraden.“ (zit. nach Skierka 2004, S. 53); seine eigentliche Einstellung zu den USA machte er am 5. Juni 1958 nach einem blutigen Angriff des Batista-Militärs mit US-amerikanischen Flugzeugen in einem Brief an seine engste Vertraute Celia Sánchez deutlich: „Having seen the rockets that exploded in Mario’s house, I have sworn that the Americans will pay very dearly for what they are doing. When this war is over, a much longer and bigger war will begin for me: the war that I will make against them. I realize that this will be my true destiny.“ Vgl. Bonachea/Valdes 1972, S. 338.

³⁷ Vgl. zu den frühen castristischen Ideen im lateinamerikanischen Kontext v.a. Jatar-Hausmann 1999, S. 4ff.; zum lateinamerikanischen Populismus, seinen charakteristischen Elementen und den daraus hervorgegangenen populistischen Bewegungen siehe statt vieler Connif 1999.

³⁸ Zum anfänglichen Antikommunismus Castros und der Betonung, dass die Kubanische Revolution keine kommunistische sei, siehe insbesondere Thomas 1971, S. 307f.

³⁹ In einem auf Englisch gehaltenen Fernsehinterview mit einem US-Sender in der Sierra Maestra wird dies besonders deutlich. Castro wörtlich: „Not communism or Marxism is our idea. Our political philosophy is representative democracy and social justice in a well-planned economy.“; zit. aus Stone 2003

Bestrafung von Hauptschuldigen an politischen Verbrechen, die während der Batista-Diktatur verübt wurden.⁴⁰

Besonderes Augenmerk legte die Regierung auf die Umverteilung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ressourcen des Landes zugunsten unterer Schichten. Dazu senkte sie die Mieten bis zu 50% und verpflichtete die Eigentümer brachliegenden Baulands zum Verkauf der Grundstücke an den Staat oder zur Errichtung billigen Wohnraums.⁴¹ Darüber hinaus senkte sie die Stromtarife, die Telefongebühren und die Wasserpreise, reduzierte die Steuern- und Abgabenlast von Angestellten und Arbeitern um bis zu 50% und hob ihre Löhne und Gehälter an – allein die Zuckerarbeiter erhielten bis zu 15% mehr. Die Regierung veranlasste die Wiedereinstellung aller Arbeiter, die unter Batista aus politischen Gründen entlassen worden waren, verstaatlichte im März 1959 die kubanische Telefongesellschaft und konfiszierte Vermögen von Beamten und Mitarbeitern Batistas.

Schließlich trieb die Regierung auch die versprochene Agrarreform voran. Sie erwartete eine Diversifizierung der Landwirtschaft, eine Ausweitung der landwirtschaftlich genutzten Fläche und damit eine Verbesserung der Ernährungs- und Wirtschaftslage. Gesetzgeberisch knüpfte sie an eine Bestimmung an, die bereits in der Verfassung von 1940 festgeschrieben, aber niemals umgesetzt worden war: Die Begrenzung des Landbesitzes auf 1000 *Acres* (rund 405 ha) bzw. auf 3333 *Acres* (rund 1350 ha) für Betriebe, die beim Zucker- und Reisbau überdurchschnittlich ertragreich wirtschafteten.

Zwar betraf die Reform nur etwa ein Zehntel der landwirtschaftlichen Betriebe, aufgrund der hohen Bodenkonzentration auf der Insel ging es dabei aber um rund 40% der Fläche. Auch deshalb entfachte sie großen Streit. Die radikalen Teile der Regierung und die Unterschichten unterstützten sie und forderten sogar noch weitergehende Reformen; die Bourgeoisie hingegen beklagten ihre Reichweite, die unzureichende und zudem zwischenzeitlich ausgesetzte Kompensation für den Verlust des Eigentums sowie die Eile, mit der die Reform durchgeführt wurde. Ausdruck dieses Konflikts waren Streiks, illegale Landbesetzungen und Zerstörung von Eigentum auf der einen Seite; Sabotage der Produktion und gewaltsame Übergriffe durch bewaffnete Gruppen auf der anderen Seite. Gemäßigte Kräfte seines

⁴⁰ Die allenfalls im Schnellverfahren durchgeführten und teilweise summarisch und öffentlich zur Schau getragenen Prozesse stießen auf heftige Kritik der USA (Thomas 1971, S. 305f.). Allerdings wurden sie durch die breite Masse des Volkes gefordert – Franqui (1985, S. 18) verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass nach einer damals durchgeführten landesweiten Umfrage 93% der Bevölkerung hinter den Strafen und Hinrichtungen standen.

⁴¹ Vgl. zum folgenden Castro 1976, S. 23; Skierka 2004, S. 106ff.

Regierungsbündnisses und die US-Regierung warfen Castro zudem seine wachsende Nähe zu den Kommunisten und die Missachtung der Verfassung in seinem Regierungshandeln vor.⁴² Das Resultat dieses Konflikts war die Spaltung der ursprünglich klassenübergreifenden sozialen Basis der Regierung, die Spaltung der Regierung in einen gemäßigten und einen radikalen Teil sowie eine wachsende Konfrontation mit den USA, die immer unverhohlener mit wirtschaftlichen Sanktionen und sogar mit einem militärischen Eingreifen drohten.

Unbeeindruckt von diesen Drohungen schlug sich Castro auf die Seite der Radikalen und der Unterschichten;⁴³ er unterzeichnete das Reformgesetz am 17.5.1959. Danach setzte er die gemäßigten Kräfte in seiner Regierung kurzerhand ab oder zwang sie zum Rücktritt.⁴⁴ Er ersetzte sie mit treuen Mitgliedern seiner Bewegung des 26. Juli, in zunehmendem Maße rekurrierte er aber auch auf Mitglieder der kommunistischen PSP, zu der er im Geheimen bereits seit dem Frühjahr 1959 den Kontakt verstärkt hatte. Gleichzeitig nahm er die wachsenden Konflikte zum Anlass, sein bislang eher gemäßigtes Reformprogramm zu radikalisieren. Ausdruck dieser Radikalisierung waren die revolutionären Veränderungen der außenpolitischen Beziehungen, der Wirtschaftsordnung sowie der politischen Strukturen.

Die Verschlechterung der Beziehungen mit den USA verlangte nach einem neuen außenpolitischen Partner. Diesen fand Castro bald in der Sowjetunion, die eine Chance sah, ihre geostrategische Position gegenüber den USA in Zeiten der Blockkonfrontation zu verbessern. Vor 1959 unterhielt Kuba so gut wie keine wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit der Sowjetunion. Im Sommer 1959 begann sich dies nach einer Zusammenkunft Che Guevaras mit einer hochrangigen sowjetischen Delegation in Afrika zu ändern. Im Februar 1960 unterzeichneten beide Staaten ihr erstes großes Wirtschaftsabkommen; die Sowjetunion lieferte fortan Öl und Industrieprodukte und nahm im Gegenzug kubanischen Zucker ab, alles zu Vorzugspreisen. Im Sommer 1960 folgte ein Militärabkommen, das Castro Waffenlieferungen, Militärberater und indirekt auch die Garantie einbrachte, Kuba

⁴² Das zur Umsetzung der Landreform ins Leben gerufene Nationale Institut für die Agrar-Reform (*Instituto Nacional de Reforma Agraria, INRA*), war z.B. nicht nur für sämtliche Regierungsmaßnahmen im ländlichen Bereich, quasi als Duplikat der Regierung in Havanna, verantwortlich; es wurde darüber hinaus größtenteils von Kommunisten geleitet und verwaltet, vgl. Franqui 1985, S. 42.

⁴³ Vgl. zur Spaltung der revolutionären Bewegung und zur stärkeren Orientierung der revolutionären Führung an den Interessen der Unterschichten (*clases populares*) auf Kosten der Mittel- und Oberschichten (*clases económicas*) insbesondere Pérez-Stable 1999, S. 61ff.

⁴⁴ Von 21 Ministern, die im Januar 1959 ihr Amt antraten, verblieben nur neun bis zum Ende des Jahres. Vier weitere Minister gingen 1960, vgl. Domínguez 1990, S. 467

bei einer möglichen militärischen Invasion der USA zu verteidigen.⁴⁵ Mit diesen Abkommen hatte Kuba praktisch das geopolitische Lager gewechselt und sich den Schutz einer Supermacht gesichert.

Der erste Schritt der umfassenden Veränderung der Wirtschaftsstrukturen war die schnelle Umsetzung der Agrarreform. Rund ein Drittel des ganzen Agrarlandes fiel dadurch in die Hände des Staates.⁴⁶ Ab Mitte 1960 weitete die Regierung diese Politik aus. Anlass war die Weigerung ausländischer Ölraffinerien, sowjetisches Öl zu verarbeiten. Daraufhin wurden sie verstaatlicht. Die USA reagierten darauf mit der Kappung der Zuckerquote und einem Handelsembargo; Ende Oktober 1960 brachen sie sogar den diplomatischen Kontakt ab. Im Gegenzug konfiszierte die kubanische Regierung zunächst alle Betriebe in US-Besitz und enteignete schließlich alle Betriebe und das Eigentum derjenigen, die im Verdacht standen, mit den USA zu kooperieren und die Konterrevolution zu unterstützen; darunter waren alle größeren kubanischen Unternehmen, sämtliche Zuckermühlen, Banken und Immobilienfirmen sowie der größte Teil der Industriebetriebe, Transportfirmen und Handelsunternehmen. Zum Schutz der Revolution sollten diese strategisch wichtigen Betriebe von loyalen Anhängern der Regierung geleitet werden – auch wenn diese technisch und professionell dazu eigentlich gar nicht in der Lage waren.

Ein anderes Motiv der Verstaatlichung war die Vorstellung, dass eine zentral verwaltete Wirtschaft besser als die Privatwirtschaft oder eine gemischte Wirtschaft in der Lage sei, soziale Unterschiede einzuebnen und wirtschaftliches Wachstum zu generieren. Dieser Ideologie verlieh die Regierung mit der Gründung einer zentralen Planungsbehörde (*Junta Central de Planificación, JUCEPLAN*) im März 1960 und der Kompetenzerweiterung des INRA Ausdruck.⁴⁷ Der Privatwirtschaft ließ sie hingegen nur ein kleines Refugium: sie wurde auf kleine und mittlere Betriebe beschränkt und gleichzeitig einer wachsenden Regulation unterstellt, wie z.B. durch Preiskontrollen. Kubas Wirtschaft war damit bereits Ende 1960, Monate bevor Castro offiziell den sozialistischen Charakter der Revolution ausrief, weitgehend sozialistisch.

Mit dem Schutz der Revolution rechtfertigte die Regierung auch die Rücknahme ihrer Ankündigung, die Demokratie wieder einzuführen.

⁴⁵ Vgl. Domínguez 1990, S. 461f.

⁴⁶ Bis Ende 1960 übergab die Regierung so einen Teil der Landwirtschaftsbetriebe an über 200.000 Kleinbauern, die früher als Angestellte oder illegale Kleinbauern das Land bewirtschaftet hatten; den weitaus größeren Teil behielt allerdings der Staat, vgl. Mesa-Lago 1994, S. 19.

⁴⁷ Das INRA verwaltete Ende 1960 z.B. den staatlichen Landwirtschaftswirtschaftssektor und einen beträchtlichen Teil der Industrie, vgl. Boorstein 1968.

Spätestens ab Mai 1960 wollte Castro nichts mehr von einer parlamentarischen Demokratie wissen und deklarierte diese und die dazu gehörigen Wahlen zum ersten Mal öffentlich als dekadent und unbrauchbar.⁴⁸ Stattdessen forcierte er den Aufbau eines neuen autokratischen Regimes. Er konzentrierte die Macht in seinen Händen und sicherte sie durch den Aufbau neuer Organisationen ab.⁴⁹ Bereits ab Sommer 1959 ordnete er den Justizapparat der Exekutive unter und löste sämtliche Interessensgruppen und Vereinigungen auf oder zerschlug ihre Unabhängigkeit durch die Besetzung ihrer Führung mit regimetreuen Kräften.⁵⁰ Diesen Schritten folgte der Ausbau des Sicherheitsapparates unter seinem Bruder Raúl, der im Oktober 1959 Verteidigungsminister wurde, und in rascher Folge eine Gleichschaltung der Medien und der Schulen sowie die Gründung von neuen Massenorganisationen.

Mit den Massenorganisationen wurde die soziale Unterstützungsbasis des Regimes organisiert; sie dienten dem Kampf gegen die Konterrevolution und der Mobilisierung der Bevölkerung. Als erste revolutionäre Massenorganisation rief die Regierung Mitte 1959 eine Bürgermiliz ins Leben, die schon nach wenigen Monaten mehrere 10.000 Mitglieder hatte. Im August 1960 schuf sie den kubanischen Frauenverband (*Federación de Mujeres Cubanas*, FMC). Im September 1960 entstanden die Komitees zur Verteidigung der Revolution (*Comités de Defensa de la Revolución*, CDR); ihre Mitgliederzahl schnellte in kurzer Zeit auf über eine Million, wodurch alsbald jeder Häuserblock, jedes große Gebäude und praktisch alle Fabriken überwacht werden konnten. Der revolutionäre Jugendverband (*Asociación de Juventud Revolucionario*, AJR) wurde im Oktober 1960 gegründet; damit wurden die Jugendabteilungen der PSP, des Studentendirektoriums und der Bewegung des 26. Juli zusammengefasst. Im Mai 1961 folgte schließlich der Nationalverband der Kleinlandwirte mit bis zu 67 ha Land (*Asociación Nacional de Agricultores Pequeños*, ANAP).

Zu ihrer Kontrolle und Koordination entstand im Sommer 1961 eine neue Kommunistische Partei, die sich Integrierte Revolutionäre Organisationen (*Organizaciones Revolucionarias Integradas*, ORI)

⁴⁸ Vgl. Krämer 1998, S. 14.

⁴⁹ Auch dazu wurde die Verfassung zwischen Januar 1959 und August 1961 ganze 22 mal geändert oder angepasst. Eine Begrenzung von Regierungshandeln leistete die Verfassung damit nicht mehr; bei Bedarf änderte die Regierung einfachen Paragraphen, vgl. Domínguez 1978, S. 250f.

⁵⁰ Von ersterem waren sämtliche Unternehmensverbände betroffen, von letzterem insbesondere der Gewerkschaftsbund (*Confederación de Trabajadores Cubanos*, CTC) und die Studentenvereinigung (*Federación Estudiantil Universitaria*, FEU). Sie wurden fortan revolutionäre Massenorganisationen.

nannte.⁵¹ Sie ging aus dem Zusammenschluss der noch zugelassenen politischen Organisationen der Bewegung des 26. Juli, des Studentendirektoriums und der PSP hervor. Die neue Partei sah sich in der Tradition von José Martí's Revolutionärer Einheitspartei; sie gründete aber nach Fidel Castros Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus im Dezember 1961 ihre primäre Ideologie auf die Schriften von Marx, Engels und Lenin. Entsprechend definierte sie sich als revolutionäre Avantgardepartei, welche die Führung der Gesellschaft für sich allein beanspruchte. Aus ihren Reihen setzte sich primär die administrative Führungsschicht in Politik und Wirtschaft zusammen. Innerhalb der Partei dominierten die Mitglieder der PSP aufgrund besserer Vernetzung und größerer administrativer Erfahrung.⁵² Die PSP-Fraktion wurde jedoch 1962 durch eine Säuberungsaktion Castros zerschlagen.⁵³ Mit den Massenorganisationen und der Partei hatte Castro seine Herrschaft auch auf eine institutionelle Grundlage gestellt.

Ob Castro diese Radikalisierung von vorneherein strategisch geplant hatte oder ob er diese eher aus taktischen Gründen vollzog, ist nicht eindeutig zu klären. Einerseits kann nachgewiesen werden, dass er schon vor 1959 glaubte, eine wirkliche Revolution nicht unter der Hegemonie der USA verwirklichen zu können. Die USA hatten in der Vergangenheit zu häufig auf der Insel interveniert, wenn sie ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen gefährdet sahen, und hatten mit dem von ihr betriebenen Sturz der nationalpopulistischen Regierung Jacobo Arbenz in Guatemala 1954 auch in der Region ein deutliches Zeichen gesetzt, dass sie jegliche tiefgreifenden Reformen zu unterbinden bereit waren. Eine Revolution würde zwangsläufig zu Konflikten führen; gelöst werden konnte das Dilemma nur durch eine anfängliche Täuschung, um nicht zu früh Widerstand zu provozieren, sowie durch die Instrumentalisierung des Konflikts, durch eine harte Hand im inneren und die politische Einheit der revolutionären Kräfte.⁵⁴ Ob Castro allerdings damals schon wusste, dass er diesen Konflikt durch ein Bündnis mit der Sowjetunion, die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft sowie durch ein Bündnis mit den ku-

⁵¹ Ihr Name wurde zweimal umgewandelt: 1963 in Vereinigte Partei der sozialistischen Revolution (*Partido Unido de la Revolución Socialista*, PURS) und schließlich in Kommunistische Partei Kubas (*Partido Comunista de Cuba*, PCC).

⁵² Beispielweise führte die PSP in den 30er Jahren die Gewerkschaft CTC, und einige Mitglieder waren Abgeordnete im vorrevolutionären kubanischen Kongress oder Anfang der 40er Jahre sogar Minister im Kriegskabinetts Batistas, wie z.B. Carlos Rafael Rodríguez, vgl. Domínguez 1990, S. 468.

⁵³ Vgl. Annino 1996, S. 524.

⁵⁴ Vgl. Thomas, S. 276ff. Castro hatte in diesem Sinne auch aus dem Sturz der nationalpopulistischen Regierung Jacobo Arbenz in Guatemala 1954 gelernt: obwohl diese Regierung gemäßigt war und mit den USA zusammenarbeitete, organisierten die USA militärischen Widerstand, und Arbenz unterlag.

banischen Kommunisten aus der PSP durchführen würde, kann nicht schlüssig belegt werden.

Castro selbst versuchte dies im Nachhinein so darzustellen, um der Revolution den Anschein konsistenter Planung zu geben. Auch seine Gegner in den USA glaubten – wenngleich ebenfalls erst im Nachhinein – daran, dass Castro schon lange vorgehabt hatte, Kuba in Richtung Kommunismus zu führen.⁵⁵ Berichte von Zeitzeugen und engen Freunden lassen allerdings Zweifel an dieser Darstellung aufkommen.⁵⁶ Zudem verweisen die meisten Beobachter auf die eher spontane und taktische Natur verschiedener Entscheidungen, darunter auch die Proklamation des sozialistischen Charakters der Revolution im April 1961 sowie das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus im Dezember desselben Jahres. Der einen ging der Invasionsversuch von Exilkubanern in der Schweinebucht voraus, das andere erfolgte in einer Phase wachsender militärischer Spannungen mit den USA; Castro wollte sich damit offenbar die Unterstützung der Sowjetunion sichern.⁵⁷

Die kurzfristige Bilanz dieser Revolution war zwiespältig. Positiv zu Buche schlugen die Befreiung Kubas von der Hegemonie der USA und damit die Stärkung der nationalen Souveränität.⁵⁸ Daneben gewann der Staat an Fähigkeit, öffentliche Aufgaben zu koordinieren, wie z.B. die Entwicklung der Infrastruktur auf dem Land durch den Aufbau von Schulen und Krankenhäusern. Zudem wurde die Korruption deutlich reduziert, die Prostitution beendet und insbesondere die Zugangsbedingungen zu Ämtern, Werten und Ressourcen zugunsten der unteren Schichten und der Landbevölkerung verbessert. Die Revolution ermöglichte zahlreichen Arbeitern und Bauern, aber auch der schwarzen Bevölkerung und Frauen den sozialen und politischen Aufstieg: viele von ihnen erhielten zum ersten Mal überhaupt eine Schulbildung und gesundheitliche Betreuung; mehr denn je waren sie als Führungspersonal in den Betrieben, der Armee, der staatlichen Verwaltung und den Massenorganisationen gefragt. Für eine Verbesserung ihres Lebensstandards sorgte der Ausbau der sozialen Sicherung, wie z.B. neue Arbeitsschutzgesetze, Lohnsteigerungen und eine aktive Arbeitspolitik; durch die Umverteilung von Besitz

⁵⁵ Vgl. Draper 1962; 1965.

⁵⁶ So glaubten z.B. Ché Guevara und Carlos Franqui vor 1959 nicht daran, dass Castro eine sozialistische Transformation vorhatte, wohl aber eine „anti-imperialistische“ Revolution, vgl. Rabkin 1991, S. 28

⁵⁷ Vgl. Thomas 1971, S. 38, 42f., 56, 101, 171, 210, 220ff..

⁵⁸ Kuba blieb zwar an der Peripherie eines Großreichs. Die Sowjetunion hatte allerdings – im Gegensatz zu den USA – keinen direkten Einfluss auf die Politik und tätigte zudem auch keine Direktinvestitionen, vgl. zum Vergleich zwischen den USA und der Sowjetunion v.a. Domínguez 1978, S. 139ff.

und Reichtum hatten sich ihre Lebensverhältnisse denen der reichen Schichten des Landes deutlich angenähert.⁵⁹

Gleich blieb allerdings die Abhängigkeit Kubas von wenigen Handelspartnern – der Wechsel des Lagers hatte nur die Partner ausgetauscht.⁶⁰ Negativ äußerte sich jedoch die wirtschaftliche Entwicklung: ab Ende 1959 geriet Kuba in eine wirtschaftliche Schieflage, die sich durch den Abbruch der Beziehungen zu den USA deutlich verschärfte. Die Sowjetunion und andere sozialistische Länder konnten den Abschwung nicht ausgleichen, sie waren zu weit entfernt und technologisch nicht dazu in der Lage. Es fehlten plötzlich Ersatzteile, Maschinen, Konsumgüter und auch Nahrungsmittel, an deren Verfügbarkeit man sich in der Vergangenheit gewöhnt hatte. Zudem war die Regierung mit einem wachsenden Chaos bei der Planung und Verwaltung der Wirtschaft konfrontiert, weil der Staat vor 1959 darin praktisch keine Erfahrung hatte und die Leitung zwar treuen Anhängern Castros, den *Fidelistas*, übergeben wurde, diese aber in der Regel keine Fachkräfte waren.

Zu den Kosten zählten auch die Beschränkung der Freiheits- und Mitbestimmungsrechte der Bürger. Kritik war in einem engen Rahmen möglich, die politische Partizipation fand aber nur noch in parteistaatlich kontrollierten Kanälen statt. Die politische Opposition genoss, wie schon unter Batista, keine Rechte. Sie wurde erbarmungslos unterdrückt, eingeschüchtert, ins Exil getrieben oder eingesperrt – allein im April 1961 verhaftete die Regierung über 100.000 tatsächliche und vermeintliche Oppositionelle.⁶¹ Die Revolution verursachte außerdem eine Massenemigration, in deren Folge ganze Schichten aus Kuba verschwanden. Allein zwischen 1960 und 1962 kehrten über 200.000 Kubaner der Insel den Rücken. Darunter befand sich praktisch die gesamte ehemalige Oberschicht, aber auch ein großer Teil der städtischen Mittelschicht aus Fachkräften, Ärzten, Rechtsanwälten, Geschäftsleuten und Unternehmern kleinerer und mittlerer Betriebe sowie höheren und mittleren Angestellten und Beamten.⁶² Sie fehlten beim Aufbau, der Leitung und der Finanzierung der weiteren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Kubas. Gleichzeitig förderte

⁵⁹ Vgl. Domínguez 1978, S. 218ff.; Mesa-Lago 1994, S. 26ff.

⁶⁰ Noch 1958 gingen 84,4% der Exporte in die USA, nach Kanada und Westeuropa und nur 2,5% in sowjetische Länder. Bis 1961 sank der Anteil des „Westens“ auf 13,6% und derjenige des Ostens stieg auf 73,4%, vgl. Furtak 1990, S. 259.

⁶¹ Vgl. Zeuske 2000, S. 98f.

⁶² Später wurde aus dieser Gruppe eine starke anti-kommunistische Kraft mit erheblichem Einfluss auf die Kuba-Politik der USA. Dabei reüssierten viele von ihnen, auch auf der Grundlage besonderer Eingliederungshilfen der US-Regierung, die sie anderen Einwanderern aus Lateinamerika nicht gewährte. Angehörige aus den Unter- und Arbeiterschichten emigrierten dagegen eher selten, vgl. Domínguez 1990, S. 462.

der Verlust von Eigentum und ihrer Heimat auch den Hass auf die Revolution und insbesondere auf Castro, der bis heute anhält.

Auch aus diesem Grund bestand eine besondere Herausforderung für das neue Regime in der militärischen Bedrohung durch Exilgruppen. Unter Anleitung und mit Unterstützung der CIA organisierte sich z.B. 1960 eine Brigade von Exilkubanern, die eine Invasion plante und Castro stürzen wollte. Am 17. April landete diese Brigade am Strand von Girón in der Schweinebucht im mittleren Süden der Insel. Die Invasion schlug allerdings fehl. Ein Volksaufstand blieb aus. Innerhalb von 48 Stunden schlugen die Revolutionäre Armee und die Milizen die Invasionstruppen und nahmen am Ende über 1.100 Gefangene.⁶³

Militärisch stand das Regime im Oktober 1962 abermals unter erheblichem Druck, und zwar im Zuge der „Kuba-Krise“. Nachdem die USA russische Atomraketen auf Kuba entdeckt hatten, errichtete die damalige Regierung Kennedy eine umfassende Seeblockade gegen Kuba und drohte mit einem Atomschlag. Am Rande des III. Weltkriegs versuchten die Sowjetunion und die USA eine Lösung zu finden. Doch erst nach 13 Tagen trafen Kennedy und Nikita Chruschtschow eine Vereinbarung: Die USA sollten ihre Atomraketen aus der Türkei abziehen und die Unversehrtheit Kubas garantieren; im Gegenzug würden die Russen ihre Raketen aus Kuba abziehen und versprechen, Kuba nicht als strategischen Stützpunkt zu nutzen. Die Vereinbarung wurde über Castros Kopf hinweg getroffen; sie führte deshalb zu schweren Irritationen zwischen Kuba und der Sowjetunion. Andererseits bedeutete sie gleichsam eine sicherheitspolitische Garantie durch die USA – auch wenn diese zukünftig nicht unumschränkt galt: Man denke nur an die zahlreichen Attentatsversuche der CIA, terroristischen Anschläge exilkubanischer Gruppen und die Unterstützung einer konterrevolutionären Guerilla, die sich bis 1965 im Escambray-Gebirge in der Mitte der Insel halten konnte.⁶⁴

Dennoch: Ende 1962 war das neue revolutionäre Regime konsolidiert; ein Regime, das als erstes in Lateinamerika eine sozialistische Revolution verkündete; ein Regime, das als erstes und bis heute einziges in Lateinamerika vollständig mit den USA brach, sich auf eine kommunistische Partei sowie die Sowjetunion stützte und sich offiziell zum Marxismus-Leninismus bekannte. Historisch gesehen war die kubanische Revolution sogar ein Novum, das über einen regionalen Vergleich hinausreichte: Sie fand, erstens, in einer Region statt, die für Washingtons Sicherheit überragende strategische Bedeutung hatte

⁶³ Vgl. Annino 1996, S. 521f.

⁶⁴ Zu den Versuchen der Subversion des Castro-Regimes und seine Herausforderungen durch den Terrorismus aus den USA und von Seiten des Exils siehe z.B. Schäfer 2004.

und in der die USA die Entwicklungen deshalb mit hohem Aufwand kontrollierten und überwachten; zweitens war sie die erste, die in eine Periode fiel, in der in einem Gleichgewicht der Abschreckung die Interessens- und Einflussphären der Weltmächte so strikt wie niemals zuvor abgesteckt waren; und sie war, drittens, die erste sozialistische Revolution, die sich erst Jahre nach der Machtübernahme offiziell dem Marxismus-Leninismus zuwandte, denn weder Castro noch seine Anhänger waren ursprünglich Kommunisten.

2.2 Grundzüge der politischen Struktur

Nach der Konsolidierung der revolutionären Macht zeichnete sich die politische Entwicklung Kubas durch die Kontinuität zentraler politischer Strukturen aus, aber auch durch den Wandel verschiedener Merkmale und Institutionen.

Eine zentrale Konstante war der zentralistisch-personalistische Grundzug des Regimes. Besonderer Ausdruck davon war nicht nur die Machtkonzentration in den Händen einer weitgehend autonomen Elite, sondern vor allem auch die herausragende Stellung Fidel Castros innerhalb dieser Elite. Er symbolisierte nicht nur die revolutionäre Ordnung, sondern prägte auch vor allen anderen den politischen Entscheidungsprozess.⁶⁵ Andere Institutionen oder Personen konnten Castro in seiner Machtausübung zu keinem Zeitpunkt substantiell einschränken; sie blieben im Vergleich zu ihm schwach und von ihm abhängig.

Auch das Beziehungsmuster zwischen seiner Regierung und der Bevölkerung blieb konstant; es zeichnete sich trotz aller Anpassungen über die Zeit durch eine straffe Hierarchie aus. In Theorie und Praxis gründete diese Hierarchie auf dem Glauben, dass ein auserwählter Kern von Revolutionären die Massen leiten müsse. Die Politik war deshalb davon geprägt, dass die Führung Ziele vorgab und dann diese Vorgaben nach unten, zu den Massen, weiterleitete. Die revolutionären Organisationen hatten dann die Aufgabe, die Massen zu mobilisieren und die Zielvorgaben durchzusetzen.⁶⁶

Freie Wahlen gab es dabei zu keinem Zeitpunkt – das Regime zog seine Legitimation in erster Linie aus dem anfänglichen revolutionären Enthusiasmus der Bevölkerung, dem Charisma Castros und aus nationalen und sozioökonomischen Entwicklungsleistungen.

⁶⁵ Hennesy (1989, S. 17) fasste seine Rolle folgendermaßen zusammen: „[Castro’s] imprint on Cuba is so vast and deep that the revolution has been identified as his own.“ Zur entscheidenden Rolle Castros für die politische Entwicklung Kubas siehe auch Szulc 1988, S. 114.

⁶⁶ Vgl. Kline 1979, S. 452.

Politische Partizipation war damit stets auf die von oben kontrollierten Organisationen und Institutionen beschränkt. Ein über die engen ideologischen Grenzen hinausreichender Pluralismus, etwa in Form von eigenständigen Fraktionen, unabhängigen Parteien, freien gesellschaftlichen Organisationen, einer freien Öffentlichkeit oder auch freier wirtschaftlicher Betätigung gab es nicht. Demokratische Formen der Beteiligung blieben untergeordnet und wurden in der politischen Praxis ausgehöhlt. Dabei bildete auch die Verletzung der Menschenrechte ein Kennzeichen des Regimes; Kritik innerhalb der Institutionen war zwar erlaubt, zuweilen wurde sie gar gefördert; außerhalb dieser Institutionen wurden ideologische Abweichungen oder gar eine organisierte Opposition hingegen unterbunden.

Einen anderen kontinuierlichen Charakterzug stellte die entwicklungsstrategische Grundorientierung des Regimes dar. Sie äußerte sich in einer sozialistischen Entwicklungspolitik, die auf der Grundlage sozialisierten Eigentums die Entwicklung der Gesellschaft zentral steuerte und die erwirtschafteten Ressourcen zentral verteilte. Die Führung stellte dieses Konzept niemals in Frage, auch wenn sie über die Zeit bei weitem nicht alle wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ziele erreichte, die sie ansteuerte.

Dieser gesinnungsethische Grundzug sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die sozialistische Leitlinie in der Entwicklungspolitik – von einer kurzen Phase in den späten 1960er Jahren abgesehen – stets durch Pragmatismus ergänzt wurde. Castro reagierte damit auf die strukturellen Gegebenheiten Kubas, seine wirtschaftliche Unterentwicklung und seine Lage am Rande des sozialistischen Weltsystems, vor allem aber auf Verschiebungen innerhalb der sozialen Basis seines Regimes. Die Folge war ein ständiger „Kurs des Kurswechsels“.⁶⁷ Eine stabile wirtschaftliche Entwicklung gelang auf diese Weise nicht; die Gefahren für die Herrschaft Castros auf Kuba konnte man dadurch allerdings sehr wohl eindämmen. In gewisser Hinsicht lernte das Regime dadurch, wie verschiedenen Problemen politisch begegnet werden konnte, ohne dass die bestehenden Herrschaftsverhältnisse aufgegeben werden mussten.⁶⁸

In diesem Sinne gab es eine Kontinuität des Wandels. Besonders auffällig sind dabei die Veränderungen nach 1970, als das Land von einer schweren Wirtschaftskrise heimgesucht und von Seiten des

⁶⁷ Vgl. Nohlen/Stahl 1989.

⁶⁸ Betrachtet man den hier skizzierten kubanischen Entwicklungsweg mit all seinen über Jahrzehnte konstanten Herrschaftsverhältnissen, so steht er in einem gewissen Widerspruch zu denjenigen Thesen, die besagen, dass Demokratien stabiler als Diktaturen (O'Donnell/Schmitter 1996) oder im Verhältnis flexibler, adaptions- und innovationsfreudiger sowie lernfähiger seien, vgl. Merkel 1999, S. 65.

Volkes der Ruf nach Reformen laut wurde. Ein Ergebnis war nicht allein die Übernahme eines neuen Entwicklungsmodells, sondern auch die Formalisierung des Regimes. Bis dahin ruhte die politische Macht nicht auf einer Verfassung und einer bürokratischen Verwaltung, sondern in erster Linie auf der Person Castros. In den 1970er Jahren wurde diese Grundlage durch eine neue Verfassung ergänzt; zum ersten Mal wurden Parteitage abgehalten, und die Herrschaft erhielt formal festgelegte Institutionen.

Jenseits von institutionellen Verschiebungen im Machtapparat kam es ebenfalls zu Veränderungen der Beziehungsmuster zwischen der Elite und den Herrschaftsunterworfenen. So baute die Regierung unter dem Eindruck eines nachlassenden Enthusiasmus in der Bevölkerung formaldemokratische Partizipationskanäle auf: durch die Einführung eines Parlamentssystems, das seine Mitglieder über – kontrollierte – Wahlen rekrutierte. Andererseits verringerte die Regierung ab den 1970er Jahren den Repressionsdruck auf die Gesellschaft.

Das Wechselspiel zwischen Kontinuität und Wandel des Castro-Regimes in seinen ersten 30 Jahren hatte Auswirkungen auf seine wissenschaftliche Einordnung. Allgemein geteilt wurde die Ansicht, dass Kuba zu den autokratischen, sprich „nicht-demokratischen“ Regimen gehöre. Konkreter wurde das Regime – um nur eine Auswahl zu treffen – bezeichnet als: „revolutionäres sozialistisches Regime mit marxistisch-leninistischer Prägung und charismatischer Führung“⁶⁹, „tropischer Sozialismus“⁷⁰, „kommunistischer Totalitarismus“⁷¹, als eine „Mischung aus osteuropäischem Totalitarismus und lateinamerikanischem Caudillismus“⁷², als „charismatischer Autoritarismus“⁷³, „sozialistische Caudillo-Herrschaft“⁷⁴ oder als ein „autoritärer Sozialismus nationalistischer Prägung mit charismatischer Führung“⁷⁵.

Betrachtet man diese Interpretationen, fällt es schwer, Partei für eine einzige Deutung zu ergreifen. Jede für sich besitzt Plausibilität und gibt einen Hinweis auf die besondere Identität des politischen Systems unter Castro: seine Fähigkeit, charismatische Herrschaft einerseits mit kommunistisch-totalitären Elementen zu verbinden, wie zum Beispiel der Zentralverwaltungswirtschaft, der primären Doktrin des Marxismus-Leninismus und der Etablierung einer einheitlichen kom-

⁶⁹ Vgl. Rabkin 1991, S. 3ff.

⁷⁰ Vgl. Burchardt 1999.

⁷¹ Vgl. López 2000.

⁷² Vgl. Sanchez 1992.

⁷³ Vgl. Huntington 1991, S. 41.

⁷⁴ Vgl. Krämer 1998, S. 7ff.

⁷⁵ Vgl. Gratius 2003, S. 119.

munistischen Avantgarde-Partei,⁷⁶ und andererseits mit Elementen des im regionalen Kontext verankerten traditionellen Autoritarismus, wie einem personalistisch-caudillistischen Herrschaftsstil, aber auch Populismus, Etatismus und Zentralismus.⁷⁷

Trotzdem – wie die obige Aufzählung schon vermuten lässt – stellt die Einordnung des Castro-Regimes die Wissenschaft vor einige Herausforderungen. Berücksichtigt man etwa die gängigen idealtypischen Definitionen und Konzepte von autoritären und totalitären Regimen,⁷⁸ stellt der Castrismus einen Grenzfall dar, der verschiedene Elemente beider Herrschaftstypen vereinte. Und nicht nur das: er hat selbst in den verschiedenen Unterkategorien der Konzepte verschiedene Herrschaftsformen miteinander verbunden.⁷⁹ Zudem hat er diesen im Laufe der Zeit in unterschiedlicher Intensität zum Ausdruck verholfen.

Formal erfüllte das Regime in seinen ersten 30 Jahren konstant die Kriterien, die z.B. Linz und Stepan zur Bestimmung totalitärer Regime anbieten:⁸⁰ erstens, das Fehlen eines signifikanten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Pluralismus; zweitens, das Vorhandensein einer exklusiven und ausgearbeiteten Ideologie und Weltanschauung; drittens, extensive Mobilisierung der Bürger für kollektive soziale, wirtschaftliche und politische Zielsetzungen durch eine Reihe von regimeeigenen Kontrollorganisationen, die die Gesellschaft bis ins private Leben durchdringen; viertens, eine Führung, welche die Macht monopolisiert hat und in nicht definierten Grenzen herrscht.

Praktisch erfüllte das Regime diese Kriterien allerdings allenfalls in Teilen oder nur zeitweilig. So variierte bspw. der Grad des Pluralismus

⁷⁶ Statt vieler siehe etwa Horowitz 1978; Horowitz/Suchlicki 1984ff.

⁷⁷ Siehe hierzu z.B. Véliz 1980.

⁷⁸ Vgl. etwa Linz 2000; Linz/Stepan 1996, S. 38ff.; Merkel 1999: 37ff.; Arendt 1996; Friedrich/Brzezinski 1968: 600ff.

⁷⁹ So unterscheiden etwa Linz (2000, S. 112ff. und 146ff.) sowie Merkel (1999, S. 38ff.) verschiedene Typen autoritärer Herrschaft. Linz führt dazu zunächst Typen autoritärer Herrschaft traditionellen Typs wie den Sultanismus und auch den Caudillismus bzw. Caciquismus an, um dann moderne Formen des Autoritarismus wie bürokratisch-militärische Regime, den organischen Staat, mobilisierende autoritäre Regime in postdemokratischen Gesellschaften, postkoloniale autoritäre Modernisierungsregime, Rassen- oder ethnische „Demokratien“, „unvollkommene“ und „prätotalitäre“ politische Situationen und Regime sowie posttotalitäre Regime zu nennen. Merkel führt demgegenüber folgende Typen des Autoritarismus auf: kommunistisch-autoritäre Regime; faschistisch-autoritäre Regime; Militärregime; korporatisch-autoritäre Regime; autoritäre Modernisierungsregime; theokratisch-autoritäre Regime; dynastisch-autoritäre Regime und schließlich sultanistisch-autoritäre Regime.

⁸⁰ Vgl. Linz/Stepan 1996, S. 44f.

über die Zeit: angezeigt durch eine mal stärker, mal weniger stark eingedämmte Privat- und Schattenwirtschaft sowie mal strikter, mal weniger stark unterbundene Debatten zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus war der Marxismus-Leninismus nur ein ideologischer Orientierungspunkt, an dem sich die Führung ausrichtete – daneben legitimierte sie ihre Politik stets auch mit einem weit weniger konsistenten und ideologisch fixierten Nationalismus.

Zudem gab es demokratische Formen der Partizipation (Plebiszite, Wahlen), wenngleich sie inhaltlich ausgehöhlt wurden (keine Konkurrenz zur Kommunistischen Partei, keine Wahlfreiheit), und auch die Massenmobilisierung wies mit der Zeit und trotz aller gegenteiligen Anstrengungen immer stärker den Charakter einer Ritualisierung auf: Scheinpartizipation der Bürger oder Doppelmoral gehörten vor allem ab den 1970er Jahren zum politischen Alltag der Kubaner.⁸¹ Hinsichtlich der Führungsstrukturen war zudem auffällig, dass Castro seine Macht nur an einen von ihm persönlich auserwählten Kreis übertrug, also Personen, die z.T. auch in einem verwandtschaftlichen Verhältnis zu ihm standen. Dabei definierte er mit dem Institutionalisierungsprozess nach 1970 sogar die Grenzen seiner Macht selbst – auch wenn diese ihm in der Praxis einen großen Spielraum ließen.

In den hier dargestellten Abweichungen von einem totalitären System ähnelte das Castro-Regime vor allem nach 1970 den von Linz und Stepan dargestellten autoritären Regimen des Posttotalitarismus (hinsichtlich Pluralismus, Ideologie, Mobilisierung und Führung) und wies zudem Züge des Sultanismus/Patrimonialismus auf (Führung). Insgesamt könnte man von einer totalitären Herrschaft karibischer Prägung sprechen, die weniger strikt als in anderen Ländern ausgelegt wurde, vor allem nach 1970.⁸² Auf eine genauere Definition wird in Anbetracht der Unmöglichkeit einer exakten Zuordnung des Regimes und seiner Merkmale zum jeweiligen wissenschaftlichen Typus und seinen Untertypen verzichtet. Stattdessen werden im Folgenden die realtypischen Merkmale des Regimes und ihre Entwicklungen zwischen 1959 und 1990 analysiert.⁸³

2.2.1 Die Strukturmuster der politischen Macht

In den ersten Jahren nach der Revolution konzentrierte die neue politische Führung die Macht in Umfang und Reichweite auf eine Weise, wie sie in der lateinamerikanischen Geschichte bis dato unbekannt war: die ökonomischen und politischen Ressourcen waren zentralisiert worden, Klassen und Interessengruppen in ihrer relativen

⁸¹ Vgl. Friß 2003, S. 100ff.

⁸² Vgl. Gratius 2003, S. 112; Domínguez 1997, S. 8f.

⁸³ Vgl. zu dieser Vorgehensweise insbesondere Nohlen 1997.

Unabhängigkeit zerschlagen, die Parteienlandschaft vereinheitlicht und der freie Markt ebenso wie die Öffentlichkeit und die Demokratie stark eingeschränkt. Formal konzentrierte sich die Macht auf die Mitglieder eines zahlenmäßig variablen Ministerrates als oberstes staatliches Exekutiv- und Verwaltungsorgan und nach 1965, als die Einheitspartei in Kommunistische Partei Kubas (KPK) umbenannt wurde, zudem auf die Mitglieder des 100-köpfigen Zentralkomitees, die Mitglieder des Politbüros, welche die zentralen politischen Entscheidungen fällen sollten, und eines neunköpfigen Parteisekretariats, das für die Implementierung der Entscheidungen der Partei sorgte. Innerhalb dieser Führungsgremien gab es häufige personelle Überschneidungen, sodass der Kreis der formal Machtausübenden stark begrenzt war.⁸⁴

Auffällig war allerdings nicht alleine die Art der Machtkonzentration auf wenige Personen, sondern vor allem die Tatsache, dass diese Personen nur sehr begrenzte eigene Machtspielräume besaßen. Denn tatsächlich dominierte nicht etwa eine Institution oder ein Kollektiv von Personen die Politik des Landes, sondern eine einzelne Person: Fidel Castro.

Castro war nicht durch die Wahl seiner Untergebenen zum Führer aufgestiegen, er legitimierte sich vielmehr durch den Erfolg seines Aufstands gegen Batista und seine revolutionären Erfolge in der Zeit danach. Dabei fiel ihm als Initiator der Revolution gleichsam eine „natürliche“ Autorität zu, die er durch die enge Anbindung seines Führungsstabs an seine Person und die Gründung neuer revolutionärer Organisationen festigen konnte. Auch deshalb beruhte seine Macht nicht allein auf der Vielzahl von politischen Ämtern und den damit verbundenen politischen Kompetenzen, die er etwa als Oberkommandierender der Streitkräfte, als Vorsitzender der Partei und ihrer obersten Organe, als Vorsitzender des Ministerrats und Leiter verschiedener Einzelministerien inne hatte.

Ausgestattet mit dieser Machtfülle war es Castro möglich, einen besonderen Führungsstil zu prägen. Dieser zeichnete sich durch eine Vielzahl wichtiger Aspekte aus. Eines der Charakteristika war Castros Ablehnung fester Regeln und Routinen im politischen Alltag. So lehnte er z.B. gesetzliche Einschränkungen seiner Macht ebenso ab wie feste und regelmäßige Sitzungen der politischen und staatlichen Führungsorgane.⁸⁵ Sein Anti-Konstitutionalismus drückte sich insbesondere in seinen häufigen Reisen über die Insel aus. Auf diesen sprach er direkt mit den Menschen, über ihre Probleme, versprach nicht selten auch ad hoc und ohne jegliche Konsultation seiner Minister und

⁸⁴ Vgl. hierzu etwa Karol 1971; González 1974, S. 152ff.

⁸⁵ Vgl. Rabkin 1991, S. 31.

Parteikader eine Lösung und kündigte einzelne Initiativen an. Oftmals wussten nicht einmal engste Führungsmitglieder, wo sich Castro befand und wann er wieder nach Havanna zurückkehren würde. Eine geordnete oder institutionalisierte Form der Entscheidungsfindung gab es somit nicht. Stattdessen ersetzte „ein allgemein anerkannter personalistischer Führungsstil Castros [...] weitgehend eine Institutionalisierung der Revolution und der politischen Macht und prägte das spezifisch cubanische Verständnis von der Ausübung direkter Demokratie, die lediglich in dem ständigen Dialog zwischen Führer und Volk bestand“.⁸⁶ Häufige Verfassungsänderungen, Improvisation hinsichtlich der Regierungsausübung sowie plötzlich angekündigte entwicklungspolitische Experimente waren die Folge.

Die wichtigste Stütze dieses Führungsstils war ein enges Netz personaler Beziehungen zwischen Castro und seinen direkt Untergebenen. Im Kern bestand dieses Netz aus seinen Kampfgefährten aus dem Guerillakrieg, teilweise aber auch aus Verwandten, wie etwa seinem Bruder Raúl, der in allen wichtigen Führungspositionen als sein Stellvertreter auftrat. Diese, wie alle neu erwählten Führungskräfte etwa aus der ehemaligen PSP, hatte Castro persönlich nach den Kriterien der Treue zu ihm und ihres revolutionären, vorbildlichen Verhaltens ausgewählt; er verpflichtete sie dabei erst in zweiter Linie auf die marxistisch-leninistische Ideologie und wählte sie ebenfalls erst in zweiter Linie nach politischer und bürokratischer Erfahrung und nach ihren Kenntnissen aus.⁸⁷ Auch deshalb blieben alle Führungsmitglieder von ihm abhängig, richteten ihre Tätigkeit und Aussagen an den auch wechselnden Ansichten und Meinungen Castros aus und versuchten, seine Gunst immer wieder aufs Neue zu gewinnen. Eigene Initiativen blieben letztlich stets vom Placet Castros abhängig; keiner erreichte eine feste und von ihm unabhängige Position und damit auch kein stabiles Eigengewicht.⁸⁸

Jeder aus der Elite war dadurch ersetzbar und austauschbar und das unabhängig von seinem Ansehen und seinen Verdiensten. Dies zeigte sich z.B., wenn Mitglieder innerhalb Castros Führungszirkels dauerhaft Positionen vertraten, die sich von seinen eigenen unterschieden, und diese Positionen gar in die Öffentlichkeit drangen. Während Castro innerhalb der Führungsgremien unterschiedliche Standpunkte und Interessen tolerierte und sogar förderte, fasste er ein öffentliches Ausscheren aus der Führungsdisziplin als Affront gegen sich selbst auf; er reagierte stets mit der Absetzung dieser Untergebenen, zuweilen griff er gar zu einer Gefängnisstrafe. 1962 entließ er z.B. den damaligen Parteisekretär Anníbal Escalante, einen alten

⁸⁶ Vgl. Stahl 1984, S. 246.

⁸⁷ Vgl. LeoGrande 1978, S. 1ff.

⁸⁸ Vgl. Kline 1979, S. 456.

PSP-Funktionär und Verfechter einer starken leninistischen und nicht personalistischen Partei; Castro versetzte ihn als Botschafter in die damalige CSSR; gleichzeitig entzog er knapp der Hälfte der damaligen Parteimitglieder die Mitgliedschaft, auch weil sie im Verdacht standen eher auf Escalante denn auf Castros Seite zu stehen. 1967 kam es zu einer weiteren Säuberungswelle als Folge einer sogenannten „Mikrofraktion“ aus alten PSP-Mitgliedern innerhalb der Partei, welche die geplante „revolutionäre Offensive“ Castros nicht mittragen wollten und vor einem wirtschaftlichen Desaster warnten. Hunderte kamen ins Gefängnis und wurden aus der Partei verbannt.

Dennoch oder womöglich auch deshalb hielt gerade seine Gefolgschaft aus der Guerillazeit Castro bis auf wenige Ausnahmen die Treue und setzte seine Anweisungen nach unten hin durch.⁸⁹ Dabei vermied es Castro zunächst, konkrete Aufgaben in festen und voneinander abgrenzbaren Bereichen zu delegieren. Zahlreiche Kabinettsumbildungen, die Veränderung von Ministerien und ihren Aufgaben, häufige administrative Doppelzuständigkeiten und vor allem häufige Eingriffe Castros in zahlreiche Detailbereiche (Mikromanagement) seiner Verwaltung machen dies deutlich. Sie zeugen von seinem oft erratischen und anti-bürokratischen Führungsstil.

Ein wichtiger Charakterzug der Führung Castros ist dabei noch gar nicht erwähnt: der Moncada- und Sierra Maestra-Komplex, wie es Edward Gonzales ausdrückte.⁹⁰ Tatsächlich erinnerte Castros Führungsstil an die Jahre während des Aufstands gegen Batista. Wie damals wurden maximale, wenn nicht sogar unerreichbare Ziele ausgegeben, theoretische Überlegungen revolutionärer Aktion untergeordnet und auch politische Projekte wie eine militärische Aktion organisiert und durchgeführt, selbst ohne genügende Vorbereitung. Allein die Schlachten waren andere: aus der Schlacht gegen Batista wurden nun Schlachten um Ernten und andere Entwicklungsprojekte. Der Konzeption nach bestimmten der individuelle Wille und die Selbstdisziplin, kurzum: revolutionäres Bewusstsein und subjektive Faktoren, den Fortgang der Geschichte; sie könnten sogar alle objektiven Hindernisse beseitigen, und seien sie noch so hoch – der für nicht möglich gehaltene Sieg gegen den alten Diktator war der schlagende Beweis dafür.

Insgesamt war damit die marxistische Theorie in gewissem Sinne in Frage gestellt; aber damit nicht genug: in bestimmter Hinsicht unterschied sich Castros Herrschaft auch deutlich vom Leninismus. Denn anders als theoretisch vorgesehen und öffentlich propagiert war es nicht die Partei, die als wichtigster Machtfaktor fungierte und

⁸⁹ Vgl. LeoGrande 1978; Alfonso 1991.

⁹⁰ Vgl. Gonzalez 1974, S. 162f.

schließlich die oberste Führung legitimierte, sondern Fidel Castro selbst.⁹¹ Dies machte etwa Enzensberger 1969 deutlich, indem er über die Kommunistische Partei Kubas resümierte:⁹² „Nur eines ist sie auf keinen Fall: die politische Macht“, und weiter: „Der Avantgarde, die er [Castro] herbeiruft, läuft er mit großer Ausdauer davon. Niemals wird sie ihn einholen.“

Die informelle Machtausübung Castros und insbesondere die Beziehung zu seinen direkt Untergebenen nach der Revolution erinnerte stark an den Typus der charismatischen Herrschaft, wie ihn Max Weber beschrieben hat:⁹³ Castros Herrschaft stand einer rationalen und bürokratischen Herrschaft schroff gegenüber; die Behörden und Organisationen waren nicht fest institutionalisiert; die Berufung des Führungsstabs erfolgte in erster Linie nach der Eingebung und dem Willen des Führers und jenseits technischer Qualifikationen; und gleichzeitig nahm dieser Führungsstab die Form einer Gemeinde an, bestehend aus treuen, Castro ergebenden Gefolgsleuten und Vertrauensmännern, die seinen Führungsanspruch niemals in Frage stellten. In diesem Sinne war sie auch hochgradig personalistisch:⁹⁴ Loyalitäten und Bindungen wurden ungleich stärker Castro persönlich zu Teil als irgendwelchen Ideologien oder Institutionen, wie etwa dem Staat, der Regierung, einer Partei, einer Gewerkschaft usw.; die Idee des *Fidelista*, wie sich die Anhänger Castros nannten, drückte im Besonderen die persönliche Loyalität und Verpflichtung gegenüber Castro aus. Nimmt man schließlich noch den militärischen Aspekt des Regierungsvollzugs hinzu sowie den geringen Grad der Institutionalisierung der Herrschaft, wird schnell die Ähnlichkeit zum Caudillismus klar, wie er in der Geschichte Lateinamerikas und auch Kubas vorherrschte.⁹⁵

Der Führungsstil Castros zeitigte einige machtpolitische Erfolge: in seinem Stab gab es z.B. einen hohen Grad an Disziplin und Einheit, und das Niveau der Korruption von Staat und Regierung war im Vergleich zur Zeit vor 1959 deutlich gesunken.⁹⁶ Andererseits brachte er aber auch einige Probleme hervor: allen voran die Unstetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und – damit verbunden – das Scheitern großer Initiativen und Entwicklungspläne. Der größte Fehlschlag

⁹¹ Vgl. Domínguez 1978, S. 199ff.

⁹² Vgl. Enzensberger 1969, S. 215.

⁹³ Vgl. Weber 1972, S. 140ff.

⁹⁴ Vgl. hierzu Goetze 1977, S. 33.

⁹⁵ Im weiteren Sinne ist der Caudillismus eine Spielart des Personalismus (Mols 1985, S. 126f.). Waldmann definiert ihn als einen „Typ autoritärer Herrschaft, der nicht institutionell verankert ist, sondern primär auf persönlichen Führungsqualitäten des bzw. der Herrschenden beruht“, vgl. Waldmann 1978, S. 194.

⁹⁶ Vgl. Milán 1997, S. 6.

geschah Ende der 1960er Jahre, als Castro entgegen dem Rat von Wirtschaftsexperten seines Führungsstabs das gesamte Land und seine Ressourcen auf das Ziel einer Zuckerernte von zehn Millionen Tonnen ausrichtete. Trotz der Mobilisierung aller zur Verfügung stehenden Ressourcen verfehlte Castro dieses Ziel, ja mehr noch: 1970 lag das Land wirtschaftlich vollständig am Boden; es konnte in der Folgezeit einzig durch die Ausweitung sowjetischer Wirtschaftshilfe soweit am Leben gehalten werden, dass eine Hungerkatastrophe ausblieb.

Eine der Lehren, die Castro aus diesem Debakel zog, war die Formalisierung von Regierung und Partei und damit verbunden die Institutionalisierung seiner Herrschaft nach sowjetischem Vorbild. 1972 erfolgte eine Reorganisation des Regierungsapparates, indem ein 10-köpfiges Exekutivkomitee als Kontrollorgan über den Ministerrat gebildet wurde; wie nun alle Führungsorgane hielt dieses in regelmäßigen Abständen Sitzungen ab und war hinsichtlich der Kompetenzen der einzelnen Mitglieder klar geregelt. Gleichzeitig gab es eine Verwaltungsreform in Staat und Partei, wodurch verschiedene, vormals im Zentrum gebündelte Kompetenzbereiche an die unteren Ebenen, also auf die Provinz- und Gemeindeebene, abgegeben wurden.⁹⁷ Im Zuge einer Bildungsoffensive sollten außerdem Beamte und andere Angestellte des Staates besser ausgebildet werden.

Die deutlichste Veränderung hinsichtlich der Machtstrukturen war die Einführung der Organe der Volksmacht, des dreistufigen *poder popular* mit Abteilungen auf nationaler, Provinz- und Gemeindeebene. Deren Mitglieder wurden durch regelmäßige Wahlen festgelegt; als Institution fungierten sie formal als Legislativorgane auf ihren Ebenen, mit der Nationalversammlung (*Asamblea Nacional de Poder Popular*, ANPP) an der Spitze. Zu den Funktionen der ANPP gehörten zum Beispiel die Verabschiedung der Wirtschaftspläne und des Staatshaushaltes, die Billigung des ökonomischen Planungs- und Leitungssystems und die Festlegung der generellen Linie der Innen- und Außenpolitik, aber auch die Wahl eines neu formierten Staatsrates aus ihren eigenen Reihen, die Ernennung des Ministerrates auf Vorschlag des Staatsrates, die Wahl des Obersten Volksgerichtshofs und der Generalstaatsanwaltschaft.⁹⁸ Als höchstes Staatsorgan war der 31-köpfige Staatsrat der ANPP verantwortlich; faktisch übernahm dieser aber beinahe alle legislativen Funktionen, da die Nationalversammlung nur zweimal im Jahr an wenigen Tagen tagte. Der Präsident des Staatsrates fungierte dabei in Personalunion als Staatspräsident und als Vorsitzender des Ministerrats, des obersten Exekutivorgans.

⁹⁷ Vgl. Domínguez 1978, S. 243ff.

⁹⁸ Vgl. Stahl 1993, S. 84.

Unterhalb der Nationalversammlung wurden 14 Provinzversammlungen sowie 169 Gemeindeversammlungen mit dazugehörigen Exekutivkomitees gebildet. Zu ihren Aufgaben gehörten u.a. die Überwachung des Schulwesens, die Kontrolle und Verwaltung lokaler Produktions- und Dienstleistungsbetriebe und die Gesundheitsvorsorge. Ausgenommen aus dem Zuständigkeitsbereich der gewählten lokalen Volksmachtsorgane waren Großbetriebe, die wegen ihrer nationalen Bedeutung direkt den Ministerien unterstanden, die lokalen Justizorgane und die örtlichen Institutionen der Verteidigung und inneren Sicherheit, sodass der größte Teil der Produktion ebenso wie bestimmte hoheitliche Aufgaben in zentralstaatlicher Verfügungsgewalt blieb. Dennoch: durch diese Versammlungen wurde der Zugang zur staatlichen Administration erleichtert und die Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene demokratisiert.⁹⁹

Darüber hinaus wurde die Partei gestärkt: Im Dezember 1975 fand erstmals ein Parteitag statt, dem 1980 und 1986 zwei weitere folgten. Formal nun höchstes Entscheidungsorgan der Kommunistischen Partei Kubas, wählte der Parteitag die Mitglieder der Führungsgremien, diskutierte die struktur- und entwicklungspolitischen Leitsätze und Ziele der politischen Führung und segnete sie schließlich nach dem Mehrheitsprinzip ab. Während der Zeit zwischen den Parteitagen übernahm das Zentralkomitee die Repräsentativaufgaben der Partei, wobei es in der Regel nur zwei Mal pro Jahr tagte; 1986 hatte es 225 Mitglieder.¹⁰⁰ Diesem institutionell übergeordnet blieb das Politbüro, dem 1986 14 ständige und stimmberechtigte sowie zehn nicht-ständige und nicht-stimmberichtigte Mitglieder angehörten, und das Sekretariat des Zentralkomitees, das 1986 neun Mitglieder umfasste. Unterhalb dieser Zentralorgane gab es – entsprechend der Gliederung der Organe des *Poder Popular* – 14 Provinzsekretariate, 169 Gemeindegremien sowie verschiedene diesen untergeordnete Komitees, die etwa in den Betrieben oder in der Nachbarschaft gebildet wurden.¹⁰¹

Die Funktion der Partei als Führungsinstitution der Gesellschaft verbesserte sich dabei durch die Ausweitung der Mitgliederzahl, aber auch durch eine verstärkte Qualifizierung einfacher Parteimitglieder.¹⁰² Personell spiegelte sich die Rolle der Partei in der Zu-

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 86.

¹⁰⁰ Zu seinen Aufgaben gehörten v.a. die Wahl des Politbüros, die Bestätigung von personellen Veränderungen innerhalb des Politbüros, die Revision verschiedener Gesetze sowie die Darlegung von Verbesserungsvorschlägen in verschiedenen Politikfeldern, wie etwa beim Staatsbudget oder bei den Wirtschaftsplänen.

¹⁰¹ Vgl. hierzu Azicri 1988, S. 75ff.

¹⁰² Hatten noch 1975 60% der Parteimitglieder lediglich die Primarstufe absolviert, d.h. sechs Jahre Schulbildung (Rabkin 1991, S. 68), so hatten laut Castro 1986

sammensetzung der obersten staatlichen Führungsgremien wider: beinahe alle Mitglieder der Organe der Volksmacht auf nationaler und Provinzebene waren Parteimitglieder.¹⁰³

Mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung Anfang 1976 wurde diese neue Machtstruktur formalisiert.¹⁰⁴ Die Verfassung bestimmte den Marxismus-Leninismus zur einzigen offiziellen Staatsideologie (Präambel) und definierte Kuba als sozialistischen Staat (Art. 1). Während das Wirtschaftssystem auf sozialisiertem Eigentum der Produktionsmittel basieren sollte (Art. 14), erklärte sie die Kommunistische Partei Kubas zur „organisierten marxistisch-leninistischen Avantgarde der Arbeiterklasse“ und höchsten „führenden Kraft der Gesellschaft und des Staates“ (Art. 5). Fortan galt Kuba auch formal als ein sozialistischer Staat, dessen Ideologie der Marxismus-Leninismus war und der exklusiv von der Kommunistischen Partei geführt wurde.¹⁰⁵

Theoretisch brachten diese institutionellen Veränderungen sowohl eine Dezentralisierung und Demokratisierung als auch eine weiterreichende Bürokratisierung der Macht mit sich. Faktisch blieb aber der zentralistische Grundzug des Regimes ebenso bestehen wie die herausragende Stellung Castros innerhalb seines Regimes. Eine formale Ursache dafür war das Prinzip der Gewalteneinheit, nachdem die Justiz weiterhin der Regierung untergeordnet und Legislative und Exekutive durch Personalunion ihrer obersten Spitze verbunden blieben. Daneben spielte aber auch das Prinzip des demokratischen

bereits 72% aller Mitglieder wenigstens 9 Jahre Schulbildung erhalten und waren durch neue Parteischulen auch für die politische und wirtschaftliche Administration deutlich weitergebildet worden, vgl. Castro 1986.

¹⁰³ Beispielsweise waren in den 1980er Jahren 91,7% der Mitglieder der Nationalversammlung auch Parteimitglieder. Innerhalb des Staatsrates, welcher der Nationalversammlung vorsteht, waren es 100%. In den Provinzversammlungen gehörten 90,6% der Abgeordneten zur Partei, wobei sich diese Rate in ihren Exekutivkomitees auf 99,2% erhöhte. Auf der Gemeindeebene machten Parteimitglieder 64,7% aller Abgeordneten aus, wobei immer noch über 90% der dortigen Exekutivkomitees eine Parteimitgliedschaft hatten, vgl. Azicri 1988, S. 105.

¹⁰⁴ Vgl. Constitución de la República de Cuba 1976.

¹⁰⁵ Die neue Verfassung wurde ursprünglich auf dem ersten Parteikongress der Kommunistischen Partei Kubas im Dezember 1975 verabschiedet und trat nach einem nationalen Referendum am 24. Februar 1976 in Kraft. Zuvor war eine erste Version im gesamten Land in Umlauf, wo die Artikel diskutiert wurden. Wenngleich das sowjetische Vorbild unverkennbar war, bewahrte sie eigene nationale Traditionen, indem sie etwa – anders als in anderen sozialistischen Staaten Osteuropas – einer einzigen Person erlaubte, sowohl als Staatschef (Präsident des höchsten politischen Organs, des Staatsrats) als auch als Regierungschef (Vorsitzender des Ministerrats) zu fungieren, Elemente des Nationalismus aufnahm und den Massenorganisationen eine besondere konstitutionell abgesicherte Bedeutung gab, vgl. Azicri 1988, S. 98.

Zentralismus eine wichtige Rolle; nach diesem besaßen obere Führungsinstanzen Weisungsbefugnis nach unten und konnten Beschlüsse von unten einkassieren. Untere Ebenen der politischen Organisationen und Institutionen hatten so auch weiterhin nur geringen Gestaltungsspielraum und dienten eher als Instrument der Akklamation und als Forum der Diskussion, wie man Beschlüsse von oben am besten umsetzen könnte, denn als eigenständige Machtfaktoren mit Einfluss auf die Regierungspolitik;¹⁰⁶ interne Auseinandersetzungen, die noch in den 1960er Jahren z.B. das Parteileben geprägt hatten, blieben fortan aus.¹⁰⁷

Zudem übte weiterhin nur eine geringe Anzahl von Personen effektiv Macht aus. Aufgrund der gängigen Praxis, verschiedene Führungspositionen in Staat, Regierung und Partei auch unterhalb der obersten Spitze gleichzeitig auszuüben, gehörten weiterhin nie mehr als zwei bis drei Dutzend Personen zum engsten Machtzirkel.¹⁰⁸ 1986 waren z.B. elf von 14 vollen Mitgliedern des Politbüros auch Mitglieder des Staatsrats, außerdem hatten sechs von diesen auch wichtige Ämter im Ministerrat inne. Der Rest des Exekutivkomitees des Ministerrats bestand aus einem nicht-ständigen Mitglied des Politbüros und acht Mitgliedern des Zentralkomitees der Partei.

Dabei gab es in diesem engsten Führungszirkel weitgehende personelle Kontinuität. Zwar sank das Durchschnittsalter der Mitglieder in den oberen staatlichen und Parteiorganen seit 1980, wie etwa in der Nationalversammlung oder dem Zentralkomitee; der engste Führungskreis war davon allerdings nur teilweise betroffen. Dessen größter Teil bestand weiterhin aus Mitstreitern Castros aus der Guerillazeit,

¹⁰⁶ Vgl. Rabkin 1991, S. 81.

¹⁰⁷ Gerade in den 1960er Jahren gab es verschiedene Auseinandersetzungen über die Rolle der Partei, die ideologisch und entwicklungsstrategische Ausrichtung sowie die Personalpolitik. Dabei kam es insbesondere zwischen den „alten Kommunisten“ aus der PSP und Kadern aus der Bewegung des 26. Juli zu Meinungsverschiedenheiten, als diese Organisationen zusammengefasst wurden. Zu den wichtigsten Vorkommnissen gehörten unter anderen die Escalante-Affäre von 1962, als einige „Altkommunisten“ unter der Führung des alten PSP-Funktionärs Anibal Escalante des Sektierertums im Hinblick auf die Personalauswahl angeklagt wurden, sowie die „Mikrofraktionsaffäre“ 1967, als 37 konservative Kommunisten, worunter sich auch Escalante und andere PSP-Mitglieder befanden, der Verschwörung angeklagt wurden (Thomas 1971, S. 601ff. und 692ff.; Azicri 1988, S. 72f.). In den 1970ern und 1980ern gab es keine ernsthaften Konflikte und Zerwürfnisse innerhalb der politischen Elite mehr. Konflikte entzündeten sich allenfalls zwischen eher pragmatisch orientierten Technokraten und Ideologen. Diese erreichten allerdings nicht die Öffentlichkeit und spiegelten sich allenfalls in der Besetzung und Umbesetzung der höchsten Posten durch Fidel Castro wider. „Cleavages“ aufgrund von Rasse, Geschlecht oder regionaler Herkunft sind nicht bekannt geworden, vgl. Rabkin 1991, S. 73ff.

¹⁰⁸ Vgl. Azicri 1988, Tab. 4.2, S. 90ff.; Domínguez 1990, S. 499.

v.a. in den wichtigsten Positionen, wie an der Spitze des Verteidigungs- oder des Innenministeriums. Durch die Rationalisierung des Regierungsvollzugs und die Institutionalisierung konnten diese zwar ihre Machtposition innerhalb des Regimes ausbauen; diese Stärkung änderte allerdings nichts daran, dass ihr Status in erster Linie von ihrer Loyalität zu Castro persönlich abhing. Große politische Autonomie in ihren Entscheidungen hatten sie weiterhin nicht.¹⁰⁹ Bei Verdacht auf Illoyalität oder auch bei Erfolglosigkeit konnten sie auch seit den 1970er Jahren schnell von Castro abgesetzt werden.

Diese Tatsache gibt einen ersten Hinweis auf die herausragende Rolle Castros im politischen Prozess auch nach der Institutionalisierung der Revolution, wie die kubanische Führung den administrativen Umbau nach 1970 nannte. Tatsächlich vereinigte er innerhalb der neuen Verfassung weiterhin alle Führungspositionen auf sich und fungierte als Vorsitzender im Politbüro, als Erster Parteisekretär, als Staatsratsvorsitzender, Staatspräsident und Ministerpräsident – seinen Titel als *Comandante en Jefe*, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, nicht hinzugerechnet. Seine politischen Vorgaben wurden auf den Parteitagen und in der Nationalversammlung stets bestätigt und er konnte sich weiterhin einer engen Kontrolle durch die Institutionen entziehen.¹¹⁰

Beispiele von Castros bleibender Fähigkeit, institutionelle Schranken auch in den 1980er Jahren zu umgehen, gibt es genug. Eines davon ist Castros unvorhergesehene Entscheidung von 1984, das komplette ökonomische Planungssystem umzustellen. Auf einer schnell anberaumten Tagung mit verschiedenen Mitgliedern der Führungsspitze verbreitete er diesen Plan. Aus der Tagung ging schließlich eine „Zentralgruppe“ hervor, die nun – anstelle der im institutionellen Rahmen eigentlich vorgesehenen Behörde JUCEPLAN – die Verantwortung für die wirtschaftliche Planungsarbeit innehatte.¹¹¹ Ein anderes Beispiel ist die Einrichtung der Koordinations- und Unterstützungsgruppe des Kommandanten (*Equipo de coordinación y apoyo al Comandante en Jefe*). Obwohl sie gerade hinsichtlich der Koordinierung von verschiedenen Behörden und Produktionsstätten seit den 1970er Jahren eine wachsende Bedeutung erlangt hatte, war sie von der Verfassung nicht vorgesehen und zudem keinerlei institutionellen Kontrolle unterstellt. Sie unterstand einzig und allein Castro, der ihre Mitglieder frei bestimmen konnte.¹¹²

¹⁰⁹ Vgl. Baloyra 1996, S. 26.

¹¹⁰ Vgl. Rabkin 1991, S. 69.

¹¹¹ Erst 1988 wurde diese qua Legitimation durch Castro einberufene Organisation durch ein spezielles Exekutivkomitee unter dem Vorsitz Castros wieder abgelöst, vgl. Rabkin 1991, S. 101.

¹¹² Vgl. hierzu auch Mastrapa 2001, S. 476ff.

Zudem sorgte sich Castro weiterhin auch spontan und populistisch um Detailprobleme. Zwar ließ seine Reisefreudigkeit nach und damit auch sein direkter Kontakt mit den Bürgern Kubas, gleichzeitig äußerte er sich in Debatten aber weiterhin zu Randproblemen, die für die Bürger von Bedeutung waren. Beispielsweise beschäftigte er sich 1986 in einer Fernsehrunde ausgiebig mit Problemen der Bier- und Rumversorgung in Havanna, zögerte nicht mit Kritik an den speziell dafür verantwortlichen Verwaltungsstellen und versprach baldige Besserung. Er schlug eine Rationierung von Bier vor, was schließlich einen Monat später umgesetzt wurde.¹¹³ Raimund Krämer fasst den Führungsstil Castros in dieser Epoche deshalb folgendermaßen zusammen:

„Mit seinem temperamentvollen und teilweise unkonventionellen Politikstil entsprach er den Erwartungen der Massen an einen politischen Führer, der die Verwaltung öffentlich kritisiert, von einem Tag zum anderen Minister absetzt und sich selbst – gewiss demagogisch – vor 100.000 Menschen zur Disposition stellt. Ein Führer, der ihnen Hoffnung und Vision gibt. Castro musste sich zwar aus strategischen Gründen in den 70er Jahren in das enge Korsett realsozialistischer Machtstrukturen mit der ungeliebten Parteibürokratie zwingen, er nutzte aber bereits in dieser Zeit jede Gelegenheit, um dem wenigstens partiell und zeitweise zu entweichen. Das machte ihn unter den gesichtslosen Führern des Realsozialismus, die mehrheitlich aus den Apparaten kamen, zu einer schillernden und oft für Feind und Freund unberechenbaren Figur.“¹¹⁴

In all den aufgezählten Aspekten des Zentralismus, der Oligarchisierung und des Personalismus wich die Regierungspraxis deutlich von der offiziell propagierten Dezentralisierung, Demokratisierung und Bürokratisierung des kubanischen Regimes seit den 1970er Jahren ab. Faktisch wurde die Macht nicht substantiell eingeschränkt oder verteilt; stattdessen dienten die neuen Institutionen eher der Sicherung der Macht der obersten Führungselite und insbesondere Castros. In dieser Hinsicht fand gewissermaßen eine „Veralltäglichsung charismatischer Herrschaft“ im Sinne Max Webers statt.¹¹⁵ Ohne dass Castro selbst stark von seiner Macht einbüßte, schuf er durch die Formalisierung seiner Herrschaft die Grundlagen für eine stetigere Herrschaftsform.

¹¹³ Vgl. Granma, 27.11.1986, S. 4; Granma, 9.10.1986, S. 1; Granma Weekly Review, 2.11.1986, S. 3

¹¹⁴ Vgl. Krämer 1998, S. 13f.

¹¹⁵ Vgl. Weber 1972, S. 142.

Seine Machtfülle erlaubte es Castro dabei weiterhin den politischen Kurs zu verändern, neue Leitlinien und Kompetenzen seiner Untergebenen zu definieren und auch auf untere Entscheidungsebenen direkt Einfluss zu nehmen. Er blieb der erste – und oft auch einzige – Kritiker seiner selbst und seiner Politik, spielte verschiedene Gruppen innerhalb seines Herrschaftsstabs gegeneinander aus oder passte sich undogmatisch sich verändernden Konstellationen im In- und Ausland an. Dadurch sicherte er sich die Stellung des letztendlich entscheidenden Orientierungspunktes. Nicht etwa eine Ideologie, sondern sein Wille, seine Interpretation der Theorie und der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Situation blieben stets Leitschnur seiner Untergebenen.

2.2.2 Die Legitimationsmuster des Castro-Regimes

Die Ähnlichkeit des Castro-Regimes zu einer charismatischen Herrschaft ergibt sich aus den folgenden Merkmalen: der hervorgehobenen Stellung Castros im politischen Prozess und aus dem typischen Beziehungsmuster zwischen ihm und seiner Elite, ganz besonders aber aus dem zentralen Legitimationsmuster des Regimes schlechthin: Castros Charisma.

Nach Max Weber ist Charisma „eine als außeralltäglich geltende Qualität einer Persönlichkeit [...], um derentwillen sie mit übernatürlichen oder übermenschlichen oder zumindest spezifisch außeralltäglichen, nicht jedem anderen zugänglichen Kräften oder Eigenschaften [begabt] oder als gottgesandt oder als vorbildlich und deshalb als *Führer* gewertet wird“.¹¹⁶ Damit Charisma als Legitimationsquelle gelten könne, müsse dabei ein charismatischer Legitimitätsanspruch des Führers auf den Glauben seiner Untergebenen an die Richtigkeit dieses Anspruchs treffen. Im Falle Castros war dies gegeben.

Eine Grundlage für die Geltung des Charismas als Legitimationsgrundlage der Herrschaft bildete zunächst der Glaube Castros selbst an seine Auserwähltheit durch eine übernatürliche Autorität oder irgendeine historische Macht.¹¹⁷ Bereits zu Beginn seines Kampfes gegen die Batista-Diktatur berief er sich z.B. auf die Kraft der Geschichte, um sein revolutionäres Handeln zu rechtfertigen. Der abschließende Satz seiner veröffentlichten Verteidigungsrede nach der missglückten Attacke auf die Moncada-Kaserne im Sommer 1953 machte dies besonders deutlich: „Verurteilen Sie mich, das macht mir nichts aus. Die *Geschichte* wird mich freisprechen!“¹¹⁸ Seinem Selbstverständnis nach war er damit nicht mehr angewiesen auf Erwählung durch sein

¹¹⁶ Vgl. Weber 1972, S. 140; Hervorhebungen durch Max Weber.

¹¹⁷ Vgl. Domínguez 1990, S. 431.

¹¹⁸ Vgl. Castro 1998, S. 123; eigene Hervorhebung.

Volk; vielmehr sah er die Legitimation seiner Herrschaft begründet durch überlegenes Wissen um die geschichtlichen Zusammenhänge, außerordentliche politische Fähigkeiten und die persönliche Hingabe seiner selbst und seines Stabes an die historische Mission, Kuba, wenn nicht sogar die ganze Welt, aus den Fängen des Imperialismus und später auch des kapitalistischen Irrweges zu erretten.¹¹⁹

Dieser charismatische Legitimitätsanspruch Castros wurde von seiner Anhängerschaft, aber auch darüber hinaus geteilt, vor allem bis Ende der 1960er Jahre. Bereits 1957 nannte ihn beispielsweise Herbert Matthews, Korrespondent der *New York Times* auf Kuba, der Castro und seine Truppe in der Sierra Maestra besuchte, eine „überwältigende Persönlichkeit“, die ebenso gebildet wie fanatisch hingebungsvoll und voller Ideale und Mut sei und enorme Führungsqualitäten aufweise.¹²⁰ Diese Eigenschaften hätten es ihm ermöglicht, eine ihm treu ergebene Gemeinde von Aufständischen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen um sich zu scharen, die ihm bedingungslos folgten. Sein lange Zeit nicht für möglich gehaltener Erfolg gegen Batista und später sein erfolgreicher Widerstand gegen die USA und andere konterrevolutionäre Kräfte, kurz seine Standhaftigkeit, dehnten diese zunächst begrenzte Folgebereitschaft auf den größten Teil der kubanischen Gesellschaft aus.

Zahlreiche Berichte über das junge revolutionäre Kuba verweisen darauf, dass er der überwältigenden Mehrheit der Kubaner wie ein langersehnter Heilsbringer erschien, der über nicht allgemein zugängliche und außeralltägliche Fähigkeiten und Wissensbestände verfügte, welche die kollektiven Sehnsüchte des kubanischen Volks erfüllen würde.¹²¹ Dabei umgab ihn von Anfang seiner Herrschaft an eine besondere, charismatische Aura, welche eine revolutionäre Aufbruchsstimmung gleichsam wie von selbst verursachte. Lee Lockwood, ein sehr kritischer und scharfer Beobachter der kubanischen Entwicklung, schildert bspw. die Atmosphäre in Havanna im Januar 1959 nach Castros Rede vom Balkon des Präsidentenpalastes, unmittelbar nach seinem triumphalen Einmarsch in die Stadt:

¹¹⁹ Vgl. Krämer 1998, S. 163.

¹²⁰ Vgl. *New York Times* vom 31.1.1957, in: Matthews 1970, S. 108.

¹²¹ In der von Lloyd A. Free und seinen Mitarbeitern durchgeführten Untersuchung zu den Einstellungen der Kubanern gegenüber der Revolution und ihrer Regierung stellten insbesondere die enthusiastischen Unterstützer Castros seine außergewöhnlichen Eigenschaften heraus und zeigten auch ein beinahe übernatürliches Vertrauen in ihn und seine Politik. So gaben sie z.B. folgende typische Antworten: „Fidel has the same ideas as Jesus Christ, our protector and guide“; „I would kiss the beard of Fidel Castro“; [My fear is:] that some mean person might kill Fidel. If this happens, I think, I would die“, vgl. Free 1960, S. 6.

„Then he walked down the stairs, and, completely unescorted, passed through the entire assemblage, which chanted his name, ‚Fidel! Fidel!‘ – parting before him and closing behind him, like Moses passing through the Red Sea. It was a fabulous time, one of these rare, magical moments of history, when cynics are transformed into romantics and romantics into fanatics, and everything seems possible.“¹²²

Mit seinem Herrschaftsstil erfüllte er verschiedene Erwartungen des Volkes an einen Führer, den dieses in der bisherigen politischen Landschaft vermisst hatte. Mit seinen stundenlangen Reden setzte er einen Kontrapunkt zu den alten eckigen Auftritten eines Batista oder auch zu den ständigen moralischen Denunziationen eines Chibas. „Fidel“, wie ihn die Massen nach 1959 beinahe freundschaftlich nannten, präsentierte sich gerade zu Beginn seiner Herrschaft beinahe täglich öffentlich, auf Massenveranstaltungen in den Städten ebenso wie im Fernsehen oder auch auf seinen ständigen Rundreisen über die Insel, die ihn selbst in entlegene Dörfer führten, um seinem Publikum seine Ansichten, die Probleme des Landes und seine Lösungsvorschläge darzustellen und zu erklären.¹²³ Er erweckte damit den Eindruck, für jedermann erreichbar zu sein und die Probleme der einzelnen Menschen ernst zu nehmen, ja mehr noch, jedem das Gefühl von Würde und aktiver Teilnahme am revolutionären Prozess zu geben.¹²⁴

Aber nicht nur diese Innovationskraft bei der politischen Führung des Landes, die er schon kurz nach seinem Sieg gegen Batista an den Tag legte, beförderte und stabilisierte Castros Charisma und seine enge Verbindung mit den Massen. Im Besonderen war ihm die Chance gegeben, an verschiedene, fest verankerte Werte der Gesellschaft anzuknüpfen und diese in neuer Form zur Geltung zu bringen.¹²⁵ Stärker als den vor ihm da gewesenen Nationalisten gelang es Castro z.B., durch Bescheidenheit, rhetorische Radikalität und politischen Erfolg einen engen gedanklichen Konnex zwischen sich und Martí herzustellen und auf diese Weise die traditionelle Anziehungskraft von Martí auf sich zu übertragen: so verfolgte Castro nach seiner

¹²² Vgl. Lockwood 1969, S. XVI.

¹²³ Goldenberg (1965, S. 179) verweist dabei auch auf die frappierenden Unterschiede, die Castros Führungsstil gegenüber den totalitären Herrschern in Europa aufwies: „Could one ever have imagined countless ordinary people calling Hitler ‚Adolf‘ or slapping Mussolini or Stalin on the back? **Would Hitler, Mussolini, or Stalin have appeared in a village, helped the peasants with their work and discussed their problems with them for hours? Would they have lain down flat on the ground and, with critical comments from the onlookers, sketched out on a piece of paper plans for a new village, school, and playing fields – and they really have carried them out, in spite of the financial experts’ objections?**“

¹²⁴ Vgl. Eckstein 1994, S. 20.

¹²⁵ Vgl. Goetze 1973; Kaptcia 1997.

Machtübernahme einen Kurs der administrativen Sauberkeit und strebte auch nicht nach persönlichem Reichtum;¹²⁶ er bezeichnete Martí stets als sein wichtigstes intellektuelles und strategisches Vorbild, dessen Ideen er in seine politischen Planungen und Strategien miteinbezog und dessen moralischen Maximen er nachzukommen suchte;¹²⁷ und schließlich brachte er sich mit seinem erfolgreich verlaufenen Aufstand in eine Situation, die Martí's entscheidender Rolle beim Zustandekommen einer Koalition verschiedener Gruppen gegen die spanische Vorherrschaft auf verschiedene Weise ähnelte und in der er sich – wie Martí 60 Jahre vor ihm – als politischer Integrator der verschiedenen oppositionellen und aufständischen Kräfte profilieren konnte. Für nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung stellte dies mehr dar als eine bloße Reminiszenz auf den verehrten Nationalhelden.

Ein weiteres Element von traditionaler Provenienz und erheblichem Einfluss auf die Vertiefung seiner charismatischen Verbindung mit seinen Anhängern ging vom traditionellen *Caudillismo*, besonders aber vom Männlichkeitskult aus, dem *Machismo*.¹²⁸ Dessen Werten, wie Mut, physische Kraft, Durchsetzungsvermögen, Intelligenz, Eloquenz und Ausdrucksfähigkeit, entsprach Castro auf vielfältige Weise: groß gewachsen und kräftig gebaut, stets ordentlich in einer einfachen grünen Uniform gekleidet und selbst an der Spitze seiner Armee im Kampf gegen Batista und die USA, war er ein Sinnbild für außerordentliche Kraft und Mut. Gleichzeitig bescheinigten ihm selbst Kritiker und Gegner seiner Politik einen einnehmenden Charme, Schlagfertigkeit, eiserne Disziplin und Arbeitseifer, enzyklopädisches Wissen, bestechende Gewandtheit und Liebenswürdigkeit.¹²⁹

Im direkten Kontakt mit den Massen avancierten diese Qualitäten zu eindrucksvoller Größe. Schon Ché Guevara beschrieb die Kunst Castros, die Massen zu begeistern und eine charismatische Interaktion zwischen Volk und Führer herzustellen: “[it is a] *dialogue of two turning forks whose vibrations summon forth new vibrations each in the other. Fidel and the mass begin to vibrate in a dialogue of growing intensity which reaches its culminating point in the abrupt ending crowned by our victorious battle cry [patria o muerte – venceremos].*”¹³⁰ Auch Ende der 1980er Jahre hatte der sichtlich gealterte Revolutionsführer nichts von seiner Fähigkeit, die Massen spontan und affektiv für sich zu gewinnen, eingebüßt. Die kritische amerikanische Journalistin Georgie A. Geyer betonte z.B. bei Castros Rede zum 30. Jahrestag der

¹²⁶ Er ließ z.B. das Gut seiner Familie ebenso wie den Besitz aller anderen Grundbesitzer enteignen.

¹²⁷ Vgl. hierzu Castro 1983.

¹²⁸ Vgl. Goetze 1973, S. 318.

¹²⁹ Vgl. González 1974, S. 50.

¹³⁰ Vgl. Guevara 1967, S. 17.

Revolution 1989 die noch immer gleichsam mystische und magische Überzeugungskraft, den hypnotischen Zauber seiner Rede, dem die Menschen trotz der immer routinisierten Inszenierung seiner Auftritte nicht widerstehen könnten. “[Castro] cajoled, even joked, even flirted with *las masas*. They loved it. He loved it, too.”¹³¹

Zwar lehnte Castro einen pompösen Personenkult ab – so gibt es bis heute auf Kuba keine Schulen, Krankenhäuser und andere staatliche Gebäude, Straßen, Plätze oder auch Denkmäler, die nach ihm benannt sind. Gleichzeitig setzte er seiner Mystifizierung jedoch auch nichts entgegen. Seine Propagandamaschinerie vergaß niemals, auf die persönlichen Vorzüge des kubanischen Führers hinzuweisen, auf sein politisches und militärisches Geschick, seine Weisheit und seinen Arbeitseifer. Der *líder máximo* avancierte geradezu zum bestimmenden Quell der ideologischen und politischen Inspiration, zum revolutionären Vorbild schlechthin, das sich insbesondere von der Vielzahl der ineffizienten Schicht der mittelmäßigen Bürokraten abhob. Mythisch war allerdings vor allem sein Glück, mit dem er zunächst Batista besiegte und später zahlreiche Attentatsversuche der CIA überlebte, und seine Ausdauer gegenüber den Anfeindungen von allen US-Präsidenten von 1959 bis heute.¹³²

Durch all diese Faktoren reproduzierte sich Castros Charisma über die Zeit und wurde entsprechend zu einer tragenden Säule des Regimes. Dabei war gerade in Krisenzeiten die Kohäsions- und Überzeugungskraft Fidel Castros gefragt, wie z.B. während der Wirtschaftskrise 1970. Er enttäuschte seine Anhänger damals nicht: er übernahm für das Debakel persönliche Verantwortung, schützte seine Mitstreiter, bot sogar seinen Rücktritt an;¹³³ gleichzeitig trat er den Problemen undogmatisch entgegen, mit einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel und der Formalisierung seiner Herrschaft.

Die Formalisierung der Herrschaft und ihre Einbettung in eine Verfassung geben bereits einen ersten Hinweis darauf, dass sich die Führung Kubas über die Zeit nicht allein durch das Charisma Castros legitimierte. Tatsächlich versuchte die Führung ihre Legitimation ebenso über feste Regeln der Herrschaftsausübung und auch über Plebiszite und Wahlen zu generieren. Als Legitimationsquelle standen diese Verfahren ebenso wie die marxistische Ideologie wegen einer ungenügenden Anwendung im politischen Alltag allerdings stets im Schatten von Castros Charisma, und auch im Schatten zweier anderer

¹³¹ Vgl. Geyer 1991, S. 6.

¹³² Vgl. Liss 1994, S. 21.

¹³³ Vgl. hierzu seine Rede im Sommer 1970, abgedruckt in: *Granma Weekly Review*, 2.8.1970.

Legitimationsgrundlagen, nämlich der Entwicklungsleistungen des Regimes sowie des Nationalismus.

Hinsichtlich der Entwicklungsleistungen waren insbesondere diejenigen Leistungen von besonderer Bedeutung, die in Zusammenhang mit den zentralen Entwicklungszielen der Führung standen: allen voran nationale Unabhängigkeit, wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gleichheit und Gerechtigkeit.¹³⁴ In der Praxis war die Führung hier unterschiedlich erfolgreich. Im Legitimitätsdiskurs diente vor allem das Embargo Kubas durch die USA als Formel, mit der Entwicklungsdefizite begründet wurden. Auf der anderen Seite eröffnete sich die Möglichkeit, Errungenschaften der Regierung in einem noch helleren Licht erscheinen zu lassen, da nun behauptet werden konnte, sie trotz aller Schwierigkeiten erreicht zu haben.

Leistungsschwach war das Regime insbesondere hinsichtlich der Generierung von wirtschaftlichem Wohlstand und der Veränderung der unterentwickelten Wirtschaftsstruktur.¹³⁵ Abgesehen von einer kurzen Periode Anfang der 1970er Jahre gab es kein deutliches Wirtschaftswachstum – in den 1960er Jahren gab es gar kein Wachstum und auch nach 1975 verfehlte die Regierung die meisten ihrer geplanten Ziele, erreichte nur mäßiges Wachstum und musste sich Ende der 1970er Jahre schließlich einer Rezession und damit einer wachsenden Auslandsverschuldung erwehren. Gleichzeitig diversifizierte sich die Produktionsstruktur nur unzureichend. Die Wirtschaft blieb vom Zuckerexport abhängig, auch wenn die Führung seit den 1970er Jahren verstärkt Strategien zur Importsubstituierung und vorsichtigen Industrialisierung versuchte. Ein Grund dafür war, dass sich die staatlichen Betriebe als innovationsschwach und vor allem als ineffizient erwiesen hatten. Zudem gelang es nicht, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu diversifizieren: weiterhin hing Kubas Wirtschaft vom Handel mit einem Land ab, wenngleich nun nicht mehr von den USA, sondern von der Sowjetunion.

¹³⁴ In der Verfassung von 1976 wurden diese Ziele auch formal festgeschrieben: danach hat der Staat die Verpflichtung, die nationale Unabhängigkeit und das wirtschaftliche und soziale Wohl der Nation sicherzustellen (Art. 16). Gleichzeitig garantiert der Staat zahlreiche soziale Rechte seiner Bürger, wie das Recht auf Arbeit, auf Freizeit und Urlaub (Art. 44-45), das Recht auf soziale Sicherheit (Art. 46), das Recht auf freie gesundheitliche Versorgung (Art. 49) und das Recht auf freie Bildung (Art. 50). Besondere Betonung erfahren auch die Werte der Gleichheit mit dem Verbot der Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht und nationaler Herkunft (Art. 40-41) und der Verpflichtung des Staates, gesetzliche und materielle Gleichheit zwischen den Rassen, Geschlechtern und Schichten zu erreichen (Art. 42 und 43), vgl. *Constitución de la República de Cuba* 1976.

¹³⁵ Vgl. zum folgenden Domínguez 1990, S. 477; Nohlen/Stahl 1989, S. 502f.

Leistungsstark erwies sich das Regime hingegen bei der sozialen Entwicklung und bei der Umverteilung. Beispielsweise rückte Kuba bei den Berechnungen des Lebensqualitätsindex im globalen Vergleich zwischen 1960 und 1980 vom 29. auf den 10. Rang, obwohl es beim BIP im gleichen Zeitraum vom 43. auf den 68. Rang zurückfiel.¹³⁶ Ebenfalls konnte sich bei der Einkommensverteilung der Anteil der untersten 20% der Einkommensempfänger am nationalen Einkommen von 2,1% (1953) auf 6,2% (1962) und schließlich 11,3% (1986) verbessern, während sich demgegenüber der Anteil der obersten 10% der Einkommensempfänger am Nationaleinkommen im gleichen Zeitraum von 38,8% (1953) auf 23% (1962) und 20,1% (1986) verringerte.¹³⁷

Zu diesem Ergebnis trug nicht zuletzt die Arbeitsmarktpolitik der Regierung bei. Durch sie gelang es, das Beschäftigungsniveau insgesamt anzuheben, saisonale Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft zu beseitigen, und vor allem die Arbeitslosigkeit insgesamt stark zu reduzieren – auch wenn damit Unterbeschäftigung und eine Absenkung der Produktivität einhergingen.¹³⁸ Zudem hob die Regierung in den 1960er Jahren die Mindestlöhne an, legte eine Obergrenze für die oberste Gruppe der Lohnempfänger fest, und setzte auch ab den 1970er Jahren nur auf begrenzte Lohndifferentiale.¹³⁹ Auch die Preispolitik trug ihren Teil zur Steigerung der sozialen Leistungsfähigkeit bei. So senkte die Regierung die Mieten auf 10% des Einkommens, subventionierte Grundnahrungsmittel sowie Kultur- und Sportveranstaltungen, etablierte ein Rationierungssystem zur Gleichverteilung der wichtigsten Grundnahrungsmittel und stellte schließlich staatliche Dienstleistungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich gänzlich kostenlos zur Verfügung.¹⁴⁰

Als hervorzuhebende Leistung kann darüber hinaus auch die Regionalpolitik und damit zusammenhängend der Ausbau der Infrastruktur

¹³⁶ Vgl. Stahl 1992, S. 490

¹³⁷ In diesem Zeitraum sank der Gini-Koeffizient Kubas von 0,55 (1953) auf 0,35 (1962) und 0,22 (1986). Im lateinamerikanischen Vergleich stellte diese Entwicklung einen einzigartigen Trend dar, vgl. Zimbalist/Brundenius 1989

¹³⁸ So stieg bspw. die Zahl der Erwerbstätigen von 2,63 Mio. im Jahr 1970 auf 4,57 Mio. im Jahr 1988 an, wodurch sich der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung von 30,7% (1970) auf 43,7% (1988) erhöhte (Statistisches Bundesamt 1992, S. 40). Arbeitslosigkeit war v.a. in den Jahren um 1970 praktisch verschwunden, wengleich vielerorts Unterbeschäftigung zu konstatieren war. Sie stieg erst mit Beginn der Rationalisierungsmaßnahmen der Betriebe und Kampagnen gegen Bürokratisierungstendenzen Ende der 1970er Jahre wieder deutlich an und erreichte 1988 rund 6%, vgl. IRELA 1990, S. 38; Mesa-Lago 1994, S. 233.

¹³⁹ Vgl. hierzu Statistisches Bundesamt 1992, S. 88ff.

¹⁴⁰ Vgl. insbesondere Mesa-Lago 1994, S. 31f., 47ff. 64, 90ff.

in strukturschwachen Gebieten gelten; dort entstanden neue Straßen, moderne Siedlungen, Wasser- und Elektrizitätsleitungen, Krankenhäuser, Schulen und Universitäten sowie neue Industriebetriebe. Das vorrevolutionäre Stadt-Land-Gefälle und die regionalen Ungleichgewichte wurden dadurch deutlich abgemildert, die Attraktivität des Landes verbessert und so die Tendenz zur Landflucht eingedämmt.¹⁴¹ Schließlich verbesserte die Regierung auch die staatliche Sozialpolitik, mit einem neuen einheitlichen Sozialversicherungssystem für die gesamte Bevölkerung zur Sicherstellung der Altersversorgung sowie der Versorgung im Fall von Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit.¹⁴²

Besonders stolz war die Regierung allerdings auf die Ergebnisse ihrer Anstrengungen in der Bildungs- und Gesundheitspolitik. In beiderlei Hinsicht konnte Kuba über die Zeit zu den entwickeltsten Industrienationen aufschließen.¹⁴³ Entsprechend nahmen sie im Legitimitätsdiskurs der Führung eine besondere Rolle ein und stellten ihr zufolge den Kern der sozialen Errungenschaften der Revolution dar.¹⁴⁴ Tatsächlich feierte die Regierung auf diesen Feldern beachtliche Erfolge: im Bildungssektor die Senkung des Analphabetismus von über 20% auf unter 4% noch in den 1960er Jahren als Folge einer Alphabetisierungskampagne 1961; die Erweiterung der Erwachsenenbildung durch die Einrichtung von Arbeiter- und Bauernfakultäten, technischen Fortbildungskursen und Abendschulen; den Bau von zahlreichen neuen Schulen vor allem auf dem Land; die kostenlose Überlassung von Lehrmaterial, Schulkleidung, Verpflegung und Unterkunft für Schüler und ein weit reichendes Stipendienwesen für Studenten; oder auch die Verbesserung der universitären Ausbildung, vor allem von Lehrern, Pharmazeuten und Ärzten, wovon sie sogar einen Teil als Entwicklungshelfer in befreundete Länder schicken konnte.¹⁴⁵

Im Gesundheitsbereich fallen die Verbesserung der medizinischen Versorgung auf dem Land sowie die Anstrengungen im Bereich der Gesundheitsaufklärung und Vorsorge ins Auge. Massenkrankheiten, wie Kinderlähmung, Malaria, Typhus und Durchfallerkrankungen, konnten dadurch bis Mitte der 1980er Jahre massiv gesenkt werden.¹⁴⁶ Während beispielsweise die Kindersterblichkeit von 36 (1960) auf 15 (1985) pro Tausend Lebendgeburten sank und die Säuglingssterblichkeitsrate auf unter 12 (1985) gedrückt werden konnte, erhöhte

¹⁴¹ Vgl. Stahl 1992, S. 493.

¹⁴² Vgl. Mesa-Lago 1994, S. 107ff.

¹⁴³ Vgl. Statistisches Bundesamt 1992, S. 17ff.

¹⁴⁴ Vgl. hierzu z.B. Castro in *Granma Weekly Review*, 2. 8.1970, S. 3

¹⁴⁵ Vgl. Huberman/Sweezy 1970, S. 21; Stahl 1992, S. 494.

¹⁴⁶ Vgl. Domínguez 1978, S. 221ff.

sich gleichzeitig die Lebenserwartung bei Geburt von 63 (1960) auf 77 Jahre (1985).¹⁴⁷

Neben der Distribution und den von ihr erreichten Erfolgen machte die kubanische Regierung auch den Nationalismus zu einem Pfeiler ihrer Legitimation. Die Grundlage dafür bildete in erster Linie die Auseinandersetzung mit den USA und ihren tatsächlichen oder vermeintlichen Verbündeten innerhalb und außerhalb Kubas, aber auch die Konfrontation mit allen übrigen die Revolution „bedrohenden“ äußeren Faktoren, wie z.B. Naturkatastrophen. Stilisiert und ideologisch aufgebauscht als manichäischer Kampf zwischen Gut und Böse, als „*batalla*“ zwischen dem kubanischen Volk und den Feinden seiner nationalen Werte und Interessen, fand dieser Konflikt Einzug in die Propaganda des Regimes. Einerseits brandmarkte die Propaganda z.B. die USA als geiferndes und beinahe übermächtiges Imperium, dessen wichtigstes Ziel es sei, sich Kuba mit Hilfe eines „Wirtschaftskrieges“ und militärischer Bedrohung wieder Untertan zu machen. Andererseits stellte sie die „nationale Einheit und Solidarität“, den „heroischen Kampf“, das „revolutionäre Bewusstsein“ und die „Opferbereitschaft“ des kubanischen Volkes heraus; in zahllosen „Schlachten“ hätten sie das Werk der kubanischen Volkshelden, wie Martí, Maceo oder Ché Guevara, die für ihre Überzeugungen nicht einmal den Tod gescheut hatten, geehrt.¹⁴⁸

Das Regime zeichnete also ein Szenario der ständigen Bedrohung von Nation und revolutionären Errungenschaften von außen und rechtfertigte dadurch die Einschränkung von politischen und sozialen Freiheitsrechten. Zum anderen stellte es aber auch eine direkte Linie zwischen dem revolutionären Regime und dem national-revolutionären Erbe her, das ihm letztlich auch die Pflicht auferlegte, die darin begründeten Werte mit beinahe allen Mitteln zu verteidigen.¹⁴⁹

Neben regelmäßigen Massenveranstaltungen, die an vergangene Heldentaten erinnern sollen, und revolutionären Feiertagen, wie zum Beispiel dem 26. Juli, der dem Gedenken des Sturmes auf Moncada gilt, waren es vor allem die Reden Fidel Castros, in denen die nationalen Verdienste des Regimes gewürdigt und berühmte Parolen wie „*Martí lo permitio, Fidel lo cumplio*“ (Martí hat es versprochen, Fidel hat es erfüllt) geprägt wurden. Ebenfalls wurde die politische und wirtschaftliche Abkoppelung des Landes von den USA als nationale Heldentat hochgehalten, aber auch die Kommunistische Partei

¹⁴⁷ Vgl. Nohlen/Stahl 1989, S. 503.

¹⁴⁸ Vgl. hierzu v.a. Medin 1990, S. 29ff., S. 53ff.

¹⁴⁹ Vgl. Pérez-Stable 1999, S. 62.

als Nachfolgeorganisation der Revolutionären Einheitspartei Martí's herausgestellt.¹⁵⁰

Tatsächlich erfüllte eine ganze Reihe von nationalen Errungenschaften zahlreiche Kubaner mit Stolz, angefangen von der Beseitigung des Analphabetismus über die Bekämpfung der größten Armut und Ungleichheiten und den wissenschaftlichen Fortschritt im medizinischen Bereich bis hin zur Tatsache, als Entwicklungsland selbst Entwicklungshilfe zu leisten. Auch der Aufstieg Kubas zu einer weltweit geachteten Potenz im Gesundheitsbereich, in Bildungsfragen, in verschiedenen Gebieten der Wissenschaft (besonders Biotechnologie, Pharmazie), Kultur (Musik, Tanz, Theater, Literatur) und besonders beim Sport (internationale Erfolge im Baseball, Boxen, Leichtathletik) erleichterten die persönliche Identifikation mit der Revolution. Die gestiegene Bedeutung Kubas auf dem internationalen Parkett, z.B. durch die führende Rolle in der Organisation der Blockfreien Staaten zu Beginn der 1980er Jahre, oder auch die militärischen Erfolge am Horn von Afrika in den 1970er und 1980er Jahren trugen dazu ebenso bei wie die vergleichsweise sehr hohe politische Stabilität, ein hoher Grad inneren Friedens und innerer Sicherheit sowie die Beseitigung der Prostitution.

Von besonderer Bedeutung war allerdings der erfolgreiche Widerstand des kleinen und unterentwickelten Kuba, des Davids, gegen die übermächtig erscheinenden USA, den Goliath. Allein die Tatsache, dass es einer Vielzahl von Präsidenten nicht gelungen war, das revolutionäre System niederzuringen – und das trotz des Einsatzes einer ganzen Reihe von diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Instrumenten, verlieh dem Regime einen gewissen Nimbus, dem sich nur wenige zu entziehen vermochten. Dass diese Konfrontation dabei nicht nur von Seiten der USA ausging und reproduziert wurde, sondern auch den Herrschaftskalkülen der revolutionären Machthaber entsprang und deshalb aufrecht gehalten wurde, spielte dabei nur eine untergeordnete Rolle.

Charisma, soziale Leistungen und patriotische Gefühle ersetzen nicht die Missstände innerhalb des Systems, aber sie erleichterten es den Kubanern, diese zu ertragen. Zumindest halfen diese stabilisierenden Faktoren, die Disziplin innerhalb des Herrschaftsstabs zu befördern und immer wieder aufs Neue auch Zustimmung innerhalb der Bevölkerung zu mobilisieren. Entsprechend nutzte das Regime diese Mittel immer dann, wenn Probleme auftauchten und es sich für Fehlleistungen rechtfertigen musste. Andererseits gelang es ihm damit nicht, den revolutionären Enthusiasmus der ersten Jahre der Revolution aufrechtzuerhalten. Konnte es zu Beginn der Revolution

¹⁵⁰ Vgl. Fabian 1993, S. 105f.

auf die aktive Unterstützung seiner Politik durch eine breite Mehrheit der kubanischen Bevölkerung zählen,¹⁵¹ so stellte sich spätestens ab Ende der 1960er Jahre ein Gewöhnungseffekt besonders an die positiven Leistungen ein, deren Wert langsam abnahm, je weiter die Revolution fortschritt, und je weiter die Erinnerung an die vorrevolutionären Zeiten verblasste.¹⁵² Gerade den jüngeren Generationen, welche die vorrevolutionären Verhältnisse nicht mehr persönlich kannten, erschienen die „Errungenschaften“ mit der Zeit eher wie der Normalzustand; wirtschaftliche Leistungsschwächen führten indessen zu Empörung und oft zur Passivität, vor allem wenn sie mit Forderungen nach größeren Opfern verbunden wurden.

Deutlich wurde dies zum ersten Mal Ende der 1960er Jahre, als die Führung im Rahmen der „revolutionären Offensive“ Arbeitsnormen erhöhte und die Arbeiterschaft zu immer mehr freiwilliger und unbezahlter Arbeit in ihrer Freizeit aufforderte. Als sich allerdings die Lebensverhältnisse allgemein dramatisch verschlechterten, antwortete die Arbeiterschaft gleichsam mit einem Streik. Im August und September erschienen z.B. täglich rund 400.000 Arbeiter, ein Fünftel der Arbeiterschaft, nicht am Arbeitsplatz.¹⁵³ Beendet werden konnte dieser „Absentismus“, wie er von der Regierung genannt wurde, einzig durch einen Politikwechsel, in dem u.a. Löhne und Arbeitszeiten verbessert wurden.

Doch auch in der Folge gelang es nicht, den anfänglichen Enthusiasmus wieder herzustellen. Viele Kubaner nahmen z.B. nur noch widerwillig an den Veranstaltungen der Massenorganisationen teil, etwa der ideologischen Erziehung oder den organisierten Diskussionsrunden; immer mehr betrachteten das Privatleben als wichtiger als die Politik.¹⁵⁴ Signalisierte eine Mitgliedschaft in den Massenorganisationen bis dato vor allem Unterstützung für das Regime, bedeutete sie nun vor allem, dass man sich durch Teilnahme und Mitgliedschaft Karrierechancen oder Freiräume im Privaten sichern wollte. Zudem versuchten nun immer mehr Kubaner aus den Reihen der ursprünglich wichtigsten sozialen Unterstützungsbasis des Regimes, den Unterschichten, das Land zu verlassen. Höhepunkt dieser Fluchtwelle war 1980 die sogenannte „Marial-Krise“. Innerhalb weniger Monate

¹⁵¹ Je nach angewandter Methode unterscheiden sich die Zahlen: Während Free (1960, S. 4ff.) von einer direkten Unterstützungsbereitschaft von ca. 86% der Gesamtbevölkerung ausging, ermittelte das Magazin *Bohemia* Mitte 1959 über 90% Gesamtzustimmung zur revolutionären Führung (zit. nach Domínguez 1978, S. 219).

¹⁵² Vgl. Limia 1991.

¹⁵³ Vgl. Domínguez 1990, S. 489.

¹⁵⁴ Diese Information zieht der Autor aus übereinstimmenden Berichten verschiedener Kubaner in Interviews.

verließen mehr als 125.000 Personen das Land – größtenteils Arbeiter und Angestellte; außerdem befand sich unter ihnen ein bedeutender Anteil von Schwarzen.¹⁵⁵

Dennoch und trotz dieser sichtbar abnehmenden Legitimität des Regimes sprachen die meisten Beobachter davon, dass Castros Herrschaft auch Ende der 1980er Jahre immer noch auf vergleichsweise großen Rückhalt in der Bevölkerung bauen könne; vor allem im Vergleich zu den sozialistischen Staaten in Osteuropa habe das Regime immer noch von Reserven zehren können, die es in den ersten Jahren der Revolution aufbauen konnte.¹⁵⁶ Auf diesen Grundkonsens verließ sich das Regime allerdings zu keinem Zeitpunkt, um die Durchsetzung politischer Ziele und Programme zu gewährleisten und vor allem auch die eigene Macht zu sichern. Dafür setzte es von Beginn der Herrschaft an auch auf eine umfassende Kontrolle der Gesellschaft.

2.2.3 Das Beziehungsmuster zwischen Elite und Massen

Die Konsolidierung revolutionärer Macht ging mit einer erheblichen Ausdehnung staatlicher Macht über die Gesellschaft einher. Die ideelle Grundlage dafür bildete zweierlei: zunächst der umfassende Schutz der neuen Machtverhältnisse vor „Feinden“, nach dem Bekenntnis der Führung zum Sozialismus aber auch der Anspruch, den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozess durch einen Kreis auserwählter Revolutionäre entlang der ideologischen Leitlinien vollständig zu steuern.

Das Mittel dazu war die weitgehende Fusion von Staat und Gesellschaft durch die Machtkonzentration in der Exekutive, den Aufbau eines Einparteiensystems, die parteistaatliche Unterordnung aller Interessensgruppen und Vereinigungen, Medien und Schulen sowie die Verstaatlichung beinahe sämtlicher Wirtschaftsbetriebe, was über die Zeit beinahe die gesamte Bevölkerung vom Staat wirtschaftlich abhängig machte. Dies alles entzog der Gesellschaft weitgehend die Möglichkeit, jenseits eines eng gefassten Rahmens abweichende Interessen zu artikulieren, zu verfolgen oder auch mit Druck auf die Regierung durchzusetzen. Statt volksgelenkter Politik von unten, wie es die staatliche Propaganda der Öffentlichkeit verkaufte, lag in Wirklichkeit eine beinahe uneingeschränkt von oben durchdrungene Gesellschaft vor, in der die Interessen der ideologisch geprägten

¹⁵⁵ Zwischen 1960 und 1980 verließen Kuba beinahe eine Million Menschen. Im Gegensatz zur Emigration in den 1960er Jahren stammte die Mehrheit der Flüchtlinge ab den 1970er Jahren nicht mehr aus der ehemaligen Ober- und oberen Mittelschicht, sondern aus der unteren Mittelschicht und sogar aus der Unterschicht, vgl. Annino 1996, S. 539.

¹⁵⁶ Vgl. etwa Rabkin 1992; Fabian 1993; Radu 1995

Führung zum verbindlichen gesellschaftlichen Gesamtinteresse gemacht wurden und in welcher die politische Führung bestimmte, welche Partikularinteressen artikuliert und in welchem Umfang sie berücksichtigt werden konnten.¹⁵⁷

Um dieses Beziehungsmuster zwischen der Elite und den Massen auf Dauer durchzusetzen, entwickelte das Regime nach 1959 zahlreiche Mechanismen, wovon die wichtigsten folgende waren: die hierarchische Steuerung der politischen Partizipation; die Repression; sowie damit einhergehend die Durchdringung der Gesellschaft durch den Aufbau eines umfangreichen Sicherheitsapparates.

2.2.3.1 Hierarchische Steuerung politischer Partizipation

Die Konsolidierung revolutionärer Macht war untrennbar mit zwei politischen Strategien verbunden: dem Populismus, der sich auf materieller Ebene z.B. in der Landvergabe, Lohnsteigerungen, Mietsenkungen und subventionierten Lebensmitteln spiegelte, sowie der Mobilisierung der Unterstützungsgruppen des Regimes: jene Kreise der Mittelschichten, die für das revolutionäre Versprechen eines nationalen und moralischen Neubeginns besonders empfänglich waren, wie Studenten, Intellektuelle, Kulturschaffende, Künstler und Lehrer an den Schulen und Universitäten,¹⁵⁸ und vor allem die Unterschichten, genauer: Arbeiter, Arbeitslose, Bauern ohne Land, und Frauen.¹⁵⁹ Während letztere am stärksten von der revolutionären Politik profitierten und dadurch zu einer sicheren sozialen Basis des Regimes wurden; verschlechterte sich die Position der Gegner einer radikalen Umwälzung – sie waren zahlenmäßig und organisatorisch nicht auf die Mobilisierung vorbereitet.¹⁶⁰

Folge des Populismus und der Mobilisierung war zunächst die Gleichschaltung und das schnelle Wachstum der Massenorganisationen, und schließlich die Etablierung einer Einheitspartei, welche die Massenorganisationen koordinierte und sie in ein System staatlich kontrollierter Interessensorganisation und Konfliktregulierung einband. In Zusammenarbeit mit den Revolutionären Streitkräften sorgten diese Organisationen für die Umsetzung der Programme der Regierung,

¹⁵⁷ Vgl. Stahl 1993, S. 77ff.

¹⁵⁸ Vgl. Thomas 1971, S. 296ff.

¹⁵⁹ Bei seinen Untersuchungen der Industriearbeiter im Jahr 1962 gab Zeitlin etwa den Anteil der Industriearbeiter, welche die Politik der Regierung unterstützten, mit 70% an, wobei insbesondere diejenigen, die vormals arbeitslos und unterbeschäftigt gewesen waren, besondere Treue zur Revolution ausdrückten, vgl. Zeitlin 1970, S. 44, 65, 77; siehe zur Unterstützung aus den unteren Schichten auch Pérez-Stable 1999, S. 67ff.

¹⁶⁰ Vgl. Domínguez 1978, S. 196ff.

etwa freiwillige Arbeitseinsätze auf dem Lande, halfen aber auch bei der Überwachung der Gesellschaft und bei der ideologischen Umerziehung.¹⁶¹

Theoretisch dienten die politischen Organisationen nicht nur der Durchsetzung der Entscheidungen von oben und der Einbindung der Massen in den revolutionären Umgestaltungsprozess, sondern auch dem Austausch zwischen Volk und Führung, einer gegenseitigen Responsivität. Praktisch wurde dieses Beziehungsmuster allerdings durch den charismatisch-autoritären Führungsstil Castros überlagert.¹⁶² Denn tatsächlich war der Austausch stark einseitig von oben nach unten und zudem erfolgte dieser nicht innerhalb der ohnehin von oben kontrollierten Partizipationskanäle, sondern vor allem entlang einer einzigen Beziehungssachse, dem Dialog zwischen Castro und den Massen. Nach der Lesart des Regimes wurde dadurch eine effektive und vor allem an der politischen Basis orientierte, direkte Demokratie etabliert, die bürgerlich-liberalen Institutionen, wie freien Wahlen, überlegen war – zumal ohnehin die Mehrheit des Volkes Castro folgte und er für die wahren Interessen der Mehrheit stünde.¹⁶³

Diese Demokratiekonzeption bedeutete für die politische Mitsprache der Herrschaftsunterworfenen deutliche Einschränkungen: so wurde z.B. der persönliche Zugang zu Castro zur entscheidenden Voraussetzung, um politisch auf den revolutionären Prozess nachhaltig Einfluss nehmen zu können. Institutionen, welche den Volkswillen oder Interessen einer Gruppe autonom wiedergeben oder durchsetzen hätten können, gab es hingegen nicht; selbst nationale Plebiszite oder Parlamente lehnte Castro zunächst ab. Gleichzeitig begrenzte Castro auch den Umfang der politischen und sonstigen Freiheit jedes einzelnen: seine 1961 zum ersten Mal gesprochene Formel „innerhalb der Revolution – alles, gegen die Revolution – nichts“ setzte einen deutlichen und willkürlich verschiebbaren Rahmen für Initiativen jeder Art – diese wurden an die ideologische Fixierung und Orientierung des Regimes gekoppelt und durften nur innerhalb der revolutionären Organisationen durchgeführt werden.¹⁶⁴ Innerhalb dieses Rahmens ließ das Regime in Kunst und Kultur, aber auch innerhalb der Partei

¹⁶¹ Vgl. Fagen 1969; González 1974, S. 154ff.

¹⁶² Vgl. Rabkin 1991, S. 39ff.; effektiv gewann z.B. einzig die Bauernorganisation ANAP zugunsten ihrer Mitglieder Einfluss auf die Regierung: sie setzte höhere Preise und leichtere Kredite durch und sorgte auch für die Begrenzung von Enteignungen durch den Staat. Andere Organisationen brachten zwar ebenso Initiativen für ihre Mitglieder auf dem Weg, wie z.B. verbesserte Arbeitsschutzbestimmungen durch die Gewerkschaft oder eine bessere Gesundheitsvorsorge für Frauen; allerdings gingen diese Initiativen konform mit den ideologischen Vorgaben der Führung, vgl. Domínguez 1990, S. 488f.

¹⁶³ Vgl. Kline 1979, S. 452.

¹⁶⁴ Vgl. Szulc 1986, S. 564ff.

und der Massenorganisationen kritische Selbstreflexion und sogar Kritik an den Entwicklungen des Landes zu; aufgrund der zentralistischen Machtstruktur war es allerdings nicht daran gebunden und unterband vor allem Kritik an den Machtverhältnissen selbst und der grundsätzlichen ideologischen Orientierung.

Nach 1970 veränderte das Regime dieses Partizipationsmodell und begann, es auf eine breitere und komplexere institutionelle Grundlage zu stellen – durch die Formalisierung der Macht und damit vor allem durch die Formalisierung politischer Freiheitsrechte, durch ein Plebiszit über die Verfassung und durch die Einführung von Wahlen zur Bestimmung der Mitglieder der Organe der Volksmacht, der *Organos de Poder Popular*. Dies schuf neue Partizipationsrechte und -kanäle für die Bevölkerung und senkte die Bedeutung des direkten Dialogs zwischen Castro und den Massen sowie der Mobilisierung.¹⁶⁵ Andererseits verabschiedete oder reproduzierte die Führung neue oder bereits vorhandene Einschränkungen der tatsächlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten der politischen Basis. Dies schlug sich neben der – oben bereits skizzierten – weiterhin vorhandenen straffen institutionellen Hierarchie des gesamten politischen Apparates vor allem nieder in Einschränkungen der formalen politischen Rechte und in der Kontrolle derjenigen Personen, die Ämter oder Mitgliedschaften in den staatlichen Institutionen anstrebten.

Durch die Verabschiedung der Verfassung 1976 gewann die Bevölkerung neue politische Freiheitsrechte, wie z.B. Meinungsfreiheit und Pressefreiheit (Art. 52), Versammlungsfreiheit und das Recht auf Demonstration und Petition (Art. 53).¹⁶⁶ Diese Rechte unterlagen allerdings bereits formal gewichtigen Einschränkungen: so durften sie nur innerhalb der staatlichen Institutionen, also innerhalb der Kommunistischen Partei als leitender politischer Organisation, innerhalb der Organe der Volksmacht als politischem Repräsentativorgan sowie innerhalb der Massenorganisationen ausgeübt werden. Abweichende Meinung oder gar Opposition gegen eine politische Absicht oder ein Programm der Staatsspitze hatte damit allenfalls innerhalb dieser Institutionen stattzufinden – unabhängige Institutionen einer Zivilgesellschaft, eine oppositionelle Presse oder gar eine alternative Partei blieben hingegen verboten.¹⁶⁷ Gleichzeitig wurden aber auch

¹⁶⁵ Vgl. hierzu insbesondere Pérez-Stable 1992; 1999a, S. 62ff.

¹⁶⁶ Vgl. Constitución de la Republica de Cuba 1976.

¹⁶⁷ In diesem Kontext stellte Castro das Verbot einer Opposition v.a. als politische Notwendigkeit dar. So meinte er etwa: „The really important enemy we have had, has been the North American imperialism, a powerful enemy who would have liked to have opposition parties here against the Revolution – newspapers, radio stations speaking out against the Revolution – to use them against the Revolution. Look at the Chilean example, Allende respected all these rights. The opposition

die Möglichkeiten und Grenzen von eigenen Initiativen eng gefasst: Sofern sie den von oben definierten „Zielen der sozialistischen Gesellschaft“ widersprachen oder zumindest als Widerspruch zu ihnen wahrgenommen wurden, waren sie nicht mehr hinnehmbar; um die Einheit zwischen Führung und Volk nicht zu gefährden, wurden selbst Fraktionen innerhalb der Partei und der Organe der Volksmacht verboten.¹⁶⁸ Auf dieser Grundlage stellte die Führung fortan alle Versuche, feste Gruppen innerhalb der Institutionen oder gar unabhängige Organisationen zu etablieren, unter harte Strafe und verfolgte daran beteiligte Personen rigoros.

War politische Beteiligung auf diese Weise schon ideologisch und strukturell beschränkt, so verstärkte sich diese Beschränkung durch die teils sehr selektive Rekrutierungspraxis der einzig legalen Organe für politische Aktivität. Insbesondere die Kommunistische Partei, aber auch die Organe des *Poder Popular*, zeichneten sich durch eine vergleichsweise hohe Exklusivität aus. Im ersten Fall ergab sich dies dabei schon aus der leninistischen Selbstkonzeption als Avantgarde der Revolution. Die KP öffnete sich in den 1960er Jahren nur langsam für neue Mitglieder; ihre Mitgliederzahl stieg zwischen 1965, dem offiziellen Gründungsjahr der KP, und 1969 nur von rund 45.000 auf rund 55.000 an.¹⁶⁹ In den 1970er Jahren wuchs die Mitgliederzahl allerdings deutlich: auf über 211.000 Mitglieder im Jahr 1975 – zum Zeitpunkt des ersten Parteitags – und auf über 434.000 Mitglieder im Jahr 1980 zum Zeitpunkt des zweiten; Ende der 1980er Jahre lag ihr Mitgliederstamm bei knapp über 511.000, was rund 5% der

press conspired. There were newspapers clamouring for a *coup d'état* every day, and they finally gave a coup [...].“ Gleichzeitig machte er aber darauf aufmerksam, dass Opposition „innerhalb der Revolution“ durchaus ausgeübt werden könne. Castro wörtlich: „Yes, opposition exists. One carries it out within the Party, within the [mass] organizations, the factories [...]. It has to be within the Party because the essence of the Party is precisely its democratic spirit, [...] the right to criticize and the duty to carry on self-criticism [...]. There exist the right to disagree.“; zit. nach Mankiewicz/Jones 1975, S. 84f.

¹⁶⁸ Vgl. Constitución de la República de Cuba 1976, etwa Artikel 62: „Die anerkannten Freiheiten der Bürger dürfen weder gegen die Bestimmungen der Verfassung und der Gesetze noch gegen die Existenz und Ziele des sozialistischen Staates oder gegen die Entscheidung des kubanischen Volkes, den Sozialismus und den Kommunismus aufzubauen, verstoßen.“ Ähnliches gilt für die Meinungsfreiheit in Art. 53: „Die Meinungsfreiheit und die Pressefreiheit werden für diejenigen Bürger garantiert, die mit den Zielen der sozialistischen Gesellschaft konform gehen. Die materiellen Bedingungen für ihre Ausführung sind bestimmt durch die Tatsache, dass die Presse, Radio, Fernsehen, Kino und anderen Massenmedien sich im Eigentum des Staates oder der Gesellschaft befinden und niemals privat betrieben werden dürfen. Das garantiert, dass sie einzig im Dienste und im Interesse des arbeitenden Volkes und der Gesellschaft Verwendung finden.“

¹⁶⁹ Vgl. Azicri 1988, S. 79.

Gesamtbevölkerung ausmachte.¹⁷⁰ Dabei blieb die Mitgliedsauswahl konstant ideologisch bestimmt und schloss von vorneherein alle nicht konformen Kräfte aus.¹⁷¹

Bei den Organen des *Poder Popular* gehörte die Exklusivität der Mitgliedschaft ebenfalls zu den markantesten Wesenszügen – allein schon durch ihre Konzeption als Repräsentativorgane des Volkes. So gibt es in der Nationalversammlung rund 500 Mitglieder (alle fünf Jahre gewählt), auf der Provinzebene 14 Parlamente mit mindestens 85 Mitgliedern, sowie 169 Gemeindeparlamente mit durchschnittlich 100 Deputierten (jeweils alle 2½ Jahre gewählt).¹⁷² Neben dieser formalen zahlenmäßigen Beschränkung gab es in der politischen Praxis dabei noch eine andere, informelle: so war es z.B. beinahe unmöglich, in die Nationalversammlung und die Provinzparlamente und v.a. ihre Exekutivabteilungen gewählt zu werden, ohne gleichzeitig Parteimitglied zu sein, und das, obwohl eine Mitgliedschaft formell nicht zu den Voraussetzungen der Wählbarkeit gehörte. Unabhängige und der Parteidisziplin nicht unterworfenen Personen wurden damit faktisch und trotz ohnehin beschränkter Kompetenzen von der Macht auf den höheren Ebenen ausgeschlossen.

Den Hebel dazu bildeten insbesondere die Wahlbestimmungen. Danach durften Delegierte für die Provinz- und Nationalversammlung nicht direkt von allen Wahlberechtigten nominiert und gewählt werden, sondern waren von den Gemeindeparlamenten nach einem

¹⁷⁰ Vgl. ebd.; auffällig ist dabei zum einen der relativ geringe Frauenanteil, der nachdem er 1975 noch bei knapp über 13% lag bis 1986 nur auf rund 22% gesteigert werden konnte. Entsprechend niedrig waren Frauen auch in Führungspositionen vertreten. Am ehesten erreichten sie noch auf der Gemeindeebene der Partei den Anteil der Gesamtmitgliedschaftsverteilung (1984: rund 19%). Zum anderen fällt die Altersstruktur auf: Mitte der 80er Jahre waren rund zwei Drittel der Parteimitglieder zwischen 18 und 45 Jahre alt, wobei die Gruppe der 36-45jährigen mehr als zwei Fünftel (40,8%) ausmachte.

¹⁷¹ Voraussetzungen für eine konstante Mitgliedschaft sind u.a. die kubanische Staatsbürgerschaft, die Übereinstimmung mit der Programmatik und den Statuten der Partei, die aktive Mitarbeit in den einzelnen Organen und die strenge Befolgung und praktische Umsetzung der Beschlüsse und Übereinkünfte der Partei. Außerdem gilt als Bedingung für den Eintritt in die Partei ein Mindestalter von 18 Jahren, ein einjähriger Kandidatenstatus, während der Parteikandidat vom untersten Parteigremium im Hinblick auf seine ideologische Gesinnung und seine politische und soziale Vorbildlichkeit überprüft wird, oder alternativ eine Mindestmitgliedschaft von drei Jahren im Kommunistischen Jugendverband (*Unión de Jóvenes Comunistas*), die Zustimmung zur Mitgliedschaft von wenigstens zwei Dritteln des untersten Parteiverbands und die Bestätigung der Mitgliedschaft durch den nächstoberen Verband, Vgl. Estatutos del PCC 1976, Art. 1-27.

¹⁷² Vgl. Rabkin 1991, S. 79.

fest gefügten Zahlenschlüssel zu bestimmen.¹⁷³ Einzig deren Mitglieder standen zur freien Wahl.¹⁷⁴ Theoretisch konnte dabei jeder Wahlberechtigte gewählt werden; jedoch entwickelte das Regime selbst auf dieser Ebene verschiedene Kontrollen, um die Wahlergebnisse zu beeinflussen, zumindest aber die ideologische Einheit unter den letztlich gewählten Abgeordneten sicherzustellen. So blieb es beispielsweise Kandidaten verboten, für eigene politische Standpunkte und politische Absichten zu werben, sprich Wahlkampf in eigener Sache zu führen.¹⁷⁵ Zudem überwachten Parteimitglieder den Nominierungsprozess; sie schlossen bekannte Regimegegner von vorneherein aus.

Die anderen legalen Organisationen, in denen Partizipation möglich war, die Massenorganisationen, gingen weniger selektiv bei ihrer Mitgliederauswahl vor. Um ihrer Funktion als Transmissionsriemen der Partei gerecht zu werden,¹⁷⁶ waren sie gleichsam offen für alle, welche sich politisch engagieren oder zumindest ihre Zustimmung zum Regime anzeigen wollten. Die Gewerkschaften und die Bauernvereinigung organisierten z.B. bis Mitte der 1960er Jahre bereits knapp 100% der als Mitglieder in Frage kommenden Personen, auch durch Zwangsmitgliedschaft. Die Verteidigungskomitees CDR und die Frauenorganisation FMC waren selektiver. Sie umfassten bis Mitte der 1970er Jahre in etwa vier Fünftel aller kubanischen Erwachsenen bzw. aller erwachsenen Frauen und behielten diesen Anteil in etwa über die folgenden Jahre.¹⁷⁷

Ein Zwang zur Mitgliedschaft bestand hier jedoch nicht, wovon 20% der Bevölkerung aus verschiedenen Gründen – auch politischen und religiösen – Gebrauch machten. Dabei darf allerdings nicht vergessen

¹⁷³ Ihre Kandidatur bestimmten offizielle Nominierungskomitees, bei denen jeweils ein Parteimitglied den Vorsitz führt. Danach werden sie von den Deputierten der Gemeindeparlamente gewählt, vgl. Mesa-Lago 1981, S. 144

¹⁷⁴ So nominierten auf Nachbarschaftsebene alle Wahlberechtigten in öffentlichen Versammlungen Kandidaten, welche wiederum in geheimen Wahlen und nach dem Mehrheitsprinzip auf der kommunalen Ebene für das Gemeindeparlament direkt gewählt werden konnten. In diesen Wahlen konnten dabei die Wahlberechtigten zwischen verschiedenen Kandidaten auswählen – auch weil es stets mehr Kandidaten als Sitze gab.

¹⁷⁵ Vgl. Rabkin 1991, S. 79.

¹⁷⁶ Die Parteizeitung Granma definierte die Rolle der Massenorganisationen folgendermaßen: „[The mass organizations] are the link that ensures the Party's closest bonds with the masses. They assure its influence in education, guidance, and mobilization [...]. They make it possible for the leadership of our Party to keep in touch with the feelings, problems, and opinion of every sector of the population, whose specific interests they defend and represent.“ Vgl. Granma Weekly Review, 4. 1.1976, S. 6.

¹⁷⁷ Vgl. Domínguez 1990, S. 490.

werden, dass eine Mitgliedschaft über die Zeit nicht mehr unbedingt Loyalität zum Regime anzeigte.¹⁷⁸ Den Massenorganisationen schlossen sich zusehends auch Teile der Bevölkerung an, die eigentlich nicht mit Regierung und Partei konform gingen, dieses aber zumindest in der Öffentlichkeit versteckten, um weiterhin Privilegien zu erhalten, wie z.B. materielle Prämien (Fernseher, Telefon, Waschmaschinen usw.), eine Mitgliedschaft in der Partei, Zugang zu höherer Bildung oder gehobener Tätigkeit innerhalb der Staatsbürokratie und beim Militär, oder auch nur um dem Kontrolldruck seitens der Regierung zu entgehen und sich im Privaten Freiräume zu erschließen.

Auch deshalb zeichnete sich die Beteiligung in den Massenorganisationen zusehends durch Scheinpartizipation aus. Viele nahmen zwar an den Veranstaltungen teil und ließen sich für Programme mobilisieren; gleichzeitig zeigten sie jedoch nur geringes Engagement: sie beteiligten sich nicht oder nur rudimentär an Diskussionsrunden oder zeigten einen laxen Umgang hinsichtlich der Aufgaben, die sie übernommen hatten, z.B. hinsichtlich freiwilliger Mehrarbeit in der Freizeit. In gewissem Sinne wurden so immer mehr Kubaner zu Trittbrettfahrern des durch Mitgliedschaft und Mitarbeit in den Massenorganisationen bestimmten, in diesem Sinne klientelistischen Belohnungssystems des Regimes.¹⁷⁹

Diese Umfunktionierung politischer Partizipation weg von der direkten Unterstützung des Regimes hin zur Sicherung partikularer Ziele und Interessen bedeutete allerdings nicht, dass die Mobilisierungsanstrengungen der Führung ins Leere liefen – tatsächlich gelang es ihr auch weiterhin, Massen für ihre politischen Programme oder auch nur für politische Großveranstaltungen zusammenzubringen. In gewissem Sinne ähnelten allerdings diese Mobilisierungen immer stärker einem wiederkehrenden Ritual. So hatte sich spätestens seit den 1970er Jahren das Motiv der Beteiligung einer wachsenden Gruppe in den Massenorganisationen geändert: der Enthusiasmus der frühen Jahre der Revolution und der Glaube an die Schaffung einer neuer Gesellschaft wich zusehends einem rationalem Kalkül der Einzelnen, wie sich individuelle Freiräume schaffen und gleichzeitig Benachteiligungen und vor allem Strafen vermeiden ließen. Dies führt gleichsam zum nächsten Kontrollmechanismus des Regimes: der Repression.

¹⁷⁸ So waren z.B. unter den Exilanten in den 1980er Jahren eine Vielzahl von Mitgliedern der früheren Massenorganisationen, vgl. ebd.

¹⁷⁹ Vgl. Frieß 2003, S. 107ff.

2.2.3.2 Repression

Gewalt spielte als Mittel zur Erringung und Konsolidierung revolutionärer Macht eine entscheidende Rolle. Gewalt war aber auch ein entscheidendes Mittel zur dauerhaften Sicherung des Regimes und zur Durchsetzung seiner politischen Ziele gegen Widerstand. Castro zögerte niemals, das in seine Hände gelegte Gewaltpotential seiner Armee, seiner Milizen, der Polizei und der Geheimdienste einzusetzen. Im Vergleich mit den totalitären Herrschaftssystemen Europas oder mit anderen Revolutionen kam unter ihm allerdings der härtesten Gewaltanwendung, der physischen Liquidierung tatsächlicher oder vermeintlicher politischer Gegner, eine ungleich geringere Bedeutung zu – selbst unter den Bedingungen der Konterrevolution Anfang der 1960er Jahre.¹⁸⁰ Im Allgemeinen zog es das Regime vor, missliebige Personen „auszulagern“, d.h. sie zum Verlassen Kubas zu bewegen, sie durch Entlassungen aus dem alltäglichen sozialen und politischen Leben auszuschließen oder sie einzusperrn.

In dieser Hinsicht war das Regime allerdings sehr unnachgiebig. Trotz der Auswanderung von Hunderttausenden wuchs z.B. die Gefängnispopulation nach 1959 rapide an, vor allem die Zahl der politischen Gefangenen. Einen Höhepunkt markierte die Internierung zehntausender Kubaner im Vorfeld und während der letztlich gescheiterten Invasion von Exilkubanern in der Schweinebucht 1961 – sie wurden

¹⁸⁰ Evenson (1990, S. 55) merkt hierzu an: „Although hundreds of people were sentenced to death by the Revolutionary Tribunals [...], Cuba did not experience a bloodbath in the aftermath of the revolution. Many thousands were tried and sentenced to prison terms, the maximum term being 30 years. Yet, even during this tumultuous period, Cubans never experienced the state terrorism prevalent in other Latin American countries which have practiced in more recent times systematic torture, disappearances, and assassinations against opposition groups.“ Tad Szulc bezeichnete die physischen Kosten des politischen Umsturzes auf Kuba zwischen 1959 und 1960 sogar als relativ niedrig: „Cuban revolutionary trials, then, bore no resemblance [...] to the vengeance-in-the-street that erupted in Cuba after Machado, in France, and other Nazi-occupied nations after liberation in World War II, or in Venezuela following the deposition of the dictator Pérez Jiménez in 1958 and in the Dominican Republic after Dictator Trujillo was murdered in 1961. By the same token, the Cuban revolution refrained from institutionalized mass killings such as those perpetrated against hundreds of thousands ethnic Chinese in Indonesia in the aftermath of the 1965 army anti-Communist coup, or those thousands attributed to Chilean military authorities when they overthrew the Marxist president, Salvador Allende in 1973.“ Castro nannte die Zahl von 550 hingerichteten „Kriminellen“ zwischen 1959 und 1960, andere Quellen taxierten die Zahl höher, auf über 1.900 (Skierka 2004, S. 105). Genauere Zahlen gibt es dazu, wie auch über den Vollzug der Todesstrafe insgesamt nach 1959, nicht, weshalb die Angaben der Opfer des Castrismus entsprechend variieren. Gegner der Revolution sprachen z.B. von bis zu 18.000 Opfern (Córdova 1999, S. 262); einen Nachweis leisteten sie allerdings nicht.

der Konterrevolution verdächtigt. Ende der 1960er Jahre gab es nach offiziellen Angaben der kubanischen Regierung noch 20.000 politische Gefangene;¹⁸¹ vermutlich lag die tatsächliche Zahl deutlich darüber. Zu diesen kamen zehntausende, wenn nicht sogar hunderttausende Gefangene hinzu, die sich gewöhnlicher Kriminalität schuldig gemacht hatten oder in ihrem Verhalten den ideologischen Maximen widersprachen, wie z.B. Homosexuelle, Prostituierte und Arbeitsunwillige; sie saßen in Gefängnissen oder waren in Umerziehungslager interniert, nicht selten unter extremen Bedingungen und nicht selten zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.¹⁸²

Diese Repressionspraxis stieß auf internationale Kritik; manche sprachen sogar von einem Zustand der Rechtlosigkeit auf Kuba.¹⁸³ Tatsächlich zeichnete sich das Regime gerade in den 1960er Jahren durch fehlende Rechtsstaatlichkeit und einen teilweise zynischen Umgang mit den Strafgesetzen aus. Allerdings muss konstatiert werden, dass das Regime keineswegs auf die Ordnungsfunktion des Rechts verzichtete. Vielmehr versuchte es, ähnlich anderen Diktaturen in Lateinamerika, dem Regierungshandeln ebenso wie den Repressionsmaßnahmen stets einen legalen Anstrich zu geben. Es brach nicht das Recht, sondern höhnte es aus; es verließ selten den Rahmen der Legalität, sondern passte meist den legalen Rahmen den eigenen Erfordernissen an; es änderte, wenn nötig, die Verfassung oder weichte das Prozess- und Strafrecht auf. Tatsächlich vermied es das Regime, z.B. Oppositionelle ohne Urteil in Lagern verschwinden oder gar direkt umbringen zu lassen. Stattdessen stellte es seine Feinde fast immer vor ein Gericht und ließ sie von diesem verurteilen. In diesem Sinn kam dem Recht und den Gerichten eine entscheidende Rolle im Herrschaftskontext zu – als Machtinstrumente.

Traditionell war auf Kuba die Justiz der Exekutive untergeordnet, auch wenn ihre Unabhängigkeit stets formal festgeschrieben war.¹⁸⁴ Diese Praxis führte die revolutionäre Regierung fort, wenngleich sie sie radikalisierte: sie entließ alle Juristen aus dem Justizapparat, welche die ideologische Radikalisierung nach 1959 nicht mittragen wollten, veränderte häufig das Basisgesetz zu ihren Gunsten und richtete schließlich Revisionsgerichte ein, die ihr direkt unterstellt waren und die Urteile, die ihr nicht gefielen, in neuen Prozessen aufrollen konnten. Gleichzeitig begann sie den Gerichten die Funk-

¹⁸¹ Vgl. Domínguez 1978, S. 253.

¹⁸² Vgl. z.B. die Memoiren von Armando Valladares (1988).

¹⁸³ Insbesondere Exilorganisationen – oft unterstützt von US-Behörden – sprachen von einer unumschränkten Willkür des Regimes, das sich an keine Rechtsgrundsätze halten würde.

¹⁸⁴ Vgl. Evenson 1994, S. 66f.

tion zuzuschreiben, den ideologischen Vorgaben legale Geltung zu verschaffen und die Revolution zu verteidigen.¹⁸⁵

Diese ideologische und machtpolitische Überlagerung des Rechts spiegelte sich vor allem in der Einrichtung zweier neuer Arten von Gerichten: den Volksgerichten, den *Tribunales Populares del Pueblo*, auf nachbarschaftlicher Ebene¹⁸⁶ und den Staatssicherheitsgerichten, den *Tribunales Revolucionarios*, die für politische Kriminalität zuständig waren, nicht unter der Jurisdiktion des traditionellen Gerichtssystems standen und zudem weitgehend von alten Verfahrensregeln befreit wurden.¹⁸⁷ Diese Gerichte standen nicht selten in Konkurrenz zu den herkömmlichen Gerichten; oftmals kam es zu Disputen hinsichtlich der Kompetenzverteilung und zu gravierenden Unterschieden hinsichtlich der verhängten Sanktionen. Eine Ursache dafür war auch, dass die Regierung verschiedene vormals als gewöhnliche Kriminalität deklarierte Delikte zu politischen Strafsachen umqualifizierte und entsprechend hohe Sanktionen verlangte; gleichzeitig aber eine klare Definition der Straftatbestände und der Kompetenzaufteilung vermied.¹⁸⁸ Einbruch wurde z.B. sowohl im politischen als auch im

¹⁸⁵ Vgl. International Commission of Jurists 1962, S. 112; Moreno 1970, S. 368ff.; Salas 1979, S. 208.

¹⁸⁶ Formell wurden die Volksgerichte 1963 eingeführt, nachdem sie ab 1962 verschiedene Versuche auf dem Land durchlaufen hatten. Ihre Anzahl stieg zwischen 1964 und Mai 1968 von 35 auf 2.121 Tribunale mit mehr als 8.000 Richtern. Als ihre zentrale Aufgabe definierte die Regierung dabei die Schlichtung von Streitereien bis zu einem Streitwert von 1.000 Pesos, die Verurteilung von Kleinkriminellen und jugendlichen Delinquenten und die Überprüfung des Gesundheitsgesetzes. Gleichzeitig sollten sie die staatliche Justiziabilität ausdehnen und die neuen sozialistischen Normen in das Bewusstsein der Massen bringen. Zu ihren Sanktionen gehörten u.a. öffentliche Ermahnungen, Erziehungsmaßnahmen, wie z.B. die Verpflichtung zum Besuch von speziellen Bildungs-Kursen, Geldstrafen, Relokation von Angeklagten durch Zwangsumzug in ein anderes Viertel sowie die Verhängung von Gefängnisstrafen, zumeist in Arbeitslagern (Salas 1979, S. 211ff.); diese Gerichte hatten dabei ein eher unklares Mandat, urteilten auf Grundlage einer allgemein gehaltenen Definition von Straftatbeständen und unterlagen nur einem vagen Prozessrecht. Die Urteile füllten Laienrichter, die nur eine minimale juristische Ausbildung von wenigen Wochen erhielten, allenfalls ein Minimum an Bildung vorweisen mussten, sich dafür aber durch eine vorbildliche revolutionäre Gesinnung und die Kenntnis des alltäglichen Lebenswelt der Streitparteien bzw. der Angeklagten auszeichnen mussten, vgl. Domínguez 1978, S. 256ff.; Evenson 1994, S. 69f.

¹⁸⁷ Zu den Veränderungen des Prozessrechts bei den Staatssicherheitsgerichten gehörten u.a. die Aufweichung des Rechtsschutzes der Angeklagten, wie z.B. die Abschaffung des Rechts auf Haftprüfung oder die weitgehende Verwirkung des Rechts auf Revision; vgl. International Commission of Jurists 1962, S. 121f.; siehe auch: Cejas Sánchez 1974.

¹⁸⁸ Beispielsweise klassifizierte das Gesetz 1098 von 1963 Einbruch(-Diebstahl), Missbrauch von Jugendlichen bei der Begehung einer Straftat oder auch Amtsanmaßung zu politischen Straftaten, für die in schweren Fällen die Todesstrafe

gewöhnlichen Strafrecht aufgeführt; entsprechend war es möglich, diesen Straftatbestand sowohl vor den politischen als auch vor den gewöhnlich Gerichten verhandeln zu lassen – mit unterschiedlich harten Sanktionsdrohungen. Dabei hatte die Regierung ohnehin den Ermessensspielraum der Gerichte insgesamt erweitert, indem sie z.B. das Strafmaß für fast alle Straftaten erhöhte und Straftatbestände nicht selten mit verschiedenen Generalklauseln versah.¹⁸⁹

Die Folge war eine unberechenbare Normanwendung durch die Gerichte und ein gewaltiger Sanktionsdruck, dem insbesondere politisch auffällige Kubaner unterlagen. Hinsichtlich der Sicherung des Regimes war dies äußerst effektiv: offene Proteste gegen das Regime oder gar eine organisierte Opposition auf der Insel gab es ab Mitte der 1960er Jahre nicht mehr. Gleichzeitig konnte die Kriminalitätsrate, v.a. hinsichtlich sämtlicher Gewaltverbrechen (Raub, Vergewaltigung und Mord), deutlich gesenkt werden.¹⁹⁰ Andererseits stellte es die innere Bindung der Gesellschaft an die neuen revolutionären Normen in Frage: es erzeugte ein Gefühl der Ohnmacht der Bevölkerung gegenüber dem Staat, das wiederum Doppelmoral und den Rückzug ins Private beförderte. Trotz einer allgegenwärtigen Sanktionsgefahr half es zudem nur beschränkt, nicht-konformes Verhalten im Alltag zu reduzieren, wie vor allem der Absentismus Ende der 1960er Jahre, aber auch eine wachsende Jugendkriminalität zeigten.¹⁹¹ Castro selbst sprach von einem Chaos, das durch die verschiedenen Gerichtssysteme sowie insbesondere die stark unterschiedlichen Sanktionen bei gleichen Straftaten entstanden sei.¹⁹²

In Verbindung mit der allgemein betriebenen institutionellen Neuordnung des politischen Systems ab 1970 erfolgte deshalb auch eine Revision und Neuorganisation des Justizwesens: 1973 gab es die erste Justizreform; ihr folgte 1977 eine zweite.¹⁹³ Diese Reformen

möglich wurde und was schließlich auch oft zu unverhältnismäßigen Strafen führte, z.B. 20 Jahre Gefängnis für den Diebstahl von Früchten im Wert von 100 Pesos (Draper 1965, S. 182). Bis 1974 gab es über 170 verschiedene politische Straftatbestände, von Spionage bis zu Einbruch, vgl. Salas 1979, S. 210.

¹⁸⁹ So gab es etwa allgemein gehaltene Öffnungsklauseln bei der Beschreibung von Straftaten, denen neben klaren Kennzeichen der definierten Straftat undeutliche Definitionskriterien wie „sonstige Aktivitäten, die als konterrevolutionär gelten“ oder „konterrevolutionäre Ziele haben“ hinzugefügt wurden, vgl. International Commission of Jurists 1962, S. 112, 114, 130f.

¹⁹⁰ Vgl. hierzu etwa Milan 1997; Milan 1999, S. 4ff.

¹⁹¹ Vgl. Bunck 1994.

¹⁹² Vgl. Granma Weekly Review, 11.5.1969, S. 7ff.

¹⁹³ Zu den wichtigsten Neuerungen gehörten dabei: die Vereinheitlichung des Gerichtswesens durch die Integration der Revolutionstribunale und der Volksgerichte in das traditionelle Gerichtssystem, wobei diesem eine klare, hierarchische Pyramidenstruktur gegeben wurde, mit dem Obersten Gericht an der Spitze, gefolgt

bewirkten eine Entwirrung der gerichtlichen Zuständigkeiten, eine Einhegung des durch die Revolutionstribunale verkörperten Maßnahmerechts und v.a. eine wesentliche Stärkung formaler Verfahren bei der Rechtsprechung, die zudem durch die Verabschiedung eines neuen Familienrechts 1973 und eines neuen Strafgesetzbuches 1979 befördert wurde; in letzterem wurden z.B. alle Straftaten systematisiert, inhaltlich weitgehend konsistent definiert und insbesondere auch der Strafraumen für einzelne Delikte klar umrissen. Darüber hinaus stellte sie auch den Beginn einer weitergehenden Professionalisierung des gesamten Gerichtsstabs dar, indem sie z.B. die Zahl der Laienrichter auf der Gemeindeebene auf zwei reduzierte und ihnen einen hauptamtlichen und juristisch voll ausgebildeten Richter zur Seite stellte. Insgesamt wurde das Rechtssystem so übersichtlicher, konsistenter und insbesondere auch berechenbarer.

Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz zeitigten die Reformen allerdings nicht; und auch die Möglichkeiten des Gesetzgebers, energisch und repressiv gegen Normabweichungen vorzugehen, reduzierten sich nur marginal. Weiterhin konnten selbst Verkehrsdelikte oder auch eine unzureichende Arbeitsmoral mit Haftstrafen belegt werden; weiterhin gab es eine hohe Strafandrohung – einschließlich der Möglichkeit, für 30 Delikte, v.a. Straftaten im politischen Bereich und Verstöße gegen die Gesetze zum Schutz des staatlichen Eigentums, die Todesstrafe zu verhängen;¹⁹⁴ weiterhin einen zwar kleineren, aber dennoch vielseitigen Katalog von besonders hart bewehrten Straftaten gegen die Staatssicherheit;¹⁹⁵ weiterhin bestehende Unklarheiten und Mehrdeutigkeiten in Strafrechtsnormen.¹⁹⁶

von den Provinztribunalen sowie den Regional- und den Basisgerichten; sowie die Vereinheitlichung des Prozessrechts, einschließlich der Formalisierung der Prozesse mit garantierten Angeklagtenrechten, und des Berufungsrechts bis zum Obersten Gericht. 1977 wurde das Justizsystem der dreigliedrigen Administration angepasst, d.h. die Regional- und Basisgerichte wurden zusammengefasst. Jede Ebene untergliederte sich in vier Abteilungen (Kriminalität, Zivil, Arbeit und Straffälle gegen die Staatssicherheit), mit Ausnahme des Obersten Gerichts, das eine zusätzliche Abteilung für die Militärgerichtsbarkeit hatte. Das Oberste Gericht fungierte als höchste Instanz für alle Berufungen und für schwere Straffälle sowie als Gerichtsinstanz für alle Mitglieder des Politbüros, die Vorsitzenden des Staatsrats und Ministerrats, die Generalstaatsanwaltschaft, die Mitglieder des Obersten Gerichts sowie die Mitglieder der Armee und der Polizei, vgl. Evenson 1994, S. 71ff.

¹⁹⁴ Vgl. Madlener 1993, S. 286

¹⁹⁵ Die Verfolgung politischer Interessen oder zivilgesellschaftliche Betätigungen außerhalb der parteistaatlichen Strukturen blieben z.B. verboten und konnten durch die Strafgesetze „zum Schutze des Staates und seiner politischen und sozialen Ordnung“, wie z.B. „nicht genehmigte Vereinigung“ oder „Verfassen und der Besitz feindlicher Propaganda“ und insbesondere die „Gefährlichkeit einer Person“ verfolgt werden, vgl. Payne 1997, S. 6ff.

¹⁹⁶ Vgl. Human Rights Watch 1995.

Besonders ein Artikel über die „Gefährlichkeit einer Person“ wurde im Strafgesetzbuch weit gefasst und eröffnete große Machtspielräume gerade gegenüber moralisch und politisch auffälligen oder abweichenden Personen.¹⁹⁷

Im Zuge der Reform wurde die Anzahl der politischen Gefangen seit Anfang der 1970er Jahre kontinuierlich gesenkt; die Regierung reagierte damit auf die internationale Kritik und ging zu einer Strategie der exemplarischen Bestrafung von politisch missliebigen Personen über.¹⁹⁸ Gleichzeitig stieg bis Ende der 1980er Jahre allerdings die Anzahl der Häftlinge für gewöhnliche Straftaten – ein Indiz für ein wachsendes Kriminalitätsproblem, vor allem hinsichtlich Wirtschaftsdelikten wie Diebstahl von Staatsgütern.¹⁹⁹ Eine Revision des Strafgesetzbuches 1987 reduzierte zwar die Strafen und sorgte für eine Verringerung der Gefangenenzahl;²⁰⁰ gleichzeitig blieben aber die grundsätzlichen Machtspielräume des Staates und seiner Gerichte bestehen.

Letzteres zeigte sich 1989 in einem Prozess gegen 14 hohe Offiziere der Revolutionären Streitkräfte und des Innenministeriums. Laut Anklage hatten sich diese insbesondere des Drogenschmuggels schuldig gemacht und erfüllten verschiedene Straftatbestände, wie Amtsmissbrauch in Kriegszeiten, Hochverrat oder auch der feindlichen Aktion gegen einen ausländischen Staat,²⁰¹ die v.a. in Kumulation mit dem

¹⁹⁷ Das Strafgesetz definiert folgendermaßen (Codigo Penal 1979, Art. 76): „Als Zustand der Gefährlichkeit wird die besondere Neigung einer Person zur Begehung von Straftaten angesehen, die sich durch ein Verhalten in offenbarem Widerspruch zu den Normen der sozialistischen Moral äußert.“ Eine genaue Definition gibt es dazu nicht. Art. 77 umreißt nur allgemeine Merkmale.

¹⁹⁸ So ging nach verschiedenen internationalen Schätzungen die Zahl der politischen Häftlinge bereits Anfang der 1970er Jahre auf rund 5.000 und bis 1987 auf rund 1.000 zurück, vgl. Evenson 1994, S. 169.

¹⁹⁹ So stieg die Gefängnispopulation bis 1987 offiziell auf über 40.000. Exilgruppen sprachen sogar von über 100.000 Gefangenen auf Kuba Mitte der 1980er Jahre, vgl. ebd., S. 166; zur Kriminalität siehe Milan 1997, S. 12

²⁰⁰ Verschiedene Straftatbestände insbesondere aus dem Verkehrsbereich wurden etwa vollständig gestrichen, das Strafmaß für zahlreiche Delikte verringert, konkretere Vorgaben bei seiner Anwendung unterbreitet sowie insgesamt Geld- und Bewährungsstrafen eine größere Bedeutung bei der Sanktionierung zugemessen (Madlener 1993, S. 289ff.). Auch dadurch sank die Anzahl der Gefängnisinsassen nach offiziellen Angaben zwischen 1987 und 1990 von 40.000 auf rund 25.000 - 30.000 und die Zahl der politischen Gefangenen bis 1990 auf 200 (Evenson 1994, S. 168f.). Zudem verurteilten die Gerichte nur noch selten Angeklagte, die eines nicht politischen Delikts beschuldigt wurden, zum Tode. 1985 und 1986 wurde nach Angaben des Präsidenten des Obersten Gerichts die Todesstrafe bspw. gar nicht vollstreckt und bis Juni 1987 nur zweimal, vgl. ebd., S. 153.

²⁰¹ In diesem Fall paradoxerweise gegen die USA, waren sie doch das Ziel des Drogenschmuggels.

Tode bestraft werden sollten. In dem öffentlich ausgetragenen Prozess vor der Militärkammer des Obersten Gerichts kamen in der Tat zahlreiche Fälle von Korruption und Bereicherung der Beschuldigten ans Tageslicht. Für manche in- und ausländische Beobachter war dennoch das letztlich verhängte Strafmaß überraschend. Besonders die Todesurteile gegen den hochdekorierten Armeegeneral und ehemaligen Kommandeur der kubanischen Streitkräfte in Angola, Armando Ochoa, den Polizeioberst Tony de la Guardia sowie zwei weitere Angeklagte und ihre schnelle Vollstreckung erregten die Gemüter. Während auf Kuba an der persönlichen Schuld der Angeklagten kaum Zweifel bestand und allenfalls über die Notwendigkeit der Todesstrafe für die verdienten Offiziere debattiert wurde, unterstellten verschiedene ausländische Beobachter Castro, einen Schauprozess veranstaltet zu haben, mit dem die Angehörigen des Militärs und der Polizei diszipliniert werden sollten.²⁰² Tatsächlich machte das Regime mit dem Prozess der Allgemeinheit und den Funktionären auf Kuba klar, dass selbst ranghohe Mitglieder der Elite des Landes keineswegs sicher vor Strafe waren.

2.2.3.3 Überwachung

Gleich nach dem Sieg über Batista hatte die neue revolutionäre Regierung damit begonnen, ein eigenes Sicherheitssystem aufzubauen. Im Zentrum ihrer Bemühungen standen die neuen Revolutionären Streitkräfte, die *Fuerzas Armadas Revolucionarias* (FAR), deren übergeordnetes Ministerium (MINFAR) seit Oktober 1959 von Fidels Bruder Raúl geleitet wurde. Unter seiner Führung avancierten die FAR zur wichtigsten Stütze des neuen Regimes. Dies war das Resultat zweier Entwicklungen: zum einen bildeten Offiziere der FAR das Rückgrat der anfänglichen revolutionären Verwaltung – zusammen mit zivilen Kräften sorgten sie für die Neustrukturierung von Wirtschaft und Politik und übernahmen z.B. auch die Leitung und Überwachung von Ernten und Wirtschaftsbetrieben;²⁰³ zum anderen waren die FAR vor allen anderen Organisationen für den Schutz und die Verteidigung der Revolution nach innen und außen zuständig.

In beiden Funktionen waren die Streitkräfte erfolgreich, wodurch sie ein hohes Prestige erlangen konnten. Betriebe des Militärs galten z.B. von Beginn an als die effizientesten und ihre Offiziere fungierten häufig als Führungspersonal in Partei und Regierung – insbesondere in den 1960er Jahren.²⁰⁴ Vor allem aber organisierte das MINFAR

²⁰² Vgl. zur Ochoa-De la Guardia-Affäre insbesondere Oppenheimer 1992.

²⁰³ Vgl. Domínguez 1978, S. 309ff.

²⁰⁴ Die besondere Bedeutung der Armee spiegelte sich z.B. darin, dass Castro sich in erster Linie als *Comandante en Jefe* sah und zumeist in Armeuniform auftrat oder auch sein Bruder Raúl als Verteidigungsminister und höchster General der

den Aufbau eines vielschichtigen Sicherheitsapparates aus regulären Streitkräften, Bürgermilizen, Geheimdiensten, Polizei- und Staatssicherheitskräften sowie den Komitees zur Verteidigung der Revolution. Damit minimierten sich konterrevolutionäre Angriffe von Innen und Außen gleichermaßen. Mit den Siegen gegen die Invasionstruppen von Exilkubanern 1961 und gegen die Guerilla Mitte der 1960er Jahre erzielten die FAR denn auch beachtliche Erfolge.

Die übergeordnete Stellung der FAR innerhalb der Sicherheitskonzeption des Regime blieb über die gesamte Epoche bestehen – sie spiegelte sich nicht zuletzt in der Ausrüstung, den Militärausgaben und ihrer Truppenstärke von rund 300.000 Soldaten.²⁰⁵ Spätestens nach der Ausgliederung polizeilicher Aufgaben aus dem MINFAR und der damit erfolgten Gründung eines Innenministeriums 1961 (MININT) verschob sich deren sicherheitspolitische Funktion allerdings zusehends auf die Verteidigung nach außen. Zur ultimativen Sicherung der Revolution stünden sie zwar weiterhin bereit wie Raúl und andere Generäle immer wieder versicherten. In der Praxis beschränkten sie sich aber fortan darauf, indirekt auf die innere Sicherheit Einfluss zu nehmen – z.B. durch die Besetzung fast aller Führungspositionen im Innenministerium mit Offizieren der Streitkräfte.²⁰⁶

Streitkräfte fungierte. Darüber hinaus waren auch 1986 noch alle Divisionsgeneräle und zahlreiche Offiziere Mitglieder des Zentralkomitees, und vier waren entweder volle oder nicht-ständige Mitglieder des Politbüros. Ex-Militärs waren auch auf Regierungsposten vertreten und besetzten z.B. Ende der 1980er Jahre zehn der 14 Posten eines Vizevorsitzenden im Ministerrat. Dabei greifen verschiedene Autoren auf das Konzept der „Militarisierung“ zurück, um die herausragende Stellung von noch aktiven und ehemaligen Armeedoffizieren auf Kuba zu beschreiben (z.B. Horowitz 1998). Andere, wie z.B. Domínguez (1978, S. 377) argumentieren, dass Kuba von zivilen Soldaten beherrscht werde und betonen die Fusion zwischen zivilen, z.B. wirtschaftlichen, und militärischen Rollen der revolutionären Elite.

²⁰⁵ Eckstein (1994, S. 29) schreibt z.B. zur Rolle der FAR: „Compared to other Latin American countries, as of the mid- to latter 1980s Cuba imported more arms, it had a larger armed forces (relative to the size of its population), and it devoted a larger portion of its national income to military expenditures.“ Konkret drückte sich dies u.a. dadurch aus, dass die Truppenstärke 1961 bereits 300.000 Soldaten umfasste (Pérez 2006, S. 330), eine Zahl, die bis in die späten 1980er Jahre konstant blieb. Zum Vergleich: Ekuador hatte bei in etwa gleicher Einwohnerzahl 40.000 Soldaten, Chile 135.000 (Werz 1980, S. 158f.). Dem MINFAR unterstanden zudem die Bürgermilizen, die zeitweilig 1,3 Mio. Angehörige hatten (Münzinger Archiv 1994, S. 7). Die Ausgaben für das Militär waren entsprechend hoch: sie umfassten in den 1980er Jahren mehr als 10% des Staatshaushaltes, die militärische Hilfe aus der Sowjetunion von rund 800 Mio. US-Dollar jährlich nicht eingerechnet, vgl. Rabkin 1991, S. 77.

²⁰⁶ Vgl. Horowitz 1998.

Tatsächlich hatte das Regime Anfang der 1960er Jahre dem MININT und den Massenorganisationen – und vor allem den Komitees zur Verteidigung der Revolution – die Auskundschaftung politisch oder sozial verdächtiger Personen, die Aufklärung kriminellen und konterrevolutionären Verhaltens und auch die Festnahme von abweichenden Personen überlassen.²⁰⁷ Dieses System der inneren Sicherheit war machtpolitisch äußerst effizient: innerhalb kurzer Zeit gelang es damit, nicht nur sämtliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Organisationen, sondern auch den sozialen Alltag der kubanischen Bevölkerung, zuweilen bis hinein in die Privatsphäre, umfänglich und systematisch zu überwachen; und es konnten damit zahlreiche Verurteilungen sichergestellt sowie gezielt und auch in großem Umfang Verhaftungen durchgeführt werden.

Innerhalb dieses Systems der inneren Sicherheit fiel dem MININT eine besondere Aufgabe zu: die Koordination sämtlicher sicherheitsrelevanten Operationen innerhalb seiner jeweiligen Abteilungen sowie innerhalb der Sicherheitsabteilungen der Massenorganisationen.²⁰⁸ Dafür hatte es bis Ende der 1980er Jahre einen Mitarbeiterstamm von 83.000 aufgebaut,²⁰⁹ von denen allein 15.000 hauptamtlich für die Staatssicherheitsabteilung, das *Departamento de Seguridad del Estado* (DSE), arbeiteten.²¹⁰ Dafür verfolgte das Innenministerium aber auch eine strenge Mitarbeiterführung. Sie war gekennzeichnet durch eine hohe Politisierung, Militarisierung und Professionalisierung der

²⁰⁷ Vgl. Salas 1993, S. 245.

²⁰⁸ Nach seiner Gründung unterstanden dem Innenministerium der Inlandsgeheimdienst und die politische Polizei, die gewöhnlichen Polizeieinheiten, der Strafvollzug, die Feuerwehr sowie die Auslandsspionage. 1972 übernahm es ferner die Grenzschutztruppen und eine eigene paramilitärische Spezialeinheit von der Armee und die staatliche Oberaufsicht der CDR (Horowitz 1998, S. 566ff.). Es war nun in vier Abteilungen gegliedert: das Vizeministerium für Staatssicherheit (*Departamento de Seguridad del Estado*, DSE), das Vizeministerium für Innere Ordnung mit den Generaldirektorien der Nationalen Revolutionären Polizei (*Policia Nacional Revolucionaria*, PNR), des Strafvollzugs und der Feuerwehr, das Vizeministerium des Auslandsgeheimdienstes (*Departamento Técnico de Investigaciones*, DTI) mit seinem Generaldirektorium des Nachrichtendienstes (*Dirección General de Inteligencia*, DGI) sowie das Vizeministerium für Grenzschutz und Immigration. Die Aufgaben und Funktionen der Abteilungen überschneiden sich trotz der funktionalen Spezialisierung; dadurch sollte insbesondere die Machtbalance und die gegenseitige Kontrolle innerhalb des MININT sichergestellt werden – ganz ähnlich wie auf der Ebene des gesamten Sicherheitssystems mit den Streitkräften und den Milizen, die dem Verteidigungsministerium unterstellt waren, auf der einen Seite, dem MININT in der Mitte und den jeweiligen Massenorganisationen auf der anderen Seite, vgl. hierzu Skierka 2004, S. 116f.

²⁰⁹ Vgl. Oppenheimer 1992, S. 59.

²¹⁰ Die Staatssicherheitsabteilung war damit die größte Abteilung. Zum Vergleich: die reguläre Polizei umfasste 10.000 Polizisten, der Grenzschutz hatte 4.000 und die Spezialeinheiten 2.000 Mann, vgl. Salas 1993, S. 245.

Mitarbeiter.²¹¹ Dies spiegelte sich in einer umfangreichen politischen Schulung und ideologischen Indoktrination während der Ausbildung und wiederkehrend während der Dienstzeit; in einer überproportionalen Anzahl von Parteimitgliedern innerhalb der Angehörigen des MININT;²¹² in einer streng hierarchischen Befehlskette sowie einem militärischen und hierarchischen Korpsgeist; und in der Verbesserung der professionellen und technischen Qualifikation über eigene Schulen und technische Berufsakademien, die mit der Unterstützung von Beratern aus der DDR und der Sowjetunion aufgebaut wurden.

Charakteristisch für die Tätigkeit des Innenministeriums waren insbesondere die Machtspielräume, welche die Führung gerade den Abteilungen für Staatssicherheit, der regulären Polizei und der Justizvollstreckung einräumte: in der Praxis konnten z.B. die Staatssicherheit und sogar die Polizei auch ohne richterliche Anweisung sozial und politisch verdächtige Personen inhaftieren oder auch Hausdurchsuchungen durchführen; gleichzeitig blieben gewaltsame Übergriffe bei Verhören oder in den Gefängnissen ungestraft.²¹³ Eine verbindliche Grenze zog das Regime allenfalls hinsichtlich der systematischen Anwendung von physischer Gewalt oder gar Folter, illegalem „Verschwindenlassen“ oder politischen Morden.²¹⁴

Die Institutionalisierung der Revolution änderte an dieser Praxis nur wenig – und das trotz neuer verfassungsmäßiger Rechte, wie z.B. die Garantie der Unversehrtheit der Wohnung, dem Schutz vor staatlichen Übergriffen oder dem Postgeheimnis, einem danach gestalteten Polizeirecht und den darin formulierten Restriktionen.²¹⁵ Zwar hatten sich seit den 1970er Jahren die Haftbedingungen verbessert, und zwar sowohl von gewöhnlichen als auch von politischen Gefangenen.²¹⁶

²¹¹ Vgl. Salas 1979, S. 283ff.

²¹² Der Anteil der Parteimitglieder, Parteianwärter oder Angehörigen der kommunistischen Jugendorganisation UJC unter den Mitarbeitern des Ministeriums wurde z.B. in den 1970er Jahren auf weit über 60% geschätzt, wobei einzelne Unterabteilungen sogar beinahe 100% aufwiesen, vgl. ebd., S. 285f.

²¹³ Vgl. International Commission of Jurists 1962; Córdova 1999

²¹⁴ Vgl. Domínguez 1978, S. 253.

²¹⁵ Vgl. Salas 1979, S. 281ff.; Michalowski 1993, S. 6f.; in der Verfassung von 1976 wurde etwa der Schutz des Postgeheimnisses (Art. 56), der Schutz vor willkürlicher Verhaftung (Art. 57) oder auch der Schutz des Privateigentums (Art. 59) ausdrücklich festgehalten, vgl. Constitución de la República de Cuba 1976.

²¹⁶ Sie erhielten nicht zuletzt durch den Bau neuer Gefängnisse eine bessere medizinische Betreuung, bessere hygienische Bedingungen und Beschäftigungsangebote; auch Übergriffe gingen zurück. Diese Verbesserungen seit den 1970er Jahren stellten u.a. verschiedene Menschenrechtsorganisationen fest. Teilweise wurde diese sogar in verschiedenen Berichten lobend erwähnt. Amnesty International sprach z.B. auch davon, dass keine Beweise für physische Folter vorhanden seien und allenfalls von Methoden psychischen Drucks und Machtmissbrauch die

Gleichzeitig machte aber vor allem die Staatssicherheit weiterhin Gebrauch von ihren Spielräumen. Operativ setzte sie z.B. auf umfangreiche Post- und Telefonüberwachung und teilweise auch auf Lauschangriffe auf Wohnungen und Büros. Im Besonderen operierte sie aber verdeckt über inoffizielle Mitarbeiter.²¹⁷

Über ihre Spezialabteilung (*Dirección Especial del Ministerio del Interior*; DEM) war es ihr schon kurz nach der Revolution gelungen, in praktisch jedem Betrieb, jedem Bildungszentrum, in allen politischen Organisationen und sogar im Sicherheitsapparat des Regimes selbst ein straff geführtes Netz an Mitarbeitern aufzubauen, die lückenlos über die Stimmungslage vor Ort oder politische Auffälligkeiten Bericht erstatteten, bei Bedarf aber auch gezielt und systematisch das persönliche Umfeld und den Alltag von als verdächtig gemeldeten Personen ausspionieren konnte.²¹⁸ Nicht selten entstanden daraus Dossiers über die Person, über ihren schulischen und beruflichen Werdegang, über ihr politisches und soziales Engagement sowie über verschiedene Regelübertretungen, nicht allein politischer Natur. Diese Informationen konnten dann bei Eröffnung eines formalen Ermittlungsverfahrens gegen den Verdächtigen, etwa in den Befragungen und Verhören, verwendet werden und schließlich als Grundlage einer formalen Anklageschrift genutzt werden.

Eine Basis dieser Überwachung waren aber nicht nur die informellen und formellen Mitarbeiter, sondern nicht zuletzt auch die Komitees zur Verteidigung der Revolution. Am 28. September 1960 aus der Taufe gehoben, wurden diese von Castro als System des kollektiven revolutionären Selbstschutzes definiert: durch sie solle jeder alle anderen in seinem Block kennen, jeder wissen, was die anderen tun, was sie glauben, welche Leute sie treffen, worin sie sich engagieren.²¹⁹ Damit führte die kubanische Führung ein Blockwartssystem ein, dem Mitte der 1960er Jahre bereits zwei Millionen Kubaner angehörten. Wengleich sich die Aufgaben der CDR seit Mitte der 1960er Jahre differenzierten,²²⁰ blieben sie dieser Überwachungs-

Rede sein kann, vgl. hierzu die Zusammenfassungen von Domínguez 1978, S. 254f.; Platt/McCaughan 1990, S. 68ff.; eine kritischere Sicht über die Zustände in den kubanischen Gefängnissen liefert Fontaine 1997, S. 721ff.

²¹⁷ Vgl. Payne 1997, S. 18.

²¹⁸ Vgl. Donate-Armada 1996, S. 285f.; Fontaine 1997, S. 719.

²¹⁹ Fidel Castro, zit. nach Fagen 1969, S. 69.

²²⁰ Im Laufe der 1960er Jahre übernahmen die CDR gleichwohl auch andere Aufgaben, wie z.B. die Überwachung der Rationierung von Lebensmitteln, die Organisation von Impfkampagnen, die Überwachung der Volksgesundheit, die Mobilisierung der Bevölkerung für Arbeitseinsätze bzw. für politische Veranstaltungen, die Erziehung von Eltern. Entsprechend gab es schon in den 1960er Jahren verschiedene Abteilungen: für die Sicherheit, für die Finanzen, für Bildung, für freiwillige Arbeit, für die Sauberhaltung von öffentlichen Plätzen, für öffentliche

funktion primär verpflichtet. Konkret bestand diese in regelmäßigen Zusammenkünften zwischen Polizei und CDR-Vertretern auf allen hierarchischen Ebenen, in gemeinsamen Patrouillenläufen und der Anfertigung von Berichten über alle besonderen Vorkommnisse und auch generell über Aktivitäten von Nachbarn oder Arbeitskollegen.²²¹ Ferner spiegelte sie sich aber auch in öffentlichen und kollektiven „Akten der Zurückweisung“, in denen Mitglieder der CDR gegen missliebige Personen protestierten – oft vor ihren Häusern.²²² Auch in allen anderen Massenorganisationen kümmerten sich Abteilungen um die Überwachung ihrer Mitglieder oder des Umfelds.²²³

Mit seinem Sicherheitsapparat hatte das Regime gewaltige Überwachungskapazitäten geschaffen. Diese waren der Bevölkerung sehr präsent. Sie trugen zu einem Klima des gegenseitigen Misstrauens, der Unsicherheit und der ständigen Angst vor einer Bestrafung bei – allein durch die ständige Möglichkeit einer Denunziation oder der Entdeckung ideologisch abweichenden Verhaltens. Die umfassende Überwachung geriet damit zu einem subtilen Repressionsmechanismus, der den Einsatz von direktem Zwang nicht immer notwendig machte. Einschüchterung, Strafandrohung und exemplarisches Strafen genügten oft, um die Disziplin aufrecht zu erhalten oder potentielle Gegner zu schwächen.²²⁴

Gesundheit, Freizeit, die Sammlung von wiederverwendbaren Gerätschaften und Kleidung sowie für die ideologische Arbeit, vgl. Aguirre 1995, S. 395; Richard Fagen (1967, S. 80) umschrieb diese generell ausgedehnten Funktionen der CDR entsprechend als „to integrate, socialize, and mobilize the masses, to implement revolutionary policies and programs, and to protect both the material and the social resources of the revolution“.

²²¹ Ihre Zusammenarbeit mit der Innenbehörde drückte sich dabei auf verschiedene Weise aus. Wenn z.B. ein Verdächtiger von der Polizei oder vom Geheimdienst ausgemacht wurde, konnten die lokalen Polizeistationen, in deren Zone der Verdächtige wohnte, aktiviert werden, welche wiederum die zuständigen CDR-Mitglieder kontaktieren konnten, um neueste Informationen über den Verdächtigen einzuholen. Zu diesen Mitteilungen zählten z.B. Freunde, Besucher, Familie, Biographie, eine Auflistung alltäglicher Tätigkeiten und Verhältnisse, wie z.B. der Arbeitssituation oder der Teilnahme an Programmen der Massenorganisationen wie auch die Einschätzung seines „revolutionären Charakters und Moral“.

²²² Vgl. Salas 1979, S. 306ff.

²²³ Vgl. Payne 1997, S. 11.

²²⁴ Dies zeigte sich etwa im Umgang mit politischen Kritikern. Sie war keineswegs einheitlich. Zum Repertoire gehörten neben der Einschüchterung kurzzeitige Festsetzungen oder auch Verurteilung wegen wirtschaftlicher Vergehen, vgl. Fontaine 1997, S. 721.

2.3 Die wirtschaftliche Entwicklungsstrategie

Mit der weitgehenden Eliminierung der Marktwirtschaft auf Kuba und der Neuausrichtung seiner internationalen Beziehungen auf die Sowjetunion legte die kubanische Führung 1960 die Eckpfeiler der weiteren Entwicklung der Insel; die Proklamation des sozialistischen Charakters der Revolution im April 1961 fixierte die Entwicklungsorientierung des Regimes. Der Sozialismus fungierte fortan als Entwicklungsmodell, gesellschaftliches Ziel und damit als wichtigste politische Leitidee. Innerhalb dieser Grundorientierung variierte die Führung allerdings immer wieder ihren Kurs. So orientierte sie sich z.B. mal mehr und mal weniger an sowjetischen Entwicklungsmodellen, experimentierte mit eigenen Systemen der Wirtschaftslenkung und mit moralischen Leistungsanreizen und verschob immer wieder die Grenze zulässiger privatwirtschaftlicher Betätigung.²²⁵

2.3.1 Karibischer Sozialismus

Parallel zur Einführung einer Zentralverwaltungswirtschaft 1960 gab die kubanische Führung ein ehrgeiziges Ziel aus: Kuba sollte sich in kurzer Zeit von einem agrarisch geprägten und vom Zucker abhängigen Land in eine Industrienation mit einer breit diversifizierten Landwirtschaft verwandeln. Als Vorbild diente das stalinistische Entwicklungsmodell der Sowjetunion in den 1920er Jahren.²²⁶ Dementsprechend reorganisierte die Führung ihren administrativen Apparat: sie vergrößerte die Kompetenzen und personelle Ausstattung der Wirtschaftsministerien und Planungsbehörden, fusionierte alle Industriebetriebe mit ähnlicher Produktpalette und senkte drastisch die Anbaufläche für Zucker zugunsten des Anbaus von Kaffee, Zitrusfrüchten, Reis und Weideland. Mit Hilfe sowjetischer und anderer osteuropäischer Berater ließ sie Entwicklungspläne erstellen, die spektakuläre Wachstumsraten vorsahen.

Die Umsetzung dieser Pläne war allerdings mit großen Schwierigkeiten verbunden.²²⁷ Anders als die Führung annahm, war Kuba keineswegs in der Lage, innerhalb kurzer Zeit eine funktionierende Planwirtschaft aufzubauen. Zur Umsetzung der wirtschaftlichen Ziele fehlte es z.B. an Kapital und an geschultem Führungspersonal und Facharbeitern; die meisten von ihnen waren nach 1959 geflohen oder saßen im Gefängnis und viele neue Manager hatten keine Berufserfahrung. Es mangelte an konzisen Planungsvorgaben, statistischen Daten und damit an der Koordination und Entwicklung der Betriebe. Es sank die Produktivität, weil Tausende neue Arbeitskräfte einge-

²²⁵ Vgl. Nohlen/Stahl 1989.

²²⁶ Vgl. Mesa-Lago 1994, S. 26ff.

²²⁷ Vgl. Boorstein 1968, S. 102ff.

stellt wurden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen; und zudem gab es Probleme bei der Beschaffung von geeigneten Anlagen und Ersatzteilen in Folge des US-Embargos sowie Liefer- und Qualitätsschwierigkeiten aus der Sowjetunion.

Die ehrgeizigen wirtschaftlichen Ziele konnten deshalb bei weitem nicht erreicht werden.²²⁸ Im Gegenteil: Die Revolution erlebte ihre erste Wirtschaftskrise in den Jahren 1962 und 1963. Die Zuckerproduktion war z.B. in Folge der Diversifizierungspolitik um über ein Drittel gesunken; es gelang aber nicht diese Verluste durch Produktionssteigerungen von anderen Agrarprodukten und Industrieprodukten auszugleichen.²²⁹ Gleichzeitig verursachte die Arbeitsmarktpolitik, die weitere Anhebung der Löhne sowie der Bau von Schulen, Krankenhäusern, Straßen und Versorgungseinrichtungen auf dem Land ein wachsendes Haushaltsdefizit,²³⁰ und es kam zu einem wachsenden Handelsbilanzdefizit in Folge von Maschinen- und Ausrüstungsimporten für die beabsichtigte Industrialisierung und dem Niedergang der Zuckerexporte.²³¹

Bereits 1962 riss die kubanische Führung die Kontrolle der Preise für Konsumgüter an sich, die angesichts der gestiegenen Nachfrage nach oben schnellten, führte überraschend eine Währungsreform durch und setzte auf eine radikale Politik der Konsumreduzierung. Dies spiegelte sich nicht zuletzt in einem neuen Verteilungssystem wider; fortan verteilte der Staat einen Großteil der Nahrungsmittel und Konsumgüter vom Staat direkt an seine Bürger – jeder Kubaner erhielt Rationierungskarten, die *libreta*. Zwar subventionierte der Staat die Preise für die Güter auf den *libretas*, aber nur selten entsprach das Angebot der Nachfrage; auch deshalb breitete sich kontinuierlich die Schattenwirtschaft aus.²³²

1963 revidierte die Führung ihre Entwicklungsziele. Anstelle von Industrialisierung und der Diversifizierung der Landwirtschaft setz-

²²⁸ Vgl. Mesa-Lago 1994, S. 34f.

²²⁹ Bis 1963 sank z.B. die landwirtschaftliche Produktion um 23%, die Zuckerernte sogar um fast 40%, vgl. Rabkin 1991, S. 117.

²³⁰ Eine deutliche Absenkung der Höchstlöhne konnte dem kaum etwas entgegensetzen. Allein im Agrarsektor standen Anfang der 1960er Jahre z.B. dem Produktionswert von einem kubanischen Peso Arbeitskosten von 1,47 Pesos gegenüber, vgl. Annino 1996, S. 525.

²³¹ Das damals noch als vorübergehende Schwäche angesehene Außenhandelsdefizit verwandelte sich in der Folgezeit zu einer chronischen Begleiterscheinung der wirtschaftlichen Entwicklung. Nur zweimal, 1960 und 1975, konnte die kubanische Führung eine positive Handelsbilanz vorweisen, vgl. Roca 1992, S. 109.

²³² Siehe zu Engpässen bei der Versorgung und zur Ausbreitung der Schattenwirtschaft Anfang der 1960er Jahre Pérez-López 1995, S. 80ff.; Rosendahl 1997, S. 41ff.

te sie nun wieder vornehmlich auf den Ausbau und die Modernisierung des Zuckersektors. Außenwirtschaftspolitisch sicherte die kubanische Regierung diesen Kurswechsel 1964 durch die ersten langfristigen Handelsabkommen mit der Sowjetunion ab; sie brachten Planungs- und Finanzierungssicherheit durch Abnahmegarantien von Zuckerkontingenten und vor allem stabilere und höhere Preise für Zuckerexporte, als sie auf dem Weltmarkt zu erzielen waren.²³³ Ein sektoraler Fünfjahresplan für die Zuckerindustrie (*Plan Prospectivo Azucarero*, 1965-1970) sah eine Steigerung der Zuckerproduktion auf 10 Mio. t vor, d.h. eine Verdreifachung der bisherigen Kapazitäten. Dazu sollten die Zuckeranbauflächen um bis zu 50% vergrößert, die Zuckerernte vollständig mechanisiert und alle dafür nötigen Kräfte der Nation gebündelt werden.

Es gab zahlreiche Kritiker dieses Vorhabens in der kubanischen Verwaltung – sie verwiesen auf die Risiken des Projektes.²³⁴ Castro stellte diesen allerdings die Hoffnung auf einen Aufschwung der Landwirtschaft und eine mit dem Sektor verbundene Industrialisierung entgegen. Er erklärte die Erreichung des Produktionsziels schließlich zur wichtigsten revolutionären Aufgabe.

„The 1970 sugar production target became a point of pride, a demonstration that Cubans could take charge of their history against all odds. Just as the impossible dream had been achieved in the late 1950s when Batista was overthrown, so would another be achieved at the end of the 1960s as committed revolutionaries demonstrated that they could raise the level of sugar production from 3,8 millions tons in 1963 to 10 million tons in 1970s. The doubters would be proven wrong again.“²³⁵

Die rasche Umsetzung der Strategie wurde durch eine Debatte führender Regierungsmitglieder über die passende Wirtschaftsorganisation erschwert. Sollten die Planungs- und Leitungsmethoden ideologischen Zielen untergeordnet werden oder sollten diese eher technokratischen Linien folgen? Die Auseinandersetzung, die als „Planungsdebatte“ in die sozialistische Theoriengeschichte einging,²³⁶ gruppierte sich zum einen um den damaligen Industrieminister Ernesto Ché Gueva-

²³³ Vgl. Mesa-Lago 1981, S. 17.

²³⁴ So konnte rein rechnerisch dieses Ziel in der kurzen Zeit einzig mit besten klimatischen Bedingungen, dem optimalen Einsatz von Mensch und Maschine und höchstmöglichem Ertrag des Zuckerrohrs erreicht werden, vgl. Burchhardt 1996, S. 17.

²³⁵ Vgl. Domínguez 1990, S. 470f.

²³⁶ Vgl. zur Diskussion der Planungsdebatte insbesondere Betelheim u.a. 1969; Mesa-Lago 1971; Guevara 1988.

ra und zum anderen um Carlos Rafael Rodríguez, dem damaligen Leiter des INRA.

Die Guevaristen ließen sich von Guevaras Fokus-Theorie,²³⁷ aber auch von dem maoistischen „Sprung nach vorn“ inspirieren.²³⁸ Sie sprachen sich für die Verstaatlichung sämtlicher Produktionsmittel aus und für eine vollständig zentralisierte Wirtschaft, in der alle Beziehungen zentral geplant werden sollten. Gemäß ihrer Konzeption sollte die Wirtschaft des Landes wie eine einzige Einheit behandelt werden und die Beziehung von Angebot und Nachfrage durch eine zentral gesteuerte Verteilung aller Güter und Dienstleistungen außer Kraft gesetzt werden – mittelfristig sollte Geld sogar abgeschafft werden und nur noch beim Handel mit dem Ausland Gebrauch finden. Unternehmen sollten über ein zentrales Budget finanziert werden. Staatliche Zuwendungen an Unternehmen müssten dabei nicht zurückgezahlt werden, Defizite der Unternehmen hingegen von der Zentralbank gedeckt werden. Zudem sollten materielle Leistungsanreize, wie Prämien, Lohndifferenzen und die Bezahlung von Überstunden, abgeschafft werden. An ihre Stelle sollten moralische Anreize treten. In Verbindung mit Erziehung und Mobilisierung könnte dadurch ein neuer, revolutionärer Mensch entstehen, der anders als der auf den eigenen Vorteil bedachte *homo oeconomicus*, ein starkes Kollektivbewusstsein aufweisen und sich v.a. durch Genügsamkeit, Opferbereitschaft und Solidarität auszeichnen und daraus seine Motivation für seinen Arbeitseinsatz gewinnen sollte. Moralische Anreize würden demnach genügen, um die Produktivität zu sichern.

²³⁷ Guevara hatte die Fokustheorie auf der Grundlage seiner Erfahrungen während des Aufstands gegen Batista entwickelt. In Übereinstimmung mit Castros Ideen reichte nach dieser eine kleine Gruppen entschlossener und zielstrebigere bewaffneter Revolutionäre aus, um alle möglichen politischen Ziele zu erreichen und insbesondere auch um Regierungen zu stürzen, vgl. hierzu vor allem Debray 1967.

²³⁸ Vgl. Mesa-Lago 2000, S. 196f.; in diesem Sinne trugen sie eine sehr idealistische Konzeption gegen die konventionelle sowjetische Entwicklungsdoktrin vor. Konkret gingen sie von der Annahme aus, dass die „subjektiven Verhältnisse“, wie Ideen, Bewusstsein, Wille, ja der gesamte gesellschaftliche Überbau, wie er in der marxistischen Terminologie genannt wird, die „objektiven Verhältnisse“, die materielle Basis, die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, welche nach der konventionellen marxistischen Interpretation den Überbau determinierten, entscheidend beeinflussen könnten. Entsprechend könnten sie auch objektive Schwierigkeiten der kubanischen Entwicklung, wie geringe natürliche Ressourcen, schwache Produktionsfaktoren oder die unterentwickelte wirtschaftliche Infrastruktur überwinden. Guevara und andere glaubten, dass es durch die Entwicklung des Bewusstseins auch ohne eine entsprechende materiale Entwicklung möglich wäre, auf Kuba gleichzeitig den Sozialismus und den Kommunismus aufzubauen, d.h. den in der traditionellen marxistischen Theorie vorgesehenen Schritt der Etablierung eines Sozialismus, in der die materiellen Grundlagen für den Kommunismus erst gelegt werden müssten, quasi zu überspringen.

Auf der anderen Seite hing die Gruppe um Rodríguez im weitesten Sinne der Idee des sozialistischen Marktes an, mit welcher die Sowjetunion seit Anfang der 1960er Jahre experimentierte.²³⁹ Sie argumentierte, dass es kaum möglich sei, die Marktmechanismen, wie z.B. Geld, Prämien, Zinsen und unterschiedliche Gehälter, vollständig zu beseitigen. Die Forderungen nach einer weiteren Sozialisierung der Produktionsmittel lehnten sie ab und befürworteten stattdessen eine größere Autonomie der einzelnen Unternehmen beim Warenaustausch, bei der Rekrutierung von Arbeitskräften sowie bei Investitionsentscheidungen und plädierten schließlich für eine flexible Lohngestaltung. In diesem Zusammenhang und auch, um die Effizienz und Flexibilität der Unternehmen zu sichern, hielten sie materielle Anreize für unverzichtbar. Entsprechend sei auch ein gewisses Maß an sozialer Ungleichheit hinnehmbar.

Fidel Castro griff in die Debatte nicht ein, unterstützte aber im Sommer 1966 öffentlich die Thesen Guevaras. Damit stieß er die Umsetzung des radikalen Modells an.²⁴⁰ Bereits 1963 hatte die Regierung mittels des Zweiten Gesetzes zur Agrarreform privaten Landbesitz über 67 ha enteignet und mit der Einführung des Systems des *acopio*, dem Pflichtverkauf eines Teils der privatwirtschaftlich produzierten Ernte an den Staat zu einem niedrigen Preis, neue Mechanismen der zentralen Steuerung der Agrarproduktion und ihrer Verteilung entwickelt.²⁴¹ Nach 1963 kontrollierte der Staat dadurch über 70% der landwirtschaftlichen Fläche. Im Zuge der „revolutionären Offensive“²⁴² verstärkte sich diese Zentralisierungspolitik. Ab März 1968 setzte der Staat z.B. dem Schwarzmarkt in zahlreichen Kampagnen schwere

²³⁹ Ideologisch rekurrierte sie auf die traditionelle Interpretation des Marxismus. In diesem Zusammenhang ging sie von der Auffassung aus, dass die objektiven Verhältnisse keineswegs durch das Bewusstsein außer Kraft gesetzt werden könnten und es zunächst der Entwicklung der materialen Basis bedürfe, bevor ein neues Bewusstsein geschaffen und damit ein vollständiger Kommunismus erreicht werden könnte. Insbesondere hob sie die Rolle der sozialistischen Phase hervor, in der notwendigerweise Überreste des Kapitalismus weiter bestehen blieben, selbst wenn sich schon einige kommunistische Züge der gesellschaftlichen Entwicklung abzeichneten.

²⁴⁰ Dabei gilt es zu bedenken, dass die Initiatoren der Debatte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr an ihren früheren einflussreichen Stellen saßen. Guevara gab 1965 das Industrieministeramt auf und ging zunächst nach Afrika und später nach Bolivien, um seine revolutionäre Theorie des *foco*, der Schaffung eines revolutionären Kerns entschlossener revolutionärer Kräfte, auf andere Länder, insbesondere in Lateinamerika anzuwenden. Rodríguez wurde als Direktor des INRA abgelöst, verblieb aber im Kabinett als Minister ohne Amtsbereich.

²⁴¹ Vgl. Mesa-Lago 1983, S. 42.

²⁴² Ziel der revolutionären Offensive war die vollständige Ausrottung von selbstbezogenem Individualismus, antisozialem Verhalten, freiem Unternehmertum und die Eliminierung jeglicher gesellschaftlicher Privilegierung, vgl. Ritter 1974, S. 237.

Schläge zu und konfiszierte schließlich alle Kleinbetriebe, wie Bars, Werkstätten und Restaurants. Mit Ausnahme des bäuerlichen Kleinbesitzes fielen dadurch die Produktionsmittel beinahe vollständig in die Hände des Staates.

Paradoxerweise verzichtete die Regierung in dieser Zeit wachsender Zentralisierung gänzlich auf Makropläne und sorgte auch nicht für eine starke Planungsverwaltung. In den späten 1960er Jahren gab es z.B. weder konzise Ein-Jahrespläne noch mittelfristige Pläne, welche die gesamte wirtschaftliche Entwicklung im Blick behielten. Stattdessen dominierten sektorale Pläne, die häufig geändert wurden, mal diesem oder jenem Betrieb oder Projekt den Vorzug gaben. Zudem griff Castro selbst immer wieder spontan in Detailfragen ein.²⁴³ Ein zentrales Budget gab es nicht mehr; dafür litt die Arbeit der Ministerien und der Planungsbehörde JUCEPLAN unter „Anti-bürokratisierungskampagnen“, was ihre Koordinierungsfunktionen deutlich einschränkte. Es gab auch fast keine Rechnungsprüfungen mehr und damit auch keinen Überblick mehr über die Kosten der meisten produzierten Güter und Dienstleistungen. Improvisation ersetzte weitgehend die Planung.

Andererseits forcierte die Führung die Schaffung eines „Neuen Menschen“. Materielle Leistungsanreize wurden abgeschafft und durch moralische ersetzt, wie z.B. Belobigungen für verdienstvolle Arbeitseinsätze. Ein Produktivitätsschub blieb dadurch aber aus. Im Gegenteil: die Arbeitsproduktivität sank dramatisch.²⁴⁴ Die Regierung reagierte darauf mit Massenmobilisierung. Schüler, Hausfrauen und Beamte aus den Städten, aber auch die Armee wurden nun für die Zuckerernte eingesetzt.²⁴⁵ Dabei kosteten allein die Versorgung und Unterbringung von ihnen oft mehr, als sie erwirtschafteten.

Der ehrgeizige Plan scheiterte. Statt der anvisierten zehn Mio. t wurde eine Ernte von nur 8,5 Mio. t erreicht. Dies war die größte Zuckerernte in der Geschichte Kubas; gemessen an der Bedeutung, welche Castro dem ganzen Projekt zuschrieb, aber eine bittere Niederlage.²⁴⁶ Diese war umso schmerzlicher, weil die gesamte Wirtschaft 1970 am Boden lag. Die Planungsmängel hatten zu großen Fehlallokationen geführt. Da sämtliche Ressourcen auf die Zuckerernte ausgerichtet wurden, herrschte andernorts permanenter Mangel. Weil keine Ersatzteile oder Treibstoffe aufzutreiben waren, standen z.B. zahlreiche Maschinen in

²⁴³ Vgl. Rabkin 1991, S. 118.

²⁴⁴ Vgl. Mesa-Lago 1994, S. 69ff.

²⁴⁵ Allein 1970 mobilisierten die Massenorganisationen 700.000 Personen in den Städten für Ernteeinsätze und andere landwirtschaftliche Tätigkeiten auf dem Land, vgl. Fitzgerald 1994, S. 59.

²⁴⁶ Vgl. del Aguila 1996, S. 391.

den Sektoren außerhalb der Zuckerindustrie still, und aufgrund eines Mangels an Transportmöglichkeiten verdarben nicht selten zahlreiche Nahrungsmittel oder erreichten nie den Verbraucher. Zudem war der „Neue Mensch“ nirgendwo zu sehen. Zwar hatte sich eine klassenlose Gesellschaft entwickelt ohne große materielle Unterschiede, jedoch wurde die Wirtschaft damit nicht zum „Tanzen“ gebracht. Die Regierung selbst kritisierte immer wieder eine laxen Arbeitsmoral – sie konnte dieses Problem trotz der Militarisierung der Arbeit und verschärften Arbeitsgesetzen nicht in den Griff bekommen.

Allein zwischen 1968 und 1970 sank die landwirtschaftliche Produktion um über 68% und die Industrieproduktion sogar um 71%. Es kam zu ersten Stromsperrungen und zeitweilig auch zu Ausfällen der Gas- und Wasserversorgung; überall bildeten sich Schlangen vor den Geschäften.²⁴⁷ Den versprochene Wohlstand gab es nicht, und die Stimmung drohte, sich gegen die Führung zu wenden. Dabei perpetuierte die radikale Strategie noch ein weiteres Problem: mehr denn je war Kuba abhängig geworden vom Zuckerexport – 80% aller Exporterlöse erzielte Kuba mit Zucker – und damit vom Weltmarktpreis für Zucker und vor allem von Abnahmen der Sowjetunion. Diese hatte mit Skepsis die radikale Entwicklung auf Kuba verfolgt; aufgrund einer eigensinnigen Lateinamerikapolitik Castros kam es sogar zu schweren Irritationen.²⁴⁸ Dennoch bot die Sowjetunion 1970 eine massive Aufstockung ihrer Hilfen an – auch weil Castro öffentlich den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei 1968 befürwortet hatte. Allerdings mahnte sie nun immer stärker zu wirtschaftlichen und politischen Reformen und zu

²⁴⁷ Ende der 60er Jahre wurden sogar Dinge des alltäglichen Gebrauchs, wie z.B. Seife, knapp. Großenteils waren sie nur noch über Beziehungen bzw. über den Schwarzmarkt zu erhalten, vgl. Rabkin 1991, S. 119.

²⁴⁸ Die außenpolitische Strategie Kubas fußte ab Mitte der 1960er Jahre zum großen Teil darauf, seine außenpolitische Isolation in der westlichen Hemisphäre zu überwinden. So brach z.B. außer zu Mexiko und zu Kanada der offizielle Kontakt zu allen lateinamerikanischen Staaten ab. 1962 wurde Kuba sogar aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) auf Betreiben der USA ausgeschlossen. Kuba setzte dieser Isolation die Idee entgegen, im Rahmen der 1964 in Havanna ins Leben gerufenen „Bewegung der drei Kontinente“ (Trikontinentale), welche nationale Befreiungsbewegungen in Afrika, Lateinamerika und Asien organisieren wollte, Lateinamerika von der Vorherrschaft der USA zu befreien und dazu überall auf dem Kontinent Guerillabewegungen aufzubauen. Dies führte nicht nur zu Spannungen mit lateinamerikanischen Regierungen, sondern auch zu Irritationen mit der Sowjetunion, die diese Strategie missbilligten und dies u.a. mit der Kürzung der Öllieferungen nach Kuba deutlich machten. Nach dem Tod Che Guevaras 1967 in Bolivien ließ die kubanische Regierung diese außenpolitische Strategie fallen, vgl. hierzu Mesa-Lago/Gil 1989, S. 184; Dominguez 1989, S. 44ff.; Pérez jr. 2006, S. 377ff.

einer Anpassung der gesamten Politik- und Wirtschaftsverwaltung Kubas an die Staaten des Ostblocks.²⁴⁹

2.3.2 Realsozialismus und die Korrekturbewegung 1986

Angesichts der wirtschaftlichen Probleme und außenpolitischen Bedingungen änderte Castro 1970 seine Wirtschaftspolitik erneut. In zahlreichen Reden übernahm er für die Schwierigkeiten des Landes die persönliche Verantwortung. Er bot sogar einmal rhetorisch seinen Rücktritt an – was freilich von seiner Anhängerschaft entschieden zurückgewiesen wurde.²⁵⁰ Dennoch kritisierte er seine eigene Politik der vergangenen Jahre, bezeichnete sie als utopisch, technisch nicht ausgereift und als arrogant gegenüber den Erfahrungen der anderen, weiter entwickelten sozialistischen Länder. Er wolle sich nun an den Erfahrungen der Sowjetunion beim Aufbau des Sozialismus orientieren. Das Ergebnis: die Übernahme des realsozialistischen Entwicklungsmodells nach sowjetischem Vorbild.

Begünstigt wurde dieser neuerliche Kurswechsel von drei Entwicklungen: einer Vervielfachung des Zuckerpreises auf dem Weltmarkt von durchschnittlich 3,68 US-Cent 1970 auf 29,60 US-Cent 1974,²⁵¹ verbesserten Beziehungen mit der Sowjetunion und der vollständigen Integration Kubas in den Markt der sozialistischen Länder. Der Anstieg des Zuckerpreises schuf neue finanzielle Spielräume, erleichterte die Umsetzung des neuen Programms und sorgte für einen starken Anstieg der Exporteinnahmen. Die Wirtschaft Kubas begann, sich dadurch wieder zu erholen. Die Sowjetunion unterstützte diesen Trend, indem sie ihre Wirtschaftshilfe aufstockte und Kuba fortan zahlreiche zinslose und langfristige Kredite anbot, einer Aussetzung der Schuldentilgung zustimmte, zahlreiche Entwicklungshilfeprogramme startete und schließlich Preisgarantien gewährte für Zucker- und Nickelexporte aus Kuba und für Industrieprodukte und Öl aus der Sowjetunion – zum einen weit über, zum anderen weit unter dem Weltmarktpreis.²⁵² 1972 stieg Kuba zudem zum vollwertigen Mitglied im RgW auf, dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe der sozialistischen Staaten, und bekam aufgrund seines niedrigen Entwicklungsstandes eine Vorzugsbehandlung zugestanden.²⁵³

²⁴⁹ Vgl. Azicri 1979, S. 63ff.

²⁵⁰ Vgl. Eckstein 1994, S. 41

²⁵¹ Vgl. Domínguez 1990, S. 474.

²⁵² Vgl. Mesa-Lago 1994, S. 99ff.

²⁵³ Mit dem Beitritt zum RgW verpflichtete sich Kuba, seine Wirtschaftspolitik und seine Entwicklungsplanung mit den Mitgliedern des RgW abzustimmen und zu koordinieren. Dabei kam Kuba nun, im Rahmen der „sozialistischen Arbeitsteilung“ vorrangig die Rolle zu, die Partnerstaaten mit agrarischen und mineralischen Rohstoffen zu versorgen, wofür ihm im Gegenzug Kapital, Technik und

Kern des neuen Entwicklungsmodells war ein neues System der Wirtschaftslenkung, das „System der Leitung und Planung der Wirtschaft“ (*Sistema de Dirección y Planificación de la Economía*, SDPE). Die Planungsbehörde JUCEPLAN setzte dieses System in den folgenden Jahren um. Unter ihrer Anleitung entstanden ab 1973 wieder jährliche Makropläne und 1975 sogar Kubas erster Fünfjahresplan. Dessen Zielgrößen wurden zwar in vielen Aspekten nicht erreicht – so lag z.B. die Wachstumsrate um ein Drittel niedriger als erwartet. Dennoch lag dieser Plan näher an der wirtschaftlichen Wirklichkeit als alle anderen Pläne zuvor. Ein Grund dafür waren die Verbesserung der Informationsverarbeitung sowie die Wiedereinführung der Rechnungsprüfung und der Finanzbuchhaltung entlang der Indikatoren Produktion, Kosten, Qualität und Produktivität. Ein anderer die Dezentralisierung der wirtschaftlichen Organisation: die auf 300 Unternehmen konzentrierte kubanische Wirtschaft wurde in bis zu 3.000 kleinere Einheiten aufgeteilt, und die Unternehmen erhielten insgesamt mehr Autonomie, etwa hinsichtlich ihrer Rechte, neue Arbeitskräfte einzustellen oder materielle Bonifikationen auszuzahlen.²⁵⁴ Die Regierung erlaubte also wieder materielle Leistungsanreize und damit unterschiedliche Entlohnungen, bezahlte Überstunden und andere Gratifikationen. In den 1970er Jahren nahm dadurch die Produktivität wieder zu.

Diesen positiven Entwicklungen standen zahlreiche Probleme gegenüber. So dauerte die Umsetzung des SDPEs länger als geplant – manche Maßnahmen konnten gar erst in den späten 1970er Jahren implementiert werden. Im Besonderen stieß die Informationsverarbeitung an Grenzen, wodurch es immer wieder zu Engpässen bei der Lieferung von Produktionsmaterial und der Verteilung der Konsumgüter kam. Bürokratismus und Regelungswut zeitigten zudem Koordinations- und Allokationsprobleme. Ganz ähnlich wie in den sozialistischen Bruderstaaten blieb das System ineffizient und innovationschwach.

Dennoch: die gute Zuckerkonjunktur Anfang der 1970er Jahre und die Neugestaltung der wirtschaftlichen Strukturen führte zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft des Landes. Vor allem in der ersten Hälfte des Jahrzehnts und 1978 wuchs Kubas Wirtschaft im lateinamerikanischen Vergleich überdurchschnittlich stark.²⁵⁵ Es kam zu einem kontinuierlich steigenden Lebensstandard, der sich nicht zuletzt im Bau zahlreicher neuer Wohnungen, der weitgehenden Elektrifizierung der Haushalte sowie einem stark vergrößerten Angebot an langlebigen Konsumgütern, wie Fernsehern, Waschmaschinen,

administratives und wirtschaftliches *Knowhow* versprochen wurde, vgl. Henkel 1996, S. 37.

²⁵⁴ Vgl. Mesa-Lago 1981, S. 29ff.

²⁵⁵ Vgl. Stahl 1995, S. 492; Tab. 5.

Kühlschränken oder Ventilatoren widerspiegelte.²⁵⁶ Darüber hinaus gelangen einige Fortschritte bei der Diversifizierung und Technisierung der Landwirtschaft und hinsichtlich der Modernisierung des Zuckersektors, etwa durch eine schrittweise Mechanisierung der Zuckerernte und -verarbeitung. Die Fischereiindustrie erfuhr ebenfalls einen Aufschwung wie auch – wenngleich weniger stark – die Nickelproduktion, die Stromerzeugung, die Zementproduktion und die Textilindustrie. Frische Devisen brachte zudem der Tourismus ins Land, den die Regierung nun wieder stärker förderte.

Die wirtschaftlich prosperierende Zeit der 70er Jahre ermöglichte es der kubanischen Regierung, sich militärisch in Afrika und besonders in Angola zu engagieren – allein nach Angola gingen zwischen 1975 und 1991 insgesamt 300.000 Soldaten.²⁵⁷ Gleichzeitig profitierte Kuba von einem leichten Tauwetter der Beziehungen zu den USA in der Präsidentschaft Jimmy Carters (1976-1980); beide Regierungen vereinbarten die Eröffnung von Interessensvertretungen im jeweils anderen Land. Auch mit den Ländern Lateinamerikas kam es wieder zur Annäherung; vor allem mit Mexiko, Argentinien und Brasilien wuchs der Handel.²⁵⁸

Dass die Wirtschaft verletzbar blieb, zeigte sich bereits Ende der 1970er wieder, als der Zuckerpreis deutlich sank und die Sowjetunion ihre Hilfen begrenzte. 1979 und 1980 rutschte das Land deshalb in eine erneute Rezession. Diese war die wichtigste Ursache für eine neue Fluchtwelle. Während der „Marial-Krise“ ab April 1980 flohen weit über 100.000 Kubaner in die USA.²⁵⁹

Die Regierung reagierte auf diese Krise rasch. Sie steigerte Importe von Konsumgütern und erlaubte „freie Bauernmärkten“ (*mercados libres campesinos*). Auf diesen konnten nun private Kleinbauer wieder einen Teil ihrer Erträge frei und zu eigenen Preisen verkaufen. Zudem erlaubte die Regierung wieder selbständige Arbeit – Kubaner durften wieder als selbständige Friseure, Gärtner, Taxifahrer, Mechaniker, aber auch als Architekten und Ingenieure arbeiten.²⁶⁰

Die Privatwirtschaft entwickelte eine erstaunliche Dynamik, wodurch sich binnen eines Jahres die Versorgungslage der Bevölkerung deutlich besserte. Allerdings zeitigten diese Maßnahmen auch negative Entwicklungen. So stieg etwa die soziale Ungleichheit an. Hinzu kam, dass die staatlichen Unternehmen zunehmend unter der privaten

²⁵⁶ Vgl. hierzu Brundenius 1984, S. 148f.

²⁵⁷ Vgl. Domínguez 1989, S. 153.

²⁵⁸ Vgl. Domínguez 1990, S. 505f.

²⁵⁹ Vgl. Annino 1996, S. 539.

²⁶⁰ Vgl. hierzu Mesa-Lago 1981, S. 130f.

Konkurrenz litten – immer weniger wollten noch für sie arbeiten. Negativ wirkte sich auch der Anstieg abweichenden Verhaltens aus. So kam es zu einer deutlichen Zunahme von Unterschlagungen und Diebstahl von Eigentum der staatlichen Firmen.²⁶¹

Von Anfang an hatte Fidel Castro den Reformen wenig Sympathie entgegengebracht; angesichts dieser Entwicklungen prangerte er sie nun offen an. Die Kleinunternehmer seien Diebe, das neue Lumpenproletariat Kubas und würden die Massen ideologisch korrumpieren.²⁶² Castro startete Verhaftungswellen und Propagandakampagnen. Er hatte nur wenig Erfolg; die negativen Tendenzen blieben bestehen.

Dabei sah sich die Führung Mitte der 1980er Jahre noch mit einem anderen Problem konfrontiert: einer Liquiditätskrise. Seit 1973 gewährten westliche Banken Kuba Kredite, v.a. damit es industrielle Fertigwaren aus Japan, Kanada und Westeuropa erwerben konnte. Durch den Preisverfall des Zuckers auf dem Weltmarkt nach 1981 geriet Kuba jedoch in Zahlungsnot. Die Schuldenlast gegenüber westlichen Gläubigern hatte sich zwischen 1974 und 1983 von 600 Mio. US-Dollar 1974 auf 2.960 Mio. US-Dollar verfünffacht; der Schuldendienst belief sich allein 1983 auf 48% der Exporterlöse.²⁶³ Die Führung reagierte kurzfristig auf diese Entwicklung; sie reduzierte die Importe ebenso wie die Subventionen für Konsumgüter und senkte die Investitionsquote. Zudem rationierte sie den Verbrauch von Treibstoffen und reexportierte einen Teil des nicht verbrauchten sowjetischen Öls gegen Devisen an Drittstaaten. Die Maßnahmen reichten aber nicht aus, um die Schulden- und Zinslast zu bedienen. Zu weiteren Maßnahmen oder gar Reformen war die Regierung nicht bereit. Stattdessen verkündete sie 1985 ein einseitiges Schuldenmoratorium; sie war nun vollständig von Krediten aus den RgW-Staaten und vor allem aus der Sowjetunion abhängig geworden.

Vor diesem Hintergrund vollzog Castro erneut einen Kurswechsel 1986. Auf dem III. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas verkündete er den Beginn einer Phase der „Korrektur von Irrtümern“ (*Rectificación des errores*). In seiner Rede kritisierte er das Wirtschaftsmodell der vergangenen Jahre offen und besonders die Betriebskalkulation, die materiellen Anreize und die Wirtschaftspläne. Dabei sei besonders das System der Wirtschaftsplanung ineffektiv,

²⁶¹ Vgl. Milán 1997, S. 11.

²⁶² Vgl. Henken 2004, S. 217.

²⁶³ Zwischen 1983 und 1987 stieg die Auslandsverschuldung Kubas gegenüber den kapitalistischen Staaten nochmals an, von 3,2 Milliarden auf 6,1 Milliarden US-Dollar. Obwohl Kuba durch die Mitgliedschaft im RGW eine außerordentliche Stellung inne hatte, machte damit die Schuldenkrise Lateinamerikas in dieser Zeit auch vor Kuba nicht halt, vgl. Carranza Valdés 1996, S. 18.

für die kubanischen Verhältnisse ungeeignet; letztlich fördere es die Korruption.²⁶⁴

Die *Rectificación* war weitgehend das genaue Gegenteil der sowjetischen Reformpolitik von *Glasnost* und *Perestroika*. Anders als Gorbatschow erteilte Castro Politik- und Wirtschaftsreformen eine klare Absage. Doch er ging noch weiter. Mit seiner Rede setzte er praktisch sämtlichen Öffnungen der letzten Jahre ein Ende. Theoretisch sollte mit der *rectificación* die optimale Mitte zwischen den idealistischen Irrtümern aus den späten 1960ern und den ökonomistischen Irrtümern des SDPE in den 1970ern und 80ern gefunden werden.²⁶⁵

Praktisch erinnerte die *Rectificación* aber an die Zeit des Guevarismus. Die Regierung rezentralisierte die Wirtschaft wieder, mobilisierte die Massen und setzte wieder auf moralische Leistungsanreize. So verringerte die Regierung z.B. den Anteil der Fläche privater Kleinbauern bis 1988 auf unter 8% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche. Gleichzeitig verbot sie wieder die „freien Bauernmärkte“ und privates Kleingewerbe. Hinzu kam die Militarisierung der Land- und Bauwirtschaft durch die Einführung von Arbeitsbrigaden, der *contingentes* und der Mikrobrigaden. Zudem verringerte sie wieder die Lohn- und Gehaltsdifferenzen, schaffte materielle Bonifikationen ab und forderte die Arbeiter nachdrücklich auf, unbezahlte freiwillige Mehrarbeit in der Freizeit zu leisten.²⁶⁶ Dabei hatte die ideologisch geprägte Strategie weder ein integriertes Wirtschaftssystem zur Folge noch brachte sie Planungssicherheit mit sich; seit 1984 rückten wieder Notplänen ähnliche jährliche Vorgaben des von Fidel Castro dominierten Ministerrates an die Stelle der Fünf-Jahres-Pläne.

Diese Maßnahmen trugen nicht zur Genesung der Wirtschaft bei. Im Gegenteil: Das durchschnittliche Wachstum stagnierte zwischen 1986 und 1989. Zudem ging die Produktion in fast allen Wirtschaftssektoren zurück.²⁶⁷ Das Haushaltsdefizit vervierfachte sich und das Defizit der Außenhandelsbilanz wuchs auf über 500 Mio. US-Dollar

²⁶⁴ Vgl. Granma Weekly Review, 16. 2. 1986, S. 6.

²⁶⁵ Vgl. Henkel 1996, S. 54.

²⁶⁶ Die genauen Gründe für diesen neuerlichen Kurswechsel sind nicht ganz klar. Castro und kubanische Wissenschaftler nannten v.a. ideologische Gründe (Rodriguez 1990). Ausländische Studien wiesen hingegen auch auf ökonomische Gründe. Die Ideologie diente dieser Ansicht nach nur als Fassade (Zimbalist/Eckstein 1987; Eckstein 1994). Darüber hinaus gab es aber auch eine machtpolitische Komponente. Wie Mesa-Lago (1994, S. 128) oder Henken (2004, S. 218f.) darstellen, wollte Castro v.a. die Kontrolle über die Gesellschaft wieder erlangen.

²⁶⁷ Vgl. Burchhardt 1996, S. 22f.

jährlich an. Andererseits verringerten sich zwischen 1987 und 1989 die Devisenreserven um 50%.²⁶⁸

Die hohen Aufwendungen für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung standen in keinem Verhältnis mehr zum wirtschaftlichen Ergebnis. Die Produktivität sank und die Hoffnung der Bevölkerung auf wirtschaftlichen Wohlstand war mehr denn je Ernüchterung gewichen; zu oft hatte die Regierung viel versprochen und wenig gehalten und zu unberechenbar zeigte sie sich mit ihrem Zick-Zack-Kurs.²⁶⁹ Zwar war die politische Macht auch durch die verstärkte Kontrolle über die Produktionsfaktoren gefestigt worden. Jedoch hing Kuba mehr denn je am Tropf der Wirtschafts- und Finanztransfers aus den sozialistischen Staaten in Osteuropa und der Sowjetunion; dies umso mehr als es seinen Außenhandel nach 1986 fast vollständig auf sie ausrichtete – trotz der wachsenden wirtschaftlichen Probleme dort.



CDR-Büro in Vedado (La Habana)

²⁶⁸ Die Produktion zwischen 1986 und 1989 sank z.B. um 16%, vgl. Burchhardt 1996, S. 22f.; zum Haushaltsdefizit, Handelsbilanzdefizit und zur Verringerung der Devisenreserven siehe Stahl 1996, S. 492; Carranza Valdés 1996, S. 23.

²⁶⁹ Vgl. Szulc 2000, S. 104ff.

3. Die Wirtschaftskrise ab 1990 und ihre politischen Folgen

3.1 Das Ende sozialistischer Solidarität

Seit 1960 hatte Kuba vom Kalten Krieg und der Systemkonkurrenz der Blöcke profitiert. Die Rivalität der beiden Supermächte USA und Sowjetunion war ein entscheidender Grund, warum die Sowjetunion und deren Satellitenstaaten in Osteuropa nach 1959 bereit waren, auf bilateraler Ebene und nach 1972 im Rahmen der sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft Kuba militärisch, wirtschaftlich und finanziell zu unterstützen: nach 1960 bekam Kuba einen alternativen und durch langfristige Verträge abgesicherten Handelsraum, der unabhängig vom Weltmarkt funktionierte. Gleichzeitig garantierte die wirtschaftliche Anbindung an den Ostblock Vorzugspreise für Im- und Exporte, leichten Zugang zu Krediten mit günstigen Zinsen und flexibler Tilgung sowie großzügige kostenlose Entwicklungs- und Militärhilfe.²⁷⁰ Insgesamt beliefen sich diese Hilfen allein aus der Sowjetunion auf über 65 Mrd. US-Dollar seit 1960.²⁷¹

Durch diese Hilfe war es der kubanischen Regierung möglich geworden, ein durchgängiges Handelsbilanzdefizit auszugleichen, für den Aufbau des Landes erforderliche Technologie aus dem Ausland zu erwerben, Subventionen für Betriebe, Konsumgüter und Nahrungsmittel aufrecht zu erhalten sowie Investitionen in die Infrastruktur des Landes und ehrgeizige Entwicklungsprojekte zu tätigen, etwa bei Gesundheit und Bildung.²⁷² In diesem Sinne trug die Solidarität der sozialistischen Länder maßgeblich dazu bei, dass sich Kuba zunächst dem Einflussbereich der USA entziehen und später sowohl

²⁷⁰ Vgl. Fabian 1981; Carranza Valdés 1996, S. 19.

²⁷¹ Vgl. Krämer 1998, S. 131; Mesa-Lago 1993b, S. 200; Ritter 1992, S. 116. Für kubanischen Zucker räumte die Sowjetunion Kuba bspw. Preise ein, die bis zu viermal über dem Weltmarktpreis lagen, bei garantierter Abnahme des Löwenanteils der Ernte. Gleichzeitig lieferte sie zu Vorzugspreisen Brennstoffe und andere chemische Produkte und koppelte deren Buchungswert direkt an die Preisentwicklung für Zucker. Dabei durfte Kuba einen Überschuss von den bis zu 13 Mio. t gelieferten sowjetischen Erdöls gegen Devisen auf dem Weltmarkt sogar reexportieren, so dass das Land z.B. 1985 zusätzliche Einnahmen in Höhe von 600 Mio. US-Dollar verbuchen und aus diesen Reexporten bis zu 40% seiner Devisen erlösen konnte (Statistisches Bundesamt 1992, S. 65). Doch auch als diese Devisenquelle wieder versiegte, bezog Kuba allein 1989 rund 4,16 Mrd. US-Dollar an sowjetischer Hilfe. Eingerechnet sind hier sämtliche Projekt- und Entwicklungshilfen sowie die subventionierten Preise für Zucker, Nickel und Erdöl, vgl. Gunn 1991, S. 101.

²⁷² Vgl. Fabian 1981; Henkel 1996, S. 68.

die wirtschaftlich und politisch feindliche Politik beinahe jeder US-Regierung kompensieren als auch den sozialistischen Entwicklungsweg finanziell und wirtschaftlich absichern konnte.

Diese Vorteile überdeckten über die Jahre zentrale Nachteile der wirtschaftlichen Anbindung Kubas an die sozialistischen Länder, allen voran die wirtschaftliche Abhängigkeit, konkret: die Abhängigkeit von der Solidarität der sozialistischen Länder und vom Handel mit ihnen.

Gezwungen durch das Handelsembargo der USA hatte Kuba nach 1960 seinen Außenhandel auf die sozialistischen Länder Osteuropas konzentriert. Während z.B. der Anteil der marktwirtschaftlich orientierten Länder am gesamten Außenhandel Kubas von weit über 90% vor 1960 auf rund 15% Ende der 1980er Jahre zurückging, stieg der Anteil der sozialistischen Staaten im selben Zeitraum von nicht einmal 1% auf über 80%.²⁷³ Dabei nahm deren Bedeutung in den 1980er Jahren sogar noch zu. Aufgrund zunehmender Qualitätsmängel und hoher Produktionskosten waren kubanische Produkte mit Gewinn beinahe nur noch im sozialistischen Markt absetzbar; gleichzeitig waren Kredite und Hilfen in Folge des Schuldenmoratoriums gegenüber westlichen Gläubigern 1985 fast ausschließlich über die sozialistischen Länder zu erhalten. Die kubanische Regierung war dadurch gezwungen, den Außenhandel vornehmlich mit den Ländern des RgW abzuwickeln: der Handelsvolumenanteil der sozialistischen Länder des RgW an den kubanischen Exporten stieg von 67,1% im Jahre 1980 auf 75,5% im Jahre 1989, der Anteil der Importe aus diesen Ländern steigerte sich in der gleichen Periode von 75,3% auf 81,2%.²⁷⁴

Die Abhängigkeit Kubas zeigte sich aber nicht nur in der Konzentration der Außenwirtschaftsbeziehungen auf die Staaten des RgW, sondern auch in der Warenstruktur seines Handels. Gemäß der Arbeitsteilung im RgW sollte sich Kuba vor allem auf die Produktion von Zucker und anderen landwirtschaftlichen Produkten sowie von Rohstoffen wie Nickel spezialisieren. Im Gegenzug zu den Exporten dieser Produkte bekam es die Zusicherung von preisgünstigen Treibstoff-, Industrieprodukte- und Nahrungsmittellieferungen. Gelockt von den Vorteilen einer umfassenden wirtschaftlichen Einbindung setzte Kuba diese Forderung um und passte sich fast vollständig an die Bedürfnisse der Ostblockstaaten an.²⁷⁵ Die Produktions- und Warenstruktur Kubas spiegelte dies sehr deutlich: Sie wies weiterhin die

²⁷³ Vgl. CEE 1991.

²⁷⁴ Vgl. hierzu Brezinski 1993, S. 230f.

²⁷⁵ Vgl. Valdés Paz 1995, S. 93.

typischen Merkmale eines Entwicklungslandes auf.²⁷⁶ Es gab keine weiterreichende Industrialisierung; stattdessen kam auch Ende der 1980er Jahre der größte Teil der Produkte für den nationalen Bedarf aus Importen, die wiederum zum allergrößten Teil aus dem Ostblock stammten.²⁷⁷

Das Risiko, dass sich an diesem Gleichgewicht aus Vor- und Nachteilen der wirtschaftlichen Anbindung Kubas an die Staaten des Ostblocks etwas ändern könnte, schätzte die kubanische Regierung auch in den 1980er Jahren noch als gering ein. Nach 1989 brach allerdings die Basis weg, auf der sie diese Einschätzung traf: die Stabilität des Sozialismus in Osteuropa und damit verbunden die Fortsetzung solidarischer Hilfe.

Schon kurz nachdem Michael Gorbatschow 1985 die Macht in der Sowjetunion übernommen hatte, leitete er eine umfassende Reformpolitik ein. Mit *glasnost* und *perestroika*, also zunehmender politischer Offenheit und Toleranz bzw. größeren wirtschaftlichen Freiheiten, wollte er das zunehmend erstarrte und wirtschaftsschwache Sowjetsystem wiederbeleben. Gleichzeitig stellte er aber auch die internationalen Beziehungen innerhalb des Sowjetblocks auf neue Grundlagen, indem er etwa das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannte und eine Revision der Breschnew-Doktrin vornahm: fortan würde die Sowjetführung nicht mehr in innere Angelegenheiten seiner sozialistischen Verbündeten eingreifen und auch keine militärische Gewalt mehr zur Sicherung in Bedrängnis geratener sozialistischer Regime einsetzen. Anders als von Gorbatschow beabsichtigt, entwickelten diese Reformen in kurzer Zeit eine Eigendynamik, an deren Ende der sogenannte Dominoeffekt mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime in Osteuropa 1989 und 1990, die Auflösung des RgW und des Warschauer Pakts und schließlich sogar der Sowjetunion selbst bis Ende 1991 standen.²⁷⁸

²⁷⁶ So entfielen z.B. 1989 immer noch 82,1% der kubanischen Exporte auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und 15,1% auf Brennstoffe und Mineralien. Die Importe hingegen bestanden zu 38,2% aus Brennstoffen und Mineralien, zu 30,2% aus Maschinen und Ausrüstungsgüter, zu 17,2% aus landwirtschaftlichen Produkten und Nahrungsmitteln, zu 7,7% aus industriellen Konsumgüter und zu 7,4% aus Chemieprodukten und Baumaterialien, vgl. hierzu insbesondere CEE 1991, S. 260f.

²⁷⁷ Nach kubanischen Angaben machten allein die Importe 39% des kubanischen BIP im Jahre 1988 aus (Figueras 1994, S. 40); dabei sticht insbesondere die Abhängigkeit von Energieimporten ins Auge, deren Bedeutung sich durch eine hohe Energieintensität der eigenen Produktion und nur sehr geringer eigener Energieressourcen erklären lässt, vgl. Burchhardt 1996, S. 54.

²⁷⁸ Vgl. Rourke 1997, S. 39.

Der Kalte Krieg war damit zu Ende; als Supermacht, die entscheidenden Einfluss auf die gesamte Weltpolitik ausüben konnte, verblieben einzig die USA, der Hauptfeind des Castro-Regimes. Damit nicht genug: Insgesamt verlor der Sozialismus als alternatives Entwicklungs- und Gesellschaftsmodell international deutlich an Anziehungskraft und Ansehen. Besonders deutlich wurde dies neben den demokratischen und wirtschaftlichen Transformationen der Länder Osteuropas auch in Lateinamerika, wo sich schon seit Anfang der 1980er Jahre der neuerliche Trend zu Demokratie und liberaler Marktwirtschaft ausbreitete.²⁷⁹ Mit dem offensichtlichen Scheitern der sozialistischen Entwicklungsalternative in Osteuropa kam schließlich auch die Linke in der Region unter Druck und befand sich insgesamt im Niedergang.²⁸⁰ Letzteres wurde durch die Abwahl der Sandinisten in Nicaragua 1990 besonders sichtbar. Nachdem Kuba – außer zu Mexiko und teilweise auch zu Kanada – ohnehin ein sehr schwieriges Verhältnis zu seinen Nachbarn hatte und US-Truppen zudem die New Jewel-Bewegung in Granada 1986 und Daniel Ortega in Panama 1989 stürzten, war die Insel ideologisch und politisch beinahe vollständig in die Ecke gedrängt.²⁸¹ Selbst in den verbliebenen kommunistischen Regimen in Asien, besonders in China und Vietnam, schien der Zeitgeist immer prononcierterer Marktwirtschaftsreformen einzuziehen.

Die westliche Welt feierte den Siegeszug von Demokratie und Marktwirtschaft.²⁸² Kuba aber war dadurch nicht nur ideologisch isoliert worden, sondern hatte innerhalb kurzer Zeit auch diejenigen Partner verloren, die seine sozialistische Entwicklung finanziell und wirtschaftlich gefördert und die eigenen wirtschaftlichen Schwächen und Risiken abgemildert hatten; und das ohne jegliche Chance, diese Entwicklung zu verhindern.

Tatsächlich waren die postkommunistischen Nachfolgeregierungen aufgrund eigener wirtschaftlicher Probleme nicht mehr in der Lage und oft aus politischen Gründen auch nicht mehr gewillt, die für Kuba vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen aufrecht zu erhalten. In Folge der deutschen Wiedervereinigung fiel 1990 z.B. die DDR als wichtiger Abnehmer kubanischer Zitrusfrüchte und Fischereiprodukte sowie als Lieferant für militärische Ausrüstung und Maschinen weg. Zudem senkte die neue deutsche Regierung die Entwicklungshilfe und for den Handel mit Kuba ein.²⁸³ Auch Polen, Ungarn und die

²⁷⁹ Vgl. zum weltweiten Demokratisierungstrend seit den 1980er Jahren insbesondere Huntington 1991; Linz/Stepan 1996.

²⁸⁰ Vgl. Azicri 2000, S. 22.

²⁸¹ Vgl. Habel 1997, S. 32.

²⁸² Vgl. hierzu insbesondere Fukuyama 1992.

²⁸³ Vgl. Mesa-Lago 1993c, S. 172f.; Brezinski 1993, S. 232; Krämer 1998, S. 133ff.

Tschechoslowakei beendeten noch 1990 ihre bisherige Solidarität und kündigten alte Wirtschaftsvereinbarungen. Anstelle langfristiger Handelsverträge, günstiger Kredite und subventionierter Warenpreise musste Kuba fortan jährliche Handelsabkommen abschließen, drastisch verschlechterte Kreditkonditionen bis hin zur Verweigerung und Kündigung von neuen bzw. bisherigen Krediten hinnehmen und zudem den gesamten Warenverkehr zu Weltmarktpreisen und in Devisen bestreiten.²⁸⁴ Der Handel mit diesen Staaten ging binnen Jahresfrist drastisch, um mehr als 90%, zurück.²⁸⁵

Ende 1990 war von den ehemaligen Freunden einzig die Sowjetunion übrig geblieben.²⁸⁶ Jedoch zeichnete sich auch hier eine deutliche Eintrübung der wirtschaftlichen Beziehungen ab. Was von den anderen ehemaligen RgW-Staaten vorweggenommen wurde, holte die Sowjetunion mit etwas Verzögerung nach. So begrenzte die Sowjetregierung 1990 die Palette der von ihr subventionierten Import- und Exportgüter Kubas.²⁸⁷ Gleichzeitig verkürzte ein bilaterales Handelsprotokoll die Laufzeiten der Handelsverträge auf ein Jahr. Zwar bekräftigten beide Länder ihre Absicht, den Handel weiterhin aufrecht zu erhalten und sogar noch auszudehnen – diese Absichtserklärung wurde im neuerlichen Handelsprotokoll sogar festgeschrieben. Tatsächlich bestanden diese wie auch zahlreiche andere Vereinbarungen aber nur noch auf dem Papier. Bereits zur zweiten Jahreshälfte 1990 reduzierte die Sowjetunion den Export zahlreicher Güter und insbesondere von Erdöl. Die Nachlässigkeiten nahmen 1991 noch zu. In den ersten neun Monaten des Jahres 1991 lieferte die Sowjetunion z.B. lediglich 38% der verabredeten Güter, wie Nahrungsmittel, Maschinen und Chemieprodukte.²⁸⁸ Im Herbst 1991 kam schließlich außer Öl beinahe nichts mehr aus der Sowjetunion in kubanischen Häfen an, und das Öl selbst strömte in immer geringeren Mengen.²⁸⁹

Der Machtwechsel im Kreml von Michael Gorbatschow zu Boris Jelzin im Dezember 1991 verschlechterte die Situation. Hatte Gorbatschow schon kurz nach dem gescheiterten Militärputsch und aufgrund immer geringerer finanzieller und wirtschaftlicher Mittel im Spätsommer 1991 verkündet, die Wirtschaftsbeziehungen zu Kuba nur noch zu Weltmarktkonditionen, d.h. ohne jegliche Subventionen für sowjetische Exporte und kubanische Importe, durchführen zu können und praktisch sämtliche technischen und militärischen Berater, die

²⁸⁴ Vgl. hier auch Eckstein 1994, S. 88ff.

²⁸⁵ Vgl. hierzu Mesa-Lago 1993c, Tab. 5.6, S. 170f.

²⁸⁶ Zum Ende der Partnerschaft zwischen Kuba und der Sowjetunion siehe insbesondere Blasier 1993.

²⁸⁷ Vgl. Skierka 2004, S. 343.

²⁸⁸ Vgl. Brezinski 1993, S. 232.

²⁸⁹ Vgl. Eckstein 1994, S. 91.

noch auf der Insel tätig bzw. stationiert waren,²⁹⁰ zurückzuziehen, verschärfte Boris Jelzin den Kurs gegenüber Kuba: er setzte kurzerhand die noch verbliebenen finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen Hilfen für den Karibikstaat vollständig aus. Der direkt gekoppelte Tausch von Öl gegen Zucker gehörte fortan ebenso der Vergangenheit an wie die Förderung gemeinsamer Entwicklungsprojekte, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit,²⁹¹ unentgeltliche Waffenlieferungen oder auch Kredite zu "weichen" Konditionen. Die gesamte sowjetische Wirtschaftshilfe, die gegen Ende der 80er Jahre immerhin rund ein Sechstel des kubanischen Bruttosozialprodukts ausmachte, brach praktisch über Nacht weg.²⁹²

Wie schon rund 30 Jahre zuvor, nach dem Abbruch der offiziellen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit den USA, hatte sich für Kuba der äußere Rahmen seiner Entwicklung schlagartig verändert. Doch anders als noch Anfang der 1960er Jahre verhielt die Weltlage Anfang der 1990er Jahre weit weniger Spielraum für Kuba. Tatsächlich zeigte sich in dieser Zeit kein Land der Welt in der Lage oder willens, über eine zu gegebenen Weltmarktkonditionen hinaus gehende wirtschaftliche Beziehung zum Inselstaat aufzubauen. Das galt ohnehin für seine ehemaligen Verbündeten, aber auch für Japan, Kanada, die Länder der EU und die Staaten Lateinamerikas.²⁹³ Selbst China als letzte verbliebene kommunistische Großmacht war nicht bereit, Kuba solidarische Hilfe zukommen zu lassen; es beharrte z.B. auf sofortige Bezahlung für gelieferte Güter und verlangte Weltmarktpreise.²⁹⁴ Dabei verschlechterten sich die *terms of trade*.²⁹⁵ Während die Weltmarktpreise für die erforderlichen Importgüter allgemein stiegen und sich aufgrund des Ersten Golfkriegs 1991 insbesondere

²⁹⁰ 1989 waren rund 5000 sowjetische Techniker, überwiegend Ingenieure, sowie rund 7.000 „Militärberater“ der Roten Armee mit ihren Familien auf Kuba stationiert. Während von den Technikern bereits 1990 rund 1.700 und im Jahr darauf der Rest zurückgezogen wurde, begann der vollständige Abzug der Armeeeinheiten im Herbst 1991, vgl. Azicri 2000, S. 21.

²⁹¹ Kuba war zwar nie Mitglied im Warschauer Pakt und konnte vertraglich auch nicht mit dem Schutz des sowjetischen Atomschilds rechnen, doch gab es auf bilateralen Ebene zahlreiche Abkommen, zu der die Stationierung von Sowjettruppen, enge geheimdienstliche Verbindungen usw. gehörten. Nach 1991 blieb als einziges militärisches Projekt die Überwachungsanlage in Lourdes nahe Havanna bestehen, mit der die Sowjets über Jahrzehnte die USA abgehört hatten. Anfang des neuen Jahrtausends wurde jedoch auch diese Anlage geschlossen, vgl. hierzu Blasier 1993; Helfrich 2006, S. 9

²⁹² Nach offiziellen Angaben betrug der Verlust Kubas, der sich aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion ergab, allein 1992 rund 5,7 Mrd. US-Dollar, vgl. hierzu Eckstein 1994, S. 92f.

²⁹³ Vgl. hierzu Erisman 2000, S. 124ff.

²⁹⁴ Vgl. Eckstein 1994, S. 93.

²⁹⁵ Vgl. hierzu Mesa-Lago 1993c, S. 141ff.

der Ölpreis vervielfachte (von 14 auf 40 US-Dollar pro Barrel), wurde das wichtigste Exportgut Kubas, der Zucker, aber auch kubanischer Nickel immer weniger nachgefragt und erzielte entsprechend immer geringere Preise auf den internationalen Handelsmärkten oder in bilateralen Vereinbarungen.²⁹⁶

Insgesamt war die kubanische Wirtschaft Anfang der 1990er Jahre in einem Teufelskreis gefangen. Ohne die Unterstützung und die Lieferungen des Ostblocks fehlte es an Geld, aber auch an Nahrungsmitteln, an Treibstoffen, Konsumgütern, Rohstoffen, Ersatzteilen und allen anderen importierten Waren. Dies wiederum belastete einerseits den Staatshaushalt und drosselte andererseits die ohnehin ineffiziente Produktion; die Chance, über den Export Devisen zu erwirtschaften und die finanziellen und wirtschaftlichen Verluste nach dem Zusammenbruch des Ostblocks auszugleichen, verschwand dadurch zusehends. Geradezu zwangsläufig befand sich die Insel deshalb Anfang der 1990er Jahre in einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale. Innerhalb von vier Jahren erlebte die nationale Wirtschaft einen ungeahnten Absturz.

*Tab. 1: Zentrale Wirtschaftsindikatoren Kubas 1989-1993
(in Mrd. Pesos)*

	1989	1993	Wandel in %
Bruttosozialprodukt	27,2	15,9	-41,4
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	19,6	12,8	-34,7
BIP pro Kopf	1.865	1.177	-36,9
Haushaltsdefizit	1,4	4,8	+243
Außenhandel (alle Exporte und Importe)	13,5	3,4	-75

Quelle: Mesa-Lago 1995, S. 59; Pérez-López 1997a, S. 3

Dabei verringerten sich die Einnahmen aus den Exporten von 5,39 auf 1,28 Mrd. US-Dollar. Gleichzeitig ging die Importkapazität von 8,12 auf 1,99 Mrd. US-Dollar zurück.²⁹⁷ Aufgrund des Mangels an Treibstoff, Düngemitteln, Herbiziden und Pestiziden sowie aufgrund verschiedener Wirbelstürme und Trockenperioden sank insbesondere die Zuckerproduktion rapide. Sie ging zwischen 1990 und 1995 von 8,2 Mio. t auf rund 3,3 Mio. t zurück, die geringste Menge seit 35

²⁹⁶ Vgl. López García 1999, S. 21.

²⁹⁷ Vgl. Erisman 2000, S. 113.

Jahren.²⁹⁸ Auch andere Produktionsbereiche brachen ein.²⁹⁹ Zahlreiche Industrieanlagen standen ganz still oder wurden geschlossen. Die Ausnutzung der gesamten Produktionskapazität der Wirtschaft lag in der Hochphase der Krise in den Jahren 1992 bis 1994 nur noch bei 20%.³⁰⁰

3.2 Die Verschärfung des US-Embargos

Angesichts dieser wirtschaftlichen Situation Kubas sah die US-Regierung die Chance gekommen, das widerspenstige Castro-Regime in seinem Hinterhof endlich zur Aufgabe zu zwingen. Ihr wichtigstes Mittel: das Embargo. Kubas Wirtschaft sollte der Todesstoß verpasst werden, indem Kubas Außenhandel und andere Ressourcenzuflüsse von Außen unterbunden würden. Wie schon seit 1960 blieb Kuba vom US-Markt ausgeschlossen. Darüber hinaus verschärften sämtliche US-Präsidenten seit 1989 das Embargo gegenüber Kuba – zumeist im Vorfeld von Kongress- und vor allem Präsidentschaftswahlen; sie wollten sich die Stimmen anticastristischer Gruppen des kubanischen Exils sichern.³⁰¹ Zu den Verschärfungen gehörten Reiseverbote für

²⁹⁸ Vgl. CaCAR, 2.12.1997, S. 4f.

²⁹⁹ So ging z.B. die Nickelproduktion von 47.000 t (1989) auf 30.000 t (1993) zurück; die Produktion von Elektrizität sank im selben Zeitraum von 16 Mrd. Kilowattstunden (KWh) auf 11 Mio. KWh; die Zementproduktion von 3,759 Mio. t auf 1.049 Mio. t; die Zigarrenproduktion von 308 auf 208 Mio. Einheiten; die Produktion von Zitrusfrüchten von 1.016 Mio. t auf 644.000 t; die Reisproduktion von 532.000 t auf 177.000 t; die Milchproduktion von 1,131 Mio. t auf 585.000 t, siehe hierzu Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 34

³⁰⁰ Vgl. CaCAR, 2.12.1997, S. 4

³⁰¹ Das Druckpotential anticastristischer Gruppen des kubanischen Exils, allen voran der *Cuban-American National Foundation* (CANF), ergab sich aus ihrer Vernetzung mit zentralen politischen Entscheidungsträgern, deren Wahlkampagnen sie oft maßgeblich finanziell unterstützte, und vor allem aus der Bedeutung der Wähler mit kubanischem Hintergrund bei Kongress- und vor allem Präsidentschaftswahlen (Engelhardt/Kahlcke 1996, S. 374ff.). Die rund 1,2 Mio. Exilkubaner in den USA unterstützten in ihrer überwogenen Mehrheit eine harte Linie gegen Castro. Dadurch, dass sie sich ganz überwiegend um Miami herum ansiedelten, machten sie darüber hinaus in Florida eine strategische Gruppe aus, die mit ihrem Wahlverhalten die Kür der Kandidaten für den Kongress oder das Weiße Haus – wie es sich etwa im Herbst 2000 zeigte, als dort der Demokrat Al Gore seine Wahl gegen den Republikaner George W. Bush verlor – maßgeblich bestimmen konnte. Gerade vor Wahlterminen versuchten entsprechend die jeweiligen Bewerber, sich die Unterstützung dieser Gruppe durch die Übernahme einiger ihrer Forderungen zu verschern. Das außenpolitische Thema Kuba geriet auf diese Weise zu einer innenpolitischen Frage, einer „*intermestic affair*“, mit weitreichenden Folgen für die außenpolitische Orientierung der USA (Hoffmann 2000). Letztlich bestimmten so die strikt anticastristischen exilkubanischen Kräfte im Verbund mit konservativen Hardlinern weitgehend die Außenpolitik gegen Kuba; und das bedeutete im Wesentlichen die Fortsetzung des Kalten Krieges,

US-Bürger und Beschränkungen von Hilfs- und Geldsendungen nach Kuba. Besondere Bedeutung erlangte die Androhung von Sanktionen gegenüber Staaten und Unternehmen außerhalb der USA, die mit Kuba oder kubanischen Firmen Wirtschaftsbeziehungen unterhielten oder unterhalten wollten.

Legalisiert wurden diese extraterritorialen Sanktionsmöglichkeiten zum ersten Male im Oktober 1992 durch den *Cuban Democracy Act*.³⁰² Danach wurde der Handel, etwa von Nahrungsmitteln, Medikamenten und medizinischen Gerätschaften, zwischen US-Tochtergesellschaften, die von Drittstaaten aus agierten, und Kuba untersagt, was 1992 rund 90% des Handels zwischen Kuba und diesen Gesellschaften betraf. Das Gesetz beinhaltete darüber hinaus ein 180 Tage dauerndes Anlege- und Ladeverbot in den USA für Schiffe, die einen kubanischen Hafen angelaufen hatten. Dies allein beschränkte die Kapazitäten des kubanischen internationalen Handels massiv: zum einen konnte die Handelsmarine der Insel nur rund 20% des Handelsvolumens selbst erledigen und war also auf den Transport durch Schiffe von Drittstaaten angewiesen und zum anderen verlangten diejenigen Reeder, die sich auf den Handel mit Kuba einließen, nicht selten sofortige Barzahlung und eine Risikopauschale, was wiederum die Ausgaben für Importe erhöhte und die Einnahmen aus Exporten verringerte. Schließlich autorisierte das Toricelli-Gesetz den US-Präsidenten, Finanz- und Entwicklungshilfe sowie die Umsetzung von Freihandelsverträgen für alle Länder, die mit Kuba eng kooperierten oder ihm sonstige Hilfen zukommen ließen, zurückzuhalten.³⁰³ Letztere Bestimmung richtete sich insbesondere auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen Krisenlage dieser Forderung auch beugten.³⁰⁴

Im März 1996 folgte ein weiteres Gesetz, der *Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act*, auch bekannt als *Helms-Burton-Gesetz* (benannt nach den beiden Verfassern des Gesetzes, den Senatoren Jesse Helms und Dan Burton).³⁰⁵ Zu seinen Bestimmungen zählten u.a. die

spricht die Aufrechterhaltung und Verschärfung der Konfrontation gegen Kuba, vgl. Domínguez 1997a; siehe dazu aus kubanischer Perspektive auch Hernández 2002; aus amerikanischer Perspektive Kaufman Purcell 2000; 2000a.

³⁰² Begründet wurde das Gesetz insbesondere mit den Menschenrechtsverletzungen auf Kuba. Darüber hinaus spielte allerdings die Annahme eine Rolle, dem kubanischen Regime mit diesem Gesetz den endgültigen Todesstoß zu verpassen. So meinte der Kongressabgeordnete Toricelli bei der Verabschiedung des Gesetzes 1992: „The end of the [Castro] government will be measured in months and not years“, zit. nach Pérez Jr. 2006, S. 299.

³⁰³ Vgl. Carranza Valdés 1996, S. 24; Burchhardt 1996, S. 27f.

³⁰⁴ Vgl. Eckstein 1994, S. 95.

³⁰⁵ Der Auslöser der Unterzeichnung des Gesetzes war der Abschuss zweier amerikanischer Kleinflugzeuge über kubanischem Hoheitsgebiet am 24. Februar 1996

Androhung von Vergeltungsmaßnahmen für „Akte der Aggression“ von kubanischer Seite, zu welchen ausdrücklich der Bau und die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken und eine Massenmigration aus Kuba gehörten, ein zwingendes Veto der USA gegen die Aufnahme Kubas in eine der internationalen Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank usw.), seine Wiederaufnahme in die OAS sowie ein Importverbot für Produkte aus Drittländern, die kubanische Rohstoffe wie Zucker oder Nickel enthalten.³⁰⁶

Besonderes Gewicht erhielten Sanktionsdrohungen gegenüber Firmen und Vertretern dieser Firmen aus Drittstaaten, die in irgendeiner Weise von enteignetem Besitz auf Kuba profitieren. Nach dem dritten Kapitel des Helms-Burton-Gesetzes hat z.B. jeder US-Bürger – und damit auch jeder Exilkubaner, der die US-amerikanische Staatsbürgerschaft erworben hat – das Recht, diejenigen ausländischen Investoren auf Kuba in den Vereinigten Staaten auf Schadensersatz oder Besitzrückgabe zu verklagen, die mit seinem in offizielle Register eingetragenen Alteigentum „handeln“ (*traffick*).³⁰⁷ Das vierte Kapitel erlaubt den USA, leitende Angestellte, Eigentümer oder Mehrheitsaktionäre von ausländischen Unternehmen, die als Nutznießer beim Umgang mit

durch die kubanischen Streitkräfte, bei dem alle vier Insassen, allesamt Mitglieder der exilkubanischen und anticastristischen Organisation *Brothers to the Rescue*, ums Leben kamen. Dies löste in den USA im Allgemeinen und unter den Exilkubanern im Besonderen einen Sturm der Entrüstung aus. Dadurch fühlte sich Bill Clinton im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen innenpolitisch so unter Druck gesetzt, dass er dem Gesetz trotz aller Bedenken zustimmte. Die kubanische Seite rechtfertigte den Abschuss des Flugzeugs der *Brothers to the Rescue* damit, dass diese Organisation mehrfach ohne Erlaubnis in den Luftraum Kubas eingedrungen sei, um die innere Ordnung des Landes zu zerstören. Am 24. Februar 1996 hätten beide ihrer Flugzeuge nach mehrmaliger Aufforderung nicht den Luftraum verlassen, weshalb ein Abschuss unvermeidlich geworden sei. Die amerikanische Seite sprach hingegen von einem terroristischen Akt, von einer gravierenden Verletzung internationalen Rechts. Die Bewertung der Vorkommnisse durch die UNO, welche die Illegalität des Abschusses feststellte, lehnte die kubanische Regierung als falsch ab, vgl. Azicri 2000, S. 191ff.

³⁰⁶ Der Volltext des Gesetzes ist im Internet unter: <ftp://ftp.loc.gov/pub/thomas/c104/h927.enr.txt> erhältlich.

³⁰⁷ Nach Roy (2000, S. 15) gibt es 5.811 in den USA registrierte und anerkannte Eigentumstitel in Kuba. Die daraus folgenden Ansprüche haben dabei einen Wert von rund 1,8 Mrd. US-Dollar. Hinzu kämen allerdings noch Forderungen in einer Gesamthöhe von geschätzten 20 Mrd. US-Dollar seitens der Kubaner mit US-amerikanischer Staatsbürgerschaft. Die Ausweitung des Klagerechts auf die Gruppe der Exilkubaner, die erst nach ihrer Enteignung zu amerikanischen Staatsbürgern wurden, würde in der Tat eine Flut von Klagen auslösen. Während etwa von Eigentümern, die zum Zeitpunkt der Enteignung US-amerikanische Staatsbürger waren, maximal 800 Klagen zu erwarten wären, so stünden von in den USA lebenden Exil-Kubanern ca. 300.000 bis 430.000 Eigentumsklagen ins Haus, vgl. hierzu Muse 1996.

konfisziertem Eigentum in Frage kommen, die Einreise in die USA zu verweigern, was in einigen Fällen tatsächlich passierte. Seine Umsetzung sollte der Kongress überwachen.

Wie der letzte Satz schon andeutet, verlagerte sich die Kontrolle über die Kuba-Politik der Vereinigten Staaten zusehends vom Weißen Haus zum Kongress. Mit dem Helms-Burton-Gesetz wurde beispielsweise den vormals von der Exekutive verfügbaren Sanktionen ein formeller Gesetzescharakter gegeben, d.h. die Aufhebung des Embargos bedurfte fortan der Zustimmung des Kongresses. Mehr denn je war damit die Kuba-Politik der USA von Lobbygruppen und politischen Stimmungen innerhalb der amerikanischen Bevölkerung abhängig geworden. Dem entsprach eine deutliche Beschneidung des politischen Spielraums des Präsidenten.³⁰⁸

Anders als früher bestimmte nicht mehr der Präsident, sondern der Kongress über Kernelemente der Kuba-Politik. Zwar blieb ihm erlaubt, selbständig über Reisebeschränkungen und Hilfs- und Geldsendungen zu bestimmen und auch die Anwendung des dritten Kapitels des Helms-Burton-Gesetzes durch ein präsidentiales Aufschubrecht („*waiver*“-Klausel) alle sechs Monate von Neuem auszusetzen – was sowohl Bill Clinton als auch George Bush Jr. seit 1996 stets getan haben. Andererseits wurde ihm gesetzlich verboten, das Embargo aufzuheben, solange nicht auf Kuba eine kubanische Übergangsregierung (*transition government*) eindeutige und eng definierte Schritte hin zu einer demokratisch gewählten Regierung (*democratically elected government*) eingeleitet hat.

Vor einem Anlauf zur Beendigung der Strafaktionen gegen Kuba muss der Präsident dem Kongress nachweisen, dass diese Übergangsregierung nicht nur eindeutig an der Macht ist (§204a), sondern dass sie gleichzeitig auch eine ganze Reihe von Bedingungen erfüllt (§205). Diese Regierung muss z.B. sämtliche politischen Freiheitsrechte legalisiert und die Staatssicherheit und die Komitees zur Verteidigung der Revolution aufgelöst haben. Sie muss sich zur repräsentativen Demokratie bekannt haben, freie und international überwachte Wahlen innerhalb eines Zeitraums von 18 Monaten durchführen sowie erste Schritte zu einer unabhängigen Justiz eingeleitet haben. Ferner muss sie unabhängige Gewerkschaften ebenso zulassen wie private Medien- und Telekommunikationsfirmen, einschließlich der ungestörten Übertragung von Radio und TV Martí; daneben das Recht auf Rückkehr der Exilkubaner nach Kuba und das Recht auf Privateigentum gewährleisten. Während sie zudem erste Schritte zur Rückgabe oder Entschädigung von enteigneten US-Bürgern oder -Firmen gemacht

³⁰⁸ Vgl. Hoffmann 2001, S. 170; Gratius 2003, S. 203f.

haben muss, dürfen dieser Regierung schließlich weder Fidel noch Raúl Castro angehören.³⁰⁹

Dabei entzündete sich um die Embargo-Politik der USA gegenüber Kuba ein heftiger internationaler Streit. Selbst enge Verbündete bestritten die politische Wirksamkeit der Sanktionen und fassten das Embargo als Verstoß gegen internationales Recht auf. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen, internationale Staatengemeinschaften, wie die EU oder auch die 14 in der Rio-Gruppe vereinigten lateinamerikanischen Staaten, und auch zahlreiche einzelne Staaten verurteilten regelmäßig das US-Embargo. Kritik entzündete sich besonders an dessen extraterritorialer Ausdehnung. Die EU strengte sogar ein Verfahren gegen die USA vor der Welthandelsorganisation WTO an.³¹⁰

An der generellen Umsetzung des Embargos änderten diese Proteste, wenngleich sie im Einzelfall, wie etwa gegenüber Firmen aus der EU, außer Vollzug gesetzt wurden,³¹¹ nichts. Allein die Möglichkeit einer Anwendung stellte einen Rückschritt für die Wirtschaft Kubas dar.³¹² Zahlreiche Firmen entschieden sich aufgrund der Drohungen, ihr Engagement auf oder mit Kuba zu drosseln oder ganz aufzugeben. Andere schreckten von vorneherein vor einem Einstieg zurück.³¹³ Die mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion notwendig gewordene Neugestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen Kubas, die Generierung von ausländischem Kapital, Krediten und neuen Handelspartnern wurde dadurch erheblich erschwert. Daran änderte auch die graduelle Lockerung einzelner Embargo-Bestimmungen am Ende der zweiten Amtszeit Bill Clintons nur wenig, wie z.B. die

³⁰⁹ Gerade die Bestimmung, dass weder Fidel noch Raúl Castro einer „Übergangsregierung“, wie sie das US-Gesetz definiert, angehören dürfen, legt die sowohl die Widersprüchlichkeit als auch die personenzentrierte Politik der USA gegenüber dem revolutionären Kuba offen. So steht das Verbot im eindeutigen Widerspruch zum im selben Abschnitt geleisteten Versprechen der USA, die Selbstbestimmung Kubas zu achten, es ist eine „technisch undemokratische“ Bedingung (Kaufman Purcel 2000, S. 87). Fidel Castro wird zudem 32 mal persönlich im Helms-Burton-Gesetz genannt, vgl. Roy 2000, S. 46.

³¹⁰ Vgl. Nuccio 1999, S. 22.

³¹¹ Vgl. Hoffmann 2001, S. 174f.

³¹² Vgl. zur wirtschaftlichen Wirkung des US-Embargos insbesondere Coleman 2001; Jorge 2000.

³¹³ So entschied sich etwa der kanadische Zuckerimporteur Tate and Lyle dafür, seine Wirtschaftsbeziehungen mit Kuba im Umfang von 100.000 t importierten kubanischen Rohzuckers aufzugeben. Ebenso verwarf die spanische Hotelkette Pradores Nacionales de Turismo Pläne, auf Kuba acht neue Hotels zu bauen. Auch mexikanische Gesellschaften zogen sich zurück. Beispielweise beendete Cementos Mexicanos (CEMEX) ihr Joint Venture mit einer kubanischen Firma aufgrund der Embargobestimmungen, vgl. Pérez Jr., S. 302.

Erlaubnis von Nahrungsmittel- und Medikamentenexporten aus den USA gegen Barzahlung.³¹⁴

3.3 Steuerungs- und Legitimitätsprobleme des Regimes

Die geopolitischen Veränderungen hatten ein gefährlich brüchiges Entwicklungsmodell bloßgelegt, das zu kittern angesichts fehlender wirtschaftlicher und finanzieller Mittel und einer feindlichen Politik der USA kaum möglich erschien. Zwar hatte die revolutionäre Führung seit jeher mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen und hatte auch bewiesen, dass sie selbst schwere wirtschaftliche Krisen überstehen und dennoch politische Stabilität wahren konnte. Der Umfang der Wirtschaftskrise nach 1990 war allerdings so groß, dass ein Übergreifen auf die politische Ebene vielerorts nur als eine Frage der Zeit angesehen wurde. In der Neuzeit hatte weltweit kein Regime einen solch schweren Wirtschaftsschock überlebt, wie ihn Kuba zwischen 1989 und 1993 erlebte.³¹⁵ Tatsächlich mehrten sich Anfang der 1990er Jahre Anzeichen, die auf ein Übergreifen der Wirtschaftskrise auf die politische Ebene hindeuteten. Dies zeigte sich insbesondere beim Niedergang der Fähigkeit des Regimes, bisherige Errungenschaften aufrecht zu erhalten. In der Vergangenheit hatte sich die Bevölkerung vor allem an die sozialen Leistungen gewöhnt. Nach 1990 nahm die Diskrepanz zwischen dem Umfang der vom Staat übernommenen sozialen und wirtschaftlichen Pflichten und Funktionen und seinem Unvermögen, diesen vollständig gerecht zu werden, zu. Es eröffnete sich dadurch ein wachsendes Legitimationsproblem des Regimes, das schließlich auch auf den Umfang und die Reichweite staatlicher Kontrolle der Gesellschaft niederschlug.

3.3.1 Versorgungsengpässe

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Sowjetunion nahm insbesondere die bisherige paternalistische Sozialpolitik deutlichen Schaden. Aufgrund fehlender finanzieller und materieller Mittel stellte die Regierung nach 1990 auf eine umfassende Nahrungsmittel- und Güterrationalisierung um und senkte gleichzeitig drastisch die Rationen. Entlang des sozialistischen Credos der Gleichheit und Gerechtigkeit sollte der zunehmende Mangel wenigstens gerecht verteilt werden, ohne dass einige wenige aus der Krise auf Kosten der Allgemeinheit Profit schlugen. Was allerdings als möglichst gerechte Verteilung des allgemeinen Mangels innerhalb der Bevölkerung gedacht war, entpuppte sich als unzureichend, um selbst die Grundversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. So reduzierte sich z.B. der öffentliche Nah- und Fernverkehr um bis zu 75%. Der private Personenverkehr

³¹⁴ Vgl. Mesa-Lago 2005.

³¹⁵ Vgl. Burchardt 1999, S. 20.

brach sogar fast vollständig zusammen. Statt Autos sah man, wie zu Zeiten der Gründungsjahre der Republik, zahlreiche Ochsen- und Pferdegespanne und Fahrräder auf den Straßen und Autobahnen. Gleichzeitig kam es zu Stromsperrern (*apagones*) von bis zu 16 Stunden und damit zu einer Einschränkung der von elektrischen Pumpen betriebenen Wasser- und Gasversorgung. Nahrungsmittel konnten oft nicht zubereitet werden oder verdarben angesichts nicht funktionierender Kühlschränke in der karibischen Hitze. Die Fernseh- und Radiostationen sendeten nur noch zeitweise und zu ausgewählten Stunden. Auch die Produktion aller Zeitungen und Zeitschriften wurde aufgrund von Papier- und Energiemangel eingeschränkt; außer den Zentralorganen der Kommunistischen Partei, des Zentralen Gewerkschaftsbundes und der Kommunistischen Jugend gab es keine Zeitungen mehr.³¹⁶

Auch im Angebot des Gesundheits- und Bildungswesens zeichneten sich gravierende Einschränkungen ab. Zwar wurde keine Schule und kein Krankenhaus geschlossen, und auch die Anzahl der Lehrer und Ärzte blieb konstant oder konnte sogar noch etwas gesteigert werden.³¹⁷ Jedoch litten die medizinische Versorgung und die Bildungseinrichtungen unter einem wachsenden Mangel an Medikamenten, technischen Gerätschaften und Bildungsmaterial. Oftmals konnten Krankheiten zwar diagnostiziert, aber nicht ausreichend behandelt werden. Unterernährung, die zuvor ausgerottet schien, kehrte wieder auf die Insel zurück und mit ihr die Ausbreitung von Mangelkrankungen.³¹⁸ Gleichzeitig sank die Motivation von Lehrern, Schülern und Studenten durch einen Mangel an Büchern, Stiften und vor allem auch an persönlichen Perspektiven. So hielt zwar die Regierung die offene Arbeitslosigkeit zwischen 1989 und 1993 relativ konstant bei rund sieben Prozent,³¹⁹ gleichzeitig reduzierte sie aber drastisch die Arbeitszeit, stellte zahlreiche Arbeitskräfte frei und setzte Arbeitskräfte aus Industrie und Handel in der landwirtschaftlichen Produktion ein, häufig als Erntehelfer. Schätzungen zufolge lag die offene und versteckte Arbeitslosigkeit in den ersten Jahren der 1990er bei bis

³¹⁶ Die *Granma*, das Parteiorgan der PCC, blieb als einzige Tageszeitung auf der Insel übrig. Die restlichen, wie z.B. die Gewerkschaftszeitung *Trabajadores* oder das Organ der kommunistischen Jugendorganisation *Juventud Rebelde* wurden, wenn überhaupt, nur wöchentlich verbreitet.

³¹⁷ Vgl. Burchhardt 1996, S. 105f.; Eckstein 1995, S. 100 und S. 222, Tab. 4.1; S. 226, Tab. 5.2.

³¹⁸ Zunehmender Vitamin B-Mangel führte z.B. ab 1991 zu einer epidemieartigen Ausweitung einer Augen neuropathie, in deren Folge sogar Erblindungen vorkamen, vgl. Burchhardt 1996, S. 96ff.; zu anderen Mangelerscheinungen siehe Habel 1997, S. 21; TAZ 22.1.1996.

³¹⁹ Vgl. Mesa-Lago 2005, S. 49; um die Arbeitslosigkeit gering zu halten, pumpte die Regierung Anfang der 1990er Jahre rund zwei Drittel ihres Staatshaushalts in unrentable Betriebe, vgl. Burchhardt 1999, S. 21.

zu 35%.³²⁰ Für Hochqualifizierte gab es so immer weniger adäquate Arbeitsplätze und kaum Aufstiegschancen.

Besonders gravierend im Alltag wirkte sich allerdings der Mangel an Konsumgütern und Lebensmitteln aus. Waren, die schon bisher kaum erhältlich waren, verschwanden beinahe vollständig aus den Regalen der staatlichen Läden; und auch diejenigen Waren, die es vormals noch in ausreichender Menge gegeben hatte, wurden oftmals zu einer Rarität.³²¹ Ein Grund war der Niedergang der Nahrungsmittelproduktion, und dies obwohl die Regierung 1991 ein ehrgeiziges Nahrungsmittelprogramm (*plan alimentario*) startete, das durch eine gezielte Diversifizierungspolitik in der Landwirtschaft sowie die Mobilisierung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft die ausbleibenden Importe von Nahrungsmitteln bzw. Maschinen, Treibstoffen und Düngemittel auszugleichen versuchte.³²² Andere Gründe waren Schlampeigkeiten bei der Lagerung der ohnehin knappen Erzeugnisse, Schwierigkeiten beim Transport durch fehlenden Treibstoff sowie insbesondere auch Diebstahl und Unterschlagung der Produkte durch die Arbeiter. Bis zu zwei Drittel der Nahrungsmittelproduktion kamen aus diesen Gründen nie beim Endverbraucher an.

Auch deshalb erlitt das System der Nahrungsmittelversorgung einen Rückschlag. Hatte die Regierung die Quoten nach 1990 ohnehin schon drastisch reduziert, so bestanden im Alltag selbst diese Quoten häufig nur noch auf dem Papier. Fleisch- oder Fischprodukte und andere grundlegende Dinge des alltäglichen Gebrauchs, deren Zuteilung eigentlich über die Rationierungskarten (*libreta*) versprochen wurde, waren oft und vor allem in den Großstädten nicht mehr zu erhalten. Viele litten zur Hochphase der Krise 1993 sogar Hunger. Besonders

³²⁰ Die Arbeitslosigkeit blieb mit ca. 5% 1993 und 7% 1997 nach offiziellen Angaben relativ niedrig. Die Unterbeschäftigung erreichte demgegenüber aber Werte von über 30%, vgl. CaCAR, 2.12.97, S. 4f.; Mesa-Lago 1997, S. 41. Inoffizielle Angaben schätzen die Zahl der Arbeitslosen auf 20-30%, wozu in erster Linie entlassene Frauen beitragen, die als "Hausfrauen" in den Arbeitslosenstatistiken der Regierung nicht auftauchen. Zusätzlich gilt die Unterbeschäftigung in Wirklichkeit als nichts anderes denn als verdeckte Arbeitslosigkeit. Arbeitsverhältnisse über Kurzarbeit umfassten z.B. nur eine Arbeitsleistung von bis zu einer Stunde im Monat, aus Gesprächen mit Kubanern in Playa Girón; Interview des Verfassers mit Marlene Azor im September 1997; zur stärkeren Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf Frauen vgl. auch Eckstein 1994, S. 221. Die Subventionsleistungen trieben schließlich das Haushaltsdefizit in die Höhe. Es wuchs bis 1993 auf knapp 40% des Staatshaushaltes an (ca. 5 Mrd. Pesos), der sich immer mehr durch die Vermehrung der Geldmenge durch die staatliche Notenbank abdeckte, vgl. zur Entwicklung des Haushaltsdefizites zwischen 1989 und 1996 Hoffmann 1996, S. 145, Tab. 13

³²¹ Vgl. Clark 1999.

³²² Vgl. Azicri 2000, S. 143ff.; Eckstein 1994, S. 101; Pérez Jr. 2006, S. 293.

diejenigen waren von schwerer Armut betroffen, die Nahrungsmittel und Konsumgüter nicht selbst produzieren oder über den Schwarzmarkt erwerben konnten. Die staatliche Versorgung schützte davor nicht mehr.

Schon seit 1959 gab es konstant eine Lücke zwischen den Ansprüchen der Führung, die Konsumbedürfnisse aller Kubaner zu befriedigen, und der Wirklichkeit. So konnten verschiedene Güter und Dienstleistungen vom Staat oft nur verspätet oder nicht in ausreichendem Maße respektive in erwarteter Qualität geliefert werden.³²³ Oft waren die Selbstversorgung und der Schwarzmarkt die einzigen Quellen, um an knappe Güter zu gelangen.³²⁴ Hatten beide Formen der nicht-staatlichen Versorgung die staatlichen Verteilungswege bisher nur ergänzt, so begannen sie nun letztere sogar zu ersetzen. Viele Gebrauchsgüter, wie Kleidung oder Reinigungsmittel, aber auch Maschinen, Ersatzteile, Möbel, in zunehmendem Maße aber auch Grundnahrungsmittel, wie Eier, Mehl oder Milch, waren fast nur noch durch Eigeninitiative oder über den Schwarzmarkt, die *bolsa negra*, erhältlich.

Um wenigstens einen Teil des täglichen Bedarfs zu decken, bauten viele Kubaner in eigenen Gärten vermehrt Obst und Gemüse an; in zahlreichen Wohnungen in Havanna betrieb man Viehzucht und hielt Hühner und sogar Schweine. Allerdings gab es keine konstanten Erträge; und v.a. in den Städten gab es zu wenig Anbaufläche. Gerade in den Städten bestand aus diesem Grund die wichtigste Überlebensstrategie darin, auf dem Schwarzmarkt aktiv zu werden. Viele verbrachten ihre Tage ausschließlich damit, das Nötigste für ihren täglichen Bedarf zu besorgen.

Dabei sank parallel zur Verknappung der Nahrungsmittel die Kaufkraft der Löhne, Gehälter und anderer staatlicher Transferleistungen, wie z.B. die Leistungen der Arbeitslosenversicherung und Altersrente. Tatsächlich versuchte die Regierung vor allem über eine Steigerung der Geldmenge ihr wachsendes Staatshaushaltsdefizit, das sich nicht zuletzt aus der Aufrechterhaltung des kostenlosen Bildungs- und

³²³ Vgl. Fernández 1993, S. 192.

³²⁴ Vgl. Frieß 2003, S. 104f.; Pérez-López (1995, S. 98) schreibt dazu auch: „Traditionally, private farmers and cooperative members have been the main source of goods entering the black market, although homemade manufactured products, rationed goods purchased but not consumed, goods illegal diverted from the distribution system or from state enterprises, and goods purchased in hard currency stores or brought from abroad by technicians, diplomats, tourists, and the like, also play a role. Over certain time periods when individuals has not been permitted to offer them on their own, there has also been a black market for personal services such as hair styling, repair of electro-domestic utensils, and so forth. Aside from food products, the black market has traditionally been a notable source of construction materials and spare parts for appliances and motor vehicles.“

Gesundheitssystem sowie aus der Weiterbeschäftigung von Arbeitern in praktisch stillstehenden Fabriken ergab, auszugleichen.³²⁵ Da die Regierung gleichzeitig aus sozialen Gründen auf massive Preissteigerungen bei den rationierten Waren und Dienstleistungen verzichtete und es für das nationale Geld, den Peso, ohnehin kaum mehr etwas in den staatlichen Läden und Geschäften zu kaufen gab, schwoll der Geldüberhang gewaltig an und trieb die versteckte Inflation. Schätzungen zufolge betrug der Niedergang der Kaufkraft über diese Einkünfte rund 50%.³²⁶ Außerhalb der staatlichen Peso-Läden gab es deshalb einen Preisanstieg ohne Beispiel. Ein Hühnerei, das vor 1990 noch für einige Centavos auf dem Schwarzmarkt zu haben war, kostete 1993 bis zu 5 Pesos.³²⁷

Durch diese Entwicklung wurde das wachsende Legitimationsproblem des Regimes aufgrund der Engpässe bei der staatlichen Versorgung durch ein weiteres Problem ergänzt: die zentrale Steuerung der Verteilungs- und Versorgungswege von oben nahm ab und damit auch die soziale Kontrolle. Gerade der Geldüberhang speiste nämlich den Schwarzmarkt. Wie groß seine Bedeutung geworden war, verdeutlicht eine kubanische Untersuchung: während 1989 rund zwei Drittel der Bevölkerung auf dem Schwarzmarkt aktiv waren und darin knapp 20% ihres Einkommens ausgaben, stiegen diese Werte bis 1993 auf knapp 90% der Bevölkerung, die nun über zwei Drittel ihres Einkommens auf dem Schwarzmarkt ausgaben.³²⁸

3.3.2 Wachsende Unzufriedenheit und Konfliktpotentiale

Diese Entwicklung brachte schwerwiegende politische Folgen mit sich: das Regime, seine Institutionen und seine Ideologie verloren dadurch zunehmend an Vertrauen innerhalb der Bevölkerung. Tatsächlich glaubte ein immer größerer Teil der kubanischen Bevölkerung nicht mehr an die Vision einer besseren Zukunft und eines entwickelten Kubas unter den bisherigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Stattdessen herrschten zusehends Resignation und die Bereitschaft vor, der rauen Wirklichkeit auf der Insel auf verschiedene Art und Weise zu entfliehen.³²⁹ *No es facil*, es ist nicht leicht, geriet zum überall hörbaren Spruch, mit dem die Menschen auf den

³²⁵ Vgl. Burchhardt 2001, S. 317.

³²⁶ Vgl. Carranza/Gutiérrez/Monreal 1995, S. 86; Mesa-Lago 1997, S. 41.

³²⁷ Interview des Autors mit einem kubanischen Jugendlichen in Havanna, August 1999.

³²⁸ Vgl. Carranza/Gutiérrez/Monreal 1995, S. 29; die Geldzirkulation auf dem Schwarzmarkt nahm dabei zwischen 1990 und 1992 von 2 Mrd. Pesos auf 10 Mrd. Pesos zu, während sich der Umlauf des offiziellen Einzelhandels bei konstanten 7 Mrd. Pesos belief, vgl. Carranza 1996, S. 34f.

³²⁹ Vgl. Planas 1994b, S. 95.

Straßen ihren Alltag kommentierten. Psychische Krankheiten, wie Depressionen und Paranoia, traten verstärkt auf.³³⁰ Gleichzeitig stieg auch die im lateinamerikanischen Vergleich ohnehin ungewöhnlich hohe Selbstmordrate Anfang der 1990er Jahre nochmals an und verfestigte sich mit rund 21 Fällen pro 100.000 Einwohnern auf einem weltweit weit überdurchschnittlichen Niveau.³³¹ Ebenfalls nahm der traditionell hohe Alkoholkonsum weiter zu. Eine repräsentative kubanische Umfrage Mitte der 90er Jahre ergab, dass insgesamt 39% der Befragten als Alkoholiker eingestuft werden mussten.³³² Dabei waren vor allem Jugendliche betroffen. Unter den als Alkoholikern klassifizierten Personen fanden sich knapp 70% Studenten und Schüler. Zudem häuften sich Drogenhandel und -konsum.³³³

Ein deutliches Merkmal der Unzufriedenheit war eine nochmalige Steigerung der schon die ganze Revolutionszeit durchziehenden hohen Emigrationsbereitschaft und Fluchtbewegung, v.a. in Richtung Nordamerika. Zahlreiche Funktionäre, Sportler und Künstler setzten sich bei Auslandsreisen ab. Den meisten „Normalbürgern“ blieb allerdings nur der gefährliche Wasserweg über die Meerenge vor Florida. Abgestoßen von der wirtschaftlichen Misere und angezogen von den einzig für kubanische Flüchtlinge gewährten finanziellen Eingliederungshilfen und sofort geltenden Arbeitserlaubnissen in den USA zogen zahlreiche Kubaner die unsichere Flucht der unsicheren wirtschaftlichen Situation auf Kuba vor.³³⁴ Allein zwischen 1990 und August 1994 wurden ca. 13.000 gelungene und rund 37.000 unterbundene illegale Fluchtversuche registriert.³³⁵ Als im Sommer 1994 Castro ankündigte, gewaltlose Fluchtversuche nicht mehr durch den Grenzschutz unterbinden zu wollen, kam es wie schon 1980 während

³³⁰ Vgl. Martínez Lara 1998.

³³¹ Vgl. Donate-Armada 1998, zit. nach Miami Harald vom 18.6.1998; Departamento Nacional de Estadística (1992–1995), zit. nach Peláez Martínez, Roberto V. u.a. 1997; zur kulturellen Einbettung und Einordnung der traditionell in Lateinamerika sehr hohen Selbstmordrate Kubas siehe auch Pérez Jr. 2005.

³³² Vgl. Parte 1997.

³³³ Gerade in den beiden Großstädten Havanna und Santiago konnte man plötzlich in immer größerer Anzahl Händler auf den Straßen antreffen, die Marihuana, Koka-in oder sogar Crack verkauften. Beinahe gehörte es unter Jugendlichen in diesen Städten – anders als früher und sofern man es sich leisten konnte – zum guten Ton, vor dem Ausgehen Haschisch zu rauchen. Die Aussagen beziehen sich auf eigene Beobachtungen und Gespräche mit kubanischen Sozialwissenschaftlern; siehe hierzu auch Frankfurter Rundschau, 7.9.1996; *Fraginals* 1997, S. 213.

³³⁴ Vgl. zu den Motiven der Flüchtlingen aus Kuba in die USA Aja Díaz 1995; Pedraza 1995; Pedraza 2000. Nach Schätzungen aus den USA überlebt nur rund ein Drittel der Bootsflüchtlinge die Überfahrt der Floridastraße zwischen Kuba und den USA, vgl. Herzka 1998, S. 83.

³³⁵ Vgl. Hoffmann 1996, S. 150, Tab. 20.

der Mariel-Krise zu einem Massenexodus: innerhalb eines Monats verließen mehr als 31.500 Kubaner zumeist auf Flößen das Land.

Die nachlassende Zustimmungsbereitschaft innerhalb der Bevölkerung zeigte sich nicht nur in Resignation, ideologischer Entfremdung und Eskapismus, sondern auch in der wachsenden Kritik an den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Im Sinne von Albert O. Hirschman wählte ein Teil der Bevölkerung damit nicht nur die *Exit*-Option, um auf die Probleme Kubas aufmerksam zu machen, sondern erhob auch seine Stimme (*voice*) gegen bestehende Unzulänglichkeiten und forderte einen politischen und wirtschaftlichen Wandel.³³⁶ Dies wurde besonders deutlich während des sog. *Llamamiento*, einer 1991 landesweit durchgeführten und erstaunlich offenen Debatte über die Zukunft Kubas im Vorfeld des IV. Parteikongresses. In diesen Diskussionen übten nicht wenige deutliche Kritik an den vorhandenen politischen Institutionen und Praktiken; andere forderten die Führung auf, freie Wahlen durchzuführen, eine größere Meinungsfreiheit zuzulassen, die Basis stärker an den politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen und v.a. auch das enge Korsett der Zentralverwaltungswirtschaft zu öffnen und zu liberalisieren.³³⁷

Immer mehr Kubaner äußerten Kritik an Parteifunktionären, zum Teil sogar an Fidel Castro selbst. Anders als früher blieb diese aber nicht mehr allein auf die Privatsphäre beschränkt; es mehrten sich plötzlich wieder Parolen an den Wänden, die zum Sturz Castros aufriefen.³³⁸ In den Jahren 1993 und 1994, der Hochphase der Wirtschaftskrise, gab es sogar die ersten öffentlichen Proteste gegen die Regierung. Der Höhepunkt war schließlich mit den Unruhen vom 5. August 1994 erreicht. Mehrere tausend überwiegend junge Menschen zogen durch die Stadt und warfen Steine in Fensterscheiben von Hotels, Dollar-Läden und Regierungsgebäuden. Manche riefen sogar zum Sturz der Regierung auf. Polizisten geben Warnschüsse ab und setzen Schlagstöcke ein. Die Lage beruhigte sich allerdings erst, als Fidel Castro persönlich vor die Menge trat, mit den Demonstranten zu diskutieren anfang und schließlich ein heftiger Regenschauer einsetzte.³³⁹

Diese Formen wachsender Unzufriedenheit trugen dazu bei, dass sich seit Ende der 1980er Jahre wieder Oppositionsgruppen innerhalb Kubas organisierten – es entstanden z.B. unabhängige Menschen-

³³⁶ Vgl. Hirschman 1970; Hirschman 1993.

³³⁷ Vgl. Domínguez 1994, S. 8ff.

³³⁸ Vgl. Herzka 1998, S. 204.

³³⁹ Vgl. Skierka 2004, S. 387.

rechtsgruppen, Journalistenverbände und sogar Parteien.³⁴⁰ Sie setzten ein deutliches Zeichen, dass einige Kubaner ihre Angst vor staatlicher Repression verloren.³⁴¹ Am 10. Oktober 1995 schlossen sich sogar 140 der verschiedenen Oppositions- und Menschenrechtsgruppen zum *Concilio Cubano* zusammen mit dem Ziel, auf der Insel eine friedliche demokratische Transformation unter Einhaltung der Verfassung und der Gesetze herbeizuführen.³⁴² Auch wenn die Regierung das Konzil wenige Monate später wieder auflösen konnte, war der Opposition gegen Castro ein symbolischer Erfolg gelungen. Die Tatsache, dass sie sich trotz des umfassenden staatlichen Kontrollapparates etablieren konnte, zeigte für alle sichtbar auf, dass der alleinige gesellschaftliche und politische Führungsanspruch von Regierung und Partei löchrig wurde.³⁴³

Nach Jahren der Ruhe hatte das Regime wieder eine potentielle politische Alternative in Kuba zu gewärtigen, welche die Machtverhältnisse nicht nur kritisierte, sondern zu beseitigen trachtete. Ihr grundsätzliches Bedrohungspotential für das Regime schien dabei umso größer, als sich diese Alternative zumindest indirekt auf eine wachsende Zivilgesellschaft, vor allem aber auf symbolische und materielle Unterstützung aus dem Ausland stützen konnte.

Tatsächlich wuchs nach 1990 der Spielraum sozialer Gruppen, sich staatlicher Kontrolle zu entziehen. Dies zeigte sich im Besonderen hinsichtlich der Katholischen Kirche. Sie erlebte Anfang der 1990er Jahre nicht nur einen Anstieg ihrer Mitgliederzahlen,³⁴⁴ sondern vergrößerte

³⁴⁰ In den 1970er Jahren gab es nur eine bekannte Oppositionsorganisation, das Kubanische Komitee für Menschenrechte (*Comité Cubano Pro Derechos Humanos*, CCPDH) 1976 wurde sie gegründet von Ricardo Bofill, einem ehemaligen Kampfgefährten Fidel Castros, schon kurz danach durch Inhaftierung Bofills aber wieder aufgelöst. 1987, infolge einer kurzzeitigen politischen Liberalisierung angesichts internationaler Kritik an der Menschenrechtssituation in Kuba, entstand eine weitere Gruppe, die Kubanische Kommission für Menschenrechte und Nationale Versöhnung (*Comisión Cubana de Derechos Humanos y Reconciliación Nacional*, CCDHRN), welche vom ehemaligen Philosophieprofessor der Universität von Havanna, Elizardo Sánchez ins Leben gerufen wurde. Wie ihre Nachfolger forderten diese Gruppierungen mehr Menschenrechte, Demokratie und Freiheit für politische Gefangene auf Kuba, dokumentierten aber auch Menschenrechtsverletzungen und gaben entsprechende Informationen an ausländische Botschaften weiter, weshalb ihre Mitglieder aufgrund eines Strafparagraphens für Feindpropaganda stets mit einem Bein, im Gefängnis standen, vgl. Payne 1997, S. 14f.

³⁴¹ Zu den Oppositionsgruppen auf Kuba seit den 1990er Jahren siehe insbesondere Aguila 1993; Font 1999; Pumar 1999; Pumar 2002

³⁴² Am 15. Februar verbot die Regierung sämtliche Treffen des Kubanischen Konzils und verhaftete bei dieser Gelegenheit auch einige ihrer Anführer, vgl. hierzu Domínguez 1997, S. 14f.

³⁴³ Vgl. Otero/O'Bryan 2002

³⁴⁴ Vgl. Hoffmann 2000a, S. 149

auch als einzige nicht-staatliche bzw. staatsunabhängige Institution ihren Einfluss auf die kubanische Öffentlichkeit. Indem sie z.B. der Regierung die Erlaubnis abrang, eigene Zeitschriften in beschränkter Auflage herauszubringen,³⁴⁵ vermehrte Massenveranstaltungen abzuhalten oder sich verstärkt an humanitären Hilfsaktionen zu beteiligen, vergrößerte sie nicht nur ihren gesellschaftlichen Spielraum, sondern auch ihren Einfluss auf den gesellschaftlichen Körper. Sie wurde zur einzigen geduldeten Instanz mit einem alternativen Diskurs.³⁴⁶

Zwar definierte die Katholische Kirche ihre Hauptfunktion im geistlichen und mit Abstrichen auch im sozialen Bereich, so dass die politische Ebene in ihren Erklärungen und Veröffentlichungen weitgehend außen vor blieb. Gleichviel hielt sie sich zeitweilig nicht mit allgemeinen Forderungen, die der offiziellen Staatslinie widersprachen, zurück. Vor allem zwei Dokumente der Katholischen Kirche, in denen sie sich kritisch über die politischen und sozialen Zustände im Land äußerte, gerieten hierbei in den Blickpunkt: 1993 ein offener Brief der kubanischen Bischöfe und 1999 eine Erklärung einer Gruppe von Klerikern in Santiago de Cuba.³⁴⁷

In beiden Dokumenten beklagten die Kirchenvertreter den „moralischen Verfall“ auf der Insel und befürworteten allgemeine Reformen. Sie sprachen sich ebenso für eine nationale Versöhnung zwischen Inselkubanern und dem Exil aus wie auch für eine demokratische Debatte über die Zukunft des Landes, eine pluralistische Öffnung sowie eine Erweiterung des eigenen Handlungsspielraums gerade im Erziehungs- und Bildungsbereich. Obwohl sie keineswegs gezielt Kontakte zu Dissidenten pflegte, machte die Kirche sich damit zum bedeutendsten öffentlichen Sprachrohr der Opposition.³⁴⁸ Auch

³⁴⁵ Beispiele sind hier die Zeitschriften *Vital* oder *Vivarium y Palabra nueva*.

³⁴⁶ Das zeigte sich bspw. schon durch die eigenen Zeitschriften. Wenngleich deren Reichweite dieser nicht sehr groß war, und auch der Schreibstil durchaus von Respekt gegenüber der Regierung getragen wurde, hatten sie eine eigene, unabhängige redaktionelle Linie mit unabhängigen Informationen und Analysen zu einem breiten Spektrum an Themen, vgl. Domínguez 1997, S. 15.

³⁴⁷ Vgl. Obispos Católicos de Cuba 1993.

³⁴⁸ Im Ausland wird oftmals angenommen, dass gerade die Katholische Kirche zum Sammelbecken für Andersdenkende werden könnte (Domínguez 1997; Gras 1998). Bisläng hält sich die Kirche jedoch auffallend zurück. Zudem darf nicht vergessen werden, dass der Katholizismus weitgehend von Weißen praktiziert wird. Gerade bei der dunkelhäutigen Bevölkerungsgruppe steht er in deutlicher Konkurrenz zum *Santería*. Anders als in Lateinamerika ist die gesellschaftspolitische Rolle der Kirche damit eingeschränkt (Alonso 1997). Sie hatte nicht die Tradition, als nationales Refugium zu wirken, wie etwa in Polen (Birle 2003, S. 275ff.), oder die Macht, als Reformkraft zu wirken, wie etwa in Brasilien, Argentinien, Nicaragua oder Chile gegen Ende der dortigen autoritären Regime seit Anfang der 1980er Jahre.

andere zivilgesellschaftliche Bewegungen, die z.B. unabhängige Bibliotheken gründeten, unterstützten die Dissidenten, indem sie neuen Raum für Diskussionen über alternative Entwicklungswege und Politikansätze jenseits der Ideologie des Regimes öffneten.³⁴⁹

Neben dieser Unterstützung im Inneren Kubas bekam die Opposition Hilfe aus dem Ausland. Symbolisch erfolgte diese auf zwei verschiedene Arten: zum einen indirekt über Aufforderungen der internationalen Staatengemeinschaft an das Regime, die Menschenrechte zu achten und eine demokratische Öffnung einzuleiten, und zum anderen direkt über Gespräche mit und die Belobigung von Dissidenten seitens westlicher Regierungsvertreter und Staaten. Ersteres spiegelte sich insbesondere in der konstanten Verurteilung der Menschenrechtssituation auf Kuba, etwa durch die UN-Menschenrechtskommission, auf bilateralen Treffen zwischen Regierungsvertretern Kubas und den Staaten des Westens, aber auch seitens transnationaler Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch, Freedom House oder Reporter ohne Grenzen.³⁵⁰ Sie alle hielten Menschenrechtsverletzungen auf Kuba stets im internationalen Rampenlicht.

Selbst ehemalige Verbündete, wie Polen oder Ungarn, und gerade enge Handelspartner Kubas, wie Mexiko, Kanada und die Staaten der EU, wandten sich in dieser Frage gegen die kubanische Regierung und versuchten auf diplomatischem Weg, die Situation von Dissidenten zu verbessern und einen demokratischen Wandel einzuleiten.³⁵¹

Gleichzeitig suchten ausländische Regierungsvertreter bei verschiedenen Besuchen auf Kuba Kontakt zu den namhaftesten Dissidenten, vor allem zu Elizardo Sánchez von der sozialdemokratischen *Comisión Cubana de Derechos Humanos y Reconciliación Nacional* (CDHR) und zu Oswaldo Payá von der christlichen Befreiungsbewegung *Movimiento Cristiano Liberación* (MCL). Trotz Missbilligung durch die Castro-Regierung trafen sich diese zu „privaten“ Gesprächen, z.B. während des Iberoamerika-Gipfels 1999 in Havanna. Darüber hinaus wurden sie auch mit Menschenrechtspreisen geehrt; Payá erhielt 2002 z.B. den Sacharow-Preis des EU-Parlaments.

Neben dieser symbolischen Unterstützung wurde der Opposition aber auch materielle und ideologische Hilfe zu Teil. Besondere Bedeutung

³⁴⁹ Die Debatte um die Entstehung einer Zivilgesellschaft in Kuba wurde von vielen Seiten aus geführt. Nützlich sind dabei vor allem Fernández 1993; Valdés 1997; Rojas 1997; Espinosa 1999; Hoffmann 2000b; Pumar 2001; Fernández 2003; Dilla/Oxhorn 2002; Dilla 2003.

³⁵⁰ Vgl. Hoffmann 2001, S. 177f.

³⁵¹ Vgl. Eckstein 1994, S. 91.

entwickelte dabei die US-Politik gegenüber Kuba. So versuchten die USA, nicht nur über wirtschaftlichen Druck das Castro-Regime zur Aufgabe zu bewegen, sondern auch den politischen Druck im Inneren Kubas zu erhöhen: durch direkte finanzielle und logistische Unterstützung von Dissidenten auf Kuba und die Verbreitung demokratischer Propaganda und nicht vom kubanischen Staat kontrollierten alternativen Informationen.³⁵²

Im Rahmen des 1996 verabschiedeten Helms-Burton-Gesetzes vergab die US-Regierung z.B. 6,5 Mio. US-Dollar an 18 Organisationen von Exilkubanern, akademische Einrichtungen in den USA und politische Gruppierungen in Kuba.³⁵³ Für letztere sollte Geld vor allem zur Unterstützung der Familien von Repression betroffener Oppositioneller zur Verfügung stehen, aber auch für Papier, Drucker, Computer und Telefone, die über zivilgesellschaftliche Organisationen verteilt werden sollten. Darüber hinaus standen Gelder für Radio- und TV-Sender in den USA und Internetplattformen zur Verfügung. Nachdem die Regierung Ronald Reagan bereits in den 1980er Jahren Radio Martí finanziert hatte, das – ähnlich Radio Free Europe während des Kalten Krieges – alternative Nachrichten nach Kuba sendete, wurde 1991 TV-Martí gegründet und Sendeanlagen gebaut. Zudem finanzierte die US-Regierung indirekt über die Förderung exilkubanischer Gruppen verschiedene Internetplattformen, auf denen unabhängige kubanische Journalisten ihre Artikel und Recherchen bereitstellen konnten, wie z.B. cubanet.org.³⁵⁴

Unterdessen schienen sich auch innerhalb der Führung erste ideologische Risse aufzutun. Nicht zuletzt die Tatsache, dass einige der Dissidenten ehemalige Funktionäre in der Kommunistischen Partei waren,³⁵⁵ sprach für ein zumindest leichtes Aufbrechen des parteistaatlichen Monoliths. Es gibt zumindest zwei Beispiele dafür, dass keineswegs alle innerhalb der Führung eine harte politische Linie vertreten wollten. 1991 unterstützte z.B. Carlos Aldana, der in den späten 80er Jahren in einer steilen Karriere vom Privatsekretär Raúl Castro zum Verantwortlichen für Ideologie und internationale

³⁵² Vgl. Dalpino 2000; nach amerikanischer Lesart stellte diese Politik das zweite Standbein ihrer Kuba-Politik dar, der sog. *Track II* (Stärkung von Zivilgesellschaft und Opposition) neben dem *Track I* (Embargo). Legalisiert wurde diese Strategie durch das Toricelli-Gesetz 1992, bestätigt durch das Helms-Burton-Gesetz 1996, vgl. Gratius 2003, S. 192ff.

³⁵³ Vgl. Smith 2000, S. 20.

³⁵⁴ Die Plattform cubanet.org wurde 1996 aufgebaut und enthält nur Reportagen, Kommentare und andere Artikel kubanischer Autoren, die selbst auf Kuba leben. Betrieben in den USA, gelangen diese Artikel auf telefonischem Wege in die USA., per Post oder über Boten.

³⁵⁵ So gehörte etwa zur 1999 aufgelösten „Arbeitsgruppe Interne Dissidenz“ auch der Sohn eines einflussreichen Parteimitglieds, Vladimiro Roca.

Beziehungen in der KPK aufstieg und sogar als „dritter Mann“ in der kubanischen Machthierarchie hinter den Castro-Brüdern galt,³⁵⁶ öffentlich den Reformansatz von Michael Gorbatschow und stellte sogar die Beteiligung von Dissidenten in den Wahlen für den *poder popular* in Aussicht.³⁵⁷

Ebenfalls begann Anfang der 1990er Jahre eine Debatte unter Sozialwissenschaftlern – vor allem innerhalb des wissenschaftlichen Zentrums für Amerikastudien (*Centro de Estudios sobre América*, CEA) – über die Demokratisierung politischer Institutionen auf Kuba.³⁵⁸ Ihre Stellungnahmen, die großenteils in der Zeitschrift des Zentrums (*Cuadernos de Nuestra América*, CEA) erschienen, stellten klassische Soft-Liner-Positionen dar:³⁵⁹ Sie sprachen sich für repräsentativere Institutionen und für einen größeren politischen Pluralismus aus.

Zwar blieben die Äußerungen von Aldana die einzigen aus der obersten Machtspitze, die auf eine Befürwortung von weiterreichenden Reformen hindeuteten, und auch die Debatte des CEA erreichte nur zum Teil die breite Öffentlichkeit. Jedoch zeigten sie deutlich eine gewisse Pluralisierung innerhalb der kubanischen Führung, die sich womöglich sogar zu einer Spaltung der Elite hätte ausweiten können. Es ist in der Tat anzunehmen, dass sich insbesondere seit den 1990er Jahren einige hohe Parteifunktionäre liberaleren politischen Formen nicht abgeneigt zeigten, ihre Haltung außerhalb der Privatsphäre oder geschlossener Parteisitzungen aufgrund der bestehenden Disziplinierungsmöglichkeiten allerdings nicht kund taten. Tatsächlich unterschieden sich die politischen Stellungnahmen von Mitgliedern der Regierung und des Politbüros nur in Nuancen. Gleichviel wurde in der Literatur immer wieder auf potentielle Reformer innerhalb der Führungsriege hingewiesen, die sich in verschiedenen politischen Fragen deutlich von Hardlinern abzusetzen schienen.³⁶⁰

Die geopolitischen Veränderungen nach dem Ende des Kalten Krieges und dem damit einhergegangenen Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Osteuropa verschlechterten die Entwicklungsbedingungen des revolutionären Kuba seit Ende der 1980er Jahre deutlich. Sie führten insbesondere die wirtschaftliche Verwundbarkeit

³⁵⁶ Aldana hatte u.a. die Teilnahme von Dissidenten für die Wahlen zum *poder popular* 1992 und 1993 in Aussicht gestellt und galt nicht zuletzt deshalb im Ausland als „kubanischer Gorbatschow“; als Grund für seine Absetzung wurden dabei „schwere persönliche Verfehlungen“ und „Versäumnisse in seiner Arbeit“ genannt, vgl. *Granma International*, 18.10.1992.

³⁵⁷ Vgl. Domínguez 1993a, S. 120ff.; Schulz 1993, S. 104f.

³⁵⁸ Vgl. Hoffmann 1997.

³⁵⁹ Vgl. hierzu insbesondere *Cuadernos de Nuestra América*, Vol. VII-XII, 1990-1995; Dilla 1995.

³⁶⁰ Vgl. González 1996, S. 35ff.; Gratius 2003, S. 154ff.

des kubanischen Sozialismus nach dem Wegfall seines wichtigsten internationalen Alliierten und wirtschaftlichen Förderers, der Sowjetunion, deutlich vor Augen. Als direkte Folge dieser Veränderungen sah sich das politische System auf der Insel vor allem mit wachsenden Legitimations- und Kontrollproblemen konfrontiert, die aus einer vergleichenden Perspektive das Potential hatten, das Regime hinwegzufegen.³⁶¹ Der Dominoeffekt, der bereits den kommunistischen Regimen in Osteuropa ihr Ende bereitet hatte, würde nach Meinung vieler letztlich auch auf Kuba seinen Niederschlag finden.

Dabei sagten schon Anfang der 1990er Jahre verschiedene Kuba-Experten das Überleben des Castro-Regimes voraus und warnten vor einer vorschnellen Übertragung der Verhältnisse in Osteuropa auf Kuba.³⁶² Tatsächlich stechen selbst in einem eher oberflächlichen Vergleich gravierende Unterschiede zwischen dem kubanischen und dem osteuropäischen Kommunismus ins Auge.³⁶³ Die Unterschiede sind schon geographisch augenfällig. Kuba war nicht nur weit von den Ereignissen in Osteuropa entfernt, sondern hat auch keine direkten Grenzen zu anderen Staaten und ist rundherum vom Meer umgeben; die rasche Ausbreitung des Dominoeffekts war damit schon von vorneherein erschwert.

Zudem war Kuba traditionell ein Nachzügler gegenüber weltweiten Trends und gerade in Lateinamerika beinahe schon traditionell ein Sonderfall. Man denke hier nur an die seine Sonderstellung innerhalb des spanischen Kolonialreichs, seine vergleichsweise späte Loslösung vom spanischen Mutterland und schließlich die sozialistische Revolution 1959 mit dem regional einzigartigen Bruch mit den USA, der beinahe vollständigen Verstaatlichung der Produktionsmittel und dem regional einzigartigen Bekenntnis der politischen Führung zum Marxismus-Leninismus.³⁶⁴

In einem Vergleich mit den kommunistischen Regimen in Osteuropa kann hervorgehoben werden, dass, von der Sowjetunion abgesehen, sämtliche Regime dort nicht aus einer nationalen Revolution hervorgingen, an der ein Großteil der Bevölkerung aktiv beteiligt war und die von einer überwiegenden Mehrheit gar befürwortet wurde. Auch deshalb war das kubanische Regime politisch nicht abhängig von der Sowjetunion; anders als z.B. die Führungen der DDR, Ungarns oder der Tschechoslowakei bedurfte es niemals sowjetischer Panzer, um sich an der Macht zu halten. Zudem war es weit weniger abhängig

³⁶¹ Vgl. hierzu Kapitel 1 dieser Arbeit.

³⁶² Vgl. Baloyra 1993; Griffin 1992; Schulz 1993; Zimbalist 1992.

³⁶³ Vgl. zum folgenden insbesondere Kapitel 3.1. und 3.2.; Fabian 1993; Mesa-Lago, Carmelo/Fabian, Horst 1993; Radu 1995; González 1998; Whitehead 2002.

³⁶⁴ Vgl. Hoffmann/Whitehead 2006, S. 3.

von wirtschaftlicher und sozialer Performanz. Es bezog nur einen Teil seiner Legitimation aus ihr. Darüber hinaus beruhte seine Legitimation auf dem Charisma Castros und vor allem auf einem radikalen Nationalismus. Letzterer wurde durch die Konfrontationspolitik der USA sogar noch gestärkt.

Auch hinsichtlich der Führungsstruktur wies das kubanische Regime Eigenheiten auf. Anders als in den kommunistischen Ländern Osteuropas hatte es keinen Führungswechsel gegeben. Auf Kuba stand immer noch der Gründer des Regimes an der Spitze und an seiner Seite Leute, die einerseits zum allergrößten Teil aus derjenigen Generation stammten, die selbst den revolutionären Umsturz eingeleitet und schließlich auch die gesellschaftliche Umbrüche umgesetzt hatte, und andererseits vom Führer beinahe gänzlich abhängig waren. Die Herausbildung von starken Reformkräften, die wie etwa in Ungarn mit Teilen der Systemopposition paktierten, war deshalb sehr unwahrscheinlich.³⁶⁵

An der Spitze der osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion stand auch kein charismatischer Führer mit einem machiavellistischen Politikertalent, der trotz aller Kritik im Privaten und trotz seines wachsenden Alters die Massen immer noch mitreißen konnte. Und schließlich beurteilten Teile der Elite und der Bevölkerung die systemischen Alternativen im Falle Kubas als nicht eindeutig besser als die bestehenden Verhältnisse. Die lateinamerikanischen Nachbarn Kubas waren, anders als Westeuropa für die Ostblockstaaten, kein Schaufenster von Wohlstand, Stabilität und demokratischer Ordnung. Vielmehr zeitigten die dortigen wirtschaftlichen und politischen Umbrüche wie auch die Umbrüche in Osteuropa vor allem negative wirtschaftliche und soziale Konsequenzen, wie Wirtschaftskrisen, wachsende Armut und zunehmende Gewalt.

Dennoch: Zahlreiche Beobachter im Ausland, immer öfter auch Kräfte auf der Insel selbst, sahen die Lösung für die wirtschaftlichen und politischen Probleme in einer kompletten Neuausrichtung des Systems, ja in einer systemischen Transformation hin zu westlicher Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft ähnlich dem Modell der postkommunistischen Eliten in Osteuropa und nach dem Vorbild der lateinamerikanischen Regierungen nach dem Ende der dortigen Militärdiktaturen.³⁶⁶ Die überwiegende Mehrheit der Kommunistischen Partei Kubas und insbesondere ihre Führung sahen das anders. Sie glaubten nicht an die Alternativlosigkeit einer Transformation, sondern vielmehr an die Überlebens- und Entwicklungsfähigkeit des bestehenden revolutionär-sozialistischen Systems – auch in einer

³⁶⁵ Vgl. López 2003, S. 34.

³⁶⁶ Vgl. hierzu Kaufman Purcel 1991; Oppenheimer 1992; IRELA 1994.

Welt, die diesem zumindest wenig wohlgesonnen, zum Teil auch offen feindlich gegenüber stand.³⁶⁷



Massen-Fortbewegung (öffentlicher Verkehr) in Santiago de Cuba



Schlangen vor „der“ Eisdiele

³⁶⁷ Vgl. Domínguez 1993a, S. 121; Pickel 1998, S. 79f.; diesen Glauben bekräftigte die Führung schließlich auch auf dem IV. und V. Parteitag der KPK, in dessen Beschlüssen die Überzeugung festgehalten wurde, dass der Sozialismus nicht nur das beste existierende System darstelle, sondern auch die Schwierigkeiten Kubas nach 1990 und insbesondere die „US-Aggression“ überwinden könne, vgl. hierzu etwa Ruiz Alonso 1998, S. 61ff.; Azicri 2000, S. 105f. und 110ff.

4. Strategien und Maßnahmen der Stabilisierung

4.1 Die strategische Ausrichtung

Bevor auf die Schritte der kubanischen Führung eingegangen wird, mit denen sie auf die veränderten Entwicklungsbedingungen und wachsenden wirtschaftlichen und politischen Probleme reagierte, bietet es sich an, zunächst ihre wichtigsten politischen und strategischen Ziele herauszuarbeiten. In der Tat war das zentrale politische Ziel der kubanischen Führung seit Beginn der Krise Ende der 1980er Jahre: die bestehende wirtschaftliche und politische Ordnung mit allen Mitteln zu verteidigen.³⁶⁸ Dies machte Castro nicht zuletzt mit einer neuen Parole deutlich, die er in Abwandlung des revolutionären Schlachtrufs „Vaterland oder Tod“ seit 1989 ans Ende seiner Reden setzte: „Sozialismus oder Tod“;³⁶⁹ aber auch dadurch, dass er weiterhin von der *pluriporquería* (wörtlich: der Vielschweinerei) eines Mehrparteiensystems sprach, die es unter allen Umständen zu verhindern gelte.

Dass er die Ordnung durch die sich zusehends verschlechternde wirtschaftliche und außenpolitische Lage gefährdet sah, machte er frühzeitig deutlich. Bereits im August 1990 kündigte er eine Spezialperiode in Friedenszeiten (*periodo especial en tiempos de paz*) an, die mit Blut, Schweiß und Tränen einhergehen würde. Auch wenn keine direkte militärische Bedrohung vorliege, befände sich Kuba gleichsam in einem Krieg, in dem es um das Überleben der Revolution und ihrer Prinzipien ginge und es darauf ankomme, alle verfügbaren Ressourcen gleich welcher Herkunft zu mobilisieren.³⁷⁰

Innerhalb dieser Konzeption entwickelten er und seine Führung eine Reihe von strategischen Zielen, die sich schließlich auch der IV. Parteitag der KPK im August 1991 zu Eigen machte.³⁷¹ Die wichtigsten waren folgende:

Erstens, der Ausgleich der ausbleibenden Hilfen der Ostblockstaaten und des Verlustes der bisherigen Märkte und damit die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Basis. Im Zentrum stand dabei die Wiedereingliederung Kubas in den kapitalistischen

³⁶⁸ Vgl. Castro 1993.

³⁶⁹ Er bezog sich damit zum ersten Male nicht auf den kubanischen Nationalismus, sondern auf das herrschende System, vgl. Burchhardt 1996, S. 67.

³⁷⁰ Vgl. Burchhardt 1999, S. 130; Gratius 2003, S. 121.

³⁷¹ Vgl. Azicri 2000, S. 105ff.

Weltmarkt. Dafür sollten zum einen die wirtschaftlichen Ressourcen auf die Außenwirtschaftssektoren konzentriert werden, und damit auf den Handel mit traditionellen Exportgütern (Zucker, Nickel, Tabak, Fischerei, Zitrusfrüchte) und eine verstärkte Exportdiversifizierung (v.a. Tourismus und pharmazeutische Industrie). Zum anderen sollte gezielt gesparrt, die Importabhängigkeit durch Importsubstitution abgemildert und überall auf der Welt und unabhängig ideologischen Gesichtspunkten neue Wirtschaftspartner gefunden werden.

Zweitens, der Erhalt der sozialen Errungenschaften. Dafür sollte die Regierung weiterhin einen Schwerpunkt ihrer Politik auf Umverteilung und den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme legen und darüber hinaus weiterhin Eigentum als Quelle der Ungleichheit ausschließen sowie die sozialistische Kultur des Neuen Menschen, der sich solidarisch für die Gesellschaft aufopfert und sich an die Gesetze hält, fördern.

Drittens, die Aufrechterhaltung der politischen Prinzipien: vor allem das Machtmonopol der Kommunistischen Partei und ihrer Führung, die politische Einheit sowie die Loyalität und Treue der Bevölkerung gegenüber der Revolution und ihrer politischen Führung, aber auch die Verteidigung des Primats der Politik über die Wirtschaft und der politischen Unabhängigkeit. Dafür sollte insbesondere jegliche Opposition weiterhin konsequent unterdrückt werden, Disziplinlosigkeiten gerade innerhalb der Partei und des Staates bekämpft werden sowie die Unterstützungsbereitschaft der Bevölkerung und gerade auch der Jugend regeneriert werden, aber auch die Verselbständigung jeglicher Bereiche in Wirtschaft und Gesellschaft verhindert und gegen die Konfrontationspolitik der USA und andere Einmischungsversuche von außen konsequent Widerstand geleistet werden.

Wie diese Ziele letztlich genau erreicht werden sollten, war Anfang der 1990er Jahre noch unklar. Dies war nicht allein das Resultat der Unsicherheit darüber, welche langfristigen Folgen die Wirtschaftskrise und die veränderten außenpolitischen Bedingungen haben würden und ob der bislang eher schwach artikulierte Protest nicht doch in eine systemsprengende, revolutionäre Aktion umschlägt. Darüber hinaus gab es auch unterschiedliche Meinungen, wie die strategischen Ziele am besten erreicht werden könnten. Tatsächlich entbrannte Anfang der 1990er Jahre eine auch öffentlich ausgetragene Debatte in der Kommunistischen Partei – der ersten seit der Planungsdebatte Mitte der 1960er Jahre. Sie kreiste in erster Linie um folgende Fragen: Waren die neuen Probleme konjunktureller Natur, sprich vorübergehend, oder steckten dahinter strukturelle Unzulänglichkeiten

des Systems?³⁷² Inwieweit sollte man Marktinstrumente oder gar demokratische Mechanismen nutzen? Und inwieweit konnte man von Erfahrungen anderer sozialistischer Staaten lernen? Grundsätzlich traten in dieser Debatte zwei Lager auf, eine eher struktur- und handlungskonservativ orientierte Gruppe aus „Hardlinern“ und eine Gruppe von vorsichtigen Reformern, die eine stärkere Flexibilisierung des Systems verlangten.³⁷³

Die „Hardliner“ legten ihren Schwerpunkt vor allem auf die Bewahrung der kommunistischen Identität des politischen Systems und waren entsprechend stark ideologisch ausgerichtet. Dabei orientierten sie sich vor allem an der Programmatik der *rectificación* mit ihrer Politik der weitreichenden Ideologisierung, der Konsumreduzierung, der vollständigen Ressourcenlenkung und -verteilung und des politischen Konservatismus. Sie verwiesen insbesondere auf die Gefahren der Reformen unter Gorbatschow, gerade im Hinblick auf das ideologische Bewusstsein der Bevölkerung, der moralischen Vorbildlichkeit der Parteiangehörigen oder auch die neuen Einfallsmöglichkeiten des Imperialismus, und fühlten sich in ihrer Position schließlich auch durch die Folgen des sukzessiven Zusammenbruchs der Sowjetunion mit weitreichender Korruption, Kriminalität, Gewalt und wachsender Armut bestätigt. Ihrer Argumentation zufolge führten weiterreichende Reformen beinahe unweigerlich zu einer Erosion der ideologischen Rechtfertigungen des sozialistischen Systems und damit schließlich auch zum Zusammenbruch seiner Errungenschaften bis hin zu seinem Untergang. Ihre Schlussfolgerung bestand deshalb darin, am besten nichts oder nur wenig zu reformieren und stattdessen alle Kräfte und Ressourcen des Landes zu bündeln und mit revolutionärem Bewusstsein die Schwierigkeiten und die ausbleibende Unterstützung aus den sozialistischen Staaten zu kompensieren und auszusitzen.

Die reformorientierteren Kräfte, die vor allem aus den Reihen des Militärs, der Wissenschaft und der jüngeren Generation kamen, wollten demgegenüber ihren politischen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Systems legen und favorisierten entsprechend einen eher technokratischen Kurs. Ein Orientierungspunkt dieser Gruppe war das chinesische Modell mit weitreichenden wirtschaftlichen Liberalisierungen, einer außenpolitischen Flexibilität und einer zumindest organischen Weiterentwicklung der politischen Strukturen. Nach ihrer Argumentation zeigte der chinesische Weg, dass der Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei durch eine Reihe von marktwirtschaftlichen Reformen, welche ihre entwicklungspolitische Leistungsfähigkeit erhöhten, nicht grundsätzlich

³⁷² Vgl. Henkel 1996, S. 120.

³⁷³ Vgl. hierzu etwa Azicri 2001, S. 101; Corrales 2002; Dirmoser 1996, S. 412; González 1996, S. 39ff.; Gratius 2003, S. 155ff.; Henkel 1996, S. 101ff.

gefährdet wird; die Partei sogar unter verschiedenen Vorkehrungen, wie einer restriktiven ideologischen Konformitätskontrolle und anderer autoritärer Herrschaftsmechanismen, weiterhin die politische Hegemonie über eine sich pluralisierende Gesellschaft behalten kann. Die kommunistische Identität des politischen Systems würde mit einzelnen Anpassungen nicht verloren gehen, dafür erhöhe sich allerdings die Chance, insbesondere die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen vergleichsweise schnell zu überwinden.³⁷⁴

Fidel Castro stand grundsätzlich auf der Seite der „Hardliner“. So führten seiner Auffassung nach Konzessionen, und vor allem politische, nur zur Spaltung der Partei und zur Auflösung ihrer Autorität; die Reformen Gorbatschows hätten gerade das letztlich gezeigt. Statt auf Reformen zu setzen, gelte es vielmehr Fehler zu vermeiden, v.a. die Fehler, die in der Sowjetunion begangen wurden;³⁷⁵ damit meinte er vor allem die Entfesselung der Öffentlichkeit, der Demokratie und des Marktes. Gleichzeitig war er aber auch vom chinesischen Modell nicht überzeugt, wenngleich er dieses bei weitem nicht so stark ablehnte wie die Reformpolitik unter Gorbatschow.³⁷⁶ Der chinesische Reformweg widerspreche zum einen eigenen ideologischen Idealen, brächte er doch insbesondere soziale Ungleichheit und den Verlust der ideologischen Bindung der Bevölkerung an die sozialistischen Ideale der Solidarität und Gleichheit mit sich. Zum anderen sei seine Umsetzung aber auch durch spezifische Bedingungen Kubas, wie seine besondere internationale Lage mit einem mächtigen und offen feindlichen Gegenspieler oder die geringe Marktgröße, kaum zu bewerkstelligen. Eine vollständige Umstellung Kubas auf eine nur noch kommunistisch ummantelte „sozialistische Marktwirtschaft“ lehnte er damit ab.

Sein Leitspruch lautete stattdessen folgendermaßen:

„We will have to improve and perfect socialism, make it efficient but not destroy it. The illusion that capitalism is going to solve our problems is an absurd and crazy chimera for which the masses will pay dearly. This is another reason why, not only because socialism is more just, more honorable, and more human in every sense, but because it is the only system that would provide us with the resources to keep our social conquests.“³⁷⁷

³⁷⁴ Nur wenige Angehörige der Elite Kubas gingen über diese Ansätze hinaus und forderten neben wirtschaftlichen Reformen auch politische nach dem Vorbild der Sowjetunion unter Gorbatschow.

³⁷⁵ Vgl. ZK der KPK 1992.

³⁷⁶ Vgl. Domínguez 1993, S. 99 und 1993a, S. 121ff.

³⁷⁷ Vgl. Fidel Castro: Speech at the National Assembly, 28.12.1993, zit. nach Jatar-Hausmann 1999, S. 53.

Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen und politischen Probleme versteifte sich Castro allerdings nicht auf eine streng strukturkonservative Position. Insbesondere auf wirtschaftlichem und außenpolitischem Gebiet, wo sich die negativen Auswirkungen der geopolitischen Veränderung nach dem Kalten Krieg am deutlichsten zeigten, sah er die Notwendigkeit, bisherige ideologische Prämissen und Handlungsmuster zumindest teilweise zu verändern, um die Leistungsfähigkeit seines Regimes wiederherzustellen. Ein neuer Leitspruch machte diesen Sinneswandel deutlich: Um die Revolution zu retten, dürfe nicht theoretisiert, sondern müsse gehandelt werden.³⁷⁸ Auch deshalb zog er einzelne und punktuelle Zugeständnisse an die Befürworter marktwirtschaftlicher und politischer Reformen in Betracht, vor allem dann, wenn er sich sicher war, dass diese die Kontrolle der Kommunistischen Partei nicht gefährdeten.

In diesem Sinne versuchte Castro, beide Strömungen innerhalb seines Stabs miteinander zu verbinden und auszubalancieren – sprich mal stärker der einen, mal stärker der anderen Richtung nachzugeben und strategisch und taktisch einen Mittelweg zwischen starrer Konservierung und Kontrolle auf der einen und vorsichtigen Reformen auf der anderen Seite zu beschreiten.³⁷⁹ Dieser Mittelweg schwankte über die Zeit auf der Achse zwischen den Polen leichter Öffnung und autoritärer Kontrolle, zwischen *apertura* und *cierre*. Taktisch gesehen, ließ Castro Öffnungen vor allem dann zu, als sich die wirtschaftliche Situation und sich dadurch die Gefahr eines Aufstands zuspitzte; bei Verbesserung der Lage ab Ende 1995 nahm er sie dann wieder zurück. Diese Strategie und Taktik spiegelte sich vor allem in den Maßnahmen zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Basis des Regimes.

4.2 Wirtschaftspolitik zwischen „Apertura“ und „Cierre“

4.2.1 Marktwirtschaftsreformen in der *Periodo Especial* (1991-1995)

Nach der Ausrufung des *periodo especial en tiempos de paz* im August 1990 setzte die kubanische Regierung ein Notstandsprogramm um, das sie für den Kriegsfall und eine totale Blockade durch die USA konzipiert hatte. Sie setzte damit auf eine Art Kriegskommunismus mit zentral gesteuerter Ressourcenlenkung und -verteilung, wobei die vorhandenen finanziellen und personalen Ressourcen auf die Wirtschaftssektoren des Außenhandels konzentriert wurden, der Konsum eingeschränkt, alle verfügbaren Nahrungsmittel und Konsumgüter rationiert und der Mangel an Treibstoff durch Ochsen und

³⁷⁸ Vgl. Eckstein 1994, S. 96.

³⁷⁹ Vgl. Azicri 2000, S. 101f.

manuelle Arbeitskraft – insbesondere durch die Mobilisierung von Arbeitskräften – ersetzt wurden.³⁸⁰

Dabei entwickelte die Führung in der Folge keinen zentralen Wirtschaftsplan mehr. Burchhardt fasst die Entwicklungsstrategie der ersten Jahre nach 1990 folgendermaßen zusammen:

„auf der Grundlage restriktiver Sparmaßnahmen der öffentlichen und privaten Haushalte sollten die Importverluste über Rationierungen sozial verträglich verteilt und gleichzeitig die Ressourcen für minimale, notwendige Bedingungen zur Wiedereingliederung Kubas in die Weltwirtschaft freigesetzt werden.“³⁸¹

Zwar tolerierte die Regierung kleinere und mittlere Schwarzmarktaktivitäten, offiziell führte sie jedoch keine Marktmechanismen im Binnensektor ein. Tatsächlich wandte sich Castro in zahlreichen Ansprachen gegen jegliche Marktreformen und lehnte bis 1992 selbst die diskutierte Wiedereinführung von freien Bauernmärkten, die Privatisierung von kleinen Geschäften oder auch die Wiederzulassung von Lizenzen für selbständige Straßenverkäufer ab.³⁸² Befürworter von weiterreichenden Reformen auf der Insel attackierte er anfangs sogar als Defätisten, Pseudo-Revolutionäre und Verräter.

Dabei verzichtete Castro nicht auf marktorientierte Reformen, v.a. nicht im externen Sektor der Wirtschaft. Zu diesen Reformmaßnahmen gehörten z.B. die Förderung und der Ausbau des Tourismus und der Biotechnologie, verstärkte Anstrengungen, Auslandskapital anzulocken, sowie zahlreiche Initiativen, die auf die Erschließung neuer Märkte abzielten. So errichtete die kubanische Regierung vor allem mit Hilfe ausländischer Investoren neue Hotels und Chemieanlagen und vermarktete mit Hilfe ausländischer Kooperationspartner Kuba international als Touristeninsel mit einer unberührten Natur und weißen Stränden. Gleichzeitig öffnete die Regierung den Außenhandelssektor für ausländisches Kapital. Um dafür eine legale Grundlage zu schaffen, ließ sie sogar die Verfassung 1992 ändern.³⁸³ Sozialistisches Eigentum konnte fortan wieder in Privateigentum umgewandelt werden. Der Staat beanspruchte nur mehr Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln; Auslandsinvestitionen genossen den Schutz der Verfassung.

Außerdem veränderte die Regierung ihre außenpolitische Strategie. Um alte Freundschaften wieder zu beleben und neue Partner zu finden,

³⁸⁰ Vgl. Mesa-Lago 1994, S. 153ff.

³⁸¹ Vgl. Burchhardt 1996, S. 68.

³⁸² Vgl. Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 18.

³⁸³ Vgl. Constitución de la República de Cuba 1996, Artikel 14 und 23.

startete sie nach 1990 regelrecht eine außenwirtschaftspolitische Offensive.³⁸⁴ Kuba richtete z.B. ab 1990 zahlreiche internationale Konferenzen und Wirtschaftsmessen aus, auf denen Fidel Castro zumeist persönlich anwesend war, und strebte in beinahe alle Foren der Vereinten Nationen und anderer regionaler und transatlantischer Verbände. Gleichzeitig weitete Fidel Castro, aber auch sein Bruder Raúl, deutlich die diplomatischen Reisetätigkeiten aus.³⁸⁵

Beide besuchten über die Zeit immer wieder Länder auf allen Kontinenten, trafen sich dort mit Staatschefs oder, wie etwa in Europa, mit hohen Ministerialbeamten und vertieften so die gegenseitigen Beziehungen. Wenngleich es sie am häufigsten nach China und die Länder Lateinamerikas zog, besuchten sie seit den 1990er Jahren darüber hinaus z.B. Russland, den Iran und andere Länder des Nahen Ostens, Japan, Südafrika, Italien und auch Frankreich. Den Widerpart stellten Empfänge von Regierungschefs und anderen hochrangigen Delegationen aus praktisch allen Ländern, mit denen Kuba diplomatische Beziehungen unterhielt, in Havanna dar.³⁸⁶ Diese Besuche halfen der Regierung, nach innen wie nach außen ihr Image aufzubessern und ihre diplomatischen Beziehungen zu vertiefen, aber zum großen Teil auch ihre Handelsbeziehungen und andere gemeinsame wirtschaftliche Interessen auszubauen.³⁸⁷

Der Imageverbesserung diente dabei auch der Rückzug des Regimes vom bewaffneten Internationalismus. Nachdem Kuba noch in den 1980er zahlreiche Missionen zugunsten befreundeter Bewegungen und Organisationen unternommen hatte, sank deren Unterstützung nach 1990 praktisch auf Null. Dafür spielten finanzielle Gründe eine wichtige Rolle; darüber hinaus signalisierte das Regime damit aber auch, dass es willens war, die Ansprüche des umworbenen Westens an die Außenpolitik Kubas stärker zu berücksichtigen.

Die Regierung versuchte zunächst, den Außenwirtschaftsbereich vom Binnensektor abzukapseln. Mit „Kapital ja, Kapitalismus nein“ umschrieb Fidel Castro die neue Devise.³⁸⁸ Das Wachstum des Tourismus

³⁸⁴ Vgl. zum folgenden insbesondere Azicri 2000, S. 225ff.

³⁸⁵ Vgl. Hoffmann 2001, S. 179ff.

³⁸⁶ 1999 besuchte z.B. das spanische Königspaar die Insel. Darüber hinaus kamen z.B. auch Nelson Mandela, Kanadas Ministerpräsident Creti n, Vladimir Putin und wiederholt auch die Staats- und Parteichefs Chinas und Vietnams. Nicht zu vergessen ist schließlich in diesem Zusammenhang der Besuch des Papstes 1998.

³⁸⁷ Diese Offensive unterstrich vor allem zweierlei. Zum einen forcierte die kubanische Führung die wirtschaftliche und politische Kooperation auch mit kapitalistischen Ländern und legte – anders als noch die Jahrzehnte zuvor – keinen Wert mehr auf die ideologische Ausrichtung seiner Wirtschaftspartner. Zum anderen diversifizierte die Regierung auch seine Außenbeziehungen.

³⁸⁸ Vgl. Eckstein 1994, S. 102.

und der Biotechnologie, Auslandsinvestitionen und neue Handelsverträge würden die Binnenwirtschaft schnell stützen; und dennoch würde eine Kontaminierung der Binnenwirtschaft und des sozialistischen Systems durch staatliche Kontrolle vermieden werden.³⁸⁹ Allerdings erfüllten sich beide Versprechungen nicht. Zwar wuchs der Tourismus stetig an und gleichzeitig entwickelte Kuba neue Exportmärkte gerade in Lateinamerika, China und Europa, jedoch brachte der Tourismus nur geringe Nettoeinnahmen, die Exporte sanken weiter und auch Auslandskapital floss nur langsam auf die Insel.³⁹⁰ Kapital- und Finanztransfers reichten auch deshalb bei weitem nicht aus, um die Wirtschaftsproduktion im Gesamten wieder zu beleben.

Gleichzeitig entwickelten sich zahlreiche, informelle Verbindungen zwischen dem Außensektor und dem Binnensektor. Trotz hoher Strafandrohung gegenüber den eigenen Bürgern verhinderte die Regierung nicht, dass eine ganze Reihe von informellen Geschäftsverbindungen zwischen Touristen und anderen Ausländern und Kubanern entstand. Ein Hintergrund davon war, dass Geschäfte in den Touristenhotels eine ganze Reihe von knappen hochwertigen Waren und Konsumgütern anboten, die allesamt auch auf dem kubanischen Schwarzmarkt nachgefragt wurden. Kubaner konnten diese Waren auf legalem Wege nicht erhalten, weil die Geschäfte Touristen und Diplomaten vorbehalten waren.

Auf der einen Seite war damit eine Trennung zwischen Touristen und Kubaner entstanden, die in der Alltagssprache der Kubaner als „Touristenapartheid“ firmierte. Auf der anderen Seite ein starker Anreiz für Kubaner, Geschäftsbeziehungen mit Touristen und Ausländern auf alle erdenkliche Art und Weise aufzubauen. Ein Mittel für Kubaner, dies zu bewerkstelligen, war der *jineterismo*, das „Dranhängen“ an Touristen: mittels sexueller und anderer Dienstleistungen versuchten Kubaner, von Touristen Waren und Güter aus den Touristenshops zu erhalten oder auch nur Zugang zu Diskotheken und anderen vornehmlich Ausländern vorbehaltenen und auf Devisenbasis betriebenen Restaurants und Amüsierbetriebe zu bekommen.³⁹¹ Auf diese Weise kehrte die Prostitution nach Kuba zurück.

Es blieb bei diesen informellen Verbindungen keineswegs beim Austausch von Waren und Dienstleistungen. Zusehends fungierte auch der für Kubaner illegale, durch die Touristen aber immer stärker ins Land geschwemmte US-Dollar als allseits akzeptierte Rechnungsgröße. Auf dessen Basis wickelten die Kubaner immer öfter ihre informellen Geschäfte ab. Dadurch, dass auf der einen Seite der Peso in Fülle

³⁸⁹ Vgl. Burchhardt 1996, S. 67ff.

³⁹⁰ Vgl. hierzu insbesondere Kapitel 6 der vorliegenden Arbeit.

³⁹¹ Vgl. hierzu etwa Fusco 1997; Trumbull 2001; Abion 2001; Hodge 2001.

vorhanden war, ohne dass für ihn ausreichend Waren erhältlich waren, gleichzeitig die Waren im Devisensektor aber knapp waren, gewann der Dollar sogar die Funktion einer heimlichen Leitwährung der informellen Binnenwirtschaft und erlebte gegenüber dem Peso immer neue Höhenflüge. Während der offizielle Wechselkurs vom US-Dollar zum kubanischen Peso bei 1:1 lag, betrug der informelle Wechselkurs der beiden Währungen 1991 schon 1:25 und stieg 1993, in der Hochphase der Krise, sogar auf 1:140 an, bis er sich in den folgenden Jahren wieder bei einem Wert zwischen 1:20 und 1:25 einpendelte.³⁹² Der monatliche kubanische Verdienst von durchschnittlich 180-200 Pesos hatte in dieser Phase gerade noch einen Gegenwert von knapp zwei Dollars auf dem Schwarzmarkt, und das bei steigenden Preisen. Umso mehr entwickelte sich eine Jagd nach dem Dollar.

Für die Kubaner kam es immer weniger darauf an, was man arbeitete und welche Qualifikation man erwarb, sondern nur noch darauf, ob man Zugang zu Dollars hatte oder nicht. Wer diesen Zugang hatte, etwa durch Aktivität auf dem Schwarzmarkt oder durch Arbeit im externen Sektor der kubanischen Wirtschaft, etwa im Tourismus oder den Joint-Venture-Betrieben, hatte diesen Zugang, wer einzig im staatlichen Peso-Sektor arbeitete, nicht. Plötzlich lebten Köche, Barkeeper, Kellnerinnen und auch Prostituierte weitaus besser als Universitätsprofessoren, Ärzte oder Ingenieure.³⁹³ Der Anreiz, in die dollarisierte Schattenwirtschaft auszuweichen und seine Arbeit in den staatlichen Firmen zu vernachlässigen, stieg dadurch beträchtlich.

Dabei begünstigte der Schwarzmarkt diejenigen, die über knappe Waren und Distributionskanäle verfügten, und benachteiligte die anderen, die – aus welchen Gründen auch immer – in dieser Hinsicht nichts vorzuweisen hatten. Das freie Spiel der Kräfte auf dem Schwarzmarkt förderte auch dadurch eine heimliche Geld- und Warenakkumulation zugunsten einiger weniger zu Tage und stellte damit den Grundgedanken der sozialistischen Gleichverteilung in Frage.

Die Regierung war sich dieser wirtschaftlichen und ideologischen Probleme bewusst, die teils durch die Wirtschaftskrise, teils aber auch durch ihre Politik der Konsumreduzierung, der „Touristenapartheid“ und der Schwarzmarkttolerierung hervorgerufen wurde. Dennoch wich sie zunächst nicht von ihrem Konzept ab, den offiziellen Binnenmarkt weiterhin von oben zu steuern und den informellen Bereich der kubanischen Wirtschaft allenfalls zu tolerieren. Diese Strategie war in Wirtschaftskreisen Kubas heftig umstritten: so nehme sich

³⁹² Vgl. Pérez Jr. 2006, S. 310; zur Entwicklung des Schwarzmarktkurses des Peso gegenüber dem US-Dollar nach 1990 siehe Henkel 1996, S. 177, Tab. 11; Burchhardt 1996, S. 111, Abbildung 13.

³⁹³ Vgl. Mesa-Lago 1996, S. 75.

der Staat die Chance, den Binnenmarkt mittels Reformen wieder zu beleben und diesen zur Krisenbewältigung aktiv einzusetzen.³⁹⁴

1993 geriet die Regierung in eine immer verzwicktere Situation. Sie sah sich nicht nur einem wachsenden Niedergang der eigenen Wirtschaftsleistung gegenüber, sondern hatte auch immer weniger Geldmittel, um ihre sozialen Dienstleistungen zu finanzieren und zu sichern; und vor allem hatte sie auch immer weniger Devisen, mit denen sie notwendige Lebensmittel, Medikamente, Erdöl usw. für die einheimische Versorgung einkaufen konnte. Gleichzeitig sah sie sich einem wachsenden Unmut in der Bevölkerung über die angespannte Versorgungslage ausgesetzt, der im besonderen weitere Einschränkungen des privaten Konsums kaum mehr zuließ, wollte man das daraus resultierende Protestpotential nicht erweitern oder sogar direkt soziale Unruhen provozieren. Aus wirtschaftlichen und auch politischen Gründen befürwortete Castro 1993 schließlich auch Reformen im Binnenmarkt.

Auffälligstes Kennzeichen dieser Reformpolitik im Binnenmarkt war ihr defensiver Charakter: die allmähliche Ausweitung des *de facto* Tolerierten und bereits grundlegend Vorhandenen; eine Öffnung des Binnenmarktes „durch die Hintertür“.³⁹⁵ Die spektakulärste Maßnahme in dieser Hinsicht war die plötzliche Legalisierung des Besitzes und der freien Zirkulation harter Devisen auf der Insel, vornehmlich des US-Dollars.³⁹⁶ Der wichtigste Grund dieser Maßnahme bestand darin, eine neue Finanzierungsquelle von Staat und Wirtschaft zu erschließen: Geldsendungen aus dem Ausland an auf der Insel lebende Verwandte und Freunde (*remesas*).³⁹⁷ Das Potential dieser Quelle war nicht zu verachten. Viele der rund 2 Mio. Kubaner im Ausland, auch und vor allem diejenigen, die erst seit den 1980er Jahren geflohen waren, hatten nicht nur enge familiäre und freundschaftliche Bande auf der Insel, sondern brachten es außerhalb Kubas auch zu Wohlstand. Sie hatten damit nicht nur einen Grund, ihren zurückgebliebenen Verwandten und Freunden bei den alltäglichen Versorgungsgespässen mit Geldsendungen unter die Arme zu greifen, sondern auch häufig die Mittel dazu.

Um diese Sendungen zu befördern, senkte die Regierung eine ganze Reihe von bisherigen Schranken und etablierte zahlreiche Einrichtungen, um Devisen abzuschöpfen und so für den Staat fruchtbar zu

³⁹⁴ Vgl. insbesondere Carranza 1996; Monreal/Rúa del Llano 1996.

³⁹⁵ Vgl. Hoffmann 1996a, S. 103.

³⁹⁶ Castro meinte, ihm sei diese Legalisierung „zuwider“, ihm bliebe allerdings keine andere Wahl, um die Revolution zu retten, vgl. Castro 1996, S. 44ff.; Azicri 2000, S. 140ff.

³⁹⁷ Vgl. Burchhardt 2001, S. 318.

machen. So flexibilisierte sie etwa die Einreisebestimmungen für Kubaner, die im Ausland lebten, öffnete vormals nur Ausländern und Diplomaten vorbehaltenen staatliche Geschäfte, in denen es gegen harte Währung praktisch sämtliche Waren und Konsumgüter zu kaufen gab, für alle Kubaner,³⁹⁸ baute das Filialnetz dieser Dollarläden rapide über die ganze Insel aus, erleichterte mit einer Bankenreform Geldüberweisungen aus dem Ausland und die Kontoeröffnung in Devisen und baute schließlich ein Netzwerk von Geldwechselstuben (*cadecas*) auf, in denen die Bevölkerung harte Devisen gegen Pesos und vice versa umtauschen konnte.

Mit diesen Maßnahmen erhöhte die Führung nicht nur ihre Deviseneinnahmen, weshalb die *remesas* bereits Mitte der 1990er Jahre die wichtigste Einnahmequelle Kubas darstellten,³⁹⁹ sondern verbesserte auch spürbar die Versorgungssituation desjenigen Teils der Bevölkerung, der über das Ausland oder über informelle Netzwerke Devisen bezog. Darüber hinaus beendete sie auch weitgehend die „Touristenapartheid“ in einem Land, das sich jeher auf dem Versprechen gründete, zuerst den Kubanern und erst dann Ausländern zu dienen. Zwar blieben auch in Zukunft eine ganze Reihe von Touristenresorts und der Bereich der Beteiligungsgesellschaften Kubanern auf der Insel verschlossen; der sichtbarste Teil der Privilegierung, der beschränkte formale Zugang zu raren Konsumgütern, war damit aber abgeschafft worden.

So notwendig diese Maßnahme auch erschien: Der Preis dafür war sehr hoch. Dadurch, dass weiterhin nur ein kleiner Teil der Bevölkerung Zugang und vor allem legalen Zugang zum Dollar hatte und gleichzeitig durch die Inflation der Peso gegenüber dem Dollar unter Druck geriet, profitierte von dieser Änderung nur ein kleiner Teil der Bevölkerung: diejenigen mit Verwandten im Ausland, Beschäftigte im Joint-Venture-Sektor und im Tourismus. Sie blieben die Minderheit.⁴⁰⁰ Nach Schätzungen der Regierung von 1995 lag der Anteil der Bevölkerung, der legal über Devisen verfügte, bei rund 20% der Gesamtbevölkerung, in Havanna bei rund 35% der Bevölkerung;⁴⁰¹ eine niedrige Rate, die in den folgenden Jahren zwar gesteigert wurde, aber nicht die Zwei-Drittel-Marke überschritt.⁴⁰² Das Egalitätsprinzip der Revolution und der Anspruch auf soziale Gleichheit wurden damit praktisch aufgehoben.

³⁹⁸ Für einen Überblick über die Dollarläden siehe insbesondere Ross/Fernández Mayo 2002.

³⁹⁹ Vgl. Monreal 1999.

⁴⁰⁰ Vgl. Gomez/Rothe 2004, S. 238.

⁴⁰¹ Vgl. Granma International, 4.1.1995, S. 4.

⁴⁰² Vgl. Mesa-Lago 2003.

Darüber hinaus hatte dies aber auch gravierende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Steuerungsfähigkeit des Staates. Mit der Dollarlegalisierung wurde die Spaltung der Wirtschaft in einen direkt kontrollierten sozialistischen Wirtschaftsbereich und einen nur mehr indirekt gesteuerten marktwirtschaftlichen Sektor durch die Existenz zweier Währungen quasi formalisiert, ohne dabei konsistent miteinander verbunden worden zu sein.⁴⁰³ Wachstumspotentiale wurden dadurch von vorneherein durch erhebliche Transaktionskosten gehemmt.

Die Regierung blieb indes nicht bei der Dollarlegalisierung stehen. Vielmehr geriet diese zum Auftakt für weitere Modifikationen des Binnenmarkts, die gleichsam zu einen „Sommer der Reformen“ führten.⁴⁰⁴ Eine der wichtigsten Veränderungen stellte die Wiederzulassung von „Arbeit auf eigene Rechnung“ dar.⁴⁰⁵ In der Folge konnten Staatsangestellte, die sich durch vorbildliche Arbeit und damit ideologische Konformität ausgezeichnet hatten, Arbeiter aus dem Staatssektor, die aufgrund von Umstrukturierungen entlassen worden waren, sowie Rentner, Behinderte und Hausfrauen wieder selbständig arbeiten.⁴⁰⁶ Diese durften nun auf eigene Rechnung in einer ganzen Reihe von Berufen arbeiten. Die Anzahl dieser Berufe stieg von zunächst 117 über die nächsten Jahre auf knapp 200; sie konzentrierten sich in der Hauptsache auf den Dienstleistungsbereich (Taxifahrer, Elektriker, Klempner, Friseure, Nahrungsmittelzubereitung und Verkauf in Privatrestaurants [*Paladares*]), umfassten aber auch das Kleinhandwerk (Schuhmacher) und die Produktion im Primärsektor (Blumen, Fisch, Milchwaren). Schon kurze Zeit nach

⁴⁰³ Das Charakteristikum dieser dualen Struktur der kubanischen Wirtschaft, die bis heute besteht, beschrieben Carranza/Gutiérrez/Monreal (1995, S. 40) schon Mitte der 1990er Jahre sehr treffend: „Der duale Charakter der aktuellen Volkswirtschaft Kubas besteht nicht in der Existenz eines modernen und eines zurückgebliebenen Sektors innerhalb der gleichen Wirtschaftsdynamik, sondern in der von zwei schwach verknüpften Sektoren mit unterschiedlichen Finanz-, Bilanzierungs-, Planungs- und Rechtssystemen.“

⁴⁰⁴ Vgl. Mesa-Lago 1996, S. 70ff.

⁴⁰⁵ Bereits auf dem IV. Parteitag kündigte die politische Führung die erneute Legalisierung einer ganzen Reihe von privaten Kleinstbetrieben aus dem Bereich der Dienstleistungen und des Kleingewerbes an, nachdem diese 1968 zunächst ganz verboten worden waren, 1978 teilweise wieder zugelassen und 1986 schließlich im Rahmen der *rectificación* beinahe wieder ganz zurückgestutzt worden waren. Wirtschaftspolitischer Hintergrund der neuerlichen Wende war neben der schleichenden Ausbreitung der offenen und versteckten Arbeitslosigkeit und kritischen Versorgungsengpässen bei Dienstleistungen und Produkten aller Art insbesondere die Suche nach einem Weg, die weitverbreitete Praxis, Materialien und Arbeitsmittel aus den Staatsbetrieben für den Schwarzmarkt zu stehlen, über die Schaffung legaler Distributionskanäle für diese Güter einzudämmen. Es dauerte allerdings bis September 1993, bis die genauen Regelungen verabschiedet waren und damit auch diese Reform umgesetzt werden konnte.

⁴⁰⁶ Vgl. Mesa-Lago 1996, S. 78.

der Umsetzung der Reform erlebten diese privaten Kleinstbetriebe einen Boom, dessen sichtbarstes Zeichen zahlreiche Imbisse und Straßenverkäufer, aber auch private Taxis waren.⁴⁰⁷

Daneben unternahm die Führung 1993 weitere Reformen. Dazu gehörte eine beschränkte Agrarreform. Sie sollte insbesondere die Effizienz in der Landwirtschaft steigern und die Selbstfinanzierung und Selbstversorgung der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten sicherstellen.⁴⁰⁸ Dazu wandelte sie einen Großteil der Staatsbetriebe in der Zucker- und Landwirtschaft in sich selbst verwaltende landwirtschaftliche Kooperativen (*Unidades Básicas de Producción Cooperativa*) um und räumte diesen ein kostenloses Nutzungsrecht des staatlichen Landeigentums ein. Frei entscheiden konnten diese neuen Einheiten allerdings weiterhin nur bedingt. Der Ertrag musste weiterhin zum größten Teil zu festgesetzten Preisen an den Staat verkauft werden und der Staat bestimmte auch weiterhin, welche Produkte anzubauen waren und wie hoch das Ertragssoll lag.

Zwar entwickelten diese Reformen durchaus Potential für die Zukunft, kurzfristig verbesserten sie die Versorgungssituation der Bevölkerung aber kaum. Als die Nationalversammlung am 3. und 4. August 1994 zusammentrat und die Einführung eines neuen Steuersystems beschloss, sonst jedoch die Hoffnungen auf weitere marktöffnende Wirtschaftsreformen nicht erfüllte und keine weitere Konzessionen zu machen bereit war, kam es am 5. August 1994 in Havanna zu den ersten offenen Ausschreitungen seit der Konsolidierung der revolutionären Macht Anfang der 1960er Jahre. Castro regierte darauf mit einer mehrgleisigen Strategie. Einerseits erhöhte er die Polizeipräsenz und ließ zahlreiche Oppositionelle festnehmen; andererseits kündigte er an, keine Fluchtversuche aus Kuba mehr durch den Grenzschutz unterbinden zu wollen. Innerhalb eines Monats verließen daraufhin 35.000 Menschen die Insel. Castro hatte damit Dampf abgelassen und sogar noch ein weiteres Ziel erreicht: die USA waren bereit, ihre permissive Politik gegenüber kubanischen Einwanderern zu überdenken und in Migrationsverhandlungen mit Kuba zu treten.⁴⁰⁹

⁴⁰⁷ Vgl. Burchhardt 1996, S. 127ff.

⁴⁰⁸ Vgl. Azicri 2000, S. 144ff.

⁴⁰⁹ Die traditionelle Migrationspolitik der USA gegenüber Kuba beruhte seit 1966 auf dem *Cuban Refugee Adjustment Act (Ley de Ajuste Cubano)*, wonach jeder Kubaner das Recht auf eine permanente Aufenthaltsgenehmigung und Eingliederungshilfen hat, da er automatisch als politischer Flüchtling gilt. Kubaner waren auf diese Weise gegenüber anderen Einwanderern in die USA privilegiert. Castro hatte diese Privilegierung stets abgelehnt und als wichtigste Ursache gedeutet, warum Kubaner den gefährlichen Seeweg nach Florida auf oftmals seeuntüchtigen Flößen und Booten unternahmen und auch vor Schiffsentführungen nicht zurückschreckten.

Zwar reagierte die Regierung Clinton auf die Flüchtlingskrise zunächst mit einer Verschärfung des Embargos, indem es z.B. vorübergehend sämtliche Geldüberweisungen von Exilkubanern nach Kuba verbot; im Zuge des Konflikts befürwortete die US-Regierung allerdings unter dem Druck der amerikanischen Öffentlichkeit ein neues Migrationsabkommen mit Kuba, das zwischen September 1994 und Mai 1995 ausgehandelt wurde.⁴¹⁰ Das Ziel dieses Abkommens war die Beschränkung des illegalen Flüchtlingsstroms in die USA. Dazu verpflichteten sich die USA, von ihrer Küstenwache aufgegriffene Kubaner wieder nach Kuba zurückzusenden und die bislang sehr restriktiv gehandhabte Visavergabe an kubanische Bürger zu liberalisieren, so dass wenigstens 20.000 Reisen und Auswanderungen in die USA pro Jahr möglich würden. Kuba hatte seinerseits für die Überwachung seiner Landesküsten zu sorgen und die US-Behörden über illegale Flüchtlinge zu informieren. Ein bilateraler Dialog, der mindestens einmal im Jahr stattfinden und gleichsam ein Austauschforum auf Regierungsebene darstellen würde, sollte dabei die Einhaltung der Vereinbarung garantieren.⁴¹¹

Dieses Ergebnis nützte beiden Seiten. Für die USA bot es die Möglichkeit einer besseren Steuerung der Einwanderung und damit der Vermeidung von innenpolitischen Konflikten, etwa zwischen verschiedenen Einwanderungsgruppen. Gleichzeitig behielt sie die Chance, über eine flexible, nunmehr aber nur noch bedingt permissive Migrationspolitik den Abstrom von Kubanern zu erhalten und damit die bleibenden Leistungsschwächen des kubanischen Systems stetig aufzuzeigen.⁴¹² Für die kubanische Seite blieb demgegenüber die Möglichkeit, unzufriedene Bevölkerungsteile weiterhin in die Vereinigten Staaten auszulagern, gleichzeitig aber nicht den Abstrom von allzu vielen Bürgern hinnehmen zu müssen.

Eine direkte wirtschaftspolitische Reaktion der Regierung auf die Proteste bestand in der Wiedereröffnung von Bauernmärkten und einem rascheren Ausbau des Privatsektors. Dabei hatte gerade die Wiedereröffnung der Bauernmärkte eine besondere ideologische Brisanz; noch 1986 standen sie im Mittelpunkt der Kritik Fidel Castros der Wirtschaftsstrategie der 1970er und frühen 1980er Jahre auf dem III. Parteitag, der die *rectificación* einleitete. Die Wiedereröffnung markierte eine ideologische Niederlage der kubanischen Führung, die von wirtschaftlichen Zwängen hervorgerufen wurde. Sie zeigte aber auch, dass die kubanische Regierung unter Castro in kritischen Momenten zu ideologischen Zugeständnissen bereit war, um ihre

⁴¹⁰ Vgl. Engelhardt/Kahlcke 1996, S. 385.

⁴¹¹ Vgl. Colomer 1998, S. 5ff; Gratius 2003, S. 198.

⁴¹² Sofern Flüchtlinge das amerikanische Festland erreichen, wird ihnen – anders als wenn sie auf hoher See aufgegriffen werden – Asyl gewährt.

Machtbasis zu regenerieren. Auch deshalb verzichtete sie in der Folge darauf, regulierend in die Preise auf den Märkten einzugreifen. Demgegenüber erlaubte sie praktisch allen Kubanern, auf diesen Märkten tätig zu werden: Privatpersonen mit Garten ebenso wie unabhängigen Bauern, landwirtschaftlichen Kooperativen oder Betriebe der Armee. Selbst vormals verdammte Zwischenhändler durften wieder in Erscheinung treten und so zur Schließung der Versorgungskette bis hinein in die Städte beitragen.⁴¹³

Wer und wie man auf den Märkten aktiv werden durfte, bestimmte die Regierung mittels zahlreicher gesetzlichen Regulierungen. Anbieter mussten z.B. nachweisen, dass sie ihr Plansoll gegenüber dem Staat erfüllt hatten und lediglich Überschüsse verkauften. Darüber hinaus bestimmte sie, dass nur auf der Basis des kubanischen Peso gehandelt werden durfte und verbot den Verkauf bestimmter Produkte, wie Zucker, Rindfleisch, Milch und andere Milchprodukte, auch um die Rationierung lebenswichtiger Nahrungsmittel sicher zu stellen. Wie auch bei der „Arbeit auf eigene Rechnung“ verlangte der Staat zudem eine Lizenzgebühr und die Abgabe eines Steuersatzes jeden Händlers, der sich auf den Umsatz bezog und je nach Lage der Märkte variierte. Havanna hatte den niedrigsten Steuersatz, womit ein Anreiz geschaffen wurde, gerade in dieses wichtigste Ballungszentrum, das Zentrum der letzten Proteste, landwirtschaftliche Produkte zu bringen.

Durch die Einführung der Märkte verbreitete sich das Nahrungsmittelangebot schnell und deutlich. Die Stimmung verbesserte sich dadurch spürbar. Allerdings waren die Preise gemessen am Durchschnittsverdienst eines kubanischen Staatsangestellten sehr hoch. Ein Pfund Schweinefleisch kostete z.B. im Herbst 1995 in Havanna rund 40 Pesos, mehr als ein Fünftel des durchschnittlichen offiziellen Monatsverdienstes.⁴¹⁴ Doch immerhin gab es überhaupt wieder ein ausreichendes Angebot an Fleisch, Obst und Gemüse; zudem lagen die Preise niedriger als auf dem Schwarzmarkt. Aufgrund der Konkurrenz zwischen staatlichen und privaten Landwirtschaftsbetrieben sanken die Preise der Tendenz nach. Mit den Bauernmärkten entstand eine ernsthafte legale Konkurrenz zum Schwarzmarkt; eine Konkurrenzsituation, die sich schließlich durch die Eröffnung von Handwerksmärkten im Dezember 1994 noch zunahm. Diese Märkte stimulierten die Nahrungsmittel- und Gebrauchsgüterproduktion deutlich und gaben neue materielle Anreize, das staatliche Plansoll überzuerfüllen.

Die Einführung einer neuen Geld- und Fiskalpolitik als wirtschaftliches Steuerungsinstrument im Herbst 1994 stellte eine weitere

⁴¹³ Vgl. Hoffmann 1996a, S. 109.

⁴¹⁴ Vgl. ebd., S. 110

Reform dar.⁴¹⁵ Fortan versuchte die Regierung, die Geldmenge zu verringern und das Staatsdefizit durch neue steuerliche Einnahmequellen und höhere Ausgabendisziplin abzubauen. Ihre Mittel waren drastische Preiserhöhungen auf eine Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen, die Reduktion der Nahrungsmittelrationierung sowie von Subventionen für staatliche Betriebe, die Entlassung oder zumindest Versetzung eines Teils der kubanischen Arbeitskräfte, Umschichtungen von Krediten und eine Verlagerung der Schulden auf Betriebsebene und vor allem der Einführung eines integrierten Steuersystems,⁴¹⁶ das direkte wie indirekte Steuern und andere Gebühren umfasste. Der finanzpolitische Schwerpunkt der Regierung hatte sich dadurch weg von einer oft politisch begründeten Ausgabenpolitik hin zur Konsolidierung der staatlichen Finanzen bewegt. Beispielsweise blieben die Renten und Löhne im staatlichen Sektor bis 2005, als die Regierung sie um bis zu 20% an hob, nominell weitgehend konstant.⁴¹⁷ In der Folge erholten sich die Staatsfinanzen und das Haushaltsdefizit schmolz ab.

Während diese Reformen vornehmlich den Binnensektor betrafen, gab es auch im Außensektor weitere marktwirtschaftliche Reformen. Im Besonderen zeigte sich dies 1995 in einem neuen Investitionsgesetz. Es zielte auf die Erleichterung von Auslandsinvestitionen ab und erlaubte ausländischen Kapitalgebern und sogar dem kubanischen Exil und US-Unternehmen⁴¹⁸ in allen wirtschaftlichen Bereichen außer im Gesundheits-, Bildungs- und Militärssektor Joint Ventures eine Kapitalbeteiligung von bis zu 100%.⁴¹⁹ Das alte Investitionsgesetz von 1982 wurde dadurch deutlich flexibilisiert. Niedrige Steuern, freier Kapitaltransfer, unabhängige Unternehmensentscheidungen, gut ausgebildetes Personal, relativ sichere soziale Verhältnisse sowie die Tatsache, sich nicht der US-amerikanischen Konkurrenz stellen zu müssen, lockten seither eine Vielzahl von ausländischen Investoren auf die Insel, v.a. in den Wachstumsbranchen Tourismus,

⁴¹⁵ Vgl. Burchhardt 2001, S. 323f.

⁴¹⁶ Vgl. Azicri 2000, S. 150ff.

⁴¹⁷ Vgl. Hoffmann/Whitehead 2006, S. 8.

⁴¹⁸ Auf Kuba warf dies die Frage auf, ob nun die ehemals als „Würmer“ titulierten Exilanten plötzlich eine gegenüber den einheimischen Kubanern, denen jegliche Investitionen verboten blieben, privilegierte Gruppe darstellten. Letztlich gab es allerdings keine Investitionen aus den USA und von Seiten des Exils. Die Aufforderung an US-Unternehmen und exilkubanische Kapitalgeber, auf Kuba zu investieren, diente vornehmlich dazu, gegenüber der Staatengemeinschaft die grundsätzliche Offenheit Kubas gegenüber der Welt zu demonstrieren und sich den Rückhalt der internationalen Staatengemeinschaft im Kampf gegen das US-Embargo zu sichern, aus einem Interview des Verfassers am 12. Mai 2001 mit einem Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Havanna, der namentlich nicht genannt werden will.

⁴¹⁹ Vgl. Gaceta Oficial de la Republica de Cuba, 6.9.1995.

Nickelproduktion sowie bei der Öl- und Gasförderung; und auch das Volumen ausländischer Direktinvestitionen nahm beinahe kontinuierlich zu.⁴²⁰

Wenngleich die Castro-Regierung Firmen und Kapital aus Lateinamerika bevorzugen wollte, kamen die wichtigsten Investoren aus den Staaten der Europäischen Union und aus Kanada. Ihr Engagement trug nicht nur zu einer deutlichen Verbesserung der touristischen Infrastruktur in Form von neuen Hotels, Touristenbussen, Schiffen und Straßen bei, sondern half auch, das Land mit dringend benötigten Kapital- und Investitionsgütern sowie entsprechendem Knowhow und Technologie beim Bergbau, in der Industrieproduktion und auch bei der Erschließung und Ausbeutung von Gas- und Ölvorkommen auf der Insel und vor seiner Küste zu versorgen. Tatsächlich wuchsen gerade die Bereiche, in denen sich ausländische Investoren engagierten, weitaus schneller als alle anderen kubanischen Wirtschaftszweige. Ausländische Beteiligungen haben Kuba so geholfen, neue Märkte für seine Produkte und Dienstleistungen zu finden, deren Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, neue Managementmethoden schnell und effizient umzusetzen und den Binnenmarkt zu stimulieren.

Ebenfalls zur Erleichterung von Auslandsinvestitionen erlaubte die Regierung Ausländern auf Kuba Geschäfts- und Wohnimmobilien zu kaufen, angefangen von Büros über Wohnungen bis hin zu touristischen Anlagen. Zudem räumte sie kubanischen Bürgern das Recht ein, Privatzimmer in ihren eigenen Häusern und Wohnungen an ausländische Touristen zu vermieten. Die Bettenkapazitäten auf der Insel – und damit die touristischen Wachstumspotentiale – sollten sich dadurch erhöhen; gleichzeitig sollte aber auch ein neues privates Tätigkeitsfeld für Kubaner geschaffen werden, das zudem über hohe Steuern eine neue Einnahmequelle des Staates erschließen konnte.⁴²¹

Insgesamt war die Periode zwischen 1991 und 1996 stärker als jede andere Phase in der revolutionären Geschichte von marktwirtschaftlichen Elementen und Mechanismen geprägt. Dazu zählten nicht nur der Stopp und die partielle Umkehr der Landkollektivierung und die Transformation von Staatsfarmen in Kooperativen, sondern auch die freien Agrarmärkte, die deutliche Öffnung für Auslandsinvestitionen und die Zulassung von selbständiger Arbeit. Neben diesen Reformen des Eigentumsrechts wiesen aber auch Modifikationen bei der Wirtschaftsplanung und der Ausgestaltung der politischen Schwerpunkte auf eine deutliche Annäherung an die Marktwirtschaft hin. Dazu gehörten etwa die Dezentralisierung ökonomischer Entscheidungswege im externen Sektor, schließlich aber auch im Binnenmarkt, z.B. durch

⁴²⁰ Vgl. Spadoni 2002; 2004; Baklanoff/LaShondra 2005.

⁴²¹ Vgl. Azicri 2000, S. 147f.

die Einführung und Förderung von quasi privaten Beteiligungsgesellschaften, den so genannten *sociedades anónimas*, und Joint Ventures, die zunehmende Konsolidierung der Staatsfinanzen durch neue Steuern und eine drastische Ausgabenreduktionen, die extensivere Nutzung von freien Märkten mit freien Preisen auf der Grundlage von Angebot und Nachfrage und damit eine Reduktion der Stellung des Rationierungssystems. Gleichzeitig war die Regierung bereit auch hinsichtlich ihres ehemals egalitaristischen und distributiven Anspruchs Zugeständnisse zu machen: sie akzeptierte Einkommensdisparitäten und erhöhte schließlich auch die Preise für staatliche Dienstleistungen.

Diese pragmatische Politik brachte eine Reihe von Verbesserungen. So konnte die Regierung ab 1994 die wirtschaftliche Talfahrt stoppen und fortan wieder wirtschaftliches Wachstum verbuchen. Allein 1996 wuchs z.B. die Wirtschaft wieder um 7,8%. Auch andere makroökonomische Indikatoren verwiesen auf einen Aufwärtstrend. So sank der Geldumlauf ebenso wie die Inflation. Das Haushaltsdefizits fiel deutlich unter drei Prozent, der Außenhandel nahm wieder deutlich zu und schließlich stabilisierte sich auch der Tauschwert des Pesos gegenüber dem US-Dollar. Insgesamt hat sich auch das Konsumgüter- und Nahrungsmittelangebot qualitativ und quantitativ erheblich verbessert.

4.2.2 Ende und Umkehr des Reformprozesses 1996-2006

Diese positive Entwicklung führte allerdings nicht zu einer Fortsetzung und Ausweitung des Reformprozesses. Die kubanische Regierung glaubte, mit ihren vorsichtigen wirtschaftlichen Öffnungen bereits die wirtschaftlich schwierigste Zeit überstanden und Kuba zurück auf einen Wachstumspfad gebracht zu haben. Immer wieder verwiesen z.B. führende Partei- und Regierungsmitglieder im In- und Ausland auf die „unwiderrufliche wirtschaftliche Erholung“ Kubas.⁴²² Auch deshalb glaubte sie, dass das unmittelbare Protestpotential insgesamt wieder eingedämmt worden war. Auf dieser Grundlage begann sie sich wieder stärker mit den politischen und sozialen Kosten der Reformen auseinanderzusetzen – allen voran mit der durch die Reformen begünstigten wachsenden Autonomie der kubanischen Bürger, der beginnenden Neustrukturierung der kubanischen Gesellschaft entlang marktwirtschaftlicher Institutionen und Ideen, dem Verlust staatlicher Macht sowie der Zunahme sozialer Ungleichheit und kapitalistischer Denkweisen innerhalb der kubanischen Gesellschaft.

Gerade für Castro und die Hardliner seiner Regierung stellten diese Entwicklungen nicht nur die sozialistische Identität der Wirtschaft und Gesellschaft Kubas in Frage, sondern öffneten auch neue Einfallstore

⁴²² Vgl. Resolution des V. Parteitags der PCC zur Entwicklung der Volkswirtschaft 1997; Burchhardt 2001, S. 320f.

für die politischen Gegner des Regimes.⁴²³ Tatsächlich konnten die Reformgegner nicht nur auf eine wachsende Verbreitung zivilgesellschaftlicher Autonomie und verweisen, sondern auch auf ein Erstarken der Opposition, wie es sich z.B. anhand des Zusammenschlusses des *Concilio Cubano* Ende 1995 zeigte, und schließlich auch auf die neuerliche Zuspitzung der Konfrontationspolitik der USA Anfang 1996 durch das Helms-Burton-Gesetz.

Durch diesen Konflikt legitimiert, rückte das Regime ab 1996 die Stärkung des Staates innerhalb der kubanischen Wirtschaft und damit verbunden die ideologische Festigung des Systems wieder in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik. Das bedeutete die Ablösung eher technokratischer durch ideologisch begründete Politikansätze.⁴²⁴ Die Befürworter weiterer Reformen gerieten dadurch in die Defensive. Mit seiner Rede vor dem Zentralkomitee der KPK griff Raúl Castro einzelne Befürworter im März 1996 sogar offen an und nannte sie die „Fünfte Kolonne des Imperialismus“.⁴²⁵ Die Debatte um Wirtschaftsreformen war damit beendet; führende Reformvertreter gerade in der Wissenschaft wurden durch ideologische Hardliner ersetzt.

Die offizielle Linie der Führung bestand von nun an wieder einzig und allein in der „Kontinuität“ und der „Perfektionierung des Sozialismus“. Nach der Öffnung, die notwendig gewesen sei, um die wirtschaftliche Basis der Revolution wieder herzustellen, sei es nun an der Zeit, die sozialistische Identität von Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken, die durch das Aufweichen zahlreicher sozialistischer Prinzipien in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Die Folge: nachdem die Regierung vor allem nach 1993 die staatliche Kontrolle gegenüber der Wirtschaft zurückgenommen hatte, rückte sie die Kontrolle nun wieder eindeutig in den Vordergrund. Sie fror die Reformen weitgehend ein und drehte sie teilweise sogar wieder zurück; und das obwohl Kuba Mitte der 1990er Jahre noch immer weit von einer vollständigen Wiederherstellung seiner Wirtschaftskraft von 1989 entfernt war.

Den neuerlichen Kurswechsel hin zum Reformstillstand bestätigte der V. Parteitag im Oktober 1997. Tatsächlich verschwanden praktisch alle Reformvorhaben, die öffentlich diskutiert worden waren, in den Schubladen der zuständigen Ministerien, wie z.B. die Unternehmensreform, die Reduzierung von nicht benötigtem Personal, die freie Konvertibilität des Pesos, die Erlaubnis, jenseits der eigenen Familie Leute in den privaten Kleinstbetrieben anzustellen, die Preisreform oder auch die Neugestaltung der Finanzierung der sozialen Siche-

⁴²³ Vgl. Gras 1996.

⁴²⁴ Vgl. Azicri 2000, S. 135f.

⁴²⁵ Vgl. Hoffmann 1996a.

nungssysteme.⁴²⁶ Seit 1996 gab es nur drei weitere Reformen, die einen marktwirtschaftlichen Hintergrund hatten: die Reorganisation des Bankensektors,⁴²⁷ die vorsichtige Einführung des bereits seit den 1980er Jahren diskutierten marktwirtschaftlich ausgerichteten Managementsystems des *Perfeccionamiento Empresarial* mit zahlreichen unternehmerischen Entscheidungsbefugnissen für das Management staatseigener Betriebe⁴²⁸ und schließlich 2002 die Restrukturierung des Zuckersektors.⁴²⁹

⁴²⁶ Vgl. Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 21f.

⁴²⁷ Mit der Gründung einer Zentralbank (*Banco Central de Cuba*, BCC), der Förderung von nationalen Geschäftsbanken und der Zulassung von ausländischen Bankfilialen wurde nach 1995 ein zweigliedriges Bankensystem geschaffen, welches den Zugang zu internationalen Kreditinstituten ermöglichte, die Geschäfte ausländischer Firmen in Kuba und die Außenhandelsgeschäfte kubanischer Unternehmen erleichterte. Teil dieser Reform war eine Erlaubnis für Kubaner, Konten in Devisen zu eröffnen, was Geldüberweisungen aus dem Ausland maßgeblich erleichterte. Freilich erlangte die BCC keine finanzpolitische Unabhängigkeit. Sie hat zwar nach den gesetzlichen Bestimmungen das Vorschlagsrecht für die Geldpolitik, letztlich musste sie sich dieses aber von der Regierung genehmigen lassen, vgl. Asamblea Nacional del Poder Popular de la República de Cuba, 1997: Gesetzesdekret 172, Art. 3.

⁴²⁸ Die Einführung des *Perfeccionamiento Empresarial* wurde ab 1998 forciert, um die Wettbewerbsfähigkeit staatlicher Unternehmen zu erhöhen. Die Unternehmen, die Teil dieses Programms werden wollten, mussten dabei einer speziell dafür eingerichteten Kommission eine detaillierte Unternehmensdiagnose vorlegen. Die Kommission prüfte hernach, ob diese Firma effizient arbeitete und ob sie für den Zertifizierungsprozess im Rahmen des Programms überhaupt in Frage kam. Hatte die Firma diesen ersten Schritt geschafft, musste sie eine Studie über die geplanten Veränderungen, ihre Strategie und die angestrebten Ziele einreichen, wobei Fragen der Unternehmensführung, der Qualitätssicherung, der Arbeitsorganisation, des Controlling, der Finanzierung und des Marketing berücksichtigt wurden. Wurde diese Studie für gut befunden, konnte der Perfektionierungsprozess umgesetzt werden, was für die Unternehmen Vorteile wie eine größere Autonomie, stärkere Beteiligung der Führungskräfte am Entscheidungsprozess, größere Unabhängigkeit bei operativen Entscheidungen und ein leistungsorientiertes Gehalts- und Beschäftigungssystem mit sich brachte. Bis Dezember 2000 wurden allerdings nur 55 Firmen für den Perfektionierungsprozess zugelassen, wengleich 1.104 Unternehmen sich noch um die Zulassung bewarben, vgl. hierzu insbesondere Echevarría/García 2002, S: 125ff.; Echevarría/Blanco 2003, S. 41.

⁴²⁹ Die Redimensionierung der Zuckerindustrie erfolgte aufgrund der stark abnehmenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Zuckersektors, die in der Hauptsache durch hohe Betriebskosten und eine im Vergleich sehr geringe Effizienz der Produktion entstand. Ab 2002 sollte dieser Entwicklung durch eine Konzentration der knappen Produktionsmittel auf die effizientesten Produzenten, die Schließung unrentabler Betriebe sowie die Diversifikation der Produkte entgegenge wirkt werden. In Folge dessen wurden 60 Zuckermühlen demontiert, 14 Mühlen sollten nur noch Derivate produzieren und fünf sollten zum Museum umgebaut werden. Mehr als 40% der Betriebe zur Zuckerverarbeitung waren damit stillgelegt. Allerdings sank die Zuckerproduktion dadurch immer stärker. 2005 erreichte sie mit rund 1,3 Mio. Tonnen das schlechteste Ergebnis in der revolutionären

Demgegenüber überwogen nun immer deutlicher Maßnahmen, welche die bisherigen Reformen zurückdrehten oder gar gänzlich zurücknahmen. Diese Politik des *cierre*, des Abschließens nach der Öffnung, zeigte sich stärker im Binnensektor. Allerdings blieb auch der externe Sektor nicht davor verschont. Dies zeigte sich z.B. in der Anwendung des Investitionsgesetzes von 1995. So musste jede Investition ausländischer Kapitalgeber im Umfang von mehr als 10 Mio. US-Dollar vom Exekutivkomitee des Ministerrats einzeln gebilligt werden; gleichzeitig stellte die Regierung klar, dass aus dem Gesetz kein Rechtsanspruch auf Investitionen in kubanische Betriebe bestand. Privatisierungen oder Kooperationen mit ausländischen Unternehmern und Kapitalgebern hatte sie zudem von vorneherein denjenigen Bereichen der kubanischen Wirtschaft vorbehalten, in denen der Staat selbst nicht die Technologie, das Knowhow oder auch die Finanzierung im erforderlichen Maße bereitstellen konnte; der Zuckersektor blieb ganz verschlossen. Darüber hinaus erlaubte sie ausländischen Investoren in der Regel nur die Kontrolle von weniger als 50% der Anteile der Joint Ventures – von einer einzigen Ausnahme abgesehen. Ab 1998 verschärfte sie sogar die Kriterien für Auslandsinvestitionen: Sie vergab immer weniger Lizenzen, bevorzugte große Projekte mit langfristiger Laufzeit und ließ kleinere Investitionsvorhaben praktisch nur noch dann zu, wenn sie dem Land Zugang zu neuen Technologien oder neuen Märkten eröffneten.⁴³⁰

Dabei sorgte die Regierung ohnehin für eine enge Regulation des Arbeitsmarkts. Schon seit Anfang der 1990er Jahre untersagte die Regierung sämtlichen Joint-Venture-Betrieben die direkte Auswahl, Anstellung, Entlassung und Bezahlung ihres Personals. Diese Aufgaben übertrug sie staatlichen Personalagenturen – wobei diese von den Joint-Venture-Betrieben Löhne in US-Dollars verlangten, die Angestellten allerdings auf der Grundlage der offiziellen Wechselrate des kubanischen Pesos gegenüber dem Dollar von 1:1 in Pesos bezahlten.⁴³¹ Dennoch genossen die Angestellten in diesem Bereich zahlreiche informelle Privilegien, wie z.B. informelle Prämienauschüttungen in Dollars, Trinkgelder oder auch besseres Essen, was

Geschichte, ja das schlechteste Ergebnis seit 100 Jahren, vgl. Martini/Stopp 2006, S. 208ff.

⁴³⁰ Vgl. Spadoni 2002.

⁴³¹ Nach kubanischer Auffassung soll dieses System ausländischen Unternehmern helfen, die besten Arbeiter für ihren Betrieb zu finden, da sie selbst nicht mit der Kultur, Sprache usw. Kubas vertraut seien. Zudem soll es die Rechte der Arbeitnehmer schützen und die Ausbeutung der Arbeitskräfte durch ausländische Unternehmer verhindern. Dabei erhält die Vermittlungsfirma von den ausländischen Unternehmen durchschnittlich rund 500 US-Dollar für jeden Angestellten, bezahlt diese Summe aber in Pesos aus, was ihr letztlich einen Währungsgewinn von über 95% beschert, den sie vollständig an den Staat überweist, vgl. Martini/Stopp 2006, S. 233.

ihre Arbeitsmotivation im Vergleich zum Rest der Staatsangestellten deutlich erhöhte.⁴³² Zwar tolerierte die Regierung diese Privilegien auch nach 1996; andererseits schränkte sie das Mitspracherecht der Unternehmensführung an der Auswahl ihrer Beschäftigten fast vollständig ein, sodass es trotz der Gewinnmöglichkeiten vereinzelt sogar zu Protesten von potentiellen und tatsächlichen Investoren kam. Insgesamt reduzierte sich die Investitionsbereitschaft dadurch deutlich und war ab 2003 sogar rückläufig.⁴³³

Auch im Binnensektor regulierte die Regierung stärker als bisher. So konfrontierte sie z.B. diejenigen auf Kuba, die auf „eigene Rechnung“ arbeiteten, mit zahlreichen Restriktionen. Die *Cuentapropistas* durften zwar die Preise für ihre Waren und Dienstleistungen frei festlegen; gleichzeitig erhielten sie aber nicht die Erlaubnis, Mitarbeiter außerhalb ihrer Familie zu beschäftigen oder in größerem Umfang in ihre Betriebe zu investieren, um ihre Geschäfte auszubauen. Darüber hinaus war ihnen der Zugang zu Förderkrediten ebenso verwehrt wie die Gründung eigener Interessensvertretungen – sie sollten stattdessen ihre Interessen innerhalb der Einheitsgewerkschaft CTC vertreten. Schließlich mangelte es an Rechtssicherheit. Es gab keinen rechtlichen Anspruch auf die Zulassung von „Arbeit auf eigene Rechnung“ und auch der Erwerb und die Nutzung von Betriebsmitteln stand aufgrund schwammiger, teils widersprüchlicher Gesetzesformulierungen nicht auf einer gesicherten rechtlichen Basis.⁴³⁴

Dies sorgte für Unsicherheit unter den Selbständigen; dem Staat allerdings eröffneten sich zahlreiche Möglichkeiten der Intervention in die Gesellschaft, um die eigenen ideologischen und politischen Ansprüche durchzusetzen. Er konnte ideologische Zuverlässigkeit belohnen und gleichzeitig ideologische Abweichungen bestrafen.⁴³⁵ Diese Interventionsmöglichkeiten nutzte die Regierung vor allem nach 1996 immer stärker aus. Dies spiegelte sich zunächst in der Regulierung des Lizenzerwerbs für „Arbeit auf eigene Rechnung“ wider. Die Regierung verweigerte immer häufiger die Genehmigung von Anträgen auf selbständige Beschäftigung und band zudem die Genehmigung an immer schärfere Vorgaben. So durfte beispielswei-

⁴³² Vgl. Gunn 1996.

⁴³³ Von den 585 Joint Venture Betrieben, die Anfang 2002 noch gab, waren am Ende des Jahres noch 402 Unternehmen aktiv, 2003 nur noch 342. Gleichzeitig sank die Zahl der Zulassungen, sodass mit aller Wahrscheinlichkeit die Zahl der aktiven Unternehmen mit ausländischer Beteiligung seit 2004 unter 300 liegen dürfte. Nachdem der Zufluss von ausländischem Kapital während der 1990er Jahre auf bis zu 442 Mio. US-Dollar pro Jahr angestiegen war (1997), fiel dieser Wert bis 2001 auf 38,9 Mio. US-Dollar und konnte in den darauffolgenden Jahren keine bedeutenden Steigerungsraten mehr aufweisen, vgl. Spadoni 2004, S. 120ff.

⁴³⁴ Vgl. Mesa-Lago 1996, S. 77ff.

⁴³⁵ Vgl. Corrales 2002; 2004.

se eine staatliche Arbeit zugunsten einer Vollzeitbeschäftigung im privaten Sektor nicht aufgegeben werden, sondern war – sofern der Selbständige nicht Rentner, Pensionär oder arbeitslos war – weiterhin in Teilzeit zu verrichten. Ideologisch abweichende Personen hatten praktisch keine Chance auf eine Zulassung. Gleichfalls blieb führenden Regierungsfunktionären, Universitätsabsolventen, entlassenen Arbeitern, die in andere Betriebe versetzt wurden, Angestellten in Bereichen und Regionen, in denen es im staatlichen Sektor Arbeitskräftemangel gab, sowie insbesondere Angestellten im Erziehungs- und Gesundheitsbereich der Zugang zu diesem allgemein lukrativen neuen Sektor verwehrt. Ein Großteil der Kubaner konnte somit gar keine Lizenz erwerben.

Darüber hinaus behielt sich die Regierung das Recht vor, über staatliche Inspektoren bei der grundsätzlich freien Preisgestaltung einzuschreiten, wenn sie die Preise für übertrieben hielt. Zudem überprüfte sie die Qualität der privat angebotenen Produkte und Dienstleistungen, den hygienischen Standard in den Betrieben und schließlich auch die Herkunft der Materialien und Zutaten. Dabei wurden die Regelungen über die Zeit nicht nur häufig verändert: gerade hinsichtlich des Erwerbs von für die privatwirtschaftliche Tätigkeit notwendigen Vorprodukten und Materialien blieben sie auch sehr vage. „Den Vorschriften zufolge dürfen Staatsbetriebe weder Produkte oder Dienstleistungen von den selbständig Arbeitenden kaufen noch ihnen Arbeitsmaterialien liefern. Hier finden sich allerdings große Gesetzeslücken, da solche Aktivitäten erlaubt sind, wenn sie ‚zum Nutzen der Bevölkerung‘ sind.“⁴³⁶

Den heftigsten Schlag versetzte die Regierung dem legalisierten Privatsektor allerdings erst mit einem neuen Steuergesetz. In zwei Schritten erhöhte sie nach 1996 die Steuern um bis zu 1.000 Prozent und verlangte, dass diese unabhängig von Einnahmen oder Umsatz bezahlt wurden.⁴³⁷ Ein verstärkter Einsatz von Steuerprüfern und anderen Inspektoren verschiedener Behörden sorgte zudem für einen deutlichen Anstieg von entdeckten und geahndeten Verstößen, die teils mit erheblichen Geldstrafen (oftmals über dem Umsatz von drei bis vier Monaten), teils mit sofortigem Lizenzentzug oder sogar mit der Konfiszierung der Betriebsmittel, wie Autos, Werkzeug oder sogar Wohnungen, bestraft wurden.

Ein Beispiel für diese Praxis stellte die staatliche Behandlung von *casas particulares*, von Privatunterkünften für Touristen, dar. So nahm seit ihrer Zulassung Mitte der 1990er Jahre nicht nur stetig die Zahl der sanitären und anderen infrastrukturellen Vorschriften

⁴³⁶ Vgl. Mesa-Lago 1996, S. 79.

⁴³⁷ Vgl. Burchhardt 1999, S. 68.

zu, sondern es stiegen schließlich auch die Steuersätze. Je nach Lage der Wohnungen betrugen sie nach 1996 zwischen 100 und 350 US-Dollar pro Monat und Zimmer, die das ganze Jahr fest und unabhängig davon, ob tatsächlich vermietet wurde, bezahlt werden mussten. Bei Verletzung der Vorschriften oder gar bei Steuerhinterziehung waren bis zu 2.000 US-Dollar fällig – unter Umständen sogar die Enteignung der gesamten Wohnung, etwa dann, wenn ein Zimmer vermietet wurde, für das keine Lizenz vorlag.⁴³⁸ Ähnliches galt für private Kleinrestaurants (*paladares*), falls sie z.B. jemanden jenseits der eigenen Familie anstellten, mehr als zwölf Sitzplätze anboten oder Meeresfrüchte servierten, oder auch für private Taxibetreiber, falls sie z.B. Ausländer beförderten.

Nachdem die Dynamik des Privatsektors in den Jahren 1993 und 1994 zunächst deutlich zunahm, reduzierte sich die Zahl der registrierten Privatunternehmer nach 1996 aufgrund dieser Restriktionen wieder deutlich. Sie ging allein zwischen 1994 und 1999 von 200.000 auf weniger als 150.000 zurück, mit abnehmender Tendenz in den Folgejahren.⁴³⁹ Ohne breite legale Versorgungskanäle für Materialien und andere Güter, die den Einzelnen erst in die Lage versetzten, seine Selbständigkeit durchzuführen und planbar zu machen, blieb die Beschaffung von Ziegeln für Maurer, Benzin für Taxifahrer, Fleisch und anderer Waren für Restaurantbesitzer usw. zum Großteil nur auf informelle und damit illegale und bestrafbare Wege begrenzt. Zwar hatten Privatunternehmer auch die Möglichkeit, Waren in den staatlichen Dollar-Läden und über staatliche Betriebe gegen Dollars zu kaufen. Darauf verlassen konnten sie sich allerdings nicht. Sie waren damit nicht zuletzt auf ihr Geschick, die Inspektoren zu hintergehen oder gar zu bestechen, angewiesen. Da sie auch deshalb stets mit einer hohen Strafe rechnen mussten, versuchten viele erst gar nicht, aus der Illegalität zumindest teilweise auszubrechen.⁴⁴⁰ Der Großteil des Kleingewerbes bewegte sich auch deshalb weiterhin im Bereich des Schwarzmarkts oder in der Grauzone des in der Praxis vielfach tolerierten, prinzipiell jedoch Verbotenen, wobei der Staat durch exemplarische Bestrafungen die Grenzen des Zulässigen zwar absteckte, sich selbst jedoch erhebliche Ermessensspielräume bei der eventuellen Bestrafung erhielt.⁴⁴¹

⁴³⁸ So erfuhr der Autor etwa von einem Fall in einem Stadtteil von Havanna (Miramar), bei dem eine Familie ohne eine entsprechende Lizenz ein Zimmer in ihrem geräumigen Haus an Touristen vermietete. Sie wurde von einem Mitglied des CDR denunziert, woraufhin die Polizei und andere Behördenvertreter kamen, den Fall überprüften, schließlich unter dem Vorwurf der Steuerhinterziehung das ganze Wohnhaus konfiszierten und die vierköpfige Familie in ein kleines Appartement am Stadtrand von Havanna „umsiedelten“.

⁴³⁹ Vgl. IRELA 1999, S. 22; Cubanet, 18.3.2001.

⁴⁴⁰ Vgl. Crabb 2001, S. 174; Ritter 2005.

⁴⁴¹ Vgl. Hoffmann 1996a, S. 119; Dirmoser 1999.

Das Einfrieren bzw. Zurückdrängen der Reformen erhöhte die Kontrolle der Regierung über die Gesellschaft; gleichzeitig zeitigte diese Strategie nur unzureichende wirtschaftliche Ergebnisse. Nach 1996 verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum, wobei gleichzeitig die Geldmenge wieder deutlich zunahm und mit ihr die Preisinstabilität und die Inflation.⁴⁴² Die Wechselrate der nationalen Währung zum Dollar verschlechterte sich wieder zu Ungunsten des Pesos und das Staatshaushaltsdefizit stieg ebenso wieder an wie das Defizit der Handelsbilanz. Zwar konnte die offene Arbeitslosigkeit niedrig gehalten werden; jedoch reduzierten sich die Ungleichheit und die Anreize für Korruption kaum.

Womöglich hätten diese Tendenzen zu weiteren Marktwirtschaftsreformen geführt, wenn im ölfreien Venezuela 1998 nicht Hugo Chavez an die Macht gelangt wäre und im Windschatten eines deutlichen Preisanstiegs für Öl die finanziellen Mittel in die Hand bekommen hätte, seine eigene Vorstellung vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela selbst, aber auch im gesamten Lateinamerika zu fördern.⁴⁴³ Für Kuba bot sich dadurch eine unerwartete Chance, einen neuen Geldgeber zu akquirieren. Vor dem Hintergrund einer engen persönlichen Freundschaft zwischen Chavez und Castro und zumindest teilweise gemeinsamen ideologischen Positionen in der außen- und innenpolitischen Konzeption beider Staaten bauten Venezuela und Kuba in der Tat ihre vormals eher nüchternen Beziehungen zu einer strategischen Partnerschaft für ein alternatives, nicht neoliberales Lateinamerika aus.⁴⁴⁴ Bestandteil dieser Partnerschaft waren und sind heute noch weit reichende Wirtschafts- und Finanzhilfen Venezuelas für den klammen karibischen Nachbarn, mit subventionierten Öllieferungen, neuen Krediten, langen Kreditlinien und erheblichen Investitionen.⁴⁴⁵

Mit dieser Unterstützung war es der Regierung nicht nur möglich, weitere Reformen zu verhindern, sondern sogar Reformen, die sie nach 1990 veranlasst hatte, wieder gänzlich oder zumindest zum Teil zurückzunehmen. Dies spiegelte sich schließlich spätestens ab 2003 in einer Reihe von Maßnahmen wider, welche die wirtschaftliche Entscheidungsgewalt wieder stärker in der obersten Exekutive konzentrierten. Ein Beispiel ist die Resolution 92/2003 der Zentralbank, welche die Unabhängigkeit kubanischer Unternehmen wieder deutlich einschränkte. Während diese bislang die Möglichkeit hatten, eigene Konten in Devisen zu führen und frei über ihre Erträge zu entscheiden, mussten sie ab Juni 2003 all ihre Konten auf den konvertiblen

⁴⁴² Vgl. Martini/Stopp 2006, S. 211f.

⁴⁴³ Vgl. zur Politik Hugo Chavez insbesondere Maihold 2007.

⁴⁴⁴ Vgl. Erikson 2005, S. 411.

⁴⁴⁵ Vgl. Hoffmann/Whitehead 2006, S. 12; Erikson 2005, S. 416f.; Yanes 2005.

Peso umstellen, den Umtausch in Devisen für die Begleichung von Rechnungen aus Auslandsgeschäften bei der Zentralbank beantragen und damit indirekt sogar erforderliche Importe von ihr genehmigen lassen.

Fortan flossen alle Deviseneinnahmen auf ein Konto der Zentralbank und unterstanden damit der direkten Kontrolle der Regierung. Dabei verlangte die Zentralbank eine Gebühr von ein bis zwei Prozent des Gesamtwerts der benötigten Devisen.⁴⁴⁶ Dies alles verteuerte nicht nur die Transaktionen der Staatsbetriebe, sondern schränkte auch ihre Flexibilität erheblich ein. Entlang dieser Regulation konnte ein Unternehmen die Lieferung von Gütern zwar selbständig mit einer ausländischen Firma aushandeln. Die Letztentscheidung über den Handel lag nun aber in Händen der Zentralbank. Darüber hinaus unternahm die Regierung Schritte, den Außenhandel insgesamt wieder unter ihre Kontrolle zu bringen und entsprechende Vorgänge zwischen kubanischen und ausländischen Unternehmen durch das Handelsministerium stärker zu überwachen und teils sogar direkt zu steuern.

Ab 2004 wurden sogar einige Reformen, die zwischen 1993 und 1996 umgesetzt worden waren, wieder zurückgenommen. Im März 2004 beschränkte die Regierung den Neuerwerb von Lizenzen für „Arbeit auf eigene Rechnung“ z.B. auf Staatsmitarbeiter und Beamte sowie auf Mitglieder des Militärs. Zudem entzog sie die Erlaubnis von selbständiger Arbeit für rund 40 Berufe, die vormals genehmigt waren.⁴⁴⁷ Nach einer neuerlichen Verschärfung des US-Embargos durch die Administration von George W. Bush Mitte 2004 in Form von stärkeren Beschränkungen für Geldsendungen, Reiseerlaubnissen und der Androhung von drastischen Strafen für internationale Banken, die mit Kuba Geschäfte abwickelten, entschied sich die kubanische Führung schließlich für die Substitution des US-Dollars durch den konvertierbaren Peso (CUC). Ende Oktober 2004 kündigte Castro sogar das Verbot des US-Dollars als Zahlungsmittel auf der Insel an.⁴⁴⁸ Während der Besitz von US-Dollar weiterhin legal blieb, konnte mit ihm fortan nichts mehr erworben werden. Sämtliche Geschäfte und Einrichtungen, wie Devisenläden, Restaurants, Hotels, Bars, Autovermietungen, Taxis usw., akzeptieren seither nur die kubanische Parallelwährung.⁴⁴⁹

⁴⁴⁶ Vgl. Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 24.

⁴⁴⁷ Vgl. ebd., S. 25.

⁴⁴⁸ Vgl. Castro, 31.10.2004, in: www.tiempodecuba.34sp.com.

⁴⁴⁹ Der Tausch erfolgte dabei nach dem jeweiligen Wechselkurs, wobei die Zentralbank die seit 1995 geltende Parität zwischen dem CUC und dem USD deutlich zugunsten des konvertierbaren Peso veränderte und zudem beim Bartausch von Devisen eine Gebühr von 10% erhob. Dabei blieben Bankkonten in US-Dollar unangetastet, allerdings konnten auf diese nicht mehr US-Dollars eingezahlt

Die Politik der Rückkehr zu wirtschaftlicher Kontrolle hält bis heute an. Sie führte zu einer Rezentralisierung der wirtschaftlichen Administration, welche die Rolle von Marktkräften deutlich einschränkte und teilweise durch bürokratische Kontrolle ersetzte. Während die Heterogenität zwischen kapitalistischen Enklaven und sozialistischer Gesamtwirtschaft weiter ein Kennzeichen der kubanischen Wirtschaft blieb, wurde doch gleichzeitig das wirtschaftliche Ende der Spezialperiode eingeleitet und damit auch die sukzessive Wiederherstellung des sozialistischen Charakters des kubanischen Wirtschaftssystems.⁴⁵⁰

Dabei darf nicht vergessen werden, dass trotz der partiellen und zeitweilig verstärkten Nutzung marktwirtschaftlicher Kräfte in der kubanischen Wirtschaft ein Grundmuster des sozialistischen Wirtschaftssystems erhalten blieb: der zentrale, steuernde Einfluss des politischen Systems auf den wirtschaftlichen Prozess.⁴⁵¹ Die Führung beschränkte zudem z.B. Privatisierungen in der Außenwirtschaft auf jene Sektoren, in denen ein hoher Technologie- und Kapitalbedarf herrschte, wie in der Tourismusindustrie, der Bio- und Medizinindustrie, der Nickelindustrie oder der Energieindustrie. Gleichzeitig gingen jedoch Privatisierungen im Binnenmarkt nicht über den Bereich der Nahrungsmittelversorgung und kleinerer Dienstleistungen hinaus. Innerhalb des Binnensegments der kubanischen Wirtschaft erfolgte die formelle Öffnung dabei nicht nur später, sondern sie wurde insgesamt auch weitaus strenger reglementiert. Dazu gehörten etwa strikte Lizenzbedingungen und eine unflexible Steuerpolitik. Aber auch die Joint-Venture-Betriebe standen weiterhin unter staatlicher Oberaufsicht, wozu nicht nur ein Mitspracherecht bei der Unternehmensstrategie, sondern auch ein staatlich kontrollierter Arbeitsmarkt gehörte.⁴⁵²

werden. Gerade *remesas* auf Dollarebene erzielten durch diese Maßnahmen einen immer niedrigeren Wert für die Bevölkerung. Gleichzeitig erhöhte die kubanische Führung allerdings die Kontrolle über die auf der Insel umlaufenden Devisen und erschloss sich eine zusätzliche Einnahmequelle. Unterdessen zirkulierte neben dem CUC weiterhin der ursprüngliche Peso (CUP). Staatliche Löhne und Grunddienstleistungen wie Strom, Wasser, Miete, Transport und die rationierten Lebensmittel werden weiterhin in CUP bezahlt.

⁴⁵⁰ Vgl. Montaner 2000; Pérez-López 2006, S. 1ff.

⁴⁵¹ Beispielsweise sprach zum 35. Jahrestag der gescheiterten Schweinebucht-Invasion durch Exilkubaner der Parlamentspräsident Ricardo Alarcón davon, dass „jeder Wandel darauf gezielt bleiben [muss], den Sozialismus zu erhalten. Das gilt besonders für die Grundfeste einer zentral gelenkten Planwirtschaft und die beherrschende Stellung des Staatseigentums“, zit. nach FAZ, 29.4.1996; vgl. hierzu auch Granma International, 23.6.2000: in dem Interview mit Federico Mayor Zaragoza vom 28.1.2000 sagte Alarcon, „The general principle in Cuba is that nothing that is advisable and possible to preserve as the property of all of the people or of a collective of workers will be privatized.“

⁴⁵² Vgl. Mesa-Lago 1997.

Auch wenn die Regierung ihre direkte Kontrolle zugunsten einer indirekten, wenn auch strengen Regulierung eines Teils der Wirtschaft eintauschte und das Wirtschaftssystem insgesamt nicht mehr auf einem zentralen Plan und einem integrierten Wirtschaftsmodell basierte,⁴⁵³ stellten Staat und Partei weiterhin die zentralen Entwicklungsagenten mit weitreichenden Gestaltungspotentialen dar. Partizipative und dezentrale Lenkungsmechanismen wurden demgegenüber beinahe gar nicht bzw. nur selektiv, vor allem in den kapitalistischen Enklaven, zugelassen und auf der informellen Ebene der Wirtschaft nur in gewissem Ausmaß toleriert. Demgegenüber blieben die Zentralverwaltung und mit ihr staatliches Eigentum und die zentral gesteuerte Ressourcenlenkung und -verteilung ein dominantes Element der kubanischen Wirtschaft. Der marktwirtschaftliche Sektor trat dabei zu keinem Zeitpunkt aus dem Schatten des sozialistischen Leviathans heraus, womit die Ausbreitung einer Marktlogik innerhalb der Gesellschaft ebenso deutlich begrenzt wurde wie die Herausbildung einer Klasse politisch einflussreicher, materiell staatsunabhängiger Bürger.⁴⁵⁴

Nichtsdestoweniger kann dieser Strategie ein gewisser wirtschaftlicher Erfolg nicht abgesprochen werden. Dies zeigt sich insbesondere beim Wirtschaftswachstum. Seit 1994 stieg die Wirtschaftsleistung wieder kontinuierlich an, wenn auch mit teils erheblichen Schwankungen. Dies führte in der Folge auch zu einer kontinuierlichen Verbesserung des Lebensstandards der Kubaner. Gleichzeitig gelang es Kuba, seine Handelspartner zu diversifizieren, die einseitige Abhängigkeit der Wirtschaft vom Zucker zu reduzieren und insgesamt seinen Handel – trotz des US-Embargos – wieder zu beleben. Die wirtschaftlichen Folgen der veränderten Entwicklungsbedingungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden damit weitgehend überwunden, auch wenn Kuba weiterhin zahlreiche Entwicklungsprobleme aufweist, wie z.B. eine eingeschränkte Warenstruktur und – damit zusammenhängend – eine Abhängigkeit des Handels von wenigen Produkten.⁴⁵⁵

4.3 Maßnahmen zur Sicherung politischer Loyalität und Kontrolle

Die Wirtschaftspolitik mit ihrer Dynamik zwischen Öffnung und Schließung zielte sicherlich nicht einzig auf die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen des politischen Systems

⁴⁵³ Vgl. Mesa-Lago 1993b, S. 199.

⁴⁵⁴ Die Mitte der 1990er Jahre entwickelte These, dass die zweite, marktwirtschaftliche Schattenökonomie die erste, sozialistische Wirtschaft überflügeln würde (Pérez-López 1997), war insbesondere nach der wirtschaftlichen Stabilisierung in dieser Zeit und der Politik der Eindämmung nach 1996 kaum mehr haltbar.

⁴⁵⁵ Zur wirtschaftlichen Entwicklung Kubas siehe insbesondere Kapitel 6.1.

innerhalb seines grundsätzlich sozialistischen Rahmens. Darüber hinaus war sie auch ein wichtiges Mittel der politischen Integration auf der Insel. Dies wird besonders dadurch deutlich, dass die Regierung über die weitesten Strecken einen Primat ihrer Politik in der Kontrolle und straffen Regulierung des Wirtschaftssektors sah und somit verschiedene wirtschaftliche und gesellschaftliche Konfliktpotentiale gleichsam von oben schon im Keim ersticken wollte. Gleichzeitig war sie gerade während der Zuspitzung der Krise bis Mitte der 1990er Jahre flexibel genug, verschiedene marktwirtschaftliche Mechanismen, die sich bereits unter der Oberfläche ausgebreitet hatten und kaum mehr unterdrückt werden konnten, zumindest teilweise zu tolerieren und sogar in einem engen Rahmen zu legalisieren. Wie sich bei der Legalisierung der Bauernmärkte zeigte, verbesserte sich dadurch z.B. die Versorgungssituation auf der Insel und das Protestpotential sank entsprechend.

Das Regime versuchte seinen Fortbestand aber nicht nur mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu sichern, sondern auch mit machtpolitischen Maßnahmen im engeren Sinne. Im Zentrum standen dabei die drei bereits genannten strategischen Ziele: die Verhinderung einer Spaltung der Elite; die Sicherung und Wiederbelebung der sozialen und politischen Basis des Regimes; sowie die Bewahrung der Exklusivität und Kontrollgewalt der KPK und ihrer Führung über den gesellschaftlichen Körper und damit die Verhinderung einer starken Opposition. In der strategischen Konzeption der Führung waren alle drei Ziele miteinander verbunden und gleichrangig. In der politischen Praxis änderten sich über die Zeit gleichwohl die Ansätze und entsprechend auch die Mittel und Mechanismen, mit denen diese Ziele erreicht werden sollten.

Hinsichtlich ihrer Zielorientierung überschneiden sich die verschiedenen Maßnahmen – so dienten etwa Maßnahmen zur Bewahrung der Grundlegitimation des Regimes nicht einzig dazu, innerhalb der Bevölkerung ein Mindestmaß an Zustimmungsbereitschaft zu erreichen, sondern auch dazu, innerhalb des Führungsstabs selbst Disziplin und Einheit zu fördern. Analytisch lassen sich die Maßnahmen zur Sicherung politischer Loyalität und Kontrolle danach gliedern, in welchen Strukturbereichen des politischen Systems sie stattfanden: in der politischen Spitze des Landes, hinsichtlich der Legitimationsmuster des Regimes sowie hinsichtlich der Beziehungsmuster zwischen politischer Elite und Bevölkerung.

4.3.1 Modifikationen innerhalb der politischen Führung

Zur Sicherung der Machtstrukturen an der Spitze des Regimes setzte die kubanische Führung vor allem auf drei Maßnahmenbündel:

erstens, eine stete Verjüngung der politischen und administrativen Führung des Landes, um insbesondere die jüngeren Generationen stärker an der Führung von Staat und Partei zu beteiligen und dadurch sowohl einem wachsendem politischen Desinteresse unter den nach 1950 Geborenen, die bislang nur rudimentär in politischer Verantwortung standen, entgegenzuwirken als auch für politische Kontinuität nach dem Abtritt der ersten Generation zu sorgen; zweitens, der Ausbau der politischen Machtstellung Fidel Castros selbst und alter Kampfgefährten innerhalb des Regimes bei gleichzeitiger Straffung der Parteibürokratie und wachsender Rotationsgeschwindigkeit der Kader unterhalb der obersten Führungsspitze, um die bisherige Machtverteilung trotz dieser Verjüngung aufrecht zu erhalten; und drittens, eine forcierte Militarisierung des Führungsstabs, um einerseits das Militär stärker in die politische Pflicht zu nehmen und andererseits den Angehörigen der zentralen Stütze des Regimes neue Machtperspektiven zu eröffnen.

Insbesondere die Verjüngung des Führungspersonals in Partei und Staat fand erhebliche Beachtung in der kubanischen Öffentlichkeit. So forcierte Castro und mit ihm die Partei ab den frühen 1990er Jahren den Einzug jüngerer Parteikader in politische Spitzenämter. Ricardo Alarcón stieg z.B. zum Politbüromitglied auf und fungierte ab 1992 auch als Präsident der Nationalversammlung; der ehemalige Vorsitzende der UJC Carlos Lage wurde ebenfalls Politbüromitglied mit Zuständigkeitsbereich für Wirtschaftsfragen und übernahm als Vizepräsident des Staatsrats und Sekretär des Exekutivorgans des Ministerrats neue Regierungsfunktionen; und der ehemalige Vorsitzende des Schriftstellerverbandes UNEAC, Abel Prieto, stieg zum Politbüromitglied und Kulturminister auf. Sie stammten allesamt aus der Generation der in den 1950er Jahren geborenen Politiker und gehörten somit nicht mehr der Gründungsgeneration der Revolution an.⁴⁵⁶ Zum Teil wurden sie sogar als heimliche Reformer mit einem starken Hang zu technokratischen Politikansätzen gehandelt: so galt in den frühen 1990er Jahren etwa Carlos Lage international als unkonventioneller Architekt der Wirtschaftsreformen und Abel Prieto als eher toleranter Pragmatiker in seinem Zuständigkeitsbereich Kunst und Kultur.

Auch unterhalb der obersten Führungsebene unternahm das Regime Anstrengungen, das Personal auszuwechseln und durch jüngere

⁴⁵⁶ Zu dieser Gruppe der nach 1950 Geborenen, die nach 1990 Mitglieder des Politbüros wurden, gehören auch Jesús Martínez, Concepción Campa, Yadiro García, Maria de los Angeles García, Pedro Sáez, Jorge L. Sierra und bis zu seinem Ausschluss aus dem Politbüro 2006 Juan C. Robinson. Azicri (2000, S. 125) nannte diese neuen Kräfte in Anlehnung an die Wortschöpfung des Nachrichtenmagazins Newsweek „young upwardly mobile marxists“ oder kurz Yummies.

Funktionäre zu ersetzen. Bis 2003 wurden z.B. alle Vorsitzenden der Parteisekretariate der Provinzen mit Kadern besetzt, die zwischen 1953 und 1961 geboren wurden. Vertreter dieser und der noch jüngeren Generation stiegen in wachsender Zahl auch in den Ministerrat auf. Der Trend spiegelte sich auch bei den Wahlen in die Organe der Volksmacht, wo v.a. bei den Wahlen der untersten Stufe die weit überwiegende Mehrheit der Kandidaten unter 50 Jahre alt war.⁴⁵⁷ Aber auch auf nationaler Ebene betrug z.B. das Durchschnittsalter der 1988 neu zusammengetretenen Nationalversammlung nur noch 45 Jahre.⁴⁵⁸

Die Einbeziehung jüngerer Kräfte stand in engem Zusammenhang mit Forderungen insbesondere der Kommunistischen Jugendorganisation UJC und anderer Foren, die teilweise bereits Ende der 1980er Jahre formuliert worden waren, und ging auch mit entsprechenden Beschlüssen des IV. und V. Parteitags der KPK konform. Sie eröffnete der jüngeren Generation neue Aufstiegskanäle in die Spitze der Gesellschaft, wo sie ihre Talente einbringen konnte und so für ihren Aufstieg nicht zwingend darauf angewiesen war, in Opposition zum Regime zu treten. Andererseits wies sie aber auch auf eine Erneuerung und auf die Integrationsfähigkeit des Regimes hin, mit der an der Basis und insbesondere bei der jungen Generation für das ganze System geworben werden konnte.

Gleichwohl war sich die unmittelbare Spitze des Landes auch der Gefahren bewusst, welche diese Erneuerung mit sich bringen konnte. So äußerten einige Vertreter der alten Garde vereinzelt die Befürchtung, dass es der neuen Generation – gerade weil sie die Opfer und Erschwernisse aus der vorrevolutionären Zeit und bei der Durchführung der Revolution selbst nicht miterlebt hatte – an revolutionärem Bewusstsein und absoluter Verteidigungsbereitschaft mangle.⁴⁵⁹ Tatsächlich stammten die Reformer und Softliner, die in den kommunistischen Staaten Osteuropas den Übergang zur Demokratie einleiteten, aus derjenigen Generation, welche die Etablierung des Regimes und die dafür erforderlichen Opfer nicht mehr persönlich kannte und nicht selten seine Errungenschaften als Normalität voraussetzte. Dafür waren sie sich der Grenzen und Schwächen des Regimes immer stärker bewusst geworden.⁴⁶⁰

⁴⁵⁷ Unterdessen konnte dabei auch der Anteil der Frauen und derjenige der dunkelhäutigen Bevölkerungsschicht wenigstens im Bereich des *poder popular* gesteigert werden und auch das Ausbildungsniveau der Abgeordneten nahm kontinuierlich zu, vgl. hierzu Amuchástegui 2003, S. 367f.

⁴⁵⁸ Vgl. Granma International, 22.1.1998.

⁴⁵⁹ Vgl. del Aguila 1996, S. 397.

⁴⁶⁰ Vgl. González/Szayna 1998, S. 17f.

Um der Gefahr mangelnder Militanz der jüngeren Generation und vor allem auch der Herausbildung einer Gruppe von Reformern mit eigener Machtbasis entgegenzuwirken, griff Castro auf zahlreiche Kontrollmechanismen aus der Vergangenheit zurück, wenngleich auf etwas subtile Art und Weise. Eine Maßnahme bestand in der Förderung des politischen Einflusses zahlreicher Führungskräfte, die noch mit ihm selbst gegen Batista gekämpft hatten und somit mit der Durchführung der Revolution persönlich verbunden waren. Die Stabilität an der obersten Spitze des Landes verkörperten neben anderen insbesondere Fidels Bruder Raúl, Ramón Machado und Abelardo Colomé.⁴⁶¹ Sie alle verloren durch die Verjüngung keineswegs an Macht innerhalb des Partei- und Staatsapparates; vielmehr kontrollierten sie weiterhin Schlüsselsektoren innerhalb des Regimes, wie das Verteidigungsministerium (Raúl Castro), das Innenministerium (Abelardo Colomé) oder den Parteiapparat (Ramón Machado).

Darüber hinaus stellte die alte Garde mit Raúl Castro nicht nur weiterhin den Stellvertreter Fidels in beinahe allen Partei- und Staatsämtern, sondern spätestens nach dem V. Parteikongress auch offiziell den designierten Nachfolger des *Comandante en Jefe*, was sich schließlich nach der schweren Erkrankung Fidels im Sommer 2006 bestätigte, als Raúl zunächst kommissarisch die Amtsgeschäfte seines Bruders übernahm und im Februar 2008 – nach dem offiziellen Rücktritt Fidel Castros im Januar 2008 – von der neu gewählten Nationalversammlung Kubas als Präsident bestätigt wurde.

Ebenfalls blieben ideologische Militanz und vor allem eine enge persönliche Beziehung zu Fidel Castro das wichtigste Kriterium, um in der Machthierarchie des Regimes bis hinauf zur Spitze aufsteigen zu können und dort auch zu bleiben. Dies galt dabei nicht nur für als potentielle Reformer eingeschätzte Politiker wie Lage oder Prieto, sondern insbesondere auch für diejenigen Kader, die erst gegen Ende der 1990er Jahre in entsprechende Gremien, wie das Politbüro, die Unterstützungsgruppe des Kommandanten oder den Ministerrat, berufen wurden. Lage und Prieto mussten z.B. die ideologische Verhärtung der Wirtschaftspolitik nach 1996 an vorderster Front vollständig tragen, um ihre Ämter nicht zu verlieren. Die neuen Kader kamen vor allem aus der informellen Unterstützungsgruppe des Kommandanten oder standen anderweitig in einem besonders engen persönlichen Verhältnis zu Castro und verdankten ihren Aufstieg nicht zuletzt besonders radikalen Äußerungen in der Öffentlichkeit.⁴⁶²

⁴⁶¹ Zu dieser Gruppe können auch die ständigen Politbüromitglieder Juan Almeida und Julio Casas Regueiro gezählt werden.

⁴⁶² Zu dieser Gruppe gehören etwa Felipe Pérez Roque, der als Vorsitzender der „Unterstützungs- und Koordinierungsgruppe“ 1999 Roberto Robbaina als Außenminister ersetzte, und Otto Rivero, der Chef des Anfang der 2000er gegründeten

Damit er sich seine eigene Machtposition innerhalb des Regimes erhalten konnte, brachte Castro darüber hinaus institutionelle Reformen auf den Weg. Um die „Institutionen zu perfektionieren“, startete er z.B. bereits Anfang der 1990er Jahre eine neuerliche Antibürokratisierungskampagne, in deren Folge insbesondere die Parteibürokratie neu organisiert und deutlich gestrafft wurde.⁴⁶³ Susan Eckstein beschreibt die Folgen dieser Entbürokratisierung: „The number of people on the Party’s payroll decreased by two-thirds. At the national level, Central Committee departments were halved (from nineteen to nine) and their staff slashed 50 percent, and the Central Committee’s Secretariat was disbanded. The number of posts on provincial committees also was halved.“⁴⁶⁴

Dabei blieb Castro nicht bei dieser strukturpolitischen Maßnahme stehen. Ferner ließ er auch die Mitglieder der Führungsgremien von Partei und Staat stärker als bisher rotieren. So fanden auf allen Ebenen seit den 1990er Jahren fortwährend Kaderwechsel statt. 1998 wurden allein im Staatsrat 14 der 31 Mitglieder neu gewählt.⁴⁶⁵ War zwischen 1965 und 1980 kein einziges Mitglied aus dem Politbüro ausgeschieden, so gehörten ihm nach einer Verkleinerung auf 24 Mitglieder im Jahre 1998 nur noch fünf Politiker dieser Generation an.⁴⁶⁶ Auch im 1997 von 225 auf 150 Mitglieder verkleinerten Zentralkomitee saßen nur 100 Mitglieder, die bereits dem Zentralkomitee von 1991 angehört hatten. Hinzu kamen zahlreiche und fortwährende Personalwechsel und Umschichtungen im Ministerrat, ein ständiger Personalaustausch auf den mittleren und unteren Führungsebenen der Partei und schließlich auch gewaltige Rotationen bei den Mitgliedern der Organe der Volksmacht, wie z.B. der Nationalversammlung.⁴⁶⁷

„Büros für den Kampf der Ideen“. Sie stehen für keinerlei Reformen, sondern zeichnen sich im Gegenteil in der Öffentlichkeit vor allem durch Hardliner-Positionen aus (Hoffmann/Whitehead 2006, S. 17). Auch deshalb wurden die Mitglieder dieser Gruppe zuweilen als „Talibane“ bezeichnet, vgl. Fogel 2003.

⁴⁶³ Vgl. Granma International, 31.3.1991, S. 15.

⁴⁶⁴ Vgl. Eckstein 1994, S. 114.

⁴⁶⁵ Vgl. Granma International, 22.1.1998.

⁴⁶⁶ Vgl. Domínguez 1993, S. 100; CaCAR, 2.12.1998, S. 6; allein beim letzten Parteitag der PCC im Oktober 1997 wurde ein Drittel der Politbüro-Mitglieder durch jüngere Nachfolger ersetzt, vgl. NZZ, 10.10.1997.

⁴⁶⁷ Größere Kabinettsumbildungen gab es insbesondere in den Jahren 1994/1995, als v.a. die für Wirtschaftsfragen zuständigen Ministerien umstrukturiert wurden und junge, eher technokratische Kräfte die Ressorts für Preise und Finanzen (José Luis Rodríguez), für Wirtschaft und Planung, für Tourismus, für Auslandsinvestitionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit, für Arbeit und Soziale Sicherheit sowie für Wissenschaft, Technologie und Umwelt übernahmen. Weitere Umbildungen folgten schließlich vor allem ab Ende der 1990er Jahre, als auch in die Wirtschaftsministerien wieder Funktionäre einrückten, die eher als Ideologen und Hardliner galten und insgesamt die Reformer im Kabinett marginalisierten (Corrales 2002). Darüber hinaus wurden z.B. allein in den Jahren 1994 und

Offiziell begründete u.a. Raúl Castro diese Praxis damit, dass Kader in der Regel nicht länger als fünf Jahre ein Amt bekleiden sollten, um eine möglichst breite Repräsentation der Bevölkerung zu erreichen. Im politischen Alltag ermöglichten reguläre Entlassungen und das Rotationsprinzip allerdings vor allem, die Schuld für Missstände auf einzelne Verantwortliche und Bürokraten abzuschieben⁴⁶⁸ und auf groß angelegte Säuberungen, wie sie in der Vergangenheit oftmals stattgefunden hatten, weitgehend verzichten zu können.

Für Castro war ein entscheidendes Moment darüber hinaus, dass gerade der permanente Wechsel in den Funktionen, vor allem auf den Entscheidungsebenen, zu einer Aushöhlung der Institutionen führte, womit zum einen die persönliche Gefolgschaftsbeziehung der Eliten zu den Castro-Brüdern erneuert werden konnte und zum anderen die Herausbildung von eigenständigem, politisch wie fachlich kompetentem Handeln deutlich erschwert wurde.⁴⁶⁹ Die besten Beispiele dafür sind die beiden Außenminister, Roberto Robbaina (1993-1999) und Felipe Pérez Roque (seit 1999). Sie kamen nicht nur im Alter von unter 40 Jahren ins Amt, sondern waren auch fachlich als Vorsitzender der UJC bzw. der Unterstützungs- und Koordinierungsgruppe des Kommandanten für diese Stellung eigentlich nicht qualifiziert. Dafür standen sie in einem engen persönlichen Verhältnis zu Fidel Castro. Dieser setzte letztlich mit den Rotationen und der außerfachlichen Besetzung von wichtigen Regierungsstellen nicht nur das Signal, dass er weiterhin selbst in die einzelnen Ressorts eingreifen wollte und konnte, sondern dass er auch weiterhin als der zentrale Meinungsführer und Integrator der politischen Elite zu gelten hatte. Ihm gegenüber konnte – sieht man von seinem Bruder Raúl ab – weiterhin niemand eine eigene, stabile Funktions- und Machtbasis aufbauen.

Entsprechend verwundert es nicht, dass Castro auch seine eigenen Machtspielräume zu erhalten wusste. Er wurde nicht nur stets auf sämtlichen Parteikongressen und Sitzungen der Nationalversammlung in all seinen Ämtern bestätigt, sondern erhielt mit dem Vorsitz des 1992 eingerichteten Nationalen Verteidigungsrats auch weitere Entscheidungskompetenzen, mit denen es ihm formal deutlich erleichtert

1995 zehn der 14 Provinz-Parteisekretäre ausgetauscht. Und schließlich wurden bei der ersten Direktwahl zur Nationalversammlung 1993 nur 18% der bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Auch auf den niedrigeren Positionen in der KPK, den Ministerien, an der Spitze und auf der mittleren Ebene der Massenorganisationen (wie z.B. CDR oder UJC) und der Organe der Volksmacht gab es erhebliche Rotationen, vgl. Pérez-Stable 1999, S. 180.

⁴⁶⁸ So musste z.B. der Vize-Gesundheitsminister Héctor Terry im April 1993 in Folge der Neuritis-Epidemie seinen Hut nehmen.

⁴⁶⁹ Vgl. Krämer 1998, S. 39.

wurde, einen regionalen oder auch nationalen Notstand auszurufen und die Verfassung außer Kraft zu setzen.

Schließlich entledigte er sich auch zunehmend institutioneller Bindungen. Auf dem IV. Parteitag legte er z.B. keinen schriftlichen Rechenschaftsbericht des ZK vor, sondern breitete in seiner mehrstündigen Rede seine „neuesten Gedanken zur Lage“ aus. Darüber hinaus verstärkte er das *bypassing* der Parteigremien durch „Arbeitsgruppen“.⁴⁷⁰ Anfang der 2000er Jahre führte er z.B. das „Büro im Kampf der Ideen“ ein, das ihm direkt unterstand und in Medien und Öffentlichkeit, aber auch gegenüber der Partei zunehmend für die Ideologearbeit zuständig war. Diese Informalisierung seiner Herrschaft ergänzte Castro durch eine weitere Maßnahme. Bereits der V. Parteitag 1997 hatte schon ein Jahr Verspätung im Hinblick auf den üblichen Turnus von fünf Jahren; seither – also seit mehr als 10 Jahren – hat Castro gar keinen Parteitag mehr zusammengerufen.⁴⁷¹

Diese Konservierung und partielle Verstärkung des charismatisch-personalistischen Elementes innerhalb des politischen Systems wurde schließlich durch die fortwährende soziale, politische und rechtliche Unsicherheit der Führungskader unterhalb der Castro-Brüder gänzlich offenbar. Wie prekär ihre Stellung weiterhin blieb, verdeutlichen vor allem vier Beispiele. So kam es, erstens, im Zuge der Ochoa-de la Guardia-Affäre nicht nur zu einer weitgehenden Säuberung des gesamten Innenministeriums einschließlich der Absetzung und zeitweiligen Verhaftung des Innenministers Abrantes, sondern auch zur Vollstreckung von Todesurteilen gegen die beiden Hauptangeklagten, den hochdekorierten General Ochoa und Oberst de la Guardia. Raúl Castro als Verteidigungsminister blieb demgegenüber im Amt und verhinderte eine weit reichende Umstrukturierung seines Ressorts, obwohl auch sein Ministerium von der Korruptionsaffäre stark betroffen war.⁴⁷²

⁴⁷⁰ Vgl. Ebd., S. 23.

⁴⁷¹ Dieser Prozess der „Informalisierung“ und stärkeren Personalisierung sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Partei selbst ihre Präsenz in den staatlichen Institutionen, Massenorganisationen und anderen Bereichen der Gesellschaft seit 1990 ausgebaut hat. Wenngleich in der oppositionellen Internetpresse immer wieder von Mitgliederschwund in den staatlichen Organisationen die Rede ist, scheinen die Mitgliedszahlen der Kommunistischen Partei anzusteigen. Allein zwischen 1992 und 1997 stieg die Mitgliederzahl um jährlich durchschnittlich 46.000 auf nunmehr weit über 700.000 Mitglieder. In den 1980er Jahren waren es noch durchschnittlich 27.000 neue Mitglieder im Jahr. 1997 waren 30 Prozent der Mitglieder der KPK erst ab 1991 eingetreten, vgl. Pérez-Stable 1999, S. 182.

⁴⁷² Vgl. Oppenheimer 1992, S. 36ff.

Die plötzliche Entlassung von Carlos Aldana aus all seinen Ämtern im September 1992, nachdem er weiterreichende politische Reformen befürwortet hatte, ist ein weiteres Beispiel. Dabei hatte sich Aldana von seinen ursprünglichen Reformideen deutlich distanziert und in mehreren Reden die Dissidenten, deren Wahl in die Parlamente er zuvor in Aussicht stellte, heftig attackiert.⁴⁷³ In jüngerer Zeit können als Beispiele für ein plötzliches Ende der politischen Karriere auch Roberto Robbaina und Juan Carlos Robinson angeführt werden. Beide galten als Vertreter der jüngeren Generation und eines neuen pragmatischen Politikstils. Ersterer wurde jedoch 1999 als Außenminister entlassen, später verlor er unter dem Vorwurf der Korruption auch all seine Parteiämter und wurde schließlich sogar aus der Partei ausgeschlossen. Letzterer verlor 2006 nicht nur alle seine Parteiämter, sondern wurde als erstes Politbüromitglied überhaupt zu einer Haftstrafe verurteilt (12 Jahre wegen Amtsmissbrauchs, Vorteilsnahme und Korruption). Die Bestrafung selbst höchster Eliten signalisierte mehr als alles andere, dass außer Fidel Castro selbst und seinem Bruder praktisch jeder austauschbar blieb.

Die letzte hervorzuhebende Maßnahme der Modifikation ist die verstärkte Militarisierung der politischen Führung. Dabei schienen die Revolutionären Streitkräfte aufgrund des Ressourcenmangels im Allgemeinen und des Wegfalls der außen- und sicherheitspolitischen Alliierten in Osteuropa und der Sowjetunion zunächst in die Defensive gedrängt. So fand in den 1990er Jahre eine erhebliche Demobilisierung auf eine Truppenstärke von unter 235.000 statt, worin schon 135.000 Reservisten eingerechnet waren; zudem wurde das offizielle Verteidigungsbudget von bis zu 13% des Staatshaushalts in den 1980er Jahren auf rund 6% in den 1990ern gesenkt.⁴⁷⁴ Andererseits sollte dies aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Castro die Rolle der Streitkräfte innerhalb des Regimes deutlich stärkte. Dies spiegelte sich nicht zuletzt in der Ausweitung ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Präsenz und Aufgaben wider.

Bevor auf diese Ausweitung eingegangen wird, bietet es sich an, einige dafür notwendige Voraussetzungen zu betrachten. So war nicht nur von Bedeutung, dass die revolutionäre Führung mit dem Militär eine gegenüber der Partei gerade im Vergleich zu anderen kommunistischen Staaten relativ unabhängige, dafür aber sehr loyale, disziplinierte und kompakte Institution besaß, sondern auch, dass diese Institution über Jahre hinweg entlang des Konzepts des

⁴⁷³ Vgl. Domínguez 1993a, S. 120ff.; Schulz 1993, S. 104f.; als Grund für seine Absetzung wurden dabei „schwere persönliche Verfehlungen“ und „Versäumnisse in seiner Arbeit“ benannt, vgl. Granma International, 18.10.1992.

⁴⁷⁴ Vgl. del Aguila 2000, S. 513ff.

„zivilen Soldaten“⁴⁷⁵ technische Erfahrungen in der politischen und wirtschaftlichen Administration sammelte. So waren die FAR traditionell nicht nur die zentrale Institution zur Verteidigung des Vaterlands und der Revolution nach außen und innen, sondern spielten stets auch eine wichtige Rolle bei der Realisierung wichtiger Projekte, wie der Agrarreform 1959, der Mobilisierung von Arbeitskräften in den 1960ern, der Reorganisation der Administration in den 70ern oder der Implementierung der *rectificación* in den 80ern. Dieser Trend setzte sich schließlich in den 1990er Jahren fort. Die FAR waren z.B. Vorreiter bei der Einführung des *perfeccionamiento empresarial* und halfen schließlich auch bei der Implementierung sämtlicher Wirtschaftsreformen.

Unter dem Eindruck der fehlenden finanziellen und technischen Kapazitäten für weitere Auslandsmissionen nach dem Ende des Angola-Kriegs 1990 und dem Wegfall der Unterstützung durch die Sowjetunion verlagerte sich die Mission der Streitkräfte immer weiter von der Sicherung des Vaterlands nach außen zur Sicherung der Revolution nach innen. Raúl Castro definierte z.B. in den 1990er Jahren die vier wichtigsten Aufgaben der FAR: neben der nationaler Verteidigung zählte er die Kriminalitätsprävention, die Nahrungsmittelproduktion und schließlich auch die Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz dazu.⁴⁷⁶

Diese Verschiebung äußerte sich auf zweifache Weise. Zum einen erhielt das Verteidigungsministerium zunehmend Einfluss auf das Innenministerium, wodurch die beiden Sicherheitsbehörden noch stärker als bisher verschmolzen. Dies wurde besonders nach der Ochoa-de la Guardia-Affäre 1989 deutlich. Das Innenministerium wurde in Folge der an die Öffentlichkeit gelangten Korruptions- und Drogenskandale nicht nur gestraft und bis hinunter auf die mittleren Führungsebenen weitgehend gesäubert. Darüber hinaus erlebte die Behörde auch eine informelle, dafür aber sehr politische Reorganisation, die das MININT unter die direkte Kontrolle Raúl Castros und des MINFAR brachte. Nach der Absetzung von General Abrantes wurde z.B. General Abelardo Colomé, damals zweithöchster Militär nach Raúl Castro und Politbüro-Mitglied, zum Innenminister bestimmt und praktisch alle Führungspositionen des Innenministeriums wurden mit hochrangigen Offizieren des Verteidigungsministeriums besetzt.⁴⁷⁷ Zum anderen zeigte sich die veränderte Mission des Militärs nicht

⁴⁷⁵ Vgl. Domínguez 1978, S. 341ff.

⁴⁷⁶ Raúl Castro wörtlich dazu: „We’ve defined beans as more important than cannons at this moment“, in: Granma International, 5.5.1993, S. 4.

⁴⁷⁷ Vgl. Salas 1993, S. 246; begründet wurde die Reorganisation in der Öffentlichkeit mit institutionellen Schwächen des MININT, wie unzureichende interne Kontrolle, Fehlen einer starken Parteiführung innerhalb der Behörde oder auch Nach-

zuletzt in der gesteigerten Präsenz in von Militärs geleiteten und dem Verteidigungsministerium direkt untergeordneten Unternehmen in der kubanischen Wirtschaft, gerade in den Bereichen Tourismus, Nahrungsmittelproduktion, Industrie und Agrarwirtschaft.⁴⁷⁸

Gerade letztere Entwicklung verdient besondere Aufmerksamkeit. Mit der Militarisierung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens wurde nämlich nicht nur dem Problem der Wiedereingliederung der aus Angola zurückkehrenden Militärs die politische Sprengkraft genommen, indem ihnen neue Aufgaben zugeteilt wurden.⁴⁷⁹ Darüber hinaus schufen sich die Streitkräfte als eigenständige Institution auch eigene Einnahmequellen in Devisen, die ihre knappen finanziellen Mittel aufstockten, und konnten vor allem auch ihren aktiven und pensionierten Angehörigen neue Einnahmequellen in der Devisenökonomie der kubanischen Wirtschaft verschaffen.⁴⁸⁰ Entsprechend geriet gerade das Militär zu einem der Hauptprofiteure der wirtschaftlichen Öffnung, hatte darüber hinaus aber auch einen Grund mehr, sich gegenüber dem Regime loyal zu verhalten. In der Tat kamen aus den Reihen des Militärs keine Anzeichen einer nachlassenden Unterordnung unter das Regime, auch wenn immer wieder Berichte über nach Miami geflohene Piloten in der internationalen Presse auftauchten.

Aufgrund dieser Entwicklung stiegen seit den 1990er Jahren immer wieder Generäle anstelle von Zivilisten in hohe Partei- und Ministerämter auf. So wurde z.B. Oberst Rolando Alfonso nach den August-Unruhen in Havanna 1994 Leiter der Ideologie-Abteilung der Partei und mit Ulises Rosales del Toro rückte 1997 der damals zweithöchste Militär und Generalstabschef auf den Chefposten des strategisch immer noch wichtigen Zuckerministeriums. Die Militarisierung machte sich insgesamt auch im Politbüro, in dem das Militär – ohne Fidel und Raúl Castro – 1997 fünf, d.h. knapp ein Viertel der Mitglieder stellte,⁴⁸¹ und im Zentralkomitee bemerkbar, in dem trotz der 1997 erfolgten Verkleinerung um 75 Mitglieder und der Wahl von 50 neuen Mitgliedern die Anzahl der Vertreter des Militärs weitgehend konstant blieb und die alten Militärvertreter in der überwiegenden Mehrheit wiedergewählt wurden.⁴⁸²

lässigkeiten der Überwachungsinstanzen, vgl. Granma Internacional, Diciembre 1989, S. 10ff.

⁴⁷⁸ Zu den dem Verteidigungsministerium unterstellten Unternehmen zählten u.a. Gaviota (Tourismus, Hotels, Marketing, Investitionen, Immobilien), Construcciones Antex (Bauwirtschaft und Immobilien), Industriales (Energie und Telekommunikation), Banca Metropolitana (Finanzen) und Tiendas de Recuperación de Divisas, TRDs (Dollarläden).

⁴⁷⁹ Vgl. Krämer 1998, S. 44.

⁴⁸⁰ Vgl. Azicri 2000, S. 164.

⁴⁸¹ Vgl. del Aguila 2000, S. 522.

⁴⁸² Vgl. Pérez-Stable 1999, S. 183.

4.3.2 Reproduktion und Verschiebungen der Legitimationsmuster

Die Modifikationen an der Spitze des Regimes und die damit einhergehende Dynamisierung des Führungsstabs stellten nur eine Strategie Castros innerhalb des engeren politischen Bereichs dar, um die eigene Macht zu sichern. Eine andere wies über den eigentlichen Machtapparat hinaus und erfasste die gesellschaftliche Basis seines Regimes. Ziel war hier die Sicherung der Zustimmungsbereitschaft von Seiten der Untergebenen zur bestehenden Herrschaftsordnung, d.h. die Aufrechterhaltung einer Grundlegitimität. In der Tat wollte sich Castro auch in Zeiten gesteigerten Protestpotentials nicht allein auf autoritäre Kontrolle verlassen. Vielmehr zog er es vor, der Kontrolle ein Mindestmaß an Zustimmungsbereitschaft der Bevölkerung beizufügen, die Kontrolle gewissermaßen zu ergänzen und zu erleichtern.⁴⁸³

Dafür rekurrierte er großenteils auf bisherige Mechanismen und Muster: auf Charisma, auf Nationalismus und die Konfrontation mit den USA, auf die Aufrechterhaltung staatlicher Distribution und sozialer Sicherungssysteme. Diese Mittel setzte er aber großenteils verändert ein: teils radikalisierte er sie, wie den Nationalismus, teils schwächte er sie ab, wie die Distribution, und teils ergänzte er sie durch eine neue Art materieller Belohnung für loyales Verhalten.

4.3.2.1 Charisma, Nationalismus und Konfrontation

Zu den bisherigen Herrschaftsmitteln, die auch weiter eingesetzt wurden, gehörte zunächst das persönliche Charisma Castros. Traditionell hatte Castro seine Ausstrahlung, seinen Charme und seine Überzeugungskraft eingesetzt, um seine politischen Ziele zu erreichen. Auch nach 1990 machte er von dieser Ressource steten Gebrauch. Gerade zu Beginn der Krise Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre tauchte er z.B. beinahe täglich in der Öffentlichkeit auf, sprach auf Plätzen im ganzen Land oder im Fernsehen und Radio direkt zu den

⁴⁸³ Diese Entscheidung Castros, ein Mindestmaß an Legitimität seines Regimes zu wahren, ist insofern interessant, als in der Vergleichenden Politikwissenschaft nicht ganz klar ist, ob Legitimität eine notwendige Bedingung von Regimestabilität ist. Nach Shin (1991, S. 151f.) und Huntington (1991, S. 45) gilt Legitimität als ein zentraler Faktor der Stabilität von autoritären Regimen. Wenn diese abnehme, bestünde eine hohe Transformationschance. Przeworski (1986, S. 47ff.) und Mainwaring (1992, S. 298ff.) bestreiten hingegen die zentrale Stellung von Legitimität bei der Bestimmung der Überlebenschance eines autoritären Regimes. Wie der nordkoreanische Fall zeigt, kann sich tatsächlich ein kommunistisches Regime mit weitreichender Kontrolle und Überwachung über einen längeren Zeitraum halten, und das auch mit nachlassender Legitimität und unter großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Park 1999). Allerdings bedeutet das natürlich nicht, dass Regime selbst automatisch davon ausgehen, ganz auf Legitimität verzichten zu können.

Massen. Kubanische Sozialwissenschaftler fühlten sich gar an die frühen Jahre der Revolution erinnert, in denen Castro mit seinen ständigen Reisen durch Kuba beinahe omnipräsent gewesen war.⁴⁸⁴ In seinen Reden versuchte Castro vor allem die Missstände zu erklären und appellierte immer wieder aufs Neue an die Opferbereitschaft des Volkes.⁴⁸⁵

Wie wichtig es ihm war, die Menschen von der Revolution und sich selbst zu überzeugen, statt auf Repression zu setzen, zeigte sich vor allem im August 1994, als es zu den ersten Ausschreitungen in Havanna kam. Castro weigerte sich, die bereits bereit stehenden bewaffneten Streitkräfte gegen die Demonstranten, die u.a. seinen Sturz gefordert hatten und Geschäfte plünderten, einzusetzen. Stattdessen fuhr er persönlich zu den Demonstranten und begann mit diesen zu sprechen und ihre Forderungen persönlich anzuhören; und tatsächlich: innerhalb kürzester Zeit beruhigte sich die Lage, die Menschen zerstreuten sich wieder, manche ließen Castro nun sogar hochleben – anders als 1989 in China auf dem Platz des Himmlischen Friedens war kein Schuss gefallen.⁴⁸⁶

Auch über die ersten Jahre der Krise hinaus stellte Castro seine Fähigkeit, die Massen zu begeistern, unter Beweis. Trotz seines Alters und wachsender gesundheitlicher Probleme hielt er weiterhin stundenlange Reden und riss dabei die Massen immer noch zu Begeisterungstürmen hin; er sprach weiterhin ohne Rücksicht auf seine Gesundheit im strömenden Regen,⁴⁸⁷ reiste durchs Land und führte immer wieder auch Demonstrationen persönlich an, z.B. jährlich am 1. Mai vor der Interessenvertretung der USA. Er stellte auf diese Weise weiterhin seinen Anspruch dar, das Land zu führen, aber auch sein weiterhin bestehendes demagogisches Geschick.

Spielte Charisma weiterhin eine große Rolle, um die Zustimmungsbereitschaft seiner Untergebenen trotz der Wirtschaftskrise zu erhalten, so gewann der Nationalismus noch an Stellenwert. Diese Entwicklung hatte vornehmlich pragmatische Gründe. Mit einem gesteigerten

⁴⁸⁴ Aus Interviews mit zwei Sozialwissenschaftlern auf Kuba in Havanna im Oktober 1997, die nicht namentlich genannt werden wollen.

⁴⁸⁵ Vgl. Castro 1990a; 1990b; 1991.

⁴⁸⁶ Vgl. Skierka 2004, S. 387.

⁴⁸⁷ Ein Beispiel dafür war z.B. seine öffentliche Rede im Freien am 26. Juli 1999 in Cienfuegos, die der Autor vor Ort miterlebte. Trotz eines einsetzenden tropischen Regens unterbrach Castro seine Rede nicht und wollte auch den Regenschirm nicht, dem ihm ein Parteiangehöriger hinhielt. Der Regen hielt über eine Stunde an. Castro sprach – durchnässt – einfach weiter, noch über drei Stunden. Auf die Frage des Autors, warum sich Castro dies antue, antworteten mehrere Zuhörer, dass er sich und dem kubanischen Volk immer noch beweisen wolle, dass er der einzig wahre Führer Kubas sei. Nicht wenige sagten dies mit Stolz.

Nationalismus sollte der Delegitimierung des Sozialismus und des Marxismus-Leninismus nach dem Zusammenbruch des Ostblocks entgegengewirkt werden.⁴⁸⁸

Der größere Stellenwert nationalistischer Ideologie zeigte sich zunächst im verstärkten Rekurs auf die geistigen und politischen Gründungsväter der kubanischen Nation nach 1990. Das Regime erhöhte z.B. den Personenkult um die nationalen Helden, angefangen von Máximo Gómez und Antonio Maceo über José Martí bis hin zu den Helden der Revolution, Camilo Cienfuegos und Ché Guevara. Es ließ nicht nur vielerorts ihre Denkmäler renovieren oder sogar neue Gedenkstätten einrichten⁴⁸⁹ und legte wichtige politische Veranstaltungen auf nationale Gedenktage,⁴⁹⁰ sondern füllte die staatliche Propaganda auch verstärkt mit Berichten über ihre historischen Leistungen und ihre Vorbildlichkeit im heroischen Kampf um die Unabhängigkeit sowie mit zahllosen historischen Zitaten. All dies sollte auf die ideelle Kontinuität von den ersten Unabhängigkeitskriegen bis zur Gegenwart hinweisen, vor allem aber als neue Quelle der Erbauung und Inspiration im Angesicht der Krise und der materiellen Beschwerden dienen.⁴⁹¹

Die beinahe ins Religiöse gesteigerte Ikonographie der Helden und Historisierung des Regimes ging einher mit einer wachsenden Zahl von Durchhalteparolen, Aufrufen zum Mut und Heroismus und Appellen an die patriotische Gesinnung. Überall auf der Insel, an den Straßen, in den Schulen und Arbeitsplätzen oder auch in staatlichen Einrichtungen, hingen z.B. Plakate, die an die historische Verantwortung der Bevölkerung gegenüber dem Vaterland und der Revolution erinnern sollten.⁴⁹² Dabei unterließ es die Führung nicht, an die Rolle des Volkes beim Kampf um die Unabhängigkeit zu erinnern: an die gemeinsame Beseitigung des verhassten Diktators Batista, den re-

⁴⁸⁸ Vgl. Fernández 1998; Rabkin 1992.

⁴⁸⁹ Die bekannteste dieser neuen Gedenkstätten ist sicherlich das Mausoleum für Ché Guevara und andere Mitstreiter im internationalistischen Kampf für eine Revolution in Afrika und Lateinamerika in Santa Clara, deren Dach eine knapp 20 Meter hohe Statue Ché Guvaras zierte.

⁴⁹⁰ Der IV. Parteikongress 1991 begann z.B. ebenso wie der V. Kongress 1997 am 10. Oktober, dem offiziellen Jahrestag des Beginns des ersten Unabhängigkeitskriegs; die Wahlen 1993 fanden am 24. Februar statt, dem Jahrestag des Beginns des zweiten Unabhängigkeitskriegs unter José Martí und Máximo Gómez – und das obwohl damit die Wahlen an einem Wochentag, einem Mittwoch, stattfanden, vgl. Eckstein 1994, S. 114.

⁴⁹¹ Vgl. Niess 2001, S. 272.

⁴⁹² So nahm etwa ein seit Anfang der 1990er Jahre weitverbreitetes Plakat direkt Bezug auf die Weigerung Antonio Maceos, in Baraguá gegenüber den spanischen Truppen zu kapitulieren und setzte mit der Parole *eterno Baraguá* ein Schlagwort, das die gesamte Nation in die Pflicht nahm, vgl. Pérez Jr. 2006, S. 303.

volutionären Enthusiasmus der ersten Revolutionsjahre, die dadurch erreichte nationale Selbstbestimmung und die sozialen Errungenschaften.⁴⁹³ An den Gedenktagen der Revolution und der Unabhängigkeitskriege mobilisierten Führung und Partei dazu immer wieder die Massen; Fidel Castro verwies in seinen Reden immer öfter auf die Geschichte und stilisierte mehr denn je nationale Unabhängigkeit und Revolution zum heroischen Kampf zwischen Gut und Böse, zwischen dem Imperialismus der USA und der Freiheitsliebe Kubas.⁴⁹⁴

Der verstärkte Verweis auf die Nationalhelden und die nationalen Errungenschaften folgte dem Kalkül, nationalistische Tradition, Revolution und sozialistisches System direkt miteinander zu verknüpfen und die Träger des Regimes, die Partei und das Militär, gleichsam zu den Hütern nationaler Unabhängigkeit und revolutionärer Hinterlassenschaften zu machen.⁴⁹⁵ Gleichzeitig versuchte die Führung aber auch, den Stolz der Kubaner auf ihre Nation und die Beliebtheit der Führung zu erhöhen. Auch dazu warteten die Medien des Landes mit zahllosen Berichten über internationale Erfolge kubanischer Sportler, Künstler, Musiker und Schriftsteller auf und zeigte sie auf Bildern mit Vertretern der Regierung.⁴⁹⁶

Darüber hinaus verwiesen Fernsehen und Presse ständig auf wirtschaftliche und soziale Fortschritte, vor allem nachdem die wirtschaftliche Talfahrt gestoppt worden war, aber auch weil die Gesellschaft sich etwa nach Naturkatastrophen solidarisch mit den Opfern zeigte und trotz aller finanzieller Schwierigkeiten immer noch Erfolge im Gesundheitsbereich zu verbuchen waren.⁴⁹⁷ Ferner verdeutlichten sie die führende Rolle Kubas in Lateinamerika und unter den Staaten der Dritten Welt oder beschrieben die Leistungen kubanischer Entwicklungshelfer im Ausland. Sie warben damit um Vertrauen in das Regime und transportierten das Versprechen, trotz aller Probleme weiterhin die von allen für wichtig erachteten Leistungen zu bringen.

Die Ausweitung des nationalistisch-historischen Diskurses erfolgte auf Kosten des Marxismus-Leninismus. Anfang der 1990er Jahre

⁴⁹³ Vgl. Rabkin 1992.

⁴⁹⁴ Vgl. Krämer 2001; Gratius 2003, S. 120f.

⁴⁹⁵ Vgl. Burchhardt 1996, S. 48.

⁴⁹⁶ Dazu findet sich in beinahe jeder Ausgabe der Parteizeitung *Granma* seit den späten 1980er Jahren ein Beispiel.

⁴⁹⁷ Die sozialen Indikatoren des Landes blieben z.B. auch seit den 1990er Jahren positiv: Kuba hatte im regionalen Vergleich weiterhin eine der niedrigsten Analphabetenraten, ähnlich wie in den Industrieländern besuchten 80% der Kinder weiterführende Schulen, 2001 kam auf 193 Einwohner ein Arzt, die Kindersterblichkeitsrate betrug nur 6,2 pro Tausend Lebendgeburten – ein regionaler Rekord – und die durchschnittliche Lebenserwartung lag bei über 75 Jahren, vgl. CEPAL 2001; *Granma*, 3.1.2002.

begannen z.B. Partei- und Kaderschulen der Ministerien, Stunden zu den Grundlagen des Marxismus-Leninismus zu reduzieren und stattdessen stärker die politischen Gedanken José Martí und Fidel Castros zu lehren.⁴⁹⁸ Auf den Parteikongressen 1991 und 1997 beherrschten zudem weniger die Bilder von Marx, Engels und Lenin die Tribüne als die von Martí, Guevara und Cienfuegos.

Der ideologische Wandel drückte sich auch in der Verfassungsreform von 1992 aus, die zur teilweisen Abkehr vom orthodoxen Kommunismus führte. Die neue Verfassung schaffte z.B. nicht nur das Prinzip der Unumkehrbarkeit sozialistischen Eigentums ab, sondern stellte auch in seiner Präambel die Ideen von Martí vor die Ideen von Marx und Lenin.⁴⁹⁹ Obwohl marxistische Grundsätze weiterhin bestehen bleiben, basierte jetzt die offizielle Ideologie in erster Linie auf Martí politischen Grundsätzen und dem daraus abgeleiteten Nationalismus. Die Kommunistische Partei wurde z.B. fortan in erster Linie auf Martí und seine revolutionäre Einheitspartei von 1895 zurückgeführt. Damit einhergehend veränderte sich ihre formale Rolle. Sie galt fortan als Avantgarde der kubanischen Nation und nicht mehr als Avantgarde der Arbeiterklasse.

Um ihrem Legimititätsanspruch Nachdruck zu verleihen, beschränkte sich die Regierung allerdings nicht auf Verweise auf ihre nationalistische Gesinnung, auf ihre Erfolge oder auf die Opfer der Nation und ihrer Bürger. Darüber hinaus instrumentalisierte sie auch die Bedrohungen der Nation und der revolutionären Hinterlassenschaften, bauchte deren Umfang und Reichweite auf und versuchte sogar die ein oder andere Bedrohung aufrechtzuerhalten. Dazu gehörten etwa Naturkatastrophen, wie Wirbelstürme oder Trockenheit, oder eine wachsende Kriminalität. Deren Bekämpfung geriet zu einem politischen Schwerpunkt, für den immer wieder die Massen mobilisiert bzw. Kampagnen von Polizei und CDR gestartet wurden.

Dabei inszenierte sich Castro stets als ein Führer, der die Sorgen seiner Untertanen ernst nimmt und die richtigen Schritte zu ihrer Bewältigung bzw. Bekämpfung einleitet. Obwohl z.B. die Kriminalität auch eine Folge der Wirtschaftspolitik des Regimes war, konnte er sich als kompetenter Krisenbewältiger und Bewahrer der Ordnung inszenieren.⁵⁰⁰ Eine andere Funktion dieser Maßnahmen war aber auch die Ablenkung von eigenen Fehlern und die Erzeugung von Angst vor einem Ende des Regimes. Am deutlichsten zeigte sich dies bei der Instrumentalisierung und Provokation der Embargo- und Isolationspolitik der USA.

⁴⁹⁸ Vgl. Granma International, 27.12.1992, S. 5.

⁴⁹⁹ Vgl. Planas 1994b, S. 87.

⁵⁰⁰ Vgl. Aguirre 2003.

Gerade nach 1990 bestimmte die Vorstellung von einer *fortaleza sitada* (belagerten Festung) die politischen Leitlinien des Regimes, auf deren Grundlage im inneren wie im äußeren die politische Wirklichkeit konsequent und schematisch in Freunde und Feinde aufgeteilt wurde. Gleichwohl bekam diese Haltung durch den Wegfall der wichtigsten Alliierten und die verstärkten Drohgebärden und verschärften Embargobestimmungen der USA eine neue Bedeutung. Dies schlug sich nicht zuletzt in der Wortwahl nieder. Wie besonders Anfang der 1960er Jahre sprach die Führung seit 1990 wieder von einem faktischen Kriegszustand des Landes, das sich einer ständigen Bedrohung durch „Imperialisten“, „Konterrevolutionäre“, „Saboteure“, „Würmer“, „Mafiosi in Miami“, „Terroristen“ und „Verräter“ ausgesetzt sehe; diese scheuten sich nicht, sich gegen die kubanische Nation zu verschwören und sie sich schließlich aus billigem Eigennutz unter den Nagel zu reißen.⁵⁰¹ Gemeint waren damit nicht einzig die US-Regierung, sondern auch ihre tatsächlichen und vermeintlichen internationalen und nationalen Verbündeten, wie z.B. Staaten, die in der UN-Menschenrechtskommission gegen Kuba stimmten, oder auch Oppositionelle und Hardliner des Exils.

Besonders die US-Regierung wurde allerdings zum Bösen schlechthin stilisiert, zum übermächtigen Feind, dem allein durch nationale Einheit, revolutionäres Bewusstsein und einen heroischen Kampf entgegengewirkt werden könne. Letztlich war dies auch ein wichtiges Argument, um Repression zu rechtfertigen und die wirtschaftliche und vor allem politische Öffnung stark zu beschränken.

Die Propaganda überspitzte das wirkliche Bedrohungsszenario, denn anders als von der Regierung dargestellt beabsichtigten die USA keineswegs eine Annexion der Insel. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass sein Kern auf einer realen Grundlage beruhte. So schien nach dem Zusammenbruch der alten internationalen Schutzmacht Kubas, der Sowjetunion, und schließlich mit dem „Krieg gegen den Terror“ George W. Bushs ab 2001 eine militärische Invasion Kubas wieder eine ernstzunehmende Option US-amerikanischer Kubapolitik zu werden.⁵⁰² Im Alltag der Kubaner war die direkte und indirekte Unterstützung anticastristischer Kräfte innerhalb und außerhalb Kubas, die auch vor terroristischer Gewalt nicht zurückschreckten, spürbar.⁵⁰³ Die einschneidendste Komponente amerikanischer Politik blieb aber das Wirtschaftsembargo: unter ihm litt weniger die Regierung als vielmehr die Bevölkerung.

⁵⁰¹ Vgl. hierzu praktisch sämtliche Ausgaben der Wochenzeitung der KPK, *Granma International*, seit 1990.

⁵⁰² Vgl. *Gratius* 2003, S. 196ff.

⁵⁰³ Im Sommer 1997 kam es sogar zu mehreren Bombenanschlägen von Exilkubanern auf Touristenhotels, die einen Toten forderten.

Dabei wurde das Misstrauen gegenüber den USA durch die Verschärfung des Embargos noch erhöht. Vor allem zahlreiche Bestimmungen des Helms-Burton-Gesetzes riefen diffuse Ängste hervor, wie etwa die Bestimmungen zur Restitution von Eigentum oder zur Transformation des Regimes. Ein Großteil der Bevölkerung verband damit den möglichen Verlust von im Zuge der Revolution erworbenem Land- und Immobilieneigentum bei einem Regimewechsel; vor allem aber legten diese Bestimmungen den Verdacht nahe, die USA wollten wie schon zu Zeiten des Platt Amendment die politische Entwicklung wieder direkt und ohne Rücksicht auf den Willen der kubanischen Bevölkerung bestimmen.⁵⁰⁴

Entsprechende Ängste beförderte die Regierung insbesondere durch die Berichterstattung von zahllosen öffentlichen Diskussionen und Massenkundgebungen über bzw. gegen diese US-Politik. Verschiedene Radio- und Fernsehsendungen, aber auch seitenlange Berichten in den Zeitungen analysierten die historischen und gegenwärtigen Hintergründe des Embargos, verwiesen aber vor allem auf die möglichen Folgen für Kuba. Der Tenor war in den Kommentaren immer gleich: sollte Amerika gewinnen, sprich das Regime stürzen, dann sei es um alle revolutionären Errungenschaften geschehen, vor allem um die Unabhängigkeit; gerade deshalb brauche es die Einheit der Führung und des Volkes. Dabei sei das US-Embargo ohnehin der wichtigste Grund, warum die Entwicklung Kubas hinter den Erwartungen zurück geblieben sei. Auf diese Weise sollte das Misstrauen gegen die USA angefacht werden, andererseits aber auch der Ärger über die Schwierigkeiten des Alltags auf den „Koloss im Norden“ umgelenkt werden.⁵⁰⁵

Um dieser Strategie, Angst vor dem Nachbarn zu erzeugen, Nachdruck zu verleihen, setzte die Castro-Regierung weiterhin auf einen kontrollierten Konflikt mit den USA, eine Art Weiterführung des Kalten Krieges, ohne dabei den Gegner zu einem militärischen Eingreifen zu zwingen.⁵⁰⁶ Tatsächlich versuchte die kubanische Führung die US-Regierung immer dann zu Sanktionsmaßnahmen gegen die Insel zu verleiten, wenn sie sich selbst innenpolitisch unter Druck fühlte, um im Windschatten einer außenpolitischen Krise innenpolitische Konflikte entweder überdecken oder durch Repression ausschalten zu können. Dazu provozierte sie immer wieder gezielt den mächtigen Nachbarn, sodass dieser seine Konfrontationspolitik teils sogar verschärfte und weiterhin als Feindbild und Bedrohung schlechthin für die Nation fungieren konnte. Die kubanische Außenpolitik gegenüber den USA wurde aber nicht nur immer dann aggressiver, wenn sich

⁵⁰⁴ Vgl. Hoffmann 2001, S. 173.

⁵⁰⁵ Vgl. Schulz 1993, S. 108.

⁵⁰⁶ Vgl. Keplak 2000, S. 4.

Castro direkt bedroht fühlte, sondern auch, wenn eine Änderung der US-Politik möglich schien: „Every time it seemed as though the United States was ready to normalize relations, the Cuban government acted in such a way as to guarantee that they would not do so.“⁵⁰⁷

Das hervorstechendste Beispiel einer Provokation einer externen Krise mit den USA stellte der Abschuss der beiden exilkubanischen Zivilflugzeuge vor der Küste Kubas im Februar 1996 dar. Im Vorfeld hatte die US-Regierung mehrmals angekündigt, das Embargo gegen Kuba überprüfen zu wollen, und eine Lockerung in Aussicht gestellt. Andererseits hatte sich gerade zu dieser Zeit auf Kuba das *Concilio Cubano* als Gegenbewegung gegen das Castro-Regime gegründet. Es kann angenommen werden, dass der erfahrene Außenpolitiker Fidel Castro die Reaktion der USA auf den Abschuss der Flugzeuge ziemlich genau vorausahnte: nämlich die Umsetzung des damals in den USA noch wenig populären, in Kuba aber bereits genau studierten Gesetzentwurfs der Senatoren Helms und Burton zur Verschärfung des Embargos der USA gegenüber Kuba. Castro kalkulierte zurecht, dass dieses Dokument wie kaum ein anderes zuvor national wie international auf breite Ablehnung stoßen und damit dem System neue Legitimität verschaffen, zumindest aber die Hardliner in seinen Reihen stärken und die gemäßigeren Gruppen disziplinieren würde.

Außerdem ist nicht zu vergessen, dass im Schatten dieses internationalen Konflikts eine neue Repressionswelle losbrach. So passierte der Abschuss just an dem Tag, als die innerkubanische Oppositionsgruppe *Concilio Cubano* eine größere Protestaktion plante; in den nächsten Monaten wurden zahlreiche ihrer Mitglieder verhaftet und die Organisation schließlich aufgelöst. Zudem hatte die Regierung nun eine Rechtfertigung für ihre ideologische Verhärtung ab 1996.⁵⁰⁸ Aufgrund der systemstabilisierenden Wirkung nach innen war eine Aufrechterhaltung oder sogar eine partielle Steigerung des Konflikts mit den USA deshalb durchaus im Interesse der Regierung.

Um das Risiko dieser Konfrontation mit den USA kalkulierbar zu machen, versuchte die Regierung, die möglichen Rechtfertigungen insbesondere für eine militärische Invasion zu minimieren. So nahm zwar der Abschuss der beiden Zivilflugzeuge die amerikanische Öffentlichkeit gegen Kuba ein. Jedoch war die Ablehnung dadurch keineswegs so weit gediehen, dass die politische Klasse die Risiken eines Militärschlags in Kauf nehmen wollte. Für diese Stimmungslage sorgte auch Castro selbst, indem er einerseits immer wieder eine normalisierte Zusammenarbeit in Aussicht stellte, andererseits die

⁵⁰⁷ Vgl. Torres 1999, S. 13

⁵⁰⁸ Vgl. Hoffmann 1997; Hoffmann 2001.

potentiellen Auswirkungen eines Flüchtlingsstroms aus Kuba in die USA thematisierte. Zum einen signalisierte sein Regime immer wieder generelle Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft. Beispielsweise revidierte Kuba seine seit 1960 geltende Doktrin, auch militärisch zugunsten befreundeter Staaten etwa in Afrika einzugreifen oder auch revolutionäre Guerilla-Bewegungen in Lateinamerika zu unterstützen.⁵⁰⁹ Darüber hinaus arbeitete die Regierung seit Anfang der 1990er Jahre bei der internationalen Drogenbekämpfung verstärkt mit staatlichen Stellen der USA zusammen, empfing zahlreiche politische und Wirtschaftsdelegationen der USA, die für eine Normalisierung der Beziehungen eintreten – u.a. besuchten Jimmy Carter und selbst US-Gouverneure die Insel –, oder sandte nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 zahlreiche Solidaritätsadressen an das US-amerikanische Volk.

Andererseits bediente sich das Regime des Flüchtlingsstroms aus Kuba in die USA, um die US-Regierung hinsichtlich ihrer Migrationsproblematik unter Druck zu setzen. Nachdem die kubanische Regierung z.B. seit den 1990er Jahren ohnehin illegale Migration strafrechtlich entschärfte und damit indirekt signalisierte, Fluchtversuche nicht mehr mit der gleichen Vehemenz wie früher zu verfolgen,⁵¹⁰ provozierte sie mit der Ankündigung im Sommer 1994, dass der kubanische Grenzschutz gar keine Flüchtlinge mehr stoppen würde, Ängste auf amerikanischer Seite vor einer völligen Destabilisierung Kubas und einem unkontrollierten Flüchtlingsstrom. Sie zwang die USA damit schließlich sogar zu einem neuen Migrationsabkommen.⁵¹¹

Aber nicht nur die US-Regierung, auch die Exilkubaner standen im Fokus der Strategie zur Sicherung der Zustimmungsbereitschaft von Führungsstab und Volk. Der Schwerpunkt lag hier auf Propaganda, vor allem gegen die schärfsten Castro-Gegner und anticastristischen Hardliner rund um die CANF. Die Regierung ließ regelmäßig verbreiten, dass diese nach wie vor auf Rache für Vertreibung und Enteignungen sann, mit amerikanischer Hilfe das Land wieder unter sich aufteilen wollten, die eigenen, partikularistischen Interessen anstelle der Interessen der Mehrheit des Volkes verfolgten und auf diese Weise nur Unordnung produzierten und für den Ausverkauf sämtlicher Errungenschaften sorgten.

Vor allem Führungsmitglieder der Partei hätten zudem viel zu befürchten: wie schon die Verurteilungen ehemaliger Führungsmitglieder in den ehemaligen Ostblockstaaten zeigten, werde auch auf Kuba eine

⁵⁰⁹ Vgl. Gratius 2003, S. 146.

⁵¹⁰ Vgl. Burchhardt 1996, S. 28.

⁵¹¹ Vgl. Engelhardt/Kahlke 1996, S. 382f.

Art Siegerjustiz installiert werden, die sich allerdings – anders als in Europa und aufgrund der langjährigen Rachegefühle – keineswegs an rechtsstaatliche Grundsätze halten werde. Insofern befinde sich die Führung für sich, aber auch im Verbund mit dem Volk gleichsam in einer Schicksalsgemeinschaft; das gemeinsame Wohlergehen sei direkt verbunden und von Einheit und Kampfbereitschaft abhängig.⁵¹² Tatsächlich kamen aus der CANF Forderungen nach einer Bestrafung von Funktionären des Regimes gemäß dem Vorbild der „Nürnberger Prozesse“ und nach schnelle Verurteilungen.⁵¹³

Auch vor diesem Hintergrund sind die Bemühungen der kubanischen Regierung zu verstehen, die internationale und auch den gemäßigten Teil der amerikanischen Öffentlichkeit gegen radikale Exilkubaner einzunehmen. Ihr größter Erfolg – errungen freilich mit kräftiger Unterstützung des Exils selbst – war hier das Flüchtlingsdrama des damals sechsjährigen Elián González zwischen November 1999, dem Zeitpunkt der Rettung des Jungen auf hoher See durch die US-Küstenwache, und Juni 2000, seiner Rückkehr zu seinem Vater nach Kuba.

„Während die Verwandten Eliáns in Miami (und mit ihnen die Mehrheit der Kubaner in der Stadt) den Flüchtlingsjungen in ihrer Obhut behalten wollten und ihn zum Symbol von Freiheit und Anti-Castrismus erhoben, forderte Eliáns leiblicher Vater, der in Kuba lebt, die Rückkehr seines Sohnes zu ihm und auf die Insel – was die Regierung Castro ihrerseits zu einer nationalen Frage hochstilisierte, die in einer gewaltigen politischen Kampagne mit monatelangen Massenkundgebungen verfolgt wurde.“⁵¹⁴

Indem die kubanische Regierung dabei dem Vater in seinen Bemühungen vollständige Freiheit und Unterstützung gab, gleichzeitig die Mehrheit der Exilkubaner fanatisch um den Verbleib des Jungens auch gegen internationale gesetzliche Bestimmungen kämpfte,⁵¹⁵ drehte sich die politische Stimmung international, aber auch in Amerika selbst deutlich gegen die radikalen Exilkubaner und endete schließlich in einem politischen Debakel letzterer.

⁵¹² Vgl. Baloyra 1994, S. 30; Oppenheimer 1992, S. 323.

⁵¹³ Vgl. Domínguez 1993, S. 100.

⁵¹⁴ Vgl. Hoffmann 2001, S. 183f.

⁵¹⁵ So wurde der Junge in einem international vielbeachteten Polizeieinsatz gewaltsam aus der Wohnung seiner Verwandten geholt, nachdem mehrere gerichtliche Instanzen der Rückkehr des Jungen zu seinem Vater nach Kuba zustimmten und sich schließlich auch die US-Justizministerin, Janet Reno, für die familiäre Zusammenführung einsetzte.

„Der Fall Elián stellte die Exil-Kubaner gegen die international rechtsstaatlichen Normen, nicht die Regierung Havanna; die Fernsehbilder von brennenden US-Fahnen zeigten die Kubaner in Miami, nicht die in Kuba; der Fall Elián ließ die Exil-*Community* als emotionalisierte und unberechenbare Fanatiker erscheinen, während der Vater Eliáns mit seinem ruhigen Auftreten das Bild eines sorgenden und verständigen Familienvaters abgab, der in der US-Öffentlichkeit viele Sympathien gewann. Der Fall Eliáns stellte damit die Exil-Kubaner, nicht Castro, gegen traditionelle *family values*, dass ein Kind jenseits aller Politik schlicht zu seinem leiblichen Eltern gehöre [...].“⁵¹⁶

Der Fall Elián war damit ein probates Instrument, um gerade die radikale Exilgemeinde in den USA zu schwächen. Dass dies letztlich gelang, zeigte sich nicht zuletzt darin, dass die Vertreter der US-Exportwirtschaft sowie der agrarisch geprägten Bundesstaaten der USA zunehmend Gehör in der US-Regierung fanden. Im Jahr 2000 modifizierten die USA denn auch tatsächlich mit dem *Trade Sanctions Reform and Export Enhancement Act* (TSRA) das Handelsembargo gegenüber Kuba und erlaubten nun Nahrungsmittelexporte nach Kuba gegen Barzahlung. Zu Beginn wies Kuba diese Initiative als weiteren Versuch der internen Destabilisierung noch zurück, entschloss sich allerdings auch unter dem Eindruck des Hurrikans Michelle, auf das Angebot zurückzukommen. Ab 2001 führte Kuba also Nahrungsmittel und andere Agrarprodukte aus den USA ein, was die USA schließlich bis 2003 zum siebtgrößten Handelspartner Kubas und wichtigsten Lieferanten von Nahrungsmitteln machte.⁵¹⁷ Selbst nach den jüngsten starken Verstimmungen zwischen den Administrationen Bush Jr. und Fidel Castro nach der umfassendsten Repressionswelle im Jahre 2003 blieb diese Form der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten bestehen.

War die Propaganda gegen die USA und das Exil eine Variation bisheriger Herrschaftsmuster, so stellte die Art und Weise, wie das Regime vor einer Rückkehr zu Demokratie und Kapitalismus warnte, in weiten Teilen eine Neuerung des politischen Diskurses dar. Zwar hatte die kubanische Führung schon in der Vergangenheit versucht, die Überlegenheit des eigenen Systems gegenüber Demokratie und Kapitalismus auszuweisen. Mit der Transformation des Ostblocks und der Transition zahlreicher lateinamerikanischer Staaten bekamen

⁵¹⁶ Vgl. Hoffmann 2001, S. 184.

⁵¹⁷ Vgl. Granma International, 7.1.2004; in diesem Zusammenhang muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass Kuba von allen US-Firmen, die nach Kuba exportierten, die Unterschrift unter ein Memorandum mit der kubanischen Importfirma Alimport verlangte, das verstärkte Lobby-Arbeit im US-Kongress zur Aufhebung des Handelsembargos vereinbarte.

diese ideologischen Behauptungen aber eine Schlagseite. Es bedurfte einer Begründung, warum Kuba nicht ihrem Vorbild und dem internationalen Zeitgeist folgen sollte, zumal das eigene sozialistische Modell wegen der hiesigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme zusehends an Glaubwürdigkeit verlor.

Ein Mittel waren Verweise auf die Stärke des kubanischen Sozialismus und seine Errungenschaften sowie ein in der Öffentlichkeit stets zur Schau gestellter Glaube an die Entwicklungsfähigkeit des Sozialismus.⁵¹⁸ Darüber hinaus unterstrich die Führung die Unterschiede zwischen Kuba und Osteuropa. Ideologisch fand diese Argumentation z.B. in einem Strategiepapier des Zentralkomitees der Partei seinen Niederschlag: danach beweist der Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa nur das Scheitern eines bestimmten sozialistischen Modells, nicht aber das Scheitern des Sozialismus als gesellschaftliches System an sich, zumal Kuba stärker als die osteuropäischen Staaten an sozialistischen Prinzipien wie der alleinigen Führung der Gesellschaft durch die Partei festgehalten habe.⁵¹⁹ Die kubanische Führung war davon überzeugt, dass ihr Kampf um den Sozialismus, wie viele Opfer er auch verlangte, nicht nur hinsichtlich ihrer historischen Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk in seinem langen und opferreichen Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit legitim, sondern auch hinsichtlich der eigenen Vorreiterrolle im Kampf gegen den Imperialismus und dem von ihm gesteuerten Neoliberalismus nötig sei.⁵²⁰

Gleichzeitig betonte die Führung in ihrem Herrschaftsdiskurs zusehends die tatsächlichen und vermeintlichen negativen Folgen der Rückkehr zu Demokratie und Marktwirtschaft und stellte demgegenüber die relative Ordnung und Stabilität auf Kuba heraus.⁵²¹ Sie instrumentalisierte dazu insbesondere negative Erfahrungen mit Demokratie und Kapitalismus aus der eigenen Geschichte und negative Entwicklungen der Transformationsstaaten in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sowie der Transitionsländer in Lateinamerika. Die Botschaft war dabei eindeutig: Eine Rückkehr zu Demokratie und Kapitalismus wäre nicht nur mit erheblichen Kosten für Funktionäre und Volk verbunden, sondern bedeute auch das Ende der Werte, für

⁵¹⁸ Vgl. Domínguez 1993a, S. 121; Pickel 1998, S. 79f.; diesen Glauben bekräftigte die Führung auf dem IV. und dem V. Parteitag der KPK, in dessen Beschlüssen die Überzeugung festgehalten wurde, dass der Sozialismus nicht nur das beste existierende System darstelle, sondern mit seiner Hilfe letztlich auch die Schwierigkeiten Kubas nach 1990 und insbesondere die „US-Aggression“ überwunden werden könnten, vgl. hierzu etwa Ruiz Alonso 1998, S. 61ff.; Azicri 2000, S. 105f. und 110ff.

⁵¹⁹ Vgl. ZK der PCC 1992, S. 5.

⁵²⁰ Vgl. Granma 2.4.2001, S. 3; Whitehead 2002, S. 15.

⁵²¹ Vgl. hierzu etwa FAZ, 15.3.1997; 11.8.1997.

die der Sozialismus auf Kuba stünde: Frieden, Gerechtigkeit, Ordnung und Nation.⁵²²

Diese Haltung fand sich in zahllosen Reden Castros und anderen Verlautbarungen. Exemplarisch ist ein Zitat Castros zur konstituierenden Sitzung des Nationalparlaments 1993: „The illusion that capitalism is going to solve our problems is an absurd and crazy chimera for which the masses will pay dearly. This is another reason why, not only because socialism is more just, more honorable, and more human in every sense, but because it is the only system that would provide us with the resources to keep our social conquests.”⁵²³ Hinsichtlich der westlichen Demokratie sprach er mehrfach von einer *pluriporquería*, in der sich die Parteien in ihren Methoden, ihren Zielsetzungen und ihrem Zweck nicht nur glichen, sondern deren Führer sich zudem in Eitelkeiten, Streitereien und persönlichen Ambitionen verlor.⁵²⁴

Einen besonderen Stellenwert nahmen jedoch Berichte und Analysen in den Medien und Diskussionen in den Betrieben, bei politischen Veranstaltungen oder auch in den Schulen über die Transformationsländer in Osteuropa und Lateinamerika ein, anhand derer das Regime die negativen Folgen eines systemischen Wandels hin zu Demokratie und Marktwirtschaft aufzeigte. So berichteten die Medien kontinuierlich und breit über Korruptionsskandale in den neuen Demokratien oder auch über wachsenden Nepotismus und politische Ränkespiele der vorgeblich demokratisch gesinnten politischen Klasse. Dazu kamen Dokumentationen über Arbeitslosigkeit, Armut sowie die sprunghaft wachsende Kriminalität, die Vereinsamung zahlloser Menschen und die soziale Marginalisierung gerade von Alten und ethnischen Minderheiten in diesen Ländern.⁵²⁵

Betroffenheit und Angst vor dieser möglichen Zukunft sollten auch die Fälle politischer Unruhen, von Bürgerkriegen und Staatszerfall, wie etwa im ehemaligen Jugoslawien oder in der ehemaligen Sowjetunion, erzeugen. Reportagen über und Interviews mit Verlierern des Wandels suggerierten, dass es vielen nach der Transformation schlechter ging und sie sich nach der alten Zeit sehnten, in der zwar nicht alles perfekt, das meiste aber immerhin noch überschaubar und sicher war.⁵²⁶ „Was ist aus den Ländern geworden, denen sie einen Übergang empfohlen

⁵²² Vgl. hierzu etwa den Kommentar des Politbüromitglieds Armando Hart zum Thema: Warum sind wir Sozialisten?, in: Granma International (deutsch), Oktober 1997.

⁵²³ Vgl. Fidel Castro: Speech at the National Assembly, 28.12.93, zit. Nach Jatar-Hausmann 1999, S. 53.

⁵²⁴ Vgl. z.B. Granma International, 22.6.2000.

⁵²⁵ Vgl. hierzu zahlreiche Artikel in der Parteizeitung Granma.

⁵²⁶ Vgl. z.B. Granma International, 17.6.1999.

haben?“ fragte Castro z.B. im März 1997 vor Studenten im Hinblick auf die Staaten des ehemaligen Ostblocks und antwortete auf sich selbst: „Sie sind dem Chaos anheimgefallen. Ein absolutes Chaos herrscht dort in allen Bereichen: in der Landwirtschaft, in der Industrie, ja überall wo man hinschaut.“⁵²⁷ Schließlich kamen aber immer wieder auch die neuen Abhängigkeiten dieser Staaten zur Sprache, etwa die Rolle von Weltbank und Weltwährungsfonds und die nicht zuletzt über diese Institutionen erfolgte Einflussnahme der reichen Länder auf den internen politischen Prozess ohne demokratische Legitimation und gegen das Interesse der Massen. Dies alles sollte die Demokratisierung in einem schlechten Licht erscheinen lassen und gleichsam einen konservativen Impuls in der Bevölkerung und besonders unter denjenigen wecken, die von der Revolution profitiert hatten: Schwarzen, Frauen, Alten und der Landbevölkerung.⁵²⁸

Um den Vergleichen dabei mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen, verband die staatliche Propaganda diese Berichte weiterhin mit zahllosen Beiträgen über die eigene Erfahrung mit der Demokratie und ihre Aushöhlung/Abschaffung durch Fulgencio Batista. Im Bewusstsein, dass die Erinnerung an diese Zeit keineswegs positiv besetzt war und zudem durch das staatliche Informationsmonopol kontrolliert werden konnte, unterließ es die Regierung nicht, mit einer großen Zahl von Veröffentlichungen über die sozialen, politischen und internationalen Defizite dieser kubanischen Epoche, die allesamt auch frappierende Ähnlichkeiten zu den negativen Phänomenen in den Transitionsländern aufwiesen, zu berichten und in entsprechenden Foren im Fernsehen diskutieren zu lassen.

Auch weil immer weniger Kubaner diese Epoche noch selbst miterlebt hatten, sollte so die Erinnerung an die vorrevolutionäre Zeit wach gehalten werden und mit ihr die Erinnerung an die Gräueltaten Batistas, an die Korruptheit demokratischer Politiker in Kuba, an die Instabilität des ganzen Landes mit seinen zahlreichen, teils gewalt-samen sozialen und politischen Konflikten und schließlich auch an die Abhängigkeit von den USA und den Ausverkauf des Landes. Das Argument der Regierung war dabei folgendes: Gegenüber Demokratie und Kapitalismus hätten die Revolution und der Sozialismus auf Kuba eine weitaus bessere Bilanz; letztere seien trotz aller Probleme immer noch die bessere Alternative. Unabhängigkeit, Stabilität und Erwartungssicherheit sowie Geborgenheit und Leistung auch für die Schwächsten der Gesellschaft gewähre nur das bestehende System. Im Endeffekt schütze das Regime mit seinem langjährigen Führer Fidel

⁵²⁷ Vgl. Castro, zit. nach FAZ, 15.3.1997, S. 6.

⁵²⁸ Vgl. hierzu z.B. auch die Ansprache Castros zum 26. Juli 1996 in Holguín, vgl. etwa NZZ, 29.7.1996, S. 3.

Castro an der Spitze vor den Gefahren eines tief greifenden Wandels oder gar einer Rückkehr zu den vorrevolutionären Verhältnissen.

4.3.2.2 Redistribution und Privilegierung

Es kann nicht bestritten werden, dass durch die Wirtschaftskrise, aber auch aufgrund der Marktwirtschaftsreformen die soziale Leistungsfähigkeit des Regimes abnahm: angefangen von einer wachsenden Einkommensungleichheit und Vermögenskonzentration über wachsende Schwierigkeiten im System sozialer Dienstleistungen (wie etwa bei der Gesundheit, der Bildung, dem Rentensystem, dem Wohnungsbau), wachsende wirtschaftliche und soziale Ungleichgewichten zwischen Havanna und v.a. den östlichen Provinzen, zwischen der weißen und der farbigen Bevölkerung sowie zwischen Ausländern und Kubanern, bis hin zur fortschreitenden Ausbreitung der Armut.⁵²⁹ Wenngleich der Grad und der Umfang dieses sozialen Niedergangs in der Literatur unterschiedlich bewertet werden – so gehen insbesondere amerikanische Autoren von einem drastischen Niedergang aus, während kubanische Autoren auf einen eher gebremsten sozialen Abstieg v.a. auch im Vergleich mit den Transformationsstaaten in Lateinamerika und dem ehemaligen Ostblock verweisen –, scheint über die Tatsache, dass es diesen Einbruch gegeben hat, Konsens zu herrschen.

In der Tat war die kubanische Regierung schon allein aus finanziellen Gründen gezwungen, teils deutliche Abstriche in ihren realen sozialen Ausgaben zu machen und darüber hinaus eine Neustrukturierung der kubanischen Gesellschaft zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu akzeptieren.⁵³⁰ Andererseits legte sie aber über den gesamten Zeitraum Wert darauf, dass der Lebensstandard der Kubaner nicht vollständig durch individuelle Überlebensstrategien und Armut geprägt wurde und die sozialen Ungleichheiten begrenzt oder zumindest teilweise an politische Kriterien geknüpft wurden.

Dass die Regierung die soziale Funktion des revolutionär-sozialistischen Systems trotz der gewaltigen finanziellen Schwierigkeiten zu bewahren beabsichtigte, wird allein durch ihre wichtigsten sozialpolitischen Entscheidungen zu Beginn der Krise deutlich. So vermied sie einen großangelegten Sozialabbau und verzichtete auf Massenentlassungen.⁵³¹ Sie setzte stattdessen auf Weiterbeschäftigung, Versetzungen und Kurzarbeit bei vollem Lohnausgleich, und das trotz großer finanzieller Belastungen. Zudem verweigerte sie sich einer Senkung der Auszahlungen der Arbeitslosenversicherung von

⁵²⁹ Vgl. hierzu die hervorragende Zusammenstellung von Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 71ff.

⁵³⁰ Vgl. Espina Prieto 1998.

⁵³¹ Vgl. Hoffmann 1996a, S. 117f.

70% des letzten Gehalts und versuchte mit der Rationierung sämtlicher Nahrungsmittel und Konsumgüter, der Kontrolle aller Preise für diese Güter, der von oben bestimmten Verteilung von Elektrizität, Wasser, Gas und anderen Treibstoffen die Distribution aller verfügbaren und raren Ressourcen zu gewährleisten und so die Konsumeinschränkungen zumindest sozial gerecht zu bewerkstelligen. Und schließlich entschied sie auch, sämtliche soziale Dienstleistungen, wie das nationale Gesundheitssystem, das Bildungssystem und das Sozialversicherungssystem, nicht anzutasten, um das Absinken des Lebensstandards zumindest teilweise auszugleichen und ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit zu gewährleisten.⁵³²

Nicht zu unrecht konnte deshalb die staatliche Propaganda immer wieder darauf verweisen, dass trotz der finanziellen Engpässe seit 1990 kein Krankenhaus und keine Schule geschlossen worden war, staatliche Bildungs- und Gesundheitsleistungen für die Bevölkerung kostenlos blieben und das System der Sozial-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungen ebenso erhalten blieb wie die Subventionen von Lebensmitteln, Mieten und Mietnebenkosten. Wenngleich die Effektivität dieser Maßnahmen durch Kaufkraftverluste, die Ausbreitung des Schwarzmarkts und auch durch qualitative Mängel im Sozialsystem beschränkt blieb, sorgte diese Distributionspolitik für einen zumindest partiellen sozialen Ausgleich für die von der Krise besonders hart getroffenen kubanischen Bürger.⁵³³

Damit diese Akzeptanz auch über diese erste Periode hinaus in einer Zeit wachsender sozialer Heterogenisierung anhielt, setzte die kubanische Führung auf zahlreiche Initiativen, mit denen Armut und soziale Ungleichheiten zwar nicht massiv zurückgedrängt, jedoch in Umfang und Wirkung zumindest begrenzt werden sollten. Ein wichtiges Element der kubanischen Sozialpolitik nach 1990 war z.B. der immer noch gewaltige finanzielle Aufwand für wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen. So investierte die kubanische Führung auch nach dem Wegfall ihrer externen Förderer und Entwicklungsgelder und trotz großer finanzieller Probleme einen Großteil des Staatshaushalts in soziale Dienstleistungen und die sozialen Sicherungssysteme und vermied einen großangelegten Sozialabbau.⁵³⁴ Nach Angaben der kubanischen Wirtschaftswissenschaftlerin Viviana Togores stieg z.B. der Anteil der Ausgaben für soziale Dienstleistungen im Staatshaushalt zwischen 1989 und 1998 deutlich an.⁵³⁵

⁵³² Vgl. López García 1999, S. 34.

⁵³³ Vgl. Burchhardt 1999, S. 108.

⁵³⁴ Vgl. Hoffmann 1998, S. 10.

⁵³⁵ Vgl. Togores 1999, S. 97ff.

Obwohl die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und Maßnahmen nicht mehr das qualitative Niveau früherer Tage erreichten, konnten mit diesen Mitteln die staatlichen Sozial- und Arbeitslosenversicherungssysteme, die bei sozialen Härten für den allergrößten Teil der Bevölkerung immer noch für Entlastung sorgten, ebenso erhalten werden wie die staatlichen Rationierungskarten, die zumindest eine Minimalversorgung mit subventionierten Lebensmitteln und Gebrauchsgütern sowie eine zumindest partiell gerechte Verteilung des Mangels an Versorgungsgütern garantierten.

Außerdem konnte die Regierung mit diesen Ausgaben neben einer aktiven Arbeitsmarktpolitik verschiedene kostenlose staatliche Leistungen beibehalten, v.a. die medizinische Versorgung und die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder, und musste nur eine sehr moderate Erhöhung der ohnehin niedrigen Mieten und Mietnebenkosten, wie Elektrizität, Gas und Wasser, sowie der Transportkosten und der Kosten für Freizeit und Kultur durchsetzen. Während in anderen Bereichen teils erhebliche Preissteigerungen zu verzeichnen waren, sorgten diese Maßnahmen insgesamt für einen zumindest partiellen sozialen Ausgleich für die von der Krise besonders hart getroffenen kubanischen Bürger. Armut und Ungleichheit ließ sich entsprechend vor allem materiell, weniger jedoch sozial und kulturell festmachen.⁵³⁶

Die kubanische Führung vertraute zur Begrenzung der Ungleichheit nicht allein auf diese eher präventiven Maßnahmen. Zudem unternahm sie einige Anstrengungen, die auftretenden Einkommensungleichgewichte über Regulationen und Restriktionen einzudämmen. So erschienen etwa in der Parteizeitung *Granma* seit 1990 in regelmäßiger Abfolge Artikel über Razzien gegen Schwarzmarkthändler und die dabei sichergestellten Güter und Gelder. In verschiedenen Kampagnen versuchte die Regierung zudem, Steuerhinterziehung im legalisierten Privatsektor zu unterbinden oder zumindest ein Ausufern zu verhindern.⁵³⁷ Diese Maßnahmen sollten, wenn sie auch die in diesen Bereichen vorhandenen erheblichen Gewinnpotentiale illegaler und legaler Selbständiger nicht vollständig beseitigen konnten, zumindest die faktisch höheren Einkommenschancen bei privatwirtschaftlicher Betätigung sowie die Vermögens- und Gewinnakkumulation in privaten Händen deutlich eindämmen.

In eine ähnliche Richtung weist die Regulierung, Besteuerung und Überwachung der nach 1993 legalisierten Bereiche des Schwarzmarkts. In den Worten eines Parteifunktionärs, den der Autor interviewte, wäre es unmöglich, sich als Selbständiger zu bereichern, wenn

⁵³⁶ Vgl. Burchhardt 1999, S. 108.

⁵³⁷ Vgl. Crabb 2001, S. 173ff.

die Gesetze eingehalten und die Steuern bezahlt würden. Zwar hätten *Cuentapropistas* immer noch ein Einkommen, das über dem Durchschnitt der staatsabhängigen Lohnempfänger liege, jedoch würde dies im Vergleich kaum mehr als das Dreifache betragen. Angesichts der in verschiedenen Untersuchungen nachgewiesenen Disparität zwischen den niedrigsten Einkommen staatsabhängig Beschäftigter und den höchsten Einkommen selbständig Tätiger von bis zu 1:12.500 ist dies jedoch eine deutliche Untertreibung.⁵³⁸ Gleichwohl begrenzte gerade die monatlich pauschale Besteuerung ab Mitte der 1990er Jahre die Einkommen der wirtschaftlich privilegierten Gruppen auf Kuba deutlich.

Zu dieser privilegierten Gruppe, wenngleich mit einem teils deutlichen Abstand zu den Selbständigen, gehörten auch die Angestellten in Betrieben mit ausländischer Kapitalbeteiligung. Ihre Nominallöhne in Pesos lagen in der Regel höher als die Löhne von Angestellten in den staatlichen Betrieben und der Bürokratie; sie genossen darüber hinaus informelle Extraleistungen wie zusätzliche Waren, Bezahlungen von Bonifikationen in US-Dollars oder in konvertierbaren Pesos usw.⁵³⁹ Gleichwohl sicherte sich der Staat über seine Arbeitsagenturen, welche die Beschäftigten in diesem Bereich vermittelten und letztlich bezahlten, den größten Anteil der von den Joint Venture-Firmen gezahlten Löhnen an die Vermittlungsagenturen, womit er nicht nur seine Fähigkeit etwa zur Finanzierung kostenloser sozialer Dienstleistungen aufbessern, sondern auch die Einkommensvorteile in diesem Bereich zumindest etwas einschränken konnte.

Als letzte Maßnahme zur Absenkung der Einkommensungleichheit kann eine 2004 beschlossene deutliche Erhöhung der Löhne von Angestellten im Staatssektor um bis zu 20 Prozent gewertet werden, von der rund 77 Prozent der kubanischen Beschäftigten profitierten.⁵⁴⁰ Auch wenn sich diese Erhöhung aufgrund der immer noch hohen Preise für Güter aller Art nur sehr bedingt positiv auswirkte, war sie ein wichtiges Signal, dass die Regierung die von Krise und Anpassungspolitik besonders benachteiligten Sektoren der kubanischen Gesellschaft immer noch im Auge behielt und zu einer sukzessiven Steigerung deren Lebensstandards nach der weitgehenden Überwindung der Wirtschaftskrise bereit war.

Der Erhalt wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und die Begrenzung sozialer Ungleichheiten waren nur ein Teil der Distributionspolitik, mit der die kubanische Führung nach 1990 versuchte, die soziale und politische Integration und einen Grundbestand an Zustimmung in

⁵³⁸ Vgl. Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 108.

⁵³⁹ Vgl. hierzu etwa Gunn 1996.

⁵⁴⁰ Vgl. Hoffmann/Whitehead 2006, S. 8.

der Bevölkerung zu sichern. Aufgrund finanzieller Engpässe senkte die Regierung allerdings den Stellenwert direkter sozialstaatlicher Förderung und der Begrenzung von Einkommensunterschieden: sie profitierte in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht zu sehr vom abnehmenden Egalitarismus in der Gesellschaft und tolerierte auch deshalb die Entstehung einer neuen, differenzierteren Sozialstruktur. Gleichzeitig fürchtete sie jedoch die sozialen und ideologischen Konfliktpotentiale dieser Entwicklung. Um diesen Potentialen entgegenzuwirken, setzte sie insbesondere auf eine möglichst starke Anbindung von gewährten oder tolerierten materiellen und sonstigen Privilegien an politische Kriterien.

Strukturell wurde dies insbesondere dadurch ermöglicht, dass das Regime trotz aller Reformen immer noch über die Verfügungsgewalt über die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und sonstigen Ressourcen behalten hatte und damit weiterhin über deren Verteilung bestimmen konnte. Mittels seines Kontrollapparates konnte es z.B. jederzeit und ohne große rechtliche Einschränkungen gegen Schwarzmarkthändler vorgehen. Indirekt behielt es auch die Kontrolle über den marktwirtschaftlichen Bereich der kubanischen Wirtschaft, etwa in Form von eigenen Beteiligungen im Joint Venture-Bereich, die Auswahl von kubanischen Beschäftigten und die Lizenzierungsverfahren für und Überwachung von „Arbeit auf eigene Rechnung“ bei fortdauernd widersprüchlichen und vielfältigen Regulierungen, die eine Schließung des Kleinbetriebs und hohe Strafen immer möglich machten. Dies alles ermöglichte es der kubanischen Führung, nicht nur gezielt politisch und sozial Auffällige von materiellen Privilegien auszuschließen, sondern andererseits auch politisch loyale Bürger oder auch Angehörige der politisch-institutionellen Stützen des Regimes mit verschiedenen wirtschaftlichen und finanziellen Vorteilen auf formale wie informelle Weise für ihre Loyalität zu belohnen.

In diesem Zusammenhang verwiesen verschiedene Autoren mit Blick auf die marktwirtschaftlichen Reformen auf die Entstehung eines Kaderkapitalismus,⁵⁴¹ eines staatskapitalistischen Torwächterstaates⁵⁴² oder eines neopatrimonialen Populismus⁵⁴³ nach 1990, was vor allem einen Zug der Distributionspolitik des Regimes nach 1990 deutlich werden lässt: die Bevorzugung, welche die Regierung ihrer politischen Basis und ihrem Klientel – politischen Stützen aus Partei, Militär und Bürokratie sowie ideologisch vorbildlichen Bürgern – durch die Steuerung des Zugangs zu und die direkte Gewährung von Privilegien sowie die Verteilung knapper Ressourcen und Güter zuteil werden ließ.

⁵⁴¹ Vgl. Hoffmann 1996a.

⁵⁴² Vgl. Corrales 2002; 2004; Hoffmann/Whitehead 2006, S. 14.

⁵⁴³ Vgl. Burchhardt 2002.

Zu den wichtigsten Maßnahmen in diesem Zusammenhang zählte der Umgang der Regierung mit Aktiven auf dem Schwarzmarkt. Während z.B. politische Auffällige, die sich in diesem Bereich engagierten, jederzeit mit einer Anklage wegen Wirtschaftskriminalität rechnen mussten, tolerierte die Regierung prinzipiell diese Aktivitäten, sofern sie nicht ein zu hohes Ausmaß erreichten und die Aktiven sich auch politisch unauffällig und loyal verhielten.⁵⁴⁴ Ebenso hatten sozial und politisch abweichende Personen praktisch keinen Zugang zu Lizenzen für selbständige Arbeit, wohingegen Angehörige des Staats-, Partei- und Kontrollapparates bei der Vergabe in der Regel bevorzugt wurden und einem geringeren Kontrolldruck durch die Behörden unterlagen. Mit der unterschiedlichen Anwendung ihrer legislativen und exekutiven Gewalt bestimmten diese so den Zugang zum finanziell lukrativsten Bereich der kubanischen Wirtschaft.

Ähnlich funktionierten die Arbeitsagenturen im Joint Venture-Bereich und die staatliche Rekrutierung in anderen Branchen der kubanischen Wirtschaft, in denen es, wie vor allem im externen Sektor und innerhalb des Sicherheitsapparates, Sonderauszahlungen und materielle Extraleistungen gab.⁵⁴⁵ Wer in den Genuss dieser Vorteile kommen wollte, wurde insbesondere auf seine politische Einstellung hin überprüft. Nur wenn diese als positiv beurteilt wurde, konnte ein Bewerber mit einer Anstellung rechnen. Andersherum konnte der Staat nicht zuletzt durch das neue Arbeitsgesetz von 1997, das dem Unternehmensmanagement Entlassungen erleichterte, politisch Auffällige wieder aus diesem Bereich entfernen. Allein im lukrativen Tourismusbereich behielt der Staat so die Kontrolle über die politische Einstellung von rund 100.000 Beschäftigten.⁵⁴⁶

Dabei belohnte er nicht nur mit verbessertem Einkommen. Als materiellen Anreiz für vorbildliches Verhalten und als Sonderzuweisung

⁵⁴⁴ Vgl. Frieß 2003, S. 107ff.

⁵⁴⁵ Seit 1994 bezahlt die Regierung z.B. zusätzliche Bonifikationen in Dollars bzw. konvertiblen Pesos in strategisch wichtigen Bereichen wie Tourismus, Bergbau, Energieversorgung, Häfen, Tabak. Allein im Jahr 2000 erhielten rund 1,2 Mio. Kubaner (rund 30 Prozent der kubanischen Arbeiter) solche Extra-Bezahlungen im geschätzten Umfang von rund 19 US-Dollar monatlich. Weitere 1,5 Mio. Arbeiter erhielten darüber hinaus Extra-Rationen an Lebensmitteln und Kleidung (Granma, 23.12.200; Triana 2000). In Joint Venture-Betrieben fielen die materiellen Anreize für Arbeiter noch höher aus. Dort erhielten sie nicht nur einen Bonus – je nach Position – zwischen 15 und 50 konvertiblen Pesos pro Monat vom Staat, sondern von den ausländischen Anteilseignern unter der Hand ein Extra-Salär – wieder je nach Position und Stellung im Betrieb – von durchschnittlich 20 bis hinauf zu 800 US-Dollar, dazu Verkaufsprovisionen, Nutzungsrechte an Geschäftswagen und Sonderzuweisungen an Treibstoffen, vgl. Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 74ff.

⁵⁴⁶ Vgl. Figueras 2001.

für eigene Kader dienten ab den 1990er Jahren auch spezielle Extras, wie Reisen in eigentlich Touristen vorbehaltenen Ressorts sowie Telefon- und Internetanschlüsse. So beklagte etwa die Telefonfirma ETECSA, ein kubanisch-italienisches Joint Venture, dass praktisch nur Mitglieder und Freunde der Kommunistischen Partei und des Militärs oder Mitarbeiter in den Verteidigungskomitees neue Telefone und Anschlüsse erhielten.⁵⁴⁷ Ebenfalls blieben Reisen ins Ausland genehmigungspflichtig und Anträge darauf stets mit der Unsicherheit behaftet, dass sie nicht zuletzt aus politischen Gründen abgelehnt werden.

Parteimitglieder, Sicherheitskräfte und allen voran das Militär profitierten dabei noch auf andere Weise. Die FAR fuhren z.B. ab den 1990er Jahren nicht nur durch die direkte Kontrolle zahlreicher neuer Tourismus- und Geschäftsfirmen wie z.B. Gaviota Gewinne ein, sondern auch durch die Beteiligung an Joint Ventures, den direkten Verkauf landwirtschaftlicher Produkte auf den Bauernmärkten und die Kontrolle von Schlüsselministerien wie diejenigen für Telekommunikation oder Zucker. Darüber hinaus erhielten ihre Angehörigen, ebenso wie die Polizeikräfte, eine Aufstockung ihres monatlichen Gehaltes auf bis zu 80 US-Dollar (rund das Vierfache des kubanischen Durchschnitts), zahlten über spezielle Geschäfte und Versorgungswege oft weitaus weniger für ansonsten sehr teure Lebensmittel und andere Konsumgüter und genossen Vorzugsbehandlung bei der Wohnungszuteilung, ein frühes Renteneintrittsalter und schließlich im Verbund mit anderen Parteimitgliedern auch bevorzugte medizinische Behandlung in vergleichsweise gut ausgestatteten Militärkrankenhäusern und einen erleichterten Zugang zu speziellen Schulen für ihre Kinder.⁵⁴⁸

4.3.3 Politische Öffnungen und gegenläufige Tendenzen

Die Erneuerung der Elite innerhalb des Rahmens charismatischer Autorität sowie die Reproduktion, Modifikation und Neuerschließung von Machtressourcen und -mechanismen wie Charisma, Nationalismus, Konfrontation, Propaganda, Distribution und Privilegierung geben bereits einen ersten Hinweis darauf, dass trotz zahlreicher von oben angestoßener Veränderungen die Regierung strategisch auch in den 1990er Jahren auf eine weitgehend zentralisierte und vereinheitlichte politische Struktur vertraute, um die Stabilität des Regimes angesichts wachsender Probleme sicherzustellen. Diese Strategie machte sich auch in einem weiteren Politikbereich bemerkbar: demjenigen der institutionell abgesicherten Teilnehmungsformen und -möglichkeiten des Volkes am politischen Prozess. Schon auf den

⁵⁴⁷ Vgl. Corrales 2004, S. 50.

⁵⁴⁸ Vgl. Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 71ff.

ersten Blick wird deutlich, dass die Regierung zentrale Prinzipien aus der Vergangenheit nicht veränderte und auch die Diskussion über solche Veränderungen bereits im Keim erstickte.

Die Einführung eines Mehrparteiensystems oder die Zulassung von unabhängigen politischen Gruppierungen stand zu keinem Zeitpunkt auf der politischen Agenda. Formal spiegelte sich diese Haltung auch in der neuen Verfassung von 1992 wider. Trotz zahlreicher Veränderungen verschiedener Artikel änderte sich die grundsätzlich autoritäre Ausrichtung des politischen Systems nicht. Die Verfassung betonte weiterhin die exklusive gesellschaftliche Führungsfunktion der Partei (Artikel 5), die Funktion der Massenorganisationen beim Aufbau des Sozialismus (Artikel 6), das Prinzip sozialistischer Demokratie einschließlich des Prinzips der direkten Unterordnung und Responsivität unterer politischer und administrativer Abteilungen gegenüber höheren Instanzen des Staates (Artikel 68d und 68e, Artikel 98) sowie die Anbindung der Meinungsfreiheit an die Ziele der sozialistischen Gesellschaft (Artikel 53) bzw. die Beschränkung der Versammlungs-, Demonstrations- und Vereinigungsfreiheit auf die Massenorganisationen (Artikel 54).⁵⁴⁹

Für die politische Praxis bedeutete die weitgehende Bestätigung dieser Prinzipien vor allem, dass Partizipation und Initiativegeist weiterhin nur im institutionell und ideologisch vorgegebenen Rahmen möglich waren, die Rekrutierung von Mitgliedern der staatlichen und politischen Organisationen sowie die dort getroffenen Entscheidungen weiterhin von oben kontrolliert und gesteuert werden sollten und schließlich auch die stark hierarchische Struktur des politischen Apparates erhalten blieb, ohne dass dessen Führung sich in freien Wahlen zur Disposition stellen musste. Insgesamt schien das Regime aus den Lektionen der Transitions- und Transformationsprozesse in Lateinamerika und Osteuropa gelernt zu haben, wonach autoritäre Führer, die an der Macht bleiben wollen, weder politische Reformen durchführen noch demokratische Wahlen abhalten sollten.⁵⁵⁰ So blieb etwa eine Liberalisierung der Öffentlichkeit ebenso aus wie eine Stärkung der Bürger- und Freiheitsrechte. Gleichzeitig erfolgte keine verstärkte Kontrolle der Exekutivmacht durch das Recht oder durch die legislativen und judikativen Organe des Parteistaats.

Innerhalb dieses Rahmens befürwortete Castro nach 1990 allerdings eine begrenzte politische Öffnung, die seinem Regime neue Legitimität zuführen sollte. Wenngleich diese Reformen als schlichte Weiterentwicklung bisheriger Strukturen dargestellt wurden, brachten sie einige Neuerungen mit sich, die zumindest symbolisch, teilweise

⁵⁴⁹ Vgl. Constitución de la República de Cuba 1996.

⁵⁵⁰ Vgl. Huntington 1991, S. 182f.

aber auch substantiell die Beteiligung des Volkes und einfacher Kader am politischen Prozess verbesserte. Die erste dieser Reformen war die Parteireform von 1990. Durch sie erfolgte nicht nur eine Straffung der Parteistrukturen und eine deutliche Verjüngung der Parteikader, sondern auch die Einführung direkter und geheimer Wahlen von Exekutivkomitees auf den jeweiligen Parteiebenen. Höhere Parteifunktionäre konnten dadurch nicht mehr wie früher Komiteemitglieder auswählen und deren Wahl durch ein öffentliches Handzeichen ihrer Untergebenen ratifizieren lassen.⁵⁵¹

Eine leichte Demokratisierung zeichnete sich auch außerhalb der Partei ab. Die wichtigste Reform in dieser Hinsicht war die Wahlrechtsreform. Bereits der IV. Parteitag im Herbst 1991 hatte die Ausdehnung direkter und geheimer Wahlen auf die Provinz- und Nationalebene des *Poder Popular* gefordert. Es dauerte jedoch ein Jahr, bis die Nationalversammlung ein neues Wahlgesetz beschloss. Seither gibt es zwei Arten von direkten und geheimen Wahlen auf Kuba: die Wahl der Abgeordneten für die National- und Provinzparlamente des *poder popular* alle fünf Jahre und die Wahl der Abgeordneten für die Kommunalparlamente alle zweieinhalb Jahre.⁵⁵²

Im Rahmen des neuen Wahlgesetzes haben die Wahlmöglichkeiten zugenommen. So besteht seither z.B. keine Wahlpflicht mehr; zudem können die wahlberechtigten Bürger entweder einen, zwei, alle oder keinen der Vorschläge auf den Wahllisten der jeweiligen Ebenen wählen. Dabei gilt ein Kandidat erst dann als gewählt, wenn er mehr als fünfzig Prozent der Stimmen auf sich vereinigen kann. Die ersten Wahlen entlang dieses neuen Gesetzes fanden Ende Dezember 1992 für die lokale Ebene und im Februar 1993 für das Nationalparlament statt und wurden seither in einem Rhythmus von 2½ Jahren für die Gemeindeparlamente bzw. fünf Jahren für die Provinzparlamente und das Nationalparlament regelmäßig wiederholt.

Diese Reform war insgesamt eher symbolischer Natur. Denn entlang des neuen Wahlgesetzes standen nach wie vor nur auf der lokalen Ebene Kandidaten überhaupt zur Auswahl.⁵⁵³ Auf Provinz- und nationaler Ebene gab es hingegen eine Einheitsliste mit exakt soviel Kandidaten wie zu vergebenden Sitzen, 1993 z.B. 1.900 insgesamt für die Provinzparlamente und 589 für die Nationalversammlung. Unzufriedenheit oder Protest gegen das Regime und seine Politiker konnte im Rahmen der Wahlen allenfalls dadurch ausgedrückt werden,

⁵⁵¹ Vgl. Eckstein 1994, S. 114.

⁵⁵² Vgl. Amaro 1996, S. 269; bisher waren die Repräsentanten auf nationaler und Provinzebene indirekt durch die Lokalparlamente gewählt worden.

⁵⁵³ 1997 standen z.B. bei den Kommunalwahlen 31.276 Kandidaten für 14.533 Sitze zur Auswahl, vgl. Azicri 2000, S. 117.

dass man der Wahl gänzlich fern blieb, den Wahlvorschlag komplett ablehnte, die Stimmzettel ungültig machte oder sich entgegen der Empfehlung der Regierung gegen eine vollständige Annahme der Einheitsliste entschied und stattdessen einzelne Kandidaten hervorhob.

Die Regierung deutete gleichwohl diese erweiterte Wahlmöglichkeit als eine substantielle Demokratisierung des Systems und wertete fortan hohe Wahlbeteiligungen und hohe Zustimmungsraten gerade im Hinblick auf ein Einheitsvotum als ein Plebiszit für die Regierung, für den Sozialismus und die Nation.⁵⁵⁴ Tatsächlich erreichte das Regime z.B. bei den Wahlen der beiden obersten Ebenen der Organe der Volksmacht ansehnliche Ergebnisse mit einer offiziellen Wahlbeteiligung von stets mindestens 97% und der vollständigen Annahme der Einheitsliste (und nicht nur einzelner Kandidaten) zwischen 88% (1993) und über 94% der Wähler in den folgenden Wahlen 1998 und 2003.⁵⁵⁵

Wie in anderen kommunistischen Regimen konnten diese Wahlergebnisse nicht unabhängig überprüft werden. Westliche Beobachter und oppositionelle Gruppen gingen wiederholt von Wahlfälschung aus. Sie taxierten die Wahlbeteiligung auf ein weitaus niedrigeres Niveau, die Anzahl der ungültig gemachten Stimmen sowie die Zahl der ablehnenden Voten dagegen höher als offiziell angegeben.⁵⁵⁶ Dies sei z.B. schon bei der Kommunalwahl 1992 deutlich geworden. Zunächst hielt sich die Regierung über die Zahl der ungültig gemachten Wahlzettel bedeckt. Im Ausland kursierten Zahlen von bis zu 30% ungültiger Stimmen. Erst zwei Monate später veröffentlichte die Regierung das komplette Wahlergebnis und gab die Zahl ungültiger Stimmen mit nur 7,03% an, wobei diese in der Stadt Havanna und der Provinz Havanna mit offiziell 14,73 bzw. 12,65 Prozent am höchsten ausfiel.⁵⁵⁷ Bei den Kommunalwahlen ergab sich ein ähnliches Bild. Von den 8,4 Millionen offiziell registrierten Wahlberechtigten gingen offiziell 4,25% gar nicht zur Wahl und weitere 5,32% machten den Wahlzettel ungültig oder machten gar kein Kreuz.⁵⁵⁸

⁵⁵⁴ Vor allem die Wahlen auf Provinz- und nationaler Ebene sollten Castro zufolge (der selbst ein Kandidat für das Nationalparlament war, wie auch die meisten Politbüro- und Ministerratsmitglieder) diese Haltung durch ein *voto unido*, also die vollständige Annahme der Einheitsliste durch die Wahlberechtigten, ausdrücken, vgl. Castro in: Granma International, 14.3.1993, S. 8f.

⁵⁵⁵ Vgl. Pérez-Stable 1999, S. 185; Amaro 2003, S. 366.

⁵⁵⁶ Vgl. z.B. zahlreiche Berichte zu den Wahlen auf der Internetplattform unabhängiger kubanischer Journalisten www.cubanet.org.

⁵⁵⁷ Vgl. Pérez-Stable 1999, S. 187.

⁵⁵⁸ Vgl. Amaro 2003, S. 365; Amaro beziffert entsprechend die Zahl der Wahlberechtigten, die ihre Ablehnung des Regimes über Wahlen kenntlich machten, mit rund 850.000. Dabei gelte es allerdings zu berücksichtigen, dass diese hohe Zahl dadurch relativiert werde, dass rund 500.000 dieser Wahlberechtigten zu dieser

Wie diese offiziellen Ergebnisse, insofern man sie denn akzeptiert, letztlich gedeutet werden können, ob als Zeichen der Zustimmung oder als Zeichen der Ablehnung in einem autoritären Regime, ist schwierig zu entscheiden. Allerdings gilt es einige Faktoren zu bedenken, welche die tatsächliche Zustimmungsrates in Zweifel ziehen. So achtete das Regime stets darauf, dass mittels gewaltiger Mobilisierungskampagnen im Vorfeld und während der Wahlen die Wahlbeteiligung hoch gehalten wurde; diese Kampagnen umfassten Besuche einzelner Wahlberechtigter durch Schulkinder und ihre Begleitung zu den Urnen an den Wahltagen.

Gleichzeitig erfolgte ein einseitiger Wahlkampf. Alternative Politikvorschläge selbst der einzelnen Kandidaten kamen dabei nicht zur Sprache und Mitglieder von unabhängigen Gruppen blieben von vorneherein ausgeschlossen. Stattdessen erschienen in den Medien Berichte zu den persönlichen Vorzügen der Kandidaten, ihren Verdiensten für die Revolution und ihrer sorgfältigen Auswahl durch das Volk. Besonderes Gewicht in der Propaganda gerade zu den National- und Provinzwahlen erhielt die Betonung, wie wichtig ein *voto unido*, die Wahl aller Vorschläge auf der Einheitsliste sei, um nach innen und außen ein Zeichen der Einheit und des Bekenntnisses zu Revolution und Nation zu geben. Oppositionelle Kräfte, die mitunter zum Wahlboykott aufriefen, hatten demgegenüber weiterhin kein öffentliches Forum.

Vor diesem Hintergrund versteht sich auch das zweite Element, das die Zustimmung in Zweifel zieht: die strikte Kontrolle innerhalb des Systems. Nach wie vor gab es kaum die Möglichkeit freier Meinungsäußerung, z.B. um Kandidaten öffentlich abzulehnen. Nach Recherchen des Autors auf Kuba war nicht selten Angst vor negativen Folgen für sich selbst oder für die Familie der Hauptgrund, warum etwa auf Nachbarschaftssitzungen zur Auswahl der Kandidaten für die Kommunalparlamente praktisch jeder Anwesende den Wahlvorschlägen der Massenorganisationen zustimmte, auch wenn manche von diesen Vorschlägen nicht überzeugt waren. Nicht wenige wollten unauffällig bleiben, um z.B. ihre privatwirtschaftlichen Geschäfte weiterhin relativ ungestört verrichten zu können. Zwar lief die Abstimmung am Wahltag selbst geheim ab, der Nominierungsprozess der Kandidaten jedoch mitnichten: er erfolgte durch Handabstimmung in der Öffentlichkeit.

Dabei führte die Partei weiterhin Regie bei der Nominierung der Kandidaten. So übernahmen zwar Vertreter der Einheitsgewerkschaft

Zeit bereits einen Ausreiseantrag in die USA gestellt hatten und auf ein Visum warteten, andererseits aber kubanische Staatsbürger im Ausland keine Chance hatten, überhaupt zu wählen.

CTC unter dem Beisitz von Vertretern anderer Massenorganisationen den Vorsitz der Wahlkommissionen, ihre Auswahl musste allerdings weiterhin durch die Partei abgesegnet werden.⁵⁵⁹ Diese *comisiones de candidaturas* kontrollierten so nach wie vor den gesamten Nominierungsprozess und konnten insbesondere Dissidenten oder dem Regime nicht genehme Personen schon vor der eigentlichen Wahl selbst ablehnen – und das auch wenn diese als Einzelpersonen antraten. Selbst auf der Ebene der Kommunalwahlen blieb das Nominierungsverfahren damit weiterhin von oben kontrolliert – eine Kontrolle, die durch das Ausleseverfahren bis hinauf zur Kandidatenaufstellung für die Nationalversammlung noch verstärkt wurde. Dies spiegelte sich auch darin wider, dass etwa bei den Wahlen für das National- und die Provinzparlamente 1993 70% der Kandidaten auf den Wahllisten der Kommunistischen Partei oder ihrer Jugendorganisation UJC angehörten.⁵⁶⁰

Neben der Partei- und Wahlrechtsreform wurde auch eine Reform der staatlichen Verwaltung durchgeführt. Sie betraf zunächst die Nationalversammlung: seit 1976 hatte die Nationalversammlung Parteientscheidungen alle sechs Monate auf kurzen Sitzungen ratifiziert; ab 1992 erhielt sie durch die Einrichtung ständiger Kommissionen stärkeres politisches Gewicht. Im Verbund mit dem neuen Wahlrecht sollte so die Verbindung zwischen den Delegierten und den Wählern gestärkt und die Glaubwürdigkeit und Stellung ersterer verbessert werden.⁵⁶¹

Eine weitere institutionelle Reform stellte die Einrichtung von *Consejos Populares* (Volksräten) auf Nachbarschaftsebene dar. Bis 1996 entstanden 1.551 solcher Volksräte. Artikel 104 der kubanischen Verfassung von 1992 beschreibt ihre Funktion wie folgt: sie sollen aktiv zur Effizienz von Produktion und Dienstleistungen, zur Befriedigung wohlfahrtsstaatlicher, wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und die Bildung betreffender Bedürfnisse in der Bevölkerung sowie zur Sicherung der größtmöglichen Partizipation der Bevölkerung und anderer lokaler Initiativen bei der Bewältigung lokaler Probleme beitragen. Dabei fiel ihnen im Zuge neuer Verantwortlichkeiten für die Gemeinden auch die Aufgabe zu, nicht nur die Gesundheitsversorgung und die Renovierung von Häusern und Straßen zu überwachen, sondern letztlich auch Steuern einzutreiben und die Einhaltung der Gesetze und Pläne etwa hinsichtlich selbständiger Arbeit oder lokaler Betriebe zu überwachen. Insgesamt waren sie also dafür zuständig, Probleme auf der lokalen Ebene in Eigenregie zu beheben, aber

⁵⁵⁹ Nicht zu vergessen ist außerdem, dass die Vertreter der Massenorganisationen in der überwiegenden Mehrheit selbst Parteimitglieder waren.

⁵⁶⁰ Vgl. Dilla/González/Vicentelli 1995, S. 77.

⁵⁶¹ Vgl. Kapcia 2006, S. 34.

auch die Mobilisierungsfähigkeit und die Überwachung des Staates sicherzustellen.⁵⁶²

Insofern diente dieses neue Organ, ganz ähnlich der 1994 wieder eingeführten Arbeiterparlamente in den Betrieben, dem Transport der politischen und ideologischen Leitlinien von oben nach unten sowie ihrer Umsetzung. Gleichwohl stellten sie aber auch neue Foren dar, welche Forderungen von unten nach oben transportieren und so den Austausch zwischen Führung und Volk stimulieren konnten. Verschiedene Berichte weisen darauf hin, dass gerade in diesen neuen Foren ein Raum zur Kanalisierung von Kritik z.B. an der Umsetzung der Wirtschaftsreformen oder an anderen Sachverhalten entstand.⁵⁶³

Doch auch diese Dezentralisierung ging mit gegenläufigen Tendenzen einher, da die oberste Führung ihre alten Kompetenzen behielt. Die legal definierten Aufgaben, Rechte und Pflichten des Staats- und des Ministerrats blieben z.B. gleich. Das galt auch für die Befugnis des Ministerrats, Entscheidungen unterer Verwaltungsebenen zu kippen. Teilweise gewann die oberste Führungsebene sogar noch neue Kompetenzen hinzu. Bereits Anfang 1991 billigte die kubanische Nationalversammlung der Regierung zahlreiche neue Entscheidungs- und Dekretierungsbefugnisse zu, damit diese möglichst rasch und ohne Reibungsverluste das Land durch schweres wirtschaftliches Fahrwasser steuern konnte.⁵⁶⁴

Der IV. Parteitag ging darüber sogar noch hinaus, indem er die Autonomie der obersten Regierungs- und Parteibehörden stärkte und zudem neue gesetzliche Richtlinien für den Fall eines nationalen Notstands entwarf.⁵⁶⁵ Dies fand 1992 Eingang in die neue Verfassung. Sie wurde um drei die Sicherheit betreffende Artikel ergänzt: zur Einführung eines Nationalen Sicherheitsrats (*Conseja de Defensa Nacional*, CDN), der im Falle eines Ausnahme- bzw. Kriegszustandes die Führung des Landes übernehmen sollte (Artikel 67); zur Befugnis dieses Gremiums, den Notstand zu erklären (Artikel 93i); und schließlich zur Anerkennung des Rechts des Volkes auf bewaffneten Kampf zur Verteidigung der Revolution (Artikel 119).⁵⁶⁶ Der Sicherheitsrat bekam damit das Recht zugestanden, bei „inneren Unruhen“, im Konfliktfall oder bei Naturkatastrophen in der ganzen Nation oder in

⁵⁶² Vgl. Lutjens 1996, S. 21.

⁵⁶³ Vgl. Rosendahl 1997, S. 139ff.; Kapsia 2006, S. 35.

⁵⁶⁴ Vgl. Mesa-Lago 1994, S. 137.

⁵⁶⁵ Vgl. Azicri 2000, S. 105ff.; Pérez-Stable 1999, S. 181.

⁵⁶⁶ Vgl. Constitución de la República de Cuba 1996.

einzelnen Bezirken Teile der Verfassung außer Kraft zu setzen und sämtliche legislativen Verfahrenswege auszuschalten.⁵⁶⁷

Die mit diesen Gesetzen verbundenen rechtlichen Spielräume dienten insbesondere zur Abschreckung möglicher Dissidenten. Sie eröffneten der obersten Führung die Möglichkeit, auf legalem Wege auch mit militärischen Mitteln gegen externe, aber auch interne Störungen vorzugehen. Dabei hat es die kubanische Führung bis heute vermieden, auch nur ein einziges Mal diesen Notstand auszurufen und die damit verbundenen Kompetenzen auszuschöpfen. Selbst bei den August-Unruhen in Havanna 1994 vertraute sie in erster Linie auf die Polizei und setzte die bereitstehenden paramilitärischen Truppen des Innenministeriums nicht ein.

Eine weitere wichtige Öffnung zur Verbreiterung der politischen Basis nach 1990 waren die vollständige Abschaffung religiöser Diskriminierung. So beschloss der IV. Parteikongress 1991 die Öffnung der Partei für Anhänger und Mitglieder von Religionsgemeinschaften. Wenngleich den religiösen Organisationen selbst weiterhin keine formelle Funktion in Staat und Gesellschaft eingeräumt wurde, ergab sich nicht zuletzt eine deutliche Entspannung des Verhältnisses zwischen dem Staat und diesen Gruppen, vor allem der Katholischen Kirche.

Dabei hatte der Entspannungsprozess gegenüber der Katholischen Kirche schon Mitte der 1980er Jahre begonnen. Seine Grundlage war ein informelles Einverständnis zwischen beiden Institutionen: Die Kirche präsentiert sich als apolitische Institution und sichert dem Staat zu, die eigenen Strukturen und Freiräume nicht zur politischen Opposition einzusetzen oder gar Oppositionellen zur Verfügung zu stellen; unterdessen normalisiert der Staat die Beziehungen und gewährt Freiräume für die religiösen und in begrenztem Umfang auch sozialen Anliegen der Kirche.⁵⁶⁸

Wenngleich diese Beziehungen nicht immer frei von Spannungen waren, gerade wenn es um das Maß an Autonomie und die Grenzen der Freiräume ging – so stieß z.B. ein Hirtenbrief 1993, der die Menschenrechtssituation auf Kuba thematisierte, auf heftigen Widerspruch des Regimes einschließlich harter Attacken gegen den

⁵⁶⁷ Laut Artikel 101 besteht die Aufgabe des Nationalen Verteidigungsrates darin, „sich schon in Friedenszeiten darauf vorzubereiten, das Land unter den Bedingungen des Krieges, im Krieg, bei allgemeinen Mobilisierungen und im Notstand zu führen“. Nach Artikel 67 kann dieser Notstand ausgerufen werden, wenn durch Naturkatastrophen „oder andere Umstände [...] die Sicherheit des Landes oder die Stabilität des Staates berührt werden“, zit. nach Krämer 1998, S. 24.

⁵⁶⁸ Vgl. Hoffmann 2000b, S. 384.

Urheber des Briefs –, so verbesserte sich das Verhältnis gerade in den 1990er Jahren deutlich. Dies zeigte sich etwa in der Wiedereinführung von Weihnachten als offiziellen Feiertag 1997, der Erlaubnis für die Katholischen Kirche, eigene Priester auf Kuba auszubilden, und – nicht zu vergessen – schließlich sogar in der Einladung Papst Johannes Pauls II. zu einem offiziellen Besuch auf Kuba, der dieser Anfang 1998 auch nachkam.

Die verbesserten Beziehungen gerade zur Katholischen Kirche waren auch der Beginn einer liberaleren Haltung des Regimes gegenüber anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Gerade Anfang der 1990er Jahre erlaubte die Regierung die Gründung einer Reihe von Organisationen, die sich vor allem den Themen Kunst, Religion, Wissenschaft, Kultur, Ökologie, Nachbarschaftshilfe, und Frauen verschrieben. Dabei folgte diese Toleranz nicht nur der pragmatischen Überlegung, staatliche Institutionen durch diese Organisationen zu entlasten, sondern auch einer finanziellen Logik. Mit diesen auch offiziell als Nichtregierungsorganisationen (NROs) bezeichneten Organisationen war es erheblich leichter, an internationale Solidaritäts- und Entwicklungshilfegelder von NROs aus den reichen Industrienationen zu gelangen, die in der Regel nicht von staatlichen Institutionen abgeschöpft werden können.⁵⁶⁹

Nach Angaben von Haroldo Dilla entstanden in dieser Zeit etwa 50 NROs. Allerdings, so führt der kubanische Soziologe weiter aus, trügen allenfalls die Hälfte dieser NROs ihren Namen zurecht, und selbst diese verfügten kaum über „Entscheidungsautonomie“.⁵⁷⁰ Tatsächlich wurden fast alle NROs, „die eine offizielle Anerkennung erhielten, von Personen geleitet, die in das intellektuelle und/oder politische Establishment Kubas integriert sind und ihre grundsätzliche Treue gegenüber dem politischen System unter Beweis gestellt haben“.⁵⁷¹ Wenngleich sie finanziell oft von der Regierung unabhängig waren, unterstanden sie in der Regel direkt oder indirekt staatlichen Abteilungen und wurden von diesen zumeist angeleitet.⁵⁷² Obwohl diese Organisationen eine größere Autonomie genossen als etwa die Massenorganisationen und andere nach 1959 gegründete politische Einrichtungen, wurden sie aufgrund dieser Nähe zu den Regierungsorganisationen nicht selten in die Kategorie der GONGOs (*Government-Organized Non-Government Organizations*) eingeordnet.

⁵⁶⁹ Vgl. Suchlicki 2000, S. 78.

⁵⁷⁰ Vgl. Dilla/Oxhorn 2001, S. 166.

⁵⁷¹ Vgl. Hoffmann 2000b, S. 386.

⁵⁷² Dieser staatsnahe Charakter drückte sich z.B. auch dadurch aus, dass Mitarbeiter von Ministerien NROs gründeten und deren Büros sogar in den gleichen Gebäuden unterhielten; ein Beispiel wäre die ökologische Organisation *ProNaturaleza* im Ministerium für Wissenschaft, Technologie und Umwelt.

Wie sehr die Regierung dennoch die unkontrollierte Ausbreitung dieser Organisationen fürchtete, zeigte sich in mehreren Sicherheitsmaßnahmen, wie z.B. einem restriktiven Registrierungsverfahren – durch dieses wurden sämtliche Organisationen auf die sozialistischen Staatsziele verpflichtet – und einem Verbot allzu erfolgreicher Organisationen, die begannen, den staatlichen Institutionen ernsthafte Konkurrenz zu machen, so im Fall von *Habitat Cuba*, die sich im privaten Wohnungsbau engagierte.⁵⁷³ Unabhängige und direkt oppositionelle Gruppierungen, wie etwa Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften und unabhängige Pressebüros und Nachrichtenagenturen, blieben ohnehin weiter verboten; sie erhielten nicht nur keine offizielle Anerkennung, sondern waren zudem häufiges Ziel von harscher Repression und auch Diffamierungskampagnen des Staates, in denen sie pauschal zu „Marionetten Washingtons“ erklärt wurden.

Die partielle politische Öffnung Kubas Anfang der 1990er spiegelte sich auch in der breiten Debatte über die Zukunft Kubas wider, die vor allem im Vorfeld des IV. Parteitags 1991 beim so genannten *Llamamiento* (Aufruf) und in etwas kleinerem Rahmen vor der Verfassungsänderung 1992 stattfand. Die Führung selbst hatte diese Debatten initiiert und allein für den *Llamamiento* bis zu drei Millionen Menschen für Diskussionsveranstaltungen mobilisiert.⁵⁷⁴ Angesichts der Bedrohung, die das Ende des Kalten Krieges mit sich brachte, versuchte sie auf diesem Weg, das Volk in die politische Erneuerung innerhalb des bestehenden institutionellen Rahmens einzubinden; die Debatte sollte der Bevölkerung ein Gefühl von plebiszitärer Beteiligung und Mitbestimmung in einer Zeit wachsender wirtschaftlicher Unsicherheit geben.⁵⁷⁵ Tatsächlich ließ die Regierung eine offene Diskussion zu und schritt selbst gegen harsche Kritik an politischen und wirtschaftlichen Missständen nicht ein.⁵⁷⁶ So erlebte Kuba in dieser Zeit eine erfrischende und auch unkonventionelle Diskussion über das kubanische System und seine Zukunft.

Diese Diskussionen, bei denen die Bevölkerung *en masse* ohne Furcht vor Bestrafungen ihre Meinung kundtun konnte, blieben auf die Jahre 1991 und 1992 beschränkt. Die Debatte setzte sich allerdings

⁵⁷³ Vgl. Gratus 2003, S. 175.

⁵⁷⁴ Vgl. Granma International, 26.5.1991, S. 8.

⁵⁷⁵ Vgl. Eckstein 1994, S. 115.

⁵⁷⁶ So fanden auch andere Kritikpunkte den Weg in die Öffentlichkeit, so u.a. Forderungen nach Volksvertretungen als wirklichen Gegenstücken zur Staatsadministration, einer besseren Repräsentation lokaler Abgeordneter gegenüber den Interessen und Wünschen der Wähler ihres Wahlkreises, der Erlaubnis, auch auf lokaler Ebene über nationale Themen sprechen zu dürfen, einer häufigeren Zusammenkunft der Parlamente, größerer Meinungs- und Ideenpluralität und größerer Unabhängigkeit vom Staat, gerade auch der Nationalversammlung. Pérez-Stable 1999, S. 184f.

in Wissenschaftskreisen fort. Besonders Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler an den Universitäten und Forschungsinstitutionen eröffneten mit einer Reihe von Publikationen einen regen Austausch über notwendige wirtschaftliche Reformen, Strukturanpassungen, aber auch über die Rolle der Zivilgesellschaft. Als ein Zentrum der Reformdebatte kristallisierte sich dabei das *Centro de Estudios sobre América* (CEA) heraus.⁵⁷⁷ „Einst als ein *Think Tank* der Partei geschaffen, um das geistige Rüstzeug für die kubanische Politik gegenüber der Region, einschließlich der USA zu produzieren, beschäftigten sich deren Mitarbeiter seit Anfang der 90er Jahre zunehmend mit innerkubanischen Fragen.“⁵⁷⁸

Dabei forderten sie u.a. eine weiterreichende Dezentralisierung der Verwaltungsstrukturen, eine verstärkte Partizipation der Bevölkerung und die Förderung einer Zivilgesellschaft als pluralistisches Projekt der Erneuerung des Sozialismus. Entgegen der offiziellen Behauptung, auf Kuba herrsche nur eine wirtschaftliche Krise, jedoch keine soziale oder politische,⁵⁷⁹ betonten sie in ihren Analysen immer wieder die soziale und politische Dimension der Krise und plädierten für eine Stärkung der Autonomie der Gesellschaft gegenüber dem Staat, um die nationale Kohäsion innerhalb des sozialistischen Rahmens auch unter den Bedingungen einer faktisch wachsenden sozialen und politischen Differenzierung zu wahren.⁵⁸⁰

Wenngleich diese Diskussion beinahe vollständig auf akademische Zirkel beschränkt blieb und keine Massenwirkung entfaltete, gab sie doch insbesondere jüngeren technokratisch orientierten Kräften innerhalb von Partei und Staat Auftrieb. Wie stark diese schließlich die Politik des Landes mitbeeinflussten, wurde insbesondere in den frühen 1990er Jahren deutlich, als sie in immer höherer Zahl nicht nur die Managementpositionen in den gemischten Betrieben übernahmen, sondern auch in politische Spitzenämter kamen und die wirtschaftliche Öffnung mitbestimmten und -gestalteten. Ihr wachsender Einfluss, zumindest auf der direkt politischen Ebene, hielt allerdings nicht an. In Folge der zwar langsamen, jedoch auch kontinuierlichen wirtschaftlichen Erholung seit 1994 sowie der Zuspitzung des Konflikts zwischen Kuba und den USA Anfang 1996 wurden sie wieder in die Defensive gedrängt.

⁵⁷⁷ Zu den bekanntesten Vertretern gehörten etwa Julio Carranza Valdés, Pedro Monreal, Rafael Hernández und Haroldo Dilla.

⁵⁷⁸ Vgl. Krämer 1998, S. 47.

⁵⁷⁹ Begrifflich spiegelte sich dies schließlich im Begriff der „Spezialperiode in Friedenszeiten“.

⁵⁸⁰ Vgl. Hoffmann 2000b, S. 393ff.

Ausgangspunkt dieser Entwicklung war der schon zitierte „Bericht des Politbüros“, der von Raúl Castro auf dem Fünften Plenum des Zentralkomitees der KPK im März 1996 verlesen wurde.⁵⁸¹ Darin wandte er sich insbesondere gegen die „ideologische Subversion“, die gerade auch von den Wissenschaftlern des CEA vorangetrieben würde, und erteilte in martialischem Ton eine unzweideutige Absage an jegliche politische Öffnung des Systems.⁵⁸² In der Folge wechselte die politische Führung nicht nur die Spitze des CEA aus, sondern versetzte oder entließ zahlreiche seiner Mitarbeiter und andere Universitätsprofessoren, die sich in der Debatte engagierten, und verlangte von praktisch allen Führungskadern Treuebekenntnisse zum Sozialismus, zur Einheitspartei und zu Fidel Castro.

Die Säuberung des CEA markierte auch auf politischer Ebene das Ende jeglicher Reformbestrebungen. Dies zeigte sich schließlich auf dem V. Parteitag, der unter dem Banner der „Einheit der Partei und Einheit des Volkes“ stand. Eine rege und kontroverse Diskussion, wie sie noch 1991 auf dem IV. Parteitag zu beobachten gewesen war, fand nicht statt und es gab praktisch keine weiteren Reformimpulse. Stattdessen wurde nochmals die führende Rolle der KPK in Staat und Gesellschaft bekräftigt, allen Bestrebungen, das politische System zu reformieren, eine klare Absage erteilt und die bisherige Politik der Regierung in allen Bereichen bestätigt. Dafür überlagerten nicht nur ideologische und historische Aufladungen, sondern auch Forderungen nach einem härteren Kurs gegen jegliche Form der Abweichung vielfach die Redebeiträge, Papiere und Beschlüsse.⁵⁸³

Es folgte eine Zeit der ideologischen und politischen Verhärtung, die sich auch in einer wachsenden Repression nicht genehmigter NROs, oppositioneller Gruppen und Individuen widerspiegelte und neue gesetzliche Instrumente zur Bekämpfung politisch pluralistischer Tendenzen in der kubanischen Gesellschaft schuf. Potentielle Reformer innerhalb des Führungsstabs wurden nicht zuletzt dadurch auf Linie gebracht. Sie verloren künftig wieder deutlich an politischem Einfluss, was darin seinen Niederschlag fand, dass zahlreiche ihrer Vertreter durch alte und junge Hardliner in den obersten Gremien ersetzt wurden und auch dadurch zahlreiche Wirtschaftsreformen der frühen 1990er Jahre eingefroren oder sogar zurückgenommen

⁵⁸¹ Vgl. Granma Internacional, 10.4.1996.

⁵⁸² Dabei betrafen die Angriffe nicht nur Reformer des CEA, wengleich diese Institution als einzige explizit genannt wurde, sondern auch andere Wissenschaftler in den Universitäten und mögliche Befürworter in Partei und Staat. In der Rede wurden sie des „Diversionismus“ und einer „annexionistischen Orientierung“ beschuldigt und schließlich auch als „fünfte Kolonne des Feindes“ bezeichnet, welche „die Fahne des Sozialismus“ eingerollt hätte.

⁵⁸³ Vgl. Ruiz Alonso 1998

wurden.⁵⁸⁴ Viele dieser auch im Ausland als Softliner gehandelten Kräfte verschwanden wieder aus der Öffentlichkeit oder verfolgten uneingeschränkt die alte und neue Verteidigungslinie der obersten Führung: vollständige politische und ideologische Einheit.

Statt weiterer Demokratisierung nahm die Mobilisierung wieder einen Aufschwung. Dies zeigte sich zunächst an den Massenaufmärschen gegen die Verabschiedung des Helms-Burton-Gesetzes 1996. Eine weitere Kampagne fand statt, als Che Guevaras Leichnam 1997 im Vorfeld des V. Parteitags in Bolivien entdeckt, nach Kuba gebracht und in einem Mausoleum in Santa Clara an der Seite anderer Guerillakämpfer beerdigt wurde. Einen Höhepunkt der neuerlichen Mobilisierungen stellten allerdings die Demonstrationen und Aufmärsche dar, auf denen ab Ende 1999 die Rückkehr von Elián González aus den USA gefordert wurde.

Die ganze Kampagne erinnerte stark an die Mobilisierungen aus den 1960er Jahren. Die Führung organisierte über rund sieben Monate hinweg täglich Demonstrationen in ganz Kuba, nächtliche Fernsehübertragungen und große Mengen von Postern, Plakaten und T-Shirts, die zur Heimkehr des kleinen Jungen aufforderten. Sie erreichte damit eine politische Beteiligung der breiten Massen des kubanischen Volkes, das über alle Altersgrenzen hinweg am Schicksal des kleinen Jungen Anteil nahm. Im Fahrwasser dieser Kampagne etablierte die Führung *Tribunas Abiertas* (öffentliche Tribünen) als neue Foren, in denen die Bevölkerung sich an der politischen Debatte beteiligen sollte. Bis zur Rückkehr Eliáns gab es täglich eine solche Veranstaltung; nach seiner Rückkehr machte die Führung sie zu einer festen wöchentlichen Institution, die es jeder Gemeinde innerhalb Kubas in Rotation erlaubte, an ihrem besonderen Tag nationale Aufmerksamkeit zu erhaschen und die Fähigkeiten der jeweiligen Parteiführung zu beweisen, die eigenen Leute vor Ort, an der Basis zu mobilisieren.⁵⁸⁵

Darüber hinaus etablierte die Regierung noch Ende 1999 mit den *Mesas Redondas* (Runder Tisch) neue nächtliche Diskussionsrunden im Fernsehprogramm, welche die Menschen auf Kuba zur Diskussion und politischen Beteiligung, etwa in den Betrieben, anregen sollte. Vor allem bedeutete die Elián-Kampagne jedoch den Beginn der *batalla de ideas*. Mehr als alle anderen Maßnahmen sollte sie den ideologischen Kitt innerhalb der kubanischen Gesellschaft wiederherstellen und v.a. die jüngere Generation, die vorwiegend von der Wirtschaftskrise geprägt war, wieder an das politische System binden. Tatsächlich wurden in der Elián-Kampagne insbesondere die Jungen

⁵⁸⁴ Vgl. Corrales 2004, S. 48f.

⁵⁸⁵ Vgl. Kacpia 2006, S. 37.

mobilisiert. Die Führer der nationalen Jugendorganisationen – der FEU (*Federacion de Estudiantes Universitarios*) für die Studenten, der FEEM (*Federacion de Estudiantes de la Enseñanza Media*) für die Oberschüler und der UJC – waren an vorderster Stelle verantwortlich für die täglichen Mobilisierungen.

Dies alles sollte diesen Organisationen nicht nur ein Stück Glaubwürdigkeit zurückgeben, sondern zudem ihren Führern zu nationaler Bekanntheit verhelfen.⁵⁸⁶ Dabei griffen die Jugendorganisationen unter anderem auch auf ein Mittel zurück, das sie bereits Anfang der 1990er Jahre verwendet hatten: sie veranstalteten zahllose Open-Air-Konzerte.⁵⁸⁷ Auf diese Weise mobilisierte die Kampagne viele junge Leute – angesichts des schwierigen Verhältnisses zwischen der kubanischen Führung und der Jugend gerade Anfang der 1990er Jahre ein beachtlicher Erfolg.

Dabei schloss die *Batalla* nicht nur die jüngere Generation ein. Indem die Regierung zahlreiche ältere Arbeitnehmer und vor allem Soldaten aufgrund der wirtschaftlichen Lage in den vorzeitigen Ruhestand schickte, verlor sie ausgerechnet diejenige Gruppe in den Betrieben und in der Armee, deren Loyalität gegenüber der Revolution potentiell am größten war. Um diese Reserve zu erhalten, etablierte die Regierung zwei Institutionen: die Veteranenorganisation ACRE unter dem Ex-Guerilla Juan Almeida, die schließlich in den öffentlichen Debatten und Veranstaltungen und auch bei Mobilisierungen eine wichtige Rolle spielte, sowie neue nachbarschaftliche Parteikerne, die in der Hauptsache von frühpensionierten Soldaten, Angestellten und Beamten gestützt wurden und deren Aufgabe nicht zuletzt darin bestand, die CDR wieder zu beleben und personell zu unterstützen – etwa bei der Bewachung der Nachbarschaft.

Das wichtigste Element der *Batalla* war allerdings eine neuerliche Bildungskampagne, die nicht zuletzt an die Alphabetisierung Anfang der 1960er erinnern sollte. Sie umfasste die Umschulung und Weiterbildung von Tausenden Zuckerarbeitern, nachdem in den Jahren 2001-2002 rund die Hälfte der kubanischen Zuckermühlen stillgelegt wurden, aber auch die Kommunalisierung der Universitäten

⁵⁸⁶ Tatsächlich wurde z.B. der Führer der Studentenvereinigung, Hassan Perez Casabona, einem breiteren Publikum bekannt; zusammen mit Castro erschien er auf verschiedenen Veranstaltungen und machte nicht zuletzt durch seine rhetorischen Fähigkeiten, aber auch durch seine Radikalität auf sich aufmerksam. Ein anderer Jugendführer, der sich in den Vordergrund schob, war der Anführer der UJC, Otto Rivero, vgl. Fogel 2003.

⁵⁸⁷ Die größten dieser Konzerte fanden direkt auf einem Platz vor der US-Botschaft statt, wo die Regierung die *Tribuna Antiimperialista* errichten ließ. Im Sommer 2000 fand dort z.B. ein Konzert mit mehr als 300.000 Jugendlichen und den angesehensten Bands der Insel statt.

(*municipalización de las universidades*), in deren Rahmen die Regierung Seminare auf Universitätsniveau in allen Kommunen des Landes abhalten ließ und den Zugang zu diesen Kursen drastisch vereinfachte und liberalisierte. Am deutlichsten zeigte sich die Bildungskampagne allerdings beim Aufbau eines Netzes sogenannter *escuelas emergentes*, speziellen Schulen, die zumeist unter der Schirmherrschaft der UJC und der FEU gegründet wurden und sich an junge Leute richteten, die im Laufe der 1990er Jahre ohne Abschluss aus der Schule ausgeschieden waren und so stets ein Problem für die Regierung darstellten, v.a. wenn sie ihr Auskommen auf dem Schwarzmarkt oder durch *Jineterismo* suchten. Die Etablierung der *Escuelas de Trabajadores Sociales*, *Escuelas de Maestros Emergentes*, *Escuelas de Enfermeras Emergentes* und *Escuelas de Instructores de Arte* zeigte entsprechend, dass die Regierung das Problem der vernachlässigten Jugend ernst nahm.

4.3.4 Maßnahmen sozialer und politischer Disziplinierung

Die wirtschaftlichen und politischen Reformen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre vergrößerten die Autonomie der Zivilgesellschaft. Wirtschaftlich drückte sich dies dadurch aus, dass die direkte Abhängigkeit vom Staat für immer mehr Kubaner abnahm. Die Bedeutung staatlicher Verteilungswege und des Einkommenserwerb in staatlichen Betrieben hatte z.B. deutlich abgenommen – durch die Ausbreitung des Schwarzmarkts und der legalisierten freien Dienstleistungs- und Warenmärkte, durch privaten Einkommenserwerb im Schwarzmarkt, als Selbständiger oder als Empfänger von *remesas* von Verwandten aus dem Ausland sowie durch den Wertverfall der Pesolöhne und die wachsende Bedeutung des Dollars in der kubanischen Wirtschaft. Der Parteistaat hatte dadurch zusehends Schwierigkeiten, die Bevölkerung direkt und auf materiellem Wege an sich zu binden – auch wenn diese Bindung nicht gänzlich verschwand, da immer noch der größte Teil der kubanischen Bevölkerung auf den Staat gerade als Arbeitgeber angewiesen blieb.

Das Regime wirkte diesem Kontrollverlust über die Gesellschaft von Anfang an entgegen und unternahm insbesondere ab 1996 bedeutende Anstrengungen, die Kontrolle wieder zu verstärken. Die zentralen Mechanismen und Strategien, welche das Regime dazu entwickelte, wurden schon genannt. In wirtschaftlicher Hinsicht ist etwa an die verstärkte und z.T. auch widersprüchliche Regulation und Überwachung privatwirtschaftlicher Tätigkeit oder die Privilegierung der zentralen Klientel zu denken; in politischer Hinsicht vor allem an die Säuberungen und die Straffung an der Spitze des Regimes, an die Propaganda, vor allem aber auch an die Verweigerung von tiefgreifenden politischen Reformen und die wieder verstärkte Mobilisierung nach 1996.

Castro blieb allerdings nicht bei diesen Maßnahmen stehen, um die Stabilität seines Regimes, und insbesondere dessen Kontrollfähigkeit über die Gesellschaft, sicherzustellen. Um seine direkt Untergebenen ebenso zu Loyalität zu verpflichten wie das Volk, setzte er darüber hinaus auf die Weiterentwicklung der bereits vor 1990 vorhandenen Institutionen und Mechanismen der Repression.

Überblickt man die einzelnen Maßnahmen, mit denen Castro versuchte, die politische und soziale Disziplin aufrecht zu erhalten, und stellt diese in einen Zusammenhang mit seinen anderen Herrschaftsstrategien, so fällt auf, dass Repression auch nach 1990 ein zentrales, aber nicht das wichtigste Mittel war, auf das er zur Sicherung seiner Herrschaft setzte. Wie z.B. gerade seine Reaktion auf die Proteste in Havanna im Sommer 1994 zeigte, vermied er Blutvergießen und setzte stattdessen auf eine Mischung, in der Repression durch einfache Polizeigewalt neben direkter Ansprache, Öffnung der Grenzen und wirtschaftlichen Reformen nur ein Mittel darstellte, das Protestpotential innerhalb der Gesellschaft einzuschränken. Zudem verzichtete er darauf, die Anzahl politischer Gefangener deutlich zu erhöhen, und setzte nach wie vor stärker darauf, ihm unliebsame und politisch aktive Kubaner eher einzuschüchtern oder sie zur Ausreise aus Kuba zu bewegen. Zwar verwiesen Menschenrechtsgruppen im In- und Ausland auch in den 1990er Jahren immer wieder auf zahlreiche Menschenrechtsverletzungen auf Kuba, teils hohe Haftstrafen für Dissidenten, deren teils schlechte Behandlung im Gefängnis sowie andere Formen der Repression; andererseits blieb die Zahl der politischen Gefangenen gegenüber den 1980er Jahren relativ konstant und bewegte sich weiterhin zwischen 200 und 400.⁵⁸⁸

Dabei darf nicht übersehen werden, dass die politische Disziplinierung ideologischer Abweichler durch direkten und indirekten Zwang, wie z.B. Gefängnisstrafen oder Überwachung, weiterhin einen hohen Stellenwert in Castros Herrschaftsstrategie einnahm. Repression blieb nach wie vor das wichtigste Mittel, um die Bevölkerung und vor allem die Opposition so zu verunsichern, einzuschüchtern und zu fragmentieren, dass diese – sollten alle anderen herrschaftssichernden Maßnahmen und Mittel versagen – von vorne herein von Protesten abgehalten bzw. in ihrem Spielraum und in ihrer Mobilisierungsfähigkeit deutlich eingeschränkt wurden.

4.3.4.1 Selektive Gesetzesanwendung und die Erhöhung des Drohpentials

Eine erste wichtige Maßnahme sozialer Disziplinierung stellte die selektive Durchsetzung der Gesetze zur Wirtschaftskriminalität dar.

⁵⁸⁸ Vgl. hierzu etwa Amnesty International 1996a; 1996b; 1998; 2000; 2001; 2005.

Dies wird bei der Bekämpfung des Schwarzmarkts besonders deutlich. In der Tat nahm die Regierung nämlich gerade nach 1990 eine immer tolerantere, gleichzeitig aber unberechenbare Haltung gegenüber sämtlichen (zumeist illegalen) Aktivitäten in und um die Schattenwirtschaft herum ein – eine Haltung, die sich auch durch die Teillegalisierung des Schwarzmarkts kaum veränderte, wie die zahlreichen Restriktionen und widersprüchlichen Gesetze zur Privatwirtschaft zeigten. Dies hatte mehrere Gründe. Zum einen nahm die Regierung Verstöße gegen die öffentlich postulierte sozialistische Ideologie hin, solange diese sich im Rahmen hielten, um die an ihre Grenzen geratene staatliche Versorgung zu entlasten und damit Druck vom Staat selbst zu nehmen, aber auch um die Bevölkerung abzulenken.⁵⁸⁹ Das Kalkül dahinter: wer sich vor allem um sein Überleben sorgt und dafür die meiste Zeit tätig ist, kann sich kaum um die Politik und schon gar nicht um alternative Politikvorstellungen kümmern.

Darüber hinaus konnte die Aufmerksamkeit des Einzelnen durch die kleinen Vorteile, die im tolerierten Schwarzmarkt winkten, stärker auf die private Sphäre gelenkt werden. Indem es eine Vielzahl von Normbrüchen nicht ahndete, versuchte das Regime die Bevölkerung gewissermaßen zu korrumpieren und für die Entbehrungen des Alltags zu entschädigen – auf Kosten einer konsistenten und berechenbaren Normenordnung. Wie der Verfasser bei seinen Reisen nach Kuba feststellte, wuchs so nicht nur die Heuchelei der Bürger gegenüber der Regierung und deren ideologischen Leitsätzen, sondern es herrschte darüber hinaus ein stillschweigendes Einverständnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern über das gegenseitige Verhältnis, und zwar jenseits aller ideologischer Ansprüche: der Staat duldete Abweichungen von den moralischen und gesetzlichen Grundsätzen des Sozialismus in desto stärkerem Maß, wie der Einzelne sich politisch konform verhielt.

Gleichzeitig beanspruchte die Regierung aber weiterhin das Recht, ohne Angabe von Gründen die nach wie vor bestehenden Gesetze durchzusetzen, sei es kontinuierlich gegen einzelne Schwarzmarkthändler, die sich zu sehr bereichert hatten, sei es in größeren, aber zeitlich begrenzten Kampagnen gegen den Schwarzmarkt insgesamt.⁵⁹⁰ Strafrechtliche Sanktionen einerseits und die eher willkürlichen staatlichen Eingriffe andererseits waren durch diese Strategie der informellen Toleranz allerdings weitgehend unberechenbar geworden

⁵⁸⁹ Vgl. Domínguez 1993, S. 101ff.

⁵⁹⁰ Vgl. Díaz-Briquets/Pérez-López 2006, S. 164ff.; siehe zu den Kampagnen gegen Schwarzmarkt insbesondere auch cubanet.org, z.B. 5.7.2000, 1.8.2001; diese Kampagnen erfolgten zumeist in bestimmten Regionen und Gemeinden, daran beteiligt war neben den CDR und der nationalen Polizei auch die Staatssicherheit.

und folgten nicht mehr durchschaubaren Kriterien.⁵⁹¹ Auch dadurch band das Regime die Bevölkerung an sich. Die machtpolitische Logik hinter dieser eigentümlichen Strategie macht Bert Hoffmann deutlich:

„Diese Politik der de-facto-Tolerierung einer breiten informellen, letztlich nicht legalen Wirtschaft [...] erweist sich als die für den politischen Machterhalt funktionalste Form von Marktmechanismen – selbst wenn sie eine alltägliche Mißachtung der offiziellen Normen und Gesetze zum Normalzustand macht. Wichtiger aber ist, daß, wo die marktwirtschaftlichen Aktivitäten nicht formalisiert und legal sind, daraus auch keine Ansprüche abgeleitet und keine Forderungen erhoben werden können, daß keine Organisierung der Produzenten stattfinden kann, und daß der Staat jederzeit freie Hand hat, gegen unerwünschte oder zu große Ausmaße annehmende Aktivitäten einzugreifen. Gerade die Rechtsunsicherheit dieser Marktbeziehungen macht sie jederzeit abhängig vom Wohlwollen der staatlichen Instanzen [...].“⁵⁹²

Die bleibende Ummantelung der informellen Wirtschaft durch den sozialistischen Normenkodex eröffnete dem Staat aber nicht nur Machtpotentiale gegenüber unerwünschten Formen privatwirtschaftlicher Betätigung, sondern auch gegenüber ihm entgegenstehenden Bürgern im allgemeinen. So konnten nun z.B. Oppositionelle auch jenseits der politischen Strafgesetze aufgrund illegaler wirtschaftlicher Aktivitäten verhaftet und verurteilt werden, zu denen sie aufgrund der Versorgungskrise nicht selten gezwungen waren.⁵⁹³

Grundsätzlich stellte die Regierung mit dieser eher zynischen Anwendung gesetzlicher Regeln – und gerade weil im informellen Sektor praktisch die gesamte Bevölkerung auf die ein oder andere Weise aktiv war – fast jeden einzelnen Bürger unter ein gesetzliches Damoklesschwert, das jederzeit niedergehen konnte. Der disziplinarische Effekt dieser Verunsicherung kann dabei kaum überschätzt werden. Jeder, der sich z.B. ein kleines Vermögen aufgebaut hatte und von den Wirtschaftsreformen in der ein oder anderen Form profitierte oder auch eine höhere gesellschaftliche Stellung innehatte, konnte jederzeit beinahe alles verlieren, und zwar auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen. Den Bürgern blieb kaum etwas anderes übrig, als ihre Verhaltensweisen den gesetzlichen Umständen anzupassen. Neben der Suche nach Möglichkeiten, sich mit den staatlichen Kontrolleuren zu

⁵⁹¹ Vgl. Pérez-López 1997, S. 174.

⁵⁹² Vgl. Hoffmann 1998, S. 11.

⁵⁹³ Vgl. Payne 1997, S. 25.

arrangieren, versuchte man nun verstärkt, politisch nicht aufzufallen und Loyalität vorzuspiegeln.⁵⁹⁴

Dies verlangte von den Bürgern ein hohes Maß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Gerade Staatsbedienstete oder sonstige Bevölkerungsteile, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Position Zugang zu halb- oder illegalen Privilegien hatten, mussten, um diese Position zu behalten, sowohl den offiziellen, öffentlichen als auch den informellen, privaten Verhaltenscode beherrschen und sich je nach Situation gemäß dem einen oder dem anderen verhalten.

Ein wenngleich drastisches, so dennoch exemplarisches Beispiel eines dem Autor bekannten Mitglieds der Kommunistischen Partei, das eine Privatunterkunft für Touristen betreibt, verdeutlicht diese Lage. Der Betreffende legte zum einen sehr viel Wert darauf, bei keiner politischen Veranstaltung (z.B. Parteisitzungen, Massenkundgebungen oder ideologischen Kursen) zu fehlen. In diesen tat er sich – nach eigenem Bekunden – häufig durch seine harten Worte gegen den Imperialismus und auch die antisozialistischen Auswüchse des Schwarzmarktes und der Privatwirtschaft hervor. Andererseits nahm er jede Möglichkeit wahr, sein gesamtes Haus mit Gästen zu füllen, d.h. zeitweise und nach Gelegenheit vermietete er neben dem einen erlaubten bis zu zwei weitere Zimmer, die er nicht den Behörden meldete und für die er keine Steuern bezahlte.

Um seinen Service zu verbessern, kaufte er auf Wunsch auf dem Schwarzmarkt Langusten oder Krokodil ein, servierte diese dem Kunden zum Abendessen und beschaffte bei entsprechenden Nachfragen auch Prostituierte. Beinahe die Gesamtheit dieser aufgezählten Dienstleistungen war illegal und strafbar und widersprach deutlich seinem sozialistischen Verhalten, das er in der politischen Öffentlichkeit an den Tag legte. Um Aufklärung dieses Widerspruchs bemüht, erklärte er, dass sein öffentliches Verhalten weniger innerer Überzeugung entspränge als vielmehr der Tatsache, dass es ihm mehr wirtschaftliche Freiheiten sicherte, er weniger kontrolliert würde und, selbst wenn er erwischt würde, eine weitaus niedrigere Strafe zu erwarten hätte als andere, nicht politisch Engagierte. Die gezeigte politische und ideologische Konformität diene also, so paradox es sich anhört, einer Unternehmenslogik, die ganz anderen Regeln gehorchte als den vom Staat propagierten. Zwar blieb diese Logik durch sein politisches Verhalten nicht vollständig geschützt, das Risiko einer Bestrafung sank allerdings erheblich.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Regierung den gesetzlichen Drohüberhang über die Gesellschaft in den 1990er Jahren,

⁵⁹⁴ Vgl. Frieß 2003, S. 108.

und damit auch ihre Möglichkeiten, gegen unerwünschte Formen abweichenden Verhaltens vorzugehen, stark erweiterte. So sehr sie zu einer Politik der materiellen Belohnung konformen und der selektiven Bestrafung abweichenden Verhaltens übergegangen war, wollte sie sich dennoch die polizeilichen und rechtlichen Möglichkeiten, bei Bedarf gezielt gegen Störenfriede und sonstige unerwünschte Personen vorzugehen, nicht nehmen lassen und signalisierte in verschiedenen Kampagnen der Gesellschaft immer wieder aufs Neue, wer die letztinstanzliche Entscheidungs- und Definitionsmacht im Lande innehatte.

Der Kampf der Regierung um die Kontrolle der Gesellschaft und die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung umfasste insbesondere Modifikationen bei den Sicherheitsorganen und die Erweiterung bzw. Verschärfung von Strafgesetzen. Damit vergrößerte das Regime nicht nur seine Machtspielräume, sondern erhöhte auch sein Drohpotential gegenüber der Bevölkerung und besonders gegenüber politisch abweichenden Personen. Eine der ersten Reaktionen der Regierung auf die Ausbreitung der Kriminalität und Korruption Anfang der 1990er Jahre war z.B. der Ausbau der Kontrollbehörden. So etablierte die Polizei neue Einheiten zum Schutz der nationalen Wirtschaft, der Häfen und der Eisenbahn, wie die *Policía Económica y de Turismo*, die *Policía Portuaria* oder die *Policía Ferroviaria*.⁵⁹⁵

Darüber hinaus eröffnete das Innenministerium Dutzende neuer Polizeistationen im ganzen Land und verstärkte seine Anstrengungen bei der Rekrutierung neuer Polizeikräfte, etwa durch den Aufbau eigener Rekrutierungsbüros in Camagüey und Santiago de Cuba, Umbesetzungen innerhalb des Ministeriums und Abkommandierungen von Angehörigen des Verteidigungsministeriums, sprich des Militärs.⁵⁹⁶ Die Rekrutierungsanstrengungen hatten dabei nicht zuletzt zum Ziel, die Stärke der Polizeikräfte insgesamt zu erhöhen. Das Ergebnis dieser Erweiterung der Polizei sah die kubanische Bevölkerung spätestens ab 1999 in den Straßen von Havanna, als die Präsenz von Polizeikräften sich schlagartig ausdehnte. Seither steht praktisch an jedem Häuserblock ein Polizeioffizier zumeist ostkubanischer Herkunft, der das Geschehen auf den Straßen überwacht und mittels Funkverbindung besondere Vorkommnisse meldet. Dabei verbesserte die Regierung insbesondere ab Mitte der 1990er Jahre auch die technische Ausstattung der Polizei insgesamt mit neuen Autos, Computern, Funkgeräten und anderem Gerät.⁵⁹⁷

⁵⁹⁵ Vgl. Salas 1993, S. 246

⁵⁹⁶ Vgl. ebd., S. 247.

⁵⁹⁷ Vgl. Granma, 24.11.1995; Granma International, 3.3.1998; Granma, 14.4.2001.

Neben der offiziellen Polizei versuchte die Regierung auch die Hilfspolizei aus den Reihen der Massenorganisationen zu stärken. Dazu etablierte sie z.B. Anfang der 1990er Jahre *Consejos Populares* (zentrale Austauschstellen in den einzelnen Gemeinden, um lokale Probleme, einschließlich Kriminalität, zu lösen), eine nationale Kommission für soziale Prävention und Aufmerksamkeit sowie schließlich auch ein Vereintes Vigilanz- und Schutzsystem (*Sistema Único de Vigilancia y Protección*, SUVP).⁵⁹⁸ Gerade das SUVP sollte die bisherigen Institutionen sozialer Kontrolle, die CDR und die Polizei, besser koordinieren und so den Kampf gegen Kriminalität insgesamt effizienter machen und durch verstärkte Patrouillen Gelegenheiten für abweichendes Verhalten minimieren.⁵⁹⁹

Dabei bildete die Integration der Massenorganisationen in den Kampf gegen die Kriminalität einen Eckpfeiler der Präventions- und Repressionsstrategie. So etablierte das Innenministerium z.B. in Zusammenarbeit mit der Organisation privater Bauern (ANAP) eine neue Vigilanzeinheit für die ländlichen Gebiete, die *Destacamentos de Vigilancia Campesina* (DVC). Aber auch mit der Gewerkschaft gab es seit 1990 Anstrengungen, Fabriken durch bewaffnete Arbeiterbrigaden zu bewachen und auf diese Weise und unter Oberaufsicht der Polizei Kriminalität vorzubeugen.

Auch auf der administrativen Ebene gab es einige Umstrukturierungen, deren wichtigste die Etablierung eines eigenen Ministeriums für Rechnungsprüfung und Kontrolle (*Ministerio de Auditoría y Control*) im Mai 2001 und die damit erfolgte Aufwertung der vormaligen Rechnungsprüfungsabteilung im Finanzministerium war. Die primäre Aufgabe des neuen Ministeriums bestand in der Förderung von Integrität und Disziplin im Umgang mit Staatsressourcen und der Prävention und Bekämpfung von Korruption. Finanzprüfungen von Staatsfirmen wurden in der Folge ebenso vermehrt durchgeführt wie Steuerprüfungen im Privatsektor, wobei zwischen 2002 und 2004 bei rund einem Drittel der Prüfungen – allein 2003 handelte es sich um 5.917 Finanzprüfungen und rund 316.000 Inspektionen – Unregelmäßigkeiten und Unzulässigkeiten festgestellt wurden.⁶⁰⁰

Um dem Normenverfall zumindest teilweise Einhalt zu gebieten, überholte die Regierung zusätzlich Teile des Rechtssystems. So beschleunigte sie z.B. die Strafprozesse durch die Einschränkung des Berufungsrechts und die Einführung der Möglichkeit von Schnellur-

⁵⁹⁸ Vgl. Fernandez 1994, S. 76; zum SUVP insbesondere auch Granma 24.3.1992, S. 4.

⁵⁹⁹ Vgl. NZZ, 14.8.2001.

⁶⁰⁰ Vgl. Díaz-Briquets/Pérez-López 2006, S. 168f.

teilen in den Stadtteilgerichten.⁶⁰¹ Vor allem aber verschärfte sie sukzessive die Strafgesetze. Zwischen Mai und Juni 1994 verabschiedete der Staatsrat mit den Gesetzesdekreten Nr. 149 und 150 z.B. zwei Gesetze, die zum einen die Zugriffsmöglichkeiten des Staates auf unrechtmäßig erworbene Vermögenswerte, Güter und Einkommen erweiterten und dem Sicherheitsapparat neue Spielräume im Kampf gegen Schwarzmarkthändler eröffneten, und zum anderen die Strafen für „unerlaubte Bereicherung“, etwa durch das Wirtschafts- und Staatspersonal, deutlich erhöhte.

Im Juni 1997 erließ der Staatsrat das Gesetzesdekret Nr. 175, mit dem das Strafgesetzbuch signifikant modifiziert wurde. Mit diesem Gesetzesdekret kamen nicht nur neue Straftatbestände, wie z.B. Zuhälterei, Kindesmissbrauch, Steuerhinterziehung und Drogenhandel, zu den strafrechtlichen Regelungen hinzu, sondern auch eine deutliche Anhebung des vorgeschriebenen Strafmaßes für rund die Hälfte aller Straftatbestände. Die Todesstrafe konnte fortan leichter verhängt werden. Wirtschaftsdelikte waren mit bis zu 20 Jahren Haft belegt. Ab Januar 2003 erlaubte das Gesetzesdekret Nr. 232 schließlich sogar die Beschlagnahmung von Eigentum, einschließlich der Wohnung, wenn dieses für illegale Tätigkeiten wie Drogenhandel, Korruption oder andere nicht genehmigte privatwirtschaftliche Aktivitäten verwendet wurde.⁶⁰²

Dass die Regierung ihre Gesetze anwendete, zeigte sich nicht nur daran, dass in den 1990er Jahren zahlreiche neue Gefängnisse gebaut wurden,⁶⁰³ sondern auch daran, dass diese Gefängnisse tatsächlich mit einer wachsenden Zahl von Insassen belegt wurden. Nach Schätzungen von Human Rights Watch betrug z.B. die Zahl der Gefängnis- oder Arbeitslagerinsassen Ende der 1990er Jahre mindestens 110.000, was rund einem Prozent der Bevölkerung entspricht; darunter waren rund 15.000 Häftlinge, die eine Strafe auf der Grundlage des Paragraphen zur „Gefährlichkeit einer Person“ verbüßten.⁶⁰⁴ Auch kubanische Quellen weisen einen deutlichen Anstieg der Zahl verurteilter Straftäter seit Anfang der 1990er Jahre aus.⁶⁰⁵

Zudem haben laut Amnesty International allein im Jahr 2000 „mindestens 13 Hinrichtungen“ wegen krimineller Straftaten stattgefunden,

⁶⁰¹ Vgl. Habel 1997, S. 43.

⁶⁰² Eine hervorzuhebende Analyse der Strafrechtsverschärfungen, insbesondere des Jahres 1999, und ihrer Auswirkungen auf die Gefängnispopulation bietet Herzka 1999, S. 123ff.

⁶⁰³ Vgl. Herzka 2001; Im Jahr 2004 bestehen auf der Urlaubsinsel 200 Haftanstalten, darunter 45 sogenannte Hochsicherheitsgefängnisse, vgl. IGFM 2004.

⁶⁰⁴ Vgl. NZZ, 11.10.1999.

⁶⁰⁵ Vgl. Mílán 1997, S. 3.

mindestens neun Gefangene hätten weiterhin in Todeszellen eingesperrt.⁶⁰⁶ Die Regierung übte auf diese Weise weiterhin großen repressiven Druck auf die Bevölkerung aus, der zudem praktisch vor keinem gesellschaftlichen Sektor halt machte. Dessen verunsichernde Wirkung ist dabei umso größer einzuschätzen, als nach wie vor große Machtspielräume von Justiz und Polizei bestanden, insbesondere durch unscharf formulierte und teils widersprüchliche Gesetze sowie fehlenden Rechtsschutz von Angeklagten bzw. Verdächtigen.⁶⁰⁷

Dabei griff die Regierung nicht nur auf Sanktionen zurück, um zumindest ein Mindestmaß an Normgeltung durchzusetzen, sondern auch auf die ethisch-moralische Seite von Normen. 1997 erließ sie z.B. einen Ethik-Code für Staatsangestellte (*Código de Ética de los Cuadros de Estado Cubano*). Der Code bestand aus 28 Prinzipien, denen Regierungsangestellte folgen sollten, und umfasste zahlreiche Wertmaßstäbe, wie Ehrlichkeit, administrative Sauberkeit und den Kampf gegen Halbwahrheiten, Lügen und Betrug. Er verpflichtete alle Betroffenen zur Verteidigung, Bewahrung und Befolgung der Prinzipien des Vaterlandes, der Revolution und des Sozialismus.

Die Prinzipien waren dabei sehr eng gefasst und sollten jeglicher Form von Amtsmissbrauch, Nepotismus und Korruption im Allgemeinen vorbeugen. Dabei unterlagen die Führungskräfte einem besonders strengen Reglement, das sie nicht nur zur Überwachung ihrer Untergebenen aufrief, sondern auch für Unregelmäßigkeiten in den Betrieben haftbar machte. Verstöße gegen die Prinzipien konnten dabei sogar strafrechtlich verfolgt werden, wobei die Sanktionen je nach Schwere von Verwarnungen über Suspendierungen und Versetzungen bis hin zur Entlassung durch die Administration selbst oder, bei Vorliegen eines Straftatbestandes, sogar einer Gefängnisstrafe reichten.

4.3.4.2 Gezielte Repression der Opposition

Der gewachsene Drohverhang des Staates über die Gesellschaft und die wachsende Zahl von Gefängnisinsassen geben bereits einen Hinweis darauf, dass die Regierung auch nach 1990 in keiner Weise beabsichtigte, ihre hegemoniale Präsenz innerhalb der Gesellschaft aufzugeben. Dies bekamen insbesondere oppositionelle Kräfte in Kuba zu spüren. Politische Aktivitäten, die außerhalb der formalen Institutionen oder ohne Genehmigung stattfanden, wurden weiterhin von der Machtfusion von Staat, Regierung, Partei und Militär gleichsam „erdrückt“⁶⁰⁸ und die Bildung und der Einsatz politischer Gegenströmungen vom Repressionsapparat – dem Innenministerium mit seinen

⁶⁰⁶ Vgl. Amnesty International 2000.

⁶⁰⁷ Vgl. hierzu Kapitel 3.3.2.

⁶⁰⁸ Vgl. Burchhardt 1999, S. 164.

Polizei- und Staatssicherheitskräften, seinem Netz an Informanten und den Komitees zur Verteidigung der Revolution – verfolgt.

Der Bedrohung, die von einer wachsenden Opposition auf Kuba ausgehen konnte, war sich Castro sehr bewusst. Wie etwa die Beispiele in Osteuropa, allen voran die DDR, Tschechien und Rumänien, zeigten, stellten die Ausbreitung einer dissidenten Zivilgesellschaft und die Entstehung von Oppositionsgruppen den Bodensatz dar, auf dem sich schließlich und trotz eines gewaltigen Repressionsapparates eine Revolution von unten entwickelte und die alten sozialistischen Regime ersetzte.⁶⁰⁹ Auch deshalb zögerte das Regime weiterhin nicht, seine Gewaltressourcen gegen die politische Opposition einzusetzen und z.B. in verschiedenen Kampagnen zahlreiche Dissidenten zu verhaften und zu teils langjährigen Gefängnisstrafen zu verurteilen.

Dennoch ist klar zu erkennen, dass es den Einsatz von Gewalt möglichst gering halten und vor allem eine Eskalation, wie sie etwa 1989 in China bei der Niederschlagung der Demonstrationen auf dem Platz des himmlischen Friedens auftrat, verhindern wollte. Castro fürchtete nicht zuletzt aufgrund der ohnehin wachsenden internationalen Kritik an der Menschenrechtssituation auf Kuba eine zusätzliche Belastung des für das Überleben der kubanischen Wirtschaft so wichtigen internationalen Handelsklimas. Er versuchte auch deshalb die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Menschenrechtsverletzungen auf Kuba möglichst gering zu halten und seinen Gegnern nicht zusätzliche Munition zu verschaffen. Seine Repressionsstrategie beruhte deshalb darauf, offensivere Repressionskampagnen, die festere oppositionelle Strukturen verhindern bzw. zerschlagen sollten, möglichst im Fahrwasser großer internationaler Ereignisse bzw. internationaler Konflikte und Auseinandersetzungen stattfinden zu lassen, und ansonsten Oppositionelle auf anderem Wege einzuschüchtern.

Eine Strategie, die das Regime dabei anwendete, war das Wechselspiel zwischen Verhärtung und stärkerer Toleranz über die Zeit. In der Hauptsache folgten z.B. Zerschlagungen von Oppositionsgruppen, Verhaftungen von darin Aktiven und ihre Verurteilung zu Gefängnisstrafen immer wieder Ansätzen des guten Willens nach Außen mit Begnadigungen von Gefangenen.⁶¹⁰ Nach innen wurde die Opposition gerade dadurch verunsichert. In den toleranteren Phasen gewann sie an Zulauf und immer mehr Kubaner verloren ihre Angst vor dem

⁶⁰⁹ Vgl. hierzu etwa López 2000.

⁶¹⁰ Susanne Gratius (2003, S. 152) verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass gerade dieses Mittel dazu diene, die neuen kapitalistischen Partner aus Europa, Kanada und Lateinamerika „bei der Stange“ zu halten. Phasen begrenzter Öffnung, die immer Phasen der Verhärtung folgten, ließen dort immer wieder Hoffnungen auf einen deutlicheren Liberalisierungskurs keimen.

Staat und protestierten. Da die Opposition allerdings immer wieder dezimiert und sanktioniert wurde, blieb die Angst vor Bestrafung weiterhin bestehen.

Vom Ende der 1980er Jahre bis heute lassen sich fünf größere Repressionswellen beobachten. Die erste Repressionswelle setzte just zu dem Zeitpunkt ein, als in Osteuropa die Menschen begannen, auf die Straße zu gehen und innerhalb weniger Monate ihre alten kommunistischen Regierungen aus dem Amt zu treiben. Nachdem die kubanische Regierung Ende der 1980er Jahre zum ersten Mal ausländischen Journalisten erlaubt hatte, Mitglieder einer Menschenrechtsorganisation zu interviewen, dem Internationalen Roten Kreuz Zugang zu einem kubanischen Gefängnis verschafft und schließlich im September 1988 sogar zum ersten Male eine Delegation der UN-Menschenrechtskommission empfangen hatte, beendete sie im Sommer 1989 diese leichte Öffnung, als in Osteuropa der politische Wandel sichtbar wurde. Fortan verweigerte sie Besuche des Roten Kreuzes, verhaftete bis Ende 1991 mindestens 200 Aktivisten und ließ wenigstens 42 von ihnen zu z.T. langjährigen Gefängnisstrafen verurteilen.⁶¹¹ Die Regierung wollte damit auch ein Signal setzen, dass sie – anders als in seinen ehemaligen sozialistischen Bruderstaaten – einer Opposition nicht erlauben würde, sich zu organisieren.

Die Repression einer wachsenden Zahl an Dissidenten, unabhängigen Journalisten und anderen Aktivisten hielt auf diesem Niveau über die nächsten Jahre an. Kurz nach den August-Unruhen in Havanna 1994 erreichte sie jedoch einen neuen Höhepunkt. Um weitere Unruhen zu verhindern, ließ die Regierung durch ihre Sicherheitskräfte Dutzende Demonstranten verhaften. Nicht nur verurteilten die Gerichte in der Folge die als Rädelsführer ausgemachten Teilnehmer der Kundgebung zu langjährigen Freiheitsstrafen, sondern auch zahlreiche bekannte Mitglieder der dissidenten Zivilgesellschaft wurden zumindest zeitweilig verhaftet.⁶¹²

Ab November 1994 beruhigte sich die Lage wieder; nicht zuletzt als Zeichen des guten Willens nach Außen begnadigte die Regierung bis Juli 1995 zahlreiche inhaftierte politische Gefangene – wenngleich auch oft mit der Auflage, das Land zu verlassen. Im Mai 1995 ratifizierte Kuba sogar die Internationale Konvention gegen Folter und andere Formen brutaler, inhumaner oder erniedrigender Behandlung und Bestrafung.⁶¹³

⁶¹¹ Vgl. Human Rights Watch, zit. nach Miami Herald, 1.3.1992.

⁶¹² Vgl. Skierka 2004, S. 388f.

⁶¹³ Vgl. Payne 1997, S. 21

Ende 1995 verschärfte die Regierung allerdings wieder ihren Kurs gegen die Dissidenz im Lande. Anlass war nicht zuletzt der Zusammenschluss von rund 40 Dissidentengruppen zum *Concilio Cubano* (CC) im Oktober 1995 und das Wachstum des CC in nur wenigen Wochen auf über 100 Gruppen. Kurz bevor die Organisation ihren ersten Kongress im Februar 1996 abhalten wollte, spitzten sich nicht nur die Beziehungen zwischen den USA und Kuba in Folge des Abschusses zweier exilkubanischer Flugzeuge vor der Küste von Havanna zu: im Schatten dieser internationalen Krise, die schließlich in der Unterzeichnung des heftig umstrittenen Helms-Burton-Gesetzes im März 1996 ihren Höhepunkt fand, führte die kubanische Polizei einen ihrer bislang härtesten Schläge gegen Mitglieder von Oppositionsgruppen durch. Unter dem Vorwurf der Konterrevolution und der Instrumentalisierung durch den US-amerikanischen Geheimdienst verhaftete die Regierung innerhalb weniger Tage praktisch die gesamte Führungsschicht des CC und nahm weitere 200 seiner Aktivisten in Gewahrsam.⁶¹⁴

Wenngleich die verhängten Gefängnisstrafen in der Folge vergleichsweise milde waren – die allermeisten Aktivisten wurden schon kurz nach ihrer Gefangennahme unter Auflagen wieder freigelassen, andere erhielten Gefängnisstrafen zwischen einem halben und einem Jahr⁶¹⁵ – war durch diese Kampagne der Opposition der Kopf abgeschlagen worden. Diese neuerliche politische Verhärtung dauerte bis Mitte 1997 an, als mit dem Verbot der „Arbeitsgruppe Interne Dissidenz“ rund um den Sohn des ehemaligen PSP-Chefs und langjährigen Gefährten Fidel Castros Blas Roca und der Verurteilung ihrer führenden Mitglieder zu bis zu acht Jahren Gefängnis die bis dato international bekannteste Oppositionsgruppe zerschlagen wurde.

Mit dem Papstbesuch im Frühjahr 1998 entspannte sich die Lage wieder, was mit der Entlassung zahlreicher Dissidenten aus den Gefängnissen einherging.⁶¹⁶ Allerdings setzte im März des darauf folgenden Jahres eine neuerliche Verhärtung ein. Der Grund war, dass sich die Opposition erneut sammelte und die Regierung zusehends fürchtete, dass die USA auf der Grundlage ihrer Track-II-Politik die Führerschaft über die Opposition übernehmen würden. In der Folge

⁶¹⁴ Dabei wurden oftmals ihre Wohnungen verwüstet und ihre Ausrüstungen beschlagnahmt, vgl. Amnesty International 1996a.

⁶¹⁵ Vgl. Amnesty International 1996b.

⁶¹⁶ So kündigte die kubanische Regierung im Februar 1998 die Freilassung von mehr als 200 Gefangenen als Reaktion auf die Gnadengesuche des Papstes an. Dies war die größte Amnestie in Kuba seit 1979, wobei sich unter den Freigelassenen auch zahlreiche aus politischen Gründen Inhaftierte befanden. Bei 22 von ihnen wurde die Freilassung mit der Auflage verbunden, anschließend ins Exil zu gehen, vgl. Hoffmann 1999, S. 279.

verschärfte sie die Gesetze des Strafgesetzbuchs und insbesondere diejenigen zum Schutz des Staates. Besondere Beachtung fand das neue Gesetz Nr. 88 zum Schutz der nationalen Unabhängigkeit Kubas und seiner Wirtschaft.⁶¹⁷

Dieses Gesetz sah ein Strafmaß zwischen sieben und 20 Jahren vor, wenn „direkt oder über Dritte Informationen an die US-Regierung und ihre Vertreter weitergeleitet werden, die die Umsetzung der Ziele des Helms-Burton-Gesetzes und damit die wirtschaftliche Blockade, die Zerstörung der internen Ordnung, die Unabhängigkeit Kubas und die Überwindung des sozialistischen Staates erleichtern“.⁶¹⁸ Die Definition dieser Straftat blieb sehr vage, weshalb nicht zuletzt nationale Oppositionsgruppen das Gesetz als „Knebelgesetz“ (*Ley Mordaza*) titulierten.⁶¹⁹

In gewissem Sinne war dieses Gesetz ein Zeichen von Schwäche, weil offenbar die bestehenden Gesetze, die ohnehin bereits einen großen Spielraum ließen, nicht ausreichten. Allerdings dauerte es bis zum März 2003, just als US-amerikanische Truppen in den Irak einmarschierten, dass auf dieser Gesetzesgrundlage auf einen Schlag 75 Dissidenten, unter ihnen die namhaftesten freien Journalisten, verhaftet und schließlich in summarischen Geheimverfahren zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden.⁶²⁰

Diese Repressionswelle war auf zwei Entwicklungen zurückzuführen. Zum einen hatte die US-Interessenvertretung seit September 2002 unter ihrem neuen Leiter, James Cason, offener denn je Oppositionelle ermutigt, sich zusammenzuschließen, und dabei auch nicht davor zurückgeschreckt, den Ausbau der Opposition auf Kuba durch eigene Vermittlung, Einladungen zu Treffen, Propaganda, Geld- und Materialtransfers an Mitglieder der oppositionellen Zivilgesellschaft direkt zu fördern. Zum anderen ging die US-Interessenvertretung unter Cason dazu über, nur noch sehr beschränkt Einreisegenehmigungen in die USA zu vergeben, um den Druck auf das Castro-Regime in

⁶¹⁷ Ley No. 88, de protección de la independencia nacional y la economía de Cuba vom 15.3.1999.

⁶¹⁸ Vgl. Código Penal 1998, S. 349.

⁶¹⁹ Vgl. hierzu z.B. die scharfe Analyse des unabhängigen Journalisten Manuel David Orrio zum Gesetz 88 auf der Internetplattform dissidenter kubanischer Journalisten, Cubanet, am 23.3.1999; pikant ist im Nachhinein, dass Orrio 2003 als Spitzel der Staatssicherheit enttarnt wurde.

⁶²⁰ Insgesamt verhängten die kubanische Gerichte Gefängnisstrafen von insgesamt 1.454 Jahren, angefangen von sechs Jahren bis zu 28 Jahren Haft, vgl. hierzu insbesondere die hervorragende Dokumentation dieser Repressionswelle in Encuentro de la Cultura Cubana 2003, S. 112ff.

Verbindung mit der Verschärfung des Embargos nochmals zu erhöhen.⁶²¹

Diese letzte, im Verlauf der Spezialperiode heftigste Repressionswelle versetzte der internen Dissidenz einen erheblichen Schlag. Bis auf wenige Oppositionsführer, die gerade im Ausland hofiert wurden und internationale Aufmerksamkeit auf sich zogen, wie z.B. Oswaldo Payá, waren wieder die führenden Köpfe der kubanischen Dissidenz weggesperrt und teils zu bis zu 28 Jahren Haft verurteilt worden.⁶²² Dabei zeitigte gerade diese Repressionswelle eine massive Verschlechterung der Beziehungen Kubas zu seinen wichtigsten Handelspartnern, Kanada und den Staaten der Europäischen Union. Nicht zuletzt um hier wieder Boden gut zu machen, hat sich die kubanische Führung seither merklich mit weiteren großangelegten Verhaftungswellen zurückgehalten.

Der Einsatz von Repression zeichnete sich allerdings seit Beginn der Krise nicht allein durch seinen wellenartigen Verlauf aus. Castro griff zunehmend auf subtilere, konstant angewendete Formen der Einschüchterung zurück.⁶²³ Ein neues Instrument in dieser Hinsicht waren die seit 1991 gebildeten „Brigaden der schnellen Antwort“ (*Brigadas de Respuesta Rápida*).⁶²⁴ Unter der Oberaufsicht des Innenministeriums von der Abteilung für Staatssicherheit aus militanten Mitgliedern der Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) und anderer Massenorganisationen zusammengestellt, bestand ihre wichtigste Funktion darin, in „Akten der Zurückweisung“ (*actos de repudios*) potentielle und tatsächliche Dissidenten mittels Demonst-

⁶²¹ So vergab die US-Interessenvertretung zwischen Oktober 2002 und Ende Februar 2003 nur 504 Einreisevisa an Kubaner, wohingegen diese Zahl im Vergleich zum gleichen Zeitabschnitt der Vorjahre um mindestens 8.000 hätte höher liegen müssen (Granma, 16.4.2003). Auch deshalb erreichte die Fluchtbewegung aus Kuba in die USA einen Anstieg auf das Doppelte gegenüber den Vorjahren. Es kam sogar zu einer Reihe von tatsächlich erfolgten bzw. gerade noch unterbundenen Flugzeug- und Schiffsentführungen. Die gefassten Täter wurden dabei hart bestraft. Wenigstens drei Entführer eine Passagierfähre wurden in einem Schnellverfahren aufgrund des Vorwurfs terroristischer Handlungen zum Tode verurteilt und gerade auch zur Abschreckung schon kurz nach dem Urteil durch Erschießung hingerichtet, vgl. hierzu Hoffmann 2003a; Castro Ruz, Fidel im Interview mit der argentinischen Zeitung *Clarín* am 26.3.2003.

⁶²² Dabei förderte Castro, indem er diese Repressionswelle vor allem auf nur einen Flügel der Opposition ausrichtete, auch das Misstrauen der Opposition untereinander, vgl. Kapcia 2006, S. 40.

⁶²³ In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, dass die kubanische Führung den Einsatz von Schusswaffen, etwa zur Niederschlagung von Protesten wie im August 1994, bislang verhindern konnte. Bislang ist bei der Unterdrückung von Dissidenz noch kein Blut geflossen.

⁶²⁴ Vgl. Eckstein 1994, S. 116f.

rationen vor ihren Wohnhäusern, unverhohlenen Gewaltandrohungen und sogar gewaltsamen Übergriffen einzuschüchtern.⁶²⁵

Bis heute gibt es diese Akte. Allerdings ging die Regierung – nicht zuletzt unter dem Eindruck internationaler Kritik an dieser Praxis – dazu über, ihren Einsatz stark zu beschränken und stattdessen vermehrt Mitglieder der staatlichen Vigilanz und Polizei zu den Dissidenten nach Hause zu schicken, um in einem Treffen (*mitin de repudio*) diese eindringlich vor Aktionen zu warnen, auf schlechte Gefängnisbedingungen hinzuweisen und schließlich sogar Gefängnisstrafen und andere Repressionen anzudrohen.⁶²⁶

Damit demonstrierte das Regime immer wieder seine Stärke gegenüber seinen internen Widersachern. Neben den direkten Einschüchterungsversuchen fand dies auch darin seinen Niederschlag, dass es dem Staat gelang, sein Informationsmonopol aufrecht zu erhalten, etwa durch installierte Störsender gegen ausländische Radio- und Fernsehstationen oder auch durch die strenge Reglementierung des Zugangs zum Internet.⁶²⁷ Die Kommunikation oppositioneller Gruppen und die Verbreitung ihrer alternativen Ideen innerhalb Kubas war dadurch stark eingeschränkt, zumal die Opposition ohnehin stark von der allgemeinen Knappheit etwa an Papier, Druckern und anderen Gerätschaften betroffen war.

Darüber hinaus sahen sich oppositionelle Kräfte aber auch bei symbolischen Erfolgen, etwa beim Varela-Projekt – zwischen März 2002 und Oktober 2003 wurden über 25.400 Unterschriften für ein Referendum zur Rede- und Versammlungsfreiheit, für ein neues Wahlgesetz und für eine Amnestie politischer Gefangener auf der Grundlage von Artikel 88 der kubanischen Verfassung gesammelt⁶²⁸ –, stets mit Gegen-Mobilisierungen und Aufmärschen der Regierung

⁶²⁵ Oftmals nehmen an solchen „Demonstrationen“ Hunderte teil, wobei es nicht selten, wie etwa 1992 vor dem Haus von Elizardo Sánchez geschehen, zu tatsächlicher Gewaltanwendung gegen Dissidenten kommt. Sánchez wurde z.B. nicht nur bewusstlos geschlagen; darüber hinaus zerstörte der Mob vor seinem Haus auch seine Garage, zerschlug Fenster und schmiss Farbbeutel an die Wand, vgl. Payne 1997, S. 18.

⁶²⁶ Vgl. Amnesty International 1996b, S. 10.

⁶²⁷ Vgl. zu den Beschränkungen des Internets auf Kuba insbesondere Hoffmann 2004; dazu und zu den Versuchen mit Störsendern und Verboten privater Satellitenanlagen gerade seit der „Batalla“ 2000 siehe auch NZZ, 16.4.2004 und zahlreiche Artikel in cubanet.org, z.B. vom 21.5.2004; 15.7.2004.

⁶²⁸ So räumt die kubanische Verfassung mit Artikel 88 dem kubanischen Volk das Recht ein, dem Parlament auf direktem Wege einen Gesetzesantrag vorzulegen. Voraussetzung ist, dass mindestens 10.000 wahlberechtigte Bürger die Vorlage stützen. Initiator des Varela-Projekts war dabei insbesondere der – auch aus diesem Anlass – im Dezember 2002 mit dem Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments

konfrontiert. Nach den Unruhen von 1994 organisierte letztere z.B. sofort eine Demonstration für die Revolution, an der mehrere 100.000 Menschen teilnahmen.

Ebenso initiierte sie quasi als direkte Reaktion auf das Varela-Projekt noch im Juni 2002 eine landesweite Unterschriftenaktion, die sich für einen Artikel in der Verfassung aussprach, der die sozialistische Ordnung Kubas als „unwiderrufbar“ (*irrevocable*) festschreiben sollte, und die nach offiziellen Angaben schließlich über 98,9% der Wahlberechtigten unterstützten.⁶²⁹ Gerade diese Aktion war ein Signal der Mobilisierungs- und Kontrollfähigkeit des Regimes nach innen und außen, mit dem es demonstrierte, dass es immer noch genügend Ressourcen in der Hand hielt, um – sollte es darauf ankommen – mit Unterstützung der Massen zurückzuschlagen.

Andere, neuere Methoden der Unterdrückung und Machtdemonstration waren die immer häufigeren Verurteilungen unabhängiger Journalisten und anderer Mitglieder der dissidenten Zivilgesellschaft und der Opposition wegen gewöhnlicher Kriminalität, wie Wirtschaftsdelikten, oder auf der Grundlage des Strafartikels zur „Gefährlichkeit einer Person“, was den betroffenen Aktivisten den Status eines politischen Gefangenen entzog.⁶³⁰ Die Einschüchterung durch ständige Hausdurchsuchungen, kurzfristige Festnahmen und Haftstrafen, Hausarrest, Platzverbote und Drohungen, die sogar den Entzug des Sorgerechts für die Kinder umfassen können,⁶³¹ war ebenfalls eine häufig angewandte Methode, welche die Angst vor der Staatsgewalt beförderte, die Oppositionellen selbst einschüchterte und potentielle Mitstreiter deutlich abschreckte.⁶³²

ausgezeichnete Oswaldo Payá, Vorsitzender der oppositionellen „Christlichen Befreiungsbewegung“.

⁶²⁹ Vgl. Hoffmann, Bert 2003, S. 304.

⁶³⁰ Vgl. Amnesty International 1996b, S. 7.

⁶³¹ Dementsprechend werden von Disziplinierungsmaßnahmen auch die Familien und Freunde der Dissidenten betroffen. Die Dissidentin Iraida León de León bekundete z.B. in einem Interview ihre Furcht, dass die Regierung ihr das Sorgerecht für ihre Tochter entziehen könnte, da sie ob ihrer politischen Gesinnung ihren Arbeitsplatz als Ärztin verloren habe und also kaum mehr hinreichend für einen legalen Lebensunterhalt sorgen könne, vgl. Vorwärts, September 1997, S. 22.

⁶³² Amnesty International (2000) nennt folgende Strafmaßnahmen und Schikanen der Regierung gegen Bürger, die den Versuch unternahmen, Versammlungen abzuhalten, ihre Meinung zu äußern oder in Opposition zur Regierung stehende Organisationen zu gründen: Kurzzeitinhaftierungen, Verhöre, Verlust des Arbeitsplatzes oder der Wohnung, Reisebeschränkungen, Hausarrest, Hausdurchsuchungen, Telefonüberwachung sowie tätliche Angriffe und verbale Beleidigungen durch Anhänger der Regierung.

Ferner sind schließlich auch zahlreiche Fälle dokumentiert, in denen die Regierung bekannte Dissidenten direkt oder indirekt aufforderte, das Land zu verlassen, oder in denen sie eine Begnadigung für eine Gefängnisstrafe versprach, wenn sie für immer aus Kuba verschwänden.⁶³³

Unterdessen erhöhte die Regierung den Druck auf die Opposition auch dadurch, dass sie zahlreiche bekannte oder vermeintliche Oppositionelle aus ihren alten Arbeitsstellen entlassen ließ und ihre Neuanstellung in anderen staatlichen Betrieben verhinderte. Die Kontrolle des Arbeitsmarktes machte dieses Vorgehen ebenso möglich wie die persönliche Akte, die von den CDR für jeden Kubaner angelegt wurde und die bei einer Bewerbung vorgezeigt werden musste.⁶³⁴ Hinsichtlich der Repression sind auch die Unterwanderungen von Oppositionsgruppen durch Agenten der Staatssicherheit nicht zu vergessen. Die Mobilisierungskraft von Oppositionellen auch durch Überwachung einzuschränken, war schon seit Bestehen der Abteilungen für Spionageabwehr und Staatssicherheit im Innenministerium ein Kernbestandteil von deren Aufgaben.

Ab den späten 1980er Jahren beließen es die Sicherheitsorgane des Parteistaates aber nicht dabei, Zielobjekte durch Polizei und Vigilanz zu observieren und womöglich sogar abzuhören. Darüber hinaus begannen sie auch ganz offensiv, entsprechende Gruppen mit Agenten und Informanten zu infiltrieren. Das Ausmaß dieser Unterwanderung zeigte sich spätestens im Prozess um die 75 im März 2003 gefangenen genommenen Dissidenten. Ihre Verurteilung erfolgte nicht zuletzt auf der Grundlage von Aussagen und Informationen einiger Agenten des Inlandsgeheimdienstes, die seit Anfang der 1990er Jahre als Dissidenten getarnt bis hinauf in die Führungsebenen verschiedener Menschenrechtsorganisationen, freier Journalistenverbände und Gewerkschaften sowie oppositioneller Gruppen gelangt waren und diese teils sogar persönlich anführten oder ins Leben gerufen hatten.⁶³⁵

Zwar waren sich Oppositionelle stets bewusst, dass der Staat versuchte, ihre Reihen zu unterwandern und so intern Misstrauen zu schüren. Doch der Umfang dieser Operationen der Staatssicherheit überraschte. Wenn selbst im In- und Ausland anerkannte Oppositionelle insgeheim für den Staat arbeiteten und vertrauliche Informationen weiterleiteten, wem war dann noch zu trauen? Wenngleich

⁶³³ Amnesty International 1996b.

⁶³⁴ Vgl. Herzka 2001; siehe hierzu auch zahlreiche Berichte von Personen, die aufgrund ihrer politischen Einstellung entweder entlassen wurden oder keine Arbeit fanden, in Cubanet, z.B. 21.1.2001, 30.8.2001, 17.4.2001, 22.6.2004.

⁶³⁵ Vgl. FAZ, 7.4.2003; siehe zur Infiltration der Opposition auch entsprechende Artikel in cubanet.org, z.B. vom 5.4.2005.

sich Dissidenten dadurch nicht einschüchtern lassen wollten, wie unter anderem Oswaldo Payá immer wieder öffentlich betonte,⁶³⁶ erreichte die Regierung mit der Unterwanderung zumindest ein Ziel: die Erhöhung der Transaktionskosten oppositioneller Personen und die Erschwerung ihres Zusammenschlusses.

Misstrauen zu erzeugen war auch das Ziel eines weiteren Repressionsmittels, der Diffamierung. Der Adressat war in diesem Fall allerdings nicht die Opposition selbst, sondern das Volk und teilweise auch das Ausland. Dabei ging die Regierung über die üblichen Verdächtigungen und Vorwürfe hinaus, denen sich „Konterrevolutionäre“ schon traditionell immer wieder ausgesetzt sahen, wie etwa Landesverrat, Verrat an den revolutionären Idealen und Helden usw. Darüber hinaus versuchte sie die persönliche Integrität von bekannten Dissidenten in Frage zu stellen, sie nicht nur als gewöhnliche Kriminelle zu enttarnen, sondern schließlich auch als korrupte Persönlichkeiten, die, vom feindlichen Ausland gestützt und gefördert, ein Leben führten, das den allermeisten Kubanern versagt bliebe.

Die Zeitungen des Landes druckten ab Anfang der 1990er Jahre z.B. immer wieder Artikel, in denen vom „Reichtum“ und dem einträglichen Geschäft der Zugehörigkeit zur Dissidenz die Rede war und in denen praktisch sämtliche Oppositionelle als Agenten des Auslands denunziert wurden. Im Sommer 2003 waren diese Vorwürfe sogar der wichtigste Inhalt eines Buches, das sich direkt mit den Fällen der 75 im Frühjahr desselben Jahres verurteilten Dissidenten befasste und mit Enthüllungen der an die Öffentlichkeit getretenen kubanischen Geheimagenten aufwartete.⁶³⁷ Darin fanden sich auch zahlreiche Belege, die Übergaben von teils hohen Geldbeträgen und einer hohen Anzahl an Sachmitteln wie Computern, Kopierern, Faxgeräten und Mobiltelefonen dokumentierten; ein gewöhnlicher Kubaner kann sich diese Dinge bis heute nur sehr selten leisten.

Ein Ende 2003 in Kuba publiziertes Buch widmete sich zudem direkt einem einzelnen Dissidenten, dem international beachteten Elizardo Sánchez.⁶³⁸ In diesem Buch wird Sanchez vorgeworfen, in Wirklichkeit ein Doppelleben geführt zu haben, sich einerseits – um die eigene Haut zu schützen – der kubanischen Staatssicherheit verpflichtet und über andere Mitstreiter Informationen weitergeleitet zu haben, und sich andererseits – um seinen Lebensunterhalt aufzubessern – an US-Geldern bereichert zu haben.⁶³⁹ Mit beiden Publikationen sollte

⁶³⁶ Vgl. Payá 2003.

⁶³⁷ Vgl. Baéz/Elizalde 2003.

⁶³⁸ Vgl. Barredo/Rodríguez 2003; Granma International, 12.9.2003

⁶³⁹ Sanchez tritt dabei die Vorwürfe zunächst ab, gab im Nachhinein aber zu, dass zumindest ein Teil dieser der Wahrheit entsprachen, vgl. Martini/Stopp 2005, S. 87ff.

gezeigt werden, dass sich aus dem Dissidentendasein in einem von Armut geplagten Land nicht nur eine Art Lebensstil entwickelt hätte, der im alltäglichen Leben viele Vorteile sicherte, sondern dass dieses Dasein nicht zuletzt auch die Folge von „Abwerbungsversuchen“ ausländischer Regierungen und internationaler Organisationen sei, die bei entsprechendem Verhalten mit Devisen und Geschenken ebenso lockten wie mit besseren Einreisechancen ins kapitalistische Ausland. Insgesamt sei diesem jedenfalls nicht zu trauen.



Nur auf der Malecón wird renoviert



Im Hafen von Havanna verrosteten die Schiffe

5. Ergebnisse der Herrschafts- strategie nach 1990

5.1 Wirtschaftliche Erfolge und bleibende Herausforderungen

Die Strategien, mit denen das Regime nach 1990 versuchte, seine Macht zu bewahren, brachten unterschiedliche Ergebnisse hervor. Hinsichtlich zweier zentralen wirtschaftspolitischen Ziele war das Regime weitgehend erfolgreich: der Stabilisierung der Wirtschaft und der Reintegration Kubas in den Weltmarkt.

Der wichtigste wirtschaftspolitische Erfolg der Regierung bestand in der Trendumkehr der wirtschaftlichen Entwicklung seit 1994. Nach dem Absturz von wenigstens 35% der wirtschaftlichen Leistungskraft zwischen 1989 und 1993 wächst die Wirtschaft Kubas seit 1993 wieder – wenn auch mit Schwankungen (zwischen 1,2% und 12,1%) und gemessen am Verlust vor 1993 auch sehr langsam: Erst ca. 2005 erreichte Kuba wieder das Leistungsniveau vor 1989. Ebenfalls gelang es, die Inflation, die offiziell z.B. 1994 auf rund 26% taxiert wurde, zu stoppen und die erheblichen Preissteigerungen bis 1994 zeitweilig sogar umzukehren. Seit 1994 hat sich auch die Entwicklung des Haushaltsdefizits verbessert; es wurde auf ein Niveau von unter 3,5% des BIP gedrückt, was ebenfalls eine finanzielle Stabilisierung anzeigt. Auf zentralen makroökonomischen Feldern hat sich die kubanische Wirtschaft damit wieder erholt.

Auch hinsichtlich des externen Sektors hellte sich die Situation Kubas wieder auf. Eine der Grundlagen dafür war die weitgehende Reintegration Kubas in die internationale Staatengemeinschaft und in den Weltmarkt. Trotz des US-Embargos konnte die Castro-Regierung z.B. die Anzahl der Länder, die mit Kuba vollständige diplomatische Beziehungen unterhielten deutlich ausbauen, so dass die Zahl der Botschaften auf Kuba 1998 die Schwelle von 160 Ländern überschritt.⁶⁴⁰ Der Trend zur Aufhebung der politischen Isolierung Kubas war insbesondere in Lateinamerika deutlich zu erkennen. Nachdem bereits ab den 1970er Jahren eine erste Normalisierungswelle der internationalen Beziehungen zwischen Kuba und zahlreichen Staaten Lateinamerikas einsetzte, blieb bis Ende des Jahrtausends nur mehr Costa Rica von denjenigen lateinamerikanischen Ländern übrig, die

⁶⁴⁰ Vgl. Granma International, 7.1.1998.

1960 ihre Botschafter aus Kuba abzogen und in der Folgezeit volle Beziehungen nicht wieder aufnahmen.⁶⁴¹

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass neben der bilateralen auch eine multilaterale Integration Kubas gerade in Lateinamerika stattfand. So gelangte Kuba zwar über einen 1991 eingeräumten Beobachterstatus in der Gemeinschaft Karibischer Staaten (CARICOM) nicht hinaus, gehörte aber seit 1998 der lateinamerikanischen Integrationsvereinigung ALADI als Vollmitglied an, nachdem es seit 1986 bereits einen Beobachterstatus innehatte. Zudem wurde das Land trotz US-Protesten ein Gründungsmitglied der 1994 ins Leben gerufenen Association of Caribbean States (ASC) und nahm seit 1991 auf Einladung Mexikos auch wieder an den Ibero-Amerikanischen Gipfeltreffen teil.

Im November 1999 fungierte Kuba sogar selbst als Gastgeber des achten Ibero-Amerikanischen Gipfeltreffens, das in Havanna stattfand,⁶⁴² und nahm nach einer positiven Entscheidung der etablierten Mitglieder seither an den alle zwei bis drei Jahre stattfindenden europäisch-lateinamerikanischen Gipfeltreffen in Rio de Janeiro teil.⁶⁴³ Zwar wurde Kuba eine vollständige Angehörigkeit zur Rio-Gruppe ebenso verweigert wie eine Wiederaufnahme in die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), da diese ein demokratisches politisches System zur Voraussetzung ihrer Mitgliedschaft machen, jedoch gewann es schon als Teilnehmer der Gipfel deutlich an internationalem und auch nationalem Prestige.⁶⁴⁴

⁶⁴¹ Vgl. Gratius 2003, S. 151. Der explizite Verzicht Havannas auf jeglichen Export seiner Revolution, d.h. die Aufhebung jeglicher direkter Unterstützung von revolutionären Bewegungen auf dem Kontinent gilt dabei im Allgemeinen als eine wesentliche Voraussetzung dieser Normalisierung. Eine andere ist die Demokratisierung auf dem Kontinent, vgl. Hoffmann 2001, S. 176.

⁶⁴² Interessant ist, dass auf diesem Iberoamerika-Gipfel insgesamt fünf Staaten fernblieben, El Salvador, Nikaragua sowie Costa Rica aus Protest gegen eine neuerliche Repressionswelle in Kuba (Hoffmann 2001, S. 180). In der Tat führte die Frage der Demokratie und der Menschenrechte immer wieder zu Spannungen mit zahlreichen Staaten Lateinamerikas, was sich in Protestnoten, aber auch in direkten Aufforderungen an die kubanische Regierung niederschlug, die Menschenrechte auf Kuba zu achten, vgl. Font 1998; Font 1998a, S. 25ff.

⁶⁴³ Vgl. Krumwiede 2000, S. 25.

⁶⁴⁴ Hier darf nicht vergessen werden, dass seit den 1990er Jahren immer wieder Stimmen laut wurden, die eine Rückkehr Kubas in die OAS forderten. Einige Mitglieder schmiedeten sogar Pläne, Kuba auch ohne eine Vollmitgliedschaft zu assoziieren – ein Unterfangen freilich, das durch die Veto-Macht der USA blockiert wurde (Font 1998; Kacpica 1996, S. 3f.; Suchlicki 2000, S. 64). Bemerkenswert ist zudem, dass Kuba keine Mitgliedschaft in den wichtigsten Wirtschaftsvereinigungen Lateinamerikas hat, dem MERCOSUR und der CARICOM, und auch sein Beitritts-gesuch zum Lomé-Vertrag der AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) mit der EU wiederzurückzog. In allen Fällen spielt die Menschenrechtsfrage

Vor dem Hintergrund dieser außenpolitischen Normalisierung fand nach 1990 ein steter Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern Lateinamerikas und Kuba statt.⁶⁴⁵ Das Handelsvolumen stieg zwar angesichts der wirtschaftlichen Probleme Kubas nur langsam an und gewann insbesondere erst gegen Ende der 1990er Jahre an Fahrt, jedoch entfielen auf die Staaten Lateinamerikas bereits Mitte der 1990er Jahre rund 30% des kubanischen Gesamthandels.⁶⁴⁶ Wichtigster lateinamerikanischer Handelspartner wurde in den 1990er Jahren dabei Mexiko, das als einziges lateinamerikanisches Land nach 1959 nicht seine Beziehungen zu Kuba abgebrochen hatte und wenigstens bis zur Wahl des Konservativen Vicente Fox zum neuen mexikanischen Präsidenten und dem historischen Machtwechsel der PRI im Jahr 2000 besonders enge Kontakte nach Havanna pflegte.⁶⁴⁷

Zwar bedeutete die Ausweitung des Handels mit Lateinamerika nur ein kleines Trostpflaster für den Niedergang der Wirtschaftsbeziehungen mit den ehemaligen RGW-Staaten. Doch allein die Tatsache, dass diese Ausweitung überhaupt stattfand, half der Regierung deutlich bei der Wiederbelebung der Wirtschaft. Diese Wiederbelebung von Außen verstärkte sich schließlich mit der Machtübernahme durch Hugo Chavez in Venezuela 1998. Auf der Grundlage einer engen persönlichen Freundschaft zwischen Chavez und Castro und zahlreicher gemeinsamer ideologischen Positionen in der außen- und wirtschaftspolitischen Konzeption beider Staaten bauten Venezuela und Kuba die bis Ende der 1990er Jahre eher nüchternen Beziehungen beider Länder aus.⁶⁴⁸

Dieser strategischen Partnerschaft für ein alternatives, nicht neoliberales Lateinamerika schloss sich nach seiner Wahl zum Präsidenten Boliviens 2005 auch Evo Morales an. Bestandteil dieser Partnerschaft sind insbesondere weit reichende Wirtschafts- und Finanzhilfen Venezuelas für den klammen karibischen Nachbarn, was Venezuela nach der Unterzeichnung des Integrierten Kooperationsabkommens im Jahr 2000 zum wichtigsten Handelspartner der Insel und letztlich auch neuen großen Förderer machte, mit subventionierten Öllieferungen,

die entscheidende Rolle. Während in den ersten beiden Fällen seit Anfang der 2000er überlegt wird, Kuba zumindest zu assoziieren (Mesa-Lago 2005, S. 11), zeigte Kuba im anderen Fall – trotz gewaltiger Aussichten auf Entwicklungshilfe – keine Bereitschaft, die vorgeschriebene Demokratieklausele des Vertrags zu unterschreiben, weil es eine Einmischung in innere Angelegenheit befürchtete, die häufigste Begründung für die Zurückweisung internationaler Kooperationen. Im April 2000 trat Kuba von seinem Mitgliedschaftsantrag zurück, vgl. Hoffmann 2001, S. 182; Gratius 2001, S. 196ff.

⁶⁴⁵ Vgl. Hoffmann 2001, S. 177.

⁶⁴⁶ Vgl. Suchlicki 2000, S. 64.

⁶⁴⁷ Vgl. Gratius 2003, S. 150.

⁶⁴⁸ Vgl. Erikson 2000, S. 411.

Tabelle 2. Zentrale makroökonomische Indikatoren 1989-2006

Indikator	1989	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002 ^a	2003	2004	2005	2006
BIP-Wachstumsrate ^b	1,2	-14,9	0,7	2,5	7,8	2,5	1,2	6,2	6,1	3,0	1,8	3,8	5,4	11,8	12,5
BIP/Kopf (pesos)	1.585	1.172	1.175	1.201	1.290	1.317	1.327	1.405	1.478	1.518	1.538	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Inflationsrate	0,5	19,7	25,7	-11,5	-4,9	1,9	2,9	-2,9	-2,3	-3,0	7,0	-1,0	2,9	4,2	5,7
Haushaltsdefizit/BIP ^c	-7,2	-33,5	-7,4	-3,5	-2,5	-2,0	-2,3	-2,4	-2,1	-2,2	-2,7	-2,8	-3,5	-4,2	-3,2

Quelle: Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 28; Mesa-Lago 2007, S. 2

^a Die meisten Daten ab 2001 sind nicht mit vorherigen Daten vergleichbar, weil sich 2001 die Berechnungsgrundlage veränderte.

^b Seit 2003 zählten die kubanischen Statistikbehörden zum konventionell erhobenen BIP zusätzlich den Wert kostenloser sozialer Dienstleistungen und Preissubventionen für rationierte Güter hinzu. Auch deshalb liegt das ausgewiesene Wachstum seither deutlich über dem Wert, den z.B. die Economic Commission for Latin America and the Caribbean der UN (ECLAC) ausweist bzw. angeben würde.

^c zu konstanten Preisen

neuen Krediten, langen Kreditlinien und erheblichen Investitionen. Die Bedeutung der Beziehungen Venezuelas zu Kuba brachten Hoffmann und Whitehead auf den Punkt: „In the streets in Havana the news that the country has *nuevos rusos* is already making the rounds.”⁶⁴⁹

Der Vergleich mit der ehemaligen Wirtschaftshilfe der Sowjetunion ist übertrieben. Dennoch: ohne die kräftige Wirtschaftshilfe, die Chavez Kuba seit 2000 gewährt, wäre das kräftige Wirtschaftswachstum Kubas gerade in den letzten Jahren nicht zu erklären. Daniel Erikson fasst die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Venezuela und Kuba zusammen:

„In October 2000, Chavez and Castro signed the so called *Convenio Integral de Cooperación* that has formed the backbone of the “oil for services” arrangement that is economically crucial to Cuba and politically inflammatory in Venezuela. Under this agreement, Cuba would receive 53,000 barrels of oil a day at favorable rate of financing, in exchange for providing technical support and advice in areas of education, health care, sports, and scientific research. The oil shipments from Venezuela represent about one third of the island’s energy consumption, with an estimated value of \$400 million – or one-sixth of total imports – making Venezuela Cuba’s largest trading partner. Yet for the state-owned oil company *Petróleos de Venezuela (PDVSA)*, Cuba’s oil imports are barely significant, representing less than 2 percent of annual production.”⁶⁵⁰

Der Handel mit Venezuela wächst dabei seit 1999 stetig an, von knapp 400 Mio. US-Dollar auf knapp 1 Mrd. US-Dollar im Jahr 2000 und seit 2002 schließlich nach einer Delle 2001 von 780 Mio. in Folge der Tourismusflaute nach dem 11. September auf 1,5 Mrd. 2004.⁶⁵¹

Die Unterstützung Kubas aus Lateinamerika und insbesondere aus Venezuela kann auch als anti-amerikanischer Reflex gewertet werden. Was die Beziehungen Kubas mit dem Westen betrifft, ist ein solcher Reflex aber in keiner Weise festzustellen. Doch auch hier gab es deutliche Unterschiede zur Position der USA. „Im Gegensatz zu den USA waren gerade diese Staaten davon überzeugt, dass normale wirtschaftliche Beziehungen und ein kritischer, aber konstruktiver Dialog mit der kubanischen Regierung geeignet seien, einen Übergang zu Demokratie in Cuba, zumindest eine stärkere Liberalisierung zu

⁶⁴⁹ Vgl. Hoffmann/Whitehead 2006, S. 12.

⁶⁵⁰ Vgl. Erikson 2005, S. 411.

⁶⁵¹ Vgl. ebd., S. 417.; siehe zur neuen Partnerschaft zwischen Kuba und Venezuela, die insbesondere auch die regionalen Ziele der USA bedrohen können. Vgl. auch Yanes 2005.

fördern.⁶⁵² Kanada – ebenso wie Mexiko ein konstanter wirtschaftlicher Partner Kubas in der westlichen Hemisphäre⁶⁵³ – entwickelte hierfür die Strategie des ‚*Constructive Engagement*‘⁶⁵⁴, das ebenso wie die Strategie der Europäer, die man als ‚Wandel durch Handel‘⁶⁵⁵ bezeichnen kann, politischen Wandel durch die Ausweitung der wirtschaftlichen Kooperation zum Kern hatte.

Kanadische Direktinvestitionen nahmen entsprechend nach 1990 deutlich zu. Kanada ist z.B. als Investor in der Nickelindustrie führend oder auch bei der Erdölförderung. Zudem unterzeichneten Kanada und Kuba eine Reihe von Wirtschaftsabkommen.⁶⁵⁶ Ähnlich der Europäischen Union wahrte Kanada zwar politische Distanz zum Castro-Regime, baute jedoch ebenso enge Handels- und entwicklungspolitische Beziehungen auf.

Die wirtschaftliche Bedeutung der EU für Havanna war dennoch ungleich größer, avancierten deren Mitgliedsstaaten zusammengenommen doch zum bedeutendsten außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Partner Kubas. Die EU-Mitgliedsstaaten haben z.B. zusammen genommen die führende Position in der Entwicklungszusammenarbeit und im Außenhandel Kubas inne; zudem kommen von dort auch die meisten Investitionen auf Kuba. So tätigte Kuba in den 1990er Jahren rund 50% seines Außenhandels mit EU-Staaten und um das Jahr 2000 herum stammte von dort 50% der Entwicklungshilfe. Ferner kamen aus den EU-Staaten rund ein Drittel der ausländischen Direktinvestitionen und etwa die Hälfte der Joint Ventures auf Kuba bestanden mit europäischen Unternehmen.⁶⁵⁷ Dabei nahmen die guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Kuba und diesen Staaten selbst durch diplomatische Verstimmungen – wie etwa in Folge der Repressionswelle von 2003 – niemals ernsthaften Schaden.

Auch die wirtschaftlichen Beziehungen Kubas zu China erlebten einen Aufschwung. 2005 erreichte der Handel mit China knapp eine Mrd. US-Dollar,⁶⁵⁸ nachdem er zunächst von rund 600 Mio. US-Dollar im Jahr 1990 auf 270 Mio. US-Dollar im Jahr 1995 gesunken

⁶⁵² Vgl. Krumwiede 2000, S. 24.

⁶⁵³ Vgl. Azicri 2000, S. 234.

⁶⁵⁴ Vgl. Baklanoff/LaShondra 2005.

⁶⁵⁵ Vgl. Gratius 2003, S. 291.

⁶⁵⁶ Vgl. Baklanoff/LaShondra 2005, S. 59.

⁶⁵⁷ Vgl. Gratius 2003, S. 151; Kacpia 1996, S. 4f. Innerhalb Europas trieben insbesondere Spanien, Italien und Frankreich die Beziehung zu Kuba voran. Dennoch wurde das Verhältnis Kubas zum Westen immer wieder durch Repressionswellen belastet, besonders während der Repressionswellen 1999 und 2003, was jeweils zu einer deutlichen, aber insgesamt zeitlich beschränkten Abkühlung des politischen Verhältnisses führte.

⁶⁵⁸ Vgl. Erikson 2005, S. 417.

war und bis zur Jahrtausendwende einen Anstieg auf rund 600 Mio. US-Dollar erlebte.⁶⁵⁹ Obwohl sich insbesondere die politischen und militärischen Beziehungen zwischen beiden Ländern gerade in den 1990er Jahren deutlich verbesserten und zudem China durch den eigenen Wirtschaftsboom erheblich an wirtschaftlicher Substanz gewann,⁶⁶⁰ blieb die Wirtschaftsbeziehung dabei durch wirtschaftliche Interessen geprägt; Kuba bekam keine weitergehende solidarische Hilfe, die über diese Interessen hinausging.⁶⁶¹ Dennoch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass China zu einem der wichtigsten Wirtschaftspartner der Insel geworden ist, was durch zahlreiche bilaterale Wirtschafts- und Kreditvereinbarungen möglich wurde und nicht nur viele Wirtschaftskooperationen beförderte, sondern seit 1997 auch immer mehr und immer umfangreichere Investitionen folgen ließ, v.a. in der Nickelindustrie.⁶⁶²

Einige Indikatoren des externen Sektors der kubanischen Wirtschaft zeigen die Stabilisierung des Außenhandels Kubas.⁶⁶³ So erreichten alle seit 1990 getätigten Auslandsinvestitionen bis 2002 z.B. eine Summe von 5,9 Mrd. US-Dollar.⁶⁶⁴ Gleichzeitig stieg die Anzahl der Touristen seit 1989 – und abgesehen von einer kleinen Wachstumsdelte nach den Terroranschlägen des 11. September – stetig von 270.000 Touristen auf 2,32 Mio. Touristen im Jahr 2005 an. Diese kamen v.a.

⁶⁵⁹ Vgl. Azicri 2000, S. 36; Erikson 2005, S. 417. Für den neuerlichen Aufschwung seit der Jahrtausendwende spielte insbesondere der Besuch des chinesischen Präsidenten Jiang Zemin 2001 auf Kuba eine entscheidende Rolle sowie der Besuch Fidel Castros in Peking 2003. Tatsächlich ist Kuba einer der größten Handelspartner Chinas in Lateinamerika.

⁶⁶⁰ Vgl. Erikson 2005, S. 414. In der Tat war China ein wichtiger politischer Verbündeter im Kampf gegen das US-Embargo, der mit seinem Veto-Recht im UNO-Sicherheitsrat eine Resolution gegen Kuba, falls sie denn eingereicht worden wäre, sicher verhindert hätte.

⁶⁶¹ Nach allgemeiner Auffassung geht das wirtschaftliche Engagement Chinas auf Kuba in erster Linie auf das Interesse zurück, natürliche Rohstoffe für die eigene Wirtschaft zu sichern und neue Gewinnquellen aufzutun, sozialistische Solidarität habe hier keinen Platz, vgl. ebd., S. 418.

⁶⁶² Vgl. ebd., S. 415.

⁶⁶³ Siehe hierzu auch Tabelle 6.

⁶⁶⁴ Vgl. Granma International, 3.2.2003. Dabei wurden zwischen 1990 und 2002 insgesamt 540 Joint Ventures gegründet, wovon 2002 noch 400 übrig blieben. Die meisten Investoren kamen dabei aus Spanien (98), Kanada (75) und Italien (55). Der Rest verteilte sich auf Firmen anderer europäischer Staaten und zu einem kleineren jedoch stets wachsenden Teil auf chinesische, brasilianische, mexikanische und venezolanische Unternehmen. Investitionen selbst wurden dabei vornehmlich in technologieintensiven Bereichen getätigt: von den 400 Joint Ventures 2002 waren 83 Industriebetriebe, 75 im Tourismus und 40 weitere in den Bereichen Bau, Energie- und Ölproduktion, Nickelproduktion und Bergbau, Logistik, Biotechnologie, vgl. hierzu Baklanoff/LaShondra 2005, S. 61; Mesa-Lago 2005, S. 12.

aus Kanada, Deutschland, Italien, Spanien und Frankreich. Die Netto-Einnahmen aus diesem Geschäft kletterten im selben Zeitraum von 168 Mio. US-Dollar auf 2,3 Mrd. US-Dollar.⁶⁶⁵ In Verbindung mit den Netto-Transfers durch *remesas*, die nach Schätzungen der *Economic Commission for Latin America and the Caribbean* (ECLAC) seit 1990 von Null auf 915 Mio. US-Dollar jährlich anstiegen und bereits ab 1994 einen höheren Wert als die Zuckerexporte erzielten,⁶⁶⁶ war damit eine wichtige Devisenquelle erschlossen worden.

Die so erwirtschafteten Devisen konnten die weiterhin einseitige Handelsbilanz von weitaus mehr Importen denn Exporten deutlich ausgleichen, die Aufnahme neuer Schulden begrenzen und insbesondere die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit generell wieder stabilisieren. Dabei stieg das Handelsvolumen beinahe kontinuierlich an, wobei Kuba seine Handelspartner deutlich diversifizieren konnte; und zwar sowohl auf der Export- wie auf der Importseite – eine historische Neuentwicklung.

Tabelle 3: Handelspartner Exportvolumen 2001-2005:

Handelspartner	2001	2002	2003	2004	2005
Niederlande	333,9	296,6	419,7	647,1	599,7
Canada	228,5	203,2	266,7	486,8	437,9
Venezuela	21,9	19,4	175,8	225,4	241,0
Spaniel	143,5	144,5	178,3	174,2	161,2
China	73,8	74,6	77,3	80,2	99,6
Russland	404,7	278,4	132,1	120,8	57,6
Frankreich	61,0	49,2	38,2	36,9	49,2
Brasilien	8,1	6,9	20,3	46,8	39,7
Dominikanische Republik	24,4	35,1	31,1	26,4	38,7
Mexiko	26,4	25,2	20,3	22,5	19,9
Exporte gesamt	1621,9	1421,7	1671,6	2188,0	1998,7

Quelle: ONE 2005

⁶⁶⁵ Vgl. Pérez-López 2006, S. 6; ONE 2001.

⁶⁶⁶ Vgl. ECLAC 2003; Hoffmann 1996, S. 116. Insgesamt gilt es bei der Summe der *Remesas* allerdings zu bedenken, dass sie kaum genau berechnet werden kann. Entsprechend schwanken die Schätzungen je nach Berechnungsgrundlage z.T. erheblich, vgl. hierzu insbesondere Pérez-López/Díaz Briquets 2005, S. 407.

Tabelle 4: Handelspartner und Importvolumen 2001-2005:

Handelspartner	2001	2002	2003	2004	2005
Venezuela	951,5	725,4	682,6	1142,7	1858,9
China	548,5	516,9	501,6	583,0	885,4
Spanien	693,8	516,9	581,3	633,0	653,3
USA	4,4	173,6	327,3	443,9	470,3
Canada	364,1	240,2	231,6	254,8	327,9
Brasilien	156,5	110,4	107,5	130,1	312,4
Deutschland	98,7	78,4	115,1	130,1	309,3
Italien	298,0	280,7	331,4	269,1	291,9
Mexiko	289,5	203,1	215,5	242,7	268,2
Vietnam	59,1	69,0	78,2	146,1	251,8
Import gesamt	4793,2	4140,8	4612,6	5562,0	7528,1

Quelle: ONE 2005

Neben den positiven wirtschaftlichen Effekten darf die außenpolitische Dimension der Reintegration Kubas in die internationale Staatengemeinschaft und in den Weltmarkt nicht vernachlässigt werden. Seit Anfang der 1990er Jahre gelang es Kuba jedes Jahr aufs Neue, eine Verurteilung des US-Embargos in der UN-Vollversammlung und allen anderen internationalen Foren, in denen Kuba teilnahm, oder auch einen zumindest zeitweiligen internationalen Handelskonflikt zwischen den USA und der EU in Folge des Helms-Burton-Gesetzes herbeizuführen.⁶⁶⁷

Diese Tatsache spricht dafür, dass Kuba keineswegs so isoliert wurde, wie es die USA nach 1990 beabsichtigten. Der Druck von Seiten der USA zur Transformation war damit allein schon durch die Unfähigkeit der USA deutlich geschwächt, selbst die engsten Alliierten hinter der eigenen Kuba-Strategie zu versammeln. Durch neue Koalitionen – und seien sie auch nur symbolischer Natur – schuf sich die Insel eine wesentliche Grundlage, um gegen die unfreundliche Politik der US-Regierung bestehen zu können.

Dabei schwächte sich das US-Embargo gegen Ende der 1990er Jahre sogar tendenziell wieder ab. Erleichtert durch den Fall Elián und die damit erfolgte Schwächung des radikalen exilkubanischen Flügels in den USA gelang es Vertretern der US-Exportwirtschaft sowie der agrarisch geprägten Bundesstaaten der USA, zunehmend Gehör in

⁶⁶⁷ Vgl. Hoffmann 2001.

der US-Regierung zu finden. Die Folge: Im Jahr 2000 modifizierte die USA mit dem *Trade Sanctions Reform and Export Enhancement Act* (TSRA) das Handelsembargo gegenüber Kuba und erlaubte nun Nahrungsmittelexporte nach Kuba gegen Barbezahlung.

Zu Beginn wies Kuba diese Initiative als weiteren Versuch der internen Destabilisierung noch zurück; allerdings entschloss sich Castro auch unter dem Eindruck des Hurrikans Michelle, auf das Angebot einzugehen. Seit 2001 führte Kuba wieder Nahrungsmittel und andere Agrarprodukte aus den USA ein, was die USA bis 2003 sogar zum siebtgrößten Handelspartner Kubas und wichtigsten Lieferanten von Nahrungsmitteln machte.⁶⁶⁸ Selbst nach starken Verstimmungen zwischen den Regierungen Bush Jr. und Fidel Castro in Folge der Repressionswelle 2003 und einem weiterhin eisigen Klima zwischen beiden Ländern blieb diese Form der Zusammenarbeit bestehen.

Die positiven Wirtschaftstendenzen ermöglichten es dem Regime, den politischen und auch den wirtschaftlichen Reformdruck deutlich abzuschwächen; v.a. aber ermöglichten sie ihm, eine Transformation Kubas hin zur Marktwirtschaft zu verhindern. Tatsächlich verdrängten sämtliche nach 1990 durchgeführten Anpassungsmaßnahmen nicht das Primat sozialistischer Wirtschaftsformen in der kubanischen Gesellschaft.

Allerdings bewirkten diese in Verbindung mit der Wirtschaftskrise Anfang der 1990er Jahre, dass sich dieses Primat aufweichte. Besonders deutlich wird dies durch die mit den Marktwirtschaftsreformen begonnene Aufspaltung der kubanischen Wirtschaft nach 1990 in drei Bereiche: Der traditionelle öffentliche Sektor in staatlichem Besitz besteht weiter, mit fixierten Preisen und Zentralverwaltung. Hier sind trotz zahlreicher Entlassungen auch nach 2000 immer noch rund drei Viertel der kubanischen Arbeitskräfte beschäftigt. Daneben entstanden kapitalistische Exportenklaven, in denen die Betriebe teils in rein staatlichem, teils in gemischtem Besitz sind, nach marktwirtschaftlichen Management- und Marketingformen und teils auch mit ausländischem Kapital vornehmlich für den internationalen Markt produzieren. Zu diesem Bereich gehören u.a. der Tourismus, die Nickel- und Ölindustrie, die Tabakindustrie oder die Biotechnologie. Darüber hinaus existiert ein informeller und teils legalisierter Marktsektor, der „Arbeit auf eigene Rechnung“ umfasst, die landwirtschaftliche Produktion über den Staatsquoten,

⁶⁶⁸ Vgl. Granma International, 7.1.2004. In diesem Zusammenhang muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass Kuba von allen US-Firmen, die nach Kuba exportierten, die Unterschrift unter ein Memorandum mit der kubanischen Importfirma Alimport verlangte, das verstärkte Lobby-Arbeit im US-Kongress zur Aufhebung des Handelsembargos vereinbarte.

Devisenläden, freie Bauern- und Handwerkermärkte und vor allem auch den Schwarzmarkt.⁶⁶⁹

Diese Aufspaltung konnte bis heute nicht rückgängig gemacht werden; Kuba blieb abhängig von den marktwirtschaftlichen Sektoren, schon allein um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, aber auch um die makroökonomische Stabilität zu wahren oder zu steigern. Dennoch: Anders als etwa die chinesische Regierung nach 1978 betrieb die kubanische Regierung die marktwirtschaftliche Öffnung eher widerwillig und fror diese Öffnung sogar nach 1996 wieder ein.

Vergleicht man die Marktwirtschaftsreformen etwa mit den chinesischen, blieben sie sehr marginal. In China wird heute die Landwirtschaft von privater Hand betrieben, von Arbeitskollektiven und Familien. Diese genießen – obwohl sie nur zum kleinen Teil das Land selbst ihr Eigen nennen können – Vertragsfreiheit und haben das Recht, selbst darüber zu bestimmen, was sie produzieren, an wen sie verkaufen und zu welchem Preis sie verkaufen. Auch wird in China beinahe die Hälfte aller Produktionsbetriebe privatwirtschaftlich betrieben. Es gibt dort einen freien Kapitalmarkt und die Bevölkerung darf selbstständig in Betriebe und sogar in Aktien investieren. Es existiert ein freier Immobilienmarkt und selbständige Arbeit unterliegt nur geringen Beschränkungen. Ausländische Investoren haben darüber hinaus das Recht, ihre Beschäftigten selbst auszuwählen und zu bezahlen.⁶⁷⁰

Die Agrarreform auf Kuba brachte landwirtschaftliche Kooperativen hervor, denen ebenfalls nicht das Land gehört, das sie bewirtschaften. Anders als in China bestimmt auf Kuba aber weiterhin der Staat, was angebaut wird, und der Staat kauft den größten Teil der Ernte zu einem weit geringeren Preis als zu dem, der für Agrarprodukte auf den freien Bauernmärkten bezahlt werden muss. Darüber hinaus gibt es erhebliche Beschränkungen hinsichtlich der Ausübung und Etablierung privater Geschäfte, einschließlich einer hohen Steuerlast, welche die Dynamik des Sektors von vorneherein stark bremste. Gleichzeitig blieb der Großteil der Produktionsbetriebe direkt in Händen des Staates oder durch Joint Ventures mit ausländischen Investoren indirekt unter Kontrolle des Staates. Eine Öffnung des Arbeitsmarktes blieb sogar gänzlich aus.

Dabei folgte die Zulassung und Tolerierung dieser Sektoren nicht allein einer wirtschaftlichen, sondern auch einer politischen Logik. Letzteres verdeutlicht ihre zunehmende und teils auch inkonsistente

⁶⁶⁹ Vgl. Zimbalist 2004, S. 166.

⁶⁷⁰ Vgl. Mesa-Lago 1997, S. 40.

Reglementierung. Trotz des Beitrags der marktwirtschaftlichen Sektoren zur wirtschaftlichen Stabilisierung nutzte die Regierung bei weitem nicht deren Wachstumspotentiale aus. Stattdessen zielte sie darauf ab, die politische Kontrolle in der Hand zu behalten: sei es durch wiederholte Interventionen in den Joint Venture-Betrieben und in der informellen und legalisierten Privatwirtschaft (etwa hinsichtlich von Steuern oder der Preisgestaltung), sei es durch die Zugangsbeschränkung zum kapitalistischen Sektor für die kubanische Bevölkerung durch die staatlichen Arbeitsagenturen.

Dasselbe gilt für die restriktive und von politischen Kriterien bestimmte Lizenzvergabe und die unberechenbare Durchsetzung der Gesetze gegen die Schattenwirtschaft.⁶⁷¹ Insgesamt gab es dadurch keine feste Regeln, welche die wirtschaftliche Entwicklung noch stärker und stabiler vorantreiben hätten können. Allerdings blieb beinahe die gesamte Bevölkerung in wirtschaftlicher Hinsicht direkt oder indirekt abhängig von der Regierung. Diese konnte ihre Klientel und politische Basis nicht zuletzt dadurch belohnen, dass sie ihnen Zugang zum kapitalistischen Markt gewährte, der finanziell weitaus lukrativer und materiell weitaus besser ausgestattet war, als der sozialistische Sektor der kubanischen Wirtschaft – ein klarer Anreiz, politisch loyal zu bleiben.

Betrachtet man die teils staatssozialistische, teils staatskapitalistische und in ihrem Zusammenspiel keineswegs konsistente Entwicklungsstrategie vor diesem Hintergrund, verwundert es nicht, dass sich wirtschaftspolitische Erfolge nicht in vollem Umfang einstellen. Kuba konnte einige Probleme nicht bewältigen, die mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Partnerländer Kubas in Osteuropa begonnen hatten. Dies zeigen zahlreiche Produktionsindikatoren der Industrie und der Landwirtschaft. Wie Tabelle 5 ausweist, lag z.B. der Produktionsausstoß in beinahe allen Sektoren der kubanischen Wirtschaft auch 2006 noch niedriger als im Jahre 1989; teilweise sogar mit erheblichen Abschlügen, wie z.B. bei der Dünger- und Textilproduktion auf industrieller Seite und vor allem bei der Zuckerproduktion sowie beim Fischfang auf der landwirtschaftlichen Seite. Lediglich in der Öl-, Gas-, Nickel- und Zigarrenproduktion gab es der Tendenz nach teils deutliche Zuwächse.

Dabei zeigt sich auch, dass sich besonders dort, wo sich ausländisches Kapital engagierte, nämlich in der Nickel-, Öl- und Gasindustrie, am deutlichsten Wachstum einstellte. Auf einen nach wie vor nicht ausreichend guten Zustand der kubanischen Wirtschaft verweisen darüber hinaus die Entwicklung der Auslandsschulden, des Defizits der Handelsbilanz und der *terms of trade*.

⁶⁷¹ Vgl. Corrales 2002.

Tabelle 5: Produktionsausstoß 1989-2006 (in 1.000 t)

Indikator	1989	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2006/ 1989 (%)
Nickel	47	30	27	43	54	62	68	66	71	77	75	71	76	76	73	55
Öl	718	1.107	1.299	1.471	1.476	1.438	1.658	2.104	2.621	2.773	3.533	3.609	3.184	2.878	2.900	303
Gas	34	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	574	595	584	658	704	743	1.085	3.091
Elektrizität ^a	16	11	12	12	13	14	14	14	15	15	16	16	16	16	16	0
Textilien ^b	220	51	56	45	48	54	54	51	47	47	30	28	30	25	27	-88
Dünger	989	94	136	217	241	184	156	138	118	93	92	72	49	46	41	-93
Zement	3.759	1.049	1.085	1.456	1.438	1.701	1.713	1.785	1.633	1.324	1.327	1.345	1.401	1.567	1.705	-55
Zucker	8.121	4.246	4.016	3.258	4.528	4.318	3.291	3.875	4.057	3.748	3.522	2.278	2.530	1.348	1.478	-82
Zigarren ^c	308	208	186	192	194	214	264	284	246	339	327	308	355	404	418	35
Fischfang	192	94	88	102	106	108	93	98	101	80	60	67	64	51	55	-71
Kuhmilch	1.131	585	636	638	640	651	655	618	614	621	590	607	513	353	415	-63

Quelle: Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 34; Mesa-Lago 2007, S. 9

- ^a Billionen Kilowattstunden
^b Millionen Quadratmeter
^c in Millionen Einheiten

Tabelle 6: Indikatoren des Externen Sektors 1989-2006

Indikator	1989	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2006/ 1989
	(%)															
Exporte (Mrd. Pesos)	5,4	1,1	1,3	1,5	1,9	1,8	1,5	1,5	1,7	1,6	1,4	1,7	2,2	2,0	2,8	-48
Importe (Mrd. Pesos)	8,1	2,0	2,1	2,8	3,6	4,1	4,2	4,3	4,8	4,8	4,1	4,6	5,6	7,5	9,4	16
Terms of trade	100	54,4	65,9	71,2	65,1	67,0	64,2	53,2	47,4	45,9	42,2	44,9	44,4	k.A.	k.A.	-56 ^a
Handelsbilanzdefizit (Mrd. Pesos)	-2,7	-0,9	-0,8	-1,3	-1,7	-2,3	-2,7	-2,8	-3,1	-3,2	-2,7	-2,9	-3,4	-5,5	-6,6	144
Auslandsschulden (Mrd. US\$)	6,2	8,8	9,1	10,5	10,5	10,1	11,2	11,1	11,0	10,9	10,9	11,3	12,0	12,6	15,4	148
Wechselkurs (pesos/1 US\$)	7,0	78	95	32	19	23	21	20	21	26	26	26	26	24	24	243
Einnahmen aus dem Tourismus (Mrd. US\$)	0,2	0,7	0,8	1,1	1,4	1,5	1,8	1,9	1,9	1,8	1,7	2,0	2,1	2,3	2,0	185

Quelle: Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 34; Mesa-Lago 2007, S. 9.

^a Verglichen mit 2004, weil keine Daten für 2005 und 2006 vorlagen

Die Zahlen verdeutlichen, dass sich Kubas Wirtschaft insgesamt stabilisiert hat und sich nach dem Schock Anfang der 1990er Jahre zumindest in einigen Bereichen konsolidiert hat. Sie zeigen aber auch, dass diese Erholung auch heute noch auf tönernen Füßen ruht und die kubanische Regierung immer noch vor großen Entwicklungsaufgaben gestellt ist. Tatsächlich hat die kubanische Wirtschaft nach wie vor große strukturelle Schwächen. Dazu gehört neben dem Handelsbilanzdefizit insbesondere die geringe Produktivität gerade im staatssozialistischen Wirtschaftssektor, nicht zuletzt aufgrund einer immer noch starken Überbeschäftigung und einer laxen Arbeitsmoral.⁶⁷² Darüber hinaus leidet die kubanische Wirtschaft nach wie vor an sehr eingeschränkten Möglichkeiten, günstige Kredite aus dem Ausland zu beziehen. Auch 2007 ist Kuba bei internationalen Kreditinstitutionen sehr schlecht geratet und hat deshalb gravierende Nachteile hinsichtlich der Laufzeiten und der Zinsen hinzunehmen.⁶⁷³

Zudem hat Kuba aufgrund des US-Embargos nach wie vor keine Möglichkeit über internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank oder den Internationalen Währungsfonds Kredite zu erhalten. Der seit 1960 existierende notorische Devisenmangel des Landes besteht so weiterhin fort und erschwert nach wie vor den Import zahlreicher Konsum- und Produktionsgüter.⁶⁷⁴ Die Folgen des ungenügenden Zugangs zu billigen Krediten und des Devisenmangels konnte Venezuela seit der Jahrtausendwende abmildern. Gleichzeitig wurde dadurch aber eine weitere Strukturschwäche der kubanischen Wirtschaft reproduziert: die finanzielle Abhängigkeit vor allem von einem Land. Solange Chavez die finanziellen Ressourcen hat, um Kuba zu fördern, stellt dies kein gravierendes Problem dar. In weiten Teilen ist Kubas Wirtschaft aber wieder sehr stark vom Wohl und Wehe einer fremden Regierung abhängig geworden. Sollte z.B. Chavez stürzen und von einer wieder eher pro-amerikanischen Regierung ersetzt werden, würde dies unweigerlich erneute Wirtschaftsprobleme auf Kuba hervorrufen.

Dabei förderte die Revision und partielle Umkehr der Marktwirtschaftsreformen nach 1996 und besonders ab 2001 wieder Probleme zu Tage, die durch die Reformen zumindest ansatzweise zurückgedrängt worden waren: namentlich einen erneuten Anstieg des Schwarzmarkts und Verzögerungen bei der Abwicklung von Auslandsgeschäften, aber auch eine Reduktion der Joint Venture-Betriebe und eine Reduktion der *remesas* aus den USA (durch das Verbot des US-Dollars als

⁶⁷² Vgl. Zimbalist 2004, S. 166. Nach Zimbalist müsste die Regierung rund 400.000 Stellen streichen, um in diesem Sektor annähernd eine ähnliche Produktivität zu schaffen, wie sie im regionalen Vergleich üblich ist.

⁶⁷³ Vgl. etwa den Country Data Report der Weltbank (World Bank Institute 2007).

⁶⁷⁴ Vgl. Mesa-Lago 2007, S. 16.

Zahlungsmittel).⁶⁷⁵ Als Raúl Castro im Sommer 2006 von seinem Bruder das Amt des Staatschefs übernahm, erkannte er diese Probleme an. Auch deshalb rief er als eine seiner ersten Maßnahmen zu einer erneuten Wirtschaftsdebatte innerhalb der Partei und der Wissenschaft auf und stellte seither mehrfach erneute Wirtschaftsreformen in Aussicht oder setzte sie sogar um. Zu letzteren gehören Reformen in der Landwirtschaft: Um die Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen wurden z.B. schon die *Acopio*-Preise angehoben, d.h. Bauern und Kooperativen verdienen nun mehr durch den Anteil, den sie an den Staat abgeben müssen.

Darüber hinaus ließ Raúl eine Diskussion darüber zu, wie das duale Geldsystem – mit dem konvertiblen Peso auf der einen und dem alten Peso auf der anderen Seite – etwa durch eine Währungs- und Bankenreform eliminiert und wie der Korruption und der schlechten Arbeitsmoral mittels Reformen stärker entgegengewirkt werden könnte. Ob und inwieweit daraus Reformvorhaben entstehen, die in die Praxis auch umgesetzt werden, ist allerdings auch nach dem offiziellen Rücktritt Fidel Castros im Januar 2008 noch nicht zu erkennen.

Finanzminister Rodríguez dämpfte bereits Erwartungen, dass Kuba sein Wirtschaftsmodell demjenigen Chinas oder Vietnams anpassen und dass der Machtwechsel von Fidel zu Raúl im Sommer 2006 zu einem wirtschaftlichen Wandel führen würde. Stattdessen stellte er die Kontinuität des bisherigen Wirtschaftsmodells seit Sommer 2006 heraus, als Raúl die Amtsgeschäfte seines Bruders zunächst nur kommissarisch übernommen hatte.⁶⁷⁶ Raúl Castro bestätigte diese Einschätzung durch seine erste Rede als neu gewählter Präsident Kubas auf der ersten Sitzung der neu gewählten Nationalversammlung am 24.2.2008: Die Kontinuität des kubanischen Staatssozialismus bleibe zentrales Ziel seiner Regierung.⁶⁷⁷

5.2 Soziale Ungleichheit und anomische Tendenzen

Ein Ziel der kubanischen Führung, das sie mit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit direkt verbunden hatte, war die Bewahrung der sozialen Errungenschaften. Auf einigen Gebieten gelang dies. Tatsächlich konnte die kubanische Führung einige soziale Errungenschaften aus der Vergangenheit aufrechterhalten, einige wenige sogar verbessern. So hatte Kuba im regionalen Vergleich z.B. 2001 immer noch eine der niedrigsten Analphabetenraten, ähnlich wie in den Industrieländern besuchten 80% der Kinder weiterführende Schulen, auf 193 Einwohner kam ein Arzt und die

⁶⁷⁵ Vgl. ebd.; Pérez-López 2006, S. 1ff.

⁶⁷⁶ Vgl. The Economist, 28.2.2008.

⁶⁷⁷ Vgl. ebd.

Kindersterblichkeitsrate betrug nur 6,2 pro Tausend Lebendgeburten – in beiden Fällen ein regionaler Rekord – und die durchschnittliche Lebenserwartung betrug über 75 Jahre.⁶⁷⁸ Darüber hinaus lagen nach wie vor die Sozialausgaben des kubanischen Staates hinsichtlich ihres Anteils am BIP weitaus höher als bei den meisten karibischen und lateinamerikanischen Nachbarländern. Die Grundsubstanz des schon seit der Revolution von 1959 international gerühmten Gesundheits- und Bildungssystems konnte somit weitgehend erhalten werden; und das obwohl sich nicht alle Gesundheits- und Bildungsindikatoren gleichermaßen gut entwickelten, wie z.B. die Sterblichkeit von Müttern durch die Geburt oder die Einschreibungszahlen an den Universitäten aufgrund von Kürzungen der Bildungsausgaben nach 1990.⁶⁷⁹

Als integrative Klammer fungieren immer noch staatliche Strukturen und Institutionen. Bis heute wird z.B. eine Minimalversorgung der Bevölkerung mit subventionierten Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen über die vom Staat ausgegebene Rationierungskarte garantiert. Mieten und sonstige Wohnungskosten blieben ebenfalls stark subventioniert, wenn auch zum Preis geringer Investitionen in Wohnraum und damit eines zunehmenden Verfalls von Häusern und Gebäuden.⁶⁸⁰

Jeder Kubaner genießt zudem nach wie vor das Recht auf soziale Unterstützung durch den Staat; auch wenn diese kaum mehr zum Überleben ausreicht. Vor allem blieben aber verschiedene staatliche Dienstleistungen weiterhin kostenlos, wie die medizinische Versorgung oder die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene; immer noch ein Unikum in Lateinamerika und das trotz einiger Mängel in der Qualität der Dienstleistungen, nach wie vor fehlender Medikamente und Schulmaterialien sowie eines wachsenden Mangels an Ärzten und Lehrern, da diese ab 2002 immer häufiger nach Venezuela geschickt wurden. Durch all dies konnten zahlreiche negative Auswirkungen von Armut in einem Land der III. Welt, wie Obdachlosigkeit und soziale Exklusion trotz der Wirtschaftskrise weitgehend vermieden werden.⁶⁸¹

Was die Zahlen anbetrifft, war die Regierung auch hinsichtlich der Entwicklung der offenen Arbeitslosigkeit erfolgreich. Offiziellen Statistiken zufolge sank diese von rund 7,9% in den Jahren 1989 und 1995 auf 4,5% im Jahr 2001, 3,3% im Jahr 2002 und 2,3% im Jahr 2003.⁶⁸² Diese Entwicklung ist umso erstaunlicher, als 1995

⁶⁷⁸ Vgl. CEPAL 2001; Granma, 3.1.2002.

⁶⁷⁹ Vgl. Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 85 bzw. S. 88.

⁶⁸⁰ Vgl. Widderich 2002, S. 110ff.

⁶⁸¹ Vgl. Burchhardt 1999, S. 103ff.; Widderich 2002, S. 134f.

⁶⁸² Vgl. ECLAC 2000a, 2004; ONE 2001-2003.

zwischen 500.000 und 800.000 Angestellte im Staatssektor als überflüssig eingestuft und entlassen wurden und gleichzeitig der Sektor für private Kleinunternehmen aufgrund wachsender Regulation und hoher Steuern stagnierte. Schließlich verloren 2002 auch noch rund 120.000 Arbeiter in der Zuckerindustrie aufgrund nachhaltiger Umstrukturierungen dieses Wirtschaftssektors ihre Arbeit.

Ein Grund dafür, dass sich dennoch die Arbeitslosenquote positiv entwickelte, ist die versteckte Arbeitslosigkeit. So wurden z.B. in den 1990er Jahren auch diejenigen als nicht arbeitslos registriert, die von ihren Arbeitgebern freigestellt wurden, dennoch aber ihren Lohn weiterhin bezogen. Rechnet man diese Reserve mit ein, lag nach Berechnungen von ECLAC die Arbeitslosenquote bei bis 25% im Jahr 1998.⁶⁸³ Gleichzeitig suchten immer weniger Kubaner über die offiziellen Stellen Arbeit, da die dort angebotenen Arbeitsplätze etwa in der Landwirtschaft nicht ihren Vorstellungen entsprachen, und sie deshalb lieber ihr Auskommen auf dem Schwarzmarkt zu erwirtschaften versuchten.⁶⁸⁴ Schließlich ergab sich die niedrige Quote aber auch durch Umschulungs- und Sozialprogramme der Regierung, etwa für entlassene Arbeiter, oder durch eine Ausweitung der Frühverrentung.⁶⁸⁵

Insbesondere darf nicht vergessen werden, dass die Kriminalität und v.a. die Gewaltkriminalität – obwohl sie kontinuierlich anstieg seit 1990 – im Vergleich zur vorrevolutionären Zeit oder zu allen anderen lateinamerikanischen oder gar postsozialistischen Staaten bis heute niedrig ist und kein mit Mafiastrukturen vergleichbares Organisationsniveau erreicht hat.⁶⁸⁶ Z.B. gibt es im Gegensatz zu den meisten anderen lateinamerikanischen und karibischen Großstädten in Havanna oder Santiago de Cuba bis heute kein Viertel, das wegen hoher Kriminalitätsgefahr gemieden werden müsste; d.h. man kann sich immer noch überall frei bewegen, ohne mit hoher Wahrscheinlichkeit Opfer eines Verbrechens zu werden. Auch deshalb steht der kubanische Staat unter der Führung Fidel Castros bzw. seines Bruders für eine große Anzahl Kubaner bis heute für ein Mindestmaß an Ordnung.

Diese eher positiven Entwicklungen sollten den Blick nicht dafür verstellen, dass die Wirtschaftskrise und vor allem die wirtschafts- und innenpolitischen Reformen und Anpassungen nach 1990 zu zahlreichen Ergebnissen geführt haben, die der Zielsetzung der Regierung, die sozialen Errungenschaften zu erhalten, diametral entgegenliefen.

⁶⁸³ Vgl. ECLAC 2000, S. 205.

⁶⁸⁴ Nach Interviews des Autors mit kubanischen Sozialwissenschaftlern.

⁶⁸⁵ Vgl. López-García 1999, S. 34.

⁶⁸⁶ Vgl. Milan 1997, S. 3; 1999.

Unterschied sich Kuba bis 1990 z.B. gerade im Hinblick auf die Verteilung des Reichtums und die Respektierung von Gesetzen durch die Bevölkerung erheblich von allen lateinamerikanischen Gesellschaften, so näherte es sich nach 1990 der dortigen gesellschaftlichen Entwicklung wieder deutlich an.⁶⁸⁷ War die kubanische Gesellschaft bis dato vor allem durch soziale Gleichheit und eine sehr geringe Kriminalitäts- und vor allem Gewaltbelastung geprägt, durch die Ausrottung von Prostitution und eher seltene Korruptionsfälle etwa bei der Polizei und in der Partei, so gab es nach 1990 in all diesen Bereichen deutliche Verschlechterungen.

Die Entwicklung sozialer Ungleichheit lässt erahnen, welch sozialer Wandel sich auf Kuba seit 1990 vollzog.⁶⁸⁸ Das zeigt allein schon die veränderte Einkommensverteilung. Auch wenn eine genaue Berechnung der Einkommensverteilung aufgrund fehlender statistischer Erhebungen des kubanischen Staates nicht möglich ist, weisen praktisch alle verfügbaren Studien zum Thema eine stark wachsende Einkommensschere auf Kuba aus. Beispielsweise stieg der Gini-Koeffizient, der die Einkommensverteilung statistisch darstellt, deutlich an. Die amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerin Fabienke ermittelte z.B. einen Anstieg von 33 Punkten zwischen 1986 und 1995 von 0,22 auf 0,55.⁶⁸⁹ Selbst kubanische Autoren, wie z.B. Ferriol, wiesen in ihren Studien eine deutliche Zunahme des Gini-Koeffizienten aus; wenn gleich diese ihren Berechnungen zufolge etwas niedriger ausfiel.⁶⁹⁰

Einen wichtigen Treiber dieser sozialen Entwicklung stellte das Absinken der realen Pesolöhne im Staatssektor dar. Mesa-Lago und Pérez-López beziffern z.B. den Niedergang der durchschnittlichen realen Kaufkraft der Pesolöhne im Staatssektor zwischen 1989 und 2000 auf der Grundlage verschiedener kubanischer Studien auf mindestens 37 Prozent, von 131 auf 83 Pesos (im Verhältnis zum damaligen Wechselkurs in den staatlichen Wechselstuben ein Wert von noch nicht einmal 4 US-Dollar).⁶⁹¹ Ähnlich dramatisch entwickelte sich auch die Kaufkraft staatlicher Transferleistungen, wie Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie der Renten und Pensionen. Vergegenwärtigt man sich, dass der allergrößte Teil der Kubaner auf diese Löhne und Transferleistungen angewiesen waren, wird schnell klar, was diese

⁶⁸⁷ Vgl. hierzu insbesondere Hoffmann 1996b; Centeno 2004.

⁶⁸⁸ Vgl. zur sozialen Ungleichheit auf Kuba nach 1990 insbesondere Gunn 1996; Hoffmann 1996a; Espina Prieto 1998; Ferriol Muruaga 1998; Hernández 1998; Togados González 1998; Burchhardt 1999, S. 89ff.; Limia 1995; Mertins 2001; Espina Prieto 2001; Burchhardt 2002

⁶⁸⁹ Vgl. Fabienke 2001, S. 104.

⁶⁹⁰ Vgl. Ferriol 2001; von 0,25 im Jahre 1989 auf 0,38 in urbanen Gegenden in den Jahren zwischen 1996-1998.

⁶⁹¹ Vgl. Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 73.

Entwicklung bedeutete: Sofern diese Gruppe keine Zusatzeinkünfte hatte, etwa aus dem Schwarzmarkt oder durch Geldsendungen von Verwandten aus dem Ausland, musste sie ein erhebliches Absinken ihres Lebensstandards hinnehmen. An ihrer nachlassenden Kaufkraft änderte sich auch nichts durch die Lohnerhöhungen im staatlichen Sektor um 5% im Jahre 2002, weil gleichzeitig die Inflation anstieg.⁶⁹²

Während der wirtschaftliche Aufschwung Kubas nach 1996 auf diese Weise an der Mehrheit der Kubaner weitgehend vorbeiging, gestaltete sich die Lohnentwicklung von Angestellten im strategisch wichtigen externen Sektor der kubanischen Wirtschaft, wie z.B. im Tourismus, der Tabak- oder der Nickelindustrie, etwas erfreulicher. Um gut ausgebildete Arbeitskräfte für diese Bereiche zu gewinnen und zu behalten, zahlte die Regierung nämlich Bonifikationen von durchschnittlich 19 US-Dollar pro Monat; im Jahr 2000 profitierten davon nach kubanischen Angaben 1,2 Mio. Arbeiter (rund 30% der gesamten Arbeiterschaft Kubas).⁶⁹³ Noch besser entlohnt wurden Arbeiter und Angestellte in Joint Venture-Betrieben. Nicht selten bezahlten ausländische Investoren Ende der 1990er Jahre unter der Hand 20-30 US-Dollar für einfache Arbeiter und bis zu 600 US-Dollars für Manager pro Monat extra zu dem Gehalt, das sie über die staatlichen Arbeitsagenturen erhielten, bei denen sie offiziell angestellt waren.⁶⁹⁴

Die wachsenden Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Sektoren der kubanischen Wirtschaft waren nur zum Teil für die wachsende Einkommensungleichheit verantwortlich. Darüber hinaus kamen zwei weiteren Faktoren entscheidendes Gewicht zu: den Einnahmen durch Geldsendungen aus dem Ausland (*remesas*) und vor allem den Einnahmen durch Tätigkeiten im illegalen und legalisierten Privatsektor. Nach Schätzungen der kubanischen Wirtschaftswissenschaftlerin Togores kamen im Jahre 2002 zwischen 30 und 60 Prozent der Kubaner in den Genuss von Geldsendungen aus dem Ausland, die in der Summe rund 820 Mio. US-Dollar betragen. Gleichzeitig betont Togores, dass die Verteilung sehr unterschiedlich ausfiel, „as there was a high concentration and polarization in terms of both access and geographic areas“.⁶⁹⁵ Mindestens 40 Prozent der Bevölkerung erhielten gar keine Geldsendungen. Zudem waren diese Geldsendungen, von denen höchstens 60 Prozent der Kubaner profitierten, ungleich verteilt: Allgemein wird angenommen, dass Einwohner des Großraums von Havanna sowie Weiße am stärksten profitierten (und profitieren),

⁶⁹² Vgl. Triana 2003, S. 10.

⁶⁹³ Vgl. Granma, 23.12.2000.

⁶⁹⁴ Vgl. Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 76.

⁶⁹⁵ Vgl. Togores 2004, S. 125.

auch weil aus diesen Gruppen die meisten Kubaner stammen, die in die USA und andere Länder auswanderten oder flohen.

Die deutlichsten Einkommenszuwächse konnten allerdings diejenigen verbuchen, denen es gelang, im Privatsektor Fuß zu fassen. Besonders international bekannte Künstler und Musiker, selbständige Bauern, Besitzer von privaten Kleinrestaurants und Privatunterkünften für Touristen, private Taxifahrer, selbständige Arbeiter und Angestellte in Hotels, Prostituierte oder auch Händler auf dem Schwarzmarkt konnten z.B. ihr Einkommen und ihre Kaufkraft seit Anfang der 1990er Jahre deutlich steigern. Dies verdeutlicht insbesondere ein Vergleich mit Angestellten aus dem Staatssektor: Ein gewiefter Schwarzmarkthändler oder eine gute Bedienung in den Touristenressorts konnten über ihren Handel bzw. ihr Trinkgeld beispielsweise an einem Tag mehr als ein Arzt oder gar ein einfacher Arbeiter in einem ganzen Monat verdienen, eine Prostituierte in einer Nacht sogar ein Vielfaches.⁶⁹⁶

Auch heute ist die Feststellung von Mesa-Lago aus der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch richtig, nach der Köche, Barkeeper, Kellnerinnen, inoffizielle Klempner oder Schreiner häufig sehr viel besser lebten als Intellektuelle, Universitätsprofessoren, Ingenieure, Lehrer, mittlere Funktionäre oder Ärzte. Dies galt vor allem dann, wenn letztere keine zusätzlichen Einnahmen durch *remesas* oder Schwarzmarktaktivität erzielen konnten oder wollten.⁶⁹⁷ In gewissem Sinne hatte sich also die monetäre Sphäre von der produktiven Sphäre der kubanischen Wirtschaft abgekoppelt: Das bis Ende der 1980er Jahre auf Leistung und Qualifikation beruhende wirtschaftliche Belohnungssystem und damit die Einkommenspyramide wurden auf den Kopf gestellt.

Aufgrund der Einkommensentwicklung trug die kubanische Gesellschaft ab Mitte der 1990er Jahre Züge einer gesellschaftlichen Spaltung in sich, die generell einen Angriff auf das eigentlich geltende Prinzip materieller Gleichheit bedeutete. Während einige über ihre Verwandten im Ausland ihren Lebensunterhalt mehr oder weniger bequem absicherten und andere durch ihr Engagement in der legalisierten Privatwirtschaft oder im externen und Joint Venture-Sektor der kubanischen Wirtschaft teilweise sogar ein kleines Vermögen aufbauen konnten, blieb den allermeisten nur die Möglichkeit, ihre

⁶⁹⁶ Vgl. zu den Einkommensunterschieden unterschiedlicher Tätigkeiten Mitte der 1990er und Anfang der 2000er Jahre insbesondere die Tabellen bei Mesa-Lago 1998a, S. 25 bzw. bei Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 75. Ein Universitätsprofessor konnte demnach 2002 im Monat zwischen 12 und 22 US-Dollar verdienen; eine Prostituierte hingegen bis zu 1.400 US-Dollar im Monat.

⁶⁹⁷ Vgl. Mesa-Lago 1996, S. 75.

Sparguthaben aufzuzehren, einen sinkenden Lebensstandard hinzunehmen oder aber auf den Schwarzmarkt auszuweichen.⁶⁹⁸

Dabei brachte diese Entwicklung nicht nur ideologische Widersprüche mit sich. Dadurch, dass die Einnahmen aus Erwerbsarbeit im Staatssektor dramatisch sanken, schrumpfte z.B. auch die Produktivität in den staatlichen Betrieben. „Der Staat tut so, als ob er uns bezahlen würde; wir tun so, als ob wir arbeiteten“: Dieser Ausspruch begegnete dem Autor in zahlreichen Gesprächen auf Kuba immer wieder. Er umschreibt das Problem des Absentismus und einer laxen Arbeitseinstellung, das nach 1990 wieder stark vermehrt auftrat und bis heute nicht gelöst werden konnte. Gleichzeitig lohnten sich Bildung und persönliche Qualifikation nicht mehr in dem Maße wie früher: Statt Qualifikation war entscheidend, in welchem Wirtschaftssektor man arbeitete und sein Einkommen erzielte. Gerade die Motivation der Jugend, zur Schule zu gehen oder eine Universitätsausbildung zu beginnen bzw. zu vollenden sank erheblich.⁶⁹⁹ Dies spiegelte sich auch in sinkenden Zahlen bei Universitätseinschreibungen wieder.⁷⁰⁰

Letztlich bot die Entwicklung aber auch einen starken Anreiz, die Gesetze zu brechen. Begünstigt durch steigende Touristenzahlen kehrte z.B. seit Anfang der 1990er Jahre die Prostitution, deren Ausrottung 30 Jahre zuvor von der revolutionären Regierung gefeiert worden war, in geballtem Umfang auf die Insel zurück.⁷⁰¹ Zwar gab es keineswegs wieder Bordelle, vergleichbare Etablissements oder gar Zuhälter wie noch in den 1950er Jahren. In den Tourismuszentren wie Havanna, Varadero u.a. suchten jedoch zahlreiche sog. „Reiter“ (*jineteros*) und „Reiterinnen“ (*jineteras*) oft schon im Teenageralter auf den Straßen und in den einschlägigen Bars und Cafés nach willigen und zahlungskräftigen weiblichen und männlichen Ausländern, die sie einen Tag, eine Nacht oder auch für einen längeren Abschnitt während ihres Aufenthaltes in Kuba begleiten, ihnen verschiedene Sehenswürdigkeiten zeigen oder auch Unterhaltung und v.a. die Befriedigung ihrer sexuellen Bedürfnisse bieten konnten.⁷⁰²

Gleichzeitig nahmen Straftaten gegen die Staatswirtschaft zu. So stieg z.B. die Zahl der registrierten Unterschlagungen und Veruntreuungen

⁶⁹⁸ Vgl. Gras 1998; Hammond 1999; Milán 1999a, S. 34; Henken 2000, S. 335.

⁶⁹⁹ Vgl. Herzka 1997, S. 92; Krumwiede 2000, S. 15. Der französische Journalist Saint-Upéry (1999, S. 72) zitiert hier die Antwort eines Jugendlichen auf die Frage, warum er nicht auf die Universität gehen wolle: „Wozu eine gute Bildung, wenn der Schwarzmarkt und die geschickten Dollars aus Miami mehr Wert sind als jedes Diplom?“

⁷⁰⁰ Vgl. Mesa-Lago/Pérez-López 2005, S. 88.

⁷⁰¹ Vgl. hierzu etwa Fusco 1997; Trumbull 2001; Abion 2001; Hodge 2001.

⁷⁰² Vgl. Herzka 1998, S. 26.

von Staatsressourcen durch das Umleiten von Produktionsmitteln der Staatsbetriebe oder durch Betrug von Kunden in den staatseigenen Geschäften seit Anfang der 1990er Jahre exponentiell an.⁷⁰³ Für den Eigengebrauch, als Produktionsmittel für ihre legalen Kleinstunternehmen und vor allem für den Verkauf auf dem Schwarzmarkt bestohlen oder betrogen Manager und Arbeiter ihre Betriebe. Allein das Angebot auf dem Schwarzmarkt stammte nach verschiedenen Untersuchungen zu mehr als zwei Dritteln aus Unterschlagungen und Veruntreuungen.⁷⁰⁴

Dieses gegenüber der staatlichen Produktion und Verteilung parasitäre Handeln verknappte nicht nur das ohnehin durch die Wirtschaftskrise gesunkene Warenangebot in den staatlichen Läden, sondern veränderte auch die Beurteilung von Straftaten innerhalb der Bevölkerung. Ein wachsender Anteil der Kubaner beurteilte z.B. Delikte gegen die Staatswirtschaft nicht mehr als schwer oder strafwürdig.⁷⁰⁵ Bei einer Meinungsumfrage in Havanna Mitte der 1990er Jahre sprachen sogar rund 80 Prozent der Befragten den Gesetzen eine strikte Verbindlichkeit ab; rund 70 Prozent gaben sogar zu, die Gesetze schon gebrochen zu haben oder zu brechen.⁷⁰⁶ Die Folge: eine sozial akzeptierte und sich rasch ausbreitende Untergrundkultur der Illegalität auf der Insel.⁷⁰⁷

Diese Erosion bisheriger Normen im staatlichen Wirtschaftssektor Kubas griff auch auf den privaten Alltag über. Private Eigentumsdelikte stiegen z.B. seit Ende der 80er Jahre sprunghaft an. Einbruch und Diebstahl verzeichneten bis 1997 bei den erfassten Straftaten jährliche Zuwachsraten von knapp 20%.⁷⁰⁸ Insbesondere Fahrräder, Autoteile, aber auch sonst leicht zugängliche Waren wurden besonders häufig das Ziel der Begierde.⁷⁰⁹ Dabei verliefen diese Eigentumsdelikte immer häufiger auch unter Gewaltanwendung: Die erfassten Raubdelikte nahmen im Zeitraum zwischen 1989 und 1994 exponentiell um knapp 250% zu.⁷¹⁰ Besonders diejenigen, deren materieller Besitz überdurchschnittlich groß war, erweiterten in den 90er Jahren vielerorts ihre bis dato unerheblichen materiellen und sozialen Sicherheitsvorkehrungen mit Maschendrahtzäunen, Schlössern vor den Häusern, Wachhunden auf den Dächern und vergitterten Fenstern. Selbst auf

⁷⁰³ Vgl. Milán 1997, S. 12; Ritter 2005; Díaz-Briquets/Pérez-López 2006, S. 127ff.

⁷⁰⁴ Vgl. Milán 1997, S. 13.

⁷⁰⁵ Vgl. Milán/Díaz Arnau 1999, S. 200.

⁷⁰⁶ Vgl. Gras 1998, S. 18.

⁷⁰⁷ Vgl. Milán 1999a, S. 35.

⁷⁰⁸ Milán 1997, S. 21.

⁷⁰⁹ Aus Gesprächen mit Kubanern; vgl. auch Rosendahl 1997, S. 174. Ein besonderer Indikator für zunehmende Eigentumsdelikte gegenüber Privatpersonen ist die Ablehnung der Autoversicherung, für Reifendiebstahl aufzukommen, während sonstiger Diebstahl abgesichert werden kann, siehe hierzu auch NZZ, 9.4.1996.

⁷¹⁰ Vgl. Milán 1999, S. 5.

dem Land machte sich eine verstärkte Unsicherheit bemerkbar, wie die Ethnologin Mona Rosendahl in ihrer Studie zum Alltag der Revolution Anfang der 1990er Jahre zu berichten weiß: „There was a feeling of insecurity in the air, which manifested itself in suspicion of outsiders and even of neighbours and acquaintances.”⁷¹¹

Die Regierung nahm die Zunahme der Kriminalität ernst und versuchte ihr entgegenzuwirken – auch deshalb regulierte und kontrollierte sie in immer stärkerem Maße die Privatwirtschaft, stärkte die Polizei, die CDR und den Betriebsschutz, verschärfte das Strafmaß für zahlreiche Delikte, beschleunigte die Strafprozesse und startete zahlreiche Kampagnen gegen die Prostitution und den Schwarzmarkt.⁷¹² Jedoch konnte sie mit diesen Mitteln den Anstieg der Kriminalität allenfalls begrenzen, den Trend aber nicht umkehren.

Tatsächlich hatten nämlich nicht nur die Wirtschaftskrise, sondern auch einige wirtschafts- und innenpolitische Maßnahmen zur Sicherung des Regimes die ethisch-moralischen Grundlagen zahlreicher Normen in der Gesellschaft untergraben und damit die Fähigkeit dieser Normen, auf die Bevölkerung orientierend und bindend zu wirken. Zu nennen sind hier nicht allein die ideologischen Widersprüche, die sich zwischen einer sozialistischen Rhetorik und der Umsetzung zahlreicher Marktwirtschaftsreformen und der Spaltung der kubanischen Wirtschaft in einen sozialistischen und einen kapitalistischen Sektor mit zwei völlig unterschiedlichen Verhaltensmaximen und Einkommensmöglichkeiten ergaben.

Besonders erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang speziell machtpolitisch motivierte Maßnahmen: angefangen vom weitgehend politisch gesteuerten Zugang zu den wirtschaftlich lukrativen Sektoren über die restriktive und teils auch widersprüchliche Regulierung des Privatsektors, die nicht selten als ungerecht und zuweilen auch als kaum im Alltag zu erfüllen angesehen wurde,⁷¹³ bis hin zur inkonsistenten Anwendung der Gesetze etwa durch eine unberechenbare Tolerierung des Schwarzmarkts, durch die Gewährung wirtschaftlicher Freiheiten im Gegenzug zu politischer Loyalität oder durch die willkürliche Durchsetzung der Gesetze. All diese Maßnahmen begünstigten die nachlassende Autorität der Gesetze, ja mehr noch: Um sich einen machtpolitischen Vorteil zu verschaffen, beförderte die kubanische Führung gleichsam die Erosion der Geltung der Normen im Wirtschaftssektor und nahm eine damit zusammenhängende wachsende Verunsicherung und Orientierungslosigkeit der Bevölkerung in Kauf.

⁷¹¹ Vgl. Rosendahl 1997, S. 174.

⁷¹² Vgl. Fernández 1994, S. 76; Habel 1997, 43; Herzka 2001.

⁷¹³ Vgl. Henken 2000; 2001; 2002.

Gleichzeitig konterkarierten Teile des Kontrollapparates die Eindämmung der Kriminalität. Einfache Polizisten auf den Straßen oder Aufsichtspersonal in den Hotels, den Geschäften oder auch den industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsbetrieben, beteiligten sich nicht selten an diesen Vergehen; meist indirekt, teilweise jedoch auch direkt. Wie alle anderen waren auch sie vom allgemeinen Mangel betroffen; entsprechend sanken ihre Arbeitsmoral und ihr Arbeitsethos. Sie nutzten ihre staatlich legitimierte Macht, um an zentraler Stelle von den Geschicken der eigentlich zu kontrollierenden Personen zu profitieren.⁷¹⁴ Manche übersahen gegen eine Gefälligkeit den Diebstahl oder kontrollierten verdächtige Personen nicht an den Pforten der Betriebe oder der Hotels.⁷¹⁵

Dabei gilt es festzuhalten, dass die bis in den späten 1980er Jahre hinein selten aufgetretenen Fälle von Korruption und Amtsmissbrauch insgesamt deutlich zunahmen.⁷¹⁶ Alltagsprüche, wie „Mit Dollars ist alles zu haben“ deuteten dabei ebenso auf den Verfall des bürokratischen Amtsethos hin wie zunehmende Klagen in privaten Gesprächen oder auch auf Nachbarschaftsversammlungen: man finde bei Staatsbediensteten wenig Gehör und Einsehen für seine Probleme, wenn man sie nicht finanziell oder materiell „stimuliere“. Oft, und gerade unter Jugendlichen, war dabei zu hören, dass ausgerechnet die Wirtschaftsfunktionäre, aber auch die Militärs die größten Diebe und Räuber seien.⁷¹⁷ Auch deshalb konnten sich etwa beim Warenstrom in den Schwarzmarkt sogar regelrechte Gefälligkeitsnetzwerke entwickeln, die sich über Führungs- und Aufsichtspersonal in den Betrieben, eine Schar von Mittelsmännern, die den Vertrieb regelten, bis hin zu den Verkäufern auf der Straße erstreckten. Wie kubanische Studien des informellen Sektors Anfang der 1990er Jahre belegen, erhöhte sich das Organisationsniveau der Wirtschaftskriminalität in Form von immer stabileren Strukturen, zunehmenden Spezialisierungen und sogar repressiven Maßnahmen gegen Konkurrenten und Verräter.⁷¹⁸

⁷¹⁴ Vgl. Hoffmann 1998, S. 11.

⁷¹⁵ Alfred Herzka (1998, S. 26) beschreibt z.B. folgendermaßen die Szene rund um das berühmte Hotel „Habana Libre“ in Havanna: „Seit den neunziger Jahren gehören dienstbereite Frauen auf der Suche nach Dollar, arbeitslose Männer mit dubiosen Absichten, nervöse Händler mit Waren unbekannter Herkunft genauso zu „Habana Libre“ wie Polizisten in Zivil und Uniform. Sie sind in der Regel schlecht bezahlt und gerne bereit, gegen Entgeld ein Auge zuzudrücken.“

⁷¹⁶ Vgl. zur Korruption auf Kuba Pérez-López 1997, S. 462ff.; Pérez-López 1999; Casals/Díaz-Briquets 1999, S. 443ff.; Puerta 2002; und vor allem auch Díaz-Briquets/Pérez-López 2006, S. 180ff.

⁷¹⁷ Auch die scharfen Attacken Fidel Castros gegen die Staatskorruption im Spätsommer 1995 bestätigten, dass diese zu einem ernsthaften Problem geworden war, vgl. NZZ 29./30.7.1995.

⁷¹⁸ Vgl. Milán 1993; Milán/Amiero 1993; Milán 1995.

Im ursprünglich vom Staat gesteuerten Wirtschaftssektor näherte sich die kubanische Gesellschaft einem Zustand sozialer Anomie an.⁷¹⁹ Die sozialistischen Normen und Regeln wirtschaftlicher Interaktionen wurden durch die Ausbreitung des marktwirtschaftlich betriebenen Sektors in der Alltagspraxis teilweise aufgehoben, gleichzeitig hielt der Staat allerdings ideologisch und gesetzgeberisch weitgehend an den alten sozialistischen Richtlinien fest. Es entstand dadurch ein Normkonglomerat, in dem die rechtlichen Normen für den wirtschaftlichen Alltag teils neben, teils in offene Konkurrenz zu informellen Normen traten und sich nicht selten durch Vagheit und Widersprüchlichkeit auszeichneten.

Dabei konnte die Regierung angesichts wachsender Korruption innerhalb des Kontrollapparats diese rechtlichen Normen selbst nicht mehr durchgängig durchsetzen und erlaubte sogar aus machtpolitischen Gründen Normbrüche wie etwa Aktivität auf dem Schwarzmarkt, solange diese sich in einem überschaubaren Rahmen hielten. Nicht zuletzt dadurch senkte sich die Orientierungskraft von Normen im Wirtschaftssektor der kubanischen Gesellschaft, eine Tendenz, die durch die harten und teils unvorhergesehenen, insgesamt aber eher exemplarischen Bestrafungen von korrupten Beamten und wirtschaftskriminellen Bürgern nur unzureichend eingedämmt werden konnte.

Schließlich wirkte aber auch eine insgesamt nachlassende Akzeptanz der Gesetze auf ihre Geltungskraft im Alltag. Die Gesetze wurden zunehmend gebrochen, und zwar in umso stärkerem Maße, je weniger die Kontrollgewalt in Form von Polizei und Vigilanz direkt anwesend war und je mehr diese Instanzen parteistaatlicher Kontrolle an den Vorteilen der Gesetzesbrüche beteiligt werden konnten.

Für die Bevölkerung bedeutete diese Entwicklung eine weitere Steigerung der durch die Wirtschaftskrise ohnehin schon gewachsenen Orientierungsprobleme und der allgemeinen Unsicherheit. Nicht zuletzt deshalb suchten gerade zur Hochzeit der wirtschaftlichen Krise immer mehr Kubaner Hoffnung in religiösen Vereinigungen und Praktiken. Kulte wie z.B. die synkretistische *Santería* erlebten einen neuen Schub. In beinahe jedem Haushalt fanden sich wieder Altäre, auf denen Opfergaben vor katholischen Heiligenbildern oder -statuen standen, hinter denen sich zumeist die *Orishas*, die afrikanischen Gottheiten verbargen. Immer mehr Kubaner suchten wieder die *Santeros* auf, die stets ganz in weiß gekleideten männlichen und weiblichen Priester und kultisch Eingeweihten, um Schutz vor bösen

⁷¹⁹ Waldmann (1996, S. 7) definierte soziale Anomie in Anlehnung an das Anomiekonzept Emile Durkheims als einen gesellschaftlichen Zustand, für den ein Mangel an konsistenten, unzweideutigen, durchsetzungsfähigen und sozial akzeptierten sozialen Regeln bzw. Normen kennzeichnend ist.

Geistern, Flüchen oder anderen Schicksalsschlägen zu erhalten. Andere ließen sich selbst zum *Santero* ausbilden. Aber auch die katholische Kirche freute sich über einen plötzlichen Zulauf in dieser Zeit. Viele Tausende ließen sich taufen oder füllten wieder die ehemals leeren Gottesdienste.⁷²⁰

Andererseits litten die sozialen Beziehungen jenseits des Familien- und Freundeskreises.⁷²¹ Misstrauen, im besonderen aber mehr oder weniger offener Partikularismus, der auch trotz jahrzehntelanger Bemühungen durch Erziehung, Bildung und Propaganda niemals gänzlich ausgerottet werden konnte,⁷²² verdrängten im Alltag immer stärker die Werte des revolutionären Kodexes des Kollektivismus, der individuellen Opferbereitschaft und des Verzichts des Einzelnen zugunsten der sozialistischen Gemeinschaft.⁷²³ Wie schon vor der Revolution nahm tatsächlich der partikuläre Vorteil des Einzelnen oder der ersten eigenen Bezugsgruppe, der Freunde und vor allem auch der Familie, wieder einen prominenten Rang auf der Werteskala ein. Die weitere Ausbreitung des *sociolismo*, der beinahe clanartigen Kumpelwirtschaft, innerhalb derer sich die Mitglieder eines freundschaftlichen oder familiären Netzwerkes gegenseitig lukrative Arbeitsstellen zukommen lassen oder auch bei Versorgungsengpässen helfen, ist hierfür nur ein Beispiel.⁷²⁴

⁷²⁰ Vgl. NZZ, 26.2.1996; Nach Angaben der Süddeutschen Zeitung halten sich 85 Prozent der Bevölkerung mittlerweile für religiös, SZ, 20.1.1998; zum Aufbau dieser Gruppen Gonzales 1996, S. 54-59.

⁷²¹ Vgl. Bobes 2003.

⁷²² Siehe hierzu insbesondere Bunck 1994.

⁷²³ Vgl. Domínguez Garcia 1996; Zeyer 1997; Ichikawa Morin 2003.

⁷²⁴ Vgl. zum *sociolismo* auf Kuba in den 1990er Jahren insbesondere León 1997. Kummels (1996, S. 190) macht dabei klar, dass es in dieser Hinsicht sogar ein informelles Einverständnis zwischen Vertretern der Regierung und ihren Gegnern gibt: „Trotz der nach außen gekehrten Gegensätze zwischen den Verfechtern des Sozialismus und des Kapitalismus gibt es im Alltag des Viertels eine enge Zusammenarbeit zwischen erklärten Sozialisten und ‚Nicht-Sozialisten‘. Ihre Kumpanei ist so zentral für die Wirtschaftsweise, dass viele Bewohner der Meinung sind, Kuba sei nicht vom *sociolismo*, sondern von einem System des *sociolismo* (von *socio* = Genosse, Freund) bestimmt. Die Nicht-Sozialisten sind auf die Kooperation der Parteigänger angewiesen, um lukrative Arbeitsplätze in Fleischfabriken, im Tourismusgewerbe oder im Diplomatenviertel einnehmen zu können. Als einträglich erweisen sich diese Stellen durch die Möglichkeit, an Devisen, Fleisch, Rum und andere Waren heranzukommen, um sie dann auf dem Schwarzmarkt verkaufen zu können. Außerdem brauchen sie für ihr illegales Kleinunternehmertum die Protektion durch die Parteigänger. Nur mit ihrer Hilfe können sie die Güter beschaffen und produzieren, die die Zentralwirtschaft entweder gar nicht oder nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stellt. Die erklärten Sozialisten wiederum benötigen die Geschäftemacher, um in den Genuss von illegal beschafften Waren zu kommen, ohne sich selbst die Hände schmutzig machen zu müssen. Dabei sind die Macht und das soziale Prestige zwischen beiden

Ein gestärkter *sociolismo* war allerdings nur eine Seite der Medaille. Während dieser auf gewisse Weise die allgemeinen Normenschwäche und die geschwächte soziale Integration über den Staat ausglich - wenngleich auf ganz andere Weise und jenseits der staatlichen Vorgaben -, zeigten andere Erscheinungen, wie brüchig es teilweise um die soziale Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen bestellt war. Gerade die Jugendlichen zeigten sich auch von den Werten der Revolution entfremdet. Viele von ihnen suchten ihr Glück in "Liebe und Festen".⁷²⁵ Hedonismus und Konsumerismus verdrängten hier in großem Maßstab die vom Regime vertretenen moralischen Ansprüche.⁷²⁶ Experimentelle Verhaltensweisen, etwa bei Kleidung und Auftreten der *frikis*,⁷²⁷ traten nun ebenso vermehrt auf wie Promiskuität oder Schwangerschaftsabbrüche.⁷²⁸

5.3 Politische Stabilität

5.3.1 Autoritäre Kontrolle

Die negativen sozialen Entwicklungen nach 1990 hatten zahlreiche negative Auswirkungen auf das politische System Kubas. Obwohl sich die wirtschaftliche Situation insgesamt stabilisierte, reichte diese Verbesserung z.B. nicht aus, um die paternalistische Grundversorgung der Gesellschaft wieder herzustellen. Hinzu kam, dass durch

Gruppen jedoch ungleich verteilt. Überspitzt könnte man sagen, dass, während die einen die Fürchte ihres Bemühens stolz präsentieren können, die anderen permanent mit einem Bein im Knast stehen. Im Alltag aber ist das Zusammenwirken zwischen Sozialisten und Nicht-Sozialisten meist durch die familiäre Solidarität und die Einsicht abgesichert, dass die staatliche Planwirtschaft ohne die kleinen Geschäftemacher längst am Ende wäre.“

⁷²⁵ Aus einem Gespräch des Autors mit einer kubanischen Sozialwissenschaftlerin auf Kuba im Sommer 1999.

⁷²⁶ Vgl. Domínguez García 1996, S. 37ff.; Domínguez García 1998; Elinson 1999.

⁷²⁷ Eine Art subkulturelle Anti-Kultur unter den Jugendlichen, die sich über westliche Rock- und Punkmusik, entsprechende Kleidung usf. definierte, vgl. hierzu insbesondere Fernández 1993, S. 189ff.

⁷²⁸ Nach Beobachtungen und Gesprächen des Autors mit verschiedenen Jugendlichen zu diesem Thema, fielen insbesondere auf, dass z.B. Schwangerschaftsabbrüche mitnichten ein Tabuthema darstellen. Zahlreiche Frauen erzählten dem Autor entsprechende Erfahrungen z.B. frei heraus. Manche behandelten diese gar beinahe wie einen auskurierten Schnupfen. „Man geht am Morgen in die Klinik und kann meistens schon am Nachmittag wieder nach Hause.“ Entsprechend verwundert es auch nicht, dass etwa nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung seit Anfang der 1990er Jahre knapp 60% der Schwangerschaften abgebrochen wurden (SZ 24./25.1.1998). Hierbei darf allerdings nicht verschwiegen werden, dass die Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch in Kuba äußerst liberal sind und Schwangerschaftsabbrüche im Rahmen der Gesundheitsversorgung für die betroffenen Frauen kostenlos sind, siehe zur Abtreibungsproblematik auf Kuba insbesondere Álvarez Vázquez 1994.

die wachsenden sozialen Probleme das Regime auch mit neuen politischen Herausforderungen konfrontiert wurde, denen es nur sehr eingeschränkt etwas entgegensetzen konnte: dem Niedergang eines anderen Pfeilers seiner Legitimation, nämlich die soziale Gleichheit, und dem weiteren Verlust seiner Kontroll- und ideologischen Überzeugungsfähigkeit gerade auf der Mikroebene der Straße und innerhalb privater und informeller Netzwerke. Diese Unordnung spiegelte sich nicht nur in wachsender Kriminalität und Korruption, sondern auch in der Ausbreitung des Schwarzmarkts oder auch in wachsendem „antisozialen“ Verhalten, wie z.B. dem *Jineterismo*.

Diese Entwicklung führte dazu, dass auch die Unterstützungsbereitschaft für das Regime innerhalb der Bevölkerung stetig abnahm. Hoffmann und Whitehead bringen diese Entwicklung auf den Punkt: „The ritualized mass mobilizations of today are a far cry from the enthusiasm of the early 1960s which they pretend to emulate. The younger generation that has known nothing but the hardships and retreats of the special period is particularly alienated.“⁷²⁹ Gleichzeitig nahm die Zahl derer deutlich zu, die das Regime zumindest im Privaten ablehnten.⁷³⁰ Nicht zuletzt auch deshalb war es der Regierung unmöglich geworden, sämtliche Aktivitäten und Aktionen der Opposition zu unterdrücken. Trotz Repression und Diffamierungen verschwanden zahlreiche unabhängige Kleinstvereinigungen, Parteien und Menschenrechtsgruppen, die nach 1990 entstanden und gegen das Regime aufbegehrten, nicht von der politischen Bildfläche.⁷³¹ Teilweise konnte die Opposition sogar Erfolge erzielen, z.B. mit der Unterschriftenaktion für eine Verfassungsänderung.

Insgesamt hatte sich durch all diese Entwicklungen das Innenleben des politischen Systems auf Kuba verändert – es näherte sich immer stärker dem Typus posttotalitärer Herrschaft an.⁷³² Dem Wandel innerhalb des politischen Systems stand nach 1990 allerdings die Stabilität der Machtverhältnisse auf der Makroebene der Gesellschaft gegenüber.⁷³³ Anders als etwa die kommunistische Partei in der Sowjetunion unter Gorbatschow behielt das Castro-Regime seine totalitären Steuerungsansprüche, auch wenn es sie im Alltag aufgrund der Legitimations- und Kontrollverluste immer weniger umsetzen konnte. Die einzige politische Reform, die eine substantielle Veränderung bisheriger

⁷²⁹ Vgl. Hoffmann/Whitehead 2006, S. 13.

⁷³⁰ Vgl. etwa Betancourt/Grenier 1999; Rosendahl 1998; Moses 2000.

⁷³¹ Vgl. Fernandez 2003, S. 225ff.; López 2003, S. 24ff.; Gratius 2003, S. 164ff.

⁷³² Vgl. zum Posttotalitarismus insbesondere Linz/Stepan 1996, S. 34ff.; Linz 2001, S. 227ff.; zur Annäherung des politischen Systems auf Kuba an den Typus posttotalitärer Herrschaft siehe insbesondere Domínguez 1997; Rojas 1997; López 2003, S. 21ff.

⁷³³ Vgl. Mesa-Lago 1997, S. 37ff.

Machtprinzipien andeutete, war die Akzeptanz einer gewissen Autonomie von Religionsgemeinschaften und v.a. der Katholischen Kirche in geistigen Fragen – zum ersten Mal entstanden dadurch dauerhaft vom Staat unabhängige Organisationen mit breiter Massenwirkung.⁷³⁴ Über diese auch offiziell bestätigte Akzeptanz hinaus verhinderte das Regime weitere substantielle Veränderungen. Castro behielt die Kontrolle über seinen Herrschaftsapparat und dieser wiederum die Kontrolle über Schlüsselbereiche der Gesellschaft.⁷³⁵

Diese Kontinuität autoritärer Kontrolle wird bereits mit einem Blick auf die Führungsebene Kubas deutlich. So veränderte die angestoßene Dynamisierung und Verjüngung der Führung nichts an der überragenden Stellung Fidel Castros innerhalb des Regimes.⁷³⁶ Im Gegenteil: dadurch konnte er diese sogar noch befestigen. Einen Personenkreis oder gar eine Institution, die Castros Machtausübung effektiv hätten kontrollieren können, gab es weiterhin nicht. Castro konnte noch immer, ohne Widerstände befürchten zu müssen, selbst hochrangige Funktionäre kurzerhand absetzen. Dabei gelang es ihm auch in den 1990er Jahren noch, sich stets als erster Kritiker seiner eigenen Regierung zu profilieren. Insgesamt blieb der personalistisch-charismatische Grundzug des Regimes damit bestehen,⁷³⁷ und damit eine der wesentlichen Grundlagen für den Zentralismus und die hochgradige Machtkonzentration innerhalb der Führung.

Die Kontinuität autoritärer Kontrolle beschränkte sich nicht allein auf die Führung des Landes. Sie spiegelte sich auch in der oben bereits angesprochenen politisch-ideologischen Überlagerung und Zentralisierung des Marktes, die nach 1990 nur unzureichend Freiräume schufen, in denen sich unabhängiges Leben entwickeln konnte; besonders aber im Beziehungsmuster zwischen dem Herrschaftsapparat und der Bevölkerung. Ein Zeichen dafür war die nach wie vor bestehende Kontrolle und Zensur der Öffentlichkeit. Zwar gelang es Künstlern und Schriftstellern, mehr Spielräume zu erreichen und sich von den ideologischen Vorgaben zu entfernen, indem sie z.B. den Hedonismus und den Werteverfall ohne Anklage offen beschrieben;⁷³⁸ Kernfragen der Revolution, wie z.B. die Machtaufteilung innerhalb Kubas, die kaum eingeschränkte Macht Fidel Castros oder die exklusive Rolle

⁷³⁴ Vgl. Rojas 1997.

⁷³⁵ Vgl. Suchlicki 2000.

⁷³⁶ Vgl. Pérez-Stable 1999.

⁷³⁷ Vgl. Krämer 1998, S. 27ff.; Gratius 2003, S. 110.

⁷³⁸ Das beste Beispiel dafür sind etwa die Romane des kubanischen Schriftstellers Gutiérrez; nach Einschätzung zahlreicher Wissenschaftler auf Kuba wären seine Bücher noch Anfang der 1990er Jahre verboten worden; heute schaut die Regierung einfach über die Infragestellung sozialistischer Ideologie und Verhaltensmaxime hinweg.

der Partei, waren dennoch niemals Gegenstand der künstlerischen, wissenschaftlichen und literarischen Auseinandersetzungen, die ihren Weg in die Öffentlichkeit fanden.

Gleichzeitig konnte die Partei ihr Informations- und Propagandamopol behalten. Die meisten Kubaner können bis heute nur nichtstaatliche Radio- und Fernsehsender empfangen; die wenigsten haben Zugang zu alternativen Sendern, weder zu den von der US-Regierung unterstützten Stationen Radio und TV-Martí in Miami noch zu anderen Programmen aus dem Westen. Die Störung der Anti-Castro-Sender funktioniert weitgehend, und zudem blieben Satellitenanlagen in Privatbesitz die Ausnahme, zumal sie auch heute noch verboten sind, und die wenigsten Kubaner sich eine solche Anlage überhaupt besorgen können. Ebenfalls scheidet das Internet als alternative Informationsquelle weitgehend aus. Nur eine kleine Minderheit besitzt heute auf Kuba überhaupt einen Computer, geschweige denn einen eigenen Internetzugang. An zahlreichen Arbeitsplätzen, an den Universitäten oder auch an Schulen richtete die Regierung zwar einen Zugang zum Internet ein; sie beschränkte allerdings die Zahl der Internetseiten, die dort überhaupt aufgerufen werden können.⁷³⁹

Zudem blieben alle auf Kuba zugelassenen Medien in staatlicher Hand, mit Ausnahme zweier Zeitschriften der katholischen Kirche. Allenfalls in öffentlichen Räumen, die für Touristen bestehen, wie z.B. Hotellobbys oder Internetcafés, können Kubaner uneingeschränkt ausländische Medien, wie Zeitungen und Fernsehsender, oder auch das Internet nutzen; diese Einrichtungen werden jedoch meist streng bewacht, nicht selten wird gewöhnlichen Kubanern erst gar nicht der Eintritt gewährt.

Praktisch alle Medien unterliegen auf diese Weise auch heute noch der Zensur. Die Folge: nur sehr wenige haben – trotz neuer technischer Möglichkeiten – heute überhaupt privaten und freien Zugang zu vom Staat unabhängigen Informationsquellen. Die Regierung und die Partei behielten so die Hoheit über die Öffentlichkeit. Die Artikel und Memoranden freier Journalisten bzw. von Dissidenten, die telefonisch nach Amerika und in andere Länder übermittelt und von dort dann auf verschiedene Internetseiten gestellt werden, bekommen nur die wenigsten auf Kuba zu Gesicht.⁷⁴⁰ Da unabhängigen Journalisten und Dissidenten zudem der Zugang zu den staatlichen Medien nach wie vor verstellt ist, erfahren nur die wenigsten Kubaner von ihnen und ihren Positionen.⁷⁴¹ Die meisten Kubaner sind damit nach wie vor auf die Berichterstattung der Regierung angewiesen,

⁷³⁹ Vgl. hierzu insbesondere Hoffmann 2004.

⁷⁴⁰ Vgl. hierzu insbesondere López 2003, S. 58ff.

⁷⁴¹ Vgl. ebd.

um Informationen zu erhalten, und bleiben so durch die staatliche Propaganda manipulierbar.

Auch die Kontrolle der politischen Beteiligung blieb in der Hand der politischen Führung Kubas. Eine Einschränkung politischer Mitbestimmung stellte z.B. das nach wie vor bestehende Prinzip des demokratischen Zentralismus innerhalb der Partei und innerhalb des Systems der Volksmacht, des *poder popular*, dar. Bis heute kann somit jede Entscheidung auf einer unteren Ebene durch die nächst höhere aufgehoben werden. Initiativen, einen Wandel von unten anzustoßen, blieben innerhalb der Institutionen beinahe unmöglich. Die meisten, die sich am politischen Prozess beteiligten, blieben eher ein passiver Resonanzkörper der politischen Führung.⁷⁴² Ebenfalls überprüften auch nach 1990 Kontrollgremien der Partei sämtliche Kandidaten, die sich um politische Ämter bewarben oder in die Kommunistische Partei eintreten wollten – nicht selten wiesen sie diese allein wegen einer falschen Gesinnung von vorneherein ab. Bekannte oder vermeintliche Dissidenten hatten damit keinen Zugang zu politischen Ämtern. Die Wahlrechtsreform und die Zulassung einer relativ freien öffentlichen Debatte Anfang der 1990er Jahre änderten daran nichts.

Gleichzeitig bekräftigte die Kommunistische Partei wiederholt ihren exklusiven Führungsanspruch über die Gesellschaft.⁷⁴³ Unabhängige Interessengruppen oder Parteien, die sich nach 1990 gebildet hatten, werden auch deshalb bis heute verfolgt; andere Vereinigungen, die Massenorganisationen und auch die neu gebildeten Institutionen der staatlich kontrollierten „Zivilgesellschaft“, der sog. GONGOS, blieben hingegen in der Hand der Partei.⁷⁴⁴ Auch deshalb blieben die politischen Freiheitsrechte, wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, stark eingeschränkt und den Interessen des Staates untergeordnet. Die Verfolgung politischer Interessen oder zivilgesellschaftlicher Betätigung außerhalb der parteistaatlichen Strukturen können bis heute durch verhältnismäßig hart bewehrte und vage formulierte Strafgesetze „zum Schutze des Staates und seiner politischen und sozialen Ordnung“, wie z.B. „nicht genehmigte Vereinigung“⁷⁴⁵ oder „Verfassen und Besitz feindlicher Propaganda“⁷⁴⁶ und insbesondere „Gefährlichkeit einer Person“⁷⁴⁷, verfolgt werden. Die Regierung und ihre Sicherheitsorgane behielten dadurch zahlreiche Möglichkeiten zum Machtmissbrauch.

⁷⁴² Vgl. Gras 1996; Kacpia 2006, S. 37.

⁷⁴³ Vgl. Hoffmann 1998, S. 2.

⁷⁴⁴ Vgl. Hoffmann 2000.

⁷⁴⁵ Vgl. Código Penal 1998, Art. 208, 209.

⁷⁴⁶ Vgl. ebd., Art. 103.

⁷⁴⁷ Vgl. ebd., Art. 72–90.

Dieser politisch motivierte Sanktionsdruck auf die Bevölkerung reproduziert sich auch dadurch, dass die Justiz der Exekutive im Rahmen der Gewalteneinheit weiterhin untergeordnet wird; v.a. aber dadurch, dass der Sicherheitsapparat des Regimes strukturell weiter intakt geblieben ist, personell sogar expandierte und gerade dadurch für einzelne Strafaktionen gegen die Opposition eingesetzt werden konnte. Bis heute lässt die Regierung die Bevölkerung durch die Staatssicherheitsabteilung im Innenministerium sowie durch ein engmaschiges Netz aus Polizisten, informellen Informanten und Mitgliedern der Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) überwachen. Auch dadurch ist es dem Regime weiterhin möglich, die Opposition stets aufs Neue zu zerschlagen und Loyalität zumindest nach außen hin zu erzwingen.

Die fortwährende autoritäre Kontrolle der Makroebene der Gesellschaft stellt einen zentralen Grund dafür dar, dass das Regime nach 1990 überlebte. Dadurch konnte sich erst gar nicht die zerstörerische Eigendynamik eines entfesselten Herrschaftsapparates, einer entfesselten Öffentlichkeit und einer freien politischen Beteiligung entwickeln, welche den Kommunismus in der Sowjetunion schließlich hinwegfegte. Castro hatte in diesem Sinne die Lektion aus dem Zusammenbruch seines kommunistischen Bruderstaates gelernt: nämlich so wenig wie möglich zu reformieren.⁷⁴⁸

5.3.2 *Legitimität*

Dass die Führung Kubas nach 1990 ihre Macht bewahren konnte, verdankt sie aber nicht allein der autoritären Kontrolle auf der Makroebene. Darüber hinaus gelang es der Führung mit ihrer Machterhaltungsstrategie auch, zahlreiche Machtressourcen zu erhalten oder sogar zu erneuern, die ihre Herrschaft bereits vor 1990 abgesichert hatten. Zu diesen Ressourcen zählten insbesondere auch diejenigen, die trotz aller Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation oder mit der staatlichen Kontrolle immer noch Zustimmung und Rückhalt innerhalb der Bevölkerung und vor allem aus dem Herrschaftsapparat für das Regime hervorrufen konnten.

In der Tat schwanden nach 1990 nicht alle Legitimationsquellen des Regimes so stark wie die allgemeine Wohlfahrt und die soziale Gleichheit. Stattdessen konnte es von der Substanz anderer Legitimationsquellen zehren, die bereits vor 1990 aufgebaut worden waren: zum Beispiel das Charisma Fidel Castros. Wenngleich es aufgrund des fortgeschrittenen Alters und der bleibenden und neuen wirtschaftlichen und sozialen Probleme an Stellenwert eingebüsst hatte, spielte es auch nach 1990 noch eine tragende Rolle. Zwar stand Castro nicht

⁷⁴⁸ Vgl. Radu 1995.

zuletzt wegen fehlender wirtschaftlicher Perspektiven gerade unter Jugendlichen in der Kritik.⁷⁴⁹ Bis zu seiner Erkrankung im Sommer 2006 büßte Castro jedoch kaum etwas von seiner Fähigkeit ein, die Massen durch seinen Charme und seine Inszenierungskunst spontan für sich und seine Ideen zu gewinnen, sowie mit Disziplin gegenüber sich selbst, Eloquenz, Detailwissen und der Aufmerksamkeit, die er weiterhin jedem noch so flüchtigen Gesprächspartner zu widmen in der Lage war, zu überzeugen.⁷⁵⁰

Nicht wenige – und vor allem die ältere Bevölkerungsschicht – bekennen sich auch heute noch offen zu Castro;⁷⁵¹ und selbst Regimekritiker, die unter seinem Regime litten, zollten ihm aufgrund der Kohärenz seines Diskurses und der Unermüdlichkeit, mit der er seine Ideale verteidigt, Respekt. Aus Befragungen des Autors geht zudem hervor, dass Castro weiterhin für Erwartungssicherheit und Ordnung steht; gerade in Zeiten der Unsicherheit, des wirtschaftlichen Abstiegs, der Auflösung alter Orientierungsmuster und Normen – auch wenn sie teilweise von der Regierung aus machtpolitischen Gründen provoziert wurden – und der Bedrohung der kubanischen Nation durch die USA. Nicht zuletzt aus diesem Grund gilt er selbst unter denjenigen, die sein Regime ablehnten, als einzige politische Figur, die den Ausbruch allgemeinen Chaos', wie es etwa nach den Umbrüchen in Osteuropa und der Sowjetunion entstand, zu verhindern vermöge;⁷⁵² und auch deshalb wird sein Todestag aller Voraussicht nach keineswegs ein Tag der Freude, sondern ein Tag aufrichtiger Trauer der meisten Kubaner werden.⁷⁵³

Eine wirksame Quelle der Zustimmung zum Regime stellte weiterhin auch der Nationalismus dar. Bereits vor 1990 berief sich die Führung des Landes stets in erster Linie auf die Ideen der Nationalhelden, um ihre Herrschaft und die bestehenden Institutionen ideologisch zu legitimieren. Aus diesem Grund stellte der Niedergang des Kommunismus in Osteuropa und damit auch die weltweite Diskreditierung des Marxismus-Leninismus nur eine sehr begrenzte Herausforderung dar. Die Führung behielt ihr zentrales ideologisches Legitimationsmittel und konnte dessen Stellenwert sogar noch ausbauen, indem sie alte marxistisch-leninistische Ideen in der Verfassung nationalistischen Gedanken unterordnete,⁷⁵⁴ den Personenkult um die Nationalhelden verstärkte und v.a. auch indem sie die USA dazu provozierte, ihre

⁷⁴⁹ Vgl. hierzu etwa González/McCarthy 2004, S. 10.

⁷⁵⁰ Vgl. Helfrich 2006, S. 3.

⁷⁵¹ Vgl. hierzu auch Herzka 1998, S. 30ff.

⁷⁵² Vgl. Krämer 1998, S. 28.

⁷⁵³ Vgl. hierzu auch Helfrich 2006, S. 3.

⁷⁵⁴ Dazu gehörten insbesondere die Veränderungen in der Präambel der Verfassung 1992, in der die Ideen Martí's nun vor denen von Marx, Engels und Lenin stehen,

ohnehin nach 1990 verstärkte Konfrontationspolitik in den 1990er Jahren beinahe kontinuierlich zu verschärfen.

Gerade die verstärkte Konfrontationspolitik der USA nutzte dem Regime politisch ungemein. Die USA griffen das Castro-Regime nämlich auf dem Feld an, auf dem es sich schon traditionell am besten verteidigen konnte und am glaubwürdigsten war: auf dem Feld des seit den Helden des Unabhängigkeitskriegs verfolgten Ideals der freien und unabhängigen Nation.⁷⁵⁵ Besonders hilfreich für die kubanische Führung war insbesondere das Helms-Burton-Gesetz von 1996. Seine Bestimmung, dass das Embargo erst dann aufgehoben werden dürfe, wenn eine „Transitionsregierung“ anerkannt sei, diese Anerkennung aber erst dann erfolge, wenn die Castro-Brüder nicht mehr an der Macht sind, lieferte dem Regime etwa die Möglichkeit, auf die prinzipiell undemokratische Konzeption des Gesetzes hinzuweisen und jeden, der sich auf Kuba für mehr Demokratie einsetzt, als Anti-Castristen zu stigmatisieren.

Darüber hinaus eröffnete dieses Gesetz dem Regime die Chance, die Angst der Bevölkerung vor einem politischen Wandel zu befördern. Es ergriff nicht nur einseitig für die Exilkubaner in Miami Partei, etwa hinsichtlich der Frage nach dem enteigneten ehemaligen Besitz, und suggerierte damit, dass insbesondere diese Gruppe von einer politischen Öffnung begünstigt würde, sondern ließ auch eine deutliche Einflussnahme der US-Regierung auf jeden politischen Prozess auf Kuba gerade auch nach dem Ableben oder dem Rücktritt Fidel Castros und seines Bruders schließen: indem die USA z.B. etwaigen Reformern innerhalb Kubas vorschreiben, was sie wann zu unternehmen haben, damit die Sanktionen aufgehoben werden könnten. Nicht wenigen erschien dieses Gesetz auf Kuba als eine Erneuerung des *Platt Amendments*, mit dem die USA in den ersten 30 Jahren der Unabhängigkeit Kubas die Regierungen auf der Insel kontrolliert hatten, und fühlten sich damit an die Zeit der neokolonialen Bevormundung durch die USA erinnert.⁷⁵⁶

Die Konfrontationspolitik der USA stärkte auf diese Weise das Castro-Regime insgesamt und die Hardliner besonders, bediente nationalistische Propaganda und förderte zudem das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den USA und allen von ihr unterstützten Kräften.⁷⁵⁷ Insgesamt lieferte sie einen Anreiz, sich hinter die Regierung zu stellen, und schwächte diejenigen, die sich für politische Reformen einsetzen

sowie die Veränderung der Bezeichnung der Partei als „Avantgarde der Nation“ und nicht mehr als „Avantgarde der Arbeiterklasse“.

⁷⁵⁵ Vgl. Pérez Jr. 2006, S. 316.

⁷⁵⁶ Vgl. Hoffmann 2001, S. 173.

⁷⁵⁷ Vgl. Krumwiede 2000, S. 23.

wollten.⁷⁵⁸ Gerade der Wille zur Opposition wurde dadurch gleichsam zerrieben, verhinderte die Form der Konfrontation doch weitgehend politische Handlungsalternativen, die bei einer anderen Politik den Erhalt der nationalen Unabhängigkeit garantieren würden.⁷⁵⁹ Kaum einer wünscht sich die alten quasi-kolonialen Verhältnisse zurück; vor allem nicht die ältere Generation, welche die Gewalt und die Korruption in den vorrevolutionären Verhältnissen noch selbst miterlebt hatte, ebenso wenig die dunkelhäutige Bevölkerung, die damit offenen Rassismus und massiven sozialen Abstieg verbindet.⁷⁶⁰ Der Nationalismus blieb auf diese Weise eine Ressource der politischen Führung zur Integration des Regimes und konnte nicht zu einer Ressource der Opposition und von Softlinern werden, wie etwa in den kommunistischen Staaten Osteuropas.⁷⁶¹ Und tatsächlich: der Nationalismus, wie er von der Führung propagiert wird, trifft auch heute noch auf breite Unterstützung.⁷⁶²

Zudem bekamen die Eliten und besonders die Mitglieder des Sicherheitsapparates Anlass, sich hinter Castro zu versammeln; sie befürchteten zurecht die Revanche und Rache des von der US-Regierung unterstützten radikalen Teils des Exils, vor der sie allein durch Disziplin und Einheit bewahrt werden konnten.⁷⁶³ Aber nicht nur Mitglieder des Machtapparates bekamen durch die Politik der USA Grund, einem Wandel und sämtlichen Kräften, die diesen befürworten, skeptisch gegenüber zu stehen. Gerade diejenigen, die von den Enteignungen der ehemaligen vorrevolutionären Mittel- und Oberschicht profitiert hatten, befürchteten nämlich durch einen etwaigen Wandel auch den Verlust ihres Eigentums, das sie der Revolution verdankten.⁷⁶⁴ Die Konfrontationspolitik verhinderte damit eine Änderung der Einstellung, die bereits seit Beginn der Revolution innerhalb der kubanischen Bevölkerung und vor allem innerhalb der Führungsschicht vorhanden war: Gegen Fidel Castro zu sein bedeutet gegen die Nation zu sein.⁷⁶⁵

Die letzte Quelle des Rückhalts nach 1990 fiel dem Regime gleichsam von allein zu: die großen sozialen und politischen Opfer der Transformation in Osteuropa. Hohe Arbeitslosigkeit und Inflation, gesell-

⁷⁵⁸ In Gesprächen des Autors mit Dissidenten auf Kuba wurde dies immer wieder angesprochen. Durch die Konfrontationspolitik der USA bleibe diese ideologische Basis, die eine größere oppositionelle Bewegung entstehen lassen könnte, allein von Castro besetzt.

⁷⁵⁹ Vgl. Burchhardt 1999, S. 164.

⁷⁶⁰ Vgl. de la Fuente/Glasco 1997, S. 66ff.

⁷⁶¹ Vgl. Hoffmann 1998, S. 14.

⁷⁶² Vgl. Domínguez 1994.

⁷⁶³ Vgl. del Aguila 1999, S. 194.

⁷⁶⁴ Vgl. Domínguez 1998, S. 681f.

⁷⁶⁵ Vgl. Domínguez 1996, S. 298.

schaftliches und politisches Chaos, einschließlich des Vordringens der Mafia in Russland oder der Bürgerkriege in Jugoslawien und der ehemaligen Republiken der Sowjetunion ließen die Attraktivität eines politischen und wirtschaftlichen Wandels und eines Übergangs zu Demokratie und Marktwirtschaft in der Bevölkerung deutlich sinken. Im Vergleich zu diesen Zuständen stand die relative Ordnung auf Kuba weitaus besser da. Auch die Probleme anderer lateinamerikanischer Länder halfen der politischen Führung. Die dortigen starken sozialen und politischen Spannungen, die Armut und die Gewalt, die nicht zuletzt durch den neoliberalen Kurs der dortigen Regierungen hervorgerufen worden sind, existieren in Kuba bis heute weitgehend nicht.⁷⁶⁶

Zahlreiche Studien ergaben, dass gerade diese negativen Beispiele bei einer Mehrheit der Kubaner für eine weiterhin ungebrochene Befürwortung spezifisch sozialistischer Politikansätze, wie die freie Gesundheitsversorgung und Bildung, aber auch die subventionierte Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, Wohnungen, Energie und Transportmöglichkeiten, sorgen.⁷⁶⁷

Eigene Erhebungen des Autors auf Kuba bestätigen diese Einschätzung. Dabei zeigte sich darüber hinaus ein tief sitzender Zweifel der meisten Befragten daran, dass sich mit einer Demokratisierung ihre Lebenssituation verbessern würde. Die meisten der Gesprächspartner wünschten sich zwar deutlich mehr Freiheiten und auch mehr Möglichkeiten, den politischen und wirtschaftlichen Prozess mitzubestimmen. Dennoch verwiesen nicht wenige darauf, dass demokratische Rechte und Institutionen nur so gut seien, wie die Menschen, die sie umsetzten. Besonders den Miami-Kubanern, die ihre Machtansprüche schon geltend gemacht haben, sei hier aber nicht zu trauen. Gerade diejenigen mit höherer Bildung und im fortgeschrittenen Alter waren sich zudem noch der Tatsache bewusst, dass Kuba schon einmal 1940 eine sehr fortschrittliche demokratische Verfassung hatte, die Wirklichkeit sich aber deutlich von dieser Verfassung unterschied.

Zudem befürchteten gerade ältere Gesprächspartner bei einem politischen Wandel ähnliche Probleme für Kuba, wie sie in Osteuropa und Lateinamerika auftraten. Einige äußerten deshalb sogar Verständnis für die Verschärfung der Strafgesetze und die Erhöhung der Polizeipräsenz. Selbst Gesprächspartner aus der jüngeren Generation, die dem Regime eher kritisch gegenüberstanden, bestätigten zudem einen Ordnungswert des Regimes: Auf die Frage, warum das Regime nicht

⁷⁶⁶ Vgl. Pérez Villanueva 1997, S. 8ff.

⁷⁶⁷ Vgl. etwa eine im Miami Herald vom 18.12.1994 besprochene Gallup-Umfrage auf Kuba 1994; aber auch Domínguez 1993, S. 99f.; González 1996, S. 39ff.; de la Fuente and Glasco 1997; del Aguila 1999.

zusammenbreche, kam immer wieder ein Sprichwort als Antwort, das in der spanischsprachigen Welt weit verbreitet ist, nämlich: „*más vale lo malo conocido que lo bueno por conocer*“. Das Schlechte, das man kennt, ist mehr wert als das Gute, das man kennen lernen muss.

Diese aus zumeist informellen Gesprächen gewonnen Ergebnisse genügen zwar nicht den methodischen Anforderungen der Repräsentativität. Dennoch lassen sie in Verbindung mit den Ergebnissen und Einschätzungen anderer Autoren vor allem eine Schlussfolgerung zu. Die Legitimität des Regimes ist zwar gesunken, aber noch nicht vollständig verschwunden. Nimmt man gar die Legitimitätskonzepte von Heinrich Popitz und Juan Linz, ist diese sogar noch substantiell vorhanden.⁷⁶⁸ Popitz erklärt z.B. die Fortdauer eines despotischen Machtverhältnisses in einem Internat dadurch, dass diese Machtverhältnisse durch „Dauer und Ordnung eine für die Bewusstseinsbildung tragende Bedeutung erhalten“ und damit einen Wert an sich gewonnen haben, den aufzugeben selbst unter der Voraussetzung, dass eine andere Ordnung existiert und möglich ist, nur sehr schwer falle.⁷⁶⁹ Diese Bewusstseinslage nennt Popitz Basislegitimität. In Popitz' Sinne hat sich das Regime auf Kuba seine Basislegitimität größtenteils erhalten, gerade weil es auf der Makroebene der Gesellschaft stabil geblieben ist und deshalb einen Grundstock an Ordnungs- und Erwartungssicherheit liefert.

Blickt man hingegen auf die Legitimitätsdefinition von Juan Linz rücken die Alternativen zu einem bestehenden politischen System stärker ins Blickfeld. Linz bezeichnet als Legitimität den Glauben, dass die bestehenden politischen Institutionen trotz einiger Unzulänglichkeiten und Fehler besser funktionieren als andere, die an ihrer Stelle etabliert werden könnten.⁷⁷⁰ Nimmt man die Reflexion der Kubaner über die Erfahrungen der Demokratisierung in ihren ehemaligen Bruderstaaten und Nachbarländer sowie über die Erfahrungen der Demokratie auf Kuba selbst, so ist zumindest ein Grundstock an Legitimität des Regimes auf Kuba auch nach 1990 vorhanden geblieben, und zwar vor allem unter der älteren Generation, welche noch die vorrevolutionären Verhältnisse erlebte und die revolutionäre Entwicklung nach 1959 selbst mitgestaltete.

5.3.3 Politische Einheit und politische Passivität

Dieser Grundstock an Legitimität stützte das Regime gerade in einer Phase, als es um sein wirtschaftliches Überleben ging; er half, über

⁷⁶⁸ Vgl. Popitz 1992, S. 221ff.; Linz 1978, S. 16

⁷⁶⁹ Vgl. Popitz 1992, S. 223

⁷⁷⁰ Vgl. Linz 1978, S. 16

die Jahre des wirtschaftlichen Absturzes hinwegzukommen.⁷⁷¹ Die Verteidigung eines Grundstocks an Legitimität kann deshalb als zweiter struktureller Grund der Stabilität – neben der Kontrolle auf der Makroebene in Politik und Gesellschaft – aufgefasst werden. Eine vollständige Erklärung der Stabilität des Regimes kann damit allerdings noch nicht geleistet werden. Diese ergibt sich erst, wenn auch die Akteursebene und vor allem zwei politische Schwerpunkte der Führung nach 1990 ins Blickfeld gerückt werden: die Bewahrung der Einheit der Führung und die Verhinderung von Protest als weitverbreitete Verhaltensweise der Bevölkerung gegenüber dem Regime in der Öffentlichkeit.

Tatsächlich gelang es Castro, die Einheit – zumindest nach außen – und die Disziplin seines Herrschaftsstabes auch nach 1990 zu wahren. Bis heute unterscheiden sich z.B. die Aussagen aller kubanischen Politiker in der Öffentlichkeit kaum. Fernandez und Dilla beschreiben diese Geschlossenheit folgendermaßen: „Im Politbüro und im Staatsrat wird sicherlich vielerlei diskutiert, aber danach sind die Politiker verpflichtet, genau das zu wiederholen, worauf sie sich geeinigt haben“; praktisch jeder erfüllte diese Pflicht.⁷⁷²

Diese Einheit der politischen Führung während der gesamten Zeit nach 1990 steht in einem scharfen Kontrast zu den Ländern, in denen es einen Übergang zur Demokratie gab. Dort ging der Demokratisierung stets eine Spaltung der Führung voraus;⁷⁷³ und nicht zuletzt die Herausbildung einer starken Softliner-Fraktion innerhalb des Herrschaftsapparates, also einer Gruppierung, welche die demokratische Legitimation des autoritären Regimes durch Wahlen stärken auf diesem Weg Kritikern aus dem Inland und Ausland entgegenwirken wollte. Laut O'Donnell und Schmitter besteht der Kern eines Softliners in:

„... their increasing awareness that the regime they helped to implant, and in which they usually occupy important positions, will have to make use, in the foreseeable future, of some degree or some form of electoral legitimation. To this the soft-liners add that, if its eventual legitimation is to be feasible, the regime cannot wait too long before reintroducing certain freedoms, at least to the extent acceptable to moderate segments of the domestic opposition and of international public opinion.“⁷⁷⁴

⁷⁷¹ Vgl. Hawkins 1998, S. 12.

⁷⁷² Vgl. Fernandez/Dilla 1998, S. 29.

⁷⁷³ Vgl. O'Donnell/Schmitter 1986, S. 19.

⁷⁷⁴ Vgl. ebd., S. 16.

Softliner dieser Art, die in der Öffentlichkeit solche Reformen befürworteten oder gar forderten, sucht man auf Kuba beinahe vergebens.⁷⁷⁵ Der einzige aus der Führungsriege, der sich nach 1990 für eine stärkere politische Öffnung in Richtung Dissidenz aussprach, blieb Carlos Aldana. Dieser verlor 1992 allerdings all seine Ämter und verschwand, obwohl er sich von seinen Aussagen öffentlich distanzierte, danach in der politischen Versenkung. Auch andere Gruppierungen, die sich für mehr Partizipation und Demokratie innerhalb der bestehenden Institutionen ausgesprochen hatten, wie z.B. die Mitglieder des *Centro de Estudios sobre América*, blieben von Repression nicht unverschont und wurden schließlich zerschlagen.

Dabei lassen sich innerhalb dieser Geschlossenheit durchaus verschiedene Strömungen identifizieren, die seit 1990 an Kontur gewannen und durch die sich auch unterschiedliche Interessenlagen und zumindest latente Konflikte innerhalb des Herrschaftsapparates beschreiben lassen. Dazu gehört etwa die Auseinandersetzung zwischen technokratischen Wirtschaftsreformern, die sich bis heute für eine stärkere wirtschaftliche Dezentralisierung aussprechen und insbesondere Anfang der 1990er Jahre in Erscheinung traten, und den eher ideologisch bestimmten Hardlinern, die jegliche Veränderung von vorneherein abgelehnt hatten und noch immer Schlüsselpositionen in Staat und Partei besetzen.⁷⁷⁶ Unterschiedliche Interessenlagen und latente Konflikte lassen sich ferner zwischen den unterschiedlichen Generationen, zwischen den Rassen und auch zwischen Personen aus den unterschiedlichen Regionen Kubas ausmachen.⁷⁷⁷ Auch zwischen Mitgliedern des Militärs und der Partei wuchs nicht zuletzt aufgrund einer wachsenden Autonomie des Militärs das Konfliktpotential; und selbst innerhalb der Partei sind unterschiedliche Interessenlagen immer deutlicher festzustellen, v.a. zwischen der obersten Machteleite, den führenden Funktionärsschichten, dem mittleren bis unteren Verwaltungsapparat sowie Funktionären und Kadern der Basis.⁷⁷⁸

Dass sich aus dieser Gemengelage keine ernsthaften Auseinandersetzungen entwickelten, verdankt das Regime nicht allein der Kontrolle und seiner Legitimität, sondern insbesondere auch der persönlichen Loyalität, die jeder innerhalb des Führungsstabs Fidel Castro entgegenbrachte und auch entgegenbringen musste, wollte dieser eine Führungsposition erhalten bzw. behalten, sowie Fidel Castros Geschick, als unumstrittene Führungsfigur diese einzelnen Interessenlagen auszubalancieren und vor allem sämtliche Vertreter

⁷⁷⁵ Vgl. del Aguila 1994, S. 198ff.; Hawkins 1998, S. 17.

⁷⁷⁶ Vgl. González 1996, S. 39ff.; Gratius 2003, S. 154.

⁷⁷⁷ Vgl. Gratius 2003, S. 176f.

⁷⁷⁸ Zu den unterschiedlichen Interessenlagen innerhalb der Kommunistischen Partei siehe insbesondere Burchhardt 1999, S. 160f.

der jeweiligen Positionen von ihm abhängig zu machen. Dabei kam Castro auch zugute, dass er bislang keinen ultimativen Test von seinem Herrschaftsstab verlangen musste: die Verteidigung des Regimes mit Waffengewalt und unter Blutvergießen. In der Öffentlichkeit gibt sich sein Herrschaftsstab gerüstet und bereit für einen solchen Test und besonders die Generation, die erst um die Jahrtausendwende in die obersten Ebene von Staat und Partei, zeichnet sich durch Militanz aus.⁷⁷⁹ Wie viel davon allerdings wahr ist und wie viel davon pure Rhetorik und Heuchelei, lässt sich (noch) nicht sagen.

Gerade die besondere Rolle Fidel Castros innerhalb der Führung und die persönliche Bindung des Herrschaftsstabs an ihn, lässt erahnen, vor welchen Herausforderungen jeder Nachfolger steht, will er weiterhin die Einheit der politischen Führung bewahren. Allerdings bringt insbesondere Raúl einige Eigenschaften mit, um diese Herausforderungen zu bestehen. Obwohl er nicht das Charisma seines Bruders besitzt, gilt er allgemein als geschickter Machttaktiker und hat zudem den Vorteil, direkt von Fidel zum Nachfolger ernannt worden zu sein. Außerdem genoss er als langjähriger Stellvertreter seines Bruders in fast allen Ämtern und vor allem als Leiter des Militärs bereits in der Vergangenheit eine Sonderstellung innerhalb des Regimes; nicht wenige verdanken auch ihm ihre Karriere.⁷⁸⁰ Auf diese Weise besitzt er nicht nur die Qualität, sondern auch die Autorität, um das Machtvakuum weitgehend zu schließen, das sein Bruder nach seinem Rücktritt hinterlassen hat.

Nicht zuletzt deshalb, aber auch weil Raúl stärker als sein Bruder auf eine eher kollektive Führung setzt, verlief der Machtwechsel mit Blick auf die Führung bislang reibungslos. Konflikte innerhalb des Führungsstabs sind nicht bekannt geworden. Ob ein Nachfolger Raúls allerdings dies auch erreichen könnte, wird davon abhängen, ob es Raúl gelingt, die Verfassungsregeln im politischen Alltag und insbesondere die Institutionen von Partei, Staat und Regierung zu stärken und von einzelnen Personen unabhängig zu machen; aber auch davon, ob es ihm gelingt, einen allgemein akzeptierten Nachfolger bzw. ein Nachfolgekollektiv aufzubauen; erst dadurch könnten Konflikte, die es etwa bei der Übergabe der Macht auf die jüngere Generation zwischen verschiedenen Gruppen ergeben könnten, und damit eine zentrale Gefahr für das Regime vermieden werden.

Der zweite strategische Erfolg des Regimes auf der Akteursebene nach 1990 ist die Verhinderung von Protest und Widerstand als weitverbreitete Verhaltensweise der Bevölkerung gegenüber dem Regime. Zwar

⁷⁷⁹ Vgl. Fogel 2003.

⁷⁸⁰ LeoGrande (1978) sprach in diesem Zusammenhang sogar davon, dass sich neben den *Fidelistas* auch eine Gruppe *Raulistas* gebildet hätte.

können der Rückzug ins Private, die Konzentration auf Familien- und Überlebensnetze sowie wachsende Kriminalität als Formen passiven Widerstands gedeutet werden;⁷⁸¹ allerdings blieben diese Formen eher im Verborgenen und sind in keiner Weise miteinander vernetzt. Hingegen fanden nach 1990 gewachsene Unzufriedenheitspotentiale nur ein einziges Mal öffentlich zusammen, am 5. August 1994. Jedoch löste diese öffentliche Demonstration gegen das Regime keine revolutionäre Protestbewegung aus, wie sie etwa 1989 in der ehemaligen DDR, in der Tschechoslowakei oder in Rumänien aufgetreten war und schließlich die dortigen kommunistischen Regime zerstörte;⁷⁸² sie folgte auch – anders als z.B. die Demonstrationen auf dem Tianamen-Platz in China – keiner Vorbereitung oder Anleitung einer Oppositionsbewegung, sondern äußerte sich spontan; und anders als in China wurde sie von der Regierung schnell und ohne Schusswaffengebrauch aufgelöst.⁷⁸³

Die nach wie vor große Effizienz des Regimes Widerstand zu verhindern, äußerte sich darüber hinaus in der nach wie vor bestehenden Schwäche der Opposition.⁷⁸⁴ Zwar bestehen verschiedene oppositionelle Gruppierungen trotz aller Kontrolle, Bespitzelung und Repression fort. Eine breite Massenwirkung erzielten sie allerdings nicht. Im Gegenteil: die Zahl der Dissidenten ist auch heute noch klein;⁷⁸⁵ zudem sind sie selbst und ihre politischen Ziele im Ausland oft weitaus bekannter als auf Kuba selbst.⁷⁸⁶ Wegen ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Verbindung zu den USA blieben sie auch relativ unpopulär. Haroldo Dilla weist außerdem darauf hin, „dass viele dieser Personen [Dissidenten] [...] in erster Linie Kuba verlassen wollen, und dass sie in ihrer systemwidrigen Tätigkeit eine Möglichkeit sehen, schneller auswandern zu können.“⁷⁸⁷

Die Opposition leidet aber nicht nur an geringer Größe sowie fehlender Bekanntheit, Popularität und Militanz ihrer Mitglieder. Bis heute hat sie auch noch keine gemeinsame ideologische und strukturelle Basis gefunden – sieht man von ihrer Gegnerschaft zu Castro einmal ab. Stattdessen ist sie weitgehend gespalten in Regimegegner auf Kuba selbst und in Regimegegner im Exil sowie in zahllosen, oft miteinander verstrittene und misstrauisch beäugte einzelne Gruppierungen. Auch

⁷⁸¹ Vgl. hierzu Fernández 1994 und 2001; Dirmoser 1996.

⁷⁸² Vgl. López 2003, S. 7.

⁷⁸³ Vgl. Mesa-Lago 1997, S. 39.

⁷⁸⁴ Vgl. hierzu etwa Aguirre 1998 und 2001; Burchhardt 1999, S. 164ff.; Gratius 2003, S. 169ff.

⁷⁸⁵ Schätzungen von Hoffmann (2000, S. 391) zufolge gibt es höchstens 5.000 Personen auf Kuba, die sich offen gegen das Regime engagieren – und das bei einer Gesamtbevölkerung von über 11 Millionen.

⁷⁸⁶ Vgl. Rojas 1997, S. 28.

⁷⁸⁷ Vgl. Fernández/Dilla 1998, S. 28.

deshalb gibt es bis heute keine glaubwürdige personelle Alternative zur kubanischen Führung; und damit auch nicht die Voraussetzung für einen Wandel, der von unten angestoßen werden könnte.⁷⁸⁸

Verschiedene Autoren führten das Stillhalten der Bevölkerung und die mangelnde Unterstützung von Dissidenten nicht zuletzt auf die Zustimmung- und Unterstützungsbereitschaft der Bevölkerung zum Regime zurück.⁷⁸⁹ Betrachtet man allerdings die Tatsache, dass der allgemeine Konsens über das Regime und seine Politik seit den 1990er Jahren zusehends schwand,⁷⁹⁰ wird es beinahe unmöglich, die Passivität der Kubaner damit zu erklären. Stattdessen rücken andere Faktoren in den Vordergrund. Sie haben in erster Linie mit den Kontrollmitteln und -mechanismen zu tun, auf die das Regime nach 1990 zurückgriff: mit der Repression und der inkonsistenten Anwendung von Gesetzen sowie mit Propaganda, der Steuerung sozialer und politischer Mobilität, der selektiven Belohnung politischer Loyalität und der Fluchtsteuerung. Sie sorgten für die Verbreitung einer Gemengelage innerhalb der Bevölkerung, die sich zur Verhinderung von Widerstand und Protest sowie zur gesellschaftlichen Marginalisierung der Opposition als äußerst effizient erwies: Angst vor Repression, allgemeine Verunsicherung und Zukunftsangst, aber auch Heuchelei und Misstrauen sowie politische Apathie, Resignation und Eskapismus.

Dass diese Einstellungs- und Verhaltensmuster gerade nach 1990 auf dem Vormarsch sind, belegen zahlreiche Studien.⁷⁹¹ So sorgten z.B. die Repressionswellen in Verbindung mit der Überwachung bis hinein in die Privatsphäre dafür, dass die Angst vor dem Staat nicht verschwand. Andererseits förderte z.B. eine Vielzahl von Restriktionen in Verbindung mit der Vagheit und Widersprüchlichkeit sowie einer eher willkürlichen Durchsetzung zahlreicher dieser Restriktionen einen Drohverhang des Staates zu Tage, der bei den davon Betroffenen Gefühle der Ohnmacht und der Hilflosigkeit auslöste, die sie in der Öffentlichkeit einzig durch das Vorspiegeln von Loyalität – zumindest dem Schein nach – kompensieren konnten oder durch den Rückzug ins Private bzw. durch Flucht.

⁷⁸⁸ Vgl. Hawkins 1998, S. 19ff.

⁷⁸⁹ Vgl. hierzu insbesondere die Literaturbesprechung von Parker 1998.

⁷⁹⁰ Vgl. Dilla 2001; Hoffmann/Whitehead 2006, S. 13f.; wie groß diejenige Gruppe ist, welche die Regierung auch seit den 1990er Jahren offen unterstützte, kann nicht genau eingeschätzt werden. Entsprechende Schätzungen schwanken zwischen mindestens 10-15% und mindestens 25%.vgl. Betancourt/Grenier 1999; Helfrich 2006, S. 3.

⁷⁹¹ Vgl. etwa Planas 1994b; Aguirre 2001; Dilla 2001; Frieß 2003; Hoffmann 2005.

All diese Einstellungs- und Verhaltensmuster zeigen zwar eine wachsende Entfremdung zwischen der Bevölkerung und dem Staat an; gleichzeitig machen sie allerdings einen Konsens innerhalb der Gesellschaft über das Regime nicht mehr nötig. Folgt man etwa der Argumentation von Mainwaring,⁷⁹² bedürfen autoritäre Regime keiner Legitimität, um sich an der Macht zu halten. Stattdessen reichten Repression, Angst, politische Apathie oder auch das Fehlen politischer Alternativen aus. Dies alles war auf Kuba auch nach 1990 weitgehend gegeben. Diese Faktoren sorgten dafür, dass sich der Ärger und die Unzufriedenheit nicht in offenen Protesten gegen das Regime äußerten; und sie sorgten vor allem auch dafür, dass sich eine wachsende und organisierte Opposition nicht etablieren konnte. In Verbindung mit dem auch heute noch existierenden Grundstock an Zustimmung schwand so weitgehend die Gefahr eines Aufstands von unten, die mit Beginn der Wirtschaftskrise 1990 begonnen hatte.



Imbiß-Verkauf in Santa Clara

⁷⁹² Vgl. Mainwaring 1992, S. 294ff.

Bibliographie

- Abion, Nehanda** 2001: Havana's *Jineteras*, in: NACLA. Report on the Americas, Vol. 34, 5, S. 24 – 25
- Aguila, Juan M. del** 1993: The Politics of Dissidence: A Challenge to the Monolith, in: Baloyra, Enrique A./Morris, James A. (Eds.): Conflict and Change in Cuba. Albuquerque, S. 164 – 188
- Aguila, Juan M. del** 1994: Cuba: Dilemmas of a Revolution. 3rd Edition (zuerst 1984). Boulder, San Francisco, Oxford
- Aguila, Juan M. del** 1996: Development, Revolution, and Decay in Cuba, in: Wiarda, Howard J. / Kline, Harvey F. (Eds.): Latin American Politics & Development. Boulder/Colo. u.a., S. 370-407
- Aguila, Juan M. del** 1999: Reflections on a Non-Transition in Cuba: Comments on Elites, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 9, S. 192-200
- Aguila, Juan M. del** 2000: The Cuban Armed Forces: Changing Roles, Continued Loyalties, in: Horowitz, Irving Louis / Suchlicki, Jaime (Eds.): Cuban Communism, 10th Edition, New Brunswick und London, S. 512-525
- Aguliar, Luis E.** 1972: Cuba. 1933: Prologue to Revolution. Ithaca/NY
- Aguirre, Benigno E.** 1998: Culture of Opposition in Cuba, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 8, S. 326-343
- Aguirre, Benigno E.** 2001: A Test of Culture of Opposition's Power Grid, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 11, S. 404 – 417
- Aguirre, Benigno E.** 2002: Social Control in Cuba, in: Latin American Politics and Society, 44, 2, S. 67-98
- Aguirre, Benigno E.** 2003: The Stability of the Institutions of the Cuban State during the Transition, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 12, S. 486-492
- Aja Díaz, Antonio** 1995: Motivaciones de la emigración ilegal cubana hacia los Estados Unidos, in: Cuadernos de Nuestra America, Vol. XII, 23, S. 23 – 32
- Alfonso, Pablo** 1991: Los fieles des Castro. Miami
- Alonso, Aurelio** 1997: Iglesia y política en la Cuba revolucionaria. La Habana
- Alvarado Ramos, Juan Antonio** 1996: Relaciones raciales en Cuba. Notas de investigación, in: Temas, Nr. 7, S. 37-43
- Álvarez Vázquez, Luisa u.a.** 1994: El Aborto en Cuba. La Habana
- Amnesty International** 1996a: Cuba: Government Crackdown on Dissent. London: AMR 25/14/96, April 1996, S. 16-23
- Amnesty International** 1996b: Cuba: Dissidents Imprisoned or Forced into Exile. London: AMR 25/29/26, July 1996
- Amnesty International** 1998: Jahresbericht 1998, im Internet unter <http://www.amnesty.de>
- Amnesty International** 2000: Jahresbericht 2000, im Internet unter <http://www.amnesty.de>
- Amnesty International** 2001: Jahresbericht 2001, im Internet unter <http://www.amnesty.de>
- Amnesty International** 2005: Jahresbericht 2005, im Internet unter <http://www.amnesty.de>
- Amuchástegui, Domingo** 2003: Procesos electorales y élites políticas en la Cuba del tercer milenio, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 13, S. 362-369
- Annino, Antonio** 1996: Kuba, in: Tobler, Hans Werner / Bernecker, Walther L. (Hrsg.): Lateinamerika im 20. Jahrhundert. Stuttgart, S. 483-566

- Appleman Williams, William** 1962: *The United States, Cuba, and Castro*. New York
- Apter, D.E.** 1963: *Political Religion in the new Nations*, in: Geertz, Clifford (Ed.): *Old Societies and New States*. Glenoce, S. 57-104
- Aranda, Sergio** 1968: *La revolución agraria en Cuba*. México
- Arendt, Hannah** 1993: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. 3. Auflage. München
- Azicri, Max** 1979: *The Institutionalization of the Cuban Revolution: A Review of the Literature*, in: *Cuban Studies*, Vol. 9, Nr. 2, S. 61ff.
- Azicri, Max** 1988: *Cuba. Politics, Economics and Society*. London und New York
- Azicri, Max** 2000: *Cuba Today and Tomorrow: Reinventing Socialism*. Miami
- Azor, Marlene** 1995: *Reflexiones sobre las experiencias historicas de los socialismos de estado*. La Habana (unveröffentlichtes Manuskript)
- Baez, Luis/Elizalde, Rosa Miriam** 2003: *Los disidentes – agents de la seguridad cubana revelan la historia real*. La Habana
- Baklanoff, Eric N./LaShondra, Jones** 2005: *Deconstructing “Constructive Engagement”*: Canada’s Economic Relations with Cuba, 1993-2003, in: *ASCE: Cuba in Transition*, Vol. 15, S. 58-69
- Baloyra, Enrique A.** 1993: *Socialist Transitions and Prospects for change in Cuba*, in: Baloyra, Enrique A / Morris, James A. (Eds.): *Conflict and Change in Cuba*. Albuquerque, S. 38-63
- Baloyra, Enrique A.** 1994: *Where does Cuba stand?*, in: Schulz, Donald E.: *Cuba and the Future*. Westport/Con. und London, S. 23-40
- Bambirra, Vania** 1974: *La revolución cubana: una reinterpretación*. México
- Barredo, Lázaro/Rodríguez, Arleen** 2003: *El Camaján*. La Habana
- Bengelsdorff, Carolee** 1994: *The Problem of Democracy in Cuba*. New York
- Benítez Rojo, Antonio** 1986: *Power/Sugar/Literature: Toward a Reinterpretation of Cubanness*, in: *Cuban Studies*, 16, S. 9-32
- Benjamin, Medea** 1990: *Soul Searching*, in: *NACLA. Report on the Americas*, Vol. XXIV, 2, S. 23 – 31
- Betancourt, Ernesto** 1998: *Cuban Public Opinion Dynamics (1997-1998) and the Potential for Building a Civil Society*, in: *ASCE: Cuba in Transition*, Vol. 8, S. 365-385
- Betancourt, Ernesto F./Grenier, Guillermo** 1999: *Measuring Cuban Public Opinion: Economic, Social and Political Issues*, in: *ASCE: Cuba in Transition*, Vol. 9, S. 25-269
- Bettelheim, Charles/Castro, Fidel/Mandel, Ernest/Mora, Alberto** 1969: *Wertgesetz, Planung und Bewußtsein. Die Planungsdebatte in Cuba*. Frankfurt/M.
- Betto, Frei** 1986: *Fidel Castro y la Religión*. Santiago de Chile
- Birle, Peter** 2003: *Transformation und Anomie – Der Fall Polen*, in: Waldmann, Peter (Hrsg.): *Diktatur, Demokratisierung und soziale Anomie*. Augsburg, S. 275-299
- Blackburn, Robin** 1963: *Prologue to the Cuban Revolution*, in: *New Left Review*, 12, S. 52-91
- Blasier, Cole** 1993: *The End of Soviet-Cuban Partnership*, in: Mesa-Lago, Carmelo (Ed.): *Cuba after the Cold War*. Pittsburgh and London, S. 59-98
- Bobes, Velia Cecilia** 2003: *Democracy and the imaginary Citizen: The Obstacles of the Present and the Challenges of the Future*. Paper presented at the Conference “Cuba: The Challenges Ahead” Berlin 2.-5. Oktober 2003
- Bonachea, Ramón/San Martín, Marta** 1974: *The Cuban Insurrection, 1952-1959*. New Brunswick/NJ
- Bonachea, Ramón/Valdes, Nelson P.** 1972: *Revolutionary Struggle 1947-1958: The selected works of Fidel Castro*. Cambridge

- Boorstein, Edward** 1968: *The Economic Transformation of Cuba*. New York
- Bourne, Peter** 1990: *Fidel Castro. "Máximo Líder" der Kubanischen Revolution*. München
- Brezinski, Horst** 1993: Die Auswirkungen des Zusammenbruchs des Sozialismus in Osteuropa auf die Wirtschaft Kubas. Möglichkeiten der Anpassung, in: Sevilla, Rafael / Rode, Clemens (Hrsg.): *Kuba: die isolierte Revolution? Unkel/Rhein und Bad Honnef*, S. 227-240
- Brundenius, Claes** 1984: *Revolutionary Cuba: The Challenge of Economic Growth with Equity*. Boulder/Colo.
- Bunck, Julie Marie** 1994: *Fidel Castro and the Quest for a Revolutionary Culture in Cuba*. Pennsylvania
- Burchardt, Hans-Jürgen** 1996: *Kuba. Der lange Abschied von einem Mythos*. Stuttgart
- Burchardt, Hans-Jürgen** 1999: *Kuba – Im Herbst des Patriarchen*. Stuttgart
- Burchardt, Hans-Jürgen** 2002: Kuba nach Castro. Die neue Ungleichheit und das sich formierende neopopulistische Bündnis, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, Nr. 3, S. 67-89
- Caño Secade, María Carmen del** 1996: Relaciones raciales, proceso de ajuste y política social, in: *Temas*, Nr. 7, S. 58-65
- Carranza Valdés, Julio** 1996: Die Krise – eine Bestandsaufnahme. Die Herausforderungen, vor denen die kubanische Wirtschaft steht, in: Hoffmann, Bert (Hrsg.): *Wirtschaftsreformen in Kuba: Konturen einer Debatte*. 2. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main, S. 16-41
- Carranza, Julio/Gutiérrez, Luis/Monreal, Pedro** 1995: *Cuba – La restructuración de la economía – una propuesta para el debate*. Havana
- Caribbean and Central America Report (CaCAR)**, 2.12.1997: *Cuba's Economy slows down drastically*.
- Caribbean and Central America Report (CaCAR)**, 2.12.1998
- Casals, Beatriz C./Díaz-Briquets** 1999: Policy Framework to Adress Corruption in the Cuban Transition, in: *ASCE: Cuba in Transition*, Vol. 9, S. 443-451
- Castaneda, Rolando H.** 2005: Los efectos perversos de las sanciones de los Estados Unidos para una transición cubana, in: *ASCE: Cuba in Transition*, Vol. 15, S. 235-242
- Castro Mariño, Soraya M.** 2002: U.S.-Cuban Relations During the Clinton Administration, in: *Latin American Perspectives*, 29, 4, S. 47-76
- Castro Ruz, Fidel** 1976: Die Geschichte der kubanischen Revolution, Rede vor dem 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, in: *Antiimperialistisches Informationsbulletin*, Nr. 2, 1976, S. 14ff.
- Castro Ruz, Fidel** 1976b: *Ausgewählte Reden*. Berlin
- Castro Ruz, Fidel** 1983: José Martí. El autor intelectual. La Habana
- Castro Ruz, Fidel** 1986: Main Report of the Third Congress of the Communist Party of Cuba, in: *Granma Weekly Review*, 16. Februar
- Castro Ruz, Fidel** 1988: *Los derechos humanos 1959-1988*. Havana
- Castro Ruz, Fidel** 1989: *In Defense of Socialism. Four speeches on the 30th Anniversary of the Cuban Revolution*. New York
- Castro Ruz, Fidel** 1991: *Presente y futuro de Cuba*. Entrevista concedida a la revista *Sempre!*. Havana
- Castro Ruz, Fidel** 1992: *Un grano de maíz*. Conversación con Tomas Borge. La Habana
- Castro Ruz, Fidel** 1993: *Nuestra revolución no puede ni venderse ni entregarse*, in: *Granma*, 28.7.1993

- Castro Ruz, Fidel** 1996: "Einige dieser Maßnahmen sind uns zuwider." Dokumentation der Rede zur Legalisierung des US-Dollars, in: Hoffmann, Bert (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Kuba. Konturen einer Debatte. Frankfurt/M., S. 44-60
- Castro Ruz, Fidel** 1998: *History Will Absolve Me*. Annotated Edition. La Habana
- Casuso, Teresa** 1961: *Cuba and Castro*. New York
- Cejas Sánchez, Antonio** 1974: Sistemática de los delitos contra la seguridad del estado en la legislación vigente en Cuba, in: *Revista Cubana de Derecho*, nr. 3, S. 145-176
- Centeno, Miguel Angel** 2004: The Return of Cuba to Latin America: The End of Cuban Exceptionalism?, in: *Bulletin of Latin American Research*, Vol. 23, No. 4, S. 403-413
- Clarín**, 26.3.2003
- Clark, Juan** 1999: El pueblo cubano como consumidor, in: Córdova, Efrén (Ed.): 40 Años de Revolución. El legado de Castro. Miami/Fl., S. 179-218
- Código Penal de la República de Cuba** 1979. La Habana
- Código Penal de la República de Cuba** 1998. La Habana
- Coleman, Jonathan R.** 2001: The Economic Impact of U.S. Sanctions with Respect to Cuba, in: ASCE: *Cuba in Transition*, Vol. 11, S. 86-96
- Colomer, Josep M.** 1998: Salida, voz y hostilidad en Cuba, in: *América Latina, Hoy*, Nr. 18, S. 5-17
- Comisión Económica Para América Y El Caribe (CEPAL)** 2001: *Cuba: Informe Económico año 2000*. Ministerio de Economía y Planificación. Santiago de Chile
- Conniff, M.L.** (Hrsg.) 1999: *Populism in Latin America*, Tuscaloosa
- Constitución de la República de Cuba** 1976. La Habana
- Constitución de la República de Cuba** 1996. La Habana
- Córdova, Efrén** 1999: Las grandes líneas del sistema político, in: Córdova, Efrén (Ed.): 40 Años de Revolución. El legado de Castro. Miami/Fl., S. 11-32
- Corrales, Javier** 2002: The Survival of the Cuban Regime: A Political Economy Perspective, in: ASCE: *Cuba in Transition*, Vol. 12, S. 493-506
- Corrales, Javier** 2004: The Gatekeeper State: Limited Economic Reforms and Regime Survival in Cuba, 1989-2002, in: *Latin American Review*, Vol. 39, No. 2, S. 35-65
- Crabb, Mary Katherine** 2001 (zuerst 2000): The Political Economy of Caudillismo, in: Horowitz, Irving Luis / Suchlicki Jaime (Eds.): *Cuban Communism*, 10th Edition. New Brunswick, S. 160-181
- Cuban American Research Project (CERP)** 1965: *A Study on Cuba*. Coral Gables
- Cubanet**, 23.3.1999, im Internet unter <http://www.cubanet.org>
- Cubanet**, 5.7.2000, im Internet unter <http://www.cubanet.org>
- Cubanet**, 21.1.2001, im Internet unter <http://www.cubanet.org>
- Cubanet**, 18.3.2001, im Internet unter <http://www.cubanet.org>
- Cubanet**, 17.4.2001, im Internet unter <http://www.cubanet.org>
- Cubanet**, 1.8.2001, im Internet unter <http://www.cubanet.org>
- Cubanet**, 30.8.2001, im Internet unter <http://www.cubanet.org>
- Cubanet**, 21.5.2004, im Internet unter <http://www.cubanet.org>
- Cubanet**, 22.6.2004, im Internet unter <http://www.cubanet.org>
- Cubanet**, 15.7.2004, im Internet unter <http://www.cubanet.org>
- Cubanet**, 5.4.2005, im Internet unter <http://www.cubanet.org>
- Dalpino, Catharin E.** 2000: *Defferring Democracy: Promoting Openness in Authoritarian Regimes*. Washington D.C.
- Debray, Régis** 1967: *Revolution in der Revolution? Bewaffneter Kampf und politischer Kampf in Lateinamerika*. München

- Diamond, Larry/Linz, Juan J./Lipset, Seymour Martin (Eds.)** 1989: Democracy in Developing Countries. Boulder/Colo.
- Diamond, Larry/Linz, Juan J./Lipset, Seymour Martin (Eds.)** 1990: Politics in Developing Countries. Boulder/Colo.
- Díaz-Briquets, Sergio/Pérez-López, Jorge** 2006: Corruption in Cuba. Castro and Beyond. Austin/Texas
- Die Tageszeitung (TAZ)**, 22.1.1996
- Dilla Alfonso, Haroldo** 1995: Socialismo, empresas y participación obrera, in: Rodríguez Beruff, Jorge (Comp.): Cuba en crisis: Perspectivas económicas y políticas. San Juan/Puerto Rico, S. 101-121
- Dilla, Haroldo** 2003: Cuba: consensus in retreat. Paper presented at the Conference "Cuba: the Challenges Ahead" Berlin 2.-5. Oktober
- Dilla, Haroldo/González, Gerardo/Vicentelli, Ana Teresa** 1995: Participación y desarrollo en los municipios cubanos, in: Rodríguez Beruff, Jorge (Comp.): Cuba en crisis: perspectivas económicas y políticas. San Juan/Puerto Rico, S. 59-100
- Dilla, Haroldo/Hernández, Rafael / Limia, Miguel u.a.** 1999: Sociedad civil en los 90: el debate cubano, in: Temas, Nr. 16-17, S. 155ff.
- Dilla, Haroldo/Oxhorn, Philip** 2001: Virtues and Problems of Civil Society in Cuba, in: Nueva Sociedad, 171, S. 157-175
- Dilla, Haroldo/Oxhorn, Philip** 2002: The Virtues and Misfortunes of Civil Society in Cuba, in: Latin American Perspectives, 29, 4, S. 11-30
- Dirmoser, Dietmar** 1996: Castros Kuba: Anachronismus oder Transformation?, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 4, S. 404-418
- Dirmoser, Dietmar** 1999: Dynamische Stagnation in Cuba, in: Politik und Gesellschaft *Online*, im Internet unter: http://www.fes.de/ipg/ipg1_99/artdirmoser.html (19.1.2005)
- Domínguez García, María Isabel** 1996: La formación de valores en la Cuba de los años 90: un enfoque social, in: Fabelo, José Ramón u.a. (eds.): La formación de valores en las nuevas generaciones. «Una campaña de espiritualidad y de conciencia». La Habana, S. 28-45
- Domínguez García, María Isabel** 1998: Integración social y juventud cubana: un estudio, in: Revista Bimestre Cubana, Vol. LXXXIII, Enero-Junio 1998, 8, S. 97 – 110
- Domínguez, Jorge I** 1978: Cuba. Order and Revolution. Cambridge/Mass. und London
- Domínguez, Jorge I.** 1989: To Make a World Safe for Revolution. Cuba's Foreign Policy. Cambridge/London
- Domínguez, Jorge** 1990: Cuba since 1959, in: Bethell, Leslie (Ed.): The Cambridge History of Latin America, Vol. VII. Cambridge u.a., S. 457-508
- Domínguez, Jorge I.** 1993: Secrets of Castro's Staying Power, in: Foreign Affairs, 72, 2, S. 97-107
- Domínguez, Jorge I.** 1993a: The Political Impact on Cuba of the Reform and Collapse of Communist Regimes, in: Mesa-Lago, Carmelo (Ed.): Cuba after the Cold War. Pittsburgh and London, S. 99-132
- Domínguez, Jorge I.** 1994: Leadership strategies and mass support: Cuban politics before and after the 1991 Communist Party Congress, in: Pérez-López, Jorge F. (Ed.): Cuba at a Crossroads: Politics and Economics after the Fourth Party Congress. Gainesville/Fl., S. 1-18
- Domínguez, Jorge I.** 1996: La transición política en Cuba, in: Encuentro de la cultura cubana, 1, S. 5-12

- Domínguez, Jorge I.** 1997a: US-Cuban Relations: From the Cold War to the Colder War, in: *Journal of Interamerican Studies & World Affairs*, Vol. 39, S. 49-75
- Domínguez, Jorge I.** 1998: Why the Cuban Regime Has Not Fallen, in: Horowitz, Irving Luis / Suchlicki, Jaime (Eds.): *Cuban Communism*, 9th Edition, New Brunswick and London, S. 680 – 687 (zuerst: 1995)
- Donate Armada, Maida** 1994: Las condiciones de vida en Cuba: efectos sociales y psicologicos, in: ASCE: *Cuba in Transition*, Vol. 4
- Donate-Armada, Maida** 1996: Sociedad Civil, control social y estructura del poder en Cuba, in: ASCE: *Cuba in Transition*, Vol. 6, S. 283-299
- Donate-Armada, Maida** 1998: *Suicide in Miami and Cuba*. Miami
- Draper, Theodore** 1962: *Castro's Revolution. Myths and Realities*. London/New York
- Draper, Theodore** 1965: *Castroism: Theory and Practice*. London/New York
- Echevarría León, Dayma/Blanco Rosales, Humberto** 2003: *Apuntes sobre el Proceso de Perfeccionamiento Empresarial*. La Habana
- Echevarría León, Dayma/García García, Silvia** 2002: *Reflexiones sobre el Proceso Perfeccionamiento Empresarial*. La Habana
- Eckstein, Susan** 1994: *Back from the Future. Cuba under Castro*. Princeton
- Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC)** 2000: *La economía cubana: reformas estructurales y desempeño en los noventa*. 2. ed. Mexico City
- Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC)** 2003: *Balance preliminar de las economías de América Latina*. Santiago de Chile
- Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC)** 2000a: *Balance preliminar de las economías de América Latina*. Santiago de Chile
- Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC)** 2004: *Cuba: evolución económica durante 2003*. Mexico City
- Elinson, Hannah** 1999: *Cuba's Jineteros: Youth Culture and Revolutionary Ideology*. Cuba Briefing Papers, Nr. 20. Washington
- Encuentro de la Cultura Cubana** 2003: Especial – Represión en Cuba, S. 112ff.
- Engelhardt, Nicola/Kahlcke, Jan** 1996: Der Fall Cuba: ¡Democracia o muerte!, in: Hanisch, Rolf (Hrsg.): *Demokratieexport in die Länder des Südens?* Hamburg, S. 367 – 403
- Enzensberger, Hans Magnus** 1969: Bildnis einer Partei. Vorgeschichte, Struktur und Ideologie der PCC, in: *Kursbuch*, 18, S. 192-216
- Erikson, Daniel** 2005: Cuba, China, Venezuela: New Developments, in: ASCE: *Cuba in Transition*, Vol. 15, S. 410-418
- Erisman, H. Michael** 2000: *Cuba's Foreign Relations in a Post-Soviet World*. Gainesville/Florida
- Espina Prieto, Mayra** 1998: Panorama de los efectos de la reforma sobre la estructura social cubana: grupos tradicionales y emergentes. *Vortrag auf dem XXI. Kongreß der Latin American Studies Association (LASA)*. Chicago
- Espina Prieto, Mayra** 2001a: "Género y cambios en la estructura socioclasista cubana en los 90", im Internet unter: <http://www.clas.berkeley.edu:7001/Events/spring2001/01-29-01-espina/paper.html> (19.1.2005)
- Espinosa, Juan Carlos** 1999: Civil Society in Cuba: The Logic of Emergence in Comparative Perspective, in: ASCE: *Cuba in Transition*, Vol. 9, S. 346 – 367
- Estatutos del PCC** 1976. La Habana
- Evenson, Debra** 1990: The Changing Role of Law in Revolutionary Cuba, in: Halesky, Sandor / Kirk, John M. (Eds.): *Transformation and Struggle. Cuba Faces the 1990s*. New York u.a., S. 53-66

- Evenson, Debra** 1994: Revolution in the Balance. Law and Society in Contemporary Cuba. Boulder u.a.
- Fabian, Horst** 1981: Der kubanische Entwicklungsweg. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung. Köln
- Fabian, Horst** 1993: Ist Kuba der nächste Domino? – Kuba und Osteuropa, in: Sevilla, Rafael / Rode, Clemens (Hrsg.): Kuba: die isolierte Revolution? Unkel/Rhein und Bad Honnef, S. 101-115
- Fabienke, Rikke** 2001: Labour Markets and Income Distribution During Crisis and Reform, in: Brundenius, Claes/Weeks, John (Eds.): Globalization and Third World Socialism: Cuba and Vietnam. Houndsmills/England, S. 102-128
- Fagen, Richard R.** 1969: The Transformation of Political Culture in Cuba. Stanford/Cal.
- Fernández, Armando/Dilla, Haroldo** 1998: Päpstlicher Beistand, Steuerprobleme und die Frage, was nach Castro kommt, in: Lateinamerika-Nachrichten, 285, S. 25-29
- Fernández, Damian J.** 1993: Youth in Cuba: Resistance and accommodation, in: Balyra, Enrique A. / Morris, James A. (Eds.): Conflict and Change in Cuba. Albuquerque, S. 189-211
- Fernández, Damian J.** 1994: Informal Politics and the Crisis of Cuban Socialism, in: Schulz, Donald E.: Cuba and the Future. Westport/Con. und London, S. 69-81
- Fernández, Damian J.** 1998: Passion and Democracy in Cuba, in: Kelly, Philip (Ed.): Assessing Democracy in Latin America. Boulder/Colo., S. 158-172
- Fernández, Damian J.** 2003: Searching for Civil Society in Cuba, in: Horowitz, Irving Louis/Suchlicki, Jaime (Eds.): Cuban Communism 1959-2003. 11th Ed., New Brunswick and London, S. 225-240
- Ferrer, Ada** 1999: Insurgent Cuba: Race, Nation, and Revolution, 1868-1898. Chapel Hill und London
- Ferriol Muruaga, Angela** 1998: Pobreza en condiciones de reforma económica: el reto a la equidad en Cuba. Vortrag auf dem XXI. Kongreß der Latin American Studies Association. Chicago
- Ferriol Muruaga, Angela** 1999: External Opening, Labor Market and Inequality of Labor Incomes, im Internet unter: www.undp.org/rblac/liberalization/docs/cuba_eng.pdf (19.1.05)
- Ferriol Muruaga, Angela** 2001: Apertura externa, Mercado laboral y política social, im Internet unter <http://www.nodo50.org/cubasigloXXI/economia2.htm>.
- Figueras, Miguel** 1994: Aspectos estructurales de la economía cubana. La Habana
- Fogel, Jean-Francois** 2003: Fidel y su círculo de poder, in: El País Semanal, No 1409, 28.9.2003, S. 42-59
- Font, José Antonio** 1999: Organización y formación democrática en Cuba, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 9, S. 201-203
- Font, Mauricio A.** 1998: Friendly Prodding and Other Sources of Change in Cuba, im Internet unter: <http://www.soc.qc.edu/procuba/sourch.html>
- Font, Mauricio A.** 1998a: Cuba and Latin America: The Political Dimension, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 8, S. 23-38
- Fontaine, Pascal** 1997: Kuba: Der fast nicht enden wollende Totalitarismus, in: Courtois, Stéphane u.a. (Hrsg.): Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München, S. 711-730
- Fraginals Moreno, M.** 1997: 'Transition to What?', in Centeno, M.A. / Font, M. (eds) Toward a New Cuba? Legacies of a Revolution, S. 211-16
- Frankfurter Allgemeine (FAZ)**, 29.4.1996
- Frankfurter Allgemeine (FAZ)**, 11.8.1997
- Frankfurter Allgemeine (FAZ)**, 15.3.1997

- Frankfurter Allgemeine (FAZ)**, 7.4.2003
- Frankfurter Rundschau**, 7.9.1996
- Franqui, Carlos** 1980: *Diary of the Cuban Revolution*. New York
- Franqui, Carlos** 1985: *Family Portrait with Fidel*. New York
- Free, Lloyd A.** 1960: *Attitudes of the Cuban People Toward the Castro Regime*. Princeton
- Friedrich, Carl Joachim/Brzezinski, Zbigniew** 1974: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur, in: Seidel, Bruno / Jenkner, Siegfried (Hrsg.): *Wege der Totalitarismus-Forschung*. Darmstadt, S. 600-617
- Frieß, Hans-Jürgen** 2001: Anomie und Stabilität, in: *Welttrends*, 32, S. 161-176
- Frieß, Hans-Jürgen** 2003: Gesellschaftliche Doppelmoral und politische Stabilität. Das Castro-Regime auf Kuba, in: Waldmann, Peter (Hrsg.): *Diktatur, Demokratisierung und soziale Anomie*. Augsburg, S. 95-118
- Fuente, Alejandro de la** 1998: *Recreating Racism: Race and Discrimination in Cuba's "Special Period"*, Cuba Briefing Paper Series Nr. 18, im Internet unter: <http://sfswww.georgetown.edu/sfs/programs/clas/caribe/bp.racism.htm>
- Fuente, Alejandro de la** 1999: *Race, Ideology, and Culture in Cuba: Recent Scholarship*, in: *Latin American Research Review*
- Fuente, Alejandro de la** 2001: *The Resurgence of Racism in Cuba*, in: *NACLA Report on the Americas*, 34, 6, S. 29-34
- Fuente, Alejandro de la/Glasco, Laurence** 1997: *Are Blacks "Getting out of Control"?* Racial Attitudes, Revolution, and Political Transition in Cuba, in: Angel Centano, Miguel / Font, Mauricio (Eds.): *Toward a New Cuba? Legacies of a Revolution*. Boulder and London, S. 53 - 72
- Fukuyama, Francis** 1992: *The End of History and the Last Man*. New York
- Furtak, Robert K.** 1990: *Kuba: Dreißig Jahre Revolution*, in: *Jahrbuch Dritte Welt* 1990. München, S. 257-275
- Fusco, Coco** 1997: *Jineteras en Cuba*, in: *Ecuentero de la cultura cubana*, 4/5, S. 53-64
- Gaceta Oficial de la Republica de Cuba** 1995: *Ley de la inversión extranjera*. La Habana, 6.9.1995
- Geyer, Georgie Anne** 1991: *Guerilla Prince. The Untold Story of Fidel Castro*. Boston u.a.
- Goetze, Dieter** 1973: *Charisma, Innovation und Traditionalismus: der Fall Kuba*, in: *Die Dritte Welt*, Jg. 2, S. 297-319
- Goetze, Dieter** 1977: *Charisma und politische Führung in der cubanischen Revolution*, in: *Berichte zur Entwicklung in Spanien, Portugal und Lateinamerika*, 2. Jg., No. 12, S. 30-35
- Goetze, Dieter** 1978: *Politischer Entwicklungsprozess und Manifestation der Gewalt in der Cubanischen Revolution*, in: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas*, 15, S. 135-173
- Goldenberg, Boris** 1965: *The Cuban Revolution and Latin America*. New York
- Gomez, Andy S./Rothe, Eugenio M.** 2004: *Value Orientations and Opinions of Recently Arrived Cubans in Miami: Methodology and Selected Results*, in: *ASCE: Cuba in Transition*, Vol. 14, S. 231-245
- González Gutiérrez, Alfredo** 1997: *Economía y sociedad: los retos del modelo económico*, in: *Temas*, Nr. 11, S. 4-29
- González, Edward** 1974: *Cuba under Castro. The Limits of Charisma*. Boston u.a.
- González, Edward** 1996: *Cuba. Clearing Perilous Waters?* Santa Monica u.a.
- González, Edward** 2004: *Cuba after Castro. Legacies, Challenger, and Impediments*. Santa Monica u.a.

- González-Corzo, Mario A.** 2006: Cuba's De-Dollarization Program: Principal Characteristics and Possible Motivations, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 16, S. 57-64
- Granma Weekly Review**, 11.5.1969
- Granma Weekly Review**, 2. 8.1970
- Granma Weekly Review**, 4. 1.1976
- Granma Weekly Review**, 2.11.1986
- Granma Weekly Review**, 16. 2. 1986
- Granma International**, 31.3.1991
- Granma International**, 26.5.1991
- Granma International**, 18.10.1992
- Granma International**, 27.12.1992
- Granma International**, 14.3.1993
- Granma International**, 5.5.1993
- Granma International**, 4.1.1995
- Granma Internacional**, 10.4.1996
- Granma International** (deutsch), Oktober 1997
- Granma International**, 22.1.1998
- Granma International**, 3.3.1998
- Granma International**, 17.6.1999
- Granma International**, 22.6.2000
- Granma International**, 23.6.2000: Interview Federico Mayor Zaragoza with Fidel Castro (28.1.2000)
- Granma International**, 3.2.2003
- Granma International**, 12.9.2003
- Granma International**, 7.1.2004
- Granma**, 9.10.1986
- Granma**, 27.11.1986
- Granma**, 24.3.1992
- Granma**, 24.11.1995
- Granma**, 9.10.1997: La unidad es el arma indestructible del pueblo, S. 6
- Granma**, 29.10.1997: Informe Central, S. 13
- Granma**, 23.12.2000
- Granma**, 2.4.2001
- Granma**, 14.4.2001
- Granma**, 3.1.2002
- Granma**, 16.4.2003
- Gras Mediaceja, Miriam** 1996: El sistema de gobierno Cubano: control vs autonomía. La Habana (unveröffentlichtes Manuskript)
- Gras Mediaceja, Miriam** 1998: La sociedad civil cubana: Valores, creencias, actores y redes informales de comunicación. La Habana (unveröffentlichtes Manuskript)
- Gratius, Annette** 1999: Kuba 1999: Zwischen Repression und Agonie, in: Brennpunkt Lateinamerika. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, 10, S.75-82
- Gratius, Susanne** 2001: Das Verhältnis Europa- Kuba: Der Antagonismus zwischen wirtschaftlicher Annäherung und politischer Distanz, in: Ette, Ottmar /Franzbach, Martin: Kuba. Politik, Wirtschaft, Kultur, Frankfurt/M., S. 193 – 219
- Gratius, Susanne** 2003: Kuba unter Castro – Das Dilemma der dreifachen Blockade. Die kontraproduktive Politik der 'Demokratieförderung' seitens der USA und der EU. Opladen
- Griffin, Clifford E.** 1992: Cuba: The domino that refuses to fall. Can Castro survive the 'special period'?, in: Caribbean Affairs, Vol. 5, 1, S. 24-42
- Guevara, Ernesto (Ché)** 1967: Socialism and Man in Cuba. Havana

- Gunn, Gillian** 1995: Cuba's NGOs: Government puppets or seeds of civil society. Cuba Briefing Paper Number 7. Washington D.C.
- Gunn, Gillian** 1996: Unterwanderung oder Rettungsanker des Sozialismus? Die sozialen Folgen steigender Auslandsinvestitionen in Kuba, in: Hoffmann, Bert (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Kuba: Konturen einer Debatte. 2. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main, S. 152-181
- Gutelman, M.** 1967: L'agriculture socialisé à Cuba. Enseignements et perspectives. Paris
- Gutiérrez Urdaneta, Luis/Monreal González, Pedro/Carranza Valdés, Julio** 1996: La desmonetización de la economía cubana: una revisión de las alternativas. La Habana (CEA). Memo
- Habel, Janette** 1993: Kuba. Die Revolution in Gefahr. Köln
- Habel, Janette** 1997: Kuba. Gesellschaft im Übergang. Köln
- Hammond, Jack** 1999: The High Cost of Dollars, in: NACLA. Report on the Americas, Vol. XXXII, 5, S. 24f.
- Hartmann, Christof** 1999: Externe Faktoren im Demokratisierungsprozess: Eine vergleichende Untersuchung afrikanischer Länder. Opladen
- Hawkins, Darren** 1998: Sustaining Authoritarian Rule: Democratization Theory Meets Cuba, Draft Paper, presented at the XXI LASA Conference in Chicago, Illinois, Sept. 24-26, 1998
- Helfrich, Silke** 2006: „Business as usual“ nach der vorläufigen Machtübergabe in Havanna?. Bericht der Heinrich-Böll-Stiftung für Mexiko, Zentralamerika und die Karibik, im Internet unter: www.boell.de/weltweit/lateinamerika/lateinamerika.html
- Henkel, Knut** 1996: Kuba zwischen Plan und Markt. Die Transformation zur „dualen Wirtschaft“ seit 1985. Hamburg.
- Henken, Ted** 2000: Last Resort or Bridge to the Future? Tourism and Workers in Cuba's Second Economy, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 10, S. 321-336
- Henken, Ted** 2001: An Analysis of Decree-Law No. 171 on Private Home Rentals, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 11, S. 372-378
- Henken, Ted** 2002: "Vale todo" (Anything Goes): Cuba's *Paladares*, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 12, S. 344-353
- Henken, Ted** 2004: Between Ideology and Pragmatism: The Revolution and the Private Sector before the Special Period, 1959-1990, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 14, S. 212-223
- Hennessy, Alistair** 1989: The Cuban Revolution: A Wider View, in: Journal of Communist Studies, Vol. 5, no. 4, S. 3ff.
- Hernández, Rafael** 1995: Cuba y los cubano-americanos: el impacto del conflicto EE.UU.-Cuba en sus relaciones presentes y futuras, in: Cuadernos de Nuestra America, Vol. XII, 23, S. 4 – 22
- Hernández, Rafael** 1998: ¿Hacia una nueva sociedad socialista? Cambios, crisis y configuraciones sociales en Cuba, in: Nueva Sociedad, Caracas, 157, S. 137-153
- Hernández, Rafael** 2002: Frozen Relations. Washington and Cuba after the Cold War, in: NACLA. Report on the Americas, Vol. 35, 4, S. 21-26
- Herzka, Alfred** 1998: Kuba. Abschied vom Kommandanten. Frankfurt/M.
- Herzka, Alfred** 2001: Delinquenz – eine 5. Kolonne?, in: Der Überblick: Zeitschrift für ökonomische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Nr. 37, S. 86-89
- Hirschman, Albert O.** 1970: Exit, Voice, and Loyalty: Responses to Decline in Firms, Organizations, and States. Cambridge
- Hirschman, Albert O.** 1993: Exit, Voice, and the Fate of the German Democratic Republic: An Essay in Conceptual History, in: World Politics, Vol. 45, No. 2, 173-202

- Hodge, G. Derrick** 2001: Colonialization of the Cuban Body. The Growth of Male Sex Work in Havana, in: NACLA. Report on the Americas, Vol. 34, 5, S. 20 – 28
- Hoffmann, Bert** (Hrsg.) 1996: Wirtschaftsreformen in Kuba: Konturen einer Debatte. 2. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main
- Hoffmann, Bert** 1996a: Die Rückkehr der Ungleichheit. Kubas Sozialismus im Schatten der Dollarisierung, in: Hoffmann, Bert (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Kuba: Konturen einer Debatte. 2. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main, S. 101-133
- Hoffmann, Bert** 1996b: Kubanische Comebacks, in: Gabbert u.a. (Hrsg.): Offene Rechnungen. Lateinamerika Analysen und Berichte 20. Bad Honnef, S. 139-158
- Hoffmann, Bert** 1996c: Kuba im Dilemma des Währungs dualismus, in: Nord-Süd aktuell, 3, S. 536-542
- Hoffmann, Bert** 1998: Transformation und Kontinuität in Kuba. (Manuskript) (erschienen 1998 in: Hopfmann, Arndt / Wolf, Michael (Hg.): Transformation und Interdependenz. Beiträge zu Theorie und Empirie der mittel- und osteuropäischen Systemwechsel. Münster, S. 261-286)
- Hoffmann, Bert** 1999: La economía política de la crisis y transformación en Cuba. Un breve balance y pautas de interpretación, in: Burchhardt, Hans-Jürgen (Ed.): La última reforma agraria del siglo, Caracas, S. 59-69
- Hoffmann, Bert** 1999b: The Cuban Transformation as a Conflict Issue in the Americas. Hamburg
- Hoffmann, Bert** 2000: Aus dem Norden nichts Neues? Der Fall Kuba als „intermestic affair“ der US-Politik. Printfassung des Vortrags auf der ADLAF-Jahrestagung 2000 in Berlin, 17.11.2000, im Internet unter: <http://www.duei.de/iik/show.php/de/content/mitarbeiter/hoffmann> (8.1.2005)
- Hoffmann, Bert** 2000a: Kuba. München
- Hoffmann, Bert** 2000b: NGOs in Kuba: Die Zivilgesellschaft im Sozialismus und ihre Grenzen, in: Hengstenberg, Peter/Kohut, Karl/Maihold, Günther (Hrsg.): Zivilgesellschaft in Lateinamerika. Interessensvertretung und Regierbarkeit. Frankfurt/Main, S. 383-401
- Hoffmann, Bert** 2001: Außenpolitik, internationale Beziehungen und das Verhältnis zu den USA. Veränderungen und Kontinuitäten seit 1989, in: Ette, Ottmar/Franzbach, Martin: Kuba. Politik, Wirtschaft, Kultur, Frankfurt/M., S. 153-191
- Hoffmann, Bert** 2003: Chronologie 2002, in: Bodemer, Klaus/Nolte, Detlef/Sangmeister, Hartmut (Hrsg.): Lateinamerika-Jahrbuch, Nr. 12. Frankfurt/M.
- Hoffmann, Bert** 2003a: 90 Meilen – Ein Frontverlauf. Kalter Krieg zwischen Washington, Miami und Havanna, in: Freitag, 12.9.2003
- Hoffmann, Bert** 2004: The Politics of the Internet in Third World Development. Challenges in Contrasting Regimes with Case Studies of Costa Rica and Cuba. New York
- Hoffmann, Bert** 2005: Emigration and Regime Stability: Explaining the Persistence of Cuban Socialism, DÜI Working Papers Global and Area Studies No. 2, June 2005
- Hoffmann, Bert/Whitehead, Laurence** 2006: Cuban Exceptionalism Revisited; GIGA Working Paper No 28, Hamburg
- Hofmann, Stefan** 2004: Mythos Castro verblässend. Die UN-Menschenrechtskommission prangert Unterdrückung der Opposition auf Kuba an, in: KAS-AI, 7, S. 50-66
- Hopfmann, Arndt/Wolf, Michael (Hg.)** 1998: Transformation und Interdependenz. Beiträge zu Theorie und Empirie der mittel- und osteuropäischen Systemwechsel; Münster

- Horowitz, Irving Louis** 1998: Military Origin and Evolution of the Cuban Revolution, in: Horowitz, Irving Luis/Suchlicki, Jaime (Eds.): Cuban Communism, 9th Edition, New Brunswick and London, S. 566-595 (zuerst: 1975)
- Huberman, Leo/Sweezy, Paul M.** 1960: Cuba: Anatomy of a Revolution. New York
- Huberman, Leo/Sweezy, Paul M.** 1968: Cuba – Anatomie einer Revolution. Frankfurt
- Human Rights Watch/America** 1995: Cuba: Improvements without Reform. New York, Heft 10
- Huntington, Samuel** 1991: The Third Wave. Democratization in Late Twentieth Century. London
- Ibarra, Jorge** 1998: Prologue to Revolution: Cuba, 1898-1959. Boulder/Colo.
- Ichikawa Morin, Emilio** 2003: The Moral Basis of Cuban Society, in: Horowitz, Irving Louis/Suchlicki, Jaime (Eds.): Cuban Communism 1959-2003. 11th Ed., New Brunswick and London, S. 329 – 340
- IGFM 2004: Immer mehr Gefängnisse auf Kuba. Der kubanische GULag wächst, im Internet unter <http://www.igfm.de/index.php?id=586>
- International Commission of Jurists** 1962: Cuba and the Rule of Law. Geneva
- Istituto De Relaciones Europeo-Latinoamericanas (IRELA)** 1990: Cuba: El desafío del cambio. Dossier 27. Madrid
- Istituto De Relaciones Europeo-Latinoamericanas (IRELA)** 1994: Cuba: Apertura económica y relaciones con Europa. Madrid
- Istituto De Relaciones Europeo-Latinoamericanas (IRELA)** 1999: 40 años de la revolución cubana: transición hacia dónde?. Dossier No. 61. Madrid
- Jatar-Hausmann, Ana Julia** 1999: The Cuban Way. Capitalism, Communism and Confrontation, West Hartford
- Jorge, Antonio** 2000: The U.S. Embargo and the Failure of the Cuban Economy, in: Horowitz, Irving Louis / Suchlicki, Jaime (Eds.): Cuban Comunism, 10th Edition, New Brunswick und London, S. 263-278
- Kapcia, Antoni** 1996: Cuba after the Crisis. Revolutionizing the Revolution, London (Conflict Studies, No 276)
- Kapcia, Antoni** 1997: Ideology and the Cuban Revolution: Myth, Icon, and Identity, in: Fowler, Will (Ed.): Ideologues and Ideologies in Latin America, S. 83-103
- Kapcia, Antoni** 2006. Political change in Cuba: the domestic context for foreign policy, in: Erisman, H.M./KIRK, J.M. (eds.): Redefining Cuban foreign policy: the impact of the 'Special Period'. Gainesville/Fl., S. 23-48
- Karl, Terry Lyn** 1990: Dilemmas of democratization in Latin America, in: Comparative Politics, Vol. 23, 1, S. 1-21
- Karol, K.S.** 1971: Guerilla in Power. The Course of the Cuban Revolution. London
- Kaufman Purcel, Susan** 1991: Collapsing Cuba, in: Foreign Affairs, 4, S. 123ff.
- Kaufman Purcel, Susan** 2000: Why the Cuban Embargo makes sense in a Post-Cold War World, in: dies./Rothkopf, David J (Eds.): Cuba. The Conours of Change. Boulder und London, S. 81-105
- Kaufman Purcell, Susan** 2000a: Cuba: Economic Sanctions and American Diplomacy, in: Horowitz, Irving Louis / Suchlicki, Jaime (Eds.): Cuban Communism, 10th Edition, New Brunswick und London, S. 550-571
- Keplak, Hal** 2000: Cuba's Foreign and Defence Policies in the "Special Period", im Internet unter: <http://www.focal.ca>
- Kline, Harvey F.** 1979: Cuba: the politics of socialist revolution, in: Wiarda, Howard J. / Kline, Harvey F. (Eds.): Latin American politics & development. Boston u.a.; S. 435-469

- Krämer, Raimund** 1998: Der alte Mann und die Insel. Essays zu Politik und Gesellschaft in Kuba. Berlin
- Krumwiede, Heinrich** 2000: Politischer Problemfall Cuba: Wandlungsperspektiven des Landes und Handlungsoptionen externer Akteure. Ebenhausen
- Krumwiede, Heinrich W./Trummer, Peter I.** 1997: Befreiungsbewegungen/Guerilla, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 4 (hrsg. von Dieter Nohlen, Peter Waldmann und Klaus Ziemer). München, S. 75-84
- Kummels, Ingrid** 1996: Der Alltag der Krise. Betrachtungen einer Ethnologin zum Gegen-, Mit- und Ineinander verschiedener Weltbilder in der kubanischen Alltagskultur, in: Hoffmann, Bert (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Kuba: Konturen einer Debatte. 2. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main, S. 184-197
- Landau, Saul** 1989: Asking the Right Questions about Cuba, in: Brenner, Philip u.a. (Eds.): The Cuba Reader: Making of a Revolutionary Society. New York
- LeoGrande, William M.** 1978: Continuity and Chance in the Cuban Political Elite, in: Cuban Studies, Vol. 8, S. 1-32
- LeoGrande, William M.** 1997: Enemies evermore: US Policy towards Cuba after Helms-Burton, in: Journal of Latin American Studies, 29, S. 211-221
- León, Francisco** 1997: Socialism and *Sociolismo*: Social Actors and Social Change in 1990s Cuba, in: Angel Centano, Miguel / Font, Mauricio (Eds.): Toward a New Cuba? Legacies of a Revolution. Boulder and London, S. 39-52
- Limia David, Miguel** 1991: Las contradicciones esenciales de la sociedad cubana contemporánea, in: Revista Cubana de Ciencias Sociales, 25, S. 81-103
- Limia, Miguel** 1995: "Article", in: NACLA. Report on the Americas, Vol. XXIX, 2, S. 23-24
- Linz, Juan** 1978: The Breakdown of Democratic Regimes: Crisis, Breakdown, and Reequilibrium. Baltimore
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred** 1996: Problems of Democratic Transitions and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe. Baltimore und London
- Linz, Juan J.** 2000: Totalitäre und autoritäre Regime. Potsdam
- Liss, Sheldon** 1987: Roots of Revolution: Radical Thought in Cuba. Lincoln
- Liss, Sheldon** 1994: Fidel! Castro's Political and Social Thought. Boulder u.a.
- Lockwood, Lee** 1969: Castros Cuba, Cubas Fidel. New York
- López García, Delia Luisa** 1999: Economic Crisis, Adjustments, and Democracy in Cuba, in: Bell Lara, José: Cuba in the 1990s. La Habana, S. 11 – 51
- López, Juan J.** 2000: The Nontransition in Cuba: Problems and Prospects for Change, in: Horowitz, Irving Louis / Suchlicki, Jaime (Eds.): Cuban Communism, 10th Edition, New Brunswick und London, S. 787 – 821 (zuerst 1999)
- López, Juan J.** 2003: Democracy delayed: The Case of Castro's Cuba. Baltimore/Maryland
- Löwy, Michael** 1991: Die cubanische Revolution 1953-1961, in: Perspektiven, Nr. 7/8, S. 8-10
- Lutjens, Sheryl L.** 1996: Fixing *Filtraciones*: Decentralization, the State, and the 1990s in Cuba, in: Domínguez, Jorge I. (Ed.): Cuban Studies, Vol. 26. Pittsburgh, S. 1-33
- MacEwan, Arthur** 1981: Revolution and Economic Development in Cuba. London
- MacEwan, Arthur** 1990: Transition from authoritarian rule, in: Latin American Perspectives, Vol. 15, 3, S. 115-130
- Machado Rodríguez, Darío L.** 2000: Cuba. Ideología revolucionaria. La Habana
- Madlener, Kurt** 1993: Die Entwicklung des kubanischen Strafrechts nach der Revolution, in: Sevilla, Rafael/Rode, Clemens (Hrsg.): Kuba. Die isolierte Insel?. Unkel/Rhein und Bad Honnef, S. 278-303

- Maestre Alfonso, Juan** 1998: Vectores jurídicos y políticos de la dinámica cubana, in: Gutiérrez Escudero, Antonio / Laviana Cuetos, María Luisa (eds.): Cuba entre dos revoluciones. Un siglo de historia y cultura cubanas. Sevilla, S. 83-106
- Maihold, Günther** 2007: Venezuela en retrospectiva: los pasos hacia el régimen chavista. Madrid
- Mainwaring, Scott** 1992: Transitions to democracy and democratic consolidation: Theoretical and comparative issues, in: Mainwaring, Scott/O'Donnell, Guillermo/Valenzuela, J. Samuel (Eds.): In Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective, S. 294-341
- Mankiewicz, F./Jones, K.** 1975: With Fidel: A Portrait of Castro and Cuba. New York
- Marquetti, Hiram/Pérez, Omar** 1995: La economía cubana: actualidad y tendencias, in: Economía y Desarrollo, Nr. 1, S. 33-53
- Martínez Lara, Samuel** 1998: La psiquiatría en Cuba, im Internet unter: <http://www.sigloxxi.org/Anexos-libro/anex-20.htm>
- Martini, Mareike/Stopp, Tina** 2006: Kuba. Eine Insel zwischen ökonomischen Zwängen und ideologischen Träumen. Frankfurt/M.
- Mastrapa, Armando F. III** 2001: Equipo de Coordinación y Apoyo al Comandante en Jefe: Cuba's Parallel Government?, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 11, S. 476-480
- Matthews, Herbert L.** 1969: Castro. Political Leaders of the Twentieth Century. New York
- Matthews, Herbert L.** 1970: Castro. A Political Biography. Harmondsworth
- Matthews, Herbert L.** 1975: Revolution in Cuba. New York
- Mayntz, Renate** 1997: Soziale Dynamik und politische Steuerung: theoretische und methodologische Überlegungen. Frankfurt/M.
- Medin, Tzvi** 1990: Cuba: the Shaping of revolutionary consciousness. Boulder/Colo.
- Merkel, Wolfgang** 1999: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen
- Mertins, Günter** 2001: Jüngere Bevölkerungs- und Regionalentwicklung, in: Ette, Ottmar /Franzbach, Martin: Kuba. Politik, Wirtschaft, Kultur, Frankfurt/M., S. 29 – 58
- Mesa-Lago, Carmelo** 1969: Availability and Reliability of Statistics in Socialist Cuba, in: LARR, Vol. 4, Nr. 2, S. 47-81
- Mesa-Lago, Carmelo** 1971: Economic Policies and Growth, in: ders. (Ed.): Revolutionary Change in Cuba. Pittsburgh, S. 277-338
- Mesa-Lago, Carmelo** 1981: The Economy of Socialist Cuba. Albuquerque
- Mesa-Lago, Carmelo** 1983: La economía de Cuba socialista: una evaluación de dos décadas. Madrid
- Mesa-Lago, Carmelo** 1991: El proceso de rectificación en Cuba: causas, políticas y efectos económicos, in: Revista de Estudios Políticos. Nueva Epoca, 74, S. 497-531
- Mesa-Lago, Carmelo** 1993: Cuba's Economic Policies and Strategies for Confronting the Crisis, in: Mesa-Lago, Carmelo (Ed.): Cuba after the Cold War. Pittsburgh and London, S. 197 - 258
- Mesa-Lago, Carmelo** 1993a: Introduccion: Cuba, the Last Communist Warrior, in: Mesa-Lago, Carmelo (Ed.): Cuba after the Cold War. Pittsburgh and London, S. 3-16
- Mesa-Lago, Carmelo** 1993b: Ursachen, Ausmaß und Alternativen der Wirtschaftskrise Kubas in den neunziger Jahren, in: Sevilla, Rafael / Rode, Clemens (Hrsg.): Kuba: die isolierte Revolution? Unkel/Rhein und Bad Honnef, S. 197-226

- Mesa-Lago, Carmelo** 1993c: The Economic Effects on Cuba of the Downfall of Socialism in the USSR and Eastern Europe, in: Mesa-Lago, Carmelo (Ed.): Cuba after the Cold War. Pittsburgh and London, S. 133-196
- Mesa-Lago, Carmelo** 1994: Breve historia económica de la Cuba socialista. Políticas, resultados y perspectivas. Madrid
- Mesa-Lago, Carmelo** 1996: Ist Kuba auf dem Weg zur Marktwirtschaft? Probleme und Perspektiven der kubanischen Wirtschaftsreformen, in: Hoffmann, Bert (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Kuba: Konturen einer Debatte. 2. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main, S. 67-96
- Mesa-Lago, Carmelo** 1997: ¿Cambio de régimen o cambios en el régimen? Aspectos políticos y económicos, in: Encuentro de la Cultura Cubana, Nr. 6/7, S. 36-43
- Mesa-Lago, Carmelo** 1998a: Hacia una evaluación de la actuación económica y social en la transición cubana de los años noventa, in: América Latina, Hoy, Nr. 18, S. 19 – 34
- Mesa-Lago, Carmelo** 1998b: The Cuban Economy in 1997-98: Performance and Policies, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 8, S. 1-8
- Mesa-Lago, Carmelo** 2001: The Cuban Economy in 1999-2001: Evaluation of Performance and Debate on the Future, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 11, S. 1-17
- Mesa-Lago, Carmelo** 2001a: The Resurrection of Cuban Statistics, in: Cuban Studies, 31, S. 139-150
- Mesa-Lago, Carmelo** 2005: The Cuban Economy 2004-2005, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 15, S. 1-17
- Mesa-Lago, Carmelo** 2007: The Cuban Economy in 2006-2007, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 17, S. 1-20
- Mesa-Lago, Carmelo/Fabian, Horst** 1993: Analogies Between East European Socialist Regimes and Cuba: Scenarios for the Future, in: Mesa-Lago, Carmelo (Ed.): Cuba after the Cold War. Pittsburgh and London, S. 353-380
- Mesa-Lago, Carmelo/Gil, Fernando** 1989: Soviet Economic Relations with Cuba: A Developing Relationship, in: Mujal-León, Eusebio (Ed.): The USSR and Latin America. Winchester/Mass., S.183-232
- Miami Herald**, 1.3.1992
- Miami Herald**, 18.12.1994
- Michalowski, Ray** 1993: "World Factbook of Criminal Justice Systems: Cuba." U.S. Department of Justice, Office of Justice Programs, Bureau of Justice Statistics, im Internet unter: <http://www.ojp.usdoj.gov/bjs/pub/ascii/wfbcjcb.txt>
- Milán Acosta, Guillermo** 1993: Nivel de organización en el delito económico. Turismo y pecusaria, La Habana (unveröffentlichtes Manuskript)
- Milán Acosta, Guillermo** 1995: Estudio de las redes asociativas y su relación con los niveles de organización. Estudio de casas particulares, La Habana 1995 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Milán Acosta, Guillermo** 1997: Tendencias de la actividad delictiva en los umbrales del Siglo XXI. La Habana (unveröffentlichtes Manuskript)
- Milán Acosta, Guillermo C.** 1999: La violencia criminal en la sociedad cubana. La Habana (unveröffentlichtes Manuskript)
- Milán Acosta, Guillermo C.** 1999a: Inequality and Anomie in Cuba, in: NACLA. Report on the Americas, Vol. XXXII, 5, S. 34f.
- Milán Acosta, Guillermo C./Díaz Arnau, Moraima** 1999: La percepción social del delito y de los procesos de estigmatización en la sociedad cubana de los 90. Una aproximación, in: Revista Brasileira de Ciências Criminais, 7, 26, S. 197-202
- Milán Acosta, Guillermo/Amiero, E.** 1993: Relaciones delictivas y organización del delito. Una aproximación inicial, La Habana (unveröffentlichtes Manuskript)

- Mills, C. Wright** 1960: Listen Yankee: The Revolution in Cuba. New York
- Mires, Fernando** 1978: Kuba: Die Revolution ist keine Insel. Berlin
- Mols, Manfred** 1985: Demokratie in Lateinamerika. Stuttgart u.a.
- Monreal, Pedro** 1999: Las remesas familiares en la economía cubana, in: Encuentro de la cultura cubana, 14, S. 49-62
- Monreal, Pedro/Rúa del Llano, Manuel** 1996: Kubas Transition. Öffnung und Reform der kubanischen Wirtschaft: Die Transformation der Institutionen, in: Hoffmann, Bert (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Kuba: Konturen einer Debatte. 2. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main, S. 200-223
- Montaner, Carlos Alberto** 1996: Cuba hoy: la lenta muerte del castrismo. Miami/Fl.
- Montaner, Carlos Alberto** 2000: Cuba: Fin de fiesta – Castro da por terminado el *Periodo Especial* y retoma el Socialismo puro y duro, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 10, S. 207-211
- Montes Rodríguez, Norma** 1998/99: Comentarios sobre la población y las migraciones de las provincias en Cuba, in: Sociedad y Política, 6y7, S. 435 - 441
- Moreno, Francisco José** 1970: Justice and Law in Latin America: A Cuban Example, in: Journal of Inter-American Studies and World Affairs, Vol. 12, Nr. 3, S. 367ff.
- Münzinger Archiv** 1994: Internationales Handbuch – Lander aktuell: Cuba, Nr. 46/94
- Muse, Robert** 1996: Legal and Practical Implications of Title III of the Helms-Burton Law, in: IRELA 1996: Documentación del Seminario: El refuerzi del embargo de EEUU contra Cuba – Implicaciones para el comercio y las inversiones. Madrid, S. 1ff.
- Neue Zürcher Zeitung (NZZ)**, 29./30.7.1995
- Neue Zürcher Zeitung (NZZ)**, 26.2.1996
- Neue Zürcher Zeitung (NZZ)**, 9.4.1996
- Neue Zürcher Zeitung (NZZ)**, 29.7.1996
- Neue Zürcher Zeitung (NZZ)**, 10.10.1997
- Neue Zürcher Zeitung (NZZ)**, 11.10.1999
- Neue Zürcher Zeitung (NZZ)**, 14.8.2001
- Neue Zürcher Zeitung (NZZ)**, 16.4.2004
- Niess, Frank** 2001: Ist die kubanische Revolution noch ein Mythos?, in: Ette, Otmar / Franzbach, Martin (Hrsg.): Kuba heute: Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt/Main, S. 271-291
- Nohlen, Dieter/Stahl, Karin** 1989: Kubas Kurs der Kurswechsel: Eine Bilanz der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung, in: Rytlewski, Ralf (Hrsg.): Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern. Ergebnisse und Probleme der Sozialistische Länder-Forschung, S. 489-509
- Nohlen, Dieter** 1994: Fallstudie, in: ders. (Hrsg.) Lexikon der Politik, Band 2, Politikwissenschaftliche Methoden (herausgegeben von Kriz, Jürgen/Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf), München, S. 128-129
- Nuccio, Richard A.** 1999: Cuba: A U.S. Perspective, in: Haas, Richard N. (Hrsg.): Transatlantic Tensions: The United States, Europe, and Problem Countries. Washington D.C., S. 7-29
- O'Connor, James** 1970: The Origins of Socialism in Cuba: Ithaca
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Phillippe C.** 1986: Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. Baltimore
- Obispos Católicos de Cuba** 1993: El amor todo lo espera“. Mensaje de la Conferencia de Obispos Católicos de Cuba, 8. September 1993..

- Oficina Nacional de Estadísticas (ONE)** 2001-2005: Anuario Estadístico de Cuba 2000, 2001, 2002, 2003, 2004. La Habana
- Oppenheimer, Andres** 1992: Castro's Final Hour. The Secret Story Behind the Coming Downfall of Communist Cuba. New York u.a.
- Ortiz, Fernando** 1947: Cuban Counterpoint: Tobacco and Sugar. New York
- Otero, Gerardo/O'Bryan, Janice** 2002: Cuba in Transition? The Civil Sphere's Challenge to the Castro Regime, in: Latin American Politics and Society, Vol. 44, Nr. 4, S. 29 – 57
- Park, Jae Kyu** 1999: North Korea in transition and policy choices: domestic structure and external relations. Seoul 1999
- Parker, Dick** 1998: The Cuban Crisis and the Future of the Revolution: A Latin American Perspective, in: Latin American Research Review, Vol. 33, Nr. 1, S. 239-256
- Parte, Lilian de la** 1997, in: Psychiatrists study alcoholism, suicide in Cuba, im Internet unter: <http://www.fiu.edu/~fcf/alcoholism.suicide93097.html>
- Payá, Oswaldo** 2003: Mensaje a la Universidad de Humboldt. Message presented at the Conference "Cuba: The Challenges Ahead" Berlin 2.-5. Oktober
- Payne, Douglas** 1997: Cuba: Systematic Repression of Dissent, im Internet unter: <http://www.worldpolicy.org/americas/carib/cuba97.html> (19.06.01)
- Pedraza, Silvia** 1995: Cuba's Refugees: Manifold Migrations, in: ASCE, Vol. 5, S. 311 – 329
- Pedraza, Silvia** 2000: The Last Wave. Cuba's contemporary Exodus – Political or Economic Immigrants?, in: ASCE: Transition in Cuba, Vol. 10, S. 265-276
- Pedraza, Silvia** 2002: Democratization and Migration: Cuba's Exodus and the Development of Civil Society – Hindrance or Help?, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 12, S. 247 – 261
- Peláez Martínez, Roberto V.** u.a. 1997: Factores de riesgo en el suicidio. Municipio Ciego de Ávila, Anos 1992–1995, im Internet unter: <http://www3.cuba.cu/publicaciones/documentos/enlace/enlace23/texto2.htm>
- Penny, David** 2004: Castro's Cuba: Ideological Themes in Rhetoric, in: ASCE: Cuba in Transition, S. 282-311
- Pérez Rodríguez, Joaquín** 2003: El Remitente Cubano: algunas características particulares, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 13, S. 430 – 432
- Pérez Villanueva, Omar Everleny** 1997: Cuba: El desempeño social en la crisis económica. La Habana
- Pérez, Louis A. Jr.** 1976: Army Politics in Cuba, 1898-1958
- Pérez, Louis A. Jr.** 1990: Cuba – 1930-59, in: Bethell, Leslie (Ed.): The Cambridge History of Latin America, Vol. VII: Latin America since 1930: Mexico, Central America and the Caribbean. Cambridge u.a., S. 419-514
- Pérez, Louis A. Jr.** 1990a: Cuba and the United States: Ties of Singular Intimacy. Athens und London
- Pérez, Louis A. Jr.** 1995: Cuba. Between Reform and Revolution. 2nd Edition (zuerst 1988). New York und Oxford
- Pérez, Louis A. Jr.** 1999: On Becoming Cuban. Identity, Nationality, and Culture. Chapel Hill und London
- Pérez, Louis A. Jr.** 2002: Fear and Loathing of Fidel Castro: Sources of US Policy Toward Cuba, in: Journal of Latin American Studies, 34, S. 227-254
- Pérez, Louis A. Jr.** 2005: To Die in Cuba: Suicide and Society. Chapel Hill/NC
- Pérez, Louis A. Jr.** 2006: Cuba. Between Reform and Revolution. 3rd Edition. New York und Oxford
- Pérez-López, Jorge F.** 1991: Bringing the Cuban Economy into Focus: Conceptual and Empirical Challenges, in: LARR, Vol. 26, S. Nr. 3, S. 7-54

- Pérez-López, Jorge F.** 1995. *Cuba's Second Economy. From Behind the Scenes to Center Stage.* New Brunswick und London
- Pérez-López, Jorge F.** 1997: Cuba's Second Economy and the Market Transition, in: Angel Centano, Miguel / Font, Mauricio (Eds.): *Toward a New Cuba? Legacies of a Revolution.* Boulder and London, S. 171 – 186
- Pérez-López, Jorge F.** 1997a: The Cuban Economy in Mid-1997, in: ASCE: *Transition in Cuba, Vol. 7*
- Pérez-López, Jorge F.** 1998: The Cuban Economic Crisis of the 1990s and the External Sector, in : ASCE: *Cuba in Transition, Vol. 8, S. 386 – 413*
- Pérez-López, Jorge F.** 1999: Corruption and the Cuban Transition, in: ASCE: *Cuba in Transition, Vol. 9, S. 453-468*
- Pérez-López, Jorge F.** 2006: The Cuban Economy in 2005-2006: The End of the Special Period?, in: ASCE: *Cuba in Transition, Vol. 16, S. 1-13*
- Pérez-López, Jorge/Díaz-Briquets, Sergio** 2005: Remittances to Cuba : A Survey of Methods and Estimates, in: ASCE: *Cuba in Transition, Vol. 15, S. 396-409*
- Pérez-Stable, Marifeli** 1992: Charismatic Authority, Vanguard Party Politics, and Popular Mobilizations: Revolution and Socialism in Cuba, in: Domínguez, Jorge I. (Ed.): *Cuban Studies, Vol. 22.* Pittsburgh, S. 3-27
- Pérez-Stable, Marifeli** 1999: *The Cuban Revolution. Origins, Course, and Legacy.* 2nd Edition (zuerst 1993). New York und Oxford
- Pérez-Stable, Marifeli** 1999a: Caught in a Contradiction: Cuban Socialism between Mobilization and Normalization, in: *Comparative Politics, Vol. 32, 1, S. 63-82*
- Pickel, Andreas** 1998: Is Cuba different? Regime Stability, Social Change, and the Problem of Reform Strategy, in: *Communist and Post-Communist Studies, Vol. 31, 1, S. 75-90*
- Planas, J. Richard** 1994a: Why Does Castro Survive?, in: Schulz, Donald E. (Ed.): *Cuba and the Future.* Westport/Con., S. 41ff.
- Planas, J. Richard** 1994b: Political Changes and Social Attitudes in Cuba During the Special Period: Implications, in: Schulz, Donald E.: *Cuba and the Future.* Westport/Con. und London, S. 83 – 96
- Platt, Tony / McCaughen, Ed** 1990: Human Rights in Cuba: Politics and Ideology, in: Halebsky, Sandor / Kirk, John M. (Eds.): *Transformation and Struggle. Cuba Faces the 1990s.* New York u.a., S. 67-82
- Popitz, Heinrich** 1992: *Phänomene der Macht.* Tübingen
- Przeworski, Adam** 1986: Some Problems in the Study of the Transition to Democracy, in: O'Donnell/Schmitter/Whitehead (Eds.): *Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy.* Baltimore und London, Part III, S. 47-62
- Puerta, Ricardo A.** 2002: Corrupción actual en Cuba: herencia y vicio, in: ASCE: *Cuba in Transition, Vol. 12, S. 128 – 144*
- Pumar, Enrique S.** 1999: The Internal Opposition and Civil Society: An Assessment, in: ASCE: *Cuba in Transition, Vol. 9, S. 368-377*
- Pumar, Enrique S.** 2001: Structures of Opportunities, Emerging Civil Society and Transition: The Work of Human Rights Organizations, in: ASCE: *Cuba in Transition, Vol. 11, S. 70-77*
- Rabkin, Rhoda** 1991: *Cuban Politics. The Revolutionary Experiment.* New York u.a.
- Rabkin, Rhoda** 1992: Cuban Socialism: Ideological Responses to the Era of Socialist Crisis, in: Domínguez, Jorge I. (Ed.): *Cuban Studies, Vol. 22.* Pittsburgh, S. 27-50
- Radu, Michael** 1995: Cuba's Transition: Institutional Lessons from Eastern Europe, in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs, Vol. 37, Nr. 2, S. 83-112*

- Resolution des V. Parteitags der PCC zur Entwicklung der Volkswirtschaft** 1997, im Internet unter <http://206.130183.230/1998/aleman/enero/1ene9a.html> (17.2.1998)
- Rich Kaplowitz, Donna** 1998: Anatomy of a failed Embargo. Boulder und London
- Ritter, Archibald** 1992: Cuba in the 1990s: Economic Reorientation and International Reintegration, in: Halebsky, Sandor/Kirk, John .M. (Eds.): Cuba in Transition. Crisis and Transformation. Boulder u.a., S. 115-135
- Ritter, Archibald** 2005: Survival Strategies and Economic Illegalities in Cuba, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 15, S. 342-359
- Ritter, Archibald** 2006: Cuba's Strategic Economic Re-Orientation, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 16, S. 140-154
- Rivera, Mario A.** 1998: Second Economy, Second Society, and Political Control in Cuba: Perspectives from Network and Institutional Economics, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 8, S. 102-113
- Roca, Sergio G.** 1992: Cuba's Socialist Economy at Thirty: Assessments and Prospects, in: Halebsky, Sandor/Kirk, John .M. (Eds.): Cuba in Transition. Crisis and Transformation. Boulder u.a., S. 107-114
- Rodríguez Chavez, Ernesto** 1994: La crisis migratoria hacia Estados Unidos – Cuba en el verano de 1994, in: Cuadernos de Nuestra America, Vol. XI, 22, S. 4-25
- Rojas, Rafael** 1997: Políticas invisibles, in: Encuentro de la Cultura Cubana, Nr. 6/7, S. 24 – 35
- Rolando Arroyo, Víctor** 2001: Gobierno cubano oculta problemas de los jóvenes comunistas, in: Cubanet, 28 de mayo 2001, im Internet unter: www.cubanet.org/Cnews/y01/may01/28a7.htm
- Rosendahl, Mona** 1997: Inside the Revolution. Everyday Life in Socialist Cuba. Ithaca and London
- Ross, James E./Fernández Mayo, Maria Antonia** 2002: Overview of Cuba's Dollar Food Market: An Exploration of the Purchasing and Distribution System, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 12, S. 276-283
- Rothkopf, David J.** 2000: A Call for a Post-Cold War Cuba Policy ... Ten Years after the End of the Cold War, in: Kaufman Purcell, Susan/Rothkopf, David (Eds.): Cuba: The Contours of Change. Boulder and London, S. 105-127
- Rourke, John T.** 1997: International Politics on the World Stage, 6th edition. Guilford
- Roy, Joaquín** 2000: Cuba, the United States, and the Helms-Burton-Doctrine. International Reactions. Gainesville
- Ruiz Alonso, Felipe** 1998: El V Congreso del Partido Comunista de Cuba, in: América Latina, Hoy, Nr. 18, S. 61-71
- Ruiz, Ramón Eduardo** 1968: Cuba: The Making of a Revolution. Amherst/Mass.
- Saint-Upéry, Marc** 1999: Cuba, la dignidad y la izquierda latinoamericana, in: ICONOS, 8, S. 70-75
- Salas, Luis** 1979: Social Control and Deviance in Cuba. New York
- Salas, Luis P.** 1993: The Maintenance of Internal Order in Cuba: Administration of Justice during the Special Period, in: Pérez, Lisandro (Ed.): Transition in Cuba. New Challenges for US Policy. Miami, S. 237-288
- Sanchez, Elizardo** 1992: Castro muss die Wende begleiten. Interview, in: Die Zeit, 20.11.1992
- Schäfer, Horst** 2004: Im Fadenkreuz: Kuba. Berlin
- Schulz, Donald E.** 1993: Can Castro Survive?, in: Journal of Interamerican Studies and World Affairs, Vol. 35, Nr. 1, S. 89-118
- Senghaas, Dieter** 1982: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt/Main

- Shin, Doh Chull** 1994: On the third wave of democratization: A synthesis and evaluation of recent history and research, in: *World Politics*, Vol. 47, S. 135-170
- Skierka, Volker** 2004: *Fidel Castro. Eine Biographie*. 2. Auflage. Berlin
- Smith, Kirby/Lorens, Hugo** 1998: Renaissance and Decay: A Comparison of Socioeconomic Indicators in Pre-Castro and Current-Day Cuba, in: *ASCE: Transition in Cuba*, Vol 8, S. 247-259
- Smith, Peter H.** 1991: Crisis and democracy in Latin America, in: *World Politics*, 43, S. 608-634
- Smith, Robert F.** 1960: *The United States and Cuba: Business and Diplomacy, 1917-1960*. New Haven
- Smith, Wayne S.** 1991: The United States and South America. Beyond the Monroe Doctrine, in: *Current History*, Vol. 90, Nr. 553, S. 49-52
- Smith, Wayne S.** 1996: Cuba's Long Reform, in: *Foreign Affairs*, Vol. 75, No. 2, S. 99-112
- Smith, Wayne S.** 2004: Bush and Cuba: Still the Full Moon, in: *NACLA. Report on the Americas*, Vol. 37, S. 4-5
- Snodgrass, Michael** 2001: Assessing Everyday Life in Post-Soviet Cuba, in: *Latin American Research Review*, Vol. 36, Nr. 3, S. 204-220
- Solaún, Mauricio** 1998: Political Culture and Democracy in Cuba: Comparative Reflections, in: *ASCE: Cuba in Transition*, Vol. 8, S. 334-354
- Soto, Lionel** 1977: *La revolución del 33*, 3 Bde. La Habana
- Spadoni, Paolo** 2001: The Impact of the Helms-Burton legislation on foreign investment in Cuba, in: *ASCE: Cuba in Transition*, Vol. 11, S. 18-36
- Spadoni, Paolo** 2002: Foreign Investment in Cuba – Recent developments and role in the economy, in: *ASCE: Cuba in Transition*, Vol. 12, S. 158-178
- Spadoni, Paolo** 2004: The Current Situation of Foreign Investment in Cuba, in: *ASCE: Cuba in Transition*, Vol. 14, S. 116-138
- Stahl, Karin** 1984: Die Institutionalisierung politischer Herrschaft in Cuba: Die Organe des Poder Popular, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Wahlen und Wahlpolitik in Lateinamerika*. Heidelberg, S. 244ff.
- Stahl, Karin** 1987: *Kuba – Eine neue Klassengesellschaft?* Heidelberg
- Stahl, Karin** 1992: Kuba, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. 3. Bonn, S. 471-506
- Stahl, Karin** 1993: Politische Organisation und Partizipation im nachrevolutionären Kuba, in: Sevilla, Rafael / Rode, Clemens (Hrsg.): *Kuba: die isolierte Revolution? Unkel/Rhein und Bad Honnef*, S. 73 – 100
- Stahl, Karin** 1996: Politische Institutionalisierung und Partizipation im postrevolutionären Kuba, in: Barrios, Harald/Suter, Jan (Hrsg.): *Politische Repräsentation und Partizipation in der Karibik. Kuba, Haiti, Dominikanische Republik im 19. und 20. Jahrhundert*. Opladen, S. 71-97
- Statistisches Bundesamt** 1992: *Länderbericht Kuba*. Wiesbaden
- Stone, Oliver** 2003: *Looking For Fidel*. Dokumentarfilm
- Suárez, Andres** 1968: *Cuba: Castroism and Communism, 1959-1966*. Cambridge/Mass.
- Suchlicki, Jaime** 1997: *Cuba: From Columbus to Castro and Beyond*. 4th Edition (zuerst 1974) Washington und London
- Süddeutsche Zeitung (SZ)**, 20.1.1998
- Süddeutsche Zeitung (SZ)**, 24./25.1.1998
- Suter, Jan** 1996: Politische Partizipation und Repräsentation in Kuba, 1902 – 1958, in: Barrios, Harald / Suter, Jan (Hrsg.): *Politische Repräsentation und Partizipation in der Karibik. Kuba, Haiti, Dominikanische Republik im 19. und 20. Jahrhundert*. Opladen, S. 11-69

- Sweig, Julia E.** 2002: Inside the Cuban Revolution. *Fidel Castro and the Cuban Underground*. Cambridge/Mass.
- Szulc, Tad** 1986: *Fidel: A Critical Portrait*. New York
- Szulc, Tad** 2001: *Fidelismo: The Unfulfilled Ideology*, in: Horowitz, Irving Luis/ Suchlicki Jaime (Eds.): *Cuban Communism*, 10th Edition. New Brunswick, S. 104-115 (zuerst 1988)
- The Economist**, 28.2.2008
- Thomas, Hugh** 1971: *The Cuban Revolution*. New York
- Thomas, Hugh** 1998: *Cuba: the Pursuit of Freedom*. Updated Edition (zuerst 1971). New York u.a.
- Togores González, Viviana** 1999: Cuba: Efectos sociales de la crisis y el ajuste económico, in: CEEC (Entro de Estudios de la Economía Cubana) (Ed.): *Balance de la economía Cubana a finales de los 90s*, S. 82-112
- Togores González, Viviana** 2004: Ingresos monetarios de la población, cambios en la distribución y efectos sobre el nivel de vida, in: *15 años del Centro de Estudios de la Economía Cubana*, La Habana, S. 112-135
- Torres, María de los Ángeles** 1999: *In the Land of Mirrors: Cuban Exile Politics in the United States*. Michigan
- Travieso-Díaz, Matias F.** 2001: Cuba's Perfeccionamiento Empresarial Law: A Step Towards Privatization?, in: ASCE: *Cuba in Transition*, Vol. 11, S. 271-289
- Triana Cordoví, Juan** 2000: El desempeño económico en el 2002, in: *Seminario anual de la economía cubana*, S. 1-14
- Trumbull, Charles** 2001: Prostitution and Sex Tourism in Cuba, in: ASCE: *Cuba in Transition*, Vol. 11, S. 356-371
- Valladares, Oscar Armando** 1988: *Wider alle Hoffnung: Gefanger unter Fidel Castro*. Stuttgart
- Véliz, Claudio** 1980: *The Centralist Tradition of Latin America*. Princeton
- Vorwärts**, September 1997
- Waldmann, Peter** 1978: *Caudillismo als Konstante der politischen Kultur Lateinamerikas?*, in: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas*, Bd. 15, S. 191-207
- Waldmann, Peter** 1996: *Soziale Anomie. Zur Fruchtbarkeit eines klassischen soziologischen Konzepts in Bezug auf die Entwicklungsländer*. Augsburg
- Waldmann, Peter** 2002: *Der anomische Staat. Über Recht, öffentliche Sicherheit und Alltag in Lateinamerika*. Opladen
- Waldmann, Peter** 2003: *Diktatur, Demokratisierung und soziale Anomie*. Augsburg
- Weber, Max** 1972: *Wirtschaft und Gesellschaft*. 5. Auflage. Tübingen
- Werlau, María C.** 2003: U.S. Travel Restictions to Cuba: Overview and Evolution, in: ASCE: *Cuba in Transition*, Vol. 13, S. 384 – 409
- Werz, Nikolaus** 1980: Lateinamerika. Das Erbe der Caudillos und die Systemkrise der Gegenwart, in: Illy, H.F./Sielaff, R./Werz, N. (Hrsg.): *Diktatur – Staatsmodell für die Dritte Welt?* Freiburg u.a., S. 109-175
- Whitehead, Laurance** 2002: *On Cuban Political Exceptionalism* (Paper presented to the conference on Cuba's Integration Into the International System at Pell Center for International Relations and Public Policy, March 23rd 2002)
- Whitney, Robert** 2001: History or Teleology? Recent Scholarship on Cuba before 1959, in: *Latin American Research Review*, 36, 2, S. 220-236
- Wickham-Crowley, Timothy P.** 1994: Elites, Elite Settlements, and Revolutionary Movements in Latin America, 1950-1980, in: *Social Science History*, 18, 4
- Widderich, Sönke** 2002: *Die sozialen Auswirkungen des kubanischen Transformationsprozesses*. Kiel

- Wirth, Dieter** 1978: Die Bedeutung der Gewalt im Entwicklungsprozess Cubas, in: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas, 15, S. 175-189
- Wood, Dennis B.** 1970: The Long Revolution: Class Relations and Political Conflict in Cuba, 1868-1968, in: Science and Society, 34, 1, S. 1-41
- World Bank Institute** 2007: Country Data Report for Cuba 1996-2006, im Internet unter: <http://info.worldbank.org/governance/wgi2007/pdf/c53.pdf>
- Yanes, Hernán** 2005: Algunos de los beneficios de la alianza cubano-venezolano para el régimen castrista, in: ASCE: Cuba in Transition, Vol. 15, S. 470-476
- Zeitlin, Maurice** 1970: Revolutionary Politics and the Cuban Working Class. New York
- Zeuske, Michael /Zeuske, Max** 1998: Kuba 1492-1902. Kolonialgeschichte, Unabhängigkeitskrieg und erste Okupation durch die USA. Leipzig
- Zeuske, Michael** 2000: Insel der Extreme. Kuba im 20. Jahrhundert. Zürich
- Zeyer, René** 1997: The Collapse of Socialist Values in Cuba, in: Swiss Review of World Affairs, 47, S. 29f.
- Zimbalist, Andrew** 1992: Teetering on the Brink: Cuba's Current Economic and Political Crisis, in: Journal of Latin American Studies, Vol. 24, 2, S. 407-418
- Zimbalist, Andrew** 1994: Treading Water: Cuba's Economic and Political Crisis, in: Schulz, Donald E.: Cuba and the Future. Westport/Con. und London, S. 7-21
- Zimbalist, Andrew** 2004: Measuring Economic Performance: Strong and Weak Prospects, in: Azicri, Max/Deal, Elsie (Eds.): Cuban Socialism in a New Century: Adversity, Survival, and Renewal. Miami/FL., S. 162ff.
- Zimbalist, Andrew/Eckstein, Susan** 1987: Patterns of Cuban Development: The First Twenty-Five Years, in: World Development, No 15, S. 5-22
- Zimbalist, Andrew/Brundenius, Claes** 1989: Crecimiento con equidad: el desarrollo cubano en una perspectiva comparada, in: Cuadernos de Nuestra America, Vol. VI, Nr. 13, S. 12-38
- ZK der PCC** 1992: El derrumbe del socialismo en Europa del Este: Causas y consecuencias. La Habana
- ZK der PCC** 1997: El partido de unidad, la democracia y los derechos humanos que defendemos, im Internet unter: http://www2.ceniai.inf.cu/pcc/congreso_html

Potsdamer Textbücher

PTB

Juan Linz: Totalitäre und autoritäre Regime

Herausgegeben von Raimund Krämer

State of the art und Klassiker der vergleichenden Politikwissenschaft in deutscher Übersetzung.

PTB 4, 312 S., brosch., 19,50 €

Bestellungen beim Universitätsverlag Potsdam

verlag@rz.uni-potsdam.de

Welt Trends *Papiere*

Sie möchten Forschungsarbeiten veröffentlichen?

Sie möchten in aktuelle Debatten streitbar eingreifen?

Sie möchten „klassische“ Texte für die Lehre einsetzen?

Dies alles schnell, preiswert und für ein breites Publikum?

Wir bieten Ihnen dafür die *WeltTrends Papiere!*

- 1 | Noch zu retten? Plädoyer für die EU-Verfassung
- 2 | Deutsche EU-Ratspräsidentschaft Ende der Verfassungskrise?
- 3 | Ansprüche? Eigentumsfrage Deutschland – Polen
- 4 | Europäischer Einigungsprozess
- 5 | Deutsche Auslandseinsätze – Streitplatz um Militärmacht
- 6 | Herausforderung Integration– Migration und Integration in Brandenburg
- 7 | Großmachtpolitik oder Wahlagitation – Russlands Außenpolitik 2007/2008
- 8 | Gibt es eine europäische Zivilreligion?
- 9 | Zerklüftung im nicht so sehr kapitalistischen Weltsystem

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WT-Papieres interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Frau Azadeh Zamirad (0331-9774540 oder welttrends@web.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder verlag@uni-potsdam.de
www.welttrends.de

Welt Trends *Lehrtexte*

Anregend für die Debatte.

Unverzichtbar fürs Seminar.

Kostengünstig für das studentische Budget.

Für Studenten und Dozenten!

- | | |
|--|---|
| 1 Nachdenken über Europa | 7 Regime im Nahen und Mittleren Osten |
| 2 Autoritäre Regime | 8 Regieren in Brandenburg |
| 3 Grenzen der EU | 9 Politische Herrschaft im Vergleich |
| 4 Wissenschaftliches Schreiben | 10 Die Karibik-Krise 1962 |
| 5 Herrschaft in Süd- und Mittelamerika | 11 Eine atomwaffenfreie Welt |
| 6 Internationale Beziehungen: Konzepte | |

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WT-Lehrtextes interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Herrn Raimund Krämer (0331-9774535 oder r.kraemer@welttrends.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder verlag@uni-potsdam.de
www.welttrends.de

Potsdamer Textbücher

Bisher erschienen:

PTB 1: Regionen in der Europäischen Union

PTB 2: Polen – Staat und Gesellschaft

PTB 3: Naher Osten – Politik und Gesellschaft

PTB 4: Totalitäre und autoritäre Regime

PTB 5: Kommunale Selbstverwaltung

PTB 6: Die verschwundene Diplomatie

PTB 7: Recht in der Transformation

PTB 8: Das moderne Polen

PTB 9: Making Civil Societies Work

PTB 10: Deutsche und Polen im Wandel

PTB 12: Deutsche Außenministerien

PTB 13: Die Babelsberger Diplomatenschule

Potsdamer Textbücher

PTB

Juan J. Linz

Totalitäre und autoritäre
Regime



Bestellungen unter
www.welttrends.de
und beim Universitäts-
verlag Potsdam:
verlag@uni-potsdam.de

Berliner Debatte
Wissenschaftsverlag

www.welttrends.de

Raimund Krämer

Der alte Mann und die Insel

Essays zu Politik und Gesellschaft in Kuba

2., unveränderte Auflage, Berlin 2002

Kuba gilt ein ungebrochenes Interesse in diesem Land. Die wunderschöne Insel, Salsa-Musik und Cohiba-Zigarren oder das übriggebliebene revolutionäre Projekt mit der bärtigen Legende Fidel Castro sind Gedanken, die beim Stichwort Kuba in den Sinn kommen. Danach folgen Fragen und Zweifel. Wieso brach dieses System nicht wie jene in Mittel- und Osteuropa zusammen? Wie lange kann sich Fidel Castro halten? Welche Perspektiven hat diese Insel im beginnenden 21. Jahrhundert?

Diese Fragen diskutieren acht profund recherchierte und engagiert geschriebene Essays. Die inneren Verhältnisse, wie die Metamorphosen der Macht, die politischen Eliten und die Gläubigkeit, werden ebenso beleuchtet wie die äußeren Beziehungen der größten Insel der Karibik. Dabei erfährt der Leser nicht nur von den intensiven Bindungen Kubas zu den beiden Supermächten, sondern auch vom engen Verhältnis zur DDR als einem besonderen Kapitel der deutsch-kubanischen Beziehungen.

Bestellungen über Universitätsverlag Potsdam:
verlag@uni-potsdam.de

PTB 11
Universitätsverlag Potsdam
ISBN 978-3-940793-71-3

Welt  Trends